

2. Tagung des 8. Parteitages

17.–18. November 2023 in Augsburg

Antragsheft III

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Einladung Männerplenum	Seite 5
Einladung zu offenen Vorberatungen über den Leitantrag	Seite 227
Social Media	Seite 6
Berichte	Seite 9
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 11
Bericht der Bundesschiedskommission	Seite 16
Bericht der Delegation THE LEFT im Europäischen Parlament	Seite 19
Kandidaturen	Seite 39
Kandidaturen für die Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 41
Kandidaturen zur Bundesschiedskommission	Seite 45
Änderungsanträge zu	Seite 55
Anträgen zu den Regularien	Seite 57
Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 61
Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 67
Anträgen zur Satzung	Seite 75
<i>Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)</i>	Seite 79
Leitantrag L.01.: Einleitung, Kapitel 1 und Kapitel 2	Seite 79
Leitantrag L.01.: Kapitel 3, Kapitel 4 und Kapitel 5	Seite 231
Weitere Anträge	Seite 399

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 6. November 2023

Einladung zum Männerplenum der 2. Tagung des 8. Parteitags

Liebe Genossen,

zum zweiten Mal laden wir auf einem Bundesparteitag zu einem Männerplenum ein. Es findet zeitgleich zum Frauen- und FLINTA*-Plenum statt am

Freitag, den 17. November 2023, in der Zeit von 20 bis 21.30 Uhr
im Plenarsaal des Tagungscentrums der Messe Augsburg.

Wir wollen zum einen über den aktuellen Stand zum Umgang mit Sexismus und sexistischen Übergriffen in unserer Partei informieren. Zum anderen laden wir euch ein, während des Männerplenums das eigene Handeln in unseren Parteistrukturen selbstkritisch zu reflektieren.

Wir freuen uns auf euch!

Solidarische Grüße



Tobias Bank
Bundesgeschäftsführer

#nurmitLinks – Social Media auf dem Parteitag

Was und wie über unseren Bundesparteitag veröffentlicht wird, überlassen wir nicht allein den großen Medien. Wer sich für unseren Parteitag interessiert, soll auch Informationen aus erster Hand direkt von uns bekommen. Ein Social-Media-Team wird live berichten. Es gibt Streams bei YouTube, X und Facebook und auf unserer Webseite; Tweets, Posts und Stories. Aber mindestens genauso wichtig sind eure Eindrücke und Beiträge in den sozialen Medien. Denn richtig sichtbar werden wir in den sozialen Medien mit unseren Themen und Anliegen nur, wenn wir alle intensiv dort präsent sind!

Was könnt ihr tun?

Postet Fotos auf Insta, kleine Reels auf Insta oder TikTok, Fotos und Texte auf Facebook ... Wo auch immer ihr angemeldet seid, postet unsere Botschaften über den Parteitag.

Wenn Ihr vom und über den Parteitag auf X, Instagram oder TikTok postet, benutzt Hashtags:

- der zentrale Hashtag ist #nurmitLinks
- Bei Instagram immer auch #linke und #dielinke verwenden sowie @dielinke markieren.
- Benutzt auch passende weitere thematische Hashtags.

Diskutiert, teilt und liket unsere Posts und Tweets. Helft mit, unsere Botschaften zu vermitteln:

- Seid freundlich im Ton, konkret in der Sache!
- Den Livestreams bei YouTube könnt kommentieren, teilen oder auch auf eure Website verlinken oder einbinden.
- Auf Flickr werden wir Fotos zur Verfügung stellen, die ihr für eure Social-Media-Kanäle nutzen könnt.

Wir sind beim Parteitag auf folgenden **Accounts** zu finden:

- Telegram: <https://t.me/dielinke>
- Facebook: <https://www.facebook.com/linkspartei/>
- Instagram: <https://www.instagram.com/dielinke/>
- Twitter: <https://twitter.com/dielinke/>
- YouTube: <https://www.youtube.com/user/dielinke/>
- TikTok: <https://www.tiktok.com/@die.linke>
- Flickr: https://www.flickr.com/photos/die_linke/

Teilt Beiträge! Jeder Repost, jeder (positive) Kommentar und jede freundliche Antwort von euch auf einen Userkommentar hilft.



Die LINKE Einhornfabrik – gemeinsam stärker im Netz!

Soziale Netzwerke nehmen gesellschaftlich und bei vielen von uns persönlich einen großen Raum ein. Wir schreiben Freund*innen und streiten mit Fremden, informieren uns über Breaking News und zeigen, wo wir im Urlaub waren – aber auch, was wir von der aktuellen Politik halten und welche Gesellschaft wir wollen. Hier findet Austausch statt, hier bilden sich Meinungen. **Und wir mittendrin.**

Dabei fühlt es sich oft so an, als kämpften wir allein gegen Windmühlen. Das muss nicht sein. Wir sind stärker, wenn wir uns zusammenschließen. Die Einhornfabrik bietet **Aktionen, Austausch, Unterstützung und Know-How**. Von Facebook bis TikTok, von YouTube bis Instagram, von Twitter bis Twitch – gemeinsam können wir linke Ideen und die LINKE im Netz stärken – und damit auch in der Gesellschaft insgesamt. **Mach mit, sei dabei!** Trag dich ein und wir schicken dir eine Nachricht mit den Zugängen zu allen Infokanälen und Mitmachmöglichkeiten.



Einfach eintragen:
[www.die-linke.de/
einhornfabrik](http://www.die-linke.de/einhornfabrik)

Gemeinsam stärker: Wenn bei 60 000 Mitgliedern und Linksaktiven nur jede*r 10. von uns 10 Minuten am Tag einbringt, sind das 1000 Stunden am Tag und wir können den gut ausgestatteten Medienabteilungen und Werbebudgets anderer Parteien locker den Rang ablaufen.

Facebook-Gruppe:

www.facebook.com/groups/linke.einhornfabrik/

Mailverteiler:

www.die-linke.de/einhornfabrik



Telegram-Kanal:

<https://t.me/+qslyODvBp49IODRi>



Telegram-Kanal für »Twitter-Linke«:

<https://t.me/joinchat/8IXZk5foaGoyMzRi>

Die LINKE Einhornfabrik wurde 2021 im Vorfeld der Bundestagswahl als Gegenstück zu »Trollfabriken« gegründet. Sie brachte hunderte Mitglieder zusammen und begleitete den Wahlkampf in den sozialen Netzwerken. Derzeit sind etwa 2000 Mitglieder und Linksaktive eingeschrieben.

Ziel ist, unsere Partei zu unterstützen und linke Ideen zu verbreiten. Wir helfen Wahlkämpfern auf allen Ebenen, sozialen Bewegungen und Streiks. Wir begleiten Kampagnen, sei es für eine Entlastung der Menschen in der Preis- und Energiekrise oder für Umverteilung.

Wir weisen auf aktuelle Entwicklungen hin, z. B. auf positive Beispiele für die Vier-Tage-Woche, und verhelpen LINKEN

Sharepics, Videos und Standpunkten zu mehr Reichweite. Wir treten in den Kommentarspalten für unsere Positionen ein und geben denen, die in Talkshows und »Elefantenrunden« für die LINKE eintreten, auf Twitter Rückendeckung.

Wir unterstützen uns gegenseitig in Facebook-Diskussionen und teilen unsere Erfahrungen miteinander. Wenn rechte Trolle versuchen, einen linken Beitrag zu kapern, wenn politische Gegner die LINKE angreifen, halten wir dagegen. Die LINKE Einhornfabrik, das ist Solidarität in Zeiten von Desinformation und Stimmungsmache, Zeiten, in denen wir zusammenhalten müssen.

Hier kannst du dich einfach eintragen:
www.die-linke.de/einhornfabrik

Berichte

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission

an den Parteitag in Augsburg, 17. bis 19. November 2023

Gemäß Parteiengesetz § 9 Absatz 5 hat jede Partei eine **Innenrevision** zu wählen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde auf der 2. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE am 19. Juni 2021 (Auszählung der Briefwahl am 9. Juli 2021) in einer Stärke von 9 Mitgliedern gewählt.

Die BFRK arbeitet unabhängig, selbstständig und in voller Eigenverantwortung und ist nur dem Bundesparteitag über ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig.

Laut Bundessatzung § 27 Finanzrevision (3) und (4) prüfen Finanzrevisionskommissionen die Finanztätigkeit der Vorstände, der Geschäftsstellen und der gesamten Partei sowie den Umgang mit dem Parteivermögen.

Sie unterstützen die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß Parteiengesetz.

In der Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der Partei DIE LINKE sind folgende Aufgaben festgelegt:

- die einheitliche und konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, insbesondere der Finanzordnung
- die ordnungsgemäße und sparsame Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel der Partei, insbesondere hinsichtlich ihrer politischen und sachlichen Begründung sowie der ordnungsgemäßen Beschlussfassung.

Prüfungen im Bereich Parteifinzen des Parteivorstandes (PV) wurden jeweils im November in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt.

Im Jahr 2023 konnte noch keine stichprobenweise Prüfung vorgenommen werden.

In den Prüfungen 2021 und 2022 wurden festgestellt:

Mitgliedsbeiträge, Zusatzeinkünfte und Vereinbarungen der MdB und Mandatsträger in den Ländern

Von den 39 MdB bezahlten 2021 und 2022 jeweils 23 MdB einen Mitgliedsbeitrag zwischen 50 bis maximal 200 EUR im Monat; das entspricht nicht der Beitragsordnung.

Es ist dringend geboten, dass die Landesschatzmeister Gespräche führen, damit zukünftig die Mitgliedsbeiträge laut Beitragstabelle gezahlt werden.

Zusatzeinkünfte wie zum Beispiel Honorare, Aufsichtsratsvergütungen usw. sind zu berücksichtigen. Die Zusatzeinnahmen sind über Parlatmentswatch einsehbar.

Die Einhaltung der Vereinbarungen mit den Abgeordneten des Bundestages sind konsequent vom Bundesschatzmeister zu überwachen.

Laut dieser Vereinbarung mit den MdB sind die Funktionszulagen in den Mandatsträgerbeitrag einzu-beziehen. Das wurde jedoch nicht gemacht.

Die vom Bundesschatzmeister geführten Gespräche mit den MdB und MdEP führten leider zu keinem besseren Ergebnis bei den Zahlungen der Mandatsträger.

Im Bundesfinanzrat wurde die Problematik der Vereinbarungen mit den MdB ausgewertet. Der Bundesschatzmeister und auch die Landesschatzmeister sind gebeten worden, entsprechende Gespräche zu führen, um eine Zahlung nach der Finanzordnung zu erreichen.

Spätestens bei den nächsten Kandidatenaufstellungen auf Parteitag sollten die Kandidierenden nach den satzungsgemäßen Zahlungen gefragt werden.

Fast in jedem Bericht der BFRK an den Parteitag wurde von der BFRK darauf hingewiesen, dass diese Einnahmen, die Mitgliedsbeiträge und die Zusatzbeiträge der Mandatsträger, eine besondere Bedeutung für die Partei haben.

Was nützen schriftliche Vereinbarungen mit den Abgeordneten, wenn sie dann nicht eingehalten und überwacht werden?

Beiträge alle Mitglieder

Die Einnahmen durch Beiträge aller Mitglieder haben sich absolut im Vergleich des Jahres 2021 zum Jahr 2022 um über 411 Tausend Euro (TEUR) verringert. Die höchsten negativen Anteile daran haben Brandenburg mit 89 TEUR, Sachsen mit 78 TEUR und Nordrhein-Westfalen mit 51 TEUR.

Die Mitgliederanzahl hat sich zwischen 2021 und 2022 auf 54.214 (zum 31.12.2022) verringert. Die meisten Mitglieder haben die Landesverbände Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen verloren (jeweils um 1 000 Mitglieder).

Buchhaltungsprogramme, Mitgliederprogramm und Abgabe des Rechenschaftsberichtes an die Bundestagspräsidentin

Die BFRK sieht kritisch, dass es noch immer keine Umstellung auf ein voll funktionsfähiges Mitgliederprogramm MGL5 gibt, obwohl daran seit vielen Jahren gearbeitet wird und mittlerweile über 1,1 Millionen EUR nur für Entwicklung, Programmierung und Lizenzen ausgegeben wurden.

Immer mehr Landesverbände sind personell nicht in der Lage einen Jahresabschluss zu erstellen, so dass ein zentrales Buchhaltungszentrum dringend erforderlich ist, das bereits vor über 10 Jahren diskutiert worden ist.

Zwei Mitarbeiter des Bereiches Parteifinzen, die bei der Erstellung von Rechenschaftsberichten in einigen LV helfen, sind aus Sicht der BFRK noch lange kein Buchungszentrum.

Das führte in den letzten zwei Jahren zur Verschiebung des Abgabetermins (30.9.j.J.) des Rechenschaftsberichtes der Partei DIE LINKE an die Bundestagspräsidentin.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2022 wird voraussichtlich nicht termingerecht zum 30.9.2023 abgegeben werden.

Es ist daher dringend geboten, ein Buchungszentrum im Bereich Parteifinzen anzusiedeln, in dem Mitarbeiter/ Mitarbeiterinnen die Buchhaltung das gesamte Jahr über für festgelegte LV die Finanzbuchhaltung erledigen.

Beschlüsse des PV zu Digitalisierung in den Jahren 2018 und 2021

Seit November 2018 gibt es den Beschluss zur Digitalisierung (Beschluss 2018/184). Schon seit 2019 hätten notwendige technische, finanzielle und personelle Voraussetzungen für eine zentrale Buchhaltung mit digitalem Belegwesen geschaffen werden müssen.

Auch der Beschluss 2021/103 P.04 sieht eine »parteiinterne Organisation (...) mittels Digitalisierung« vor.

Eine konsequente Umsetzung dieser o.g. Beschlüsse lässt nach wie vor auf sich warten.

Prüfungen in folgenden Landesverbänden

Im Berichtszeitraum hat die BFRK neben der Prüfung der Finanzen des Parteivorstandes vorgenommen:

Landesverband	im Jahr 2021	im Jahr 2022	im Jahr 2023
Berlin	5.11.2021		
Niedersachsen	27.11.2021		
Nordrhein-Westfalen	16.10.2021		
Baden-Württemberg		22.10.2022	
Hessen		im Mai 2022 digital	
Mecklenburg-Vorpommern		2.4.2022	
Saarland		30.8.-3.9.2022	
Thüringen		24.6.2022	
Sachsen			21.1.2023
Schleswig-Holstein			1.7.2023

Schwerpunkte der Prüfungen der BFRK in den Landesverbänden (LV) waren hauptsächlich:

- die Einhaltung der Finanzpläne (Plan-Ist-Vergleich).
- die ordnungsgemäße Buchhaltung (Vier-Augen-Prinzip, Belegerfassung, Belegbearbeitung und -ablage),
- die Beitragskassierung, Arbeit mit den Mitgliedern und den Mandatsträgern,
- die Erstellung und Abgabe der Rechenschaftsberichte und
- die Arbeit der LFRK.
- Inventarverzeichnis

Es wird eine große Differenziertheit in der Finanzarbeit der einzelnen LV sichtbar.

Beanstandungslos bzw. ohne größere Probleme waren die Prüfungen in Thüringen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen.

Die Arbeit mit den Mitgliedern und die ordnungsgemäße Beitragskassierung gestaltet sich in den genannten LV sehr unterschiedlich.

LV Schleswig-Holstein, Saarland, Berlin, Bremen, Baden-Württemberg und Sachsen

So lagen im **LV Schleswig-Holstein** im Juli 2023 weder für das laufende noch für das vergangene Jahr Finanzpläne vor. Ebenso fehlten Unterschriften auf allen Dokumenten.

Im **LV Saarland** waren u.a. Hauptschwerpunkte unserer Prüfungen die Beitragskassierung und die Wahlkampfausgaben.

Es ist nicht zu erklären, warum der Durchschnittsbeitrag nur bei 5,05 EUR liegt und damit schon seit Jahren am Schluss aller LV. Der Durchschnittsbeitrag in der gesamten Partei beträgt 16,04 EUR.

Im LV Saarland gab es 2021/2022 ca. 25 bis 30 Prozent Nichtzahler, bei rund 1.450 Mitgliedern.

Die Mandatsträgerbeiträge der MdL im saarländischen Landtag waren nicht plausibel erklärbar.

Bei der Prüfung der **Wahlkampfausgaben im LV Saarland** sind der BFRK nicht die erforderlichen Unterlagen gegeben worden, wie zum Beispiel klar definierte Aufgaben des Wahlkampfleiters zur Erstellung der Materialien mit seiner eigenen Firma und weiteren anderen Firmen. Geforderte Originalrechnungen von anderen Firmen und die Rechnungsstellung an die Partei wurden am Prüfungstag nicht vorgelegt, auch nicht auf Bitten der Prüfenden. Beauftragungen an Werbeagenturen und andere Firmen sind »normal«. Jedoch müssen diese entsprechend den üblichen Gesetzen (GoBD, HGB usw.)

gegenüber der Partei abgerechnet bzw. übergeben werden. Das war nicht der Fall und wurde von der BFRK beanstandet.

Der Zuschuss an den LV Saarland im Rahmen des Länderfinanzausgleiches wurde von 47.400 EUR im Jahr 2021 auf 73.000 EUR erhöht.

Die BFRK fordert, dass die Erhöhungen von Zuschüssen aus dem Länderfinanzausgleich an Bedingungen zu knüpfen sind.

Das Vier-Augen-Prinzip ist in den **LV Berlin, Bremen** und **Baden-Württemberg** sehr vernachlässigt worden.

Der Pflicht, Inventarverzeichnisse anzulegen, kommen – trotz wiederholter Aufforderung durch die BFRK – verschiedene Kreise und Landesverbände nicht nach, so zum Beispiel **Baden-Württemberg** und **Sachsen**.

Berichte der BFRK mit Festlegungen, Hinweisen und Maßnahmen

Nach den Prüfungen werden jeweils Berichte der BFRK mit Festlegungen, Hinweisen und Maßnahmen angefertigt und sowohl dem jeweiligen Landesschatzmeister und dem Bundesschatzmeister übergeben.

Laut Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionen ist im § 4 Arbeitsweise (...) Abschnitt (5) festgelegt: Hinweise der FRK im Ergebnis von Prüfungen sind von den betroffenen Gremien der Partei zu beachten; erteilte Auflagen zum Prüfungsgegenstand sind zu befolgen.

Über deren Erfüllung ist von den Gremien, an die die Auflagen erteilt wurden, unverzüglich an die FRK zu berichten.

Diese mangelnde Rückinformation an die BFRK durch die LV und den Bereich Parteifinanzen drücken eine geringe Wertschätzung unserer Arbeit aus.

Feststellungen bei den Prüfungen und Empfehlungen waren:

Es sind in Landesverbänden Bargeldkassen vorhanden. Diese sind abzuschaffen und zum **bargeldlosen Zahlungsverkehr** überzugehen. (siehe Punkt 4.2. der Richtlinie für die Buchführung ...)

Plan-Ist-Vergleiche sind technisch möglich, werden aber nicht immer in den jeweiligen Landesvorständen ausgewertet.

Bei Prüfungen der **Reisekosten** sind die derzeit festgelegten Übernachtungskosten in Höhe von 75 EUR und die Kilometerpauschale nicht mehr zeitgemäß. Die Reisekostenordnung ist bei Übernachtung und Kilometerpauschale den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Schulung und Erfahrungsaustausch mit den Landesrevisionskommissionen

Im Frühjahr 2023 führte die BFRK eine Schulung und Erfahrungsaustausch mit den Landesrevisoren in Köthen durch.

Schulungen und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch sind umso mehr wichtig, da es bereits in verschiedenen Landesverbänden keine oder nicht funktionsfähige Revisionskommissionen gibt.

Teilgenommen haben von 16 Landesverbänden nur **Vertreter aus 7 Landesverbänden**.

Inhalt der Schulung waren:

- Grundlagen der Buchhaltung
- Erstellung Aufbau von Prüfungsprotokollen
- Sanktionsmöglichkeiten der FRK
- Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden
- Entwicklung der Strukturen und Probleme der Strukturen in LV und Kreisverbänden

- Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von Finanzrevisionen sowohl auf Gebietsverbandsebenen und in Landesverbänden.

Neben den interessanten und lehrreichen Gesprächen sind auch Vorschläge für die Gestaltung von Prüfprotokollen entstanden, die zu den Prüfungen angewendet werden können.

Zum Abschluss wünschen wir, dass zukünftig allen Finanzrevisionen auf allen Ebenen die notwendige Beachtung und Wertschätzung entgegengebracht wird.

Bericht der Bundesschiedskommission (BSchK) für den Zeitraum 2021 (Berliner Parteitag) bis 2023 (Augsburger Parteitag)

1.

Die Bundesschiedskommission wurde auf der 2. Tagung des 7. Parteitages am 19. Juni 2021 (Auszählung der Briefwahl am 9. Juli 2021) gewählt:

- Marion Baumann (Berlin)
- Wolfgang Fieg (Saarland)
- Helge Fitz (Hessen)
- Gunther Geiler (Bayern)
- Karsten Knobbe (Brandenburg)
- Barbara Laakmann (Nordrhein-Westfalen)
- Adelheid Rupp (Bayern)
- Tom Scheidung (Mecklenburg-Vorpommern)
- Birgit Stenzel (Berlin)
- Eva Vogt (Rheinland-Pfalz)

In der konstituierenden Sitzung am 10. Juli 2021 wählte die Kommission Karsten Knobbe zum Vorsitzenden und Birgit Stenzel zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Adelheid Rupp schied am 2./3. Oktober 2022 durch Annahme eines anderen Wahlamtes aus der BSchK aus.

Eva Vogt schied im Februar 2023 durch Parteiaustritt aus der BSchK aus.

2.

Die BSchK tagte im Berichtszeitraum 19-mal, davon einmal mit den Landesschiedskommissionen (LSchK). Teilweise wurden die Sitzungen per Videokonferenz durchgeführt; bei mündlichen Verhandlungen auch als Hybridsitzung, d.h. Präsenz der Mitglieder der BSchK und von einzelnen Verfahrensbeteiligten, Zuschaltung weiterer Verfahrensbeeteiligter per Videokonferenz.

Fast alle Mitglieder der BSchK haben sich als Berichterstatter*innen an Verfahren beteiligt.

Die Zusammenarbeit war kollegial und konstruktiv; es hat sich bewährt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Juristen*innen und Nichtjuristen*innen einzuhalten. Besonders den Mitgliedern ist zu danken, die bereits Mitglieder vorhergehender BSchK waren. Ihre Erfahrungen aus früheren Verfahren waren oft wichtiger Bestandteil der Entscheidungsfindung.

Ausdrücklich zu danken ist auch dem für die Geschäftsstelle der BSchK verantwortlichen Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle Jürgen Sauermann. Ohne seine organisatorische Unterstützung wäre die Arbeit der BSchK nicht zu leisten gewesen.

3.

Ein Großteil der Arbeit wird in den LSchK geleistet, auch wenn in einzelnen Fällen sich diese für befähigt oder nicht arbeitsfähig erklären, ohne dass aus Sicht der BSchK hinreichende Gründe hierfür bestehen. Die BSchK hat diese Fälle meist erstinstanzlich selbst behandelt und von einer Verweisung an andere LSchK abgesehen.

Der Arbeitsanfall der einzelnen LSchK war sehr unterschiedlich und die Menge der einzelnen Verfahren entspricht nicht der Mitgliederstärke der jeweiligen Landesverbände (s. Anlage).

Die BSchK sieht weiterhin Handlungsbedarf, auf einheitliche Standards bei der Abfassung der Entscheidungen durch die LSchK hinzuwirken. Dies betrifft insbesondere die Darstellung des Sach- und

Streitstandes, d.h. eine vollständige und unparteiische Darstellung der ganzen Vorgeschichte des Verfahrens.

Die gemeinsame Klausur der BSchK mit den LSchK hat sich für die Erreichung einer einheitlichen Rechtsprechung auf Ebene der Länder als notwendig erwiesen und sollte fortgeführt werden.

4.

Leider machen die Parteiausschlussverfahren weiterhin einen Großteil der Verfahren aus.

Im Berichtszeitraum wurden insbesondere folgende Grundsatzentscheidungen getroffen:

- Reichweite der Meinungsäußerungsfreiheit
- Umgang mit gemeinsamen Anträgen mit AfD-Fraktionen
- Auflösung eines Ortsverbandes durch den Kreisverband
- Voraussetzungen von Verfahren wegen sexueller Übergriffe
- Veränderung des Zeitplans des Parteitags durch Parteitag

Aus Sicht der BSchK führt der Umstand, dass es nur eine Sanktion bei parteischädlichem Verhalten gibt – den Parteiausschluss – weiterhin zu teilweise nur schwer begründbaren Entscheidungen. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn die gerügte Handlung berechtigterweise von den Antragsteller*innen kritisiert wird, aber nicht ausreicht, um einen Parteiausschluss zu begründen, oder wenn aus rechtsstaatlichen Gründen durch den zwischenzeitlichen Zeitablauf nicht auf Ausschluss erkannt werden kann, obwohl die gerügte Handlung ursprünglich zum Ausschluss berechtigt hätte. Die BSchK bleibt weiterhin der Auffassung, dass zumindest die Sanktion der zeitweiligen Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen bis zur Dauer von zwei Jahren und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren in die Bundessatzung aufgenommen werden sollte.

Anlage zum Bericht der Bundesschiedskommission an die 2. Tagung des 8. Parteitags der LINKEN (Augsburger Parteitag)

(Hinweis: Es sind Mehrfachzählungen möglich, soweit für einzelne Verfahren mehrere Kriterien zutreffen; auch sind noch offene Verfahren mitgezählt)

Anzahl der Verfahren, die aus der Zeit der vorherigen BSchK stammen: 7.

Anzahl der Verfahren ab 10. Juli 2021 bis 01.11. 2023: 48.

Die insgesamt bei der BSchK im Berichtszeitraum 55 anhängigen Verfahren wurden eröffnet von

Mitgliedern: 45

Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden: 3

Bundeszusammenschlüssen/Bundesebene: 0

Landeszusammenschlüssen/Landesebene: 7

Erstinstanzliche Verfahren durch BSchK: 7 (teilweise angerufen, obwohl nicht zuständig als erste Instanz), davon 2 Verfahren anstelle einer LSchK

Zweitinstanzliche Verfahren (Beschwerdeverfahren): 48 (davon 2 offen)

davon zuvor erstinstanzlich entschieden durch die LSchK aus

Bayern: 3

Baden-Württemberg: 1

Berlin: 0

Brandenburg: 1

Bremen: 1

Hamburg: 6

Hessen: 1

Mecklenburg-Vorpommern: 0

Niedersachsen: 7,

Nordrhein-Westfalen: 9

Rheinland-Pfalz: 2

Saarland: 9

Sachsen: 3

Sachsen-Anhalt: 0

Schleswig-Holstein: 3

Thüringen: 2

In 24 Verfahren wurde die zweite Instanz (BSchK) angerufen durch die Antragsteller, die insoweit mit ihren Anträgen bei der LSchK keinen Erfolg hatten und in 19 Fällen durch die Antragsgegner, die sich gegen die sie betreffenden Entscheidungen der LSchK wehrten. In 5 Fällen wandte sich die ursprünglichen Antragsteller unter Umgehung der ersten Instanz an die BSchK.

In 17 Fällen wurde die Beschwerde abgewiesen.

In 7 Fällen wurde der Beschwerde stattgegeben.

In 6 Fällen waren die Anträge/Beschwerden unzulässig.

In 2 Fällen wurde das Verfahren an die jeweilige LSchK zurückverwiesen.

14 Verfahren erledigte sich auf sonstige Weise, insbesondere durch Zeitablauf oder Parteiaustritt.

2 Verfahren sind noch offen.

Den Inhalten nach gliedern sich die Verfahren (teilweise Mehrfachnennungen) wie folgt auf:

Wahlanfechtungen: 12

Parteiausschlussverfahren: 23

Beschlussanfechtungen: 4

Feststellungsanträge: 7

Anordnungsanträge: 3

Verfahrenstechnische Fragen: 4

Insgesamt gibt es noch 2 offene Verfahren, die durch die nächste gewählte BSchK zu entscheiden sind.



LINKS in EUropa



Mit fünf Abgeordneten ist die Partei DIE LINKE 2019 ins Europäische Parlament eingezogen. Mit dem nahenden Ende der Legislaturperiode ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und einen Blick auf die verbleibenden Monate bis zur Wahl einer neuen EU-Volksvertretung im Juni 2024 zu werfen. Was haben die linken Parlamentarier:innen auf europäischer Ebene bewirkt? An welchen Themen werden sie weiter arbeiten? Und was bedeutet ihre Arbeit ganz unmittelbar für die Menschen in Bund, Ländern und Kommunen? Dazu geben die folgenden Seiten Auskunft.



Foto: Quentin Bruno

Editorial

Liebe Leser:innen,

die aktuelle Legislaturperiode des Europäischen Parlaments dauert nur noch wenige Monate. Angetreten sind wir fünf Abgeordneten der Partei DIE Linke im Jahr 2019, um für einen Neustart der Europäischen Union (EU) zu kämpfen. Das hieß und heißt für uns: Nicht die Freiheit des Marktes oder die Interessen einzelner Regierungen stehen an erster Stelle, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen. Und dies gilt in allen Bereichen der Politik, der Wirtschaft, des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Wir stehen für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität.

Unsere Bilanz nach vier Jahren parlamentarischer – und außerparlamentarischer – Arbeit kann sich sehen lassen. Ob europäische Mindestlohn-Richtlinie oder Lieferkettengesetz, ob EU-Zukunftskonferenz oder Regionalförderung, ob Kampf gegen die unmenschliche Migrationspolitik oder die Deregulierung im Interesse der großen Konzerne, ob Einsatz für die Medienfreiheit oder die sozial-ökologische Energiewende für den Schutz des Klimas – wir linken Abgeordneten erheben unsere Stimme auf allen wichtigen Feldern der europäischen Politik und haben nicht selten unsere Handschrift in Gesetze und Entscheidungen eingebracht.

Geprägt war die Legislatur jedoch nicht nur von unserem Kampf für eine andere Europäische Union, sondern zugleich von Ereignissen und Entwicklungen, die Europa vor bislang unbekannte Herausforderungen stellten. Da ist zum einen die Corona-Pandemie. Wir als Linke haben uns klar dafür eingesetzt, niemanden zurückzulassen und die Folgen der Pandemie nicht auf die Menschen abzuwälzen, wie wir es in der Finanzkrise in den Zehnerjahren gesehen haben.

Die Forderung aus unserem Wahlprogramm, Menschen vor Profite zu stellen, hat mit Corona eine ungeahnte Dimension bekommen. Zudem hat die Pandemie nicht nur dramatisch vor Augen geführt, wohin die staatliche Rotstiftpolitik bei der öffentlichen Daseinsvorsorge führen kann, sondern auch die Arbeitsweise großer Teile der Gesellschaft grundlegend geändert. Nicht zuletzt auch des Europäischen Parlaments: mit Debatten und Abstimmungen „remote“ haben auch wir Neuland betreten.

Zum vom russischen Präsidenten Putin ausgelösten Angriffskrieg gegen die Ukraine haben wir LINKE-Abgeordneten im Europaparlament von Beginn an klar Stellung bezogen: Auch unter Beachtung seiner Vorgeschichte ist der Überfall in keiner Weise zu rechtfertigen. Der Krieg fordert furchtbare Opfer. Er hat Europa und die Welt dramatisch erschüttert – mit negativen Folgen für die internationale Sicherheitsarchitektur, die Handelsbeziehungen und die Lebenshaltungskosten. Wir bleiben bei unserer Forderung, die Waffen sofort schweigen zu lassen, die russischen Truppen aus der Ukraine abzuziehen und eine globale Friedensordnung zu schaffen, die die legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt.

Was wir linken Parlamentarier:innen – als Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament und als Fraktion THE LEFT – in den vier Jahren bewirkt haben, was vor uns steht und nicht zuletzt, wie das weltweit einzige multilaterale Parlament der Welt „funktioniert“, wollen wir in dieser „Info Europa“ darstellen. Ich wünsche Ihnen eine informative und kurzweilige Lektüre.

Martina Michels, Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament

Von der Idee zum Heute

Unsere Vision eines gemeinsamen europäischen Projekts entspringt dem Antifaschismus. Auf dieser Basis kämpft die Delegation DIE LINKE. im Europaparlament für eine friedliche, soziale und demokratische EU

Überall in der Europäischen Union schließen sich Menschen zusammen, um ihr Leben zu verbessern. Sie kämpfen für bezahlbare Wohnungen, gegen Stromsperren, streiken für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor, wenden sich gegen neoliberale Freihandelsabkommen, etablieren eine Willkommenskultur für Schutzsuchende, treten für sichere Flüchtlingswege ein oder verhindern die Privatisierung des Wassers. Sie stellen genossenschaftlich Ökostrom her, lernen und arbeiten über Grenzen hinweg, profitieren vom kulturellen und geschichtlichen Austausch und von gelebter Solidarität. Sie fordern Zugang zu Wissen, Bildung und Information für alle, gehen auf die Straße, damit Russland den Krieg in der Ukraine beendet und die EU sich endlich klar für internationale Rüstungskontrolle einsetzt. Sie setzen damit hohe Maßstäbe für aufklärerische Politik und an Parteien, die soziale Gerechtigkeit ernst nehmen, lebensnah und zukunftsweisend durchbuchstabieren und sich erfolgreich dafür stark machen.

Die multiplen Krisen der jüngsten Zeit – wie die Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – haben, weil sie das Funktionieren des Binnenmarkts selbst bedrohen, einige Fenster hin zu Veränderungen des Status quo geöffnet. Nur ein Beispiel dafür ist die auch von den Linken nachdrücklich geforderte Lockerung der Schuldenbremse. Aber der Krieg schließt solche Fenster auch wieder, alternative politische Entwicklungsmuster werden zurückgeworfen und die EU auch sicherheitspolitisch wieder in eine globale Konfrontationsstellung gebracht. Die Kämpfe vieler Menschen für ein besseres Leben in der EU und global sowie unsere eigenen Erfahrungen als Delegation DIE LINKE. in Brüssel liefern jedoch zunehmend aussichtsreiche Ansatzpunkte für eine eingreifende Europapolitik, die sozial, ökologisch und friedlich ist.

DIE LINKE. steht zu einer demokratischen und friedlichen, weltoffenen und solidarischen EU. Wir stellen uns gegen ein „Weiter so“ der bürgerlichen Mitte und gegen ein „Zurück“ der nationalchauvinistischen Rechten, die sich einem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel und einer gerechten Umverteilung der erarbeiteten Ressourcen verweigern.

Wer Europa will, muss es den Reichen und Konzernen nehmen. Was steckt hinter dieser eigentlich revolutionären, aber im Wesen die alltägliche Demokratisierungsnotwendigkeit beschreibenden Forderung? Die Lobbyverbände und Parteien der Reichen führen einen Kulturkampf gegen die Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums. Sie kämpfen gegen

die Vergesellschaftung und öffentliche Kontrolle der Energie- und Digital-Infrastruktur, um ihre Profite und Privilegien zu sichern. Am Ende werden wieder Menschen gegen Menschen ausgespielt. Journalist:innen werden nicht nur in Ungarn an ihrer Arbeit gehindert und unter Druck gesetzt. In immer mehr Staaten der EU werden mittelalterliche Gesetze gegen die reproduktive Gesundheit von Frauen erlassen. Und das brennende Moria erinnert uns an das Europa des 20. Jahrhunderts, in dem Deutschland die Welt mit Faschismus und Krieg überzog.

In dieser dunkelsten Stunde Europas schrieben die eingekerkerten Antifaschisten um Altiero Spinelli 1942 das „Manifest von Ventotene“. Noch vor der Erklärung von Robert Schuman aus dem Jahr 1950, die – in kapitalistischen Gesellschaften und in der Zeit des bereits begonnenen Kalten Krieges – vor allem auf die Versöhnung Frankreichs und Deutschlands setzte und heute oft als Geburtsstunde der EU tituliert wird, wurde mit dem Manifest von Ventotene dagegen eine tatsächlich europäische Vision beschrieben. Die auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene niedergeschriebenen Ideen eines neuen, antifaschistischen und solidarischen Europas sind heute aktueller denn je und Richtschnur linker Europapolitik.

Fast zeitgleich entwarfen deutsche Widerstandskämpfer:innen die Vision einer Europäischen Union als Gegenstück zu Hitler-Faschismus und nationalem Größenwahn des deutschen Kapitals. Sie endeten fast alle unterm Fallbeil der nationalsozialistischen Diktatur, auch die mit ihnen zusammenarbeitenden Mitglieder der Gruppe um Herbert Baum. An die Ideen eines leidenschaftlichen Programms für ein geeintes, soziales und friedliches Europa können wir anknüpfen. Das heißt: Wir wollen Partei ergreifen für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union, die mehr sein muss als ein funktionierender Binnenmarkt und der so gekennzeichnete Staatenverbund. Eine Union, die den Alltag der Menschen wirtschaftlich so stark bestimmt, braucht eine ordnungspolitische und demokratische Verfasstheit, die jeder und jedem in den Mitgliedstaaten oder auch in jenen Staaten, die der EU beitreten wollen, breite demokratische Beteiligungsmöglichkeiten einräumt. Insbesondere auch deshalb, weil der angesichts der globalen Herausforderungen des Klimawandels zwingend notwendige sozial-ökologische Umbau der EU neue Perspektiven erfordert. Eine solche Umgestaltung wiederum wäre ein zentraler Beitrag für die Errichtung einer friedlichen und kooperativen, regelbasierten Weltordnung.

Die gemeinsame europäische Krisenintervention für die Meisterung der multiplen Krisen hat Fenster geöffnet, die wir für linke Politik nutzen müssen. Erstmals wurden, um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen, gemeinsam Schulden in der EU aufgenommen und eine Gesundheitsunion skizziert. Es wurden steuerliche Abgaben der Reichsten und Profiteure der Krisen europaweit thematisiert. Das Ende des fossilen Energieverbrauchs und die gerechte Sicherung von Lieferketten rückten stärker ins Zentrum politischer Debatten und Entscheidungen. Die soziale Integration von Geflüchteten wurde für Ukrainerinnen und Ukrainer neu definiert. Diese Erfahrungen sollten Maßstäbe setzen, statt einen EU-Asylpakt zu unterstützen, bei dem die deutsche Bundesregierung Abschottung und Rechtsbruch für Menschen in Not mitträgt.

Wir als Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament haben uns in alle europapolitischen Auseinandersetzungen aktiv eingebracht. Dabei war der Start für uns Abgesandte der deutschen Linkspartei nicht einfach. Die Europawahlen 2019 waren auch für DIE LINKE. eine Zäsur. Mit fünf Abgeordneten zogen wir in die EU-Volksvertretung ein – in der vorangegangenen Legislatur hatte unsere Delegation sieben Mitglieder und war damit die größte Gruppe innerhalb der Linksfraktion. In der laufenden Wahlperiode mussten wir Prioritäten setzen und die Arbeit konzentrieren, ohne Abstriche an wichtigen Themenfeldern zuzulassen. Auch ohne die mitgliederstärkste Delegation zu sein, haben wir einen zentralen Platz in der Fraktion THE LEFT gefunden und wesentlich zu Arbeit und Erfolgen der Linken im Europaparlament beigetragen.

Und diese Erfolge können sich sehen lassen. Wir Linken haben uns in Brüssel und Straßburg erfolgreich für einen europäischen Mindestlohn eingesetzt, der zugleich die Rechte der Gewerkschaften stärkt. Wir haben uns in der Regional- und Industriepolitik für eine soziale Klimapolitik und die Verkehrswende eingesetzt.

Wir haben für einen gerechten Übergang der freigesetzten Beschäftigten in der Autoindustrie gekämpft,

damit ihnen alternativ Arbeitsplätze angeboten werden und sie ein echtes Recht auf Weiterbildung erhalten.

Wir haben gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt gekämpft, der in Wirklichkeit eine Investitionsbremse ist und den Mitgliedstaaten die Luft zum Atmen nimmt. Stattdessen fordern wir einen sozialen Fortschrittspakt, damit öffentliche Investitionen in klimafreundliche Jobs, Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge möglich werden.

Seit Jahren kämpfen wir gegen Lobbyisten, die unsere Rentensysteme in der EU privatisieren wollen. Wir sagen, dass die Rente nichts auf dem Finanzmarkt zu suchen hat.

In sozialen Bündnissen und in parlamentarischen Ausschüssen kämpfen wir für greifbare Digitalsteuern, für die Freigabe von Patenten, insbesondere für Impfstoffe gegen Covid, und einen gerechten internationalen Handel. Wir fordern eine faire Kooperation der EU im globalen Maßstab und eine inklusive und geschlechtergerechte EU-Förderpolitik unter anderem in Bildung und Kultur. Die Delegation DIE LINKE. streitet für die Verbindlichkeit hoher sozialer Standards, für Rüstungskontrolle und diplomatische Konfliktlösung, gegen Überwachung und für Grundrechtsschutz. Wir stehen entschieden gegen den Abbau und die Zerstörung der in den letzten Jahrzehnten erkämpften Rechte und zivilisatorischen Werte in der EU.

An diese Kämpfe und Erfahrungen anknüpfend und auf der Basis vieler Ideen aus Gewerkschaften, von Nichtregierungsorganisationen, Bürgerrechts- und sozialen Initiativen, gemeinsam mit Kulturproduzenten und Köpfen aus der Wissenschaft werden wir in den verbleibenden Monaten der Legislaturperiode weiter arbeiten und kämpfen. Die Erfahrungen aus den Bürger:innendialogen und der fast dreijährigen EU-Zukunftskonferenz sind für uns als Delegation DIE LINKE. im Europaparlament dabei Ermutigung und Ansporn: Denn eine alltagstaugliche, gerechte und zukunftsorientierte Europapolitik geht alle an.

Ein Rahmen für die sozialen Rechte

Friedenspolitik, Soziales und Einsatz für Menschen auf der Flucht – für Özlem Demirel gehören diese Themen zusammen

Man merkt ihr die Gewerkschafterin an: „Das Thema Soziales ist doch eines der zentralsten für uns Linke“, sagt Özlem Alev Demirel. Die Europaabgeordnete der Linkspartei arbeitet unter anderem im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, EMPL abgekürzt. „Die Europäische Union ist ein riesiger Binnenmarkt, in dem vertraglich die Freiheiten des Marktes und der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital im Vordergrund standen und stehen. Die soziale Absicherung für die Menschen, faire Löhne, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern sind dagegen hinten runtergefallen.“

Zwar bekennt sich die EU zur Förderung von Beschäftigung, zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, zu einem angemessenen sozialen Schutz sowie zur Bekämpfung von Ausgrenzungen. Allerdings steckt die sogenannte Regelungskompetenz der Gemeinschaft in sozialpolitischen Fragen noch immer in den Kinderschuhen. „Bevor ich ins Europaparlament gekommen bin, ist die Europäische Säule sozialer Rechte beschlossen worden“, erzählt Demirel. „Ein wunderschönes Papier mit vielen verschiedenen Punkten der Sozialpolitik, von fairen Löhnen über Inklusion bis zu angemessenen Renten. Aber nichts davon wurde rechtsverbindlich implementiert. In den vergangenen Jahren der Legislatur haben wir jedoch in dieser Hinsicht einiges erreicht und verbindlich festgeklopft.“ Demirel stellt fest, dass man gar nicht die Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme auf europäischer Ebene fordere. Zu unterschiedlich sind Entwicklungen und Strukturen in den verschiedenen Ländern. „Aber was wir wollen, ist ja, dass es einen Rahmen gibt für Mindeststandards, mit denen grundlegende soziale und Arbeitsrechte abgesichert sind“, betont Demirel.

Ein zentraler Punkt dabei ist eine EU-Richtlinie, die im Oktober 2022 beschlossen wurde und Regelungen für die Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten vorgibt. Diese Richtlinie trägt auch die Handschrift der Linken im Europaparlament, Özlem Demirel war wesentlich an der Ausarbeitung beteiligt. „Durch die Konkurrenz im EU-Binnenmarkt wurde über Jahre Lohndumping befeuert und prekäre Beschäftigung ausgeweitet. Auf die Spitze getrieben haben es die EU- und Troika-Vorgaben in der Eurokrise. Aktuell ist jeder neunte Beschäftigte in der EU arm trotz Arbeit“, erklärt sie. Die Mindestlohnrichtlinie sei deshalb wichtig, auch wenn



Özlem Alev Demirel (Jahrgang 1984) war unter anderem Mitglied im Rat der Stadt Köln und im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Seit der Europawahl 2019 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Politikerin ist Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung, zu dessen stellvertretender Vorsitzenden sie gewählt wurde, sowie im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist sie stellvertretendes Mitglied. Sie ist Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei.

sie noch in nationales Recht überführt werden muss – was bis Ende 2024 geschehen soll. Die allermeisten EU-Mitgliedstaaten haben zwar gesetzliche Mindestlöhne. Doch real liegen diese quasi überall unterhalb der offiziellen relativen Armutsschwelle in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Um das zu ändern, gibt es nun Vorgaben und Festsetzungen. Laut EU-Richtlinie soll sich der Mindestlohn künftig an 60 Prozent des nationalen Bruttomedianlohns beziehungsweise 50 Prozent des Bruttodurchschnittslohns orientieren, denn hier wird die offizielle Armutsschwelle auch definiert. Zudem betont Demirel auch einen anderen Effekt der Mindestlohnrichtlinie: „Mit dieser EU-weiten Vorgabe stärken wir die Gewerkschaften, das Zutrittsrecht der Vertretungen der Arbeitnehmer:innen in Betriebe und die Möglichkeiten zu Tarifverhandlungen. Während die EU mit ihrer Kürzungspolitik in der Vergangenheit Tarifverträge zerschlagen und Gewerkschaften geschwächt hat, kann eine solche Richtlinie dieser falschen Politik in Zukunft ein klares Stopp-Schild entgegenhalten. Denn wenn in einem Mitgliedstaat eine Tarifbindungsrate unter 80 Prozent gegeben ist, müssen per Gesetz Aktionspläne zur Erhöhung dieser Rate erstellt werden. In Deutschland liegt die Tarifbindungsrate aktuell bei 50 Prozent“.

Eine Branche, in der die gewerkschaftliche Organisation eher minimal ist und die nur selten in die öffentliche Wahrnehmung gerät, hat die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKE-Delegation im EU-Parlament dabei besonders im Auge: die sogenannten Plattform-Arbeiter:innen. Als Plattformarbeit gelten alle Tätigkeiten und Dienstleistungen, die internetbasiert sind. Die Bandbreite reicht dabei von Lieferdiensten über Onlinebörsen bis zum Mediensign. In ihrem Bericht zur Erwerbsarbeit von 2021 hatte sich Demirel auch mit dieser Berufsgruppe intensiv beschäftigt – und nicht locker gelassen. „Die Situation der Plattform-Arbeiter:innen ist äußerst kompliziert“, so Demirel. „In dieser Branche ist eine Art Scheinselbstständigkeit sehr verbreitet. Die dort Tätigen haben kaum Rechte, es gibt praktisch keine gewerkschaftliche Vertretung oder Betriebsräte, in dieser neuen Arbeitswelt dominieren Algorithmen und es gibt keinerlei Transparenz.“ Gemeinsam mit anderen Abgeordneten hat sich die LINKE-Politikerin stark gemacht für Regulierungen. Inzwischen wird die Richtlinie hierzu verhandelt, und wenn das durchgesetzt würde, wofür die LINKE streitet, würden Millionen von Plattform-Beschäftigten profitieren. Der Scheinselbstständigkeit würde ein Riegel vorgeschoben. Beschäftigte in diesem Bereich hätten damit auch Anspruch auf grundlegende Arbeitnehmerrechte wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, könnten sich in Gewerkschaften organisieren und Tarifverhandlungen führen“, erläutert Özlem Demirel.

Die Linksfraktion im EU-Parlament hätte sich sogar noch weitergehende Regelungen gewünscht. Ohnehin gehört es zu ihren Arbeitsprinzipien, „ein Ohr“

bei Gewerkschaften oder Sozialverbänden zu haben. Das gehört für sie ebenso dazu wie die konkrete Sacharbeit an Themen mit Kolleg:innen, durchaus auch aus anderen Fraktionen. Im Gegensatz beispielsweise zum Bundestag, wo es immer ein Pro oder Kontra zur Regierung gibt, funktioniert das Europaparlament anders. Hier muss eine Gesamtposition im Parlament gefunden werden, um sie dann mit den anderen Ebenen, Rat und Kommission zu verhandeln.

Das hebt politische Unterschiede nicht auf, wie sich gerade bei einem anderen großen Thema von Özlem Demirel, der Friedenspolitik, zeigt. Dabei ist dieses eng mit sozialen Fragen verknüpft. „Waffen runter, Löhne rauf“, hat sie auf Stoffbeutel drucken lassen, besser ist die Verbindung der beiden großen Fragen kaum zu fassen. „Das sind tatsächlich zwei Seiten einer Medaille. Es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen den steigenden Rüstungsausgaben und den jetzt zum Beispiel auch in Deutschland angekündigten möglichen Sozialkürzungen. Und dasselbe sehen wir natürlich auch auf der EU-Ebene.“

Die „Axt am Sozialstaat“ nennt die Europapolitikerin daher die Ausgaben für die Aufrüstung. Und führt dafür die auf dem NATO-Gipfel im Juli 2023 in Vilnius bekräftigte Forderung an, Ausgaben von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes fürs Militär zu erreichen. „Man muss sich die Dimensionen vor Augen führen, über die wir hier sprechen“, erklärt Demirel: „Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär auszugeben, wird nur durch massive Kürzungen der Sozialausgaben möglich sein. Aktuell unterschreiten 19 von 31 NATO-Mitgliedern diese Norm. Sie zu erreichen, würde Mehrausgaben von insgesamt rund 350 Milliarden Euro erfordern.“ Auch für Deutschland hat sie die Konsequenzen heruntergebrochen: „2024 sollen in der Bundesrepublik die zwei Prozent erstmals erreicht werden, indem 19,2 Milliarden Euro dem Sondervermögen der Bundeswehr entnommen werden. Das wird aber spätestens 2026 aufgebraucht sein. Um danach auf zwei Prozent des BIP an Militärausgaben zu kommen, wäre ein Anstieg des offiziellen Verteidigungsbudgets um 25 bis 30 Milliarden Euro erforderlich – dieses Geld wird nicht nur für Sozialausgaben fehlen, das wird die Welt auch nicht sicherer machen.“

Doch vor allem kritisiert Demirel die Umrüstung der EU in eine Militärunion. „Die EU rüstet derzeit massiv auf, um im robusten Wettbewerb um wichtige Ressourcen, Handelswege, Märkte ihre Interessen – wo nötig auch militärisch – durchsetzen zu können. Das ist eine brandgefährliche Entwicklung, die mit der Verteidigung von Sicherheit und Frieden nichts zu tun hat.“ In den letzten drei Jahren hat eine nie dagewesene Militarisierung der EU stattgefunden. Das Tempo ist atemberaubend und die Programme sind laut Artikel 41.2 des EU-Vertrages sogar illegal. Der Europäische Verteidigungsfonds für Entwicklung und Beschaffung von Militärgerät, eine Kriegskasse für EU-Rüstungs-

exporte an Drittstaaten, die sich zynischerweise auch noch Friedensfazilität nennt, und zwei kurzfristige Finanzspritzen aus dem EU Haushalt für Munition (ASAP und EDIRPA) – um nur die großen zu nennen. Die Rüstungskonzerne feiern Dauerparty.

Özlem Demirel sieht es als permanente Aufgabe, über solche Zusammenhänge aufzuklären, ob nun bei Veranstaltungen, mit Studien, Presseinformationen. Und das Echo gibt ihr recht. „Das Informationsbedürfnis der Menschen zu diesen Fragen ist sehr groß, zumal sich die Pressestellen von NATO oder Verteidigungsministerien alle Mühe geben, solche Sachverhalte schönzureden oder zu verschleiern.“

Das ist auch bei der Militarisierung der EU-Außengrenzen der Fall – ein Thema, bei dem die Europaabgeordnete seit Jahren Aufklärungsarbeit leistet. Unter anderem hat sie Studien zum Einsatz von Drohnensystemen und Künstlicher Intelligenz an der EU-Außengrenze anfertigen lassen. „Die Frage der Migration wird als eine der Sicherheitspolitik dargestellt. Aber tatsächlich ist es so, dass sich die Sicherheitsindustrie, die eng verwoben ist mit der Rüstungsindustrie, mit der Abschottungspolitik der Europäischen Union eine goldene Nase verdient.“

Das Recht auf Asyl ist für Demirel zentral. Sie gehörte zu den ersten Politiker:innen, die Pushbacks – das meist gewaltsame Zurückdrängen von Geflüchteten und anderen Migrant:innen von den Grenzen ihres Ziel- oder Transitlandes – an die Öffentlichkeit brachten. Bereits Anfang 2020 reiste sie mit ihrer Delegationskollegin Cornelia Ernst in die bosnisch-kroatische Grenzregion, um Berichte zu diesen verbotenen und den europäischen Werten widersprechenden Praktiken zu verifizieren. Dabei haben sie zahlreiche Berichte gehört, wie geflüchteten Menschen gewaltsam der Zugang zur EU verwehrt wird. „Dabei sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten für Fluchtursachen mitverantwortlich – etwa durch Rüstungsexporte in Krisenregionen, in Bezug auf den Klimawandel, der die armen Regionen am härtesten trifft, oder durch Handelsverträge, die den Menschen jede wirtschaftliche Grundlage rauben“, resümierte die Abgeordnete damals in der Tageszeitung „nd“. Heute bekräftigt sie diese Einschätzung: „Das Allererste und Wichtigste für mich ist, dass wir dieser Politik der globalen Ungerechtigkeit, bei der die EU eben auch eine ökonomische Macht ist, etwas entgegenstellen müssen. Das Zweite ist unsere Verpflichtung, nicht nur als Linke, Menschen in Not die Hand zu reichen. Solange Menschen auch durch die EU-Außen- und Wirtschaftspolitik ihrer Perspektive beraubt werden, solange werden auch viele den Ausweg darin sehen zu fliehen. Was die EU gerade macht, ist die Abschaffung des internationalen verbrieften individuellen Rechts auf Asyl. Und dagegen müssen wir aufstehen.“



Die Europäische Union will laut EU-Kommissionspräsidentin für die „Ära der Konkurrenz großer Mächte“ gerüstet sein. Für die kommenden Auseinandersetzungen großer ökonomischer und politischer Mächte um Märkte und politischen Einfluss, um die Kontrolle von Rohstoffen und wichtigen Handelsrouten wird immer weiter aufgerüstet und die EU in eine Militärunion umgebaut. Welche Gefahren birgt das? Wer profitiert davon, und was bedeutet das für die öffentlichen Haushalte? Das untersucht die permanent aktualisierte Studie.



Viele Menschen können allein von ihrer Erwerbsarbeit nicht mehr leben. Die Zahl der Arbeitenden in Niedriglohnssektoren und in prekären Arbeitsverhältnissen ist immer höher geworden ist. Im Vorfeld der EU-Mindestlohnrichtlinie nahm die Studie eine fundierte Gesamtanalyse der unterschiedlichen Mindestlohnsysteme in der Europäischen Union vor und ordnete sie in den europäischen Kontext ein.

Für ein Europa der Solidarität

Cornelia Ernst setzt sich für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik der EU ein. Energie und Datenschutz gehören ebenfalls zu ihren Themen

Die Zahlen sind erschütternd: Allein im Jahr 2022 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 2.400 Menschen, die aus Krisenregionen über das Mittelmeer Richtung Europa flüchteten. 2023 ertranken jeden Tag zehn Menschen auf der gefährlichen Überfahrt. Dabei können diese Zahlen nur geschätzt werden – wie viele Geflüchtete genau im Mittelmeer ertranken, wird für immer im Dunkeln bleiben. „Bei all dem sieht die Europäische Kommission zu, es gibt keine Konsequenzen für fehlende Seenotrettung oder die gezielte Pushback-Politik der Mitgliedstaaten, keine Vertragsverletzungsverfahren“, kritisiert Cornelia Ernst mit allem Nachdruck. „Und die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist Beobachterin und Komplizin dieser Ereignisse, ohne einzugreifen und unter Verletzung der sie selbst betreffenden Verordnung.“ Seit ihrer ersten Wahl 2009 ins Europäische Parlament setzt sie sich nachdrücklich für eine humane Migrations- und Asylpolitik der EU ein.

Dabei liegt der Schutz der Menschenrechte „in der DNA“ der Europäischen Union, er ist sogar in ihren Gründungsdokumenten vertraglich fixiert. In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union werden die Werte benannt, auf denen sich die EU gründet: „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“; laut Artikel 3 soll die EU einen Beitrag zur „Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte“ leisten. Und in der Grundrechtecharta der Europäischen Union wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass das Recht auf Asyl gewährleistet wird.

Wie all diese Verpflichtungen und Verträge ausgehebelt werden, macht Cornelia Ernst an einigen zentralen Daten fest: „Bereits 2015, als eine große Zahl von Geflüchteten nach Europa kam, hat die EU-Kommission eine dubiose Migrationsagenda beschlossen, die darauf abstellte, diese Menschen in sogenannten Zentren, sprich Gefängnissen, in Transit- und Drittstaaten festzusetzen“, erklärt die Abgeordnete. „Der Papst hatte diese Lager, mit denen vor allem der afrikanische Gürtel abgeriegelt werden sollte, als Hölle bezeichnet. 2016 legte eben jene Kommission ein



Cornelia Ernst (Jahrgang 1956) gehört seit 2009 dem Europäischen Parlament an. Zuvor war die LINKE-Politikerin mehr als zehn Jahre auf landespolitischer Ebene in Sachsen engagiert, unter anderem als Mitglied des Sächsischen Landtags.

Cornelia Ernst arbeitet in den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) sowie für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Außerdem ist sie Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Iran.

Asylpaket vor, bestehend aus fünf Gesetzesvorhaben, eines schlechter als das andere.“

Ein Jahr später distanzierte sich das Europaparlament, auch auf Druck der Linksfraktion, von diesem Paket. „Zu Verhandlungen mit dem Rat im Trilog kam es allerdings nie, weil die Regierungen sich selbst nicht einig wurden und das Europaparlament den Dublin-IV-Verordnungsvorschlag vollständig umkremelte zu einem menschenwürdigen Aufnahmegesetz“, erläutert Ernst. „Es war der Mitte-Links-Kooperation zu verdanken, dass dieser Parlamentsbeschluss einen Kriterienkatalog sowie verbindliche Aufnahmeverpflichtungen für die Mitgliedstaaten enthielt.“

Als besonders perfide betrachtet Cornelia Ernst den EU-Türkei-Deal von März 2016, „der von keinem Parlament der Welt abgestimmt wurde“, wie sie betont. Mit dieser Vereinbarung sollten Fluchtbewegungen über die Türkei in die EU eingeschränkt werden; Ankara kassierte dafür insgesamt neun Milliarden Euro aus Brüssel für den Ausbau der Grenzüberwachung und an Hilfsgeldern für die Versorgung von Geflüchteten – unkontrolliert. „Canceln“ will Ernst diesen Deal, der zwar nur noch auf dem Papier existiert, aber als Vorlage für Abkommen in anderen Regionen dient.

Dass die LINKE-Abgeordnete gemeinsam mit anderen progressiven Kräften kämpfen kann, hat sie bewiesen – und kann einiges an Erfolgen vorlegen. Ernst gehörte mit zu den ersten europäischen Politiker:innen, die das Thema Pushbacks in die Öffentlichkeit brachten. Bereits Anfang 2020 reiste sie mit ihrer Delegationskollegin Özlem Alev Demirel in die bosnisch-kroatische Grenzregion, um Berichte zu diesen verbotenen und den europäischen Werten widersprechenden Praktiken zu verifizieren. Dabei haben sie zahlreiche Berichte gehört, wie geflüchteten Menschen gewaltsam der Zugang zur EU verwehrt wird. An dem Thema ist Cornelia Ernst „dran geblieben“. Gemeinsam mit dem Border Violence Monitoring Network – einer Dachorganisation von Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Abschottung der EU-Außengrenzen beschäftigen – hat sie das „Black Book of Pushbacks“ an UN-Kommissare, Minister verschiedener Länder, Frontex, NGOs und Universitäten übergeben. Das bereits in zweiter Auflage, diesmal in vier Bänden, erschienene Buch listet Tausende illegale Rückführungen auf und dokumentiert Zeugenaussagen.

Dies ist natürlich nur ein Teil des Engagements von Ernst für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik der EU. „Die Frontex Scrutiny Working Group, die Grundrechtsverletzungen der EU-Grenzschutzagentur untersucht, wäre ohne uns Linke im EU-Parlament niemals zustande gekommen“, berichtet sie. Die Untersuchungsgruppe konnten sie sogar bei den Abgeordneten der konservativen Europäischen Volkspartei durchsetzen. „Unser Plus war dabei, dass wir Beweise für die Verstöße von Frontex gegen Grundrechte und EU-Verordnungen vorlegen konnten, die wir selbst mit Hilfe zahlreicher NGOs gesammelt ha-

ben.“ Ohnehin spielt für Cornelia Ernst die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eine große Rolle: „Wir haben das Parlament benutzt, um Geflüchtete hier sprechen zu lassen. Dazu gehören beispielsweise zwei Afghanistan-Konferenzen, die das Desaster nach der Machtübernahme durch die Taliban und das Unvermögen der internationalen Gemeinschaft zur Hilfe dokumentiert haben.“

Für Ernst ist es wichtig, Öffentlichkeit für diese Fragen herzustellen. „Zu den Beschlüssen des Europaparlaments zum Asylpaket haben wir in Deutschland Online-Konferenzen abgehalten, wir haben Informationsmaterial erstellt.“ Gemeinsam mit LINKE-Abgeordneten aus dem Bundestag und den Landtagen hat sie sogenannte Asyltouren organisiert, um über die reale Situation aufzuklären und „den Biertischen Contra zu bieten“.

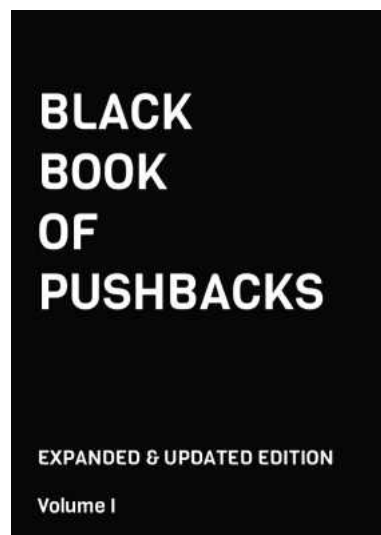
Solche Initiativen bewähren sich auch auf einem anderen zentralen Arbeitsgebiet der LINKE-Politikerin, der Energie- und Industriepolitik. Seit inzwischen zehn Jahren führt sie in Sachsen und Rheinland-Pfalz – den beiden Bundesländern, für die sie zuständig ist – regelmäßige Sommertouren zu diesem Thema durch. „Die exorbitant gestiegenen Energiepreise sind für viele Menschen nicht mehr tragbar. Das hat das seit vielen Jahren existierende Problem der Energiearmut nochmals verschärft.“ Die Linke im Europaparlament habe immer wieder auf Energiepreisdeckel und eine Entlastung der Bürger:innen gedrängt. „Leider hat der Rat diesen Deckel viel zu hoch angesetzt und sich auch nur auf Reförmchen statt einer umfassenden Reform des Energiemarktes eingelassen.“ Daher drängt sie gemeinsam mit der Linksfraktion nicht nur auf eine strukturelle Neugestaltung der Energiemärkte, sondern auch auf eine öffentliche Kontrolle der zentralen Komponenten des Energiesektors. „Nur eine Vergesellschaftung des Energiesektors kann exzessiven Marktdynamiken nachhaltig entgegenwirken.“

Niedrige Strom- und Energiepreise sind nicht nur für Verbraucher:innen wichtig, sondern auch für die Industrie. „Die europäische Industrie und insbesondere ihre strategischen Schlüsselsektoren stehen zunehmend in Konkurrenz und drohen, im globalen Subventionswettbewerb das Nachsehen zu haben“, so Ernst. Der Wettlauf betrifft auch den Bereich der Rohstoffpolitik. Das europäische Gesetz über kritische Rohstoffe zielt darauf ab, die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen abzusichern. Als Schattenberichterstatterin des Gesetzes gelang es Ernst, „nicht nur Versorgungssicherheit, sondern auch Umweltstandards, Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Partizipation im Gesetz zu verankern“.

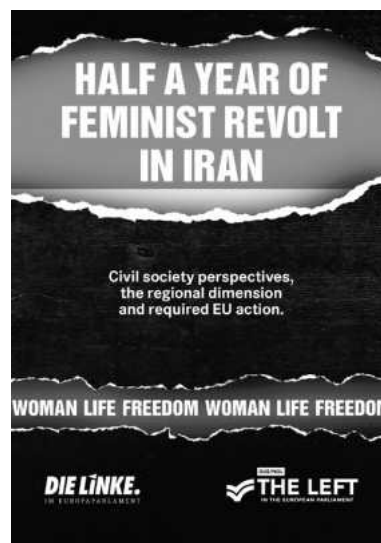
Öffentliche Kontrolle und Regulierung – darauf setzt Cornelia Ernst auch bei Datenschutz, Künstlicher Intelligenz und dem Einsatz von Überwachungssoftware durch staatliche Stellen, Stichwort Pegasus. Ein Untersuchungsausschuss des Europaparlaments, der sich mit dem Einsatz des Spähprogramms beschäftigte

und dem auch Ernst angehörte, hat im Sommer 2023 seinen Abschlussbericht vorgelegt. „Trotz der Dauerblockade unserer Arbeit durch nationale Regierungen konnten wir nach unseren Recherchen auch vor Ort klar belegen, dass Polen, Ungarn, Spanien und Griechenland Spionagesoftware, sogenannte Spyware, eingesetzt haben und Zypern am Handel für den EU-Binnenmarkt beteiligt ist. Wir wissen auch, dass insgesamt 14 EU-Mitgliedstaaten Pegasus unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung erworben haben“, berichtet sie. Gerade die Linksfraktion hatte die Arbeit des Untersuchungsausschusses immer wieder vorangetrieben. „Für uns ist glasklar: Eine Überwachungssoftware wie Pegasus ist nicht mit den Grundrechten vereinbar; die EU-Kommission muss einen Gesetzesvorschlag zur strikten Regulierung von Spyware vorlegen.“ Die Forderung nach einem generellen Verbot solcher Überwachungsprogramme war gegen die Konservativen nicht durchzusetzen. Gelungen war dies jedoch beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Massenüberwachung: „Die fortschrittlichen Kräfte im Europäischen Parlament haben das Verbot von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, das die konservative Fraktion beseitigen wollte, erfolgreich verteidigt. Das ist historisch und ein großer Erfolg.“

Einen Namen gemacht hat sich Cornelia Ernst auch als Vorsitzende der Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu Iran. Sie hat Studien in Auftrag gegeben, Veranstaltungen durchgeführt, Kontakte mit Oppositionellen geknüpft und Patenschaften für von der Todesstrafe Bedrohte vermittelt, eine Iran-Aktionswoche im Europaparlament organisiert. „Wir haben inzwischen eine Plattform für die Opposition in Iran und der Diaspora, und zwar der gesamten Opposition, nicht nur für einige Teile.“ Das ist ihr wichtig. „Denn die Ereignisse und politischen Debatten um den Iran haben mich gelehrt, immer abzuwägen, was für die Menschen im Iran wirklich wichtig ist.“



Das Black Book dokumentiert Tausende Erfahrungsberichte von Menschen auf der Flucht. Sie alle erlebten Gewalt an den EU-Grenzen, wurden illegal zurückgedrängt, sie wurden geschlagen, misshandelt und gefoltert. Die systematische Praxis der Pushbacks ist nicht nur verboten, sie widerspricht auch grundlegenden europäischen Werten.



Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini im September 2022 im Polizeigewahrsam entwickelten sich die Proteste in Iran zur größten Revolte in dem Land seit der Revolution von 1979. Die Studie beschäftigt sich mit den zivilgesellschaftlichen Perspektiven, der regionalen Dimension der Entwicklung im Iran und erforderlichen EU-Maßnahmen.

Europäisch denken, kommunal handeln

Die Regionalpolitik ist der Arbeitsschwerpunkt von Martina Michels. Aber auch bei Kultur und Medienfreiheit setzt sie linke Akzente

Brüssel? Das ist doch weit weg, meinen viele, wenn es um die Europäische Union geht. Was hat das mit mir zu tun?

Eine ganze Menge, sagt Martina Michels. Seit 2013 ist die LINKE-Politikerin Mitglied des Europäischen Parlaments, seit zwei Legislaturperioden arbeitet sie im Ausschuss für regionale Entwicklung, REGI abgekürzt. „Ich glaube, wenn man ‚Europa‘ verstehen und verbessern will, dann ist der Blick auf die Regionen, auf die Kommunen vor Ort, dorthin, wo die Menschen leben, wo sie am stärksten mit den europäischen Gesetzgebungen zu tun haben, besonders wichtig. Denn in den Regionen und Kommunen, da wirkt sich die EU sehr konkret aus. Das wird aber mitunter nicht so wahrgenommen.“

Tatsächlich gehen heute bis zu 70 Prozent der nationalen Gesetze und Vorschriften auf EU-Richtlinien und Regelungen zurück. „Ob das die Wasserrichtlinie ist, die Vorschriften für Stromnetze und Produktsicherheit, die Gesundheits- und Asylpolitik – alles beginnt in Brüssel und bestimmt letztlich unser aller Leben, egal wo wir in der EU leben.“

Von ungefähr kommt Michels Einsatz für die Kommunen und die europäische Regionalpolitik nicht. „Bevor ich ins Europaparlament gewählt wurde, war ich Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Vertreterin im Ausschuss der Regionen der EU, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Regionalpolitikerinnen und Regionalpolitiker aus allen Mitgliedsländern sitzen. Die konnten immer genau sagen, welche Auswirkungen eine europäische Regelung auf die Regionen und Kommunen hat“, erzählt Michels. „Deshalb war meine Devise immer: Europäisch denken, kommunal handeln.“

Die Regionalpolitik, oft auch als Kohäsionspolitik bezeichnet, ist einer der zentralen Bereiche der EU-Politik und verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft zu stärken. Dies soll mittels der Verringerung des Strukturgefälles zwischen den einzelnen Regionen sowie durch die Förderung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung geschehen. „Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist ein im Vertrag von Lissabon verankerter Auftrag“, erläutert die LINKE-Politikerin. „Europäisch zu denken, heißt auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass es noch viele unterentwickelte



Martina Michels (geboren 1955 in Berlin), war von 1991 bis 2013 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, zeitweise bekleidete sie die Funktion als Vizepräsidentin. Zudem war sie im Europäischen Ausschuss der Regionen tätig. 2013 rückte sie ins Europäische Parlament nach, bei den Europawahlen 2014 und 2019 wurde sie ins Parlament gewählt.

Martina Michels ist Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung sowie Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung. Sie ist Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament. Sie gehört den Delegationen für die Beziehungen zu Israel und für den Mittelmeerraum sowie der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Euronest an.

Regionen in der EU gibt.“ Diese liegen vor allem im Süden und Osten der Gemeinschaft. Praktisch umgesetzt wird die Regionalpolitik vor allem über spezielle Fonds, wie den Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und den Europäischen Fonds für Ländliche Entwicklung (ELER).

Für die Regionalpolitik stehen in den Haushaltsplänen der EU stets mit die größten Summen bereit; im laufenden mehrjährigen Finanzrahmen (2021 bis 2027) macht der entsprechende Bereich „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ mit rund 378 Milliarden Euro sogar den größten Posten aus. Das entspricht etwa einem Drittel des gesamten EU-Haushalts.

Das hat seine Gründe. Beim Kampf gegen den Klimawandel – Stichwort Ausstieg aus fossilen Energieträgern und dessen strukturelle und soziale Auswirkungen –, bei der Migrationspolitik und bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie stehen die Regionen und Kommunen vor gewaltigen Aufgaben. Und die Lasten sind unterschiedlich verteilt. Martina Michels: „Hier braucht es Mechanismen, um neu entstehende Ungleichgewichte aufzufangen. Und es braucht Regeln, um die Vergabe der Fördermittel zum Beispiel so abzusichern, dass nicht nur die Großen davon profitieren, sondern vor allen Dingen kleine, mittelständische Unternehmen unterstützt werden, die Projekte vor Ort realisieren.“

Mindestens 30 Prozent der EFRE-Förderung gehen nun in die Entwicklung eines „grünen“ Europas. „Ich hätte mir zwar mehr gewünscht, es ist aber dennoch ein Erfolg“, sagt Michels. Unter anderem werden Projekte finanziert, die eine nachhaltige Wirtschaft und Mobilität, erneuerbare Energien, einen an Ökosysteme angepassten Katastrophenschutz, den Lärmschutz, die Erhaltung der Umwelt und die Biodiversität fördern.

Bei vielen dieser Aspekte haben die Linken im Europaparlament und nicht zuletzt auch Michels selbst der Förderpolitik ihren Stempel aufgedrückt. Sie hat die Linksfraktion in den Verhandlungen zum Regionalfonds vertreten. Ihre Kriterien dafür waren klar: Neben der Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU geht es den Linken ebenso um eine massive Ausweitung öffentlicher Investitionen in Infrastruktur im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus. Es soll mehr Geld in die Bildung fließen und die Mitsprache und Mitentscheidung der Regionen gestärkt werden.

Aber auch das unterstreicht Martina Michels: „Gute EU-Förderprogramme funktionieren nur, wenn die Beantragung von Mitteln sowohl für regionale Verwaltungen als auch für Projektträger handhabbar ist.“ Gemeinsam mit ihren Mitarbeiter:innen hat sie bereits vor Jahren eine Fördermittelplattform ins Leben gerufen, die bis heute „sehr gut läuft“ und für viele, die sich über europäische Fördermöglichkeiten informieren wollen, erste Adresse ist. Neben grundlegenden Informationen zu Förderpolitik und Fördermöglichkei-

ten finden sich dort Leitfäden für die Praxis der Antragstellung und Vorlagen für diverse Schreiben.

Es gibt in der EU-Politik auch einige Dinge, die die Abgeordnete, die zugleich Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament ist, wütend machen. Im Finanzrahmen 2021-2027 werden die Prioritäten insgesamt hin zu mehr Verteidigungs-, Sicherheits- und Ausgaben für die Abschottung der Grenzen verschoben. „Das geht in die total falsche Richtung“, betont Michels. Im Frühjahr 2023 hat die EU-Kommission sogar ein Gesetz vorgelegt, das der Rüstungsindustrie den Zugang zu EU-Geldern erleichtern soll, um die Waffen- und Munitionsherstellung zu steigern. Insgesamt 500 Millionen Euro sollen bis Juni 2025 dafür bereitgestellt werden; zusätzlich sollen Mitgliedstaaten explizit auch Gelder aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sowie Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds nutzen dürfen, um die Rüstungsindustrie zu fördern. „Die Strukturfonds der EU sind unsere Instrumente für strategische Investitionen“, betont Michels. „Sie für Aufrüstung zu missbrauchen, ist unerhört. Denn Kriegswirtschaft ist weder sozial, noch ökologisch, noch wirtschaftlich nachhaltig. Das Argument der EU-Kommission, ausgerechnet mit der Rüstungsproduktion deindustrialisierte oder wirtschaftlich zurückgebliebene Regionen beleben zu wollen, ist zynisch.“

Auch, dass im laufenden Finanzplan trotz der Corona-Krise und ihrer Folgen praktisch alle europäischen Kultur-, Bildungs- und Freiwilligenprogramme deutlich unterfinanziert sind, wird von Michels, die auch im Ausschuss für Kultur und Bildung arbeitet, scharf kritisiert. „Gerade die ‚kleinen‘ Kulturschaffenden waren bekanntlich in der Corona-Zeit besonders betroffen und mussten sehr große Einkommensverluste hinnehmen.“ Der Kulturausschuss des EU-Parlaments brachte angesichts dieser Situation eine Resolution ein, die unter anderem fordert, dass zwei Prozent aller europäischen Corona-Hilfen in die Kultur gehen. „Ohnehin leben viele Kulturschaffende in den EU-Ländern äußerst prekär“, sagt die Abgeordnete. Michels hat daher die Einführung eines europaweiten Fair-Work-Siegels für Kulturproduzent:innen vorgeschlagen, das klare Richtlinien für die Nutzer von kulturellen und künstlerischen Leistungen beinhaltet. Dazu gehören etwa die Vergütung der Künstler:innen, aber auch Regeln zu Arbeitszeiten und zum Schutz vor Machtmissbrauch.

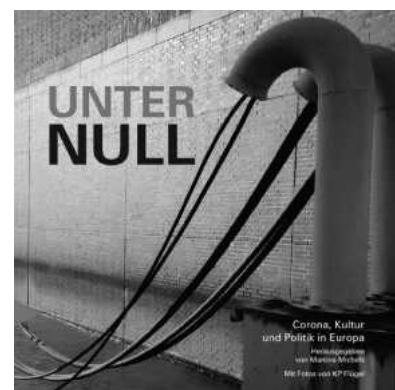
Und noch ein Thema treibt Martina Michels um: die Untätigkeit der EU bei den Einschränkungen von Pressefreiheit und Medienvielfalt in einigen Mitgliedsstaaten. „Es ist eben nicht nur der türkische Staatschef Erdoğan, dem die Freiheit der Information und Meinung ein Dorn im Auge ist“, gibt die Abgeordnete zu denken. „Wir sehen seit Jahren in Ungarn, in letzter Zeit auch verstärkt in Polen, Tschechien und der Slowakei, dass Regierungen auf der Welle des Autoritarismus reiten. Da stört eine freie Presse natürlich. Doch

bislang können Orbán & Co. die Medienlandschaft ungestraft zu eigenen Propagandazwecken umbauen.“

Seit Jahren klärt Michels mit ihrem Team über diese Tendenzen auf, führt Seminare, Workshops und Diskussionsrunden durch, zu denen sie häufig verfolgte Journalist:innen einlädt. Um über Verstöße gegen die Presse- und Medienfreiheit aufzuklären, arbeitet Michels auch eng mit dem in Leipzig ansässigen Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) zusammen. Wie notwendig diese Aufklärung ist, zeigt der jüngste Monitoring-Bericht des ECPMF für 2022: Registriert wurden insgesamt 813 Verstöße gegen die Medienfreiheit in EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.



Überall in der EU stehen die Kommunen vor beispiellosen Herausforderungen und Unsicherheiten, die durch die Covid-19-Pandemie entstanden sind. Die Pandemie trieb die Ausgaben erheblich in die Höhe und führte zugleich zu einem drastischen Rückgang der Einnahmen. Die Studie untersucht, wie effizient die EU-Hilfsmaßnahmen in den Regionen und Kommunen wirken.



Die Pandemie hat den Kulturbereich besonders stark getroffen. Viele Einrichtungen mussten schließen, gerade die ‚kleinen‘ Kulturschaffenden mussten sehr große Einkommensverluste hinnehmen. Die Publikation verfolgt das Ziel, die Situation der Kulturbranche sowie die Sicherung der Arbeit von Kulturproduzenten in der politischen Debatte zu halten und konkrete mögliche Unterstützungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Keine neue EU auf alter Grundlage

Die Mitentscheidung der Bürger:innen über europäische Politik und globale Gerechtigkeit – für Helmut Scholz gehört beides zusammen

Über fünf Millionen Online-Teilnehmer:innen auf der mehrsprachigen digitalen Plattform mit 44.000 Beiträgen zu mehr als 16.000 Ideen, gut 700.000 Besucher:innen aller Altersklassen auf den Foren mit Bürgerinnen und Bürgern, 49 aus diesen und anderen Treffen folgende konkrete Empfehlungen, die mehr als 300 Maßnahmen zu neun Themenbereichen umfassen – das war die Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE). Das in der Geschichte der Europäischen Union bislang einzigartige Projekt, das Politik, Bürger:innen und Zivilgesellschaft zusammenbrachte, begann im April 2021 und endete am Europatag des Jahres 2022, dem 9. Mai. Feierlich wurden an jenem Tag die Ergebnisse der Zukunftskonferenz an die Spitzenvertreter:innen von Europäischer Kommission, EU-Rat und Europaparlament übergeben.

„Europarechtlich und demokratiepolitisch haben wir mit der CoFE Neuland betreten“, sagt Helmut Scholz. Der EU-Abgeordnete gehörte zu den Initiator:innen der Konferenz und war für die Fraktion THE LEFT Mitglied im Vorstand der CoFE: „Gerade für uns Linke war die Zukunftskonferenz nicht nur eine Chance, sondern vor allem auch eine Aufgabe. Es ging uns darum, gemeinsam mit progressiven Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen politischen Akteuren über Möglichkeiten zu beraten, wie wir Utopien, Positionen und konkrete Vorschläge für eine andere Ausrichtung der Europäischen Union wirksam umsetzen können.“

Für die Linksfraktion THE LEFT im EU-Parlament sei von Anfang an klar gewesen, dass es bei CoFE auch um eine mögliche Revision der Europäischen Verträge gehen müsse. „Denn eines ist klar“, betont Scholz: „Der vor mehr als 15 Jahren in Kraft getretene Vertrag von Lissabon wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Dies ist überdeutlich etwa bei den Aufgaben, die uns in Sachen Klimaerwärmung und der erforderlichen Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik, beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, der Wiedergewinnung von Frieden und dauerhafter Versöhnung, im Bereich Migration, bei der Erfüllung der UN-Entwicklungsziele oder zum Erhalt der biologischen Vielfalt bevorstehen.“

Dabei war der Start von CoFE alles andere als leicht. Wie so oft stand der Rat, also das Gremium der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, auf der Bremse. Das Europaparlament hatte immer wieder mit Nachdruck auf die Umsetzung des von EU-Kommissionspräsi-



Helmut Scholz (Jahrgang 1954) ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. 2014 und 2019 zog er abermals in die „EU-Volksvertretung“ ein. Vor seiner Wahl ins Europaparlament war er Leiter des Bereichs Internationale Politik der LINKEN.

Helmut Scholz arbeitet in den Ausschüssen für internationalen Handel sowie für konstitutionelle Fragen und ist dort jeweils Koordinator der Linksfraktion THE LEFT. Er gehört der Parlamentarischen Versammlung Euronest, den Delegationen für die USA, China, Moldau und Belarus an sowie – seit vollzogenem Brexit – auch der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes Königreich.

dentin Ursula von der Leyen zugesagten Vorhabens gedrängt. „Es brauchte ein Jahr hartnäckiger Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission zum Mandat, zu Zielen, Arbeitsweise und Zusammensetzung der Konferenz“, erzählt Helmut Scholz. Als CoFE dann jedoch ins Laufen kam, habe sich schnell gezeigt, dass die Bürger:innen bewusst und verantwortungsvoll mitreden und mitentscheiden wollen.

In den Schlussfolgerungen von CoFE sind neun Themenbereiche erfasst: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Die 300 konkreten Aufträge für die EU-Organen sollen, so hieß es bei der Zeremonie am 9. Mai 2022, nun innerhalb der Zuständigkeit dieser Gremien auf Umsetzbarkeit geprüft werden.

Passiert ist bislang allerdings wenig. „Nichts wäre für die Demokratie in der EU schädlicher, als wenn die Forderungen und Vorschläge der Bürger:innen in der Schublade verschwinden würden“, betont Scholz. Auch dabei sieht der Verfassungspolitische Sprecher der LINKE-Delegation im Europaparlament und zugleich einer der fünf Ko-Berichtersteller:innen des Parlaments für den CoFE-Folgeprozess vor allem den Rat in der Pflicht. „Im Juni 2022 verpflichtete sich das Europaparlament mit übergroßer Mehrheit, den Prozess für die Ausrichtung eines Europäischen Konvents anzustoßen entsprechend Artikel 48 des EU-Vertragswerks. Dieser Konvent soll die für die Bürger:innen zentralen Veränderungen transparent und inklusiv diskutieren und sowohl institutionelle Fragen als auch die konkrete Ausrichtung einzelner Politikbereiche neu bestimmen.“ Ende 2022 wurde der Verfassungsausschuss (AFCO) vom Parlament beauftragt, konkrete Textvorschläge für eine gemeinsame Entschließung vorzulegen. Ziel ist es, das Artikel-48-Verfahren einzuleiten, über das eine Veränderung der Europäischen Verträge möglich ist. Sechs Ko-Berichtersteller:innen, unter ihnen Scholz, haben dem Plenum nach intensiven Beratungen einen Entwurf vorgelegt. Dass eine andere EU nur mit einer Vertragsänderung geschaffen werden kann, daran gibt es für Helmut Scholz keinen Zweifel.

Der LINKE-Europaabgeordnete sieht in den Schlussfolgerungen der Zukunftskonferenz auch eine enge Verbindung zu seinem zweiten großen Arbeitsgebiet, der Handelspolitik. „Eines der Hauptthemen der CoFE war die Rolle der EU in der Welt“, erklärt Helmut Scholz. „Und diese wird neben der Außen- und Entwicklungspolitik insbesondere durch die Handelspolitik mit Nicht-EU-Staaten geprägt, die übrigens vollständig in die Zuständigkeit ‚Brüssels‘ fällt.“ Dabei hat der Handelspolitische Sprecher der LINKEN im Europaparlament eine klare Prämisse: „Wir müssen als EU auch die Handelspolitik der gemeinsamen Aufgabenstellung unterordnen, die UN-Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahr

2030 zu erreichen.“ Diese 2015 vereinbarten und für alle Staaten gültigen 17 Ziele sollen der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen und reichen von der Beseitigung von Hunger und Armut über saubere Energie und Klimaschutz bis zu Bildung und Gleichberechtigung der Geschlechter – und natürlich Frieden.

Nicht zuletzt deshalb streitet Scholz seit Jahren für eine Handelspolitik auf Augenhöhe, die auf Aushandlungen in multilateralen, regelbasierten Gremien und echte Zusammenarbeit setzt.

Dazu gehört auch sein Einsatz für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Konfliktmineralien: „Für den Zugriff auf Gold, Coltan, Wolfram oder Zinn wird von Banden und Warlords gemordet. Die Rohstoffe werden zu Geld gemacht, mit dem Geld werden neue Waffen gekauft, mit mehr Waffen weitere bewaffnete Konflikte angezettelt“, beschreibt er die unheilvolle Spirale. Nach einem freiwilligen Selbstverzicht von Unternehmen auf den Handel mit Konfliktmineralien folgte 2015 eine verpflichtende Verordnung durch das Europaparlament. Scholz konnte gegenüber der EU-Kommission durchsetzen, die Umsetzung der Verordnung ständig konsequent zu überprüfen. Folgerichtig streitet der LINKE-Abgeordnete in der laufenden Legislaturperiode dafür, auf den Handel mit kritischen Rohstoffen strikt dieselben Regeln anzuwenden wie auf den mit Konfliktmineralien. Das Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung über ihren Boden und ihre Ressourcen ist unter verpflichtender Einhaltung des Völkerrechts zu achten: Ihr Nein zu aggressiver Ausplünderung und Zerstörung ihres Lebensraums durch global agierende Bergbauunternehmen muss ein Nein sein. Gleiches gilt auch für Lithium, das in den Plänen der EU-Kommission für eine kohlenstoffarme Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielt.

Solche Fragen spielten ebenfalls in dem von Helmut Scholz erstellten und im Juni 2022 mit überwältigender Mehrheit vom Europaparlament angenommen Bericht über die „Zukunft der Handels- und Investitionsbeziehungen der EU zu Afrika“ eine Rolle. „In diesem Bericht geht es primär um die Förderung des Handels innerhalb Afrikas“, erläutert der Handelsexperte. „Der intra-afrikanische Handel benötigt Transportinfrastruktur, benötigt Kühlketten und Lagerhäuser, benötigt Kommunikationsnetze und Datenautobahnen. Und: Treibende Kraft der wirtschaftlichen Transformation Afrikas sind die Frauen und die Jugend, die wir als EU gezielt unterstützen sollten.“ Das sind Schwerpunkte, die in den „klassischen“ Freihandelsabkommen regelmäßig zu kurz kommen.

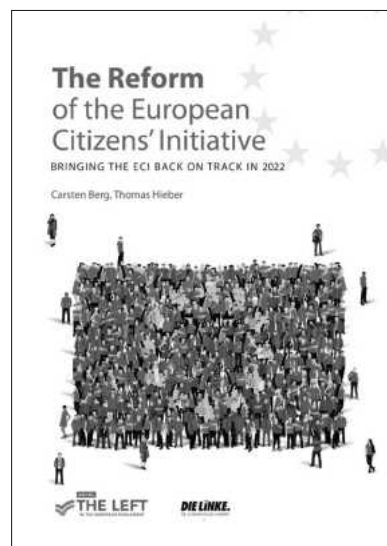
Dabei sind solche Freihandels- und Investitionsabkommen das zentrale Instrument der EU-Außenhandelspolitik. Im Auftrag der Regierungen der Mitgliedstaaten verhandelt die Europäische Kommission derzeit mit vielen Ländern und Regionen über den Abschluss von umfassenden Abkommen zum Abbau von Handelshemmnissen. Eine Reihe von Verträgen ist bereits geschlossen. Der Erfolg dieser Abkommen wird bislang am Wachstum des Bruttosozialproduktes und vor allem der Export-

wirtschaft in Europa gemessen. Auch Bereiche wie das Gesundheitswesen oder der öffentliche Verkehr wecken Begehrlichkeiten europäischer Unternehmen.

Die Folge: Die EU drängt ihre Handelspartner, diese Bereiche zu liberalisieren und dem Zugriff europäischer Weltmarktführer zu öffnen. Dabei braucht es eine starke Daseinsvorsorge, um Armut und Umweltzerstörung zurückzudrängen und eine breite Teilhabe an Bildung und gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen. „Handelspolitik muss nachhaltige Entwicklung fördern, nicht untergraben“, fordert Scholz. „Lassen wir das Liberalisierungsdogma endlich hinter uns. Glaubwürdige Handelsbeziehungen müssen die technologischen Aufholbemühungen unserer Partner unterstützen, ehrgeizige Sozialpolitiken zulassen und im Dienst international vereinbarter Natur- und Klimaschutzziele stehen. Und: Wir müssen unsere Handelsabkommen daran messen, ob sie dazu beitragen, die UN-Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.“ Scholz verweist auf das geplante Abkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Er hat sich selbst vor Ort über die Umweltzerstörungen während der früheren Bolsonaro-Regierung in Brasilien und deren Folgen für die lokale Bevölkerung informiert. Und gehörte zu jenen Europaabgeordneten aus verschiedenen Fraktionen, die sich vehement gegen den Abschluss eines Freihandelsabkommens unter Beteiligung der rechtsextremen Bolsonaro-Führung einsetzten und die Aufnahme von verbindlichen Klauseln für Nachhaltigkeit sowie den Schutz von Menschenrechten und Arbeitsstandards forderten.

Dass in Sachen gerechter Welthandel auch innerhalb der EU noch viel zu tun bleibt, weiß Scholz. Als Mitglied der Arbeitsgruppe für Fairen Handel machte sich der Abgeordnete für den Wettbewerb „Europäische Stadt des fairen und ethischen Handels“ stark, der von der Kommission 2021 aus Spargründen gestrichen wurde. Dennoch bleibt das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich groß, wie der LINKE-Abgeordnete feststellt. Auch transparente Produktions- und Handelsstandards sind ihm wichtig: Er möchte, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, „dass die Ware, die sie im Laden kaufen können, auch zu anständigen Bedingungen hergestellt wurde.“ Scholz bedauert „Der Wegfall des Preises macht kommunales Engagement für gerechtere Handelsbeziehungen weniger sichtbar. Die nächste Kommission sollte die Idee erneut aufgreifen“, blickt Scholz voraus.

Einen größeren Stellenwert wünscht sich Scholz auch für die Verhandlungen über das „Verbindliche Abkommen der UN zu Wirtschaft und Menschenrechten“. Die Kommission braucht ein Mandat, um mit starker Stimme bei den Verhandlungen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auftreten zu können. Denn, so Helmut Scholz: „Transnationale Unternehmen müssen auf die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt verpflichtet werden. Dieser Grundsatz muss weltweit und rechtlich bindend durchgesetzt werden.“



Seit über einem Jahrzehnt gehört sie zum „Werkzeugkasten“ der partizipativen Demokratie in der Europäischen Union: die Europäische Bürgerinitiative. In der Praxis bleibt dieses weltweit einzigartige Instrument jedoch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Woran liegt das? Und vor allem: Wie lassen sich die Hürden bei der Organisation beseitigen und die Bürgerinitiative in ein praktikables Instrument verwandeln? Das analysiert die von Helmut Scholz in Auftrag gegebene Studie.



Heute zahlen die Big-Tech-Konzerne die geringsten Steuern und die Branche ist praktisch die am wenigsten regulierte in der EU. Das schafft zugleich Ungleichgewichte zwischen Big Data und vielen kleinen oder mittelständischen Unternehmen in der EU, insbesondere den neuen Start-up-Unternehmen, analysiert die Studie.

Power to the People

Die Losung steht für Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender von THE LEFT im Europäischen Parlament, nicht nur für eine Kampagne der Linksfraktion

Vier Jahre der Legislaturperiode sind um. Was steht auf der Haben-Seite des LINKE-Europaabgeordneten Martin Schirdewan?

Ich bin Ko-Vorsitzender einer Fraktion, die nicht nur ihren Namen in THE LEFT umbenannt hat, sondern auch ihr Erscheinungsbild und Auftreten komplett verbessert hat. Auf die vergangenen vier Jahre zurückblickend, sage ich voller Stolz: Wir sind in dieser Legislatur zwar die kleinste, aber bei weitem nicht die politisch schwächste Fraktion. In meiner Ausschussarbeit ging es mir vor allem darum, die Interessen der User, der Verbraucherinnen und Verbraucher, gegenüber den großen Internetkonzernen zu schützen und das perfide Geschäftsmodell dieser Global Player zu stoppen. Sie verdienen ihr Geld mit dem Handel unserer sensibelsten privaten Daten. Ich konnte ein Verbot von persönlicher Werbung für Minderjährige durchsetzen und zukünftig dürfen keine sensiblen Daten, wie beispielsweise die sexuelle oder politische Orientierung, für Werbezwecke verwendet werden. Verstoßen die Internetunternehmen gegen die neuen Regeln, dann drohen ihnen künftig heftige Strafen.

Du hast auch Studien zu global agierenden Digitalkonzernen vorgelegt.

Ja, in den Studien über die Steuersparmodelle von Apple als auch zu Amazon konnten wir nachweisen, dass diese Unternehmen fast keine Steuern zahlen müssen. Durch das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern, die Ansiedlung in Steueroasen oder das Verschleiern von Unternehmensgewinnen. Das führt dazu, dass die weltgrößten Unternehmen, die es jemals in der Geschichte der Menschheit gab, so gut wie keine Steuern abführen. Jede kleine Bäckerei oder jeder Tante-Emma-Laden zahlt mehr Steuern als diese Multimilliarden-Dollar-Konzerne. Das ist doch pervers.

Was haben diese Studien bewirkt?

Wir konnten erstmalig den Weg offenlegen, wie diese Konzerne Steuern vermeiden. Dadurch wird dieses Thema mittlerweile europaweit intensiv diskutiert und wir arbeiten im Parlament daran, den Konzernen diese Möglichkeiten der Steuervermeidung zu unterbinden. Wir kämpfen schon lange dafür, dass es eine Besteuerung transnationaler Unternehmen gibt und ich denke, dass es diese auch bald geben wird. Zurzeit gehen allein Deutschland 15 Milliarden Euro pro Jahr verloren, weil die deutsche Bundesregierung einfach immer noch nicht aktiv geworden ist.



Martin Schirdewan (Jahrgang 1975) ist seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und der Delegation für die Beziehungen zu Kanada. Von 2015 bis 2017 leitete er das Europabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel.

Martin Schirdewan steht mit der französischen Politikerin Manon Aubry der Linksfraktion (THE LEFT) im Europäischen Parlament vor. Zudem ist er Ko-Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Die Berliner Ampel ist nicht die einzige Regierung in der EU, die in dieser Frage bremst. Stößt das Europäische Parlament mit seinen Initiativen nicht zu oft auf eine Blockade im Rat, also dem Gremium der Regierungen?

Deutschland hat in den vergangenen Jahren viele wichtige Beschlüsse des Parlamentes im Rat ausgebremst. Ob als Finanzminister oder Bundeskanzler hat sich Olaf Scholz gegen gerechte Konzernbesteuerung oder eine wirkliche Bekämpfung und Austrocknung von Steueroasen eingesetzt. Deswegen ist es auch ein linkes Anliegen, dass das Parlament mehr Rechte gegenüber Kommission und Rat erhält. Schließlich ist es das einzige von den Europäer:innen gewählte Gremium. Aber bis es soweit ist, kämpfen wir im Parlament weiter und versuchen, unsere Inhalte durchzusetzen. Das ist uns zum Beispiel auch mit den beiden großen Kampagnen gelungen, die wir als Fraktion organisiert haben.

Welche waren das?

Das war zum einen unsere Kampagne Power to the People. THE LEFT hat gleich zu Beginn der Energiekrise erkannt, dass es den Regierungen der EU-Mitgliedsländer nur darum ging, Schaden von der Wirtschaft abzuwenden. Das hilft aber keinem Studenten in München, Angestellten in Frankfurt oder einer Rentnerin in Kassel, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Deswegen forderten wir in unserer Kampagne einen Strom- und Gaspreisdeckel sowie eine Übergewinnsteuer für die großen Energieunternehmen. Weil wir das thematisiert haben und es uns gelungen ist, in ganz Europa mehr und mehr Menschen von unseren Vorschlägen zu überzeugen, hat die EU-Kommission letztlich auch die Eingriffe in den Markt ermöglicht und damit den Weg geebnet für die Einführung von Übergewinnsteuern und von Deckeln im Bereich Energie. Länder mit fortschrittlichen Regierungen wie Spanien haben davon auch Gebrauch gemacht. Dort ist in Folge dessen auch die Inflationsbelastung deutlich gesunken. Die Bundesregierung in Berlin hat die Möglichkeit allerdings ausgeschlagen, die Konzerne gerecht zu besteuern und so den Leuten bei der Bewältigung ihrer Alltagskosten zu helfen. Unsere zweite Kampagne entstand während der Pandemie. Da setzten wir uns für die Aufhebung der Impfpatente ein. Dadurch hätten Biotechriesen weniger Gewinne eingefahren, aber dafür mehr Menschen gerettet werden können. Unsere Forderung wurde zweimal im Parlament beschlossen und am Ende zum Teil von der Kommission und den Mitgliedstaaten umgesetzt, vor allem in Richtung globaler Süden. In Europa selbst gab es viele Menschen, die sich der People-Before-Profit-Bewegung und der europäischen Bürgerinitiative, mit der wir eng zusammengearbeitet haben, angeschlossen haben.

Mit der Pandemie sind Werte, die insbesondere von den Linken vertreten werden – wie Solidarität und soziale und globale Gerechtigkeit – auf die Tagesordnung gekommen. Ist das so geblieben?

Die Pandemie hat das tatsächlich forciert. Wie in vielen Dingen ist es aber auch so, dass das Thema von heute morgen schon wieder vergessen sein kann. Aber gerade unsere Erfolge der vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass auch aus Brüssel im Arbeits- und Sozialbereich wichtige Änderungen vorangebracht werden können. Um nur drei zu nennen: Ein großer Triumph war die Einführung des europäischen Mindestlohns. Eine Hauptforderung, mit der die deutsche LINKE in den europäischen Wahlkampf 2019 gezogen ist. Die Mindestlohnrichtlinie ist jetzt Realität und verpflichtet die Mitgliedstaaten, eine Lohnuntergrenze von 60 Prozent des Medianeinkommens einzuführen. Das hat direkte Verbesserungen für über 20 Millionen Europäer:innen zur Folge, da ihre Löhne erheblich steigen werden. Ein zweiter großer Erfolg ist die Plattformdirektive, in der die Arbeitsbedingungen für Essens- oder Paketlieferant:innen verbessert und geregelt werden. Sie können künftig leichter Betriebsräte gründen oder in Elternzeit gehen. Dieses Gesetz wird Stand heute noch im sogenannten Trilog zwischen den Institutionen final ausgehandelt. Einen dritten Erfolg stellen die umfangreichen Arbeitsschutzmaßnahmen für Arbeitende auf Baustellen dar, die mit Asbest umgehen müssen. Es ist doch erschreckend, dass jedes Jahr immer noch mehrere Tausend Menschen, die ohne Schutzmaßnahmen mit Asbest gearbeitet haben, an Krebs erkrankt sind. Das wird sich jetzt dank der Linken ändern.

Das klingt so, als würde die EU nun plötzlich doch eine starke soziale Säule bekommen.

Das ist wahrscheinlich etwas überoptimistisch. Aber es zeigt, dass es sich als Linke lohnt, zu kämpfen und DIE LINKE zu wählen, weil wir es eben auch durchsetzen können, z.B. mit klar kommunizierbaren politischen Inhalten im sozialpolitischen Bereich. Aber es gibt natürlich noch sehr viel zu tun. Gerade auch, weil die Ungleichheit in der EU durch Energiekrise, Inflation und Ukraine-Krieg noch dramatisch größer geworden ist, sowohl zwischen den Mitgliedsstaaten als auch innerhalb der Gesellschaften.

Das ist ein Nährboden für rechte Kräfte und Parteien. Siehst du eine Rechtswende in Europa?

Wenn ich mir die skandinavischen Länder ansehe, die mittlerweile von der extremen Rechten mitregiert beziehungsweise Regierungen von dieser toleriert werden, wenn in Italien eine Postfaschistin an der Macht ist, die autoritären Umbauprozesse in Ungarn und in Polen weiter anhalten und auch in anderen Ländern die extreme Rechte nach der Macht greift –

auch in Deutschland die AfD – muss man das ganz klar so benennen.

Das Kernproblem ist, dass die sozioökonomische Situation, die wachsende Ungleichheit und die praktische Narrenfreiheit für das Kapital von der Rechten in eine spaltende Debatte überführt wird. Das heißt, es wird eine rassistische Debatte daraus gemacht und Europäer:innen werden gegen Fremde ausgespielt und zugleich werden Minderheiten gegen Arme aufgestellt. Angesichts dessen wird es sogar noch schwieriger, die wirklichen sozioökonomischen Fragen in den Vordergrund zu stellen.

Schaut man sich die destruktive Haltung von Christdemokraten und Liberalen, teilweise auch von Abgeordneten anderer demokratischer Fraktionen zu solchen Themen wie Klimaschutz im Europaparlament an, sieht das nach einem konservativen Rollback aus.

Ja, was die Menschen gerade als Klimaschutzpolitik erleben, empfinden sie teilweise als Überforderung und Bedrohung. Einfach deshalb, weil zum Beispiel aus dem Bundeswirtschafts- und Energieministerium Gesetzesentwürfe kommen, die die Leute real sozioökonomisch belasten und einfach auch schlecht durchdacht sind, weil sie Folgen für jeden Einzelnen komplett ausblenden.

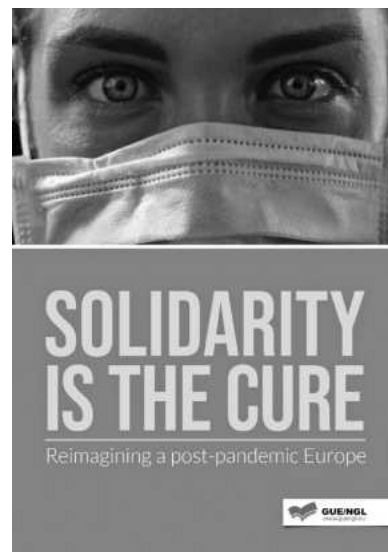
Schauen wir auf die mal geplante Gasumlage in Deutschland, bei der die große Bevölkerungsmehrheit für die Energiekrise zahlen sollte. Wo also alle sozialen Gesichtspunkte von Umverteilung bis zur Gewinnsteuer überhaupt keine Rolle gespielt haben. Auch nicht im Denken des grünen Wirtschaftsministers. Und dieser Minister legt dann auch noch ein sogenanntes Heizungsgesetz vor, bei dem die sozialen Fragen bis heute nicht eindeutig geklärt sind und die Frage von kommunaler Wärmeplanung dann in einem anderen Gesetz erst nachgereicht werden musste. Natürlich geht mit so einem Agieren massiv Vertrauen in Politik und Demokratie verloren, weil die Leute Klimaschutz dann als individuelle Bedrohung erfahren. Und das wiederum spielt den Konservativen und Rechten in die Hände, die den Klimaschutz zu einem zentralen Bestandteil ihres Kulturkampfes machen. Und wo die Konservativen sich der extremen Rechten andienen, um Mehrheiten zu schaffen, um über den Klimaschutz eine Emotionalisierung der politischen Debatte herzustellen. Dann wird aber nicht mehr darüber gesprochen, ob der Wandel sozial vollzogen werden muss, sondern ob überhaupt. Das wirft uns im Vergleich zu anderen Regionen um Jahre zurück.

Heißt das, der sogenannte Green Deal, eines der Hauptprojekte der EU-Kommission, ist tot?

Nein, er ist nicht tot, aber er hat nur eine Chance, wirklich erfolgreich zu sein, wenn die EU erkennt, dass Klimaschutz natürlich sozial abgefedert sein muss. Diejenigen, die die Klimakatastrophe verursachen,



Amazon hat in den letzten zehn Jahren mehr unversteuerte Gewinne erwirtschaftet als das Unternehmen jemals an Steuern gezahlt hat. In der Studie wird untersucht, wie Amazon seine Geschäftsbereiche im In- und Ausland organisiert hat, um seine Steuerzahlungen weltweit auf ein Minimum zu beschränken.



In der Covid-19-Pandemie kamen die Maßnahmen der Europäischen Union zu spät, es fehlte ihnen an Solidarität und sie reichten bei weitem nicht aus, um die Krise zu bewältigen. Das sind unmittelbare Folgen der neoliberalen Politik der EU. Die Publikation beschreibt, wo und wie Umorientierungen nötig und möglich sind – von einem Pakt für Beschäftigung über eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung für alle bis zur strikten Achtung demokratischer Rechte.

müssen dafür auch zur Kasse gebeten werden. Damit meine ich zuallererst Superreiche und die großen Konzerne. Solange diese Profiteure nicht zur Kasse gebeten und die einfachen Leute nicht entlastet werden, ist der Green Deal zum Scheitern verurteilt.

Wie siehst du als Ko-Vorsitzender von THE LEFT die Rolle der Delegation DIE LINKE in der Fraktion?

Ich denke, dass wir da eine sehr gute, sehr konstruktive Rolle bei der Weiterentwicklung unserer Fraktion gespielt haben. Und ich will mich ganz ausdrücklich bei allen Mitgliedern der Delegation bedanken, wie sie sich mit ihren jeweiligen Fachthemen in die Fraktion einbringen. Ob nun Handelspolitik oder Demokratieförderung, ob Regionalpolitik und Kultur, ob Umwelt und Menschenrechte, ob Migration, Steuer- oder Sozialpolitik – die Aufzählung ist ganz sicher unvollständig. Aber sie belegt, dass wir fünf deutsche LINKEN-Abgeordneten, auch wenn wir nicht alle Themen besetzen konnten, die uns wichtig sind, eine konstruktive und durchaus erfolgreiche Arbeit geleistet haben, auf die wir stolz sein können.

Impressum

Info: Europa | LINKS in EUropa

wird herausgegeben von
DIE LINKE. im Europaparlament

V.i.S.d.P. Martina Michels

Redaktion Uwe Sattler (Text),
Peter Steiniger, Marion Wallrodt

Layout Michael Pickardt



Kandidaturen

Juliane Jahn
Kandidatur für die
Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Juliane Jahn und ich bin 33 Jahre alt. Mein derzeitiger Lebensmittelpunkt ist die Hanse- und Universitätsstadt Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern.

Dort habe ich Politikwissenschaft und Öffentliches Recht studiert. Nach meinem Abschluss war ich als Geschäftsführerin der Linksfraktion in der Greifswalder Bürgerschaft und im Kreistag Vorpommern-Greifswald tätig. Seit Oktober 2023 bin ich Anwärterin in der Finanzverwaltung des Landes M-V.

Neben meinem Beruf bin ehrenamtlich aktiv: Ich bin Mitglied des Ortsvorstands DIE LINKE. Greifswald und der Kreisfinanzrevisionskommission des Kreisverbands DIE LINKE. PUR. Zudem bin ich in Greifswald als sachkundige Einwohnerin unterwegs – als Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt und als Stellvertreterin im Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft.

2021 wurde ich das erste Mal in die Bundesfinanzrevisionskommission gewählt. Dort durfte ich mit engagierten Genossinnen und Genossen zusammenarbeiten. Immer wieder konnte ich dabei feststellen, dass mir die Arbeit in der Finanzrevision große Freude bereitet. Daher freue ich mich über eure Unterstützung für zwei weitere Jahre in der BFRK.

Mit solidarischen Grüßen

Juliane Jahn

Sebastian Knopf

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Brandenburg



Persönliches:

- Wohnhaft in Brandenburg an der Havel
- Geboren am 26.9.1977 in Hoyerswerda
- Ledig, keine Kinder
- Beruflich als Key Account Sales Manager für einen Tiernahrungshersteller tätig

Parteiliches:

- 1996 Eintritt in die PDS in Brandenburg
- 1999 BO Vorsitzender PDS Berlin-Tempelhof
- 2002 bis 2004 Schriftführer Kreisvorstand PDS Worms
- 2004 bis 2016 Kreisvorstandssprecher PDS/DIE LINKE Alzey-Worms
- 2016 bis 2019 Kreisschatzmeister DIE LINKE Alzey-Worms
- 2009 bis 2018 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Wormser Stadtrat
- 2007 Landesschatzmeister PDS Rheinland-Pfalz
- 2012 – 2018 Landesschatzmeister DIE LINKE Rheinland-Pfalz
- Seit 2019 Mitglied im KV Brandenburg an der Havel (Landesverband Brandenburg)
- Seit 2019 Mitglied und stellv. Vorsitzender der Bundesfinanzrevisionskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Entwicklungen in unserer Partei in den letzten Jahren, aber insbesondere in der jüngsten Vergangenheit machen mich sehr nachdenklich und lösen große Besorgnis um unsere Partei bei mir aus. Über vieles wird und muss selbstkritisch diskutiert und gesprochen werden. Dennoch muss es weitergehen und ich möchte erneut Verantwortung übernehmen als Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission. Deshalb stelle ich mich nach zwei Amtsperioden erneut zur Kandidatur. Da ich aus privaten Gründen nicht persönlich am Parteitag teilnehmen kann, übersende ich Euch meine Kandidatur auf diesem Wege mit der Bitte, mir erneut das Vertrauen auszusprechen.

Die Arbeit in der Finanzrevision macht mir großen Spaß, da ich hier meine jahrelange Erfahrung als Landesschatzmeister und Funktionär auf der Kreisverbandsebene einbringen kann. Zudem möchte ich meinen Beitrag zur finanziellen Stabilität und bei den aus meiner Sicht notwendigen strukturellen Veränderungen in unserer Partei leisten.

Neben meiner Arbeit als Key Account Sales Manager bin ich in meiner Freizeit noch im Kampfgericht der Eisbären Berlin und seinem Nachwuchsverein Eisbären Juniors Berlin e.V. aktiv.

Für Euer Vertrauen danke ich Euch bereits jetzt.

Solidarische Grüße



Sebastian Knopf

Susanne Schaft

Kandidatur für die Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Thüringen



Persönliches

- Alter: 54
- Beruf bzw. Tätigkeit: Leitende Koordinatorin
MehrGenerationenHaus (MGH) / Bankkauffrau

In welcher Form warst Du bisher von wann bis wann für DIE LINKE oder bei der Unterstützung linker Politik tätig?

- Seit 2015 Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission Thüringen
- 2013-2014 Mitglied im Landesausschuss
- Seit Mai 2014 Gemeinderatsmitglied in Barchfeld-Immelborn
- Seit Juli 2019 1. Beigeordnete der Gemeinde Barchfeld-Immelborn
- Seit 2021 Mitglied der Bundesfinanzkommission

Gegenwärtige gesellschaftspolitische Aktivitäten außerhalb der Partei DIE LINKE

- Leiterin einer Selbsthilfegruppe Adipositas am Klinikum Bad Salzungen

Beweggründe für die Kandidatur:

Mit meinem Eintritt in die Partei DIE LINKE habe ich den Anspruch verbunden nicht nur einfaches Mitglied sein zu wollen, sondern mich aktiv in die Parteiarbeit im Rahmen meiner Möglichkeiten ehrenamtlich einzubringen. Deshalb bewerbe ich mich hiermit für dieses Wahlamt.

Zudem möchte ich meine Erfahrungen und Fähigkeiten im Bereich der Schatzmeisterei, der Kassenprüfung, Buchhaltung und weiterer Finanzfragen gerne so zur Verfügung stellen und glaube daher in der Bundesfinanzrevisionskommission meinen Wunsch nach mehr Engagement in der Partei mit meinen bisherigen Tätigkeiten und Fähigkeiten verbinden zu können.

Die finanzielle Lage des Bundesverbandes und der Landesverbände wird langfristig gesehen auf unsicheren Füßen, in Abhängigkeit der Mitgliederzahlen und deren Entwicklung, stehen. Ich möchte daher meinen Beitrag zur Verbesserung dieser Situation leisten, indem ich mit den Mitstreitenden Genossinnen und Genossen in der Bundesfinanzrevisionskommission, mit Hilfe der Prüfung der Ausgaben und finanziellen

Situation der Landesverbände ein nachhaltiges Wirtschaften und einen sinnvollen Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen prüfen kann.

Deshalb bitte ich erneut um eure Stimme.

Susanne Schaft

Gisela Wedekind
Kandidatur für die
Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Sachsen



Persönliches:

- Jahrgang 1949
- Dipl.agr.ing.
- 55 J. in Partei (SED, PDS, WASG, Linke)

Was machst du in der Partei?, werde ich oft gefragt. Finanzrevision.

Was ist das denn? Bundesfinanzrevisionskommission ergänze ich dann.

Seit wann machst du das? Seit 2015, seit ich Rentnerin wurde und aus der Buchhaltung in der Geschäftsstelle im Landesverband Sachsen der Partei ausgeschieden bin.

2017 bis 2019 war ich nicht in der Kommission, danach wieder in den Jahren 2019 bis heute. Im Jahr 2021 sind 9 Mitglieder gewählt worden. Wir sind die Innenrevision und schauen darauf, ob die Beschlüsse bezüglich der Parteifinzen und speziell in dem zu prüfenden Landesverband und vom Parteivorstand eingehalten werden. Die geltenden Gesetze in Deutschland müssen ebenfalls beachtet werden. Wir haben einen Plan für die zwei Wahljahre, nach dem wir die Landesverbände besuchen und prüfen. Wir können auch auf Anfrage oder unangemeldet zu einer Prüfung kommen.

Für die Arbeit in der Kommission bringt jedes Mitglied sehr unterschiedliche Erfahrungen mit. Die Mischung aus Jung und Alt und die unterschiedlichen Sichtweisen im Umgang mit Parteigeldern macht das Arbeiten in der Kommission sehr spannend. Jede/jeder kann etwas dazulernen, jung von alt und alt von jung. Ich hatte ein gutes Gefühl bei der Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt in der Kommission. Das wünsche ich mir für die neu zu wählende Kommission des Bundes auch wieder.

In Leipzig bin ich Mitglied im Erich-Zeigner-Haus e. V., mit den Omas gegen rechts putze ich das ganze Jahr Stolpersteine, nicht nur am 9. November.

Gehört habe ich oft, dass die Arbeit mit Parteifinzen keine politische Arbeit ist. Da bin ich anderer Meinung. Meine Kandidatur für die BFRK für die Zeit 2023 bis 2025 betrachte ich als meinen persönlichen politischen Anteil der Arbeit in der und für die Partei DIE LINKE.

Gebt mir bitte eure Stimme.

wedekind

Moritz Assall

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Hamburg



Zur Person:

- Geb. 1982 in Freiburg i. Breisgau
- Seit 2020 Ko-Fraktionsgeschäftsführer und Justiziar der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
- 2017–2020 Stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer und Justiziar der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
- 2017 2. Juristisches Staatsexamen
- 2014–2017 Referendar am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg
- 2011–2014 persönlicher Mitarbeiter von Christiane Schneider, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Fachlich betraut mit den Bereichen Innen- und Justizpolitik
- 2009–2011 Stipendium Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studium der Kriminalsoziologie in Hamburg
- 2009 1. Juristisches Staatsexamen
- 2003–2009 Jurastudium in Hamburg und Paris
- 2002–2003 Zivildienst im Bereich der Obdachlosenhilfe
- Parteimitglied seit 2017
- Veröffentlichungen zu rechtspolitischen und juristischen Themen in Analyse & Kritik, Kritische Justiz, Grundrechtreport, Forum Recht u. a.

Liebe Genoss*innen,

die Linkspartei meiner Träume ist eine lebendige, pulsierende, streitbare und lautstarke Partei, in und aus der mit Freude und auch Angriffslust Themen bewegt werden. Dafür, ist meine feste Überzeugung, braucht es gut funktionierende Rahmenstrukturen. Ich möchte gerne meinen Anteil dazu leisten, dass die Bundesschiedskommission in den kommenden Jahren zuverlässig, zügig und unaufgeregt ihrer Aufgabe nachgeht, gegenüber den Beteiligten sachlich und streng der Satzung verpflichtet, und bitte euch hiermit um eure Unterstützung.

Marion Baumann
Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Berlin



Für die weitere Mitarbeit in der Bundesschiedskommission stehe ich gern zur Verfügung und bitte um Eure Stimmen und Euer Vertrauen. In den letzten sechs Jahren konnte ich ausreichend Erfahrungen im höchsten Gericht unserer Partei sammeln, schätze das stets offene, ehrliche und konstruktive Miteinander und möchte mich mit meinen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und meinem sprachlichen Feingefühl auch weiter in dieses Gremium einbringen.

Mitglied der Partei bin ich seit 2009, habe Germanistik studiert und arbeite als Angestellte in einem Berliner Bezirksamt im Regionalsozialpädagogischen Dienst (Jugendamt).

Eine Brustkrebsdiagnose hat mein Leben gerade etwas durcheinander gebracht, weshalb ich nicht am Parteitag teilnehme. Die Mitarbeit in der BSchK, sowie in meiner BO Oberschöneweide und als Bürgerdeputierte im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Teilhabe und Inklusion für die BVV-Fraktion DIE LINKE. Treptow-Köpenick leiste ich so weit möglich kontinuierlich und möchte das auch weiterhin tun.

Wolfgang Fieg

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Hessen



Persönliches:

- geb. am 23. Mai 1947 in Frankfurt am Main
- verheiratet

Beruflicher Werdegang:

- 1963 – 1969 Verwaltungsausbildung (Diplom-Verwaltungswirt)
- 1969 – 1977 Arbeit in der Frankfurter Stadtverwaltung,
Dozent in der Verwaltungsausbildung in den Gebieten
Kommunalrecht und Politische Geschichte, ehrenamtliche gewerkschaftliche
Funktionärstätigkeit
- 1977 – 2006 Gewerkschaftssekretär bei ÖTV und ver.di in verschiedenen Funktionen, zuletzt
Leiter der Rechts- und Tarifabteilung beim ver.di-Landesbezirk Saar
- Seit 2006 ehrenamtliche Tätigkeit in der gewerkschaftlichen und politischen Bildungsarbeit,
Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Arbeits-, Tarif- und Dienstrechts

Politischer Werdegang:

- Mit 18 Jahren Eintritt in die SPD, diverse Funktionen, Lösung von der SPD im Zuge von deren
neoliberaler Orientierung
- 2007 Eintritt in die LINKE,
Mitglied und zeitweise Vorsitzender der Landesschiedskommission Saar
seit 2015 Mitglied der Bundesschiedskommission

Hobbys

Neuere Geschichte (Interessenschwerpunkte Deutsche Verfassungsgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik); alles, was mit Seefahrt zu tun hat; kochen.

Motive für die Mitarbeit in der Bundesschiedskommission

DIE LINKE ist eine politische Organisation. Politik, nicht Satzungen und Ordnungen müssen im Zentrum unserer Arbeit stehen. Trotzdem sind Satzungen und Ordnungen wichtig. Sie bilden den rechtlichen Rahmen unserer Arbeit, auch den Rahmen, in dem wir Konflikte solidarisch und fruchtbringend austragen und bewältigen müssen. Wir müssen Mitgliederrechte schützen, wo es notwendig ist, aber auch die Ordnung der Partei verteidigen, wo es im Interesse ihrer Handlungsfähigkeit geboten ist. In den Jahren in der Bundesschiedskommission ging es uns stets auch darum, Satzungsrecht nachvollziehbar und verstehbar zu machen. Diese sehr spezielle, aber eben auch notwendige Form der Arbeit für unsere Partei würde ich gerne noch einmal zwei Jahre tun – und dafür bitte ich im Euer Vertrauen.

Helge Fitz

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Hessen



Liebe Genossinnen und Genossen,

2 Jahre sind schon wieder vergangen, seit ich Euer Votum und Vertrauen als Mitglied der BSChK unserer Partei der Sozialen Gerechtigkeit gewann. Genau diesen Sinn für Gerechtigkeit habe ich in allen Sitzungen unserer Kommission als Leitfaden für meine Einzelentscheidungen genommen. Und wir waren in fast allen Fällen auch einig oder nahe beieinander.

Ich habe festgestellt, dass diese Aufgabe genau meiner Begabung zum Beurteilen von menschlichem Fehlverhalten entspricht. Ich empfand unsere Teamarbeit mit Birgit und Karsten stets als freundschaftlich und konstruktiv. Deswegen habe ich mich entschieden, für eine weitere Wahlperiode erneut zu kandidieren.

Meine sonstigen Aktivitäten beziehen sich auf meine Schiedsrichtertätigkeit im Fußball und der koreanischen Kampfsportart Taekwondo (national und International), sowie Mitglied der Gewerkschaft Verdi (40 Jahre), Vorstandsmitglied im VdK in unserer Kommune, sowie meiner Tätigkeit für den Hilfsverein »Bürger für Bürger« in Grebenhain/Vogelsberg.

Beruflich bin ich als Sozialbetreuer im Pflegeheim Schloßblick in Romrod im Vogelsberg auf Teilzeitbasis beschäftigt.

Ich bitte Euch ♥- lich um Eure Stimme für eine weitere Amtszeit.

Euer

Helge Fitz

Karsten Knobbe

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Brandenburg



- 1960 geboren in Berlin
- verheiratet, sechs Kinder
- Wohnhaft in Hoppegarten
- Landesverband Brandenburg
Kreisverband Märkisch-Oderland

Zu meiner Person:

1978	Abitur
1978 – 1981	NVA
1981 – 1986	Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Abschluss Dipl. rer. pol.
1986 – 1989	Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralrats der FDJ
1989 – 1990	Redakteur der »Weltstudentennachrichten« des Internationalen Studentenbundes in Prag
1990 – 1995	Studium der Rechtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
1995	erstes Juristisches Staatsexamen
1996 – 1998	Rechtsreferendar
1998	zweites Juristisches Staatsexamen
1998 – 2011	selbständiger Rechtsanwalt
2012 – 2019	Hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hoppegarten
Seit 2020	selbständiger Rechtsanwalt

Begründung:

Seit dem Dresdner Parteitag 2013 gehöre ich der Bundesschiedskommission an.

Eine demokratische Partei lebt davon, dass die Rechte jedes einzelnen Mitglieds gewahrt bleiben, dass bei internen Auseinandersetzungen jeder gleichberechtigt behandelt wird, unabhängig davon, welche Funktionen er innerhalb der Partei ausübt oder welchen Strömungen er angehört. Unsere Partei darf sich auch nicht durch interne Auseinandersetzungen handlungsunfähig machen.

Aus diesem Grunde möchte ich weiterhin meine bisherigen beruflichen und politischen Erfahrungen in die Arbeit der Bundesschiedskommission einbringen.

Barbara Laakmann

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Nordrhein-Westfalen (Duisburg)



Hier einige relevante Daten aus meiner Biografie:

- geboren 12.08.1950 in Krefeld,
- Studium, Examen und 41 Jahre Arbeit in der Hauptschule in Duisburg, davon 22 Jahre als Schulleiterin,
- seit 1972 in der GEW, verschiedene Funktionen dort,
- 30 Jahre Interessenvertretung im Personalrat,
- von 1973 bis 1989 in der DKP,
- seit 2008 in der LINKEN,
- von 2009 bis 2014 Ratsfrau,
- seit September 2020 wieder Ratsfrau

Ich bewerbe mich erneut um einen Sitz in der Bundesschiedskommission und bitte daher um eure Stimme.

Seit nunmehr 10 Jahren bin ich beruflich nicht mehr aktiv; meine Tätigkeit findet nun schwerpunktmäßig in der Kommunalpolitik und auf Bundesebene in der Schiedskommission statt.

Im Rahmen meines kommunalpolitischen Mandats bin ich vor allem als Schulexpertin unterwegs und kämpfe um die Verbesserung bildungspolitischer Bedingungen, immer mit dem Ziel vor Augen „Eine Schule für alle“. Neben der allgemeinen Misere im Bildungsbereich haben wir in Duisburg noch besondere Probleme: wir haben eine anhaltend starke Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Mehr als 17.00 Menschen aktuell, darunter ganz viele Kinder. Für diese einen Platz in der Schule zu schaffen und dort für eine ordentliche Unterstützung zu sorgen, das treibt mich um. Es ist eine echte Sisyphusaufgabe.

Die Schiedskommission muss in zugespitzten Auseinandersetzungen Lösungen finden, die satzungsgemäß, politisch vernünftig und vertretbar sind.

Die Kommission diskutiert mit Bedacht, am Ende wird eine Entscheidung getroffen, die Bestand haben muss. Der eventuelle Ausschluss aus der Partei als einzig mögliche Maßnahme wird sorgfältig abgewogen.

Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass Auseinandersetzungen mit gegenseitigem Respekt geführt werden und Entscheidungen für möglichst alle akzeptabel sind.

Barbara Laakmann

Tom Michael Scheidung

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



- geboren am 06.04.1975 in Schwerin
- Kreisverband Schwerin

Zu meiner Person:

seit Nov. 2021	Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern
seit 2014	Mitglied der Bundesschiedskommission
2013 bis 2021	Zulassung als Rechtsanwalt bei der Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern
2006 bis Nov. 2021	Referent und ab 2015 Fraktionsgeschäftsführer in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
seit 2006	Mitglied der Partei DIE LINKE.
2003 bis 2006	Bezirksleiter bei der REWE Group in Hamburg
2002	Zweites juristisches Staatsexamen in Niedersachsen (Oberlandesgerichtsbezirk Celle)
2000	Zivildienst bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in Leezen
1999	Erstes juristisches Staatsexamen an der Universität Rostock
1993	Abitur in Schwerin

Begründung:

Seit mittlerweile gut neun Jahren bin ich Mitglied der Bundesschiedskommission. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Kommission macht mir weiterhin viel Freude. Auch deshalb und nicht zuletzt aufgrund der aktuell schwierigen Verfasstheit meiner Partei möchte ich mein Engagement in der Bundesschiedskommission fortsetzen und meine beruflichen und politischen Erfahrungen mit aller gebotener Sachlichkeit und Überparteilichkeit einbringen.

Ich bitte daher erneut um euer Vertrauen und eure Unterstützung.

Birgit Stenzel

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Berlin



Auf unserem 8. Parteitag werden wir diskutieren, mit welchen Angeboten für die Gesellschaft wir in den Europawahlkampf gehen.

Mehr denn je wird Die Linke gebraucht um soziale Antworten in den Krisen, ob zur Umweltzerstörung, Kriegen, Inflation, Wohnungsnot, Rassismus und anderen drängenden Fragen zu suchen und zu finden.

Viele Genossinnen und Genossen engagieren sich täglich in Initiativen, in der Kommunalpolitik, für bessere Gesundheits- und Bildungspolitik, unterstützen Geflüchtete und andere Menschen in Not ganz praktisch mit Rat und Tat.

Wo sich Menschen engagieren, kommt es auch zu Konflikten, bedarf es Regeln und vor allem gegenseitiger Empathie.

Die Schiedskommissionen haben die Aufgaben, durch Ihre Entscheidungen, aber auch Verhandlungen zur inneren Ordnung unserer Partei beizutragen, Konflikte in den Organisationseinheiten mit zu lösen, zu einem sozialem und solidarischen Miteinander beizutragen.

Dieser, nicht immer vergnügungssteuerpflichtigen, aber auch schönen, Aufgabe möchte ich mich noch einmal stellen.

Ich bitte daher um Eure Stimme.

Ich kann folgendes anbieten:

Langjährige Erfahrungen als

- Gründungsmitglied der PDS und der Linken
- Seit 2013 stellvertretende Vorsitzende der Bundesschiedskommission
- Rechtsanwältin seit 1994 in Berlin, Mediatorin und Lehrebeauftragte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- in der Kommunalpolitik 1999 – 2021 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin, zuletzt Vorsitzende des Integrationsausschusses
- Bezirksleiterin Lichtenberg im Berliner Mieterverein, Mitglied der Seniorenvertretung Berlin Lichtenberg

»Mitfühlend sehe ich die geschwollenen Stirnadern, andeutend, wie anstrengend es ist böse zu sein.«
Bertold Brecht

Lasst uns also untereinander keine „geschwollen Stirnadern“ zeigen, sondern miteinander reden und streiten und auch bitte lachen.

Sandra Wunsch

Kandidatur für die Bundesschiedskommission

Landesverband Sachsen

Bewerbung für die Bundesschiedskommission

Warum ich mich bewerbe? Es ist der Versuch, dieses unerträgliche Ohnmachtsgefühl zu überwinden, der Versuch, nicht mehr passiv zusehen zu müssen, wie sich *meine* Partei, der ich von Anfang an angehöre und um deren Überleben ich nun fürchte, von außen zerstören lässt und von innen sich selbst zerfleischt: Wie sich also meine Partei, als einzig pazifistische, sozial-ökologische, nicht lediglich real-feministische, nicht lobbygesteuerte und damit authentisch demokratische Partei sich zu guten (oder eher schlechten) Teilen selbst dekonstruiert. Ich kann nicht mehr zusehen!

Wir werden dringend gebraucht und müssen uns fragen: Ist es wirklich notwendig, sich dem allgemeinen Trend, andere Meinungen, Kritik am eigenen Standpunkt als böartigen Affront zu sehen, darauf neurotisch getriggert mit Hass, Zensur und Denunziation zu reagieren und – in Zeiten wie diesen eine beschissen passende Metapher – um jeden Preis und so brutal wie möglich »zurückzuschießen«? Ist es wirklich notwendig?

In Zeiten eines unerträglichen Rechtsrucks aller anderen parlamentarisch vertretenen Parteien, in denen ein Menschenleben nichts mehr zählt, in denen der Mensch nicht nach seinen inneren Werten, sondern allein nach seiner Kaufkraft bewertet wird, in denen vor Krieg und Hunger Flüchtende durch ein Sieb nationalökonomischer Nützlichkeitskriterien gepresst werden; in Zeiten, in denen ein solcher Zynismus pseudomoralisierend, geschichtsvergessen und apokalypseblind zur Staatsräson erhoben wird, möchte ich, dass wir uns auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen, möchte ich, dass wir einen klaren humanistischen Kontrapunkt setzen.

Als Rechtsanwältin mit langjährigen praktischen Erfahrungen in Ost und West, als langjährig auch in der BSK Erfahrene möchte ich zwei wesentlichen Grundsätzen wieder Geltung verschaffen:

Audiatur et altera pars: Lasst uns gegenseitig zuhören! Und lasst uns dies, falls wir uns in eigener Meinung auch einmal nicht bestätigt fühlen, mit hermeneutischem Wohlwollen tun!

Auch wenn mein folgendes Bekenntnis dazu führt, dass ich nicht gewählt werde: Ich verstehe momentan keines der beiden Lager. Ich verstehe schon die Lager- und damit die Frontenbildung selbst nicht. Mag sein, dass ich naiv bin, mag sein, dass ich Marxens Vision der Assoziation, in der die freie Entwicklung des Einzelnen Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, für den Konsens beider »Lager« halte und am Ende des Tages eines Schlechteren belehrt bin.

Aber den Versuch ist es wert, denn wie werden gebraucht!

Sandra Wunsch

Änderungs- anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt. Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite unter: <https://www.die-linke.de/parteitag> einzeln einsehbar.

Antrag R.1.08.1: Änderungsantrag zu R.1.

Änderungsantrag zu R.1.

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Nord

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 15

- 1 Der Parteivorstand schlägt für die 2. Tagung des 8. Parteitages folgende
- 2 vorläufige Tagesordnung vor:
- 3 1. Eröffnung der 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE
- 4 2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE
- 5 3. Berichte
- 6 4. Wahl der Bundesschiedskommission
- 7 5. Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
- 8 6. **Satzungsänderungen**
- 9 ~~7.~~ Bericht der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion THE LEFT im
- 10 Europäischen Parlament
- 11 ~~8-7.~~ Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 12 Europawahlprogramm
- 13 ~~9-8.~~ Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 8.
- 14 ~~10.~~ Parteitages
- 15 9. Schlusswort

Begründung

Angesichts von Kriegen, gesellschaftlicher Krise und Krise der Partei haben wir Wichtigeres zu beraten und zu befassen.

Insbesondere die Anträge zur Einführung von zusätzlichen Parteistrafen sollten auch aus weiteren Gründen nicht befasst werden, sodass der TOP 6 gestrichen werden kann:

1. „Die patriarchale Denkweise – die in der Gesellschaft so allgegenwärtig ist, dass sie uns alle durchzieht – verleitet uns, nach Strafen zu verlangen.“ (Antrag P.01, „Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt“, Zeile 514/515). Wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen.
2. Das Bemühen um einen sinnvoll-solidarischen Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der Partei wird machtpolitisch dazu genutzt, eine bereits durch mehrere Parteitage abgelehnte Verschärfung der Satzung durch die Einführung von Parteistrafen erneut zur Abstimmung zu stellen (s. Antrag S.01 und S.02). Solche Sanktionen sind abzulehnen,
 - da Mitgliederrechte das höchste Satzungsgut in unserer Partei sind – sie können nicht ausgesetzt oder „ausgeruhet“ werden, sie bilden die formale Grundlage für den demokratischen Arbeitsprozess in der Partei, der auf das wirkungsvolle gemeinsame Eingreifen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerichtet ist;
 - da die Bekleidung innerparteilicher Ämter und Funktionen durch Wahl (und notfalls Abwahl) entschieden wird – nicht durch die Schiedskommissionen;
 - da es Gründungskonsens der Vorgängerpartei PDS ist, nie wieder parteiinterne Auseinandersetzungen über Parteistrafen zu regulieren.
3. Die Partei verfügt bereits über eine hinreichende Grundlage, um unsolidarischem, undemokratischem, parteischädigendem Verhalten zu begegnen. Dazu gehören:

- ein Programm, dessen Grundsätze, gesellschaftliche Analysen und politische Perspektiven auch die innerparteiliche Auseinandersetzung leiten kann;
- eine Satzung und weitere formale Grundlagen als demokratische und transparente Leitfäden für das Zusammenwirken aller ihrer Mitglieder;
- die Schlichtungskommissionen und Schiedskommissionen, die Konfliktfälle auf Antrag bearbeiten und deren Entscheidungen auf eine erhöhte gemeinsame Handlungsfähigkeit gerichtet sind;
- ein Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt, dessen Arbeitsweise – sofern beschlossen – auch für andere Konfliktbereiche angewandt werden kann.

Antrag R.2.09.01: Änderungsantrag zu R.2.

Änderungsantrag zu R.2.

Antragsteller*in:	KV Nürnberg Stadt & Land
-------------------	--------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 24

- 3 Freitag, 17. November 2023:
- 4 14.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 5 14.20 Uhr TOP 4 Wahl der Bundesschiedskommission
- 6 15.05 Uhr TOP 5 Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
- 7 15.50 Uhr TOP 2/3 (Bericht des PV und Bericht EP Delegation) Rede des
- 8 ~~Parteivorsitzenden~~
- 9 ~~16.15 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum~~
Parteivorsitzenden
16.15 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
- 10 Europawahlprogramm (Einbringung und Redeliste)
- 11 16.30 Uhr Internationale Gastredner*in EP / EL
- 12 ~~16.50 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum~~
Europawahlprogramm
- 14 ~~16.50 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum~~
Europawahlprogramm
- 18.00 Uhr Migrantisches Plenum
- 15 19.00 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
~~Europawahlprogramm~~
Europawahlprogramm
- 17 20.00 Uhr Frauen (FLINTA*) -plenum
- 18 21.30 Uhr TOP 9 Beschlussfassung zum Leitfaden P13 1. Tagung 8. Parteitag
- 19 ~~21.45 Uhr TOP 6 Satzungsänderungen~~
- 20 ~~22.15 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum~~
~~Europawahlprogramm (Antragsberatung)~~
- 22 ~~23.00 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des~~
~~8. Parteitages~~
- 24 ~~24.00~~21.45 Uhr Ende des Beratungstages
- Samstag, 18. November 2023:
- 09.00 Uhr TOP 6 Satzungsänderungen
- 09.45 Uhr TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
Europawahlprogramm (Antragsberatung)
- 10.30 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 8.

Parteitages

11.30 Uhr TOP 3 (Berichte) Rede Fraktionsvorsitzende BfE

12.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)

12.40 Uhr TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden

13.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)

14.50 Uhr Internationale Gastredner*in EP/ EL

15.00 Uhr Pause

15.40 Uhr Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm (Antragsberatung)

16.30 Uhr Schlussabstimmung zu TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm

16.35 Uhr Internationale Gastredner*in EP/ EL

16.45 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 8. Parteitages

17.55 Uhr Schlusswort

Begründung

Der Parteivorstand schlägt für den ersten Beratungstag einen Zeitplan von 14.00 bis 24.00 Uhr ohne Pause vor.

Der Zeitplan ist eine Zumutung nicht nur für diejenigen, die dafür arbeiten müssen, sondern auch

für alle Delegierten des Bundesparteitages.

Er widerspricht damit den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes, die für die Durchführung eines Parteitages ebenfalls gelten sollten.

Satzungsänderungen, Beschlussfassung zum Europawahlprogramm und Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (von 23-24 Uhr!) sind wichtige Tagesordnungspunkte. Wenn diese auf die Zeit von 21.45 bis 24.00 Uhr gelegt werden, ist eine qualifizierte Entscheidungsfindung- schon aus Gründen der Konzentration- nicht mehr möglich. Wir lehnen deshalb den vom Parteivorstand vorgelegten Zeitplan ab.

Antrag R.3.29.1: Änderungsantrag zu R.3.

Änderungsantrag zu R.3.

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 52

- 3 **Präsidium**
- 4 Tobias Bank, Parteivorstand
- 5 Katina Schubert, Berlin
- 6 Stefan Hartmann, Sachsen
- 7 Susanne Schaper, Sachsen
- 8 Stefan Glander, Rheinland-Pfalz
- 9 Nina Eumann, NRW
- 10 Christian Schaft, Thüringen
- 11 Birke Bull-Bischoff, Sachsen-Anhalt

12 Elwis Capece, Bawü
13 Kathrin Flach Gomez, Bayern
14 Benjamin-Immanuel Hoff, fds
15 Ulrike Grosse-Röthig, Thüringen
16 Jan Schalauske, Hessen
17 Katharina Slanina, Brandenburg
18 Michael Erhardt, Hessen
19 Jenny Luca Renner, BAG queer
20 Pascal Meiser, Berlin
21 Doris Achelwilm, Bremen
22 Didem Aydurmus, ÖPF
23 Isabelle Vandre, Brandenburg
24 Sofia Leonidakis, Bewegungslinke
25 Özlem Alev Demirel, NRW
26 Regina Preysing, SL
27 Luca Grimminger, SH
28 N.N., Hamburg
29 N.N. Jan Richter, BAG Betrieb und Gewerkschaft

30 **Antragskommission**

31 Charlotte Roffalski, Sachsen
32 Peter Brill, MV
33 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
34 Sebastian Koch, Berlin
35 Cornelia Swillus-Knöchel, NRW
36 Tim Detzner, Sachsen
37 Carola Kunde, Sachsen-Anhalt
38 Marc Mulia, NRW
39 Sabine Berninger, Thüringen
40 Jean-Paul Marienfeld, MV
41 Karin Binder, Bawü
42 Christopher Neumann, Brandenburg
43 Franziska Liebich, Bewegungslinke
44 Thomas Hecker, KPF
45 Sefika Minte, BAG Hartz IV
46 Jakob Migenda, Hessen
47 ~~Giesela Brandes-Steggewentz, SL~~
48 Naisan Raji, SL
Alexander Jahns, Berlin
49 Manuel Lautenbacher, RLP
50 ~~N.N., Bayern~~
51 ~~N.N., Linksjugend ['solid]~~
52 N.N. Sebastian Wanner, Bayern
Luisa Mayer, Linksjugend ['solid]
Charlie Birner, Linksjugend ['solid]

Antrag G.02.01.1: Ersetzungsantrag zu G.02.

Änderungsantrag zu G.02.

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 9

~~1 Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus und Nationalchauvinismus. Ihr
2 „Europa der Vaterländer“ bedeutet Europa unter der Dominanz deutschen Kapitals,
3 im Zweifel mit Gewalt. Daher beschönigt sie beide Weltkriege und die Nazi-
4 Diktatur (Gaulands „Fliegenschiss“) und bekämpft das tätige Erinnern an den 8.
5 Mai als Tag der Befreiung. Unter dem Motto „Deutschland zuerst“ will die AfD die
6 Ausgaben für Rüstung massiv erhöhen. Mit ihrer Friedensdemagogie zielt sie darauf
7 ab, ihre eigentlichen Zwecke zu vertuschen, die Friedensbewegung zu spalten und
8 Verwirrung zu stiften. Genauso, wie es die Nazis machten, als sie sich bis zum
9 Einmarsch in Polen im September 1939 als friedliebende Kraft stilisierten.~~

Zeilen 1 bis 89 ersetzen durch:

10

Die gesellschaftliche Debatte verschiebt sich gefährlich nach rechts. Rassistische Abgrenzung gegen Geflüchtete, gegen Muslime, gegen Jüd*innen oder gegen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine Schutz suchen, wird bis in die gesellschaftliche Mitte hinein salonfähig. Die AfD treibt diese menschenfeindlichen Debatten voran, die CDU beteiligt sich geflissentlich. Die rechten Parteien im Bundestag, wollen ihre Opposition auf dem Feld der Migrationspolitik inszenieren. Kein Wunder, an den Versäumnissen der Regierung in Wohnungsbau, Pflegenotstand, Bildungskrise wollen sie nichts ändern. Auch dass die Regierung ein Sondervermögen für Aufrüstung auflegt, nicht aber eins gegen Kinderarmut, für funktionierende Kitas und Schulen, ist nicht das Problem von AfD und CDU/CSU. Steuergeschenke für Reiche, Steuerhinterziehung der großen Konzerne? AfD und CDU/CSU reden lieber über die Kosten, die Geflüchtete verursachen. Und die Regierung löst die Probleme in den Kommunen - und damit im Alltag von Millionen Menschen - nicht etwa mit entschlossenen Investitionen, sondern redet jetzt auch von Abschiebungen. Nur: Dadurch entsteht keine einzige zusätzliche Wohnung, die Zahl der Pflegekräfte wird eher abnehmen und es nützt wenig, wenn zwar keine Geflüchteten mehr in den Turnhallen schlafen, die aber wegen Instandhaltungsmängeln gesperrt sind.

DIE LINKE stellt sich mit aller Kraft gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und gegen alle Versuche, die Menschen spalten sollen. Wir lassen uns nicht gegen unsere Nachbar*innen, gegen unsere Arbeitskolleg*innen, gegen Schwächere in dieser Gesellschaft oder gegen Menschen in anderen Ländern aufbringen. Wir wissen: Diese Menschen sind es nicht, die unseren Wohlstand bedrohen. Die Steuerflüchtlinge und Großkonzerne, die ungehindert ihren Reichtum in Steueroasen bringen, kosten uns viel mehr. Die Steuergelder, die für Aufrüstung ausgegeben werden, fehlen uns bei der Bildung, Pflege, Gesundheit. Wir vergessen nicht, dass von Deutschland zwei Weltkriege ausgegangen sind, mit Millionen von Toten, Völkermord und rassistischem Vernichtungswahn. Deutsche Konzerne und deutsche Waffen sind beteiligt, wenn in anderen Ländern Not, Verfolgung und Krieg Menschen zur Flucht zwingen. Der Schwur von Buchenwald ist und bleibt uns Verpflichtung: nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

11

Wir lassen uns dabei nicht dumm machen von der herrschenden Politik und vom politischen Mainstream. Wir wissen, dass viele Menschen in Deutschland und in anderen Ländern enttäuscht und erschöpft sind von einer Politik, die seit Jahrzehnten für einen großen Teil der Bevölkerung immer mehr Einschränkung, Entbehrung und Verzicht bedeutet. Einer Politik, die Unsicherheit in so vielen Lebenslagen geschaffen hat. Viele Menschen machen sich Sorgen, weil die Renten im Alter oft kaum noch zum Leben reichen, weil bei den niedrigen Löhnen oft das Geld selbst für einfache Dinge wie Schwimmbad oder einen Kinobesuch knapp ist. In den Schulen fällt immer mehr Unterricht aus und die Kinder bekommen oft nicht die Unterstützung, die sie bräuchten. Krankenhäuser werden geschlossen und als Kassenpatient muss man auf Arzttermine immer länger warten. Die Menschen sind berechtigterweise enttäuscht und empört über eine Politik, die die Lebensbedingungen der meisten Menschen nicht zu kennen scheint und Respekt gegenüber der Leistung so vieler Menschen fehlen lässt.

12

Diese Politik haben alle Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte gemeinsam verantwortet und stehen weiterhin für Kürzungen zulasten der Bevölkerung. Weder die Ampel noch CDU und AfD wollen das Geld bei den Reichen holen und es zum Wohle von uns allen einsetzen. Nur DIE LINKE will von oben nach unten umverteilen!

Die zwei reichsten Familien in Deutschland besitzen mehr Vermögen als die Hälfte der Bevölkerung, mehr als 40 Millionen Menschen. Und diesen Multimilliardären wird weiterhin der Teppich ausgerollt. Auf ihre Konten fließt das Geld, was für gute Schulen und sichere Renten fehlt. SPD und Grüne haben mit den Hartz-Reformen Anfang der 2000er Jahre das Lohnniveau in Deutschland in den Keller gedrückt. Tariflose Subunternehmen, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit wurde massiv ausgeweitet, sodass inzwischen jede*r fünfte Vollzeitbeschäftigte mit seinem Lohn nur knapp über die Runden kommt. In Ostdeutschland arbeitet fast jede*r dritte Vollzeitbeschäftigte zu Niedriglöhnen. Die Reichen wollen ihnen einreden, dass es nicht an der Politik für die Reichen liegt, sondern an der türkischen Nachbarin und dem aserbaidischen Kollegen. Aber es ist nicht deren schuld, sondern eine jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben, dass es immer schwieriger wird, die Miete, den Urlaub, den Schulausflug unserer Kinder oder Geburtstagsgeschenke bezahlen zu können.

13

Doch es könnte anders und besser sein: Die Regierung hätte längst die Kommunen ausreichend finanzieren können, statt ihnen immer neue Aufgaben ohne ausreichende Mittel aufzubürden, sie hätte 100 Milliarden in Schulen und bezahlbare Wohnungen investieren können, statt mit 100 Milliarden die Profite von Rheinmetall und KrausMaffey zu garantieren. Wenn die Ampel gewollt hätte, hätte sie das Rentenniveau erhöhen können durch eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen, auch die Beamten, Manager und Politiker. Sie hätten eine Gesundheitsversicherung für alle einführen können und eine Pflegevollversicherung, die Menschen und ihre Angehörigen nicht in Not und Armut stürzt, wenn sie im Alter Pflege benötigen. Die Regierung könnte Profite von Krankenhäusern und Pflegeheimen untersagen, sie könnte verhindern, dass Arztpraxen an der Börse als lukratives Geschäft gehandelt werden. Sie könnte gute Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen bei allen öffentlichen Aufträgen zur Pflicht machen und verhindern, dass Unternehmer durch den Einsatz von Subfirmen sich den tariflichen und gesetzlichen Regelungen entziehen. Sie könnten die Wirtschaft demokratisieren und dafür sorgen, dass Beschäftigte, Betriebsräte, Gewerkschaften und Kommunen wirklich darüber mitentscheiden, was wie wo und wofür produziert wird. Ja, dafür müssten sie sich mit den Reichen anlegen. Sie müsste die Profite von Konzernen stärker besteuern, die Vermögensteuer für Millionäre und Milliardäre wieder in Kraft setzen, die das Grundgesetz ausdrücklich vorsieht und dafür sorgen, dass Konzernernben nicht weniger

Steuern zahlen als alle normalen Menschen. Das steht in der Macht der Regierung. Doch das tut sie nicht.

DIE LINKE setzt sich ein für massive Investitionen in soziale Sicherheit. Für ein Leben in Würde und Respekt. Wir fordern mehr Geld für Kommunen, für bezahlbare Wohnungen und gute öffentliche Daseinsfürsorge. Wir wollen die Wirtschaft demokratisieren und zum Wohle aller Menschen ausrichten, statt zum Nutzen der Milliardäre, denen die großen Konzerne gehören. Dazu gehört ein Ende der Aufrüstung, der Einsatz für eine friedliche Politik und die Verwendung der Milliardensummen zum Nutzen der Bevölkerung statt für hohe Dividenden der Aktionär*innen von Rheinmetall und Co.

14

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden und gesellschaftlichen Initiativen kämpfen wir für eine solidarische Alternative zur herrschenden Politik von Krise, Krieg und Verarmungspolitik – in dem Wissen und der Überzeugung, dass 99 Prozent der Menschen von einer gerechteren, friedlichen Welt profitieren. Wir kämpfen gegen die Ablenkung der Unzufriedenheit auf vermeintlich illegale Migrant*innen. Wir stehen überall auf gegen Nationalismus und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus, gegen Antisemitismus und Homophobie und Transfeindlichkeit, gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit.

Begründung

Der Parteivorstand legt den Ersetzungsantrag zur Abstimmung vor, da im Ursprungsantrag die Rolle der anderen Parteien im gesellschaftlichen Rechtsruck außer Acht gelassen wird. Der Ersetzungsantrag verbindet die Kritik an der rechten Opposition mit der Kritik an der untätigen Ampelregierung. Weder AfD und CDU/CSU noch die Ampelregierung wollen umverteilen und in soziale Sicherheit investieren. Die im Ursprungsantrag erhobenen Forderungen fordern wir bereits, mit Ausnahme des offensiven Eintretens für ein AfD-Verbot. Statt die Forderung zu erheben, die AfD zu verbieten, wollen wir das Problem an der Wurzel packen: Der gesellschaftliche Rechtsruck ist größer als die AfD und muss in der politischen Auseinandersetzung bekämpft werden.

Antrag G.02.71.1: Änderungsantrag zu G.02.

Änderungsantrag zu G.02.

Antragsteller*in:	KV Mönchengladbach
-------------------	--------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 71 - 72

- 70 • Wir treten der AfD und allen anderen extrem rechten Organisationen
71 konsequent entgegen und ~~setzen uns für ihr Verbot ein~~ schließen jegliche
72 (parlamentarische) Zusammenarbeit auf Kommunal-, da ihre Ziele gegen
~~Humanität und Grundgesetz gerichtet sind~~ Landes- und Bundesebene aus.

Begründung

Wir begrüßen den Antrag sehr! Verbotsverfahren sind langwierige Prozesse, sodass es wichtiger erscheint, vor allem den Ausschluss einer Zusammenarbeit mit rechten Parteien und Strukturen hervorzuheben.

Antrag G.04.01.1: Änderungsantrag zu G.04.

Änderungsantrag zu G.04.

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

4 ~~Der Parteitag schließt sich dem Aufruf~~

Zeilen 1 bis 7 ersetzen durch:

2

DIE LINKE ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 25.11. in Berlin mit einem eigenen Aufruf auf.

DIE LINKE ruft auf zur bundesweiten Friedensdemo am 25.11.2023 in Berlin (Brandenburger Tor, 13 Uhr):

3

Nein zu Aufrüstung und Krieg – für eine Rückkehr zum Völkerrecht - In Zukunft investieren statt in Rüstung!

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine dauert an Ziel ist die völkerrechtswidrige Einverleibung besetzter Gebiete verbunden mit der gewaltsamen Unterdrückung des Widerstandes gegen die Besatzung.

4

Es wird immer offensichtlicher, dass eine militärische Lösung eine Illusion ist. Nachhaltigen Frieden kann es nur durch eine Verhandlungslösung geben. Stattdessen werden immer schwerere Waffen an die Ukraine geliefert. Nicht nur die deutsche Regierung setzt weiter auf Eskalation statt auf Diplomatie und Verhandlungen. Immer mehr Geld wird für Rüstung ausgegeben. Die Gefahr, dass sich der Krieg ausbreitet steigt. Russland droht mit dem Einsatz und von Atomwaffen.

Waffen schaffen keinen Frieden. Alle wissen das. Trotzdem wird der Kurs der Aufrüstung weiter als alternativlos dargestellt. Warum? Die Rüstungsindustrie fährt Rekordgewinne ein. Mit Verweis auf den Krieg treiben Energie- und Lebensmittelkonzerne die Preise und ihre Profite nach oben. Die Löhne können die Inflation nicht ausgleichen und die reichsten Deutschen steigern ihren Reichtum weiter. Sie konnten die Inflation für sich ausgleichen. Auf unsere Kosten.

5

Die Bundesregierung will im nächsten Jahr noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben. Zusätzlich zum 100 Mrd. Euro Sonderprogramm für die Bundeswehr! Überall sonst will diese Bundesregierung kürzen und unsere Vorschläge ablehnen: Mehr Pflegekräfte und bessere Arbeitsbedingungen? Fehlanzeige. Ein 49 Euro Ticket für den Öffentlichen Nahverkehr? Dafür fehlt das Geld. Bus und Bahn ausbauen? Zu teuer. Für bezahlbaren Wohnraum? Nicht mit dieser Regierung. Genug Lehrer*innen und Erzieher*innen? Jahrelang verschlafen. Kinder gegen Armut schützen? Abgesagt. Nirgendwo geht es voran. Die Klimakatastrophe ist nicht gestoppt. AfD und CDU machen Stimmung gegen Geflüchtete. Und die Bundesregierung macht mit. Was für eine Ablenkung! Wohnungen waren schon knapp, bevor Geflüchtete gekommen sind. Zu wenig Lehrer*innen und Erzieher*innen, Pflegekräfte gibt es schon seit vielen Jahren. Die aktuelle Regierung und die große Koalition vor ihr haben versagt und damit die Rechten stärker gemacht. Wir stellen uns dagegen!

Es wird höchste Zeit: Die Regierung muss umsteuern!

- Wir fordern die Bundesregierung auf, keine weiteren Waffen in die Ukraine zu schicken. Schluss mit der Eskalation! Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen.
 - Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen. Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen.
 - Wir setzen uns für Sanktionen gegen den militärisch-industriellen Komplex Russlands ein und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung ein. Das Einfrieren von Vermögenswerten von Oligarchen, die dem Krieg Vorschub leisten, befürworten wir. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im Globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
 - Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Atomwaffen aus Deutschland müssen abgezogen werden!
 - Abrüsten statt Aufrüsten! Mehr Geld für Bildung, Pflege, bezahlbares Wohnen und ÖPNV, satt fürs Militär und Aufrüstung
 - Die Löhne müssen steigen, nicht die Profite! Die Preissteigerungen dürfen nicht unseren Lebensstandard bedrohen.
 - Die Extragewinne der Konzerne aus Krieg und Krise müssen extra besteuert werden.
 - Die Vermögensteuer muss wiedereingeführt werden, wie vom Bundesverfassungsgericht vorgesehen. Die Regierung muss hier endlich handeln.
- Am 25. November 2023 rufen wir daher alle auf, mit uns gemeinsam Druck zu machen: Für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, für Klimagerechtigkeit und Frieden!

Begründung

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 11.10.2023 beschlossen, dass DIE LINKE zur bundesweiten Friedensdemonstration am 25.11.2023 in Berlin mit eigenem Material mobilisiert. Der Parteivorstand hat sich für eine Verbindung zu (anderen) Kernthemen des Wahlkampfes ausgesprochen: höhere Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und Erbschaften, Investitionen in die gesellschaftliche Daseinsvorsorge (Wohnen, Energie, Kommunikation, Wasser, Abfall) und höhere Löhne für die Beschäftigten. Das Material wird notwendigerweise zum Zeitpunkt des Parteitages bereits in die Partei verschickt sein, sonst könnte es nicht mehr wirksam werden.

Antrag G.05.01.1: Selbstbestimmungsgesetz umsetzen

Änderungsantrag zu G.05.

Antragsteller*in:	KV Städteregion Aachen, Sebastian Merkens (Nordrhein-Westfalen)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 6

- 1 DIE LINKE bekräftigt ihr entschlossenes feministisches Profil und bekennt sich zu
- 2 einer anschlussfähigen und verantwortungsvollen Frauenpolitik. ~~In diesem Sinne lehnt sie das von der Bundesregierung geplante Selbstbestimmungsgesetz ab und setzt sich für den Erhalt des Transsexuellengesetzes für überprüfte Ausnahmefälle von einer regelhaften juristischen Geschlechtsdefinition auf Basis des biologischen Geschlechts ein.~~

Begründung

Die von den ursprünglichen Antragsteller*innen geforderte Ablehnung des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes ist ungeeignet für das vorgebliche Ziel, Frauenrechte stärken zu wollen. Vielmehr scheint es darum zu gehen, im Interesse an einer fiktiven Anschlussfähigkeit und Tragbarkeit Ressentiments gegen eine Bevölkerungsgruppe in Stellung zu bringen. In unserem Parteiprogramm heißt es hingegen:

„Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben.“

und weiter

„Wir wollen die Grundrechte und Ansprüche verwirklichen, die das Grundgesetz formuliert: Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung aller Menschen ...“
und schließlich

„DIE LINKE unterstützt das Recht auf die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Gesellschaft. Dazu gehört die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz der Grundrechte von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen. Das Personenstandsrecht muss den Menschenrechten insbesondere von Intersexuellen und Transsexuellen gerecht werden. Geschlechtsangleichende Operationen im Kindesalter sind zu unterbinden. Wir fordern die rechtliche Gleichstellung in allen (Rechts-)bereichen und bei allen Rechtsinstituten.“

Der Antrag in seiner ursprünglichen Form widerspricht also dem Erfurter Programm und sollte vom Parteitag wie vorgeschlagen zurechtgerückt werden.

Antrag P.01.017.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BV Hamburg-Nord, Saskia Mestern (Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17 - 19

16 Unser Selbstverständnis ist klar: In einer Partei, deren Ziel eine gewaltfreie
17 Gesellschaft ~~möglichst~~ gleichberechtigter und ~~selbstbestimmter~~ souveräner Menschen
18 ist,
19 dürfen Sexismus und sexistische Gewalt in all ihren Formen keinen Platz haben.
20 Als LINKE stehen wir in einer ~~feministischen~~ egalitären frauenpolitischen Tradition, die
21 weiß, dass
22 Geschlechterverhältnisse auch Machtverhältnisse sind und es strukturelle
23 Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gibt. Eine Tradition, die die
24 systematischen Benachteiligungen von Frauen*, Lesben, intergeschlechtlichen,
25 nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA*) beenden sowie von Sexismus
und sexistischer Gewalt Betroffene schützen, stärken und von Zwängen befreien
will.

Begründung

1. „Selbstbestimmung“ wird seit Jahren als neoliberaler Kampfbegriff genutzt, der sich vor allem in der karriere-feministischen Abteilung der Frauenbewegung etabliert hat. Dort wird ein Begriff, der aufgrund seines Gegenteils „fremdbestimmt“ positiv konnotiert wird, genutzt, um die vermeintliche „Macht“ des Individuums in einer konkurrenzorientierten Gesellschaft zu behaupten. „Souverän“ ist ein Synonym, das nicht die genannte Konnotation im allgemeinen Sprachgebrauch hat und Kollektivität voraussetzt.
2. DIE LINKE als Gesamtpartei steht nicht in einer feministischen Tradition, auch wenn einzelne Mitglieder dies tun. Tatsächlich gemeinsam ist uns ein egalitärer frauenpolitischer Ansatz, der etwas mit der Arbeiterbewegung und dem Kampf für soziale Gleichheit zu tun hat – das wird auch tradiertmaßen in der Partei so vertreten.

Antrag P.01.019.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 19 - 23

16 Unser Selbstverständnis ist klar: In einer Partei, deren Ziel eine gewaltfreie
17 Gesellschaft möglichst gleichberechtigter und selbstbestimmter Menschen ist,
18 dürfen Sexismus und sexistische Gewalt in all ihren Formen keinen Platz haben.
19 Als LINKE stehen wir in einer feministischen und antipatriarchalen Tradition, die weiß,
dass

20 Geschlechterverhältnisse auch Machtverhältnisse sind und es strukturelle
21 Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gibt. Eine Tradition, die die
22 systematischen Benachteiligungen von Frauen*, Lesben, intergeschlechtlichen,
23 nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA*) und nicht-heterosexuellen
24 Männern beenden sowie von Sexismus
25 und sexistischer Gewalt Betroffene schützen, stärken und von Zwängen befreien
will.

Begründung

Die Ergänzung ist sinnvoll, weil sie eine weitere, in diesem Zusammenhang wichtige Traditionslinie benennt und dazu führt, dass nicht-heterosexuelle Männer als Betroffene patriarchaler Machtverhältnisse nicht verschwiegen werden.

Antrag P.01.054.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 54

49 Sexismus baut auf patriarchalen und kapitalistischen Machtstrukturen auf,
50 reproduziert Stereotype und verhindert Chancengleichheit, gleichberechtigte
51 Teilhabe und demokratische Einmischung. Schlimmer noch: Sexistische Strukturen
52 und Zuschreibungen der Ungleichwertigkeit (wie z.B. „Frauengedöns“ oder „kein
53 richtiger Mann“ oder „trans ist schräg“) können zu sexistischer Gewalt in all
54 ihren Formen führen. Die Normen der Zweigeschlechtlichkeit und der Heterosexualität
55 und die Beschränkung auf
traditionelle Geschlechterrollen stützen Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

Begründung

Es handelt sich um eine sinnvolle Ergänzung.

Antrag P.01.104.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 104 - 106

93 Frauenfeindliche oder patriarchale Gewalt kann alle Geschlechter treffen, selbst
94 Männer. Das mag erstmal widersprüchlich klingen. Doch ob Dominanz gewaltvoll
95 ausgeübt wird, hängt nicht von der Geschlechtsidentität der betroffenen Person
96 ab, sondern von der Zuschreibung durch den Täter. Denn es geht um eine bestimmte
97 Idee und Abwertung von Weiblichkeit. So kann es Menschen treffen, die sich als
98 Frauen identifizieren, aber auch Menschen, die keine Frauen sind, sofern ihnen

99 eine Weiblichkeit unterstellt wird, der sie nicht entsprechen und auch gar nicht
100 entsprechen wollen. Das sind zum Beispiel nicht-binäre Menschen, also Menschen,
101 die nicht (eindeutig) männlich oder weiblich sind. Auch offen trans feminine
102 Personen erleben eine spezifische Form von Gewalt, weil die Abwertung ihrer
103 Weiblichkeit häufig verstärkt wird durch den Vorwurf „Verrat“ an der

104 ~~Männlichkeit. Auch bei Gewalt gegen schwule oder als feminin gelesene Männer-~~
105 ~~spielen die Abwertung von Weiblichkeit und der eingeforderte Beweis „echter“~~
106 ~~Männlichkeit eine Rolle~~Männlichkeit. Die Infragestellung eines patriarchalen
Männerbilds ist zudem eine Hauptursache antiequarer Gewalt sowie von
Benachteiligung, Diskriminierung und Diskreditierung von LSBTIQ-Personen (Lesben,
Schwule, Bisexuelle, Trans, Inter und Queer).

Begründung

Die vorgeschlagene Formulierung ist präziser und umfassender als die ursprüngliche im Antragstext.

Antrag P.01.137.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Nord, Saskia Mestern (Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg), weitere
-------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 137 - 144

135 Sexismus in Parteien ist keine unschöne Begleiterscheinung, sondern ein
136 fundamentales Problem, das größer wird, wenn wir ihm nicht mit strukturellen
137 Maßnahmen ~~und gemeinsamer Betroffenheit~~ begegnen. ~~Weil es in Parteien nicht nur~~
~~Obwohl es in unserer Partei~~ um geteilte Inhalte und ein kämpferisches Miteinander
geht, ~~sondern immer auch um~~
139 ~~individuelle Macht, kulturelle Hegemonien und zwischenmenschliche Konkurrenz,~~
140 ~~sind Parteien besonders anfällig dafür, dass - teils subtile, teils offenkundige~~
141 ~~- sexistische Praktiken genutzt~~ werden unter anderem - teils subtile, teils offenkundige
- sexistische Praktiken genutzt, um andere Mitglieder, ihre Aktivitäten,
142 Ausdrucksformen und Themen herabzusetzen. Unsere Aufmerksamkeit muss deshalb
eine
143 besonders aufgeklärte und umsichtige sein. Gegen sexistische Strukturen braucht
144 ~~es Strukturen des gelebten (Queer-)Feminismus~~ es Strukturen gelebter Solidarität, die
zugleich sichtbar, sensibel,
145 offensiv, präventiv, transparent, schutz- und vertrauensbildend sind.

Begründung

1. Betroffenheit löst keine Probleme und hilft auch Betroffenen nicht.
2. Konkurrenz ist nicht natürlich. Wir haben einen höheren Anspruch als andere Parteien, einen solidarischen Anspruch. Da wir in einer anti-egalitären, konkurrenzhaften Gesellschaft leben, werden deren unsolidarischen Handlungsweisen leider auch von Genossinnen und Genossen zur Anwendung gebracht. Dies ist aber nicht zu akzeptieren, sondern in der gemeinsamen, gesellschaftsverändernden Praxis zu überwinden.

3. Da die gesamte Partei solidarischer sein und auch sexistischer Gewalt gegenüber aufmerksam sein sollte, reichen (queer) feministische Strukturen (was immer darunter verstanden wird) nicht aus. Unsere Ansprüche an gesellschaftliche wie innerparteiliche Veränderungen bemessen sich daran, ob sie die Lage Aller verbessern. So ist es auch weiter unten im Leitfaden gefasst (z. B. Z. 184 ff).

Antrag P.01.194.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Nord, Saskia Mestern (Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 194 - 195

194 Ausgangspunkt ist, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, ~~sicherere Räume zu~~
195 ~~schaffen und~~ und die Partei zu einem Ort solidarischer streitbarer Praxis zu
entwickeln, aus ~~persönlicher und kollektiver Verantwortung dem~~ heraus ~~zu handeln.~~
persönlich in kollektiver Verantwortung gehandelt wird.

196 Kollektive Verantwortung meint hier nicht nur die Reaktion auf einen Vorfall
197 sexistischer Gewalt, sondern zudem eine aktive und dauerhafte Politik, um die
198 gleichberechtigte Teilhabe aller zu stärken. Verständlicherweise gibt es viele,
199 die sich eine schnelle Lösung für den Umgang mit Gewalt und Sexismus innerhalb
200 unserer Partei wünschen. Kollektive Verantwortungsübernahme ist aber ein
201 langsamer und mitunter schwieriger Weg. Es braucht für diesen Lernprozess
202 Wohlwollen und Fehlertoleranz, aber auch Klarheit und Entschlossenheit. Wir
203 wollen als Partei die nötige Kraft dafür aufbringen.

Begründung

1. Das Konzept des „sicheren Raums“ oder „Schutzraums“ verdoppelt die – hier durch Sexismus bzw. sexistische Gewalt herbeigeführte – Handlungseinschränkung der Genossinnen und Genossen. Es steht auch im Gegensatz zu dem in diesem Papier formulierten Anspruch, die Problematik als ein (zumindest tendenziell) gemeinsames Anliegen zu behandeln.
2. „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, 1848)

Antrag P.01.280.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 280

278 Es ist wichtig, sich der strukturellen und politischen Dimension von sexistischer

279 Gewalt sowie der Machtverhältnisse bewusst zu sein. Machtkämpfe und
280 Konkurrenzsituationen sind Teil der Parteirealität. Sie können auch zu sexueller Denunziation dienen. Sexuelle Denunziation meint die Unterstellung, sich mit Sex Vorteile im Beruf oder anderen Bereichen zu verschaffen. Gleichzeitig handelt es sich um eine gezielt eingesetzte Technik zur Ausschaltung von Konkurrent*innen durch die Verbreitung von Gerüchten über deren (vermeintliches) Sexualleben. Zugleich wissen wir, dass
281 unsere Partei als Organisation ein hohes Gut ist: Sie ist der Ort gemeinsamer
282 Aktivitäten und gelebter Solidarität, sie hat Potenzial für ein besseres Leben
283 für alle.

Begründung

Wir halten diese Ergänzung für notwendig, weil wir immer wieder mit Fällen sexueller Denunziation in der Partei konfrontiert sind. Die Platzierung der Ergänzung und der erklärende Teil machen dies unseres Erachtens deutlich.

Antrag P.01.323.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	Bianca Austin (Nordrhein-Westfalen), Edith Bartelmus-Scholich (Antikapitalistische LINKE · Nr. 247), Ida Paul, Sefika Minte (Nordrhein-Westfalen)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 323

320 Meistens gelingt es, solche Situationen unter Genoss*innen zu klären. Manchmal
321 kann es aber auch schwerfallen oder Umstände geben, unter denen eine betroffene
322 Person mehr Unterstützung möchte. Diese Unterstützung regelt der vorliegende
323 Leitfaden. Nicht allen der hier beschriebenen Beispiele können wir mit einem fehlertoleranten Lernprozess gerecht werden. Manche Grenzüberschreitungen sind so schwerwiegend, dass eine gemeinsame Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist.

Antrag P.01.433.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	Bianca Austin (Nordrhein-Westfalen), Edith Bartelmus-Scholich (Antikapitalistische LINKE · Nr. 247), Sefika Minte (Nordrhein-Westfalen), Ida Paul
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 433

430 Damit diese Unterstützungsmöglichkeiten im Fall der Fälle ohne Barrieren rasch zu
431 finden und zu erreichen sind, steht die Bundesgeschäftsstelle in der Pflicht, die
432 Kontakte oder Webseiten der Vertrauenspersonen und externen Expert*innen
433 regelmäßig im Turnus von drei Monaten zu prüfen und zu aktualisieren.
434 Es steht der betroffenen Person frei, welche Vertrauensperson(en) welcher Ebene

435 sie anspricht. Nach der Meldung gibt es ein (erstes) Gespräch zwischen der
436 angesprochenen Vertrauensperson oder -gruppe und der Betroffenen. Auf Wunsch ist
437 es möglich, dass Expert*innen oder Unterstützungspersonen der betroffenen Person
438 dabei sind.

Antrag P.01.496.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 496 - 499

~~496 Da es gegenüber der grenzverletzenden Person gerade nicht um den Beweis einer
497 Schuld geht, ergibt hier die häufig angeführte Unschuldsvermutung keinen Sinn.
498 Die Unschuldsvermutung ist ein Schutzrecht gegenüber der Strafjustiz und den
499 Ermittlungsbehörden – doch die Partei ist kein paralleles Justizsystem.~~

Begründung

Der Absatz kann ersatzlos gestrichen werden, ohne den Leitfaden inhaltlich zu verändern. Die gewählte Formulierung ist aus zahlreichen Gründen kritisch zu sehen und so auch falsch. So gab es in der Geschichte sozialistischer und kommunistischer Parteien immer wieder Ausschlüsse und Repressionen gegenüber Mitgliedern, die auf bloßen Verdächtigungen beruhten ("Trotzkist, "Fraktionierung" usw.) und grundlegend falsch waren, eben auch, weil es keine Unschuldsvermutung und keine Beweiserhebungsverfahren innerhalb der Partei gab. Zudem können Entscheidungen der Schiedskommissionen später auch vor bürgerlichen Gerichten landen und müssen von daher auch so gefasst werden, dass sie einer solchen Überprüfung Stand halten. Die bisher gewählte Formulierung stellt "Sprengstoff" dar und ist so inakzeptabel. Sie wegzulassen, ändert zudem nichts an dem im Leitfaden beschriebenen Vorgehen.

Antrag P.01.534.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 534

534 Von der ~~gewaltausübenden~~beschuldigten Person wird ein Lernprozess eingefordert,
z.B. durch
535 eine Weiterbildung oder eine individuelle professionelle Beratung. Es gibt Fälle,
536 in denen Täter an externe Strukturen empfohlen werden müssen, um ihr Verhalten zu
537 ändern. In anderen Fällen kann die Kommunikation mit Tätern innerparteilich
538 geschehen. Die Vertrauensgruppen sprechen hierfür fallweise Empfehlungen aus.

Begründung

Wir beantragen, dass im Text durchgängig von „beschuldigten Personen“ geschrieben und eine synonyme Benutzung der Begriffe >beschuldigte Person<, >gewaltausübende Person< und >Täter< nicht vorgenommen wird.

Im Sinne einer zügigen Beratung halten wir es für sinnvoll, das einmal abzustimmen und nicht an jeder einzelnen Stelle erneut. Daher stellen wir nur diesen Antrag, obwohl er an mehreren Stellen hätte gestellt werden können.

Der Parteitag soll sich damit gegen die "Fußnote" wenden, die die Antragsteller als "Begründung" angefügt haben und die deshalb als solche nicht zur Abstimmung stehen kann. In ihr heißt es:

Fußnote zur Begrifflichkeit "Arbeit mit der gewaltausübenden Person":

Vieles ist noch in Debatte: Die Feministische Kommission konnte sich auf keinen festen Begriff einigen. Die Begriffe >beschuldigte Person<, >gewaltausübende Person< und >Täter< werden deshalb in diesem Leitfaden synonym füreinander verwendet.

Wenn die Kommission sich schon nicht einigen konnte und vieles noch in der Debatte ist, kann der Parteitag schlecht beschließen, dass beschuldigte Personen gleich als Täter zu bezeichnen sind, zumal die Gleichsetzung einer Beschuldigung mit einer Tat so auch nicht akzeptabel ist.

Antrag P.01.541.1: Änderungsantrag zu P.01.

Änderungsantrag zu P.01.

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Nord, Saskia Mestern (Hamburg), Gunhild Berdal (Hamburg), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 541 - 542

539 Lehnt die beschuldigte Person niedrigschwellige Maßnahmen ab oder zeigt sich im
540 Laufe des Aufarbeitungsprozesses als nicht kooperationswillig, kann dies
541 stärkere, weitreichendere Maßnahmen zur Folge haben. ~~Solche Maßnahmen sind durch~~
542 ~~die Satzung der Partei zu regeln.~~

Begründung

1. „Die patriarchale Denkweise – die in der Gesellschaft so allgegenwärtig ist, dass sie uns alle durchzieht – verleitet uns, nach Strafen zu verlangen.“ (Zeile 514/515 des Antrags). Wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen.
2. Dieser Satz im Leitfaden wird machtpolitisch dazu genutzt, eine bereits durch mehrere Parteitage abgelehnte Verschärfung der Satzung durch die Einführung von Parteistrafen erneut zur Abstimmung zu stellen (s. Antrag S.01 und S.02). Solche Sanktionen sind abzulehnen,
 - da Mitgliederrechte das höchste Satzungsgut in unserer Partei sind – sie können nicht ausgesetzt oder „ausgeruht“ werden, sie bilden die formale Grundlage für den demokratischen Arbeitsprozess in der Partei, der auf das wirkungsvolle gemeinsame Eingreifen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerichtet ist;
 - da die Bekleidung innerparteilicher Ämter und Funktionen durch Wahl (und notfalls Abwahl) entschieden wird – nicht durch die Schiedskommissionen;
 - da es Gründungskonsens der Vorgängerpartei PDS ist, nie wieder parteiinterne

- Auseinandersetzungen über Parteistrafen zu regulieren;
- da die sorgfältige Anwendung dieses Leitfadens Parteistrafen überflüssig macht.

Antrag S.01.09.1: Änderungsantrag zu S.01.

Änderungsantrag zu S.01.

Antragsteller*in:	KV Niederbayern-Mitte, OV Straubing, Johannes Spielbauer, weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9

- 2 Kapitel 2: § 3 Die Basis der Partei:
3 (4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines
4 ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung
5 ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied
6 vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der
7 Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.
8 **Ergänzen durch:**
9 ~~Anstelle eines Parteiausschlusses kann bei~~ Bei minderschweren Fällen kann auch die
10 Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und / oder
11 das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur
12 Dauer von zwei Jahren angeordnet werden.

Begründung

Die Formulierung „Anstelle eines Parteiausschlusses“ besagt, dass auch für diese mildere Sanktionsmöglichkeit im Grundsatz die Voraussetzungen für einen Parteiausschluss vorliegen müssen. Damit müssen beide Tatbestandsmerkmale erfüllt sein: (1.) Ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Satzung oder ein erheblicher Verstoß gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei muss vorliegen **und** (2.) dadurch muss ihr ein schwerer Schaden zugefügt werden.

Erst auf der zweiten Stufe kann sodann entschieden werden, ob ein minderschwerer Fall vorliegt. Beispielsweise könnte keine Sperre angeordnet werden, wenn der Partei nur ein einfacher Schaden zugefügt wird. Der Schaden muss zwangsläufig schwer sein. Erst danach kann in einer Gesamtschau beurteilt werden, ob ein minderschwerer Fall vorliegt.

So können Lücken entstehen. Durch die geänderte Formulierung kann auch bei einfachem Schaden eine Sanktion ausgesprochen werden. Wichtig ist, dass die Formulierung „Anstelle eines Parteiausschlusses“ ersetzt wird.

Antrag S.01.12.1: Änderungsantrag zu S.01.

Änderungsantrag zu S.01.

Antragsteller*in:	KV Niederbayern-Mitte, OV Straubing, Johannes Spielbauer, weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 12

- 2 Kapitel 2: § 3 Die Basis der Partei:
3 (4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines
4 ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung

5 ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied
6 vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der
7 Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

8 **Ergänzen durch:**

9 Anstelle eines Parteiausschlusses kann bei minderschweren Fällen auch die
10 Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und / oder
11 das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur

12 Dauer von zwei Jahren angeordnet werden. Bei einfachsten Verstößen kann eine
Verwarnung ausgesprochen werden.

Begründung

Auch die neuen Sanktionsmöglichkeiten sind ein relativ starker Eingriff. Einfache Verfehlungen können immer noch nicht sanktioniert werden. Wer beispielsweise erstmals eine sexistische Äußerung tätigt, wird oftmals nicht gleich für Ämter gesperrt werden. Es geht aber auch nicht, dass dies dann komplett ohne Konsequenzen bleibt, bzw. eine Schiedskommission dann „freisprechen“ muss. Wenn ein Fehlverhalten da ist, sollte das auch geahndet werden können.

Antrag S.02.06.1: Änderungsantrag zu S.02.

Änderungsantrag zu S.02.

Antragsteller*in:	KV Niederbayern-Mitte, OV Straubing, Johannes Spielbauer, weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 8

2 Kapitel 6, § 38 Schlichtungs- und Schiedsverfahren:

3 (5) Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit
4 nicht die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist
5 oder wenn die Schlichtung im Kreisverband gescheitert ist. Sie entscheiden

6 erstinstanzlich über

7 1. Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften-~~und~~

über,

8 2. Ausschlüsse aus der Partei.

9 3. die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und /
10 oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur
11 Dauer von zwei Jahren und

4. Verwarnungen.

9 **Ergänzen durch:**

9 ... sowie über die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller
10 Funktionen und / oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der
11 Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren.

Begründung

Gleiche Begründung wie bei dem Änderungsantrag zu S.01, hier jedoch in Bezug auf die Landesschiedskommissionen. Es wurden nur die Verwarnungen aufgenommen und zur besseren Übersicht Gliederungspunkte eingefügt.

Antrag S.02.09.1: Änderungsantrag zu S.02.

Änderungsantrag zu S.02.

Antragsteller*in: KV Mönchengladbach

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9 - 11

- 2 Kapitel 6, § 38 Schlichtungs- und Schiedsverfahren:
3 (5) Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit
4 nicht die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist
5 oder wenn die Schlichtung im Kreisverband gescheitert ist. Sie entscheiden
6 erstinstanzlich über Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften und
7 über Ausschlüsse aus der Partei.
8 **Ergänzen durch:**
9 ~~...~~ sowie über In Fällen sexualisierter Gewalt kann für den Zeitraum der Klärung des
Sachverhalts, für die Dauer des Schiedsverfahrens und/oder auf Grundlage eines
Beschlusses der Schiedskommission anstelle eines Parteiausschlusses auch die
Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller
10 Funktionen ~~und / oder~~ und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus
der
11 Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren angeordnet werden.

Begründung

Der vorliegende Vorschlag behandelt den Parteiausschluss oder das zeitweilige Ruhen von Rechten aus der Mitgliedschaft nicht explizit in Fällen von sexualisierter Gewalt. Sexualisierte Gewalt stellt jedoch einen besonders schwerwiegenden Machtmissbrauch dar, der nicht mit anderen Parteiausschlussgründen zu vermischen ist. Zudem müssen derlei Fälle mit besonderem Bedacht und Achtsamkeit aufgearbeitet werden. Darüber hinaus ist das Einbringen unbestimmter Rechtsbegriffe wie "minderschwer" nicht zielführend, da es nicht an Dritten ist, zu entscheiden, was ein minderschwerer Fall ist bzw. nicht definiert werden kann, wo hier die Grenze liegt. Eine Gewichtung und Bewertung der Schwere des Vorfalles durch Dritte setzt ein falsches Zeichen für Betroffene.

Antrag S.03.07.1: Änderungsantrag zu S.03.

Änderungsantrag zu S.03.

Antragsteller*in: Elisabeth Wissel (Berlin · Nr. 233), Doris Hammer, Carsten Schulz, Stanislav Jurk

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 7

- 1 (1) Mitglied der Partei kann sein, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat, sich zu
2 den programmatischen Grundsätzen bekennt, die Bundessatzung anerkennt und
keiner
3 anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes angehört.
4 (2) Der Eintritt erfolgt durch einen **Aufnahmebeschluss des zuständigen**
Kreisvorstandes nach Eingang eines schriftlichen **Aufnahmeantrages** gegenüber dem

- 6 zuständigen Kreisvorstand oder dem Parteivorstand; die telekommunikative
7 **Übermittlung des Aufnahmeantrages ist zulässig. ~~Die Pflicht zur Beitragszahlung-~~**
Einfügen: Davor ist ein zwingendes Gespräch innerhalb von sechs Wochen mit der
eintrittswilligen Person erforderlich.
- 8 **Die Pflicht zur Beitragszahlung**
8 beginnt mit Ablauf des Monats der Datierung des **Aufnahmebeschlusses**. Der
9 Kreisvorstand macht die Aufnahme mit Zustimmung des Mitgliedes unverzüglich in
10 geeigneter Weise im Kreisverband parteiöffentlich bekannt und informiert das neue
11 Mitglied über seine Mitwirkungsmöglichkeiten. **Sofern kein Kreisverband existiert,**
fällt die Zuständigkeit in den Bereich des Landesvorstandes. Sofern kein
Landesverband existiert, in den Bereich des Bundesvorstandes.
- 14 (3) Die Mitgliedschaft wird **sechs Wochen nach dem Aufnahmebeschluss** des
15 zuständigen Kreisvorstandes wirksam, sofern die satzungsgemäße Pflicht zur
16 Beitragszahlung erfüllt ist und kein Einspruch gegen den **Aufnahmebeschluss**
erhoben wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die*der Eintrittswillige die Rechte
18 eines Gastmitgliedes.
- 19 (4) Gegen die Ablehnung eines **Aufnahmeersuchens** durch den Kreisvorstand oder
20 eines übergeordneten Vorstandes kann die*der Eintrittswillige Widerspruch bei der
21 zuständigen Schiedskommission einlegen. **Dieser hat keine aufschiebende Wirkung.**
- 22 (5) Kommt eine Mitgliedschaft nicht zustande **und ist der Klageweg ausgeschöpft,**
23 so kann die*der davon Betroffene **frühestens nach Ablauf eines Jahres erneut einen**
Aufnahmeantrag abgeben.
- 25 (6) Jedes Mitglied der Partei gehört dem Kreisverband an, in dem es mit dem
26 ersten Wohnsitz gemeldet ist. Die Zugehörigkeit zu einem anderen Kreisverband als
27 den des ersten Wohnsitzes, wird sechs Wochen nach Anmeldung beim aufnehmenden
28 Kreisverband wirksam, sofern dieser nicht innerhalb dieser Frist widerspricht.
29 **Satz 2 gilt auch für bereits aufgenommene Mitglieder, die den Kreisverband**
wechseln wollen.
- 31 (7) Die Bundespartei führt eine zentrale Mitgliederdatei. Die organisatorische
32 Absicherung erfolgt über die Bundesgeschäftsstelle.

Begründung

Bei dem Erwerb der Mitgliedschaft sollten wir auch Wert darauf legen, wen wir aufnehmen.
Ein Kennenlerngespräch sollte daher immer mit eingebaut werden, auch um gegenseitiges
Vertrauen aufzubauen.

Antrag L.01.0000.1: Änderung Kapitelreihenfolge

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Reihenfolge und Kapitelüberschriften werden wie folgt angepasst:
- 2 1. Europa sozial - Reichtum Umverteilen
- 3 • Armut abschaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen
- 4 • Renten sichern!
- 5 • Kinderarmut europaweit bekämpfen, Kinderrechte stärken
- 6 • Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu
- 7 öffentlich
- 8 • Mehr öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche
- 9 • Das Geld ist da: Holen wir uns den Reichtum zurück!
- 10 • Für starke Kommunen
- 11 2. Arbeit und Löhne sozial gerecht
- 12 • Gute Arbeit für alle überall
- 13 • Europäischer Mindestlohn und verbindliche Tarifverträge
- 14 • Kürzere Arbeitszeiten: Zeit für Familie statt Stress ohne Ende
- 15 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- 16 • Soloselbstständige absichern
- 17 • Auslagerung auf Subunternehmer einschränken
- 18 • Für ein effektives Lieferkettengesetz
- 19 • Mehr Rechte für mobile Beschäftigte und Saisonbeschäftigte
- 20 • Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft stärken
- 21 • Kreatives Europa
- 22 3. Solidarische Migrationspolitik
- 23 • Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa
- 24 • Menschen retten: Legale Fluchtwege
- 25 • Asyl als Grundrecht - ohne Einschränkungen
- 26 • Willkommen braucht Strukturen
- 27 4. Sozial gerechte Klimawende
- 28 • Für eine europäische Energie- und Wärmewende
- 29 • So geht's gerecht
- 30 • Energiewende sozial gerecht statt Energiemarkt
- 31 • Kampf gegen Energiearmut und Energiesperren
- 32 • Wärmewende sozial gerecht
- 33 • Die Zukunft ist erneuerbar
- 34 • Verkehrswende jetzt!
- 35 • Mehr Mobilität mit weniger Verkehr
- 36 • Verkehr vergesellschaften!

- 37 • Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land
- 38 • Gegen Mobilitätsarmut - Abhängigkeit vom Auto verringern!
- 39 • Vorfahrt: Bahn vor Flugzeug
- 40 • Güterverkehr
- 41 • Schifffahrt und Seeverkehr
- 42 • Weltraum
- 43 • Umwelt- und Tierschutz
 - 44 • Artensterben bekämpfen!
 - 45 • Die Meere schützen
 - 46 • Klimagerechte Landwirtschaft
- 47 5. Wirtschaft sozial und ökologisch gerecht umbauen
 - 48 • Die Industrie umbauen
 - 49 • Strukturwandel vor Ort gemeinsam mit den Menschen
 - 50 • Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken
 - 51 • Für die sozial-ökologische Rohstoffwende
 - 52 • Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle
 - 53 • Abfälle vermeiden
 - 54 • Ökonomisch gerechte Landwirtschaft
 - 55 • Verbraucher*innen schützen
- 56 6. Europa für die Menschen - Demokratie stärken
 - 57 • Das Europäische Parlament stärken
 - 58 • Lobbyismus einen Riegel verschieben
 - 59 • Neue Verträge und eine Verfassung für die EU
 - 60 • Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen
 - 61 • Grund- und Menschenrechte stärken - für alle
 - 62 • Kampf gegen rechts
 - 63 • Gemeinsam lernen: Bildung
 - 64 • Für unabhängige Medien und das Recht auf Kritik
 - 65 • Geschlechtergerechtigkeit europaweit
 - 66 • Queer, sozial und gerecht
 - 67 • Für ein inklusives und soziales Europa
- 68 7. Steuern und Finanzmarkt in Europa
 - 69 • Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern
 - 70 • Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne
 - 71 • Krisengewinne besteuern
 - 72 • Spekulationsgewinne besteuern
 - 73 • Banken und Finanzmärkte entmachten
 - 74 • Vermögen und Machtkonzentration sichtbar machen
 - 75 • Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen
 - 76 • Europäische Geldpolitik
 - 77 • Die Macht der Internet-Riesen (Bigtechs) in die Schranken weisen

- 78 • EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen
- 79 8. Europaweites Recht auf Wohnraum, Klimagerecht und bezahlbar für alle
- 80 • Wohnraum für Menschen statt Konzerne
- 81 • Mieten und bezahlbarer Wohnraum
- 82 • Wohnraum schaffen gegen Obdachlosigkeit
- 83 • Sozial gerechte ökologische Modernisierung
- 84 9. Präventive europäische Gesundheitspolitik
- 85 • Gute Gesundheit und Pflege
- 86 • Aus der Pandemie lernen
- 87 • Gute und bezahlbare Pflege für alle in Europa mit fairen Arbeitsbedingung
- 88 • Kostenlose und qualifizierte Psychotherapie
- 89 • Sichere und kostengünstige Arzneimittelversorgung
- 90 • Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS)
- 91 • Drogen entkriminalisieren
- 92 • Legalisierung jetzt!
- 93 10. Technologischer Fortschritt für die Menschen
- 94 • Das Internet von den Konzernen befreien
- 95 • Künstliche Intelligenz, die allen nützt
- 96 • Unsere Daten für ein besseres Leben nutzen statt für Profite
- 97 • Nachhaltige Digitalisierung
- 98 • Sicherheit statt Überwachungsstaat - Polizei im Rechtsstaat
- 99 • Datenschutz und Schutz vor staatlicher Überwachung
- 100 • IT- und Datensicherheit
- 101 • Digitale Teilhabe für alle sichern
- 102 • Beschäftigte schützen in der Digitalisierung
- 103 11. Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit
- 104 • Gegen den russischen Angriffskrieg - für Frieden in der Ukraine
- 105 • Kollektive Sicherheit in Europa statt einer neuen Aufrüstungsspirale
- 106 • Kein Geschäft mit Tod und Zerstörung! Rüstungsexporte stoppen
- 107 • Gute Nachbarschaft: Menschenrechte verteidigen - keine Deals mit Diktatoren
- 108 • Internationales Recht stärken - Konflikte zivil und friedlich lösen
- 109 • Sicherheit geht anders: Vereinte Nationen stärken...
- 110 • ... und demokratisieren!
- 111 • Sozial gerecht weltweit
- 112 • Gerechte Handelspolitik: Kooperation statt Konkurrenz
- 113 • Klimafolgen ausgleichen - Verursacher zur Kasse
- 114 • Global gerecht: Schulden streichen und Entwicklung finanzieren
- 115 • Europäische Erinnerungspolitik

Begründung

Wir schlagen mit einer Reihe von einzelnen Änderungsanträgen eine veränderte

Kapitelreihenfolge, teilweise andere Kapitelüberschriften sowie teilweise anders verortete Unterkapitel vor. Damit dies einigermaßen nachvollziehbar ist, wird hier die Struktur dargestellt, wie sie nach der Annahme unserer Änderungsanträge aussehen würde.

Dies betrifft folgende Änderungsanträge:

[L.01.0509.1L.01.0334.2L.01.0364.1L.01.0380.1L.01.0422.1L.01.0430.1L.01.0443.2L.01.0457.1L.01.0483.1L.01.0553.1L.01.0573.1L.01.662.1L.01.0727.1L.01.0744.1L.01.0795.1L.01.0807.1L.01.0833.1L.01.0855.1L.01.0871.1L.01.0890.1L.01.0947.1L.01.0997.1L.01.1064.1L.01.1081.1L.01.1104.1L.01.1130.1L.01.1145.1L.01.1172.2L.01.1192.1L.01.1199.1L.01.1218.1L.01.1233.1L.01.1290.1L.01.1303.1L.01.1325.1L.01.1372.1L.01.1384.1L.01.1401.2L.01.1687.1L.01.1778.1L.01.1886.2L.01.1947.1L.01.1979.1L.01.2032.1L.01.2046.1L.01.2075.1L.01.2127.1L.01.2158.1L.01.2192.1L.01.2217.1L.01.2242.1L.01.2270.2L.01.2300.1L.01.2350.1L.01.2385.1L.01.2409.1L.01.2415.1L.01.2455.1L.01.2491.1L.01.2530.1L.01.2564.2L.01.2632.1L.01.2693.1L.01.2790.1L.01.2823.2L.01.2874.1L.01.2898.1L.01.2945.1L.01.2972.1L.01.3011.1L.01.3067.2L.01.3101.1L.01.3121.1L.01.3170.2L.01.3185.1L.01.3211.1L.01.3253.2L.01.3269.2L.01.3317.1L.01.3318.1L.01.3403.1L.01.3452.2L.01.3487.1L.01.3533.1](#)

Antrag L.01.0001.1: Ersetzungsantrag zur Einleitung

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

4 ~~Liebe Wähler*innen,~~

Einleitung Zeilen 1 bis 237 ersetzen durch:

2

FÜR EIN SOZIALISTISCHES EUROPA

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter

3

Die anstehenden Europawahlen finden in einer Situation großer Krisen statt, die alle Menschen treffen, aber wie diese Krisen die Menschen treffen, hängt davon ab, ob sie reich oder arm sind, welches Geschlecht sie haben, ob sie zu den Gewinner*innen der Europäischen Union oder zu den Verlierer*innen gehören. Die Europäische Union ist weit davon entfernt, eine Gesellschaft von Gleichen und Gleichberechtigten zu sein. Sie ist ein Bündnis kapitalistischer Staaten und in ihren Mitgliedsstaaten wie in der Gemeinschaft insgesamt bestehen Klassengesellschaften. Es gibt ein das gesamte Leben prägendes Oben und Unten und daraus abgeleitete unversöhnliche Interessen und Widersprüche.

Die gesamte Geschichte der Europäischen Union, ihre Entstehung, ihre Strukturen und politischen Entscheidungsmechanismen sowie ihr tägliches Funktionieren wurden immer von den Interessen der herrschenden kapitalistischen Klassen bestimmt. Soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, Demokratie für alle und in allen gesellschaftlichen Bereichen waren nie das Ziel dieser Union, sondern mussten und müssen immer wieder durch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und politische Kampagnen auf die Tagesordnung und erkämpft werden.

4

Die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union waren immer und sind bis heute undemokratisch. Selbst die auch schon unzureichenden Standards der bürgerlich-parlamentarischen Demokratien in den Mitgliedstaaten werden nicht eingehalten. Die Istanbul-Konvention, zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, ist noch nicht einmal in allen nationalen Parlamenten der europäischen Länder ratifiziert worden.

Die Europäische Union dient in ihren wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen vor allem der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit europäischer Konzerne auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Wirtschaftliche Gerechtigkeit, gewerkschaftliche Rechte, sozialstaatliche Aufgaben und gute Löhne und Renten spielen immer nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb wird auch die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung eher genutzt statt entschlossen bekämpft. Weltweite faire Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gehören nicht zu den Zielen der EU. Mit den Grundlagenverträgen hat sich die EU auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festgelegt, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich ist.

Die großen Krisen der letzten Jahre – die Finanzkrise ab 2008, die daraus folgende Krise des Euros und die schweren Verwerfungen in einigen Mitgliedsstaaten; die sich beschleunigende Klimakrise und Zerstörung der Lebensgrundlagen aller; die weltweite Covid-Pandemie; die neuen Kriege in der Ukraine und in Palästina und die Rückkehr einer hohen Inflation, die an den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und den

Renten Raubbau betreibt – haben immer häufiger dazu geführt, dass die Politik der EU sich gegen ihre eigenen, neoliberalen Stabilitätsregelungen wenden musste. Aber eine grundlegende Änderung der wirtschaftspolitischen Orientierung ist nicht erfolgt. Zu keinem Zeitpunkt hat die Europäische Union die nationalstaatliche Beschränktheit ihrer Mitgliedsstaaten wirklich aufgehoben. Sie wollte dies ausdrücklich nicht, sondern nur eine politisch flankierte Wirtschaftsgemeinschaft der Konzerne sein. Diese Beschränktheit ist hauptverantwortlich dafür, dass in den letzten Jahren die Krisenpolitik der EU-Behörden und der wichtigsten Einzelregierungen zu einem steten Aufschwung von rechten, nationalistischen und rassistischen Gruppen und Parteien in fast allen EU-Staaten geführt hat. Sie alle sind mit einer nationalistischen Kritik an der EU großgeworden und teilweise groß gemacht worden. Überall setzten diese rechten Kräfte die liberalen und sozialdemokratischen Parteien unter Druck, und diese folgen immer mehr den rechten Konzepten – allen voran in der Politik gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen.

5

Wir sind entschiedene Gegner*innen dieser nationalistischen Kräfte. Ihr Modell eines „Europa der Vaterländer“ oder eines „Europa der Nationalstaaten“ lehnen wir ab und wir beteiligen uns an den Mobilisierungen gegen diese Politik.

Die Europäische Union war und ist entgegen der immer wieder vorgetragenen Erzählung kein „Friedensbündnis“. Sie ist ein Kind des Kalten Krieges. Die Hälfte Europas, die sich für ein paar Jahrzehnte den Zwängen des Kapitalismus durch eine Zentralverwaltungswirtschaft entziehen wollte, galt immer als Feindesland. Nach dem durch innere Bürokratisierung und fehlende Demokratie wie auch permanenten militärischen und ökonomischen Druck von außen herbeigeführten Ende dieser nicht-kapitalistischen Ökonomien, wurden die neuen imperialen globalen Player China und Russland schnell zu den Haupttrivalen erklärt. Die übrigen osteuropäischen Staaten mussten sich, wenn sie Mitglied der EU werden wollten, einer Schnellanpassung an die wirtschaftlichen Regeln der EU unterwerfen. Dazu zählt auch die Verpflichtung zu militärischer Aufrüstung und Steigerung der Rüstungshaushalte.

6

Die EU hat sich von Anfang an als Bündnispartner der Nato und der US-amerikanischen Rüstungsvorherrschaft gesehen. Das hat sie aber nicht daran gehindert, stetig an einem eigenen militärischen Aufrüstungsprogramm und Militarisierung zu arbeiten. Besonders in den letzten Jahren wurden die Bemühungen zu einer eigenständigen Kriegspolitik in den Weltkonflikten und gemeinsamen Aufrüstung der EU – vertragswidrig gegenüber den Gründungsverträgen – beschleunigt. Die Europäische Union führt darüber hinaus einen täglichen Krieg gegen unerwünschte Migration in die EU. Das kapitalistische Europa hat sich in seinen Grundlagenverträgen für Freizügigkeit und offene Grenzen entschieden. Das gilt aber nur für das Kapital und seine Investitionen. Selbst die Binnengrenzen innerhalb der EU sind nicht für alle Arbeiterinnen und Arbeiter offen. Die Außengrenzen werden zu einer Festung Europa ausgebaut. Die Grenzschutztruppe Frontex ist zu einer paramilitärischen Sonderpolizei ausgebaut worden. Die EU begeht bei der Abschottung ihrer Grenzen und bei den „Verträgen“ mit den Nachbarstaaten zur Zurückhaltung von Geflüchteten schwere Menschenrechtsverletzungen. Tausende von Migrant*innen sterben auf dem Mittelmeer oder in der Sahara bei ihrem Versuch, in die EU zu gelangen. Ein einzigartiger Skandal und eine Verhöhnung der angeblichen Menschenrechtsverpflichtungen der EU.

7

Die Partei DIE LINKE steht mit ihren europäischen Partnerinnen entschieden gegen diese EU. Es ist daran nichts mitzugestalten oder zu reformieren. Die Gesamtheit der EU – die Verträge, ihre Strukturen und ihre aktuelle Politik – muss radikal verändert

werden. Unsere Vision ist ein friedliches, demokratisches und antirassistisches Europa von Unten. Wir arbeiten mit allen Initiativen zusammen, die dieses Ziel teilen, mit Gewerkschaften, mit der Friedens- und der Klimagerechtigkeitsbewegung, mit den Initiativen gegen die wachsende Überwachung, mit der Frauen- und der queeren Bewegung für gleiche Rechte und ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt.

Unser Ziel ist ein sozialistisches Europa, in dem die Macht der Konzerne nicht nur beschränkt, sondern aufgehoben ist. Ein Europa, in dem das Privateigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln nicht mehr nur wenigen, sondern allen gehört. Ein Europa, in dem Demokratie nicht mehr darauf beschränkt bleibt, dass die Wahlberechtigten lediglich alle fünf Jahre ihre Stimme abgeben dürfen, sondern ein Europa, in dem die Einwohner*innen auf allen gesellschaftlichen Ebenen in Formen direkter Demokratie über Ihr Leben selbst entscheiden können. Kurz: „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Wir wissen, dass dies zwar eine Vision ist, aber ohne eine solche radikale Veränderung können die Katastrophen, mit denen die Menschheit durch den Klimawandel oder die zunehmenden Kriege und die Gefahr eines neuen Atomkrieges konfrontiert sind, nicht entscheidend bekämpft werden können.

8

Dafür werden wir durch unsere Wahlkämpfe und durch unsere parlamentarischen Initiativen kämpfen. Statt Unterordnung unter die angeblichen oder tatsächlichen „Sachzwänge“ unterstützen wir diese konkrete Politik „gegen die EU“ und verstärken deren Stimmen im Europäischen Parlament. Wir unterstützen eine rebellische Politik in den Kommunen gegen die Diktate der EU und bürokratische Bevormundung. Wir sind an der Seite der weltweiten Bewegung gegen die Diktatur der freien Märkte, für Ernährungssouveränität und gegen jede Unterdrückung und Kriege überall auf der Welt.

Wir kämpfen um Ihre, um Eure Stimmen bei der Wahl – aber wir wünschen uns viel mehr. Wir wollen eine Bewegung für ein anderes Europa gegen die EU der Konzerne. Dafür gibt es zahllose Möglichkeiten und dafür brauchen wir Eure Unterstützung.

Begründung

Das Wahlprogramm sollte eine Überschrift haben, mit der wir klar unser Ziel "ein sozialistisches Europa" benennen.

Antrag L.01.0001.2: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

1 **Europa gestalten: sozial gerecht und weltoffen!**

2 Liebe Wähler*innen,

Begründung

Vor den Start der Präambel und der Ansprache an Wähler*innen sollte unser Europawahlprogramm einen einfachen und guten Titel bekommen.

Antrag L.01.0001.3: Ersetzungsantrag zur Einleitung

Änderungsantrag zu EWPO2

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

4 ~~Liebe Wähler*innen,~~

Einleitung Zeilen 1 bis 237 ersetzen durch:

2

Nein zur EU der Banken und Konzerne – Für ein sozialistisches Europa

Liebe Wähler*innen,

3

Mehr als jede*r Fünfte in der Europäischen Union ist von Armut bedroht, das sind über 140 Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 18 Jahren zählt dazu. Das sind fast 18 Millionen Kinder in Not. Auch in Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Mehr als 100 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, in prekärer Beschäftigung und sind trotz und mit Arbeit arm. Der europäische Binnenmarkt erleichtert es, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und mit Verlagerung in Länder mit niedrigen Löhnen oder Sozialstandards zu drohen (und die Drohung umzusetzen). In Europa sind ungefähr 700.000 Menschen obdachlos. In den vergangenen zehn Jahren ist ihre Zahl um 70% gestiegen. In Ungarn wird Obdachlosigkeit sogar kriminalisiert. Es ist in der EU Normalität geworden, dass Menschen mehr als 40% ihres Einkommens für Wohnen ausgeben, während die Immobilienkonzerne Inflation, Indexmieten und energetische Modernisierung nutzen, um ihre Profite zu erhöhen. Der Euro hat die Spaltung in den ökonomisch schwächeren Süden und den ökonomisch stärkeren Norden verschärft. Menschen in ärmeren Mitgliedsstaaten sterben im Schnitt fast zehn Jahre früher. Wer arm ist, leidet häufiger an chronischen Krankheiten und Behinderungen. Knapp 40% der EU-Bürger*innen leiden an einer psychischen Erkrankung. Das sind 200 Millionen Menschen. Nur die Hälfte bekommt eine angemessene Behandlung. Überall in Europa wächst der Bedarf an Pflege und überall gibt es zu wenig Pflegekräfte.

Die EU driftet politisch wie sozial auseinander und die USA, die EU und China konkurrieren zunehmend miteinander. Die weltweiten Machtblöcke verschieben sich. Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher geworden, die Blockkonfrontation zwischen US und China bzw. Russland spitzt sich zu. Neue Handelskriege und ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge. Die EU rüstet sich im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert Waffen an Diktaturen. Allein in den letzten Jahren wurden die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht.

4

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt, dass „wir“ eintreten in eine „Ära der regionaler Rivalitäten und großer Mächte“. Deswegen möchte sie die EU zu einem Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU auf wirtschaftliche und militärische Konfrontation.

Europäische Konzerne gehören zu den weltweit größten Verursachern von CO2. Energiekonzerne erzielen Milliardengewinne, während die Mehrheit unter hohen Energiepreisen leidet. Konzerne wie Total, Shell und RWE haben im Zuge des Ukraine-Kriegs durch enorme Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Gleichzeitig haben viele Regierungen in der EU die Steuern für Vermögen und Gewinne von Unternehmen abgesenkt – auch in Deutschland. Die Konzerne suchen immer nach Wegen, ihre Steuern nicht zu zahlen: allein durch Steuerflucht gehen den EU-Staaten jährlich rund 46 Milliarden Euro verloren. Jährlich gehen mindestens 90 Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren, weil Gewinne und Vermögen in Steueroasen „geparkt“ werden.

5

Schätzungsweise 25.000 Lobbyist*innen mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen. Etwa 70% von ihnen arbeiten für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den Kommissar*innen. Sie nehmen massiv Einfluss auf die Gesetzgebungsverfahren und überhäufen die Abgeordneten mit Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen – oder versuchen, die Gesetze gleich selbst zu schreiben.

Die EU war nie ein Projekt zur Schaffung von Frieden und Demokratie in Europa, geschweige denn zur Überwindung der Nationalstaaten. Sie war und ist der Versuch im Interesse der Profitmaximierung europäischer Banken und Konzerne einen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu werden und gemeinsame geostrategische, imperialistische Ziele (Beispiel Intervention in Ukraine) durchzusetzen. Die Militarisierung spielte dabei eine immer größere Rolle.

6

Die EU ist mit ihrer neokolonialen Ausbeutung, ihren Billigexporten, ihren hohen CO2-Emissionen und Waffenverkäufen in unterentwickelte Länder und Krisengebiete maßgeblich dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen ihr Land verlassen müssen, um ihr Leben zu retten. Es ist dann geradezu zynisch, wenn die Opfer dieser Politik nicht aufgenommen werden, sondern zu Tausenden im Mittelmeer oder an den Grenzen sterben. Seit 2014 sind fast 30.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) hat das Asylrecht de facto abgeschafft. Geflüchtete werden brutalen Push backs ausgesetzt und werden jenseits der EU-Außengrenzen in Haftlagern eingesperrt.

Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU geschrieben. Dabei geht es darum, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Deregulierung, Abbau von Sozialleistungen, Lohndumping und Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte zu verschärfen, um die Profite für die Unternehmen zu erhöhen. Die verlangten Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen, Ausschreibungspflicht für Kommunen und Freihandelsabkommen dienen einzig und allein der Umverteilung zugunsten der Reichen.

7

Die Machtausübung in der EU erfolgt durch nicht gewählte Institutionen wie die EU-Kommission, die Troika, die Eurogruppe und nicht zu vergessen die EZB. Das Europäische Parlament hat keine Gesetzgebungsvollmacht und keine eigenständige Kontrolle über den Haushalt der EU. Es ist nur das demokratische Mäntelchen für eine durch und durch strukturell undemokratische EU.

Die EU ist kein politischer Rahmen, der ja nach politischer Mehrheit im Europaparlament geschweige denn in einzelnen Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden kann. Die Erpressung gegen die SYRIZA-geführte Regierung 2015 in Griechenland hat deutlich gemacht, dass innerhalb der EU keine gewählte linke Regierung das neoliberale Diktat der Institutionen der EU brechen und grundlegende Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung umsetzen kann. Die EU hat die

ökonomischen und finanziellen Machtmittel in der Hand hat, das zu verhindern.

8

Die Zuspitzung der multiplen Krise des Kapitalismus wird dazu führen, dass sich die unterschiedlichen Interessen der jeweiligen nationalen Kapitalistenklassen in Spannungen u Konflikte zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten entladen. Das kann dazu führen, dass der Euro auseinanderbricht und nach Großbritannien weitere Staaten die EU verlassen.

Eine Mehrheit der britischen Bevölkerung hat 2016 für den Brexit gestimmt. Dies war eine Abstimmung gegen die Tory-Regierung, gegen Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau und Lohndumping. Wir verteidigen das Recht jeden Landes, sich dem Euro und der EU durch Austritt zu entziehen. Für uns gibt es dafür keine nationalistischen, sondern demokratische, antikapitalistische und sozialistische Gründe. Für DIE LINKE ist klar: ein Austritt aus der EU verbessert die Situation der Masse der Bevölkerung nicht, wenn der Kapitalismus weiter existiert.

9

Der Weg zu einem Europa für die Menschen, geht nicht über die EU, sondern nur gegen sie. Er geht nicht mit dem Kapitalismus, sondern nur durch die Abschaffung des Kapitalismus. Das zeigt Großbritannien auch.

In ganz Europa gibt es seit 2022 einen Aufschwung von sozialen Bewegungen, betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen und Branchenstreiks bis hin zu Massenstreiks. In Frankreich gab es im Frühjahr 2023 beeindruckende Massendemonstrationen, Streiks und Blockaden gegen die Rentenreform von Macron. In Italien gab es im Oktober 2022 einen Generalstreik gegen die Rentenpolitik. In Großbritannien hat es die größten Streiks seit dem Bergarbeiterstreik 1984 gegeben und einen Massenstreik im März 2023 für höhere Löhne im öffentlichen Dienst. Auch das Mittel der Betriebsbesetzung ist in Europa zurückgekehrt. Seit Juli 2021 halten die Beschäftigten des Automobilzulieferers GKN ihr Werk in Florenz bei laufender Produktion besetzt. Fridays for Future kämpft weiter gegen die Klimakatastrophe, es gibt Proteste gegen Mietenwahnsinn und Rassismus.

10

Wir wollen die außerparlamentarischen Kämpfe gegen Sozialabbau, Lohn- und Rentenraub, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Mietenwahnsinn, Privatisierung, Klimakatastrophe, Krieg und Rassismus unterstützen, befördern und initiieren. Wir wollen im Europaparlament die Stimme des Widerstands gegen die EU der Banken und Konzerne, gegen Kapitalismus und für Sozialismus sein. Wir wollen unsere Sitze im Europaparlament zur Organisierung internationaler Solidaritätskampagnen und zur praktischen Unterstützung von Kämpfen nutzen.

Wir kämpfen für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus und eine gleichberechtigte und demokratische Föderation sozialistischer Staaten in Europa und der ganzen Welt. Sozialismus bedeutet für uns, dass die Macht der Banken und Konzerne durch deren Überführung in Gemeineigentum gebrochen wird und sie demokratisch im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und der Umwelt verwaltet und kontrolliert werden.

11

Durch eine Konfrontation mit den Institutionen bis hin zum Austritt aus EU und Euro kann eine linke Regierung deren Macht untergraben, die Kampfbedingungen für die arbeitende Bevölkerung in den betreffenden Ländern stärken und durch antikapitalistische Maßnahmen einen Referenz- und Kristallisationspunkt für eine Alternative zur EU der Banken und Konzerne schaffen. Durch eine sozialistische Veränderung in einem Land kann ein Beispiel für Nachahmung in anderen Ländern entstehen und so eine Föderation von sozialistischen Staaten in Europa geschaffen

werden.

Die EU ist neoliberal, undemokratisch und militaristisch. Die EU ist die EU der Banken und Konzerne. Aber: Millionen sind stärker als Millionäre. Wir brauchen eine Revolution der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden und demokratisch im Interesse von Mensch und Umwelt verwaltet und kontrolliert werden.

12

Eine andere Welt ist möglich. Eine sozialistische Demokratie ist nötig. Kämpfen Sie mit uns dafür. Geben Sie uns bei der Europawahl Ihre Stimme.

Antrag L.01.0001.4: Ersetzungsantrag zur Einleitung

Änderungsantrag zu EWPO2

Antragsteller*in:	KV Oder-Spree, KV Osnabrück-Land, KV Uelzen, Dr. Artur Pech (Brandenburg · Nr. 166), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

1 ~~Liebe Wähler*innen,~~ Einleitung Zeilen 1 bis 237 ersetzen durch:

DIE LINKE kämpft für Klarheit in der Europa Politik

Gegen das EU-Europa des Krieges und des sozialen Krieges - Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.

Die EU-Wahlen finden mitten in einem Epochenbruch statt. Es ist Krieg in Europa. Hunderttausende sind bereits in einem Stellvertreterkrieg gestorben, in dem die EU nicht nur Teil, sondern eine Treiberin der Eskalation des Krieges ist. Millionen sind auf der Flucht. In Deutschland und in Europa werden schon die Kriegskosten eingetrieben. Es sind die kleinen Leute, die diesen Krieg bezahlen.

Eine neue Weltordnung zeichnet sich ab. Sie könnte demokratischer und multipolarer sein. Eine Weltordnung, die nicht mehr von einer Handvoll imperialer/ imperialistischer Mächte des reichen Nordens bestimmt wird, sondern in der auf Kooperation und auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des globalen Südens gesetzt wird. Darin bestehen auch Chancen für die Menschen in der EU. Eine multipolare Welt kann nicht auf der Grundlage des ausplündernden globalen Neoliberalismus errichtet werden, der auch für die Menschen in der EU soziale Verschlechterungen gebracht hat. Die unmittelbare Zukunft ist geprägt vom Kampf zwischen einer globalen Mehrheit, die für eine gerechtere Verteilung der weltweit verfügbaren Güter einsteht und einer Minderheit, die neokoloniale Unterwerfung anwendet, um ihre überkommene Dominanz zu wahren.

Die Überwindung des globalisierten Neoliberalismus, die Durchsetzung einer Politik sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft, einer Politik der Stärkung des Sozialstaates und der Erhöhung der Massenkaukraft, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, sind Voraussetzungen für ein besseres Leben in der EU. Nur so lässt sich auch eine vernünftige und sozial gerechte Klimapolitik begründen. Die EU stellt mit der EZB eine entscheidende Machtstruktur über den wirtschaftlichen Wohlstand der Menschen in der Eurozone. Die EZB als vorgebliche Wächterin über die Preisstabilität sorgt dafür, dass der Preis der Ware Arbeitskraft nicht ansteigt. Getrieben von der FED-Hochzinspolitik, gibt sie mit ihren angeblich inflationsbekämpfenden Zinssteigerungen die falsche Antwort auf Preissteigerungen

infolge von Angebotsschocks und Spekulation - insbesondere im Energiesektor; damit verursacht sie eine langanhaltende und tiefgreifende Rezession. Mittelstand und insbesondere die Lohnabhängigen zahlen die Zeche, indem die Insolvenzwellen und der Reallohnverlust als verschmerzbar hingestellt werden. Lohndrückerei ist nicht die Folge falscher Annahmen über eine angebliche Lohn-Preisspirale, sondern tatsächlich ihr vorrangiges Ziel. Mit hohen Zinsen wird die private Investitionsbereitschaft abgewürgt. In Kombination mit den fatalen Schuldenregeln wird auch die für den ökologischen Umbau dringend notwendige öffentliche Investition verunmöglicht. DIE LINKE verurteilt, dass die EZB-Zinspolitik sehenden Auges die Eurozone in die tiefe Rezession drückt und macht die vom Finanzkapital geleiteten Strukturen der EU dafür verantwortlich.

Die EU steht vor einer Entscheidung: Entweder sie geht den Weg des Friedens und engagiert sich für eine diplomatische Lösung des blutigen Krieges in der Ukraine oder sie setzt auf weitere Eskalation mit dem Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland. Das würde nicht nur das Leiden des ukrainischen Volkes steigern, sondern würde uns einen Schritt näher an einem nuklearen Krieg bringen. DIE LINKE wendet sich gegen das Konzept der NATO, der EU, des Weißen Hauses und der Bundesregierung, dass es angeblich nur Frieden gibt, wenn Russland bezwungen wird; das ist ein Kurs, der Deutschland und Europa zerstören kann. Wir wenden uns gegen jede Eskalation des Krieges, gegen die verbreitete Kriegshetze und stehen hier in der Tradition von Karl Liebknecht. Auch das Votum der Wählerinnen und Wähler spielt bei der Abwehr dieser Eskalation eine Rolle.

Wir streiten für eine grundveränderte EU, für eine soziale und demokratische mit dem globalen Süden solidarisch verbundene friedliche EU, in der es keine Armut mehr gibt, Wohnraum bezahlbar ist und die Menschen von ihrem Lohn leben können. Ein Europa mit einem gut ausgebauten Gesundheits- und Bildungssektor. Wir streiten für eine EU, die die Armut bekämpft und der Jugend wieder eine Perspektive gibt - sei sie europäischer oder außereuropäischer Herkunft. DIE LINKE legt ein besonderes Augenmerk auf die europäischen Städte, in denen der Protest der benachteiligten Jugend gegen die Eliten immer wieder aufbricht. Wir stehen auf der Seite derer, die keine vermögenden Eltern haben.

Der notwendige ökologische Umbau darf nicht zum Mittel der Profitmaximierung werden und die soziale Spaltung vorantreiben. Wir stehen an der Seite der Belegschaften, die um ihre Jobs kämpfen. Klimaschutz darf nicht zum Jobkiller werden. Die EU und die Ampelregierung in Deutschland betreiben dagegen einen ökologischen Umbau, der viele in Armut zu stürzen droht: Das Heizungsgesetz in Deutschland und die EU-Gesetze zur Wärmedämmung enthalten z.B. Regelungen, die für die viele Menschen unbezahlbar sind.

Die Realität der EU ist eine andere als die wohlklingenden Erzählungen der etablierten Parteien und der Medien. Die EU entwickelt sich in eine grundsätzlich falsche Richtung. Krieg statt Frieden bestimmt den Kurs dieser EU. Mit jedem Tag, an dem der Krieg in der Ukraine andauert, verschärft sich gleichzeitig der soziale Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung und die armen Schichten. Diese EU treibt die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich voran. Die beschleunigte Demontage des Sozialstaates ist ein Teil der Finanzierung des Krieges.

Unsere grundsätzliche Kritik an der EU ist:

Sie ist ein Elitenprojekt, das sich gegen Arbeitnehmer, Geringverdiener und Kleinunternehmer richtet. Die EU beutet den globalen Süden aus, zerstört die Existenzgrundlagen der Menschen dort, verhindert deren Entwicklung, schürt Bürgerkriege und ruft damit die Fluchtwellen hervor, die dann zum Ausbeutungsmaterial europäischer Kapitalisten werden. Geflüchtete Menschen werden dazu benutzt, den Niedriglohnsektor aufzufüllen und die Wirtschaft mit profitablen

Personal auszustatten. Für die, die für die Profitwirtschaft nicht zu gebrauchen sind, wird an den Außengrenzen ein brutales Grenzregime praktiziert. Das alles dient der Profitmaximierung und verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen eine EU, die damit aufhört, sich neokolonial gegenüber dem globalen Süden durch Freihandelsverträge und den Ausverkauf an die Konzerne zu verhalten. Die EU muss ihr neokoloniales Verhalten gegenüber Afrika beenden. DIE LINKE ist sich des kolonialistischen Gründungskonsenses der EU bewusst. Als Vorläufer der EU wurde 1952 mit der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, EGKS, der Grundstein für eine kolonialistische Ausbeutung der Eisenerzvorkommen in den französischen Kolonien Afrikas, wie Gabun, Marokko, Mauretanien etc. festgelegt. DIE LINKE erkennt die historischen Tatsachen und Kontinuitäten: Bereits 1923 engagierte sich Hugo Stinnes gemeinsam mit Konrad Adenauer für eine ganz besondere deutsch-französische Achse. „Sein Vorschlag: enge Zusammenarbeit zwischen französischer und deutscher Industrie. Das Ziel: Aufbau des französischen Kolonialreiches.“ (Der Spiegel, 1950) Mit dem Schuman-Plan wurde eine lange Reihe von Kooperationen der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie - die als »Kollaboration der Geldschränke« auch „wunderbar“ während der faschistischen Terrorherrschaft und im 2. Weltkrieg funktionierte - endlich ein Vertragswerk der organisierten Ausbeutung afrikanischer Rohstoffe mit dem Ziel des europäischen Wohlstandsgewinns umgesetzt. Die EGKS wird auch heute noch als eine der wesentlichen Grundlagen der heutigen EU bewertet, weshalb DIE LINKE jegliche auf neokolonialistischer Grundlage bestehende europäische Bereicherung entschieden ablehnt. Wir sind solidarisch mit den Völkern Afrikas insbesondere der Sahel Zone im Niger, Mali und Tschad die das neokoloniale Erbe abschütteln wollen und nach einem selbstbestimmten Weg suchen. Wie Gewerkschaften des Landes und zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen auch wir jegliche imperialistische Intervention des Westens ab.. Wir sind solidarisch mit Kuba, das seit über 60 Jahre den Aggressionen der USA ausgesetzt ist. Wir fordern das Ende der Blockade gegen Kuba und Venezuela. Wir sind solidarisch mit Assange und fordern die EU dazu auf die Freilassung von Assange zu fordern.

Die EU war von Beginn an ein neokoloniales Wettbewerbsprojekt, der reichsten Industriestaaten, während weniger entwickelte Länder wie Rumänien und Bulgarien nur einen Platz unter den Schlusslichtern zugewiesen bekamen und immer weiter zurückbleiben. Neokoloniales Denken und Handeln insbesondere gegenüber dem globalen Süden regiert die Politik der EU. Dafür steht der EU-Außenbeauftragte Borrell, der in kolonialistischer Tradition Europa als Garten und den globalen Süden als Dschungel, der danach trachte, in den Garten einzudringen, bezeichnet.

Dass im globalen Süden Widerstand und Ablehnung gegen die EU wächst ist mehr als verständlich und verständlich ist auch, dass die Probleme dort nicht durch Masseneinwanderung nach Europa gelöst werden können. Im EU-Wahljahr 2024 entpuppt sich die EU als das, was sie schon seit Gründung war: ein kriegerisches, imperiales/imperialistisches, neokoloniales, undemokratisches und unsoziales Bündnis der Großkonzerne und der Finanzwelt. Deshalb fordert DIE LINKE eine grundlegende Veränderung der EU.

DIE LINKE folgt nicht der gängigen Erzählung, dass die EU trotz mancher Fehler im Alltag mehr Vorteile als Nachteile bringe und widerspricht der Erzählung, dass die EU Garant für Frieden und somit eine historische Errungenschaft sei. Die EU war noch nie ein Friedensbündnis. Der militärische Vereinheitlichungsprozess mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee zeigt, wo die Prioritäten liegen. Deutschland baut seinen Führungsanspruch in Europa aus und das ist nicht gut für Europa, das unter den deutschen Machtansprüchen in der Vergangenheit extrem gelitten hat.

Die EU ist nicht etwa so wie sie ist, weil Bürokraten der EU sich davor scheuen, sich mit den mächtigen Konzernen anzulegen, sondern weil die heutige EU das Kind der

Großkonzerne ist und durch ihre Lobbys kontrolliert wird. Wir stellen dem wie schon vor der vorigen Europawahl entgegen: „Die Europäische Union braucht einen demokratischen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Die Verträge von Maastricht und Lissabon, Grundlage der neoliberalen und militaristischen Politik, müssen gekündigt und neuverhandelt werden. Ist das nicht möglich, sind wir bereit, die Regeln zu brechen, damit eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Union möglich ist.“ (Entwurf für das Europawahlprogramm DIE LINKE 2019) Auch wenn die Verträge es fordern, werden wir nicht an Austeritätspolitik und Aufrüstung mitwirken. Dort, wo nationalstaatlichen Regelungen fortschrittlicher sind als die neoliberale EU, dürfen keine weiteren Kompetenzen, an die EU übertragen werden. Dafür streitet eine linke Partei und wird den Wählerinnen und Wähler keinen Sand in die Augen streuen.

Im von Russland begonnenen, aber von der NATO mitprovozierten Ukrainekrieg setzt die EU statt auf Diplomatie auf einen Siegfrieden, auf Eskalation durch fortwährende Waffenlieferungen. Eine Atommacht besiegen zu wollen, kann im Atomkrieg enden. Diese Eskalation gefährdet die Fortexistenz des Kontinents. Für die Menschen in Europa und Deutschland ist das Wichtigste, dass der Krieg in der Ukraine sofort gestoppt wird. Das Töten auf beiden Seiten muss aufhören. Statt eines Siegfriedens wie es NATO, EU, USA und Bundesregierung anstreben, fordern wir zusammen mit Millionen Menschen in unserem Land einen Kompromissfrieden

DIE LINKE fordert von der europäischen Union und ebenso von der Bundesregierung eine Beendigung dieses Kriegskurses. Der die europäische Wirtschaft untergrabende Wirtschaftskrieg gegen Russland muss beendet und ein Wirtschaftskrieg gegen China verhindert werden. Wir fordern:

- Sofortiger Waffenstillstand ohne Vorbedingungen! Wer die Bedingung stellt, dass zunächst die russischen Truppen sich zurückziehen müssen, will keinen Waffenstillstand, der will den Krieg fortsetzen. Waffenstillstand heißt immer: die Waffen zum Schweigen bringen, um dann verhandeln zu können.
- Ende der Sanktionen und des Wirtschaftskrieges, der vor allem die arbeitende Bevölkerung in Europa trifft.
- Aufnahme von Verhandlungen und Friedensgespräche, die in eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss der Sicherheitsbedürfnisse Russlands und der Ukraine münden sollten.
- US-Atomwaffen raus aus Deutschland! Sie schaffen keine Sicherheit, sondern machen uns zum Ziel von Angriffen
- US Basen in Deutschland müssen aufgelöst werden! Auf den US-Basen in Deutschland wird der Krieg in Europa koordiniert
- Deutschland soll sich aus den militärischen Strukturen der NATO zurückziehen und die NATO gehört, wie im Erfurter Programm gefordert, aufgelöst
- Einstellung sämtlicher Waffenlieferungen

Nur im Kampf gegen den Krieg lässt sich der Sozialstaat verteidigen. SPD und Grüne wollen dies nicht. Auf Wunsch der Konzerne in Europa wird der Sozialstaat abgetragen. SPD und Grüne wollen nicht, dass es eine breite Bewegung gegen Krieg und sozialen Krieg nach innen gibt. DIE LINKE hingegen sagt: Der Krieg muss sofort beendet werden, nur so lässt sich auch der soziale Kahlschlag abwehren.

Statt Vergeudung von Ressourcen in Produktion und Anwendung von Rüstungsgütern muss in Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, in die Sanierung der maroden Infrastruktur und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen investiert werden. DIE LINKE wendet sich gegen eine Aufnahme der Ukraine in die EU. Die EU ist schon

jetzt sozial und politisch tief gespalten. Ein Land aufnehmen, das zu den korruptesten Staaten Europas gehört und das bereits vor dem Krieg nicht einmal eine halb so hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hatte wie das schwächste EU-Land, kann die Konflikte in der EU nur verschärfen. Dies würde dazu führen, dass durch den unerschöpflichen Import von billigen Arbeitskräften eine weitere Absenkung der Löhne und der sozialen und rechtlichen Standards stattfindet. Auch ist damit den Menschen in der Ukraine nicht geholfen. Denn EU-Mitgliedschaft bedeutet die Übernahme der Ukraine durch EU und vornehmlich deutsches Kapital. Dies würde der Ukraine zugleich jede Chance für eine eigenständige ökonomische Entwicklung verbauen. Lediglich Großkonzerne würden daran gewinnen aber nicht die arbeitende Bevölkerung in Europa. Auch die Ukraine hat zu beachten, dass Völkerrecht nicht nur die Unverletzbarkeit von Staatsgrenzen schützt, sondern auch die Rechte der Völker eines Vielvölkerstaates. Wir fordern eine humanistische Umsetzung des Völkerrechts, die neben der Unversehrtheit der nationalen Grenzen jede Einschränkung von Rechten und Existenzgrundlagen innerhalb eines Staates genauso ahndet. Die Ukraine unterdrückt ihre ethnischen Minderheiten. Solange dies anhält, entspricht sie nicht den EU-Kriterien.

Die Europäische Union befindet sich in einer mehrfachen Krise.

Geschaffen, um die globale „Wettbewerbsfähigkeit“ der „europäischen“ Konzerne zu verbessern, wird gegenwärtig nüchtern konstatiert: „Die Position der EU als globale wirtschaftliche Großmacht ist zunehmend gefährdet“

Tatsächlich befindet sich die EU seit Jahrzehnten im Abstieg. Nahm Sie in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im globalen Ranking mit einem Anteil von über 20% am kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch Platz 1 ein, ist sie gegenwärtig hinter der Volksrepublik China und den USA auf Platz drei zurückgefallen.

Die antikolonialen und gegen die Weltherrschaft des Dollarsystems gerichteten Neuordnungsprozesse des Globalen Südens zeigen unmissverständlich, dass die Zeiten der Unterordnung und der Entwicklungsbehinderung vorbei sind. Das wurde deutlich beim 26. Treffen der linken Parteien aus 28 Staaten des Foro de Sao Paulo Ende Juni artikuliert. Dieses neue Selbstbewusstsein führt, wie der EU-CELAC-Gipfel im Juli in Brüssel beispielhaft gezeigt hat, dazu, dass Freihandelsabkommen wie Mercosur nur noch zum gegenseitigen Nutzen zu haben sind, weshalb die EU sich mit einer Ratifizierung schwertut. Der von der EU durch das Abschneiden von russischen Importen so elementar benötigte Zugang zu Rohstoffen und besonders zu seltenen Erden sowie zu Absatzmärkten für ihre Produkte wird nicht mehr billig und unter ungleichen Voraussetzungen zu haben sein. Der BRICS-Gipfel mit weiteren 30 Anwärterstaaten im August in Südafrika war ein Wendepunkt gegen die bisherige international gängige Ausbeutungsordnung und wird den USA wie der EU nachhaltige Probleme bereiten. Hinzu kommt noch die hartnäckige Weigerung der weit überwiegenden Zahl von Staaten, sich in den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland oder einen zukünftigen gegen China hineinziehen zu lassen. Auch hier lässt beispielsweise die kompromisslose Haltung der CELAC-Staaten die EU in ihrem Ringen um „strategische Autonomie“ ohne unterstützendes Hinterland zurück, der sich die überwiegende Mehrheit der afrikanischen und vieler asiatischen Staaten anschließen wird. Vor diesem Hintergrund werden (fast) alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Niedergang aufzuhalten.

Das ist der tiefere Grund des Strebens nach „strategischer Autonomie“. Dem Positionsverlust soll auch mit militärischen Mitteln und mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges begegnet werden. Die entsprechenden Weichenstellungen reichen bis weit vor den Beginn des Krieges in der Ukraine zurück. Aber gerade im Angesicht dieses Krieges, der sehr schnell in eine globale Katastrophe münden kann, stellt DIE LINKE den Kampf um Frieden in den Mittelpunkt des EU-Wahlkampfes.

Die Widersprüche und damit verbunden die zentrifugalen Kräfte innerhalb der EU haben sich verschärft. Mit Großbritannien ist erstmals ein Mitglied aus der EU ausgeschieden. Und im Gegensatz zu den öffentlich deklarierten Absichten haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU erheblich vergrößert: Das deklarierte Ziel einer Annäherung der Wirtschaftsleistung wurde deutlich verfehlt. Damit einher geht in der ganzen Europäischen Union eine unübersehbare politische Rechtsentwicklung. In deren Beurteilung werden die tatsächlichen Verhältnisse gerne verkehrt. Wo Ängste aus drohenden Existenzverlusten erwachsen und an der obwaltenden Demokratie verzweifeln lassen, wo bei einem Anteil von 44% Mindestlohnbezug der Abwälzung von Kriegskosten sorgenvoll entgegengesehen wird, werden Menschen den demagogischen rechten Rattenfängern regelrecht zugetrieben. Und wenn diese Wähler dann zu (mindestens verkappten) Nazis erklärt werden, hat die Selbstgefälligkeit einen Gipfel erreicht.

DIE LINKE kämpft gegen Rechts, indem sie Rechts den Nährboden entzieht. Das geht nur mit einer glaubwürdigen und konsequenten Sozial- und Friedenspolitik. Wähler zu beschimpfen führt ins Nichts. Die EU war nie Garant des Friedens oder einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Eine soziale und friedliche EU hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten, eine den Lohn wegfressende Inflation, Reallohnverlust und steigende Arbeitslosigkeit prägen immer mehr den Alltag. Milliarden gehen in Krieg und Rüstung. Und mit ihren Kriegskurs hat die EU den sozialen Krieg nach innen intensiviert, denn für Sozialpolitik und Aufrechterhaltung des Sozialstaats wird das Geld gekürzt. DIE LINKE stellt den Zusammenhang von Krieg und sozialem Krieg klar.

Wer den Sozialstaat verteidigen will muss den Krieg beenden.

Begründung

Mit dem Antrag, die bisherige Einleitung durch diese Präambel zu ersetzen, wollen wir auf eine grundsätzlich andere linke Europa Politik hinweisen. Wir möchten ein kämpferisches von den Interessen der Lohnabhängigen ausgehendes Wahlprogramm, das die Interessen der Menschen des globalen Südens respektiert und für Frieden und gegen den sozialen Krieg eintritt.

Der am 11. September durch die Parteivorsitzenden DIE LINKE der Presse vorgestellte Entwurf zum Europawahlprogramm ist 86 Seiten lang. Trotzdem schafft es dieser Text an keiner einzigen Stelle, diese EU grundlegend als das einzuschätzen, was sie tatsächlich ist.

Stattdessen wird mit einer fast schon inflationären Verwendung solcher Begriffe, wie „Gerechtigkeit“ oder „Fairness“, so getan, als wenn diese EU durch besonders viele linke Detailvorschläge in ein Projekt verwandelt werden könne, das dem Frieden und der globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist, ohne die Frage zu beantworten, wie diese durchgesetzt werden können. Doch diese EU war noch nie ein Friedensprojekt und sie soll es in der Sicht der sie bestimmenden Kräfte auch nicht werden.

Hier fehlt es im Entwurf an Analyse. Stattdessen wird an verschiedenen Stellen die Erzählung bemüht, dass diese EU - trotz all ihrer Fehler - auch viele Vorteile bringe, sie zudem eine den Frieden befördernde historische Errungenschaft sei. Wenn es im Entwurf des Programms zudem heißt, dass es vor allem „Mut“ brauche, um ein „gerechtes, hoffnungsvolles“ EU-Europa zu bauen, dann sind damit linke Position verloren gegangen. Es ist eben nicht nur mangelnder Mut, der die EU-Institutionen daran hindert, sich für mehr soziale Regulierung und für den Frieden einzusetzen. In früheren Zeiten hieß es dazu in linken Programmen noch: „Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“. Diese Position wurde schon auf dem Bonner Parteitag getilgt und

durch unverbindliche Absichtserklärungen ersetzt. Eine Tendenz, die sich jetzt fortsetzt. Illusionen zu schüren, wird aber dieser EU nicht gerecht. Ihre schrittweise Militarisierung befördert Kriegslogik statt Friedenspolitik. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer wirtschaftlich und sozial schädlichen Schuldenbegrenzungspolitik. Immer wieder gehen von ihr Initiativen zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen und Sozialsysteme aus. Arbeitnehmerinteressen werden den Binnenmarktfreiheiten des Kapitals untergeordnet. Führend beteiligt an der Ausbeutung des globalen Südens, schürt sie Bürgerkriege und Elend, provoziert sie genau damit die Fluchtwellen, die sie im Anschluss zur Stärkung des eigenen Billiglohnsektors instrumentalisiert.

Deshalb folgen wir den gängigen Erzählungen nicht - und wir sagen auch nicht, dass diese EU so ist, wie sie ist, weil sie nur zu bürokratisch wäre, sondern wir sagen: sie ist deshalb so, weil sie ein Kind der Großkonzerne und ihrer Interessen ist.

Linke müssen dem ihr eigenes Bild von einem demokratischen Europa entgegenstellen, das sich an unseren Interessen orientiert. Dies durchzusetzen, das geht nur, indem die Verträge von Maastricht und Lissabon gekündigt werden (so noch beschrieben im Europawahlprogramm DIE LINKE 2019).

Vollends kontraproduktiv ist es indes, wenn mit dem jetzigen Entwurf eine Stärkung dieser Europäischen Union zu Lasten regionaler und kommunaler Entscheidungskompetenzen gefordert wird. Etwa durch eine Verdoppelung des EU-Haushalts. Etwa durch die Kündigung des Einstimmigkeitsprinzips. Kontraproduktiv ist es, wenn im vorliegenden Entwurf von einem „perspektivischen EU-Beitritt“ weiterer osteuropäischer Staaten gesprochen wird und man sich somit den Forderungen der EU-Kommissionschefin von der Leyen beugt.

Die sagte kürzlich, dass „Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert“ inkl. der Ukraine und Georgien. Wir fragen: Wie soll das aussehen, wenn eine sozial bereits so tief gesplattene EU ein Land wie die Ukraine aufnimmt? Ein Land, das zu den korruptesten in Europa gehört und schon vor dem Krieg nur eine halb so hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hatte wie das wirtschaftlich schwächste Land in der EU? Was wird damit bezweckt? Die weitere Absenkung unserer Löhne, der sozialen und rechtlichen Standards? Ganz davon abgesehen, dass mit der Bedienung solcher Verwertungsinteressen durch neue Billiglohnreserven zugleich solchen Ländern auch jede Chance genommen wird, sich ökonomisch in eine andere Richtung zu entwickeln.

Der Friedensteil ist im Entwurf des Programms nach hinten gerutscht. Dafür gibt es vorneweg nun viel „Klimagerechtigkeit“. Angefangen mit der Forderung nach noch mehr Wärmepumpen bis hin zu der (durchaus richtigen) Forderung, Bienen und Insekten in der Landwirtschaft zu stärken, fehlt aber auch hier eine realistische Orientierung. Denn wer den einzelnen Verästelungen des Textes folgt, kommt zu dem Ergebnis, dass damit vor allem eine Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland verhindert werden soll. Freilich ohne dafür realistische Alternativen für die nächsten Jahre benennen zu können, die nicht noch erheblich umweltschädlicher sind.

Es ist Krieg in Europa und in vielen weiteren Regionen der Welt. Allein im Konflikt in der Ukraine sind Hunderttausende gestorben. Millionen sind auf der Flucht. In Deutschland werden schon die Kriegskosten nicht nur an den Zapfsäulen und in den Lebensmittelgeschäften eingetrieben - und im Wahlprogramm der LINKEN kommt der Frieden erst weit hinten, gleich nach dem Tierschutz.

Anders als dort dargestellt ist die EU nicht nur Teil sondern Treiberin einer Eskalation, die zum Schlimmsten führt, wenn dieser Politik nicht rechtzeitig in den Arm gefallen wird.

Wenn das Bekenntnis zum Völkerrecht mit der Forderung nach Sanktionen verbunden wird, die völkerrechtskonform nicht zu haben sind, dann ist das mehr als nur ein logischer Widerspruch. Das gilt auch für die Verbindung eines Bekenntnisses zur Friedensbewegung mit linken Vorschlägen für einen effektiveren Wirtschaftskrieg gegen Russland.

Während außerhalb der LINKEN die Erkenntnis um sich greift, dass in Osteuropa derzeit auch die Konkurrenz gegensätzlicher Ordnungsentwürfe des Westens und eines großen Teils der nichtwestlichen Welt gewaltsam ausgetragen wird, will das Programm China auf der Seite des Westens in den Konflikt hineinziehen, um Druck auf Russland auszuüben.

Nach dem Programmwurf reicht der Konsens aus dem Weißen Haus, über die NATO, die EU und die Bundesregierung bis in DIE LINKE: Frieden gibt es angeblich nur, wenn Russland bezwungen wird. Dafür macht der Programmwurf „linke“ Vorschläge.

„Eine solche Sorte Politik“ ist nach den Worten von Karl Liebknecht „Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Damit gäbe DIE LINKE den Kern ihrer friedenspolitischen Identität auf. Wenn sie eine Zukunft haben soll, darf sie diesen Weg nicht gehen.

Antrag L.01.0001.5: Ersetzungsantrag zur Einleitung

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Nord, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

1 **Liebe Wähler*innen**, Einleitung Zeilen 1 bis 237 ersetzen durch:

FÜR EIN EUROPA DES FRIEDENS UND DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

„Europa, die Welt sind reif für den Gedanken einer umfassenden Reform der Besitzordnung und der Güterverteilung, einer Sozialisierung der Rohstoffe, die natürlich im Geiste und im Rahmen einer Gesamtverständigung und vernünftigen Generalbereinigung der Konflikte, kurzum im Geiste des F r i e d e n s, der Arbeit und der allgemeinen Wohlfahrt in Angriff zu nehmen wäre.“ (Thomas Mann, „Vom kommenden Sieg der Demokratie“, 1938 (!))

Die nach dem Ende der Systemkonfrontation etablierte Weltordnung liegt in Trümmern. Jahrzehnte kapitalfrommer Politik mit Steuersenkung, Privatisierung, Deregulierung und Sozialstaatsabbau haben die ökonomische Substanz und politisch-kulturelle Legitimität des herrschenden Blocks global zerbröseln lassen. Die kapitalistischen Kernländer stecken in einer tiefen Krise und die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs geltende Vormacht der USA ist hart angefochten. Sowohl innerhalb dieser Länder wächst die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der neoliberalen Politik, als auch in den Ländern des globalen Südens. Insbesondere in Lateinamerika entsteht ein neues Selbstbewusstsein für antiimperialistische Entwicklungen.

Von herrschender Seite wird versucht, durch gesteigerte Militarisierung und Autoritarismus sowie die gegen China forcierte Blockkonfrontation einen notwendigen politischen Richtungswechsel zu Gunsten einer Renaissance von Sozialstaatlichkeit und Zivilisierung der internationalen Beziehungen zu vertagen - bei drohender Strafe des Untergangs der Menschheit. Aus diesen Trümmern versuchen rechte Kräfte allerorten mit der Erfindung von Sündenböcken und der Naturalisierung der Ungleichheit, die überkommenen Konkurrenzverhältnisse zu retten und zu verschärfen.

Für die EU steht damit unter anderem bei den kommenden Wahlen die Frage: Wird der neoliberale, militaristische und undemokratische Charakter der EU weiter verschärft und Europa zum militärischen und ökonomischen Schlachtfeld einer neuen Blockkonfrontation, angetrieben durch extrem Rechte und faschistische Parteien? Oder

gelingt die Durchsetzung einer neuen Ära sozialer Egalität, der internationalen Entspannungspolitik und Stärkung demokratischer Kultivierung? Im Rahmen des EU-Wahlkampfes streiten wir daher gemeinsam mit unseren Bündnispartner:innen...

... für eine diplomatische Initiative, für Waffenexportstopp und sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und überall, Abrüstung statt Aufrüstung und umfassenden Frieden weltweit! Wir streiten für eine Stärkung der UNO, des Völkerrechts und eine europäische Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok statt NATO!

... für eine keynesianische Wende mit hunderten Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen in die soziale Daseinsvorsorge, Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich, kulturelle Entwicklung und das Streichen der Schuldenbremse aus GG und EU-Strukturen.

„Wir haben versucht, einzusehen, was Demokratie ist: sie ist der menschliche Ausgleich zwischen einem logischen Gegensatz, die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit, der individuellen Werte und der Anforderungen der Gesellschaft. Dieser Ausgleich aber ist niemals vollendet und endgültig erreicht, er bleibt eine immer aufs neue zu lösende Aufgabe der Humanität; und wir fühlen, dass heute in der Verbindung von Freiheit und Gleichheit das Schwergewicht sich nach der Seite der Gleichheit und der ökonomischen Gerechtigkeit, vom Individuellen also nach der Seite des Sozialen verlagert.“ (Thomas Mann, „Das Problem der Freiheit“, 1939.)

Antrag L.01.0002.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
-------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 3

- 2 ~~die~~Bei den anstehenden Europawahlen ~~werden mitentscheiden: Schaffen wir~~kommt es, ~~aus den~~
- 3 ~~vielen Krisen herauszukommen? Denn~~ auf Ihre Stimme an: denn viele wichtige Entscheidungen werden längst
- 4 auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie
- 5 bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die
- 6 Klimakatastrophe stoppen? Wie das Massensterben im Mittelmeer beenden und die
- 7 Brutalität und das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden? Wie unsere
- 8 Demokratie schützen und Frieden schaffen?

Begründung

Der erste und der zweite Satz passen nicht zusammen, bzw. passt die Abfolge von Fragen und Aussagen nicht.

Antrag L.01.0003.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3

2 die anstehenden Europawahlen werden mitentscheiden: Schaffen wir es, aus den
3 vielen Krisen ~~herauszukommen?~~ herauszukommen, die soziale Schieflage zu beenden,
und Entscheidungen über unsere Zukunft nicht länger Konzernen und wichtigen
Interessengruppen zu überlassen? Denn viele wichtige Entscheidungen werden längst
4 auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie
5 bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die
6 Klimakatastrophe stoppen? Wie das Massensterben im Mittelmeer beenden und die
7 Brutalität und das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden? Wie unsere
8 Demokratie schützen und Frieden schaffen?

Begründung

Die Hauptthemen sollten hier mit benannt werden, nicht nur das Krisen-Thema.

Antrag L.01.0006.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
-------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6

2 die anstehenden Europawahlen werden mitentscheiden: Schaffen wir es, aus den
3 vielen Krisen herauszukommen? Denn viele wichtige Entscheidungen werden längst
4 auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie
5 bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die
6 Umwelt- und Klimakatastrophe stoppen? Wie das Massensterben im Mittelmeer
beenden und die
7 Brutalität und das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden? Wie unsere
8 Demokratie schützen und Frieden schaffen?

Begründung

Auf der Basis des Modells der planetaren Belastungsgrenzen ist die Klimakatastrophe nur eines von sechs Feldern, in denen die Lage kritisch ist, nur 3 andere Felder bewegen sich in der "sicheren Zone". Die Lage der "neuartigen Stoffe", der Nährstoffkreisläufe und der Biosphäre sind hinsichtlich ihrer Zerstörung bereits in eine Hochrisikozone eingetreten. Auf das Klima übertragen würde man sagen, sie haben die 2-Grad überschritten.

(<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/schwindende-widerstandskraft-unseres-planeten-planetare-belastungsgrenzen-erstmalig-vollstaendig-beschrieben-sechs-von-neun-bereits-ueberschritten-1>)

Unser Parteiprogramm denkt Umweltzerstörung und Klimakatastrophe gemeinsam:

"Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt (...)"

Es gibt keinen guten Grund, in der Einleitung hinter das Programm zurückzugehen und die anderen Krisen unter den Tisch fallen zu lassen, zumal gerade die Biodiversitätskrise für

die Menschen ein ebenso hohes Katastrophenpotenzial aufweist wie die Klimakatastrophe.

Antrag L.01.0006.2: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 7

- 2 die anstehenden Europawahlen werden mitentscheiden: Schaffen wir es, aus den
3 vielen Krisen herauszukommen? Denn viele wichtige Entscheidungen werden längst
4 auf europäischer Ebene getroffen. Wie können wir Lebensmittel und Energie
5 bezahlbar machen? Wie die Wirtschaft in Europa sozial gerecht umbauen? Wie die
6 Klimakatastrophe stoppen? Wie das Massensterben ~~im Mittelmeer beenden und die~~
und die Brutalität ~~und das Massensterben~~ im Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen
beenden? Wie unsere
8 Demokratie schützen und Frieden schaffen?

Begründung

Rein sprachliche Änderung. In der alten Formulierung war der Begriff „Massensterben“ zweimal im Satz enthalten.

Antrag L.01.0013.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 13

- 9 DIE LINKE macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend
10 regeln und Demokratie ausbauen. Wir greifen die Wut vieler Menschen auf und
11 machen Druck für grundsätzliche Veränderung. Reiche und Konzerne wollen wir
12 endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine
13 soziale und klimagerechte Zukunft zu investieren, statt Europa den Konzern-
Lobbyisten und
14 Rechten zu überlassen.
- 15 DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in
16 Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die
17 Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere
18 Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der
19 Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit,
20 Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen
21 Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge
22 und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der die Menschen mehr
23 zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie

24 ein.

Begründung

Auch NGOs, Gewerkschaften und soziale Interessensvertretungen machen Lobby-Arbeit. Das wollen wir nicht abstellen.

Antrag L.01.0013.2: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 13

9 DIE LINKE macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend
10 regeln und Demokratie ausbauen. Wir greifen die Wut vieler Menschen auf und
11 machen Druck für grundsätzliche Veränderung. Reiche und Konzerne wollen wir
12 endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine
13 ~~soziale und soziale~~, klimagerechte und umweltverträgliche Zukunft zu investieren, statt
14 Europa den Lobbyisten und Rechten zu überlassen.

15 DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in
16 Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die
17 Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere
18 Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der
19 Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit,
20 Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen
21 Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge
22 und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der die Menschen mehr
23 zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie
24 ein.

Begründung

„Umweltverträglich“ ist hier eigentlich die richtige Formulierung, die auch die Klimagerechtigkeit mit beinhaltet. Die alleinige Reduktion auf Klimagerechtigkeit greift zu kurz. Der Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit beinhaltet weitaus mehr als die bloße Begrenzung der Erderhitzung.

Ohne den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit ist der Kampf um eine soziale Zukunft nutzlos, deshalb gehört „umweltgerecht“ eigentlich vor „sozial“ (siehe auch Begründung zu ÄA [L.01.0006.1](#)).

In Anbetracht der Debattenmächtigkeit und Verbreitung des Begriffs "Klimagerechtigkeit" sollte dieser aber drin bleiben. Wegen eines vorhergehenden Änderungswunsches wenige Zeilen vorher ist die Bedeutung der logischen Reihenfolge in diesem Bereich weniger wesentlich.

Antrag L.01.0018.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 18 - 19

9 DIE LINKE macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend
10 regeln und Demokratie ausbauen. Wir greifen die Wut vieler Menschen auf und
11 machen Druck für grundsätzliche Veränderung. Reiche und Konzerne wollen wir
12 endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine
13 soziale und klimagerechte Zukunft zu investieren, statt Europa den Lobbyisten und
14 Rechten zu überlassen.

15 DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in
16 Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die
17 Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere
18 Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von ~~der~~
19 Blockkonfrontation den geopolitischen Vormachtkämpfen zwischen den USA und China
macht und auf soziale Sicherheit,
20 Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen
21 Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge
22 und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der die Menschen mehr
23 zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie
24 ein.

Begründung

Der Begriff ist fachlich falsch. Er ist historisch besetzt mit der Dualität zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt und auf die gegenwärtige Situation nicht anwendbar. Bei Übernahme dieses Antrages sollte der Begriff auch an den anderen Stellen im Programm durch den Begriff „geopolitische Vormachtkämpfe“ geändert werden mit Ausnahme der Zeile 2904, wo er tatsächlich korrekt verwendet wird.

Antrag L.01.0022.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 22

9 DIE LINKE macht dafür ein klares Angebot: Wir müssen den Markt grenzübergreifend
10 regeln und Demokratie ausbauen. Wir greifen die Wut vieler Menschen auf und
11 machen Druck für grundsätzliche Veränderung. Reiche und Konzerne wollen wir
12 endlich in die Verantwortung nehmen und zur Kasse bitten, um massiv in eine
13 soziale und klimagerechte Zukunft zu investieren, statt Europa den Lobbyisten und
14 Rechten zu überlassen.

15 DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in
16 Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die

17 Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere
18 Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der
19 Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit,
20 Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen
21 Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge
22 und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der ~~die Menschen~~Mensch
und Natur mehr
23 zählen als der Profit. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung. Dazu laden wir Sie
24 ein.

Begründung

Wir stellen uns als Partei gegen die kapitalistische Ausbeutung. Wie Kohei Saito in seinem jetzt auch auf Deutsch erschienen Buch „Systemsturz“ darlegt, waren die Arbeiten des älteren Karl Marx stark von der Untersuchung der Ausbeutung der Natur durch das kapitalistische System geprägt. Neben der Ausbeutung der Arbeitskraft Mensch findet auch eine hemmungslose Ausbeutung der Natur und schlussendlich der Lebensgrundlagen der Menschen statt. Wir müssen darauf hinweisen, dass wir diese sehen und in den Griff bekommen wollen. Auch Friedrich Engels sieht in seiner Kritik der Nationalökonomie den Sozialismus als „den großen Umschwung, (...) der Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“.

Sind zwar olle Kamellen, die sollten wir aber immer wieder auskramen. Nicht weil es die Alten gesagt haben, sondern um zu unterstreichen, dass der Schutz der Stoffwechselprozesse zwischen Natur und dem Menschen immer schon eine Linke Geschichte waren und dies auch in Zeiten so bleibt, in denen die Probleme des Naturmißbrauchs immer sichtbarer werden, und immer mehr Menschen dies auch politisch verstehen.

Antrag L.01.0026.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 26 - 30

25 Die letzten Jahre haben zeigt: Eine starke linke Stimme im Europaparlament macht
26 einen Unterschied. ~~Wir sind nicht käuflich und nehmen als einzige Partei im~~
27 ~~Bundestag keine Spenden von Unternehmen und Konzernen an. Wir haben gemeinsam~~
~~mit~~
~~vielen wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Mit Ihrer Unterstützung~~
29 ~~können wir soziale Gerechtigkeit in der EU stark machen. Inmitten all der Krisen~~
30 ~~ist die Europawahl daher auch eine Chance.~~

Begründung

Hier streichen und in Zeile 237 verschieben. Dass wir einen Unterschied machen, wird hier dann direkt durch das begründet, wofür wir eingetreten sind und was wir erreicht haben. Die Passage erscheint stattdessen am Ende der Einleitung vor „Dafür brauchen wir ihre Stimme“, was viel besser passt.

Antrag L.01.0026.2: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 26 - 27

25 Die letzten Jahre haben zeigt: Eine starke linke Stimme im Europaparlament macht
26 einen Unterschied. Wir sind nicht käuflich und nehmen ~~als einzige Partei im~~
27 ~~Bundestag~~ keine Spenden von Unternehmen und Konzernen an. Wir haben gemeinsam
28 mit vielen wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Mit Ihrer Unterstützung
29 können wir soziale Gerechtigkeit in der EU stark machen. Inmitten all der Krisen
30 ist die Europawahl daher auch eine Chance.

Begründung

Es geht hier nicht um den Bundestag, sondern um das Europäische Parlament.

Antrag L.01.0033.1: Änderungsantrag zu EWP02

Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in: KV Barnim, Martin Günther (Brandenburg)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 33 - 34

31 In der vergangenen Legislatur haben wir im Europaparlament einiges erreicht: Auf
32 unsere Initiative hat das Europaparlament die Freigabe von Impfpatenten
33 beschlossen. Wir haben dazu beigetragen, dass ein ~~armutsfester~~ Mindestlohn in
34 Europa eingeführt wird, der Millionen Beschäftigte aus der Armut führt oder ihre Armut
35 massiv mindert. Wir haben im Europaparlament entscheidenden Druck für das
36 Gesetz zum Schutz von über 28 Millionen Arbeitenden auf den digitalen Plattformen
37 gemacht. Das zeigt: Eine starke LINKE stärkt soziale Sicherheit in Europa und
baut aus, was Leben und Alltag besser macht.

Begründung

Die jetzige Mindestlohnrichtlinie orientiert sich an 60%- des jeweiligen nationalen Medianeinkommens, also an der anerkannten statistischen Armutsgefährdungsschwelle. Dies heißt keineswegs, dass Mindestlöhne auf diesem Niveau "armutsfest" sind. Insbesondere in Ost- und Südosteuropa beklagen Verbände und Gewerkschaften, dass diese Schwelle zu niedrig ist und ergänzt werden muss durch eine bedarfsorientierten Ansatz (bspw: Europe Floor Wage).

Die Änderung hier verfolgt den selben Zweck, wie die Änderungen auf Zeile 305f. . Die beiden Änderungen können als ein Antrag gesehen werden.

Antrag L.01.0033.2: Änderungsantrag zu EWP02

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 33

31 In der vergangenen Legislatur haben wir im Europaparlament einiges erreicht: Auf
32 unsere Initiative hat das Europaparlament die Freigabe von Impfpatenten
33 beschlossen. Wir haben dazu beigetragen, dass ein armutsfester gesetzlicher
34 Mindestlohn in
35 Europa eingeführt wird. Wir haben im Europaparlament entscheidenden Druck für das
36 Gesetz zum Schutz von über 28 Millionen Arbeitenden auf den digitalen Plattformen
37 gemacht. Das zeigt: Eine starke LINKE stärkt soziale Sicherheit in Europa und
baut aus, was Leben und Alltag besser macht.

Begründung

Es handelt sich hier um eine sprachliche Präzisierung. Schließlich gibt es allein in Deutschland neben dem gesetzlichen Mindestlohn diverse Branchenmindestlöhne. Es sollte klar werden, welchen Mindestlohn wir meinen.

Antrag L.01.0038.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 38 - 42

38 Die Vision eines vereinten ~~Europas ist nach dem Zweiten~~ Europa ist nach dem 2.
Weltkrieg stark geworden
39 ~~als Gegenpol zu Faschismus und Krieg.~~ Die Europäische Union ~~verkörpert~~ verkörperte
für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, ~~um~~
41 ~~Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen,~~ um eine europäische
Rüstungsindustrie und einen gemeinsam ~~schrankenlosen~~ Markt zu
für das Finanzkapital zu ~~schaffen und das Kapital zu stärken.~~ Während Regierungen
und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die

51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.0040.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 40 - 53

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 ~~die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um~~
41 ~~Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen~~ die Hoffnung auf Frieden
und Freiheit. Gleichzeitig hat die europäische Idee an ihrer eigenen Umsetzung
Schaden genommen, weil sie gegenüber Menschen mit wenig politischer oder
wirtschaftlicher Verhandlungsmacht in Form der EU auch Neoliberalismus und
Sparpolitik auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wo nach der Euro-Krise die Troika
gewütet hat, ist Europa keine Hoffnung auf Frieden und Freiheit, sondern der Grund für
Sozialabbau und Privatisierung. Im Namen des gemeinsamen Markt zu
Marktes wurden Regeln vereinheitlicht, Handelshemmnisse abgebaut, Güter- und
Warenverkehr ebenso liberalisiert, wie die Freizügigkeit für Arbeitnehmer*innen
durchgesetzt - zu oft auf Kosten von auf nationaler Ebene erkämpfter sozialer
Sicherheiten und öffentlicher Infrastruktur.
Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Fehlkonstruktionen darf es jedoch hinter den
politischen Erfolg der europäischen Integration kein Zurück zum Nationalstaat geben.
Wir wissen aber: Folgt auf die negative Integration durch das Angleichen von Regeln in
Bürokratie und Wirtschaft und das Erzwingen eines schlanken Staats in allen
Mitgliedsländern keine positive Integration durch sich angleichende Sozial-, Arbeits-
und Lebensstandards, durchgesetzt auf der Basis gemeinsamer demokratischer
Entscheidungen, ist die europäische Idee als Ganzes in Gefahr. Eine EU die soziale
Sicherheit auf nationaler Ebene abbaut, ohne sie auf europäischer Ebene zu schaffen-
und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 ~~die Wirtschaftsunion forciert, wird auf Dauer keine Mehrheiten in ihren Mitgliedstaaten~~
~~haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion~~
44 ~~meilenweit dahinter zurück.~~ Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne

48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die
51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53
54

Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Antrag L.01.0046.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 46 - 48

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf ~~um~~
47 ~~Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne~~
48 ~~und für die sozialen~~für soziale Garantien, um Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut,
gegen die Macht transnationaler Konzerne, allein auf der Ebene der Nationalstaaten
nicht

49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die
51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Begründung

Wir LINKEN reden immer vom sozial-ökologischen Umbau. Die erste Priorität unserer Partei liegt also in erster Linie im Kampf um soziale Garantien. Das sollte sich auch auf sprachlicher Ebene im Programm widerspiegeln.

Antrag L.01.0050.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in: KV Städteregion Aachen, KV Steinfurt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 50

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns als demokratische
51 Sozialist*innen sowohl gegen die
52 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
53 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Begründung

In unserem Wahlprogramm beschreiben wir verschiedenste Forderungen, die im Kern unserer Vorstellung gesellschaftlichen Zusammenlebens entsprechen: Unserem gemeinsamen Wunsch, den Kapitalismus zu überwinden, unserem gemeinsamen Streben nach einer Welt, in der es friedlich und gerecht zugeht, in der jeder Mensch sich frei entfalten und verwirklichen kann, unserem erklärten Selbstverständnis als demokratische Sozialist*innen also.

Doch genau davon sprechen wir nicht.

Im gesamten Wahlprogramm fällt weder das Wort „sozialistisch“ noch „Sozialismus“. Dabei ist dies unser kleinster gemeinsamer Nenner und unsere wichtigste gemeinsame politische Identität. Schweigen wir nicht dazu. Es braucht demokratische Sozialist*innen im EU-Parlament, machen wir den Wähler*innen dieses Angebot.

Antrag L.01.0052.1: Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in: Bewegungslinke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 52 - 53

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die
51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

54 Globale Herausforderungen wie Klimawandel, wachsende Ungleichheit und
Migrationsbewegungen können nicht zwischen untereinander konkurrierenden
Nationalstaaten gelöst, der Kapitalismus nicht in einem Land überwunden werden. Im
Bewusstsein der Konstitution der EU und der vorherrschenden Kräfteverhältnisse
wollen wir diese Ebene der Auseinandersetzungen nicht den Neoliberalen und Rechten
überlassen. Unsere Vorstellung eines demokratischen Sozialismus ist international
und umfasst daher auch den Kampf für eine demokratischere, sozialere Europäische
Union.

55 Dafür muss u.a. das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat abgeschafft werden, um
wichtige Fragen der Verteilungs- und Steuerpolitik mit Aussicht auf Erfolg behandeln
zu können. Thomas Piketty und andere Wissenschaftler:innen haben mit ihrem
Manifest einen weitergehenden Vorschlag zur Demokratisierung der EU vorgelegt, den
wir aufgreifen wollen. Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große
Unternehmen mit

54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Antrag L.01.0053.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 53 - 58

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die
51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. ~~Oft werden große Unternehmen mit~~
54 ~~Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen~~
55 ~~sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll~~
56 ~~der Weg nach vorne sein. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns wahlweise mit~~
57 ~~einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder~~
58 ~~dem Treten nach unten zufriedengeben.~~

Begründung

Streichung. Dass die EU dringend Veränderung braucht, wird dann hier begründet damit, dass es seit Jahrzehnten nicht gelungen ist, die Ungleichheit in Europa zu verringern, was das zentrale Argument ist. Das macht das Argument und den Zusammenhang viel klarer.

Antrag L.01.0056.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in:	Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)
-------------------	-------------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 56

38 Die Vision eines vereinten Europas ist nach dem Zweiten Weltkrieg stark geworden
39 als Gegenpol zu Faschismus und Krieg. Die Europäische Union verkörpert für viele
40 die Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Zugleich ist die EU aufgebaut worden, um
41 Schranken für Wettbewerb und Profite zu beseitigen, einen gemeinsamen Markt zu
42 schaffen und das Kapital zu stärken. Während Regierungen und große Unternehmen
43 die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion
44 meilenweit dahinter zurück. Zwischen diesen Hoffnungen und Interessen, in diesen
45 Widersprüchen bewegt sich unser Kampf für ein sozial und ökologisch gerechtes,
46 demokratisches und friedliches Europa. Dabei wissen wir, dass der Kampf um
47 Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut, gegen die Macht transnationaler Konzerne
48 und für die sozialen Garantien allein auf der Ebene der Nationalstaaten nicht
49 mehr aussichtsreich geführt werden kann. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen
50 wir grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher stellen wir uns sowohl gegen die

51 Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische
52 Konzept eines „Europas der Vaterländer“.

53 Die EU braucht dringend Veränderung. Oft werden große Unternehmen mit
54 Steuergeldern unterstützt, während alle anderen den Gürtel noch enger schnallen
55 sollen. Rennen, rackern, rasen für die Profite von Banken und Großkonzernen soll
56 der Weg nach vorne sein. Eine nicht demokratisch gewählte EU-Kommission verhängt Sanktionen, die für die gesamte Bevölkerung der Mitgliedsstaaten katastrophalere Folgen haben als für die sanktionierten Staaten. Statt sozialer Sicherheit sollen wir uns
wahlweise mit
57 einem etwas freundlicheren Anstrich, der Ausbesserung des bisherigen Pfades oder
58 dem Treten nach unten zufriedengeben.

Antrag L.01.0059.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 59 - 60

59 ~~Seit Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die~~ Die Ungleichheit in Europa ~~zu verringern.~~
60 ~~Dabei~~ wächst, der Reichtum von wenigen steigt unaufhörlich - umso dringender
braucht es eine starke LINKE im Europaparlament um genau gegen diese Missstände
vorzugehen. Die Maastricht-Kriterien verbieten es, für
61 langfristige öffentliche Ausgaben Kredite aufzunehmen. Im Ergebnis fehlt in der
62 EU öffentliches Geld für Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, für
63 funktionierende Kommunen und für die Abschaffung der Armut. Jedes vierte Kind in
64 der EU lebt in Armut. Viele Gesundheitssysteme in der EU sind in der Coronakrise
65 in die Knie gegangen. Pflegekräfte haben bis weit über ihre Grenzen gearbeitet.
66 Doch die Gewinne der Pflege- und Pharmakonzerne sind rasant gestiegen.
67 Öffentliche Schulen und Hochschulen sind marode, es gibt viel zu wenige
68 Lehrkräfte. In vielen Städten herrscht Wohnungsnot für Menschen mit mittleren und
69 niedrigen Einkommen. Die Mieten explodieren, aber Wohnungskonzerne und
70 Investmentfonds machen große Profite. Die Regeln zur Förderung von
71 Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt haben Privatisierungen von öffentlichem
72 Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen vorangetrieben. Die Leistungen sind
73 teurer und schlechter geworden. Mit den Renten wird auf den Finanzmärkten
74 spekuliert. Große Digitalkonzerne zahlen viel zu wenig Steuern. Markt und
75 Profitstreben bestimmen Lebensbereiche, die zuerst Bedarfe und Bedürfnisse der
76 Menschen befriedigen sollen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir
77 innerhalb der EU und auch hierzulande immer noch weit entfernt. So kommen wir
78 nicht durch die Krisen, so schaffen wir weder den nötigen sozial-ökologischen
79 Umbau noch retten wir so die Demokratie.

Begründung

Wenn es seit Jahrzehnten nicht gelungen ist, warum sollte es dann nach der nächsten Europawahl klappen? Hier müssen wir deutlich formulieren, dass es eine starke LINKE braucht, um gegen genau diese Missstände vorzugehen.

Antrag L.01.0079.1: Änderungsantrag zu EWP03

Änderungsantrag zu EWP03

Antragsteller*in:

KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt
(Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert
(LV Mecklenburg-Vorpommern)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 79

59 Seit Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die Ungleichheit in Europa zu verringern.
60 Dabei wächst der Reichtum von wenigen. Die Maastricht-Kriterien verbieten es, für
61 langfristige öffentliche Ausgaben Kredite aufzunehmen. Im Ergebnis fehlt in der
62 EU öffentliches Geld für Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, für
63 funktionierende Kommunen und für die Abschaffung der Armut. Jedes vierte Kind in
64 der EU lebt in Armut. Viele Gesundheitssysteme in der EU sind in der Coronakrise
65 in die Knie gegangen. Pflegekräfte haben bis weit über ihre Grenzen gearbeitet.
66 Doch die Gewinne der Pflege- und Pharmakonzerne sind rasant gestiegen.
67 Öffentliche Schulen und Hochschulen sind marode, es gibt viel zu wenige
68 Lehrkräfte. In vielen Städten herrscht Wohnungsnot für Menschen mit mittleren und
69 niedrigen Einkommen. Die Mieten explodieren, aber Wohnungskonzerne und
70 Investmentfonds machen große Profite. Die Regeln zur Förderung von
71 Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt haben Privatisierungen von öffentlichem
72 Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen vorangetrieben. Die Leistungen sind
73 teuer und schlechter geworden. Mit den Renten wird auf den Finanzmärkten
74 spekuliert. Große Digitalkonzerne zahlen viel zu wenig Steuern. Markt und
75 Profitstreben bestimmen Lebensbereiche, die zuerst Bedarfe und Bedürfnisse der
76 Menschen befriedigen sollen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir
77 innerhalb der EU und auch hierzulande immer noch weit entfernt. So kommen wir
78 nicht durch die Krisen, so schaffen wir weder den nötigen sozial-ökologischen
79 Umbau noch retten wir so die Demokratie.

Auch hinsichtlich der geografischen Nachbarn hat die EU eine Verantwortung, sich mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Stärke für Gerechtigkeit überall und für alle Menschen einzusetzen. Aktuell trägt die EU Mitverantwortung für ausgreifende Armut, zunehmenden Hunger und Perspektivlosigkeit in vielen Regionen insbesondere des Globalen Südens. Als Trägerin des Friedensnobelpreises ist es dabei schändlich, wie die EU mit Menschen umgeht, die auch aus Gründen von Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit die lebensgefährliche Flucht in die EU wagen. Menschenrechte und Humanität sind unteilbar. Sie beginnen nicht erst innerhalb der EU-Außengrenzen und gelten auch nicht nur für Bürger*innen von EU-Staaten. DIE LINKE steht in der Tradition internationaler Solidarität mit allen Menschen. DIE LINKE hat schon immer für die Menschenrechte Geflüchteter und eine humanitäre Migrationspolitik gekämpft. Angesichts der zunehmenden Militarisierung der EU-Außengrenzen und eines zunehmend nach rechts abdriftenden Diskurs in der EU wird DIE LINKE sich weiterhin vehement für Grundwerte internationaler Solidarität, Humanität und die Menschenrechte einsetzen.

Begründung

Wenn sich der Aufbau des Wahlprogramms ändert und mit den Hauptkapiteln „Umverteilen für soziale Gerechtigkeit“ und „Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit“ zu

Beginn Schwerpunkte setzt, muss sich das auch in der Einleitung widerspiegeln.

Antrag L.01.0080.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 80 - 81

80 Die Europäische Union ~~wird ihre selbstgesteckten, hat sich~~ wenig ambitionierten
Klimaziele
81 ~~verfehlen, unterdessen~~ gesetzt, die kaum taugen unter der 2° Marke zu bleiben. Selbst
diese Ziele verfehlt sie. Unterdessen eskaliert ~~die Klimakrise~~ zum Schaden aller die
Klimakatastrophe mit Waldbränden, Dürren und
82 Starkregen auch in Europa. Der Weg, über höhere Preise und steuerpolitische
83 Anreize die CO2-Emissionen zu verringern, wird den Klimawandel nicht aufhalten.
84 „Der Markt wird es schon richten“ ist das Credo. Aber der Markt regelt es nicht!
85 Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft
86 wollen. Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht
87 mit einer Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne
88 nach vorne stellt. Ihr Fokus auf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und
89 Standortkonkurrenz bedeutet für Menschen und Umwelt: Ungleichheit, Armut und
90 Zerstörung. Die Ökosysteme kollabieren, die natürlichen Grundlagen werden
91 geplündert. Daran ändert auch der „Green Deal“ der EU-Kommission nichts. Die
92 meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht. Der „Club of
93 Rome“ weist in seinem letzten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten
94 Ressourcen verbrauchen, ohne die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht.
95 Die Klimakatastrophe wirksam zu bekämpfen, heißt: die Macht der großen Konzerne
96 brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum umverteilen. Es ist Zeit
97 umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial
98 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

Begründung

Im Text kommt ein wenig der Eindruck auf, es wäre alles noch tragbar, würde die EU wenigstens ihre Klimaziele einhalten. Selbst ein Wandel im Rahmen des fit for 55 Programms wäre für Menschen aber ein extremes Abenteuer, da die technikfixierten Lösungen Flächen fressen und wohl auch kaum für die 2° Grenze reichen.

Im weitergehenden Ersetzungsantrag zu Zeile 80 – 98 ist dies schon gelöst – wir gehen davon aus dass der weitergehende Antrag breite Zustimmung erhält, wodurch dieser hier obsolet ist. Andernfalls halten wir zumindest diese kleine Änderung für logisch, um zu unterstreichen, dass die EU-Klimaziele nicht unsere sind.

Die Klimakrise sollte, wie schon im Wahlprogramm 2021 geschehen, durch Klimakatastrophe ersetzt werden. Krisen sind in der Regel zeitlich begrenzt und danach geht es dann schon irgendwie wieder aufwärts. Das ist in Anbetracht der Klimakatastrophe eher eine Verharmlosung, denn ein zurück zum Vorher wird es nach allen Wahrscheinlichkeiten nicht geben. Das neue Programm wäre ein Rückschritt zum Wahlprogramm 21.

Antrag L.01.0080.2: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 80 - 98

80 ~~Die Europäische Union wird ihre selbstgesteckten, wenig ambitionierten Klimaziele~~
81 ~~verfehlen, unterdessen eskaliert die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und~~
82 ~~Starkregen auch in Europa. Der Weg, über höhere Preise und steuerpolitische~~
83 ~~Anreize die CO2-Emissionen zu verringern, wird den Klimawandel nicht aufhalten.~~
84 ~~„Der Markt wird es schon richten“ ist das Credo. Aber~~Die EU scheitert nicht nur an der
sozialen Frage. Die auf Wachstum und Konkurrenz aufgebaute Institution träumt
davon, dass der Markt die ökologischen Krisen mit höheren Preisen, steuerpolitischen
Anreizen, Erdgas und Atomkraft regeln kann. Die letzten Jahrzehnte zeigen, der Markt
regelt es nicht lieber den Profit!
85 ~~Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft~~
86 ~~wollen. Aber sie scheuen~~Die EU ist auf dem besten Weg ihre selbstgesteckten
Klimaziele (den „green new deal“) krachend zu reißen. Dabei reichen schon diese Ziele
nicht annähernd aus, um ein Abrutschen unseres Planeten in chaotische
Klimaabenteuer zu vermeiden. Heute ist es die LINKE, die fordern muss: „keine
Experimente“. Die EU sucht nicht den Konflikt mit den Reichen und den fossilen
Konzernen und wollen nicht
87 ~~mit einer Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne~~
88 ~~nach vorne stellt. Ihr Fokus auf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und~~
89 ~~Standortkonkurrenz bedeutet für.~~Alles was deren Wettbewerbsfähigkeit oder
Standorte schmälert, ist ihr tabu. Wir müssen für das allgemeine Wohl aber nicht
Investments schützen, sondern Meeres- und Landbiotope, Wildtiere, Insekten und
Flora. Wir müssen Treibhausgase verhindern, chemische Stoffe aus den Ökosystemen
fern halten, zerstörte Umwelt rekultivieren, eine krisenfeste Agrarwirtschaft bauen,
eine weitgehende Kreislaufwirtschaft etablieren etc. Die aktuellen Maßnahmen reichen
nicht die Menschen und Umwelt: Ungleichheit, Armut und
90 ~~Zerstörung. Die Ökosysteme kollabieren, die natürlichen Grundlagen werden~~
91 ~~geplündert. Daran ändert auch der „Green Deal“ der EU-Kommission nichts. Die~~
92 ~~meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht~~in Europa vor
schweren, unkalkulierbaren Risiken zu bewahren. Der „Club of
93 Rome“ weist in seinem letzten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten
94 Ressourcen verbrauchen, ohne die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht.
95 Der durch rücksichtslose Umweltzerstörung erwirtschaftete Reichtum ist kein privater,
sondern muss im Rahmen einer verantwortungsvollen Politik für die gesellschaftlichen
Aufgaben verfügbar gemacht werden. Wir brauchen Anpassung an die neuen
Umweltbedingungen, Energiewende, Wärmewende. Wir brauchen eine enkeltaugliche
Wirtschaftspolitik. Die Klimakatastrophe wirksam zu bekämpfen, heißt: die Macht der
großen Konzerne brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum umverteilen. Es ist
Zeit umzusteuern. Es braucht
Mut für eine Wirtschaftswende durchDie Verweigerung radikaler Veränderungen im
Energieverbrauch, der Landwirtschaft, des Flächenverbrauchs führt dazu, dass
diejenigen, die kaum Verantwortung für die Umweltkrisen tragen, den tödlichen
Gefahren von Dürren, Starkregen, Hitze, gesellschaftlichen Krisen, Armut, Hunger, etc.
am stärksten ausgesetzt sind. Sie haben nicht das Vermögen sich durch Umzug und
Schutzmaßnahmen gegen die Zumutungen der ökologischen Katastrophen zu

schützen. Sie sind die Mehrheit. Sie sind die ersten Opfer, sollte die sozialökologische Wende weiter verschleppt werden. Wir stehen für einen sozial gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau. radikalen sozialökologischen Wandel als Fundament zukünftiger Sozialpolitik für eine klima- und umweltgerechte Zukunft, die echte Demokratie, Freiheit und Gleichheit möglich macht.

Begründung

Der vorhergehende Text weist zu wenig auf die tatsächlichen Gefahren der Umweltkatastrophen hin. Er liest sich mehr als Fortsetzung des vorhergehenden Themas, mit beiläufiger Erwähnung der Klimakatastrophe. Es findet auch eine Fokussierung auf die Klimakrise und Emissionen statt, die aber nicht die alleinigen Umweltkatastrophen sind. Generell sollten wir nicht von Klimakrise reden, sondern den drastischeren Begriff wählen, denn anders als in einer Krise haben die aktuellen Veränderungen das Potenzial nicht wieder in einen Aufschwung zu gelangen - es wird nicht irgendwann wieder so werden wie es war.

Klima und Umwelt müssen auch im Vorwort zentral genannt sein und an den vorhergehenden Text anschließen. Dies soll die Ersetzung bewirken.

Antrag L.01.0084.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 84

80 Die Europäische Union wird ihre selbstgesteckten, wenig ambitionierten Klimaziele
81 verfehlen, unterdessen eskaliert die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und
82 Starkregen auch in Europa. Der Weg, über höhere Preise und steuerpolitische
83 Anreize die CO2-Emissionen zu verringern, wird den Klimawandel nicht aufhalten.

84 Die bewusste Politik der EU, verstärkt auf Flüssiggas als Energieträger zu setzen, wird
den CO2-Ausstoß vielmehr weiter erhöhen. „Der Markt wird es schon richten“ ist das
Credo. Aber der Markt regelt es nicht!

85 Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft
86 wollen. Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht
87 mit einer Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne
88 nach vorne stellt. Ihr Fokus auf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und
89 Standortkonkurrenz bedeutet für Menschen und Umwelt: Ungleichheit, Armut und
90 Zerstörung. Die Ökosysteme kollabieren, die natürlichen Grundlagen werden
91 geplündert. Daran ändert auch der „Green Deal“ der EU-Kommission nichts. Die
92 meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht. Der „Club of
93 Rome“ weist in seinem letzten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten
94 Ressourcen verbrauchen, ohne die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht.
95 Die Klimakatastrophe wirksam zu bekämpfen, heißt: die Macht der großen Konzerne
96 brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum umverteilen. Es ist Zeit
97 umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial
98 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

Antrag L.01.0091.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 91 - 92

80 Die Europäische Union wird ihre selbstgesteckten, wenig ambitionierten Klimaziele
81 verfehlen, unterdessen eskaliert die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und
82 Starkregen auch in Europa. Der Weg, über höhere Preise und steuerpolitische
83 Anreize die CO2-Emissionen zu verringern, wird den Klimawandel nicht aufhalten.
84 „Der Markt wird es schon richten“ ist das Credo. Aber der Markt regelt es nicht!
85 Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft
86 wollen. Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht
87 mit einer Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne
88 nach vorne stellt. Ihr Fokus auf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und
89 Standortkonkurrenz bedeutet für Menschen und Umwelt: Ungleichheit, Armut und
90 Zerstörung. Die Ökosysteme kollabieren, die natürlichen Grundlagen werden
91 geplündert. Daran ändert auch der „Green Deal“ der EU-Kommission nichts. ~~Die-~~
92 ~~meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht.~~ Den größten
Raubbau verursachen Konzerne und Reiche. Ihre Profilogik hat uns alle in eine
Situation gebracht, in der ein „Weiter so“ auf dem eingeschlagenen Konsumpfad
unmöglich ist. Viele Gewohnheiten werden wir in Zukunft aufgeben müssen. Haben
dies auch alle zu verantworten? Nein! Der „Club of
93 Rome“ weist in seinem letzten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten
94 Ressourcen verbrauchen, ohne die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht.
95 Die Klimakatastrophe wirksam zu bekämpfen, heißt: die Macht der großen Konzerne
96 brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum umverteilen. Es ist Zeit
97 umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial
98 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

Begründung

Es ist vollkommen richtig, dass die Reichen und Konzerne die Hauptverantwortung für die Misere tragen. Es ist aber blauäugig, dies nicht global zu betrachten und so zu tun, als müssen wir in Europa nur „die Reichen“ finanziell schlachten und schick ist. Der Zustand der Welt wird allein aus Ressourcengründen nur erreicht, wenn wir die gesamte Gesellschaft auf gänzlich andere Füße stellen, was letztendlich zu einer Änderung von Konsumgewohnheiten führen muss. Dass dies nur gerecht geht, wird auch andernorts unterstrichen.

Auch hier ist mit der Fokussierung auf „Emissionen“ nur die halbe Geschichte.

Im weitergehenden Ersetzungsantrag zu Zeile 80 – 98 ist dies schon gelöst – wir gehen davon aus dass der weitergehende Antrag breite Zustimmung erhält, wodurch dieser hier obsolet ist. Andernfalls halten wir zumindest diese kleine Änderung für nötig, um zu unterstreichen, dass

Antrag L.01.0104.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 104 - 105

99 Wir wollen den Lobbyismus und die Korruption beenden. Die Demokratie und
100 Zusammenhalt stärken - das geht nicht mit Worten. Das geht nur, wenn die
101 Interessen von Reichen und Konzernen beschränkt werden, statt diejenigen mit
102 wenig Geld gegen die mit noch weniger Geld auszuspielen. Wir wollen Vorgaben, an
103 die sich die Konzerne halten müssen. Wir wollen, dass erneuerbare Energien und
104 nachhaltige Wirtschaft massiv gefördert werden: mit öffentlichem Geld, das dann
105 zu öffentlichem Eigentum oder öffentlichen Beteiligungen führt werden. Beschäftigte
und
106 Gewerkschaften müssen den Umbau wesentlich mitgestalten können, dafür braucht es
107 mehr Mitbestimmungsrechte, Beschäftigungsgarantien und die Stärkung der
108 Tarifbindung. Eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand muss bezahlbare und
109 sozial gestaffelte Preise anbieten. Wir streiten für eine Investitionsoffensive,
110 die Europa zukunftsfähig macht, die den Alltag für die Menschen in
111 strukturschwachen und benachteiligten Regionen in Ost und West besser macht, den
112 Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt: mehr und verlässlicher
113 Bus- und Schienenverkehr, kostenfreier ÖPNV, erneuerbare Energien, starke
114 regionale Wirtschaft mit guten Löhnen und kürzeren Transportwegen. So schaffen
115 wir soziale Sicherheit im Wandel - und Millionen gut bezahlte
116 Industriearbeitsplätze mit Zukunft!
117 Der soziale und klimagerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine
118 epochale Herausforderung. Er erfordert mehr grenzübergreifende Kooperation und
119 internationalen Austausch. Doch die EU driftet politisch wie sozial auseinander
120 und die USA, die EU und China konkurrieren zunehmend miteinander. Die weltweiten
121 Machtblöcke verschieben sich. Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher
122 geworden, die Blockkonfrontation zwischen den USA und China bzw. Russland spitzt
123 sich zu. Neue Handelskriege und ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge.
124 Die EU rüstet im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert
125 Waffen an Diktaturen.

Begründung

An dieser Stelle macht die Forderung nach öffentlichem Eigentum bzw. öffentlicher Beschäftigung keinen Sinn. Erneuerbare Energien und nachhaltige Wirtschaft sind in vielen Fällen nicht in den Händen von profitorientierten Konzernen, sondern von Privatpersonen, kleinen Unternehmen oder Genossenschaften. Deren Förderung muss möglich sein, ohne ihr Eigentum anzutasten.

Antrag L.01.0113.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 113

99 Wir wollen den Lobbyismus und die Korruption beenden. Die Demokratie und
100 Zusammenhalt stärken - das geht nicht mit Worten. Das geht nur, wenn die
101 Interessen von Reichen und Konzernen beschränkt werden, statt diejenigen mit
102 wenig Geld gegen die mit noch weniger Geld auszuspielen. Wir wollen Vorgaben, an
103 die sich die Konzerne halten müssen. Wir wollen, dass erneuerbare Energien und
104 nachhaltige Wirtschaft massiv gefördert werden: mit öffentlichem Geld, das dann
105 zu öffentlichem Eigentum oder öffentlichen Beteiligungen führt. Beschäftigte und
106 Gewerkschaften müssen den Umbau wesentlich mitgestalten können, dafür braucht es
107 mehr Mitbestimmungsrechte, Beschäftigungsgarantien und die Stärkung der
108 Tarifbindung. Eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand muss bezahlbare und
109 sozial gestaffelte Preise anbieten. Wir streiten für eine Investitionsoffensive,
110 die Europa zukunftsfähig macht, die den Alltag für die Menschen in
111 strukturschwachen und benachteiligten Regionen in Ost und West besser macht, den
112 Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt: mehr und verlässlicher
113 **Bus- und Schienenverkehr, ~~kostenfrei~~fahrscheinloser ÖPNV, erneuerbare Energien, starke**
114 regionale Wirtschaft mit guten Löhnen und kürzeren Transportwegen. So schaffen
115 wir soziale Sicherheit im Wandel - und Millionen gut bezahlte
116 Industriearbeitsplätze mit Zukunft!
117 Der soziale und klimagerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine
118 epochale Herausforderung. Er erfordert mehr grenzübergreifende Kooperation und
119 internationalen Austausch. Doch die EU driftet politisch wie sozial auseinander
120 und die USA, die EU und China konkurrieren zunehmend miteinander. Die weltweiten
121 Machtblöcke verschieben sich. Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher
122 geworden, die Blockkonfrontation zwischen den USA und China bzw. Russland spitzt
123 sich zu. Neue Handelskriege und ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge.
124 Die EU rüstet im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert
125 Waffen an Diktaturen.

Begründung

Eine Dienstleistung kann nie kostenlos sein, irgendjemand muss immer für die Kosten aufkommen. Daher soll das Programm an dieser Stelle sprachlich präzisiert werden.

Antrag L.01.0117.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:	LV Sachsen
--------------------------	------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 117 - 125

99 Wir wollen den Lobbyismus und die Korruption beenden. Die Demokratie und
100 Zusammenhalt stärken - das geht nicht mit Worten. Das geht nur, wenn die
101 Interessen von Reichen und Konzernen beschränkt werden, statt diejenigen mit
102 wenig Geld gegen die mit noch weniger Geld auszuspielen. Wir wollen Vorgaben, an
103 die sich die Konzerne halten müssen. Wir wollen, dass erneuerbare Energien und
104 nachhaltige Wirtschaft massiv gefördert werden: mit öffentlichem Geld, das dann
105 zu öffentlichem Eigentum oder öffentlichen Beteiligungen führt. Beschäftigte und
106 Gewerkschaften müssen den Umbau wesentlich mitgestalten können, dafür braucht es

107 mehr Mitbestimmungsrechte, Beschäftigungsgarantien und die Stärkung der
108 Tarifbindung. Eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand muss bezahlbare und
109 sozial gestaffelte Preise anbieten. Wir streiten für eine Investitionsoffensive,
110 die Europa zukunftsfähig macht, die den Alltag für die Menschen in
111 strukturschwachen und benachteiligten Regionen in Ost und West besser macht, den
112 Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt: mehr und verlässlicher
113 Bus- und Schienenverkehr, kostenfreier ÖPNV, erneuerbare Energien, starke
114 regionale Wirtschaft mit guten Löhnen und kürzeren Transportwegen. So schaffen
115 wir soziale Sicherheit im Wandel - und Millionen gut bezahlte
116 Industriearbeitsplätze mit Zukunft!

117 ~~Der soziale und klimagerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine~~
118 ~~epochale Herausforderung. Er erfordert mehr grenzübergreifende Kooperation und~~
119 ~~internationalen Austausch. Doch die EU driftet politisch wie sozial auseinander~~
120 ~~und die USA, die EU und China konkurrieren zunehmend miteinander. Die weltweiten~~
121 ~~Machtblöcke verschieben sich. Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher~~
122 ~~geworden, die Blockkonfrontation zwischen den USA und China bzw. Russland spitzt~~
123 ~~sich zu. Neue Handelskriege und~~In Zeiten einer außenpolitischer Neuordnung der
globalen Machtverhältnisse hin zu einer multipolaren Weltordnung könnte die
Europäische Union ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge.
124 ~~Die EU rüstet im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert~~
125 ~~Waffen an Diktaturen~~Stabilitätsanker werden: Für eine gerechte Welthandelsordnung,
für Völker- und Menschenrecht, für die diplomatische Beilegung von Konflikten,
Rechtsstaatlichkeit, für eine ökologische Ökonomie, durchgesetzt und angetrieben von
einem starken, ordnenden Staat, der im Sinne seiner Bevölkerung agiert. Sie darf
dabei als eigenständiger Akteur unter keinen Umständen in den Chor imperialer
Staaten wie den USA oder Russland und in Teilen auch Chinas einstimmen.
Globalisierung durch die Aufteilung der Welt in Einfluss- und Handelszonen
zurückdrehen, anstatt sie endlich gerecht zu gestalten, führt zurück in die Logiken
von Blockkonfrontation, Handelskonflikten und Aufrüstung. Im Aufgabenbuch der
Menschheit als Ganzes stehen andere Aufgaben: Das bestmögliche Abwenden der
Klimakatastrophe, die Herstellung von ökonomischer Gerechtigkeit gegenüber dem
globalen Süden, die Bekämpfung von Krankheit und Hunger, Ausgrenzung und
Ausbeutung. Damit die EU ihren Teil an der Erfüllung dieser Aufgaben leistet, kämpfen
wir für ihre radikale Umgestaltung.

Antrag L.01.0126.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:

Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126 - 140

126 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert an. ~~Er~~
127 ~~ist ein Verbrechen.~~ Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Toten
128 steigt immer weiter, Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört. ~~Der Krieg muss~~
129 ~~sofort beendet werden, dafür sollte die~~Die Ursachen des Krieges liegen nicht zuletzt in
der fahrlässigen Politik der EU- Vormächte Deutschland und Frankreich, die die
Ukraine nicht zur Einhaltung der von ihnen ausgehandelten Minsker Abkommen, die
ebenfalls Bestandteil des Völkerrechts sind, gedrängt haben und stattdessen - nach
dem offenen Eingeständnis der beiden ehemaligen Regierungschefs Merkel und

Hollande - bewusst die Kriegsbereitschaft der Ukraine gefördert haben. Die Europäische Union ~~dringend ihre diplomatischen Bemühungen verstärken, anstatt~~ agiert durch ihre Waffenlieferungen, logistische Unterstützung und finanzielle Hilfen de facto als Kriegspartei. Das tut sie nicht aus moralischen Gründen, sondern vielmehr um die imperialistischen Interessen der NATO durchzusetzen. Anstatt weiter auf Eskalation ~~und Abnutzungskrieg zu befeuern. Zusammen mit~~ zu setzen, sollte sie versuchen, ihre verlorene diplomatische Glaubwürdigkeit durch Bemühungen um Friedensschluss zu verbessern. Die Bemühungen von Ländern wie Brasilien, Indien und China ~~kann sie diplomatischen Druck aufbauen~~ für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. ~~Zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick und zu immer mehr Waffen sind dringend nötig.~~ sollten unterstützt werden.

Das gilt umso mehr, als weltweit zahlreiche Kriege toben, in denen - wie ~~in~~ Syrien, Palästina, Libyen, Armenien, Äthiopien oder im Jemen - Hunderttausende Menschen getötet werden, ~~oft mit fast immer mit~~ europäischen Waffen und westlicher Unterstützung. ~~Teilweise~~ Fast immer sind es NATO-Partner ~~wie~~ Frankreich, Großbritannien, die Türkei und allen voran die USA, die das Völkerrecht brechen. ~~Putins brutaler Angriff auf die Ukraine dient zugleich als~~ Der durch die EU mitgetragene und mitverursachte Krieg in der Ukraine ist zum Anlass genommen worden, die Rüstungsausgaben der EU-Staaten massiv zu steigern. ~~Auch in Deutschland. 100 Milliarden Euro Sondervermögen~~ und die EU selbst als militärisches Bündnis zu etablieren. In Deutschland bekommt ~~allein~~ die Bundeswehr ~~–100 Milliarden Euro Sondervermögen~~ trotz Pflagenotstand und Bildungsmisere, Wohnungsnot und verfehlter Klimaziele. Das schafft nicht mehr Sicherheit, weil die Rüstungsausgaben der EU-Staaten längst ein Vielfaches derer Russlands betragen. Die Gewinne der Rüstungskonzerne gehen durch die Decke, die Aktionär*innen freuen sich über hohe Dividenden. Statt immer mehr Geld an Rüstungskonzerne zu verschwenden, brauchen wir massive Investitionen in die Zukunft und den klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft - das schafft Energieunabhängigkeit und nachhaltige Sicherheit.

Begründung

Die Änderungen sind weitgehend selbsterklärend und zeigen die Realität der Ursachen für die Kriege in der Welt. Kontrovers könnte die Streichung des Satzes „Er ist ein Verbrechen.“ sein, jedoch gibt es gute Gründe diese Formulierung wegzulassen.

Zum einen müsste man konsequent sein und durch das ganze Programm ähnliche Situationen und Taten als Verbrechen bezeichnen. Nur in diesem Fall das Wort „Verbrechen“ zu benutzen, erweckt den Eindruck, dass einzig und allein die Völkerrechtsbrüche und militärischen Interventionen unserer geopolitischen Gegner „Verbrechen“ und anders zu bewerten sind. Ein solcher Exzeptionalismus ist daher abzulehnen.

Verbrechen werden von Verbrechern begangen. Klarer Adressat dieser Formulierung „Verbrechen“ ist hier Putin. Verbrecher sind Leute die Taten begangen haben, die mit einer erheblichen Freiheitsentziehung bestraft werden. Dieser Gedankengang steckt hinter dem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshof gegen Putin, der den Angriff auf die Ukraine als Verbrechen sieht. Die Probleme einer einzig und allein durch westliche Länder unterstützten Initiative, die darauf abzielt, ein fremdes Staatsoberhaupt einzusperren sind offensichtlich. Fremde Staatsoberhäupter darf man nach internationalem Recht zudem

nicht einsperren. Das ist völkerrechtswidrig. Sagen, dass Putin ein solch schlimmer Mensch ist, dass die grundlegendsten Prinzipien des Völkerrechts außer Acht gelassen werden sollen, ist eine Vorstellung, die es nur in den fantastischsten Anhängern des US-Imperialismus gibt. Ich möchte hier anmerken, dass diese Leute – genauso wie die vom Internationalen Strafgerichtshof - nie auf die Idee kommen würden, westliche Staatschefs einsperren zu wollen, obwohl die große Mehrheit der Menschheit in der Lage ist zu erkennen, dass die Taten des US-Imperialismus von größerer Brutalität sind und waren als Putins Angriff auf die Ukraine. Zudem Russland ist ein zu großes Land, damit Westmächte über dessen Führung bestimmen. Dies Zeiten totaler US-Dominanz – falls sie je existiert haben – sind vorbei.

Die Beschreibung als Völkerrechtswidrig wird der bereits Sache gerecht. Sie beschreibt den Angriff auf die Ukraine. Eine zusätzliche Qualifikation als „Verbrechen“ ist subjektiv und bedeutet einen Exzeptionalismus hinsichtlich der Bestrafung des russischen Staatsoberhauptes. Man könnte eine lange Liste von „Verbrechern“ aufstellen und wichtige Politiker aus aller Welt ermahnen und deren Inkarzeration fordern.

Wir sollten unsere Bemühungen – wie die meisten nicht-westlichen Länder – darauf konzentrieren eine diplomatische Lösung der Probleme zu finden, anstatt die diplomatischen Fronten zu verhärten. Ein guter Anfang wäre, Armeen, die seit Jahren Kriegsverbrechen begehen keine Waffen zu liefern. Insbesondere wenn letztere so umfangreich mit Waffen aufgerüstet werden, wie im Fall der ukrainischen Armee.

Antrag L.01.0129.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 129 - 131

126 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert an. Er
127 ist ein Verbrechen. Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Toten
128 steigt immer weiter, Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört. Der Krieg muss

129 ~~sofort beendet werden, dafür sollte die Europäische Union dringend ihre~~
. Dafür müssen die russischen Truppen aus der Ukraine zurückgezogen und die
entsprechenden diplomatischen Bemühungen ~~verstärken, anstatt Eskalation und~~
~~Abnutzungskrieg zu~~
131 ~~befeuern~~verstärkt werden. Die Europäische Union muss Sanktionen gegen den
russischen Machtapparat, die Oligarchen und den militärisch-industriellen Komplex
konsequent durchsetzen. Zusammen mit Brasilien, Indien und China kann sie
diplomatischen Druck

132 aufbauen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Zivile
133 Alternativen zum militärischen Tunnelblick und zu immer mehr Waffen sind dringend
134 nötig. Das gilt umso mehr, als weltweit zahlreiche Kriege toben, in denen - wie
135 in Äthiopien oder im Jemen - Hunderttausende Menschen getötet werden, oft mit
136 europäischen Waffen und westlicher Unterstützung. Teilweise sind es NATO-Partner
137 wie die Türkei, die das Völkerrecht brechen. Putins brutaler Angriff auf die
138 Ukraine dient zugleich als Anlass, die Rüstungsausgaben der EU-Staaten massiv zu
139 steigern. Auch in Deutschland. 100 Milliarden Euro Sondervermögen bekommt allein
140 die Bundeswehr - trotz Pflegenotstand und Bildungsmisere, Wohnungsnot und
141 verfehlter Klimaziele. Das schafft nicht mehr Sicherheit, weil die

142 Rüstungsausgaben der EU-Staaten längst ein Vielfaches derer Russlands betragen.
143 Die Gewinne der Rüstungskonzerne gehen durch die Decke, die Aktionär*innen freuen
144 sich über hohe Dividenden. Statt immer mehr Geld an Rüstungskonzerne zu
145 verschwenden, brauchen wir massive Investitionen in die Zukunft und den
146 klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft - das schafft
147 Energieunabhängigkeit und nachhaltige Sicherheit.

Begründung

Die Aussagen zum Ukraine-Krieg in der Präambel unterscheiden sich vom Duktus deutlich vom Text im Kapitel „Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit“.

Antrag L.01.0129.2: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 129 - 132

126 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert an. Er
127 ist ein Verbrechen. Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Toten
128 steigt immer weiter, Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört. Der Krieg muss
129 ~~sofort~~ beendet werden, ~~dafür sollte die~~ Die Europäische Union ~~dringendsoll~~ ihre
130 diplomatischen Bemühungen verstärken, ~~anstatt Eskalation und Abnutzungskrieg zu~~
131 ~~befeuern. Zusammen mit Brasilien, Indien und China kann sie diplomatischen Druck~~
132 ~~aufbauen~~ sich gemeinsam mit anderen Ländern aktiv für einen Waffenstillstand und
Friedensverhandlungen eine Friedenslösung einzusetzen. Die Eckpfeiler dafür müssen
sein: Rückzug der russischen Truppen, Wiederherstellung der territorialen
Souveränität der Ukraine, Sicherheitsgarantien und Minderheitenrechte. Zivile
133 Alternativen zum militärischen Tunnelblick und zu immer mehr Waffen sind dringend
134 nötig. Das gilt umso mehr, als weltweit zahlreiche Kriege toben, in denen - wie
135 in Äthiopien oder im Jemen - Hunderttausende Menschen getötet werden, oft mit
136 europäischen Waffen und westlicher Unterstützung. Teilweise sind es NATO-Partner
137 wie die Türkei, die das Völkerrecht brechen. Putins brutaler Angriff auf die
138 Ukraine dient zugleich als Anlass, die Rüstungsausgaben der EU-Staaten massiv zu
139 steigern. Auch in Deutschland. 100 Milliarden Euro Sondervermögen bekommt allein
140 die Bundeswehr - trotz Pflegenotstand und Bildungsmisere, Wohnungsnot und
141 verfehlter Klimaziele. Das schafft nicht mehr Sicherheit, weil die
142 Rüstungsausgaben der EU-Staaten längst ein Vielfaches derer Russlands betragen.
143 Die Gewinne der Rüstungskonzerne gehen durch die Decke, die Aktionär*innen freuen
144 sich über hohe Dividenden. Statt immer mehr Geld an Rüstungskonzerne zu
145 verschwenden, brauchen wir massive Investitionen in die Zukunft und den
146 klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft - das schafft
147 Energieunabhängigkeit und nachhaltige Sicherheit.

Begründung

Die Passage entspricht bislang nicht dem, was im Friedensteil korrekt beschrieben ist. Eine Friedenslösung muss auf einer entsprechenden Grundlage angestrebt werden. Sicher geht nichts ohne China, aber auch von den afrikanischen Ländern kann ein entsprechender

Druck ausgehen, daher sollten hier keine Länder genannt werden.

Antrag L.01.0150.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 150 - 152

148 Pandemie und Ukrainekrieg haben gezeigt, wie anfällig der globale Kapitalismus
149 und die über viele Länder gestreckten Produktions- und Lieferketten sind. In der
150 Krise sind die Energiepreise in die Höhe getrieben worden, Die systemische Grundlage
hierfür ist die fehlgesteuerte
151 Regulierung des europäischen Strommarktes ~~hat dazu beigetragen, die, die~~
Energiekonzernen hohe Gewinne garantiert. Verschärft worden ist die Preissteigerung,
durch die von der EU verhängten „Sanktionen“ gegen Russland, die die EU selbst
stärker schädigen als ihr Ziel, aber darüber hinaus auch die Weltmarktpreise in die
Höhe treiben und damit den globalen Süden besonders stark treffen. Die EU ist nicht
in der Lage zu-
152 ~~verschlimmern-,~~ sich zu den Anschlägen auf einen der wichtigsten Bestandteile der
europäischen Energieinfrastruktur, die Pipelines Nordstream 1 und 2, zu positionieren
oder sich nur um die Ermittlung der Verursacher zu bemühen. Stattdessen begibt sich
die EU schon seit längerer Zeit unter dem zynischen Slogan eines „Green New Deal“ in
die Abhängigkeit von teurem und umweltschädlichem Frackinggas aus Nordamerika.
153 Die Gewinne der Energiekonzerne explodieren. Die Preise, besonders
153 für Lebensmittel, bringen überall in Europa Menschen an den Rand der
154 Existenzkrise. Die Konzerne reden angesichts der hohen Inflation von einer Lohn-
155 Preis-Spirale, doch tatsächlich ist es eine Profit-Preis-Spirale. Die Löhne
156 bleiben systematisch hinter der Inflation zurück. Die Gewinne der großen
157 Unternehmen und von Digitalkonzernen wie Amazon steigen in ganz Europa massiv.
158 Der Reichtum von Konzernen und Superreichen explodiert, Lobbyisten machen Druck
159 und schreiben an den Europäischen Gesetzen mit.

Antrag L.01.0154.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154 - 159

148 Pandemie und Ukrainekrieg haben gezeigt, wie anfällig der globale Kapitalismus
149 und die über viele Länder gestreckten Produktions- und Lieferketten sind. In der
150 Krise sind die Energiepreise in die Höhe getrieben worden, die fehlgesteuerte
151 Regulierung des europäischen Strommarktes hat dazu beigetragen, die Lage zu
152 verschlimmern. Die Gewinne der Energiekonzerne explodieren. Die Preise, besonders
153 für Lebensmittel, bringen überall in Europa Menschen an den Rand der
154 Existenzkrise. ~~Die Konzerne reden angesichts der hohen Inflation von einer Lohn-~~

155 ~~Preis-Spirale, doch tatsächlich ist es eine Profit-Preis-Spirale. Die Löhne-~~
156 ~~bleiben systematisch hinter der Inflation zurück. Die Gewinne der großen~~
Am Beispiel der jüngsten Preisentwicklungen wird sichtbar, dass der Kampf um eine
gerechte Gesellschaft auch ein Kampf um die Deutungshoheit ist: Während
Unternehmen und von Digitalkonzernen wie Amazon steigen in ganz Europa massiv-
158 ~~Der Reichtum von Konzernen und Superreichen explodiert, Lobbyisten~~ real gestiegene
Rohstoffpreise und die Kosten unterbrochener Lieferketten auf die Preise umlegten,
riefen die Politikerinnen und Politiker der Regierung zum kollektiven „den-Gürtel
enger schnallen“ auf. Aus blieb der Aufruf zum “den-Gürtel-enger-schnallen“ an die
Aktionär*innen und Gesellschafter, als die Rohstoff- und Energiepreise wieder sanken,
die Verbraucherpreise aber hoch blieben und die daraus entstehenden Extraprofite
auf die Konten der Konzerneigner gebucht wurden. Die Preise ritten der
Lohnentwicklung davon- Und während die Energie- und Lebensmittelkartelle und
159 ~~und schreiben an den Europäischen Gesetzen mit,~~ erklären Lobbyisten, neoliberale
Ökonomen und die politischen Vertreter*innen der Kapitalinteressen in aller
Öffentlichkeit, dass zwar alles steige, die Löhne und Sozialleistungen aber leider nicht
steigen können, weil das die Inflation befeuere. Als Vorwand dafür müssen eine
drohende „Lohn-Preis-Spirale“ und die Friedenspflichten der korporatistischen
Sozialpartnerschaft herhalten. Mit der Lohnentwicklung hatte die Preisbildung ab dem
Sommer 22 wenig zu tun. Erst waren es Rohstoff- und Energiepreise, die die Preise
nach oben gedrückt haben. Dann war es die Profitlogik, die dafür sorgte, dass sie nicht
wieder sanken.

Antrag L.01.0158.1: Änderungsantrag zu EWP04

Änderungsantrag zu EWP04

Antragsteller*in:

LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 158 - 159

148 Pandemie und Ukrainekrieg haben gezeigt, wie anfällig der globale Kapitalismus
149 und die über viele Länder gestreckten Produktions- und Lieferketten sind. In der
150 Krise sind die Energiepreise in die Höhe getrieben worden, die fehlgesteuerte
151 Regulierung des europäischen Strommarktes hat dazu beigetragen, die Lage zu
152 verschlimmern. Die Gewinne der Energiekonzerne explodieren. Die Preise, besonders
153 für Lebensmittel, bringen überall in Europa Menschen an den Rand der
154 Existenzkrise. Die Konzerne reden angesichts der hohen Inflation von einer Lohn-
155 Preis-Spirale, doch tatsächlich ist es eine Profit-Preis-Spirale. Die Löhne
156 bleiben systematisch hinter der Inflation zurück. Die Gewinne der großen
157 Unternehmen und von Digitalkonzernen wie Amazon steigen in ganz Europa massiv.
158 ~~Der Reichtum von Konzernen und Superreichen explodiert,~~ Konzerne und Superreiche
werden immer reicher und mächtiger, nicht zuletzt, weil ihre Lobbyisten ~~machen Druck-~~
159 ~~und schreiben~~ an den Europäischen Gesetzen mitschreiben.

Begründung

„explodieren“ kommt schon in Z 158 und in Z 188. - Ferner kritisieren wir die Lobbyisten der Konzerne und Reichen, nicht die Lobby-Arbeit von NGOs, Gewerkschaften etc. Deren Lobby-Arbeit finden wir legitim und wichtig. - "Druck machen" ist per se nicht anzukreiden,

das teilweise Verfassen von Gesetzestexten ist das, was wir verhindern wollen.

Antrag L.01.0160.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in: Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 160

160 Ergebnis ~~dieses Krisen-Kapitalismus:~~ des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium,
161 dem Imperialismus: In ganz Europa wächst die Verunsicherung. In
162 vielen Ländern erleben wir ein Erstarren der extremen Rechten, die die Demokratie
163 verächtlich macht und menschenverachtende Hetze betreibt. Auch in der EU ist die
164 Demokratie bereits vielfach unter Druck, in vielen Mitgliedstaaten sind Rechte an
165 der Regierung und reißen Grundlagen der Demokratie ein. Auch Parteien der
166 sogenannten Mitte ordnen Menschenrechte und Demokratie zunehmend autoritären
167 Maßnahmen unter und opfern sie kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Sie
168 kommen den Rechten immer weiter entgegen. Wir zeigen klare Kante gegen rechts und
169 die große Koalition der Abschottung. Als einzige Fraktion im Europaparlament
170 stellen wir uns den Angriffen auf das Asylrecht kompromisslos entgegen. Wir
171 fordern: keine Deals mit Diktatoren, Menschenrechte verteidigen und
Fluchtursachen bekämpfen - nicht Geflüchtete.

Begründung

Diese Formulierung macht das Wesen des Kapitalismus klarer. Die Formulierung „Krisen-Kapitalismus“ könnte suggerieren, dies sei eine besondere Art des Kapitalismus. Jedoch liegen Krisen in der Natur des Kapitalismus. Etwas anderes als „Krisen-Kapitalismus“ gibt es nicht. Zu sagen, der Kapitalismus befindet sich in seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus, wird der Sache eher gerecht, da klar wird, dass die Krisen unserer Zeit im Kapitalismus vorprogrammiert sind und ein Ergebnis imperialer Zuspitzungen sind, deren materielle Gründe wiederum im Kapitalismus liegen.

Antrag L.01.0185.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 185 - 193

185 ~~Wir wissen: Es ist nicht wahr, dass für Sozialpolitik und Investitionen kein Geld~~
186 ~~da ist. Kürzungspolitik und „Schuldenbremse“ sind politische (Fehl-)~~
187 ~~Entscheidungen, die geändert werden können. Und Geld kann bei Superreichen und~~
188 ~~Konzernen eingesammelt werden. Denn der explodierende Reichtum von wenigen~~
189 ~~beruht~~
~~auf der Ausbeutung von vielen. Wir wollen den Reichtum zurückholen und~~
Wir streiten
für ein Primat der Politik über die Wirtschaft! Ein Gemeinwesen, dass die eigene
Souveränität wahren will, muss Reichtum so

190 ~~einsetzen, dass Armut in Europa abgeschafft~~ besteuern, dass er nicht zu dem Problem
191 für die Demokratie wird, dass mit der Energiewende gute
192 Arbeitsplätze entstehen, dass die Lebensverhältnisse. Ein Gemeinwesen, dass die
193 eigene Souveränität wahren will, kann sich für alle zum Besseren
entwickeln, statt dass in Europa Billiglohn- und Armutszonen Steueroasen
gegenüberstehen. nicht von Finanzspekulation in die Staatsschulden hineinreden
lassen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Sondervermögen! Schuldenbremse, Austerität und
schwarze Null stehen in ganz Europa für Sozialabbau, marktförmige Demokratie und
Investitionsstau. Wir wollen in die Zukunft investieren - frei von Armut, Ausbeutung
und im Einklang mit unserem Planeten!

Antrag L.01.0190.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 190

185 Wir wissen: Es ist nicht wahr, dass für Sozialpolitik und Investitionen kein Geld
186 da ist. Kürzungspolitik und „Schuldenbremse“ sind politische (Fehl-)
187 Entscheidungen, die geändert werden können. Und Geld kann bei Superreichen und
188 Konzernen eingesammelt werden. Denn der explodierende Reichtum von wenigen
189 beruht auf der Ausbeutung von vielen. Wir wollen den Reichtum zurückholen und so
190 einsetzen, dass Armut in Europa weitestgehend abgeschafft wird, dass mit der
191 Energiewende gute
192 Arbeitsplätze entstehen, dass die Lebensverhältnisse sich für alle zum Besseren
193 entwickeln, statt dass in Europa Billiglohn- und Armutszonen Steueroasen
gegenüberstehen.

Begründung

Relative Armut wird in der Regel anhand von 60% des Medianeinkommens gemessen. Eine vollständige Abschaffung dieser relativen Armut ist somit nahezu nur durch eine Angleichung aller Einkommen zu erreichen.

Antrag L.01.0203.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in:	Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)
--------------------------	-------------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203

194 Die Zeit drängt. Konzerne, Konservative und Liberale bereiten unter der
195 Überschrift „Agenda 2030“ schon den nächsten Angriff auf soziale Rechte,
196 Beschäftigte und Sozialstaat vor. Das zeigt: Wer Europa will, der muss es Reichen

197 und Konzernen nehmen und dem öffentlichen Eigentum Vorfahrt vor Privatisierung,
198 Spekulation und Marktgläubigkeit geben. Unsere Wirtschaft braucht ein starkes
199 öffentliches Rückgrat und massive Investitionen, damit wir die zahlreichen Krisen
200 meistern können. Wir wollen, dass die EU für die Menschen funktioniert. Dafür
201 wollen wir die EU verändern. Noch hat sie neoliberale Kürzungspolitik in
202 Institution eingeschrieben: durch Fiskalpakt, Maastricht-Kriterien und der als
203 „Schuldenbremse“ verharmlosten Investitionsbremse. Das ~~mus~~darf nicht so bleiben,
ansonsten ist an der EU nichts zu reformieren und ‚Europa‘ sollte besser verschwinden.
Es
204 braucht den Mut, den Markt zu regeln und die Macht der Konzerne zu brechen. Dann
205 ist ein anderes, gerechtes, hoffnungsvolles Europa möglich.

Antrag L.01.0204.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 200 - 204

194 Die Zeit drängt. Konzerne, Konservative und Liberale bereiten unter der
195 Überschrift „Agenda 2030“ schon den nächsten Angriff auf soziale Rechte,
196 Beschäftigte und Sozialstaat vor. Das zeigt: Wer Europa will, der muss es Reichen
197 und Konzernen nehmen und dem öffentlichen Eigentum Vorfahrt vor Privatisierung,
198 Spekulation und Marktgläubigkeit geben. Unsere Wirtschaft braucht ein starkes
199 öffentliches Rückgrat und massive Investitionen, damit wir die zahlreichen Krisen
200 meistern können. ~~Wir wollen, dass die EU für die Menschen funktioniert. Dafür~~
201 ~~wollen wir die EU verändern. Noch hat sie neoliberale Kürzungspolitik in~~
202 ~~Institution eingeschrieben: durch Fiskalpakt, Maastricht-Kriterien und der als~~
203 ~~„Schuldenbremse“ verharmlosten Investitionsbremse. Das muss nicht so bleiben. Es~~
204 ~~braucht den Mut, den Markt zu regeln und die Macht der Konzerne zu brechen.~~Die
Europäische Union braucht daher einen Neustart mit einer vollständigen Revision
jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und
neoliberal sind. Dann
205 ist ein anderes, gerechtes, hoffnungsvolles Europa möglich.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.0211.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 211 - 215

206 Dafür treten wir überall ein - auf der Straße, in den Parlamenten, in den
207 Betrieben, in den Wohnvierteln. Damit sind wir nicht allein. Die Proteste in
208 Frankreich gegen die unsoziale Rentenreform, die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften
209 in Deutschland, Initiativen für eine bessere Gesundheitsversorgung in Spanien
210 oder die Kämpfe der feministischen Bewegung für das Recht auf
211 Schwangerschaftsabbruch in Polen und die Kämpfe um Kohleausstieg in Europa
212 zeigen: Auch der Mut wächst. Darauf wollen wir
213 gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten und der Europäischen Linken
214 aufbauen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Zusammen mit
215 den
216 vielen Menschen, die für bezahlbare Wohnungen und Klimagerechtigkeit, gegen
217 Stromsperren, für Naturschutz, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen im
218 Gesundheitssektor aktiv
219 sind. Viele wenden sich gegen Freihandelsabkommen, fordern sichere Fluchtwege und
220 versorgen Geflüchtete. Sie verhindern die Privatisierung des Wassers oder stellen
221 genossenschaftlich Ökostrom her. Sie gehen auf die Straße für Frieden und
internationale Solidarität. Die Menschen, die in sozialen Bewegungen aktiv sind
und vielfach in ihren Nachbarschaften Solidarität und Demokratie leben - sie sind
Botschafter*innen für ein anderes Europa, eine gerechte Europäische Union.

Begründung

Auch hier fehlt dem Vorwort der klare, wiederkehrende Marker des Umwelt- und Naturschutzes, der an vielen Stellen rein muss, da er im Kampf um unsere Welt nur gemeinsam gedacht werden kann.

Antrag L.01.0212.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform, BV Steglitz-Zehlendorf
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 212

206 Dafür treten wir überall ein - auf der Straße, in den Parlamenten, in den
207 Betrieben, in den Wohnvierteln. Damit sind wir nicht allein. Die Proteste in
208 Frankreich gegen die unsoziale Rentenreform, die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften
209 in Deutschland, Initiativen für eine bessere Gesundheitsversorgung in Spanien
210 oder die Kämpfe der feministischen Bewegung für das Recht auf
211 Schwangerschaftsabbruch in Polen zeigen: Auch der Mut wächst. Darauf wollen wir
212 gemeinsam mit unseren Partnern in der Partei Europäische Linke (European LEFT)
213 unserer Fraktion (THE LEFT) und anderen europäischen Verbündeten ~~und der~~
214 ~~Europäischen Linken~~
215 aufbauen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Zusammen mit
216 den
217 vielen Menschen, die für bezahlbare Wohnungen und Klimagerechtigkeit, gegen
218 Stromsperren, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor aktiv
219 sind. Viele wenden sich gegen Freihandelsabkommen, fordern sichere Fluchtwege und
versorgen Geflüchtete. Sie verhindern die Privatisierung des Wassers oder stellen
genossenschaftlich Ökostrom her. Sie gehen auf die Straße für Frieden und
internationale Solidarität. Die Menschen, die in sozialen Bewegungen aktiv sind

220 und vielfach in ihren Nachbarschaften Solidarität und Demokratie leben - sie sind
221 Botschafter*innen für ein anderes Europa, eine gerechte Europäische Union.

Begründung

Wir sollten expliziter darauf hinweisen, dass wir gemeinsame, europäische, linke Projekte haben - auch wenn diese in unserer täglichen Arbeit manchmal bis zur Unsichtbarkeit verkommen. Unser Internationalismus sollte sichtbarer sein.

Antrag L.01.0230.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 230

230 Wir treten an gegen ein Europa der Reichen, Rechten und Konzern-Lobbyisten - und
für die
231 Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, all der Menschen mit
232 niedrigen und mittleren Einkommen. Sie sind unsere Leute. Für sie machen wir
233 Politik. Deswegen wollen wir eine europäische Zeitenwende für Gerechtigkeit.
234 Deshalb wollen wir, dass die EU zu einer Kraft für soziale Gerechtigkeit,
235 Klimaschutz und Frieden wird. Ein unabhängiges Europa, das den Menschen
236 verpflichtet ist, nicht dem Profit.

Begründung

Auch NGOs, Gewerkschaften und soziale Interessensvertretungen machen Lobby-Arbeit. Das wollen wir nicht abstellen.

Antrag L.01.0230.2: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 230 - 235

230 Wir treten an gegen ein Europa der Reichen, Rechten und Lobbyisten - und für die ein
Europa der Mehrheit der Menschen: für die
231 Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, all der Menschen mit
232 niedrigen und mittleren Einkommen. ~~Sie sind unsere Leute.~~ Für sie machen wir
233 Politik. Deswegen wollen wir eine europäische Zeitenwende für Gerechtigkeit.
234 Deshalb wollen wir, dass die EU zu einer Kraft für soziale Gerechtigkeit,
235 Umwelt- und Klimaschutz, Völkerverständigung und Frieden wird. Ein unabhängiges
Europa, das den Menschen
236 verpflichtet ist, nicht dem Profit.

Begründung

1. Die EU als neoliberale Wirtschaftsunion ist Mist. Es fehlt ein wenig ein Hinweis darauf, dass wir (bei aller Kritik) auch ein positives Bild eines Europas haben, das an der transnationalen Verständigung arbeitet.
2. Auch hier gehört der Umweltschutz zum Klimaschutz. Hilfsweise kann der Umweltschutz als weitergehender und beinhaltender Begriff den Klimaschutz an dieser Stelle ersetzen.
3. Sie sind unsere Leute ist Stellvertreter*innenpolitik. Wir machen auch für andere Politik. Der Passus hat bei mehreren "unserer Leute" (denen von der ÖPF) sprachlich für Irritation gesorgt.

Antrag L.01.0238.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238

238 ~~1. UMVERTEILEN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT~~ Arbeit und Löhne sozial gerecht

Begründung

Wo das möglich ist, sollten wir bereits in der Titelgebung den jeweils folgenden Inhalt andeuten.

Antrag L.01.0241.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	Antikapitalistische LINKE
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 241

- 239 Die Ungleichheit in der EU ist gewachsen, die Schere zwischen Arm und Reich geht
240 weiter auf. Das Versprechen, dass Europa durch die Europäische Union stärker
241 zusammenwächst, wurde nicht gehalten. Die Vertragsgrundlagen der EU, der
liberalisierte Binnenmarkt und das Euro-Regime sichern die Grundfreiheiten des freien
Handels mit Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften innerhalb der EU.
Eine Sozialunion ist nicht vorgesehen. Im Ergebnis entsteht immer mehr Ungleichheit
zwischen Kapital und Arbeit. Ungleichheit ist das Gegenteil von sozialer
242 Gerechtigkeit. Sie schließt Millionen von Menschen von einer gerechten Teilhabe
243 an der Gesellschaft aus - und die Ungerechtigkeit ist im Alltag zu spüren:

244 Arbeiten bis zur Erschöpfung in der Pflege, an der Kasse und trotzdem kaum über
245 den Monat kommen, höhere Energiekosten - aber die Konzerne freuen sich über
246 Rekordgewinne. Ungleichheit unterhöhlt die Demokratie und zerstört den
247 gesellschaftlichen Zusammenhalt in der EU. Die EU hat sich gleichwertigen
248 Lebensverhältnissen verschrieben. Die Ungleichheit zwischen den Regionen wächst
249 aber. Ungleichheit bedeutet ungleiche Löhne für die gleiche Arbeit an
250 unterschiedlichen Orten in der EU; Frauen bekommen immer noch weniger für die
251 gleiche Arbeit. Wer reich ist, belastet die Umwelt um ein Vielfaches. Wer arm
252 ist, ist häufiger krank und stirbt früher. Wer reich ist, kann sich leichter vor
253 der Steuer verstecken und hat bessere Chancen, mit Lobbyvereinen die eigenen
254 Interessen ins Parlament zu bringen.

Begründung

Es geht nicht nur um Versprechen, die nicht eingehalten wurden, sondern die Vertragsgrundlagen wollen den ungehemmten Markt, den Freihandel innerhalb der EU. Die EU ist eine Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Sozialunion war nie gewollt. In die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedsstaaten darf die EU allenfalls nachrangig eingreifen.

Antrag L.01.0256.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 256

255 Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen. DIE LINKE streitet für eine
256 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums (300 Prozent des Medianeinkommens
und über zwei Millionen Nettoprivatvermögen), damit es für ein gutes Leben für
257 alle reicht.

Begründung

Es sollte zumindest an einer Stelle im Wahlprogramm definiert werden, wer für DIE LINKE reich ist. Wir schlagen hier eine Orientierung am dreifachen Medianeinkommen vor. Zudem verlangen wir als LINKE eine Vermögensabgabe für alle Vermögen jenseits der zwei Millionen Euro.

Antrag L.01.0267.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 267 - 268

266 - Wir wollen die Beschäftigten ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen
267 stellen. Die Beschäftigten müssen an der Steuerung von Investitionen, Modernisierung
und allgemeine
268 ~~Arbeitsbedingungen müssen von den Beschäftigten selbst bestimmt~~ angemessen und
wirksam beteiligt werden. Sie
269 schaffen durch ihre Arbeit den Reichtum der Unternehmen - nicht das Management.
270 - Wir wollen den privaten Reichtum zum Öffentlichen verschieben: Hohe Vermögen
271 und Konzerngewinne müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens überall in
272 der EU beitragen. Für soziale Sicherheit und verlässliche öffentliche
273 Dienstleistungen und Strukturen, für Investitionen in den klimagerechten und
274 sozialen Umbau unserer Wirtschaft. Das ist auch ein Beitrag zu gleichwertigen
275 Lebensverhältnissen in der EU.
276 - Wir wollen den Reichtum von oben nach unten lenken: Wir wollen soziale
277 Mindeststandards durchsetzen und Armut in Europa abschaffen.

Begründung

Dass die Beschäftigten alleine und abschließend über Investitionssteuerung und Arbeitsbedingungen entscheiden, geht nur in arbeitnehmergeführten Betrieben. Und selbst dann brauchen wir auch gesellschaftliche Mitsprache.

Antrag L.01.0295.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 295

295 ~~Umverteilen für gute~~ Gute Arbeit für alle überall

Begründung

Der neue Titel entspricht mehr dem konkreten Inhalt des Unterkapitels, da es hier um Lohndumping und Arbeitsmigration geht.

Antrag L.01.0305.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Barnim, Martin Günther (Brandenburg)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 305 - 306

296 Wir streiten für gute Löhne in ganz Europa, von denen alle gut leben können.
297 Unternehmen dürfen ihre Betriebe oder Firmensitze nicht zum Lohn- und
298 Sozialdumping verlagern oder die Rechtsform wechseln, um Mitbestimmungsrechte
der

299 Beschäftigten auszuhebeln. Wir wollen gute Standards für alle in einem
300 demokratischen Europa. Wir wollen, dass Menschen sich frei in Europa bewegen
301 können - aber sie sollen nicht auswandern müssen, weil es in ihrem Herkunftsland
302 keine Arbeit oder nur zu schlechten Bedingungen gibt. Wir finden uns nicht damit
303 ab, dass sie als Billigarbeitskräfte missbraucht werden, wenn sie zum Arbeiten
304 nach Deutschland oder in andere Länder kommen. Wir haben im Europäischen
305 Parlament eine Mindestlohnrichtlinie erkämpft, ~~die einen armutsfesten Mindestlohn-~~
306 ~~ermöglicht~~. Jetzt kämpfen wir dafür, dass er in Deutschland umgesetzt wird.

Begründung

Die jetzige Mindestlohnrichtlinie orientiert sich an 60%- des jeweiligen nationalen Medianeinkommens, also an der anerkannten statistischen Armutsgefährdungsschwelle. Dies heißt keineswegs, dass Mindestlöhne auf diesem Niveau "armutsfest" sind. Insbesondere in Ost- und Südosteuropa beklagen Verbände und Gewerkschaften, dass diese Schwelle zu niedrig ist und ergänzt werden muss durch einen bedarfsorientierten Ansatz (bspw: Europe Floor Wage).

Die Änderung hier verfolgt den selben Zweck, wie die Änderungen auf Zeile 33. Die beiden Änderungen können als ein Antrag gesehen werden.

Antrag L.01.0305.2: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 305

296 Wir streiten für gute Löhne in ganz Europa, von denen alle gut leben können.
297 Unternehmen dürfen ihre Betriebe oder Firmensitze nicht zum Lohn- und
298 Sozialdumping verlagern oder die Rechtsform wechseln, um Mitbestimmungsrechte
der
299 Beschäftigten auszuhebeln. Wir wollen gute Standards für alle in einem
300 demokratischen Europa. Wir wollen, dass Menschen sich frei in Europa bewegen
301 können - aber sie sollen nicht auswandern müssen, weil es in ihrem Herkunftsland
302 keine Arbeit oder nur zu schlechten Bedingungen gibt. Wir finden uns nicht damit
303 ab, dass sie als Billigarbeitskräfte missbraucht werden, wenn sie zum Arbeiten
304 nach Deutschland oder in andere Länder kommen. Wir haben im Europäischen
305 Parlament eine Mindestlohnrichtlinie erkämpft, die einen armutsfesten gesetzlichen
Mindestlohn
306 ermöglicht. Jetzt kämpfen wir dafür, dass er in Deutschland umgesetzt wird.

Begründung

Es handelt sich hier um eine sprachliche Präzisierung. Schließlich gibt es neben dem gesetzlichen Mindestlohn zumindest in Deutschland diverse Branchenmindestlöhne. Es sollte klar werden, welchen Mindestlohn wir meinen.

Antrag L.01.0307.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 307

307 ~~Die Löhne hoch!~~ Europäischer Mindestlohn und verbindliche Tarifverträge

Begründung

Der neue Titel nimmt konkreter Bezug auf den folgenden Inhalt.

Antrag L.01.0310.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-
Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen),
weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 310

308 Mindestens 20 Millionen Menschen sind in der EU trotz Erwerbsarbeit von Armut
309 bedroht. Die EU verpflichtet die Mitgliedsstaaten mit der Mindestlohnrichtlinie,
310 bis Ende 2024 Gesetze zu erlassen für eine angemessene Höhe der gesetzlichen
Mindestlöhne und
311 ihre regelmäßige Anpassung. Als angemessener Mindestlohn gelten laut EU
312 mindestens 60 Prozent des mittleren (= Median) Stundenlohns. In Deutschland wären
313 das 2024 14,12 Euro! Die EU fordert nationale Aktionspläne zur Erhöhung der
314 Tarifbindung, wenn für weniger als 80 Prozent der Beschäftigten Tarifverträge
315 gelten. In Deutschland sind es nur etwa 50 Prozent - jede*r zweite Beschäftigte
316 hierzulande ist nicht durch einen Tarifvertrag geschützt. Mit Tarifverträgen
317 verdienen die Beschäftigten mehr und sind besser geschützt. Wir wollen dafür
318 sorgen, dass die Tarifbindung steigt!

Begründung

Es handelt sich hier um eine sprachliche Präzisierung. Schließlich gibt es neben dem gesetzlichen Mindestlohn zumindest in Deutschland diverse Branchenmindestlöhne. Es sollte klar werden, welchen Mindestlohn wir meinen.

Antrag L.01.0319.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: KV Barnim, Martin Günther (Brandenburg)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 319 - 320

- 319 - Der Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14 Euro steigen.
320 - Wir wissen, dass nicht in allen EU-Ländern ein Mindestlohn mit 60 Prozent des jeweiligen Medianlohnes existenzsichernd ist. Auf EU-Ebene setzen wir uns deshalb für einen Mindestlohn ein, der sich zusätzlich zur 60 Prozent-Schwelle des Medianlohnes am tatsächlichen Bedarf zum Leben orientiert, wie im Konzept des Europe Floor Wage.
- 321 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
- 324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der
327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
- 328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
- 329 - Werkverträge und Leiharbeit wollen wir strenger regulieren, um Lohndumping zu
330 unterbinden.
- 331 - Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
- 333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

Begründung

Die jetzige Mindestlohnrichtlinie orientiert sich an 60%- des jeweiligen nationalen Medianeinkommens, also an der anerkannten statistischen Armutsgefährdungsschwelle. Dies heißt keineswegs, dass Mindestlöhne auf diesem Niveau "armutsfest" sind. Insbesondere in Ost- und Südosteuropa beklagen Verbände und Gewerkschaften, dass diese Schwelle zu niedrig ist und ergänzt werden muss durch eine bedarfsorientierten Ansatz (bspw: Europe Floor Wage).

Antrag L.01.0319.2: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	OV Stuttgart-Bad Cannstatt
-------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 319 - 320

- 319 - Der gesetzliche Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14,5 Euro steigen,
320 und jährlich automatisch in Höhe der Inflationsrate erhöht werden.
- 321 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
- 324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der

- 327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
329 - Werkverträge und Leiharbeit wollen wir strenger regulieren, um Lohndumping zu
330 unterbinden.
331 - Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

Begründung

14 Euro sind zu niedrig. Selbst die Jusos und die AFA in der SPD fordern inzwischen 15 Euro.

Antrag L.01.0319.3: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 319

- 319 - Der gesetzliche Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14 Euro steigen.
320 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht
321 mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der
327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
329 - Werkverträge und Leiharbeit wollen wir strenger regulieren, um Lohndumping zu
330 unterbinden.
331 - Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

Begründung

Es handelt sich hier um eine sprachliche Präzisierung. Schließlich gibt es neben dem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland diverse Branchenmindestlöhne. Es sollte klar werden, welchen Mindestlohn wir meinen.

Antrag L.01.0329.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 329

- 319 - Der Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14 Euro steigen.
320 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht
321 mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der
327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
329 - Werkverträge und Leiharbeit wollen wir strenger regulieren, um Lohndumping ~~zu~~ und
unsichere Arbeitsverhältnisse zu
330 unterbinden.
331 - Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

Begründung

Etwas härtere Formulierung. (Wir wollten mal Leiharbeit verbieten.)

Antrag L.01.0329.2: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Elisabeth Wissel (Berlin · Nr. 233), Doris Hammer, Carsten Schulz, weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 329 - 331

- 319 - Der Mindestlohn muss in Deutschland auf mindestens 14 Euro steigen.
320 - Öffentliches Geld nur noch für gute Arbeit. Damit öffentliche Aufträge nicht
321 mehr an Lohndrücker und Betriebe ohne Tarifvertrag vergeben werden, muss
322 Tariftreue als Voraussetzung bei öffentlichen Aufträgen bundesweit
323 festgeschrieben werden, auch für die Subunternehmen.
324 - Wir wollen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in
325 Deutschland auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird,
326 sich Tarifverträgen zu entziehen. Tarifverträge müssen auf Antrag der
327 Gewerkschaften allgemeinverbindlich werden.
328 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
329 ~~-- Wir setzen uns dafür ein, dass Werkverträge ohne tarifliche und~~
arbeitsschutzrechtliche Absicherung an Subunternehmen und Leiharbeit ~~wollen wir~~
~~strenger regulieren, um Lohndumping zu~~
330 ~~unterbinden.~~
331 in der EU verboten werden.
- Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag (OT) in Arbeitgeberverbänden wollen wir
332 verbieten.
333 - Wir wollen die Tariftreuepflicht ins EU-Vergaberecht aufnehmen.

Begründung

Als Linke müssen wir uns konsequent für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Die Arbeitsausbeutung ist europaweit sehr groß, und viele Arbeitnehmende müssen trotz Arbeit noch Sozialleistungen beziehen. Nur Tarifverträge garantieren eine halbwegs faire Entlohnung.

Antrag L.01.0334.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 334

334 Kürzere Arbeitszeiten: Sinnvoll gestaltbare Zeit ~~für Familie~~ statt Stress ohne Ende

Zeile 335 - 350

335 Als LINKE kämpfen wir für die in Artikel 2 der europäischen Sozialcharta gefasste Verpflichtung, „die Arbeitswoche fortschreitend zu verkürzen“. Unternehmerverbände hingegen drängen in vielen europäischen Ländern auf längere
336 Arbeitszeiten für Beschäftigte. Sie wünschen sich 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-
337 Wochen und machen mobil gegen Schutzgesetze, die dem im Weg stehen. Sie
338 versuchen, das als Freiheitsgewinn zu verkaufen. Doch Freiheit heißt, dass wir
339 selbst darüber entscheiden können, wie und wofür wir unsere Zeit verwenden - und
340 nicht das Management nach seinen Profitinteressen. Deswegen streiten wir für
341 kürzere Arbeitszeiten, damit mehr Zeit für ~~Familie, Freunde, Hobbys~~ politische, soziale und kulturelle Teilhabe und Erholung
342 bleibt. In vielen Berufen sind Beschäftigte schon jetzt am Rand ihrer Kräfte. Das
343 betrifft besonders auch Pflegekräfte, Erzieher*innen und Beschäftigte in sozialen
344 Einrichtungen. Viele arbeiten deswegen in Teilzeit, auch wenn das für sie weniger
345 Geld und niedrige Renten bedeutet - und den Mangel an Fachkräften verstärkt. Mit
346 kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen werden Pflege, Erziehung und andere
347 „Mangelberufe“ attraktiver. So können genügend Fachkräfte gefunden und gehalten
348 werden. Kürzere Arbeitszeiten ~~erleichtern eines~~ erschaffen tendenziell Vollbeschäftigung, mehr gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Konjunkturbelebung. Eine gleichberechtigte und für alle komfortable Arbeitsteilung
349 bei Haushalts- und Sorgeaufgaben erstreiten wir durch die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit, die bisher hauptsächlich von Frauen erledigt w
350 ~~erden~~ ird.

Begründung

„Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als [auch] Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dieses andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozess“ (MEW 42: 599)

Antrag L.01.0334.2: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 334

334 ~~Kürzere Arbeitszeiten: Zeit für Familie statt Stress ohne Ende~~
Kinderarmut europaweit bekämpfen, Kinderrechte stärken

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Kinderarmut europaweit bekämpfen, Kinderrechte stärken" (Zeilen 573 - 586) auf diese Position (Zeilen 334ff.)

Antrag L.01.0364.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 364

364 ~~Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit~~Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich" (Zeilen 587 - 661) auf diese Position (Zeilen 364 ff.)

Antrag L.01.0365.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 365

365 Frauen verdienen erhalten in Deutschland immer noch fast ein Fünftel weniger Lohn und Gehalt als Männer.

366 Das ist einer der höchsten Verdienstunterschiede aller EU-Länder. Mit der
367 Entgelttransparenzrichtlinie verpflichtet die EU die Mitgliedsstaaten bis 2026 zu
368 Maßnahmen, um das zu ändern. Wir wollen nicht nur Transparenz, sondern

369 Gleichheit: Das deutsche Entgelttransparenzgesetz muss ein
370 Entgeltgleichheitsgesetz sein. Wir brauchen nicht nur ein Auskunftsrecht, sondern
371 stärkere Durchsetzungsrechte, um tatsächlich gleiche Bezahlung zu erreichen.
372 Zudem müssen die Löhne in sogenannten Frauenberufen steigen - dazu muss die
373 Auslagerung durch öffentliche Arbeitgeber beendet und öffentliche
374 Dienstleistungen ausreichend finanziert werden (siehe Kapitel 1, „Steuern gegen
375 Ungleichheit und für eine gute Zukunft“).

Begründung

Sprachliche Präzisierung. Frauen erhalten leider immer noch weniger Lohn und Gehalt als Männer, sie *verdienen* aber mindestens denselben Lohn oder dasselbe Gehalt.

Antrag L.01.0380.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 380

380 ~~Beschäftigte schützen in der Digitalisierung~~ Mehr öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs
Öffentliche

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Mehr öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche" (Zeilen 662 - 726) auf diese Position (Zeilen 380 ff.)

Antrag L.01.0383.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in:	BAG Netzpolitik
--------------------------	-----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 383

381 Durch die Digitalisierung von Produktionsprozessen, die Nutzung von
382 Computersystemen und Anwendungen künstlicher Intelligenz bekommt der Schutz von
383 ~~Beschäftigten~~ Beschäftigten im Plattformkapitalismus eine neue Dringlichkeit. Digitale
384 Vorgänge hinterlassen Daten, die
385 umfassende Rückschlüsse auf die Arbeitenden, Leistungs- und Verhaltenskontrollen
386 und -steuerung ermöglichen. Wir wollen die Persönlichkeitsrechte von
387 Beschäftigten schützen, unzulässige Kontrollen verhindern und Verhaltenssteuerung
388 begrenzen. Nur so können wir eine menschenwürdige Arbeitswelt erhalten und
389 ausbauen, in der digitale Anwendungen Unterstützung für Beschäftigte sind und
390 nicht nur Mittel zur Profitsteigerung der Unternehmen. Digitalisierung soll das
Leben und die Arbeit erleichtern, nicht erschweren oder dazu dienen,

Begründung

Es ist wichtig, den Plattformkapitalismus mindestens einmal im Wahlprogramm beim Namen zu nennen. Der Begriff steht als Synonym für die Entwicklungen, die wir an dieser Stelle beschreiben, und hat einen hohen Bekanntheitsgrad in der Gesellschaft.

Antrag L.01.0407.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 407

406 28 Millionen Menschen arbeiten in Europa für digitale Plattformen wie Uber,
407 Lieferando ~~und Co~~oder Amazon Mechanical Turk, unter oft prekären Bedingungen. 2025
werden es wahrscheinlich
408 bereits 43 Millionen sein. Sie sind häufig Scheinselbstständige und erhalten ihre
409 Aufträge über intransparente Algorithmen. Mit der Plattformarbeitsrichtlinie will
410 die EU Beschäftigtenrechte und soziale Absicherung für diese Arbeiten
411 sicherstellen. Die Unternehmerverbände versuchen, diese Rechte möglichst vielen
412 Beschäftigten vorzuenthalten. Wir wollen, dass die Richtlinie für alle
413 Beschäftigten umfassend umgesetzt wird, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregeln,
414 Sozialversicherungsschutz, betriebliche Mitbestimmungsrechte und das Recht auf
415 gewerkschaftliche Organisation nicht ausgehöhlt oder umgangen werden.

Begründung

Neben Fahr- und Lieferdiensten ist der Bereich des „Clickworking“ und der Onlinearbeit wichtig, der oft vergessen wird.

Antrag L.01.0422.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 422

422 ~~Solo~~selbstständige absichern Das Geld ist da: Holen wir uns den Reichtum zurück!

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Das Geld ist da: Holen wir uns den Reichtum zurück!" (Zeilen 727 - 743) auf diese Position (Zeilen 422 ff.)

Antrag L.01.0430.1: Änderungsantrag zu EWP07

Änderungsantrag zu EWP07

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 430

430 ~~Auslagerung auf Subunternehmer einschränken~~ Für starke Kommunen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Für starke Kommunen" (Zeilen 744 - 794) auf diese Position (Zeilen 430 ff.)

Antrag L.01.0443.1: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 443

443 ~~Unternehmen in die Verantwortung nehmen für die gesamte Lieferkette~~
Für ein effektives Lieferkettengesetz

Begründung

Der Begriff ist medial durchaus präsent und formuliert zudem ein konkretes Ziel, nämlich ein Gesetz, statt abstrakt Verantwortung einzufordern.

Antrag L.01.0443.2: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 443

443 ~~Unternehmen in die Verantwortung nehmen~~ Gute Arbeit für die gesamte Lieferkette
alle überall

Begründung

Umbenennung des Abschnittes "Umverteilen für gute Arbeit" ind "Gute Arbeit für alle überall" und Verschiebung des Absatzes "Gute Arbeit für alle überall" (Zeilen 295 - 306) auf diese Position (Zeilen 443 ff.)

Antrag L.01.0457.1: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 457

457 ~~Mehr Rechte für mobile-Beschäftigte~~ Europäischer Mindestlohn und ~~Saisonbeschäftigte~~
verbindliche Tarifverträge

Begründung

Umbenennung des Abschnittes "Die Löhne hoch!" ind "Europäischer Mindestlohn und verbindliche Tarifverträge" und Verschiebung des Absatzes "Europäischer Mindestlohn und verbindliche Tarifverträge" (Zeilen 307 - 333) auf diese Position (Zeilen 457 ff.)

Antrag L.01.0483.1: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 483

483 ~~Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft stärken~~
Kürzere Arbeitszeiten: Zeit für Familie statt Stress ohne Ende

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Kürzere Arbeitszeiten: Zeit für Familie statt Stress ohne Ende" (Zeilen 334 - 363) auf diese Position (Zeilen 483 ff.)

Antrag L.01.0494.1: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
--------------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 494 - 496

- 494 - Wir fordern ~~ein Mitbestimmungsrecht bei wirtschaftlichen Fragen wie~~
495 ~~Betriebsschließung, Verlagerung,~~ die Ausweitung der demokratischen Gestaltung des
Inhalts der Produktion durch die Beschäftigten. Betriebsschließungen und
496 Entlassungen.
sind zu verhindern! Solche wirtschaftsdemokratischen Schritte unternehmen wir mit
der Perspektive des demokratischen Sozialismus.
- Die deutschen Mitbestimmungsgesetze müssen auf ausländische
Unternehmensformen
497 ausgeweitet werden und auch bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) voll
498 gelten, um Mitbestimmungsflucht zu verhindern. Europäische Betriebsräte wollen
499 wir stärken.
500 - Das Streikrecht muss für alle Beschäftigten in Deutschland gewährleistet sein,
501 einschließlich der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen und für
502 Beamt*innen.
503 - Wo öffentliche Gelder an Unternehmen fließen, müssen sie mit einer Ausweitung
504 der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bzw. öffentlichem Miteigentum
505 verbunden werden.
506 - Bei Standortverlagerungen sind öffentliche Fördermittel für die Ansiedlung
507 zurückzuzahlen. Der Zeitraum, für den das gilt, muss verlängert werden.
508 - Wir wollen Genossenschaften und kollektives Eigentum an Betrieben fördern.

Begründung

„Das Wohl der Werktätigen, die Sicherung des Friedens, die Freiheit der Persönlichkeit und die Demokratie können nur dann gesichert werden, wenn der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf demokratischer Basis durch wirksamen, unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgt. [...] Dazu gehört insbesondere die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Produktion, der Kalkulation, Kontrolle und Warenverteilung. Die Entmachtung der Monopole, Kartelle und Konzerne gemäß den Potsdamer Beschlüssen ist dringend notwendig, damit eine dem Frieden dienende Nachkriegsproduktion für alle Zeiten gesichert ist.“
Beschluss der 2. Interzonenkonferenz der Deutschen Gewerkschaften, 18./19.12.1946, Hannover

Antrag L.01.0502.1: Änderungsantrag zu EWP08

Änderungsantrag zu EWP08

Antragsteller*in: LV Schleswig-Holstein

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 502 - 503

- 494 - Wir fordern ein Mitbestimmungsrecht bei wirtschaftlichen Fragen wie
495 Betriebsschließung, Verlagerung, Entlassungen.
496 - Die deutschen Mitbestimmungsgesetze müssen auf ausländische
Unternehmensformen
497 ausgeweitet werden und auch bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) voll
498 gelten, um Mitbestimmungsflucht zu verhindern. Europäische Betriebsräte wollen
499 wir stärken.
500 - Das Streikrecht muss für alle Beschäftigten in Deutschland gewährleistet sein,

501 einschließlich der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen und für
502 Beamt*innen.
503 Darüber hinaus wollen wir auf europäischer Ebene ein Recht auf politischen Streik
nach den Vorbildern einiger EU-Mitgliedsstaaten, wie z.B. Finnland, Irland und
Norwegen, verankern.
- Wo öffentliche Gelder an Unternehmen fließen, müssen sie mit einer Ausweitung
504 der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bzw. öffentlichem Miteigentum
505 verbunden werden.
506 - Bei Standortverlagerungen sind öffentliche Fördermittel für die Ansiedlung
507 zurückzuzahlen. Der Zeitraum, für den das gilt, muss verlängert werden.
508 - Wir wollen Genossenschaften und kollektives Eigentum an Betrieben fördern.

Antrag L.01.0509.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 509 - 510

509 ~~Soziale Sicherheit für alle in Europa: Umverteilen von oben nach~~
~~unten~~ Europa sozial - Reichtum umverteilen

Begründung

Kürzerer und klarerer Titel

Antrag L.01.0553.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 553

553 ~~Renten sichern!~~ Soloselbstständige absichern

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Soloselbstständige absichern" (Zeilen 422 - 429) auf diese Position (Zeilen 553 ff.)

Antrag L.01.0558.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in:

BAG Senior*innenpolitik (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 558

554 Wir streiten für ein Alter in sozialer Sicherheit überall in Europa. Jede*r
555 fünfte Rentner*in in der EU ist von Armut bedroht. Mit den Renten darf nicht an
556 den Finanzmärkten spekuliert werden, und Rentenleistungen dürfen nicht von den
557 Aktienkursen abhängig sein. Die Unternehmen wollen das Eintrittsalter in die
558 Rente nach oben verschieben. Wir stellen uns dem entgegen!

Die EU schafft Regelungen, dass in den Mitgliedsländern vor den eigentlichen Rentenerhöhungen jeweils ein Inflationsausgleich gezahlt wird, der die jeweilige Inflationsrate ausgleicht.
Dieser Inflationsausgleich soll aus Steuergeldern des jeweiligen Mitgliedslandes bezahlt werden.

Begründung

Diesen Mechanismus gibt es in einigen Ländern bereits. Da aber in anderen Ländern, wie zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland dies nicht der Fall ist, werden seit Jahren die Renten nur unterhalb der Inflationsrate erhöht.

Antrag L.01.0563.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in:

OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 563 - 567

559 - Wir wollen eine europaweite Mindestrente, die garantiert, dass alle Menschen im
560 Alter sicher vor Armut sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des
561 jeweiligen Landes liegen. Sie soll einkommens- und vermögensgeprüft sein.
562 - Die gesetzliche Rente muss europaweit den im Erwerbsleben erreichten
563 Lebensstandard sichern. Deshalb fordern wir in Deutschland ~~ein Rentenniveau von~~
564 ~~53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Wir wollen, dass die~~
565 ~~Beiträge der Arbeitgeber über denen der Beschäftigten liegen, wie es in~~
566 ~~Österreich, Schweden und Spanien bereits der Fall ist.~~
567 eine Mindestrente von 1.200 Euro und die Erhöhung des Rentenniveaus auf 70% ab 60
Jahren.
- Die europäischen Pensionskassen gehören zu den weltweit größten Investoren in
568 fossile Energien. Durch den Ausbau kapitalgedeckter Rentensysteme sind sie zu
569 renditegetriebenen Investoren geworden, die nicht nur umweltschädlich, sondern
570 auch riskant agieren. Durch die europaweite Stärkung gesetzlicher und
571 umlagebasierter Rentenkassen wollen wir die Macht der Pensionskassen
572 zurückfahren.

Begründung

Die Mindestrente von 1.200 Euro ist Beschlusslage der Partei. 53% Rentenniveau ist viel zu niedrig um "den im Erwerbsleben erreichten Lebensstandard zu sichern". Jede*r muss mit 60 Jahren abschlagsfrei in die Rente gehen können.

Antrag L.01.0564.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in: KV Kreis Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 564

559 - Wir wollen eine europaweite Mindestrente, die garantiert, dass alle Menschen im
560 Alter sicher vor Armut sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des
561 jeweiligen Landes liegen. Sie soll einkommens- und vermögensgeprüft sein.
562 - Die gesetzliche Rente muss europaweit den im Erwerbsleben erreichten
563 Lebensstandard sichern. Deshalb fordern wir in Deutschland ein Rentenniveau von
564 mindestens 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Wir wollen,
dass die
565 Beiträge der Arbeitgeber über denen der Beschäftigten liegen, wie es in
566 Österreich, Schweden und Spanien bereits der Fall ist.
567 - Die europäischen Pensionskassen gehören zu den weltweit größten Investoren in
568 fossile Energien. Durch den Ausbau kapitalgedeckter Rentensysteme sind sie zu
569 renditegetriebenen Investoren geworden, die nicht nur umweltschädlich, sondern
570 auch riskant agieren. Durch die europaweite Stärkung gesetzlicher und
571 umlagebasierter Rentenkassen wollen wir die Macht der Pensionskassen
572 zurückfahren.

Antrag L.01.0573.1: Änderungsantrag zu EWP09

Änderungsantrag zu EWP09

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 573

573 ~~Kinderarmut europaweit bekämpfen, Kinderrechte stärken~~Auslagerung auf Subunternehmer einschränken

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Auslagerung auf Subunternehmer einschränken " (Zeilen 430 - 442) auf diese Position (Zeilen 573 ff.)

Antrag L.01.0587.1: Änderungsantrag zu EWP10

Änderungsantrag zu EWP10

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 587 - 588

587 ~~Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich~~
Europäische Investitionsbremse lösen, Maastricht-Kriterien überarbeiten, einen starken öffentlichen Sektor entwickeln

Begründung

Unter der bisherigen Überschrift **Für ein starkes Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich** verbirgt sich die essentielle europapolitische Debatte gegen die Schuldenbremse durch die Maastrichts-Kriterien, in die wir von links angreifen müssen, damit die Drosselung notwendiger Investition, auch in den öffentlichen Sektor, ein Ende hat. Leider ist dies in der Überschrift nicht mehr zu erkennen, was danach Wichtiges verhandelt wird, weshalb dies dringend geändert werden muss.

Die Debatte um die Revision der Maastricht-Kriterien (inklusive Vertragsänderungen) gehört zu den wesentlichen europapolitischen Herausforderungen und es ist nicht nachvollziehbar, warum wir unsere Position nicht schon in der Überschrift klärend verkünden, sondern unsere politische Position in dieser wichtigen Debatte unter einer schwer nachvollziehbaren Verallgemeinerung verstecken.

Die Wählerinnen und Wähler wollen wissen, was wir zur europäischen Schuldenbremse sagen und warum wir sie für ökonomischen Unsinn halten, wie wir über gemeinsame Schuldenaufnahme denken und warum wir hier Anknüpfungspunkte an den Corona-Krisen-Modus durch das NextGenerationEU-Programm sehen, dass in seiner Funktionsweise verstetigt werden muss. Wenn in der EU zu einer echten Investitionspolitik kommen wollen, dann sollten wir den entscheidenden Hebel auch entsprechend hervorheben.

Antrag L.01.0624.1: Änderungsantrag zu EWP10

Änderungsantrag zu EWP10

Antragsteller*in:

Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 624

614 Die europäischen Fiskalregeln haben - wie die deutsche Schuldenbremse - sinnvolle
615 und notwendige öffentliche Investitionen verhindert. Im Zuge der Corona-Krise
616 wurden sie ausgesetzt, weil sie an der Realität gescheitert sind. Zurzeit wird
617 zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten über ihre zaghafte Reform
618 verhandelt. Das Drei-Prozent-Defizitkriterium und die 60-Prozent-
619 Schuldenstandsquote bleiben jedoch erhalten. Die Mitgliedsstaaten sollen
620 lediglich mehr Flexibilität beim Schuldenabbau haben. Die Begrenzung des Defizits
621 auf drei Prozent und die Obergrenze von 60 Prozent sind willkürlich festgelegt,
622 es gibt keine ökonomische Begründung. Wir fordern, dass sie aufgehoben und die
623 Europäischen Verträge entsprechend geändert werden, um wirksame Sozialpolitik und

624 langfristige, sozial-ökologische Investitionen zu ermöglichen!

Wir lehnen grundsätzlich eine „konstitutionelle“ Schuldenbremse ab und fordern die Abschaffung von Art. 126 AEUV. Begrenzungen bei öffentlichen Ausgaben sollte es nur geben, um zu verhindern, dass EU-Staaten durch disloyales „Überbieten“ mit Subventionen versuchen Industrien aus anderen Ländern zu sich zu holen oder geplante Projekte in ihr Land zu holen. Dieses „Überbieten“ mit Subventionen benachteiligt die finanzschwachen Mitgliedsstaaten und stärkt das Kapital.

Begründung

Der Art. 126 ist die Grundlage für die Schuldenbremse in den EU-Gründungsverträge.

Die EU behauptet von sich solidarisch zu sein. Verhindern, dass EU-Staaten durch disloyales „Überbieten“ mit Subventionen versuchen Industrien aus anderen Ländern zu sich zu holen oder geplante Projekte in ihr Land zu holen wäre die logische Schlussfolgerung.

Antrag L.01.662.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 662

662 ~~Mehr öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche~~ Rechte für mobile Beschäftigte und Saisonbeschäftigte

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Mehr Rechte für mobile Beschäftigte und Saisonbeschäftigte" (Zeilen 457 - 482) auf diese Position (Zeilen 3067 ff.)

Antrag L.01.0679.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 679

677 Das Angebot der Daseinsvorsorge ist eine Klassenfrage: Wer es sich leisten kann,
678 schickt die Kinder auf Privatschulen. Wer in der Großstadt eine Eigentumswohnung
679 kaufen kann, braucht keinen gemeinnützigen Wohnungsbau. Wer ~~SUV~~ Luxuskarosse
fährt, braucht
680 keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine öffentlichen
681 Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen sind der Kitt, der die
682 Gesellschaft zusammenhält. Sie sind entscheidend für die Lebensqualität der

683 Menschen. In den EU-Verträgen und Richtlinien darf nicht länger auf Profit und
684 Privatisierung gedrängt werden! DIE LINKE streitet für reiche öffentliche
685 Angebote mit guten Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen statt privaten
686 Reichtum und öffentlichen Mangel. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken bedeutet,
687 öffentlichen Reichtum zu schaffen. Wir holen uns die öffentliche Daseinsvorsorge
688 zurück und schaffen die Voraussetzung für ein gutes Leben für alle.

Begründung

Es gibt immer weniger (günstige) Kleinwagen auf dem Markt und selbst diese nehmen SUV-
Formen an. Für diese profitmaximierendes und unzureichendes Angebot sind die
Automobilkonzerne verantwortlich und nicht nur die Verbraucher*innen.

Antrag L.01.0701.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein- Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 701

- 690 - Der ÖPNV ist gut ausgebaut und kostenfrei in der ganzen EU. (Siehe Kapitel 3,
691 „Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“)
- 692 - Alle haben Zugang zu lokal produzierter, gemeinwirtschaftlich organisierter und
693 preiswerter Energieversorgung durch Stadtwerke und Energiegenossenschaften mit
694 sozial gestaffelten Preisen. (Siehe Kapitel 3, „Energiewende sozial gerecht statt
695 Energiemarkt“)
- 696 - Bezahlbarer Wohnraum für alle! Mehr öffentlicher Wohnraum und mehr
697 Gemeinnützigkeit auf dem Wohnungsmarkt - unser Ziel ist mindestens die Hälfte in
698 öffentlicher Hand! (Siehe Kapitel 1, „Recht auf Wohnen, klimagerecht und
699 bezahlbar für alle“)
- 700 - Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine
701 **bedarfs~~gerecht~~deckende** Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens:
702 Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in die öffentliche Hand! (Siehe Kapitel 1,
703 „Gute Gesundheit und Pflege“)
- 704 - Kommunale Sorgezentren: Hier werden zugängliche soziale Dienstleistungen
705 geschaffen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrative Hilfen.
706 Die Sorgezentren stellen auch Räume für Austausch, Verständigung und
707 Selbstorganisation bereit. Damit stärken sie das solidarische Miteinander in den
708 Nachbarschaften.
- 709 - Soziale Zentren schaffen! Wir schlagen vor, leer stehende Gewerberäume in
710 kommunale oder genossenschaftliche Hand zu überführen und als soziale Zentren zu
711 nutzen. Diese Orte sollen der Begegnung dienen und grundlegende Dienstleistungen
712 wie Post und Bank anbieten. Sie können Räume für zivilgesellschaftliche
713 Initiativen, gemeinsames Kaffeetrinken, Diskussionsrunden, Kulturveranstaltungen,
714 Beratung und vieles mehr bereithalten. Wir wollen Modelle fördern, in denen
715 mehrere Generationen zusammenwohnen. Auch Dorfläden mit Zugang zu
716 Bestellplattformen regionaler Produzent*innen sind möglich.
- 717 - Willkommen braucht Strukturen: Geflüchtete kommen in den Kommunen an - wir

718 unterstützen sie dabei, eine Willkommenskultur zu schaffen und die Geflüchteten
719 zu versorgen. Wir fordern einen EU-weiten Fonds, der Geflüchteten
720 Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen
Städten
721 hilft. (Siehe Kapitel 5, „Willkommen braucht Strukturen“)
722 - Öffentliche (Sprudel-)Wasserspender wie in Rom, Sonnencremespender wie in
723 Holland und flächendeckend kostenlose öffentliche Toiletten: Wir wollen, dass die
724 Kommunen in der Lage sind, mehr als das absolut Nötige zu schaffen.

Begründung

Es handelt sich hier um eine sprachliche Präzisierung. Darüber, was „bedarfsgerecht“ ist, kann lange gestritten werden, „bedarfsdeckend“ ist hier eindeutiger.

Antrag L.01.0722.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 722

690 - Der ÖPNV ist gut ausgebaut und kostenfrei in der ganzen EU. (Siehe Kapitel 3,
691 „Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“)
692 - Alle haben Zugang zu lokal produzierter, gemeinwirtschaftlich organisierter und
693 preiswerter Energieversorgung durch Stadtwerke und Energiegenossenschaften mit
694 sozial gestaffelten Preisen. (Siehe Kapitel 3, „Energiewende sozial gerecht statt
695 Energiemarkt“)
696 - Bezahlbarer Wohnraum für alle! Mehr öffentlicher Wohnraum und mehr
697 Gemeinnützigkeit auf dem Wohnungsmarkt - unser Ziel ist mindestens die Hälfte in
698 öffentlicher Hand! (Siehe Kapitel 1, „Recht auf Wohnen, klimagerecht und
699 bezahlbar für alle“)
700 - Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine
701 bedarfsgerechte Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens:
702 Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in die öffentliche Hand! (Siehe Kapitel 1,
703 „Gute Gesundheit und Pflege“)
704 - Kommunale Sorgezentren: Hier werden zugängliche soziale Dienstleistungen
705 geschaffen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrative Hilfen.
706 Die Sorgezentren stellen auch Räume für Austausch, Verständigung und
707 Selbstorganisation bereit. Damit stärken sie das solidarische Miteinander in den
708 Nachbarschaften.
709 - Soziale Zentren schaffen! Wir schlagen vor, leer stehende Gewerberäume in
710 kommunale oder genossenschaftliche Hand zu überführen und als soziale Zentren zu
711 nutzen. Diese Orte sollen der Begegnung dienen und grundlegende Dienstleistungen
712 wie Post und Bank anbieten. Sie können Räume für zivilgesellschaftliche
713 Initiativen, gemeinsames Kaffeetrinken, Diskussionsrunden, Kulturveranstaltungen,
714 Beratung und vieles mehr bereithalten. Wir wollen Modelle fördern, in denen
715 mehrere Generationen zusammenwohnen. Auch Dorfläden mit Zugang zu
716 Bestellplattformen regionaler Produzent*innen sind möglich.
717 - Willkommen braucht Strukturen: Geflüchtete kommen in den Kommunen an - wir
718 unterstützen sie dabei, eine Willkommenskultur zu schaffen und die Geflüchteten
719 zu versorgen. Wir fordern einen EU-weiten Fonds, der Geflüchteten

720 Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen
Städten
721 hilft. (Siehe Kapitel 5, „Willkommen braucht Strukturen“)
722 - Öffentliche (~~Sprudel-)Wasserspender~~Wasserspender wie in Rom,
Sonnencremespender wie in
723 Holland und flächendeckend kostenlose öffentliche Toiletten: Wir wollen, dass die
724 Kommunen in der Lage sind, mehr als das absolut Nötige zu schaffen.

Begründung

Ist Sprudelwasser nicht eine sehr deutsche Sache? Trinkwasser ohne Sprudel reicht.

Antrag L.01.0727.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 727

727 ~~Das Geld ist da: Holen wir uns den Reichtum zurück!~~Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb
und in der Wirtschaft stärken

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der
Wirtschaft stärken" (Zeilen 483 -508) auf diese Position (Zeilen 3067 ff.)

Antrag L.01.0729.1: Änderungsantrag zu EWP11

Änderungsantrag zu EWP11

Antragsteller*in:	OV Stuttgart-Bad Cannstatt
--------------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 729 - 731

728 Die EU hat darauf hingewirkt, öffentliches Eigentum aufzulösen und dem Markt
729 zuzuführen. Wir wollen ~~öffentliches Eigentum und die Orientierung am Gemeinwohl-~~
730 ~~in~~mehr öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen. Strukturbestimmende
Großbetriebe der ~~Daseinsvorsorge stärken. Öffentliches Eigentum muss auch~~
~~bedeuten: Sozial-~~
731 ~~verträgliche Preise und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften~~Wirtschaft wollen wir in
demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches
Eigentum überwinden.

Begründung

So steht es im Erfurter Programm auf Seite 30. Dahinter gibt es kein Zurück.

Antrag L.01.0744.1: Änderungsantrag zu EWP12

Änderungsantrag zu EWP12

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 744

744 ~~Für starke Kommunen~~Kreatives Europa

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Kreatives Europa" (Zeilen 3787 - 3810) auf diese Position (Zeilen 744 ff.)

Antrag L.01.0795.1: Änderungsantrag zu EWP12

Änderungsantrag zu EWP12

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 795

795 ~~Recht auf Wohnen, klimagerecht und bezahlbar für alle!~~

3. Solidarische Migrationspolitik

Begründung

In Anbetracht aktueller Debatten sowie des Vorschlags zur Europawahl-Liste sollte das Thema Migration nicht nur unter ferner liefen auftauchen, sondern verdient ein eigenes Kapitel. Der Titel macht hierbei deutlich, dass Migration aus Sicht der LINKEN nur solidarisch zu behandeln ist, womit wir uns deutlich positionieren.

Antrag L.01.0807.1: Änderungsantrag zu EWP12

Änderungsantrag zu EWP12

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 807

807 ~~Unser Zuhause, nicht eure Profite~~ Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa" (Zeilen 3588 - 3615) auf diese Position (Zeilen 807 ff.)

Antrag L.01.0820.1: Änderungsantrag zu EWP12

Änderungsantrag zu EWP12

Antragsteller*in: Caren Nicole Lay (Sachsen · Nr. 123)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 820 - 832

814 - Die Förderpolitiken der EU und ihrer Mitgliedsstaaten müssen darauf
815 ausgerichtet werden, das Recht auf klimagerechten, bezahlbaren Wohnraum zu
816 verwirklichen. Wir wollen Immobilienfonds und -konzernen den Boden entziehen.
817 Konzernen wollen wir ihre Geschäftsgrundlage, Fonds ihre Börsenzulassung nehmen.
818 Steuervorteile für Immobilieninvestor*innen und -unternehmen, wie zum Beispiel
819 Share Deals, müssen flächendeckend abgeschafft werden.

820 - Pensions- und andere Fonds sowie große institutionelle Investoren investieren
Milliarden in Wohnraum und spekulieren auf hohe Renditen. Das kurbelt die
Mietpreisspirale weiter an. Wir wollen ein Investitionsverbot von Fonds in Wohnraum
und Wohnungsunternehmen. Keine Profite mit der Miete.

- Mit Immobilien wird inzwischen international gehandelt. Internationale Investoren
drängen zunehmend auf den Immobilienmarkt, kaufen Immobilien zum Teil
unbesehen und treiben die Preise in die Höhe. Die Mitgliedsstaaten sollen das Recht
erhalten, den Immobilienerwerb an den Hauptwohnsitz zu koppeln.

- Wir unterstützen Initiativen zur Vergesellschaftung von großen
821 Immobilienkonzernen: In Deutschland überführen wir Wohnraum in Anstalten
822 öffentlichen Rechts, andere Länder haben dafür andere Rechtsgrundlagen. Die EU
823 darf Enteignung von Wohnungskonzernen nicht unterbinden.

824 - Airbnb und Co. wollen wir den Boden entziehen. Überall in Europa wird Wohnraum
825 für Ferienunterkünfte missbraucht. Das wollen wir verhindern. Für
826 nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine faire
827 Alternative schaffen („Fairbnb“). Die Zweckentfremdung von ganzen Wohnungen oder
828 Häusern wollen wir verbieten. Das sichert Wohnraum dort, wo er besonders knapp
829 ist: in nachgefragten Städten und Regionen.

830 - Gegen Immobilien- und Bodenpreisspekulation: Leerstand und
831 Immobilienspekulation müssen wie in Spanien verpflichtend der Vermietung
832 zugeführt werden.

- Der Immobiliensektor ist besonders attraktiv für Geldwäsche und Steuervermeidung.
Durch transparente Besitzverhältnisse wollen wir die Steuerschlupflöcher auf den
Immobilienmärkten schließen.

Begründung

Konkretisierungen und Ergänzungen des bisherigen Programmentwurfs.

Antrag L.01.0833.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 833

833 ~~Gemeinnützigen Wohnraum stärken!~~ Menschen retten: Legale Fluchtwege

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Menschen retten: Legale Fluchtwege" (Zeilen 3616 - 3648) auf diese Position (Zeilen 833 ff.)

Antrag L.01.0850.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in: LV Schleswig-Holstein

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 850 - 851

836 - Gemeinnütziger Wohnraum wird dezentral vor Ort geschaffen: Kommunen,
837 Genossenschaften und selbstverwaltete Wohnprojekte müssen dabei rechtlich und
838 finanziell von der EU unterstützt werden. Wir ändern das EU-Beihilferecht, sodass
839 die Bevorzugung von gemeinnützigem Wohnraum nicht mehr von der EU behindert
wird.

840 - Wir wollen die Kommunen finanziell dabei unterstützen, dezentral Wohnraum zu
841 erwerben und gemeinnützig zu bewirtschaften. Hierfür wollen wir einen
842 europäischen Kommunalisierungsfonds schaffen. Auf den können die Kommunen
843 zugreifen und so die öffentliche Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand holen.
844 In Deutschland können damit Wohnungsbestände von Immobilienkonzernen
übernommen
845 werden. In anderen europäischen Ländern können Eigenheimbesitzer*innen
846 unterstützt werden, die wegen steigender Zinskosten von Zwangsräumungen bedroht
847 sind.

848 - Sozialer Wohnungsbau darf nicht genutzt werden, um private Investor*innen zu
849 subventionieren. Der Bau von Sozialwohnungen muss dauerhaft in die Hand

850 gemeinnütziger Akteure gelegt werden.

851 Dazu gehört auch, dass die Sozialbindung der so entstandenen Wohnungen
fortwährend bestehen bleibt. Einmal gefördert, immer gefördert!

- Wir schaffen Förderprogramme der Europäischen Investitionsbank für
852 gemeinnützigen Wohnraum und passen die Regelungen im Stabilitäts- und
853 Wachstumspakt an, sodass Investitionen in gemeinnützigem Wohnraum nicht auf
854 Schulden angerechnet werden.

Antrag L.01.0855.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 855

855 ~~Mieten und bezahlbarer Wohnraum~~ Asyl als Grundrecht - ohne Einschränkungen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Asyl als Grundrecht - ohne Einschränkungen" (Zeilen 3649 - 3686) auf diese Position (Zeilen 855 ff.)

Antrag L.01.0862.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 862 - 865

862 ~~-Wir wollen verbindliche Mietobergrenzen und ein Verbot von Indexmietverträge in~~
863 ~~der ganzen EU~~ Mit Mieten dürfen keine Profite gemacht werden. Deshalb fordern wir die
Abschaffung des Profitanteils durch eine reglementierte und kontrollierte
864 Kostenmiete. Das bremst auch den Bau von Luxusapartments - wir brauchen mehr
bezahlbaren Wohnraum!
865 Wir fordern die Überführung aller Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen
in Gemeineigentum durch Enteignung. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionäre
geben. Die enteigneten Wohnungsunternehmen müssen nach dem Modell des Berliner
Volksentscheids zur Enteignung durch demokratische gewählte Vertreterinnen der
Belegschaft, der MieterInnen und der Allgemeinheit demokratisch verwaltet und
kontrolliert werden. Gewählte Gremien tagen öffentlich und sind
rechenschaftspflichtig.
- Ein großer gemeinnütziger Wohnungssektor hält die Mieten bezahlbar - wie etwa
866 in Wien. Um der Wohnungskrise endlich entgegenzuwirken, müssen die Investitionen
867 in den bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden und in den
868 Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors fließen.
869 - Sicher vor Kündigung: Wir fordern Dauermietverträge in ganz Europa als
870 effektiven Kündigungsschutz.

Antrag L.01.0871.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 871

871 ~~Wohnraum schaffen gegen Obdachlosigkeit~~ Willkommen braucht Strukturen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Willkommen braucht Strukturen" (Zeilen 3687 - 3707) auf diese Position (Zeilen 871 ff.)

Antrag L.01.0889.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in:	OV Stuttgart-Bad Cannstatt
-------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 889

876 - Wichtigstes Mittel gegen Obdachlosigkeit ist ein EU-weites Verbot von
877 Zwangsräumungen: Niemand darf auf die Straße gesetzt werden! Das Grundrecht auf
878 Wohnen muss von der EU und allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.
879 - Es braucht eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Sie muss
880 gleichberechtigten Zugang zu Hilfsangeboten, Gesundheitsversorgung und
881 Sozialleistungen ermöglichen. Obdachlose Menschen mit ausländischer
882 Staatsbürgerschaft dürfen nicht diskriminiert werden!
883 - Housing First! Wohnungs- und obdachlosen Menschen sollen zuerst eigene
884 Mietwohnungen vermittelt werden. Das bildet den Grundstein für andere soziale
885 Leistungen wie Suchthilfe oder Arbeitssuche.
886 - Wohnungen statt Lager - keine menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten
887 in Sammelunterkünften! Die dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung muss
888 in der ganzen EU zum Standard werden! (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der
889 Demokratie: Keine Festung Europa“)

Zur Beseitigung der Wohnungslosigkeit muss der immense spekulative Leerstand bei Wohnungen, Büros und anderen Gewerberäumen beschlagnahmt und für Wohnzwecke zur Verfügung und gegebenenfalls umgenutzt werden.

Antrag L.01.0890.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
-------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 890

890 ~~Sozial gerechte ökologische Modernisierung~~

4. Sozial gerechte Klimawende

Begründung

Der Entwurf enthält viele klimapolitische Positionen, wobei diese so zahlreich sind, dass sie es erlauben, einen jeweils strukturierenden Fokus herauszuarbeiten. Mit den thematischen Blöcken zur a) Energie- und Wärmewende, b) der Verkehrswende sowie c) dem Umwelt- und Tierschutz adressieren wir drei essenzielle Kategorien aktueller wie zeitloser Debatten in diesem Segment. Durch die Umbenennung des Kapitels machen wir zudem deutlich, dass wir die entsprechenden Transformationen sozialpolitisch ausgestalten. Die Position des Kapitels ergibt sich ähnlich wie bei AA 7 aus den aktuellen Bezügen.

Antrag L.01.0924.1: Änderungsantrag zu EWP13

Änderungsantrag zu EWP13

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 924

891 Der Gebäudesektor ist für einen Großteil der CO₂-Emission verantwortlich:
892 Bestandssanierungen und Wärmewende sind deshalb dringend. Für eine sozial
893 gerechte Wärmewende braucht es gesellschaftliche Kontrolle - ansonsten finden
894 Immobilienkonzerne immer Wege, um die Miete zu erhöhen.

895 - In Deutschland muss die Modernisierungumlage abgeschafft werden, damit die
896 Kosten nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden können.
897 - Kein öffentliches Geld an Immobilienhaie: Wir wollen, dass Förderung an klare
898 soziale und ökologische Kriterien gekoppelt wird. Ein gemeinnütziger
899 Wohnungssektor garantiert die sozial gerechte Wärmewende.
900 - Die Einbeziehung des Gebäudesektors in den Europäischen Emissionshandel ETS 2.0
901 lehnen wir ab, denn eine pauschale Bepreisung ist sozial ungerecht. Mieter*innen
902 haben keinen Einfluss auf Heizung und Sanierung ihrer Wohnung. Der vorgeschlagene
903 Klimasozialfonds ist zu niedrig ausgestattet und muss aufgestockt werden. Die
904 Gelder wollen wir für die Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungssektors
905 einsetzen.
906 - Bei der Novelle der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) unterstützen wir EU-
907 Mindestenergiestandards (MEPS), bei denen jene Gebäude zuerst sanieren werden
908 müssten, die den schlechtesten Energiestandard aufweisen. Konzerne und
909 Vermieter*innen werden verpflichtet, die am schlechtesten gedämmten Gebäude zu
910 sanieren. Da in schlecht sanierten Häusern überdurchschnittlich viele Gering- und
911 Durchschnittsverdienende leben, ließen sich solche Sanierung mit hohen
912 Treibhausgaseinsparungen ganz praktisch mit Alltagsverbesserungen für diejenigen
913 verbinden, die diese am meisten brauchen.
914 - Lösungen im Bestand statt Neubauten! „Bauen, Bauen, Bauen“ ist nicht nur
915 wirkungslos gegen zu hohe Mieten, sondern auch unökologisch: Es werden zu teure
916 Wohnungen gebaut und Flächen versiegelt. Lösungen im Bestand müssen Vorrang
917 haben. Wo Wohnraum knapp ist, muss er auch in Neubauten bezahlbar sein. Beim
918 Neubau sollen nachhaltige Baustoffe eingesetzt werden. Dazu gehören

919 Recyclingmaterialien und Holz.
920 - Die Wärmewende muss vor Ort gemeinschaftlich umgesetzt werden und ist Teil der
921 öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kommunen erarbeiten Wärmepläne und setzen
922 Lösungen auf Siedlungsebene um - mit Wärmenetzen, die von Genossenschaften oder
923 Stadtwerken betrieben werden. Der Fokus der Wärmewende muss auf Wärmepumpen
924 und Wärmenetzen liegen. Dazu dürfen die Kosten für den Endverbraucher oder die
Endverbraucherin bei der Anschaffung einer Wärmepumpe nicht über die Kosten für
den Einbau einer neuen Gasheizung hinausgehen. „Grüner Wasserstoff“ ist im
Wärmebereich ineffizient und
925 teuer und kann deshalb keine Lösung sein.
926 - Ein EU-Fonds für die Wärmewende muss geschaffen werden, auf den Kommunen
927 zugreifen können und damit vor Ort gemeinsam mit den Bürger*innen kommunale
928 Wärmeplanung und energetische Sanierungen durchführen und unterstützen können.
929 - Sozial-ökologische Modernisierung kann zum Jobmotor werden und
Hunderttausende
930 Arbeitsplätze schaffen: Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, höhere Löhne
931 und eine Ausbildungs-offensive ein, statt EU-weitem Dumping bei Handwerkerlöhnen!

Begründung

Im Gegensatz zu den Grünen wollen wir die Wärmewende sozial gerecht gestalten. Das sollte auch im Programm deutlich werden. Dazu kann die Forderung in den Raum gestellt werden, dass mitsamt aller Förderungen der Einbau einer Wärmepumpe nicht teurer sein darf, als eine neue Gasheizung, um auch entsprechende Anreize für den Einbau neuer Wärmepumpen zu setzen.

Antrag L.01.0947.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 947

947 ~~Gute Gesundheit~~Für eine europäische Energie- und PflegeWärmewende

Begründung

Der Entwurf enthält viele klimapolitische Positionen, wobei diese so zahlreich sind, dass sie es erlauben, einen jeweils strukturierenden Fokus herauszuarbeiten. Mit den thematischen Blöcken zur a) Energie- und Wärmewende, b) der Verkehrswende sowie c) dem Umwelt- und Tierschutz adressieren wir drei essenzielle Kategorien aktueller wie zeitloser Debatten in diesem Segment. Durch die Umbenennung des Kapitels machen wir zudem deutlich, dass wir die entsprechenden Transformationen sozialpolitisch ausgestalten. Die Position des Kapitels ergibt sich ähnlich wie bei AA 7 aus den aktuellen Bezügen.

Antrag L.01.0962.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 962

948 Alle Menschen in der EU müssen ein Recht auf und Zugang zu guter
949 Gesundheitsversorgung haben. Tatsächlich aber ist der Zugang zu Gesundheit
950 ungleich: Wer arm ist, leidet häufiger an chronischen Krankheiten und
951 Behinderungen. Menschen in ärmeren Mitgliedsstaaten sterben im Schnitt fast zehn
952 Jahre früher. Mit hohem Bildungsniveau in Italien kann man im Durchschnitt ein 17
953 Jahre längeres Leben erwarten als in Estland mit niedriger Bildung. Markt und
954 Profitstreben sind schlechte Ordnungsprinzipien in der Gesundheitspolitik.
955 Rechtsakte der EU in der Gesundheitspolitik dürfen nicht auf den Prinzipien des
956 freien Handels und des Wettbewerbs fußen. Die Gesundheitspolitik der
957 Mitgliedsstaaten darf durch diese Prinzipien nicht eingeschränkt werden. Als Teil
958 der öffentlichen Daseinsvorsorge wollen wir dem Binnenmarkt und dem EU-
959 Wettbewerbsrecht Pflege und Gesundheit entziehen (Siehe Kapitel 1, „Mehr
960 öffentlicher Reichtum: Vorfahrt fürs Öffentliche“). Wir wollen eine Versorgung,
961 die sich nach dem Bedarf der Menschen richtet, nicht nach der Profitabilität
962 ihrer Behandlung.

Private Krankenhaus- und Pflegekonzerne sowie Pharma- und Medizingeräteindustrie müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden.

Begründung

Nur so kann die Profitproduktion im Gesundheitswesen mit ihren katastrophalen Folgen für die Beschäftigten und PatientInnen gestoppt werden.

Antrag L.01.0996.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 996

976 - Wer sich in einem anderen Mitgliedsstaat aufhält und dort gesundheitliche
977 Versorgung benötigt, muss sie erhalten - unabhängig davon, ob beschäftigt,
978 erwerbslos oder im Ruhestand. Der Zugang zu Gesundheitssystemen anderer EU-
979 Staaten muss über die EHIC (European Health Insurance Card) niedrighschwellig und
980 diskriminierungsfrei sichergestellt sein.
981 - EU-Bürger*innen, die in ein anderes EU-Land ziehen, dürfen nicht von Leistungen
982 ausgeschlossen werden. Das muss durch EU-Recht verhindert werden. DIE LINKE
983 fordert, dass diese Benachteiligung in Deutschland abgeschafft wird.
984 - Es müssen europaweit Informations-, Beratungs- und Clearingstellen eingerichtet
985 werden, um Gesundheitsangebote und Krankenversicherungsvorgaben bzw. Wege in
986 eine Krankenversicherung zu erläutern.
987 - Es müssen europaweit Gesundheitsversorgungsstellen auf Rastplätzen eingerichtet
988 werden. Sie sollen v. a. LKW-Fahrer*innen und Bus-Fahrer*innen gesundheitliche

989 Beratung und Behandlung von berufsspezifischen Beschwerden anbieten.
990 - Gerade in benachteiligten Stadtvierteln sind Gesundheitsversorgungsangebote
991 nötig. Diese Angebote sollten inter- und multidisziplinär ausgerichtet sein, d.
992 h. verschiedene medizinische ärztliche Disziplinen beinhalten. Sie sollen auch
993 Zugänge zu Krankenpflege, Altenpflege und Geburtshilfe sowie zu sozialer Arbeit
994 ermöglichen.
995 - Der ambulante Versorgungsbereich für Menschen mit psychischen Krankheiten muss
996 europaweit flächendeckend aufgebaut werden.
- Für einen Urlaub in EU-Staaten sollen die Pflegekosten für bis zu sechs Wochen durch die gesetzliche Pflegeversicherung übernommen werden.

Begründung

Bundestagswahlprogramm 2017: "Für einen Urlaub in EU-Staaten sollen die Kosten für Pflegesachleistungen, Verhinderungspflege und Pflegehilfsmittel für bis zu sechs Wochen durch die gesetzliche Pflegeversicherung übernommen werden."
(Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE Kreis Soest 26.10.2023)

Antrag L.01.0997.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 997

997 ~~Aus der Pandemie lernen~~So geht's gerecht

Begründung

Verschiebung des Absatzes auf diese Position

Antrag L.01.1002.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
--------------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1002

998 Die Coronapandemie hat es gezeigt: Ein auf Profit getrimmtes Gesundheitswesen
999 ohne Reserven ist im Ernstfall überfordert. Die Krankenhäuser arbeiten schon im
1000 Normalbetrieb am Limit. Die beste Pandemievorsorge ist deshalb, das
1001 Gesundheitswesen bedarfsgerecht und auskömmlich zu finanzieren und den
1002 Pflegenotstand zu beenden. Statt die Grundrechte massiv einzuschränken und autoritär auf die Herrschaft mit der Angst zu setzen, wirken wir als Zivilgesellschaft mit Aufklärung und der Wahrnehmung unserer demokratischen Grundrechte, um auch die

sozialen Grund- und Menschenrechte vollumfänglich zu verwirklichen. Denn Menschen in Armut, mit niedrigen Einkommen, Kinder,

1003 Alte und Kranke haben unter der Pandemie besonders gelitten. Das darf sich nicht
1004 wiederholen. Auch auf EU-Ebene braucht es deshalb eine bessere Vorsorge.

1005 Regionale Kooperationen über Landesgrenzen hinweg sollten ausgebaut werden. Das
1006 macht unsere Versorgungssysteme auch im Katastrophenfall reaktionsfähiger.

Begründung

Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Antrag L.01.1019.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1018 - 1019

1007 - Wir wollen EU-weit eine gut organisierte Vorratshaltung für Schutzmasken, -
1008 kleidung und Hygieneartikel, damit alle Menschen unabhängig vom Einkommen
1009 bestmöglich geschützt werden können und Ärzt*innen sowie Pflegekräfte mit der
1010 nötigen Ausrüstung ausgestattet sind.

1011 - Wir setzen uns für ein EU-weites Monitoring im Pandemiefall ein, nach
1012 einheitlichen Standards.

1013 - Die Pandemie ist für viele Menschen noch nicht vorbei: Long Covid und Post-Vac-
1014 Syndrom müssen weiter erforscht und die Betroffenen unterstützt werden.

1015 - Es braucht einen europäischen Pandemierat, in dem auch Vertreter*innen von
1016 Zivilgesellschaft und Gewerkschaften vertreten sind, um die Verhältnismäßigkeit
1017 staatlichen Handelns im Falle einer Pandemie zu wahren. Dazu gehört es, strenge

1018 **Kriterien für Grenzsicherungen im Pandemiefall zu entwickeln-**

1019 und die Aushebelung von Grundrechten zu verhindern.

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass globale Pandemien auch global solidarisch
1020 bekämpft werden und ärmere Länder unterstützt werden. Damit die
1021 Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig ist, muss sie besser durch die
1022 Mitgliedsstaaten finanziert werden. Es braucht strengere Regeln, um die
1023 Beeinflussung durch Konzerne und Lobbyverbände zu unterbinden.

1024 - Patente können tödlich sein. Wir wollen eine öffentlich finanzierte Impfstoff-
1025 Forschung mit geistigen Eigentumsrechten (z. B. Patenten) in öffentlicher Hand,
1026 damit lebenswichtige Impfstoffe allen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die
1027 Produktion und Verteilung lebensrettender Impfstoffe darf nicht den
1028 Profitinteressen einzelner Pharmaunternehmen untergeordnet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.1025.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1025

1007 - Wir wollen EU-weit eine gut organisierte Vorratshaltung für Schutzmasken, -
1008 kleidung und Hygieneartikel, damit alle Menschen unabhängig vom Einkommen
1009 bestmöglich geschützt werden können und Ärzt*innen sowie Pflegekräfte mit der
1010 nötigen Ausrüstung ausgestattet sind.
1011 - Wir setzen uns für ein EU-weites Monitoring im Pandemiefall ein, nach
1012 einheitlichen Standards.
1013 - Die Pandemie ist für viele Menschen noch nicht vorbei: Long Covid und Post-Vac-
1014 Syndrom müssen weiter erforscht und die Betroffenen unterstützt werden.
1015 - Es braucht einen europäischen Pandemierat, in dem auch Vertreter*innen von
1016 Zivilgesellschaft und Gewerkschaften vertreten sind, um die Verhältnismäßigkeit
1017 staatlichen Handelns im Falle einer Pandemie zu wahren. Dazu gehört es, strenge
1018 Kriterien für Grenzschießungen im Pandemiefall zu entwickeln.
1019 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass globale Pandemien auch global solidarisch
1020 bekämpft werden und ärmere Länder unterstützt werden. Damit die
1021 Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig ist, muss sie besser durch die
1022 Mitgliedsstaaten finanziert werden. Es braucht strengere Regeln, um die
1023 Beeinflussung durch Konzerne und Lobbyverbände zu unterbinden.
1024 - Patente können tödlich sein. Wir wollen eine öffentlich finanzierte Impfstoff-
1025 Forschung mit ~~geistigen Eigentumsrechten~~ Rechten (z. B. Patenten) in öffentlicher
Hand,
1026 damit lebenswichtige Impfstoffe allen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die
1027 Produktion und Verteilung lebensrettender Impfstoffe darf nicht den
1028 Profitinteressen einzelner Pharmaunternehmen untergeordnet werden.

Begründung

Hier geht es um Immaterialgüterrechte, der Begriff ist etwas akademisch daher empfiehlt es sich, hier schlicht von „Rechten“ zu sprechen. Geistiges Eigentum an Patenten lehnt DIE LINKE hingegen ab.

Antrag L.01.1028.1: Änderungsantrag zu EWP14

Änderungsantrag zu EWP14

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1028

1007 - Wir wollen EU-weit eine gut organisierte Vorratshaltung für Schutzmasken, -
1008 kleidung und Hygieneartikel, damit alle Menschen unabhängig vom Einkommen
1009 bestmöglich geschützt werden können und Ärzt*innen sowie Pflegekräfte mit der
1010 nötigen Ausrüstung ausgestattet sind.
1011 - Wir setzen uns für ein EU-weites Monitoring im Pandemiefall ein, nach
1012 einheitlichen Standards.
1013 - Die Pandemie ist für viele Menschen noch nicht vorbei: Long Covid und Post-Vac-

1014 Syndrom müssen weiter erforscht und die Betroffenen unterstützt werden.
1015 - Es braucht einen europäischen Pandemierat, in dem auch Vertreter*innen von
1016 Zivilgesellschaft und Gewerkschaften vertreten sind, um die Verhältnismäßigkeit
1017 staatlichen Handelns im Falle einer Pandemie zu wahren. Dazu gehört es, strenge
1018 Kriterien für Grenzschließungen im Pandemiefall zu entwickeln.
1019 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass globale Pandemien auch global solidarisch
1020 bekämpft werden und ärmere Länder unterstützt werden. Damit die
1021 Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig ist, muss sie besser durch die
1022 Mitgliedsstaaten finanziert werden. Es braucht strengere Regeln, um die
1023 Beeinflussung durch Konzerne und Lobbyverbände zu unterbinden.
1024 - Patente können tödlich sein. Wir wollen eine öffentlich finanzierte Impfstoff-
1025 Forschung mit geistigen Eigentumsrechten (z. B. Patenten) in öffentlicher Hand,
1026 damit lebenswichtige Impfstoffe allen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die
1027 Produktion und Verteilung lebensrettender Impfstoffe darf nicht den
1028 Profitinteressen einzelner Pharmaunternehmen untergeordnet werden.

[Deshalb wollen wir auch die Pharmakonzerne in öffentliches gemeinnütziges Eigentum überführen.](#)

Begründung

Eine öffentlich finanzierte Impfstoffforschung kann nur der erste Schritt zu einer besseren Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen sein. Gerade die Pandemie hat gezeigt, dass die Überführung der Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum dringend notwendig ist.

Antrag L.01.1064.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1064

1064 ~~Kostenlose und qualifizierte Psychotherapie~~ Energiewende sozial gerecht statt Energiemarkt

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Energiewende sozial gerecht statt Energiemarkt](#)" (Zeilen 1979 - 2031) auf diese Position (Zeilen 1064 ff.)

Antrag L.01.1071.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1071

1065 Knapp 40 Prozent der EU-Bürger*innen leiden an einer psychischen Erkrankung. Das
1066 sind über 200 Millionen Menschen. Nur die Hälfte von ihnen bekommt eine
1067 angemessene Behandlung. In keinem Land der EU gibt es genug psychotherapeutische
1068 Versorgung. Marginalisierte Gruppen wie Arme oder Migrant*innen sind davon
1069 besonders betroffen. Sie haben durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein
1070 höheres Risiko, psychisch zu erkranken. Durch die multiplen Krisen erhöht sich
1071 dieses Risiko für viele Menschen. Sie geraten durch die Erkrankung in Armut und Not.In
der EU gibt es weder eine einheitlich
1072 geregelte Berufsbezeichnung für Psychotherapeut*innen noch eine durchgängige
1073 Kostenübernahme durch Krankenversicherungen.

Begründung

Nicht nur ein höheres Erkrankungsrisiko für Arme. Auch umgekehrt: Krankheit macht Arm.

Antrag L.01.1081.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1081

1081 ~~Sichere~~Kampf gegen Energiearmut und ~~kostengünstige Arzneimittelversorgung~~Energiesperren

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Kampf gegen Energiearmut und Energiesperren"](#) (Zeilen 2032 - 2045) auf diese Position (Zeilen 1081 ff.)

Antrag L.01.1104.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1104

1104 ~~Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS)~~Wärmewende sozial gerecht

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Wärmewende sozial gerecht"](#) (Zeilen 2046 - 2045) auf diese Position (Zeilen 1104 ff.)

Antrag L.01.1119.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:

BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1119 - 1126

1115 - DIE LINKE fordert gemeinsam mit deutschen und europäischen Datenschutz- und
1116 Patient*innen-Organisationen, dass die EU-Verordnung so überarbeitet wird, dass
1117 die ärztliche Schweigepflicht, individuelle Persönlichkeitsrechte wie der Schutz
1118 der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt
1119 ~~sind.~~
1120 ~~- DIE LINKE lehnt jede kommerzielle Nutzung der EU-Gesundheitsdaten ab. Die in~~
~~sind.~~
~~- Die in~~ den elektronischen Patient*innen-Akten gespeicherten Daten ~~sind Eigentum~~
~~der~~
1122 ~~europäischen Bürger*innen. Sie müssen ohne Einschränkungen selbst darüber~~
1123 ~~entscheiden können, ob und wie ihre Daten über individuelle gesundheitliche~~
1124 ~~Maßnahmen hinaus verwendet werden dürfen. Die EU darf die Daten der Bürger*innen~~
1125 ~~nicht dafür nutzen, den Markt keine Handelsware für Gesundheitsdaten anzuheizen.~~
1126 Profitzwecke der Datenwirtschaft sein. Ihre Nutzung muss dem Gemeinwohl und der
nichtkommerziellen Forschung in einem solidarischen Gesundheitssystem dienen. Um
ihre Persönlichkeitsrechte wahrzunehmen, müssen Patient*innen unter
Gewährleistung echter Wahlfreiheit selbst darüber entscheiden können, ob und wie
Daten über individuelle gesundheitliche Maßnahmen hinaus verwendet werden.
- Der Europäische Gesundheitsdatenraum darf ausschließlich zur Weiterentwicklung
1127 und Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bürger*innen in ganz Europa
1128 dienen. Das entspricht der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte
1129 und der Datenschutzgrundverordnung.

Begründung

Es war von Dateneigentum die Rede, wir lehnen als LINKE aber die Auffassung davon ab, dass es Dateneigentum gibt (siehe auch Seite 43 unten im EU-Wahlprogrammmentwurf). Zugangs- und Nutzungsbeschränkungen sollten sich aus dem Persönlichkeitsrecht ergeben, nicht aus Eigentumsrechten. Andernfalls hätten Daten per Definition die Eigenschaft, potentiell kommerziell handelbar zu sein. Diese Grundlage sollte erst gar nicht geschaffen werden.

Antrag L.01.1130.1: Änderungsantrag zu EWP15

Änderungsantrag zu EWP15

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1130

1130 ~~Drogen-entkriminalisieren~~[Die Zukunft ist erneuerbar](#)

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Die Zukunft ist erneuerbar" \(Zeilen 2075 - 2126\)](#)" auf diese Position (Zeilen 1130 ff.)

Antrag L.01.1145.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1145

~~1145 [Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft](#)~~

[Verkehrswende jetzt!](#)

1146

[Mehr Mobilität mit weniger Verkehr](#)

Begründung

Erstellung des Unterkapitel "Verkehrswende jetzt!" und Verschiebung des Absatzes "["Mehr Mobilität mit weniger Verkehr" \(Zeilen 2192 - 2216\)](#)" auf diese Position (Zeilen 1145 ff.)

Antrag L.01.1171.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:	Bewegungslinke
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1171

1153 Gleichzeitig haben viele Regierungen in der EU die Steuern für Vermögen und

1154 Gewinne von Unternehmen abgesenkt - auch in Deutschland. Menschen mit niedrigeren

1155 und mittleren Einkommen werden stärker belastet. Die Konzerne suchen immer nach

1156 Wegen, ihre Steuern nicht zu zahlen: Allein durch Steuerflucht gehen den EU-

1157 Staaten jährlich rund 46 Milliarden Euro verloren. Das ist unfair und geht auf

1158 Kosten von uns allen.

1159 DIE LINKE sagt: Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten! Wir müssen

1160 Konzerne stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, um die Armut in

1161 der EU abzuschaffen, die Wirtschaft sozial und ökologisch umzugestalten und die

1162 öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Dafür braucht es zusätzliche

1163 Investitionen über Kredite (siehe Kapitel 1, „Für ein starkes europäisches

1164 Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich“) und zusätzliche Einnahmen

1165 durch Steuern. Hier gilt für uns: Durch Steuern können die EU und ihre

1166 Mitgliedsstaaten die Ausrichtung der EU lenken. Die EU soll dort Verantwortung
1167 übernehmen, wo nationale Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind, z. B. bei der
1168 Besteuerung international tätiger Unternehmen. Dort, wo Mitgliedsstaaten mehr
1169 Kontrolle haben, soll die EU die Umsetzung in den Ländern sicherstellen. Das
1170 Einstimmigkeitsprinzip der EU muss in Sachen Steuern abgeschafft werden. Sonst
1171 torpedieren Niedrigsteuerländer wie Ungarn oder Irland jeden Fortschritt. Doch nicht nur das Einstimmigkeitsprinzip ist undemokratisch. Wir wollen, dass wichtige Entscheidungen über Verteilungsfragen breit in der europäischen Öffentlichkeit diskutiert werden. Dafür ist der Rat oder der Ministerrat ungeeignet. Wir begrüßen die Idee einer zweiten europäischen Kammer, in der demokratisch gewählte Vertreter:innen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente vertreten sind. Eine solche zweite Kammer könnte zukünftig über Steuerfragen entscheiden.

Antrag L.01.1172.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1172

1172 Hohe Vermögen, hohen Einkommen und Erbschaften gerecht besteuern

Begründung

Auch hohe Einkommen müssen höher besteuert werden.

Antrag L.01.1172.2: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1172

1172 ~~Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern~~ Verkehr vergesellschaften!

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Verkehr vergesellschaften!" (Zeilen 2217- 2241) auf diese Position (Zeilen 1172 ff.)

Antrag L.01.1182.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:

OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1182 - 1183

1181 - In Deutschland setzten wir uns dafür ein, dass die seit 1997 ausgesetzte

1182 Vermögensteuer wieder erhoben wird.

1183 Wir fordern eine Vermögenssteuer von 5% ab einer Million Privatvermögen. Monatseinkommen über 7.100 Euro brutto müssen stärker besteuert werden und Einkommen darunter steuerlich entlastet werden.

- Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden. Der
1184 österreichische Unternehmersohn und Red-Bull-Erbe Mark Mateschitz hat letztes
1185 Jahr 25 Milliarden steuerfrei geerbt. Für diese Superreichen sollen die
1186 Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht und die persönlichen
1187 Freibeträge herabgesetzt werden.

1188 - Die besonderen Kosten der Krise dürfen nicht den laufenden Haushalt belasten
1189 und zu Kürzungen führen.

1190 - Zur Bewältigung der Krisenlasten wollen wir eine einmalige Vermögensabgabe
1191 erheben.

Antrag L.01.1192.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1192

1192 ~~Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen~~ Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und KonzerneLand

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land](#)" (Zeilen 2242 - 2269) auf diese Position (Zeilen 1192 ff.)

Antrag L.01.1199.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1199

1199 ~~Krisengewinne besteuern~~Gegen Mobilitätsarmut - Abhängigkeit vom Auto verringern!

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Gegen Mobilitätsarmut - Abhängigkeit vom Auto verringern!](#)" (Zeilen 2270 - 2299) auf diese Position (Zeilen 1199 ff.)

Antrag L.01.1218.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1218

1218 ~~Spekulationsgewinne besteuern~~Vorfahrt: Bahn vor Flugzeug

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Vorfahrt: Bahn vor Flugzeug](#)" (Zeilen 2300 - 2349) auf diese Position (Zeilen 1218 ff.)

Antrag L.01.1233.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1233

1233 ~~Banken und Finanzmärkte entmachten~~Güterverkehr

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Güterverkehr](#)" (Zeilen 2350 - 2384) auf diese Position (Zeilen 1233 ff.)

Antrag L.01.1247.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Antragsteller*in:	OV Stuttgart-Bad Cannstatt
--------------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1247 - 1251

1246 - DIE LINKE will den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die Gesellschaft
1247 zurechtstutzen. ~~Die Finanzmärkte sollen in ihrer Dynamik entschleunigt und im~~
1248 ~~Volumen massiv reduziert werden. Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten~~
1249 ~~werden. Beim Handel mit Agrarrohstoffderivaten müssen strengere und höhere~~
1250 ~~Positionslimits geschaffen werden.~~
1251 Dafür müssen Banken in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und
kontrolliert werden.
- Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert
1252 werden, müssen hohe Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die
1253 Kontrolle. Das wollen wir verhindern. Wir wollen, dass Krankenhaus-, Pflege- und
1254 Immobilienkonzernen die Börsenzulassung entzogen wird.
1255 - In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen, -dienstleistungen und -
1256 instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder
1257 gesellschaftlichen Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken
1258 zuzulassen, die nicht ausdrücklich verboten sind, müssen Finanzinstrumente in
1259 Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch einen Finanz-TÜV erhalten, bevor sie
1260 in Umlauf gebracht werden dürfen.
1261 - Sogenannte „Schattenbanken“ wie Hedgefonds und der „graue“ Kapitalmarkt agieren
1262 außerhalb herkömmlicher Regulierungen. Sie bergen die Gefahr neuer
1263 Finanzmarktkrisen und sind eine Bedrohung für die Weltwirtschaft. Daher setzt
1264 sich DIE LINKE für eine strikte Regulierung und eine strenge Finanzaufsicht von
1265 Schattenbanken ein.

Antrag L.01.01263.1: Änderungsantrag zu EWP06

Änderungsantrag zu EWP06

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263 - 265

258 - Wir wollen den Reichtum von den Profiten zu den Löhnen verschieben: Die Gewinne
259 der Unternehmen in Europa sind durch die Decke gegangen, die Löhne und Gehälter
260 werden von den Preissteigerungen aufgebraucht. Die Inflation wird von den
261 Profiten der Konzerne angetrieben. Die Unternehmen investieren einen immer
262 geringeren Teil ihrer Profite in Innovation und verschieben einen immer größeren
263 zu den Dividenden. Innovationen wollen sie über staatliche Investitionen ~~-und~~
264 ~~damit zu einem Gutteil über Lohnsteuern -~~finanziert bekommen, stattohne die
eigenen
265 Gewinne einzusetzen und in irgendeiner Form kooperieren zu müssen.

Begründung

Staatliche Investitionsfinanzierung und Eigenanstrengung der Unternehmen sind kein Entweder-Oder. Wir treten für eine staatliche Investitionsinitiative ein, an der sich die Unternehmen aber auch beteiligen müssen und Auflagen akzeptieren. Finanzieren wollen wir das zu erheblichen Teilen per Kredit. Ob staatliche Ausgaben aus Lohnsteuern oder Unternehmenssteuern bestehen, sieht man ihnen ferner nicht an.

Antrag L.01.1276.1: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1276

- 1276 ~~-Banken müssen verkleinert-~~ Banken müssen vergesellschaftet und das
 Investmentbanking abgewickelt werden. Als
 1277 ersten Schritt soll das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen
 1278 isoliert werden. Alle Banken müssen auf ein solides, auf die Bedürfnisse der
 1279 Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell nach dem Vorbild
 1280 der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet werden. Zu diesem
 1281 Geschäftsmodell gehören: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere
 1282 und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater
 1283 Investitionen.
 1284 - DIE LINKE ist grundsätzlich für eine europäische Einlagensicherung, aber nur
 1285 für Institute und Einleger*innen von Banken ähnlichen Zuschnitts und
 1286 Risikoprofils in Europa. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen nicht für
 1287 die Spekulationsverluste internationaler Investmentbanken geradestehen müssen.
 1288 - Wir fordern die vollständige Implementierung von Basel-III-
 1289 Eigenkapitalvorschriften, um die Finanzstabilität der Banken zu verbessern.

Begründung

In der Eurokrise und danach hat sich gezeigt, dass das Geschäftsmodell der Banken Profite und nicht das Angebot für den Zahlungsverkehr und für die Finanzierung sind. Wenn wir das Geschäftsmodell ändern wollen, müssen wir auch konsequent sein.

Antrag L.01.1276.2: Änderungsantrag zu EWP16

Änderungsantrag zu EWP16

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1276 - 1284

- 1276 ~~-Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking abgewickelt werden. Als~~
 1277 ~~ersten Schritt soll das Investmentbanking von den~~ Private Banken sind nicht nur als
parasitärer Mittelsmann zwischen Staat und EZB bei Staatsverschuldung unnötig. Sie
spielen als Mittelsmann ebenso bei sämtlichen anderen Geschäftsbereichen
 1278 ~~isoliert werden. Alle Banken müssen auf ein solides, auf die Bedürfnisse der~~
 1279 ~~Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell nach dem Vorbild~~
 1280 ~~der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet werden. Zu diesem~~
 1281 ~~Geschäftsmodell gehören: 1. Angebote~~ Kreditgeschäften wie Verbraucherdarlehen,
Krediten für die Wirtschaft oder an Drittstaaten eine parasitäre Rolle und sind daher
zu demokratisieren. Dies ist Voraussetzung, um unsere von kurzsichtigen Profiten
getriebenen kapitalistische Wirtschaft durch eine sozialistische Wirtschaft zu ersetzen,
 1282 ~~und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater~~
Interesse der Menschheit Armut und Klimawandel bekämpfen. Nur wenn die
Kreditvergabe durch den Staat oder anderweitig durch das Volk geführt wird, kann

eine tatsächlich demokratische, dem Willen und dem Wohle der Menschen untergeordnete Wirtschaft entstehen. Dies allein ermöglicht, dass Entscheidungen über Investitionen-

1284 und Produktion endlich demokratisch getroffen werden und nicht einigen Superreichen in der Gesellschaft überlassen bleiben.

1285 - DIE LINKE ist grundsätzlich für eine europäische Einlagensicherung, aber nur
1285 für Institute und Einleger*innen von Banken ähnlichen Zuschnitts und
1286 Risikoprofils in Europa. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen nicht für
1287 die Spekulationsverluste internationaler Investmentbanken geradestehen müssen.
1288 - Wir fordern die vollständige Implementierung von Basel-III-
1289 Eigenkapitalvorschriften, um die Finanzstabilität der Banken zu verbessern.

Begründung

Der letzte Satz wäre Rn. 1403-1405 vorweggenommen: Entscheidungen über Investitionen und Produktion müssen endlich demokratisch getroffen werden und nicht einigen Superreichen in der Gesellschaft überlassen bleiben.

Wenn man versucht die privaten Banken zu verstaatlichen und das Investmentbanking abzuwickeln, werden die Banken jede Mittel einsetzen, um dies zu verhindern und versuchen jede Anstrengung, welche darauf abzielen das Bankenwesen „gesünder“ zu machen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu sabotieren. Bedeutende Eingriffe in das Bankenwesen sind eine Kriegserklärung an das Kapital. Entweder man beugt sich ihren Erpressungen, die Wirtschaft zu sabotieren, oder man geht voran. In letzterem Fall setzt man sich gegen das Großkapital durch oder verliert. Wenn man in der Lage ist standhaft zu bleiben und die Banken zu zerschlagen, kann man dieses Kraftverhältnis ausnutzen, um dem parasitären Treiben des heutigen privaten Bankensektors (zumindest in Deutschland) ein Ende zu setzen, die macht der Großkapitalisten im Land zu brechen und zugleich einen großen Schritt zum Aufbau des Sozialismus zu machen. Denn wie bereits im Antrag gesagt ist eine Demokratisierung der Banken hierfür notwendig.

Es ist wichtig zu realisieren, dass die privaten Banken allein aus Existenzgründen gezwungen sind auf kurze Sicht Profite zu maximieren, da wenn sie weniger Profite als andere Banken machen, sehr schnell abgehängt und von Konkurrenten übernommen werden. Alleiniger Ausweg ist hier, dass der Finanzsektor nicht mehr kapitalistisch funktioniert, das heißt demokratisiert wird.

Zudem würde eine Verschmelzung aller privaten deutschen Banken zu einer öffentlich geführten Mega-Bank ein wichtiges Mittel einer neuen Politik werden, da diese Bank national und international für die Finanzierung von Großprojekten einen enormen Einfluss hätte, der im Interesse der Menschheit ausgeübt werden könnte.

Antrag L.01.1290.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1290

1290 ~~Vermögen~~Schifffahrt und ~~Machtkonzentration sichtbar machen~~Seeverkehr

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Schifffahrt und Seeverkehr](#)" (Zeilen 2385 - 2408) auf diese Position (Zeilen 1290 ff.)

Antrag L.01.1294.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1294

1293 - Europa braucht effektive Transparenzregeln, um bei der Suche nach schmutzigem
1294 Geld aus Kriminalität, Korruption und von nicht nur russischen Oligarchen erfolgreich
zu
1295 sein.
1296 - Es braucht eine europarechtliche Bestimmung, die der Öffentlichkeit Zugang zu
1297 Daten der nationalen Transparenzregister gewährt.
1298 - Die blinden Flecken im internationalen Steuerinformationsaustausch müssen
1299 behoben werden. Ein erster Schritt ist erhöhte Transparenz durch eine öffentliche
1300 länderspezifische Berichtspflicht (Public Country-by-Country Reporting). Konzerne
1301 müssen Umsatz, Gewinne und bezahlte Steuern für jedes Land, in dem sie
1302 wirtschaftlich aktiv sind, offenlegen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.1303.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1303

1303 ~~Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen~~ Weltraum

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Weltraum](#)" (Zeilen 2409 - 2414) auf diese Position (Zeilen 1303 ff.)

Antrag L.01.1325.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1325

1325 **Europäische Geldpolitik**

Umwelt- und Tierschutz

1326

Artensterben bekämpfen!

Begründung

Erstellung des Unterkapitel "Umwelt- und Tierschutz" und Verschiebung des Absatzes "[Artensterben bekämpfen!](#)" (Zeilen 2455 - 2490) auf diese Position (Zeilen 1325 ff.)

Antrag L.01.1338.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in: Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1338 - 1339

1337 - Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu
1338 ermöglichen.

1339 Wir setzen uns deshalb für die Abschaffung des Art. 123 AEUV ein.

- Kurzfristig und vertragskonform könnte diese Funktion auch durch den Ankauf von
1340 Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie nationaler Förderbanken
1341 erfüllt werden.

1342 - Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert
1343 wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt. Gerade in
1344 Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken politische
1345 Schlüsselakteure.

1346 - Wir wollen eine demokratische Kontrolle der EZB. Die Führungsgremien der EZB -
1347 wie EZB-Rat, -Direktorium und -Präsident*in - sollen vom Europäischen Parlament
1348 gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik
1349 sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden. Gerade in Zeiten von
1350 Finanz- und Wirtschaftskrisen und beim sozial-ökologischen Umbau sind
1351 Zentralbanken wesentliche Schlüsselakteure und müssen politisch kontrolliert
1352 werden.

1353 - Zur Finanzierung des großen Bedarfs an öffentlichen Investitionen
1354 einschließlich des ökonomischen Wiederaufbaus Europas nach der Corona-Pandemie
1355 und der Energiepreiskrise soll das Instrument von Euro-Anleihen ausgeweitet
1356 werden. Wenn die EZB diese Anleihen garantiert, gibt es kein Haftungsrisiko.
1357 (Siehe Kapitel 1, „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von
1358 privat zu öffentlich“)

1359 - In der Inflationskrise versucht die EZB durch Erhöhung des Leitzinses die

1360 Inflation zu bekämpfen. Das schadet mehr, als es nutzt: Dringend benötigte
1361 Investitionen werden gebremst, die Preise sinken nicht. Ein Teil der Inflation
1362 ist profitgetrieben und muss fiskalpolitisch bekämpft werden. Übermäßig hohe
1363 Gewinne von Unternehmen müssen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden
1364 (siehe Krisengewinne besteuern).
1365 - Die Zinsen für Sparer*innen wollen wir an die Zinsen der Banken koppeln, damit
1366 diese den steigenden Leitzins weitergeben und sich nicht an Sparer*innen
1367 bereichern können.
1368 - Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und
1369 Überziehungskredite darf maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB
1370 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen
1371 und den Dispokredit oft nutzen müssen.

Begründung

Dies ist die Ergänzung zu „Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen“. Der Art. 123 AEUV ist die Norm in den EU-Gründungsverträgen, die es der „EZB oder den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten“ verbietet, „Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten,“ sowie den „unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln“ für „Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten“ zu gewähren.

Antrag L.01.1361.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	KV Oldenburg/Ammerland
--------------------------	------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1361 - 1362

1337 - Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu
1338 ermöglichen.
1339 - Kurzfristig und vertragskonform könnte diese Funktion auch durch den Ankauf von
1340 Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie nationaler Förderbanken
1341 erfüllt werden.
1342 - Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert
1343 wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt. Gerade in
1344 Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken politische
1345 Schlüsselakteure.
1346 - Wir wollen eine demokratische Kontrolle der EZB. Die Führungsgremien der EZB -
1347 wie EZB-Rat, -Direktorium und -Präsident*in - sollen vom Europäischen Parlament
1348 gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik
1349 sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden. Gerade in Zeiten von
1350 Finanz- und Wirtschaftskrisen und beim sozial-ökologischen Umbau sind
1351 Zentralbanken wesentliche Schlüsselakteure und müssen politisch kontrolliert
1352 werden.
1353 - Zur Finanzierung des großen Bedarfs an öffentlichen Investitionen
1354 einschließlich des ökonomischen Wiederaufbaus Europas nach der Corona-Pandemie
1355 und der Energiepreiskrise soll das Instrument von Euro-Anleihen ausgeweitet
1356 werden. Wenn die EZB diese Anleihen garantiert, gibt es kein Haftungsrisiko.

1357 (Siehe Kapitel 1, „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von
1358 privat zu öffentlich“)
1359 - In der Inflationskrise versucht die EZB durch Erhöhung des Leitzinses die
1360 Inflation zu bekämpfen. Das schadet mehr, als es nutzt: Dringend benötigte
1361 Investitionen werden gebremst, die Preise sinken nicht. Ein ~~Teil der Inflation~~
wesentlicher Auslöser der gegenwärtigen Inflation ist profitgetrieben und muss
fiskalpolitisch bekämpft werden ~~der Wirtschaftskrieg gegen Russland. Er wurde~~
verstärkt durch die Profitgier der Konzerne. Preisregulierende und Gewinne
begrenzende Eingriffe in die Marktwirtschaft sind deshalb bei lebensnotwendigen
Gütern wie Energie, Mieten und Lebensmitteln dringend geboten. Übermäßig hohe
1363 Gewinne von Unternehmen müssen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden
1364 (siehe Krisengewinne besteuern).
1365 - Die Zinsen für Sparer*innen wollen wir an die Zinsen der Banken koppeln, damit
1366 diese den steigenden Leitzins weitergeben und sich nicht an Sparer*innen
1367 bereichern können.
1368 - Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und
1369 Überziehungskredite darf maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB
1370 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen
1371 und den Dispokredit oft nutzen müssen.

Begründung

Die Inflation beschäftigt gegenwärtig die meisten Menschen und bereitet ihnen Sorge. Der zitierte Satz im Programmentwurf wird dem nicht gerecht. Natürlich ist die Inflation zum Teil profitgetrieben, aber woher kommt der andere Teil? Das bleibt offen. Will man nicht zugeben, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland auch dazu beigetragen haben?

Antrag L.01.1372.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1372

1372 Die ~~Macht der Internet-Riesen (Bigtechs) in die Schranken weisen~~ Meere schützen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Die Meere schützen" (Zeilen 2491- 2529) auf diese Position (Zeilen 1372 ff.)

Antrag L.01.1383.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	BAG Netzpolitik
--------------------------	-----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1383

1373 - Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine
1374 schleichende Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten (Amazon und Co.) und
1375 Finanztechnologieunternehmen (z. B. PayPal oder N26) müssen denselben Regeln und
1376 Gesetzen unterworfen sein, wie sie für konventionelle Finanzdienstleister (z. B.
1377 Banken und Versicherungen) gelten.
1378 - DIE LINKE befürwortet die Einführung eines digitalen Euro durch die EZB. Der
1379 digitale Euro soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein,
1380 das Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB
1381 halten können. Nur mit einer öffentlichen Alternative zu den Bezahlssystemen der
1382 großen Internet-Konzerne lässt sich ihrer enormen Finanztechnik- und Datenmacht
1383 entgegenwirken und glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.
Dazu müssen technische Voraussetzungen geschaffen werden, die eine mit dem
Bargeld vergleichbare Anonymität von Zahlungsvorgängen tatsächlich sicherstellen.

Begründung

Auch in der digitalen Welt muss das anonyme Bezahlen möglich bleiben. Der digitale Euro darf nicht zu einem (weiteren) Überwachungsmechanismus werden und uns zu gläserne Menschen machen. Das Bargeld stellt hierfür den Maßstab.

Antrag L.01.1384.1: Änderungsantrag zu EWP17

Änderungsantrag zu EWP17

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1384

1384 ~~EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen~~ Klimagerechte Landwirtschaft

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft](#)" (Zeilen 1687 - 1777), Teilung in klima-thematisches Unterkapitel „Klimagerechte Landwirtschaft“ und in ökonomisch ausgerichtete Unterkapitel „Ökonomisch gerechte Landwirtschaft“.
Verschiebung des neuen klima-thematischen Unterkapitel „Klimagerechte Landwirtschaft“ auf diese Position (Zeilen 1384 ff.)

Antrag L.01.1401.1: Kapitelverschiebung

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:	KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt (Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert (LV Mecklenburg-Vorpommern)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1401

1401 **2. WIRTSCHAFT SOZIAL FRIEDEN UND ÖKOLOGISCH GERECHT UMBAUEN SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT (Z. 2564 - 2631)**

Begründung

Migration und Flucht sind wesentliche Bestandteile der übergeordneten Politikfelder Frieden und Soziale Gerechtigkeit. Wir sehen den Teil des Wahlprogramms daher dort deutlich passender aufgehoben, als unter der Überschrift „Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus“. Ein zunehmend rassistisches und migrationsfeindliches politisches Umfeld ist weniger ein Ergebnis von Lobbyismus im klassischen Sinn, sondern Folge eines von rechts initiierten und von konservativen bis sozialdemokratischen Parteien übernommenen Diskurses. Hier muss DIE LINKE eine politische Haltung zeigen und das im Zusammenhang mit ihren friedenspolitischen Prinzipien.

Antrag L.01.1401.2: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1401

1401 **25. WIRTSCHAFT SOZIAL UND ÖKOLOGISCH GERECHT UMBAUEN**

Begründung

Anpassung der Nummerierung nach Aufteilung der neuen Kapitel.

Antrag L.01.1417.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaftspolitik (Hamburg)
--------------------------	----------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1417

1416 Wir wollen keinen grün lackierten Kapitalismus, der die soziale Ungerechtigkeit
1417 weiter verschärft. Die Corona-Pandemie ~~und der Ukraine-Krieg~~ und die verstärkten
1418 Wirtschaftssanktionen haben die
1419 Verletzlichkeit von Lieferketten und transnationalen Netzwerken (wie Pipelines
1420 und dem internationalen Zahlungssystem SWIFT) gezeigt. Die globalisierte
1421 Wirtschaft ist extrem krisenanfällig. In der neuen Blockkonfrontation ringen die
1422 USA, China und die EU um die Vormachtstellung bei der Produktion grüner
1423 Technologien. Die zugespitzte Konkurrenz, Handelskriege, Aufrüstung, gewaltsame
1423 Konflikte bis hin zu Kriegen verschärfen die ökologische Krise weiter. Knappe

1424 Ressourcen und finanzielle Mittel, die für den Umbau der Wirtschaft dringend
1425 nötig wären, werden auch durch ein wirtschaftliches Wettrüsten verschleudert.
1426 Jeder Machtblock versucht, Marktführer für grüne Technologien zu werden und die
1427 Konkurrenz auszustechen. Dadurch verlieren wir Zeit und Ressourcen im Kampf gegen
1428 die Klimakrise und setzen Menschenleben aufs Spiel.

Begründung

Der Ukraine-Krieg wird von der deutschen Regierung mit Sanktionen beantwortet, die den internationalen Warenverkehr erheblich stören.

Antrag L.01.1420.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1420 - 1422

1416 Wir wollen keinen grün lackierten Kapitalismus, der die soziale Ungerechtigkeit
1417 weiter verschärft. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die
1418 Verletzlichkeit von Lieferketten und transnationalen Netzwerken (wie Pipelines
1419 und dem internationalen Zahlungssystem SWIFT) gezeigt. Die globalisierte
1420 Wirtschaft ist extrem krisenanfällig. ~~In der neuen Blockkonfrontation ringen die~~ Die
1421 USA, China und die EU ringen um die Vormachtstellung bei der Produktion grüner
1422 Technologien ~~Technologien und versuchen im Sinne einer neuen Blockkonfrontation,~~
die Welt in Einflusssphären aufzuteilen und andere Länder in abhängiger Weise darin
einzugliedern. Die zugespitzte Konkurrenz, Handelskriege, Aufrüstung, gewaltsame
1423 Konflikte bis hin zu Kriegen verschärfen die ökologische Krise weiter. Knappe
1424 Ressourcen und finanzielle Mittel, die für den Umbau der Wirtschaft dringend
1425 nötig wären, werden auch durch ein wirtschaftliches Wettrüsten verschleudert.
1426 Jeder Machtblock versucht, Marktführer für grüne Technologien zu werden und die
1427 Konkurrenz auszustechen. Dadurch verlieren wir Zeit und Ressourcen im Kampf gegen
1428 die Klimakrise und setzen Menschenleben aufs Spiel.

Begründung

Wir sollten nicht so tun, als ob die „neue Blockkonfrontation“ schon beschlossene Sache ist und von allen akzeptiert wird. Viele Länder des Globalen Südens verweigern sich diesem Ansinnen und bestehen darauf, mit „beiden Seiten“ zu handeln und zu kooperieren.

Antrag L.01.1428.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1428

1416 Wir wollen keinen grün lackierten Kapitalismus, der die soziale Ungerechtigkeit
1417 weiter verschärft. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die
1418 Verletzlichkeit von Lieferketten und transnationalen Netzwerken (wie Pipelines
1419 und dem internationalen Zahlungssystem SWIFT) gezeigt. Die globalisierte
1420 Wirtschaft ist extrem krisenanfällig. In der neuen Blockkonfrontation ringen die
1421 USA, China und die EU um die Vormachtstellung bei der Produktion grüner
1422 Technologien. Die zugespitzte Konkurrenz, Handelskriege, Aufrüstung, gewaltsame
1423 Konflikte bis hin zu Kriegen verschärfen die ökologische Krise weiter. Knappe
1424 Ressourcen und finanzielle Mittel, die für den Umbau der Wirtschaft dringend
1425 nötig wären, werden auch durch ein wirtschaftliches Wettrüsten verschleudert.
1426 Jeder Machtblock versucht, Marktführer für grüne Technologien zu werden und die
1427 Konkurrenz auszustechen. Dadurch verlieren wir Zeit und Ressourcen im Kampf gegen
1428 ~~die Klimakrise~~die Klimakatastrophe und setzen Menschenleben aufs Spiel.

Begründung

Die Klimakrise sollte, wie schon im Wahlprogramm 2021 geschehen, durch Klimakatastrophe ersetzt werden. Krisen sind in der Regel zeitlich begrenzt und danach geht es dann schon irgendwie wieder aufwärts. Das ist in Anbetracht der Klimakatastrophe eher eine Verharmlosung, denn ein zurück zum Vorher wird es nach allen Wahrscheinlichkeiten nicht geben. Das neue Programm wäre ein Rückschritt zum Wahlprogramm 21.

Antrag L.01.1429.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1429 - 1432

~~1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer
1430 Ungleichheit beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik.
1431 Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Unsere Gesellschaft braucht eine sozial
1432 und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!~~

Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer
Ungleichheit beginnt mit 100 % grünem Strom von Prosumern.

1433

Die Lobby der Geschäftemacher mit Kohle, Erdöl und Erdgas kolportiert, dass dem
Klimawandel mit Brückentechnologien auch ohne 100 % regenerative
Energieversorgung begegnet werden kann.

Logik und fortschreitende Klimakrise beweisen, dass Brückentechnologien die
Energiewende ausbremsen!

Asoziale Energiemarktwirtschaft wird von Gesetzen geschützt, die Konzernlobby
Regierungsvertretern von Parteien diktiert hat. Nur mit Gesetzen zu
basisdemokratischer Energieselbstversorgung kann die
destruktive Wirkung dieser Lobby- Gesetzgebung verhindert werden. Dafür setzen wir
uns ein!

1434

Wir fordern, dass den Bürgern, den Gewerbetreibenden, der Industrie und der

Landwirtschaft gestattet wird, sich selbst mit Arbeitsenergie aus natürlichen Primärenergien zu versorgen. Im EU-Parlament und im Bundestag nutzen wir Gesetzesinitiativen, um klimaneutrale Prosumer von Marktabhängigkeit zu befreien. Vernetzung der Prosumer regenerativer Energieversorgung unterstützen wir. Unsere Parlamentarier initiieren transparente Gesetzgebungsverfahren für energetische Daseinsvorsorge. Die Verpflichtung, öffentliche Einrichtungen, wie Schulen und Universitäten, von klima- und umweltschädlichen Energien freizuhalten, wollen wir zum Gesetz erheben.

1435

Um Energiewirtschaft zum Bestandteil von Gemeinwohlökonomie zu entwickeln, wollen wir Massenproduktion von Bausteinen dezentraler Energieumwandlungs- und -Speichertechnik organisieren. Deren Austausch kann sowohl marktwirtschaftlich als auch kooperativ erfolgen. Patente verzögern den Entwicklungs- und Austauschprozess. Sie werden von uns ausgeschlossen.

Jegliche Art staatlich subventionierter und Marktpreise Klima- und umweltschädlicher Energien sind im Sinne des Klimaschutzes kriminell. Wir lehnen sie ab. Emissionsrechtehandel wurde schon Von Hermann Scheer als ungeeignet für den Klimaschutz erkannt. Er belastet die Wirtschaft mit nutzloser Bürokratie.

1436

International fordern wir, Kooperationsangebote zum klimaneutralen Umbau der Wirtschaften anzubieten, anstelle auf Kosten des Staatshaushalts Waffen in Kriegsgebiete zu liefern.

Nur so ist sozial und ökologisch gerechte Wirtschaftswende der Volkswirtschaften realistisch!

Zeile 1433 - 1442

~~1433 Die Europäische Union hat bisher in ihrer Wirtschaftspolitik auf mehr Profit für
1434 Unternehmen, mehr Markt und mehr Konkurrenz gesetzt. Sie hat öffentliches
1435 Eigentum und öffentliches Wirtschaften begrenzt. Jede Kommune kennt den Zwang,
1436 Verträge und Dienstleistungen so auszuschreiben, dass jeder Anbieter in der EU
1437 sich bewerben kann. Gewinner sind meist die günstigsten Angebote auf Kosten von
1438 Menschen und Umwelt. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie konnten wir die
1439 Mängel des Marktes sehen: zu wenig Masken, Impfstoffe, Luftfilter für die
1440 Schulen. Lieferketten sind zusammengebrochen, denn es gab zu wenig regionale
1441 Wirtschaftskreisläufe, zu wenig regionale Produktion und es dauerte zu lange,
1442 dringend benötigte Dinge produzieren zu lassen. Das wollen wir ändern.~~

Zeile 1443 - 1447

~~1443 Eine starke, unabhängige Wirtschaft in der EU muss heißen: Wir steuern die
1444 Industrie in eine soziale und ökologisch gerechte Zukunft mit guter Arbeit und
1445 guten Löhnen und wir stärken regionale Wirtschaftskreisläufe: Wir wollen dort
1446 produzieren, wo die Dinge verbraucht werden. Wir treiben die nachhaltige
1447 Rohstoffwende und die Agrarwende voran.~~

Begründung

Sozial und ökologischer Umbau der Wirtschaft ist nur glaubhaft, wenn er mit 100 % klimaneutraler Energieversorgung verbunden wird. Kriegswaffenhandel und Waffenlieferung in Kriegsgebiete verstärken den Klimawandel. Gewinnung von Mitstreitern für DIE LINKE setzt voraus, dass unser Programm nicht nur aus Zielstellungen besteht,

sondern auch überzeugende Mittel und Methoden zur Erreichung dieser Ziele anbietet.

Antrag L.01.1429.2: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, KV Lausitz, Dieter Brendahl

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1429 - 1432

~~1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer
1430 Ungleichheit beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik.
1431 Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Unsere Gesellschaft braucht eine sozial
1432 und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!~~

Zeilen 1429 bis 1454 ersetzen durch:

1433

Wir sagen: Der Weg aus der Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer Ungleichheit beginnt mit 100 % grünem Strom von Selbstversorgern.

Um ihre Vorherrschaft zu erhalten, haben die „Marktführer“ der Energieversorgung Brückentechnologien mit teuren, klimaschädlichen Primärenergien entwickelt. Steuerfinanzierte „Studien“ lenken von Investitionen in Speicher kostenloser Primärenergien wie Sonnenstrahlung, Sonnenwärme und Wind ab. Auch das Märchen von ewiger Abhängigkeit der deutschen Industrie von Energieimporten ist ein Ablenkungsmanöver von 100 % möglicher Energieselbstversorgung der EU und der BRD. Zur Weiterführung schmutziger Geschäfte mit klimaschädlichen Energien ist dieses Märchen unverzichtbar. Rivalitäten von Oligarchien werden als territoriale Grenzkonflikte kaschiert und mit Waffengewalt ausgetragen. Öffentliche Information über militaristische Folgeschäden bleibt für die Allgemeinheit ist tabu.

1434

Unsere Forderung:

- Bürgern, Gewerbetreibenden, Industrie und Unternehmen der Landwirtschaft wird nahegelegt, sich selbst mit Arbeitsenergie aus natürlichen Primärenergien zu versorgen.
- Gesetzliches Verbot, Überschuss erneuerbarer Energien in Netze mit fossilen Energien und Energie aus Atomkraftwerken einzuspeisen.
- Staatliche Subventionierung der fossilen Strommärkte wird aufgehoben.
- Kein gesetzlicher Schutz asozialer Energiemarktwirtschaft von Konzernen!

1435

Nur mit Gesetzen zu basisdemokratischer Energieselbstversorgung kann asoziale Lobbygesetzgebung überwunden werden. Dafür setzen wir uns ein! Wir entwickeln friedliches kooperatives Miteinander zur Energievorsorge mit kosten-losen natürlichen Primärenergieträgern. Im EU-Parlament und im Bundestag nutzen wir Gesetzesinitiativen, um klimaneutrale Selbstversorger von Marktabhängigkeit zu befreien. Vernetzung der Selbstversorger regenerativer Energieversorgung unterstützen wir.

Unsere Parlamentarier initiieren transparente Gesetzgebungsverfahren für Energetische Daseinsvorsorge. Die Verpflichtung, öffentliche Einrichtungen -wie Schulen und Universitäten- vorrangig aus Mitteln des Staatshaushalts zu Energieautarkie zu befähigen, wollen wir zum Gesetz erheben. Um Energiewirtschaft

zum Bestandteil von Gemeinwohlökonomie zu entwickeln, wollen wir Massenproduktion von Bausteinen dezentraler Energieumwandlungs- und -Speichertechnik organisieren. Deren Austausch kann marktwirtschaftlich und kooperativ erfolgen. Patente für Energieumwandlungs- und -Speichertechnik natürlicher Energien verzögern den Entwicklungs- und Austauschprozess. Sie werden von uns ausgeschlossen.

1436

Jegliche Art staatlich subventionierter „Marktpreise“ klima- und umweltschädlicher Energien sind im Sinne des Klimaschutzes kriminell. Wir lehnen sie ab. Emissionsrechtehandel wurde schon von Hermann Scheer als ungeeignet für den Klimaschutz erkannt. Er belastet die Wirtschaft mit nutzloser Bürokratie. International fordern wir, zum klimaneutralen Umbau der Wirtschaften Kooperationsangebote anzubieten anstelle auf Kosten des Staatshaushalts Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Nur mit internationaler Kooperation ist sozial und ökologisch gerechte Wirtschaftswende der Volkswirtschaften realistisch!

Begründung

Für die Mehrheit der Bevölkerung ist sozialökologische Transformation nur glaubhaft, wenn sie mit 100 % klimaneutraler Energieversorgung verbunden wird. Parteimitglieder in der Bundestagsfraktion *DIELINKE* haben die bisher verweigerte Möglichkeit, einen im Petitionsausschuss des Bundestages seit 2021 vorliegenden Gesetzentwurf zur Energieselbstversorgung einzubringen. Zur Reduzierung der Energiepreise auf Selbstkosten müssen wir Mitstreiter und Sympathisanten in Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen gewinnen, die unseren Kampf um Klimaschutz und Erhaltung der Bundestagsfraktion unterstützen.

Antrag L.01.1429.3: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1429

1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrisatastrophe, internationaler Eskalation und sozialer
1430 Ungleichheit beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik.
1431 Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Unsere Gesellschaft braucht eine sozial
1432 und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!

Begründung

Die Klimakrise sollte, wie schon im Wahlprogramm 2021 geschehen, durch Klimakatastrophe ersetzt werden. Krisen sind in der Regel zeitlich begrenzt und danach geht es dann schon irgendwie wieder aufwärts. Das ist in Anbetracht der Klimakatastrophe eher eine Verharmlosung, denn ein zurück zum Vorher wird es nach allen Wahrscheinlichkeiten nicht geben. Das neue Programm wäre ein Rückschritt zum Wahlprogramm 21.

Antrag L.01.1430.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin),
Melanie Rott (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1430

1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer

1430 Ungleichheit beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik- mit dem Ziel
der Überwindung des Profitsystems.

1431 Kosmetische Korrekturen reichen nicht. Unsere Gesellschaft braucht eine sozial

1432 und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.1430.2: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1430 - 1432

1429 Wir sagen: Der Weg aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer

1430 Ungleichheit beginnt mit einer ~~rm~~ grundlegend anderen ~~Wirtschaftspolitik.~~
, einem sozialistischen, nachhaltigen und klimagerechten Wirtschaftsmodell.

Kosmetische Korrekturen reichen nicht. ~~Unsere Gesellschaft braucht~~ Wir wollen Markt
und Wettbewerb durch eine sozial-

1432 ~~und ökologisch gerechte Wirtschaftswende!~~ demokratische, kollektive Planung
überwinden.

Begründung

Eine andere Wirtschaftspolitik reicht nicht, um die Zerstörungen des Planeten, Krisen und Kriege zu überwinden. Deshalb sollte DIE LINKE sagen was ist, der wir den demokratischen Sozialismus zum Ziel haben.

Antrag L.01.1435.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1435 - 1438

1433 Die Europäische Union hat bisher in ihrer Wirtschaftspolitik auf mehr Profit für

1434 Unternehmen, mehr Markt und mehr Konkurrenz gesetzt. Sie hat öffentliches

1435 Eigentum ~~und~~, öffentliches Wirtschaften und öffentliche Steuerung begrenzt. Jede
Kommune kennt den Zwang,
1436 Verträge und Dienstleistungen so auszuschreiben, dass jeder Anbieter in der EU
1437 sich bewerben kann. Gewinner sind meist die günstigsten Angebote auf Kosten von
1438 Menschen und Umwelt. Teurer wird es auch, weil die Unternehmen jede Vertragslücke
für Nachforderungen nutzen.
Strenge Ausschreibungsregeln setzen eine Situation voraus, wo viele Anbieter
standardisierte Angebote abgeben für Leistungen, die genau definiert, kontrollierbar
und vertraglich fixiert sind. Das passt nicht zur Herausforderung der Transformation,
wo viele Details der Auftragserfüllung noch gar nicht klar sein können, der Zeitdruck
hoch ist und die öffentliche Hand danach auswählen sollte, wer die nötigen
Kompetenzen hat und verlässlich ist. Wenn die EU ernst machen will mit der
„missionsorientierten Wirtschaftspolitik“, müssen die Regeln daher geändert werden.

1439 Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie konnten wir die
1439 Mängel des Marktes sehen: zu wenig Masken, Impfstoffe, Luftfilter für die
1440 Schulen. Lieferketten sind zusammengebrochen, denn es gab zu wenig regionale
1441 Wirtschaftskreisläufe, zu wenig regionale Produktion und es dauerte zu lange,
1442 dringend benötigte Dinge produzieren zu lassen. Das wollen wir ändern.

Begründung

Wir sollten uns an dieser Stelle etwas genauer auf Mazzucato etc. beziehen und den Zusammenhang zur Transformation aufgreifen. Unsere Vorstellung von linker Wirtschaftspolitik setzt zentral auf eine geänderte, aktive Rolle des Staates, auch in der Kooperation mit Privaten.

Antrag L.01.1445.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:

LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1445 - 1446

1443 Eine starke, unabhängige Wirtschaft in der EU muss heißen: Wir steuern die
1444 Industrie in eine soziale und ökologisch gerechte Zukunft mit guter Arbeit und
1445 guten Löhnen ~~und~~, wir stärken regionale ~~Wirtschaftskreisläufe: Wir wollen dort
1446 produzieren, wo die Dinge verbraucht werden~~ Wirtschaftskreisläufe und faire,
verlässliche Kooperationsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens. Wir treiben
die nachhaltige
1447 Rohstoffwende und die Agrarwende voran.

Begründung

Wir wollen Globalisierung nicht komplett zurückdrehen und verkennen nicht, dass Handelsbeziehungen ein Motor von Entwicklung sein können, wenn sie fair und verlässlich sind.

Antrag L.01.1447.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:

KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1477

1476 DIE LINKE setzt sich stattdessen für den sozialen und ökologischen Umbau der
1477 Industrie in der EU ein. Einen „grünen Kapitalismus“ ~~kann~~**darf** es nicht geben. Wir
1478 brauchen eine Industrie, die den Planeten für unsere Kinder erhält, die
1479 Demokratie und Mitbestimmung im Umbau stärkt und nicht abbaut, und die den Alltag
1480 für alle besser macht. Das erreichen wir mit einer aktiven Industriepolitik, die
1481 gute Arbeit schafft, das Klima schützt und auf sinnvolle und zukunftsfähige
1482 Produktion setzt. Wir wollen eine Industriepolitik, die aufbaut, umbaut und
1483 rückbaut. Und gleichzeitig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärkt.
1484 Steuerschlupflöcher wollen wir schließen und eine Mindeststeuer für
1485 transnationale Konzerne erheben. (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit
1486 und für eine gute Zukunft“) Subventionen und Investitionshilfen für eine CO2-
1487 freie Industrie müssen an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue,
1488 konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten und Standortgarantien geknüpft
1489 werden. Wer Beschäftigungsabbau betreibt, muss Fördergelder zurückzahlen. Es
1490 dürfen keine Unternehmen in Steueroasen außerhalb der EU gefördert werden.
1491 Industrieförderungen müssen an klare soziale, ökologische und arbeitsrechtliche
1492 Kriterien gebunden werden. Dividendenausschüttungen müssen bei der
1493 Inanspruchnahme von staatlichem Rettungsgeld verboten werden.

Begründung

Es handelt sich hierbei um eine sprachliche Präzisierung. Ein grüner Kapitalismus ist durchaus möglich und wird auch von der EU und der Bundesregierung vorangetrieben. Dieser grüne Kapitalismus reicht allerdings nicht aus, um die planetaren Grenzen einzuhalten, weshalb es einen grünen Kapitalismus auf keinen Fall geben darf.

Antrag L.01.1484.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in:

Theodor Vienne (BV Berlin-Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1484

1476 DIE LINKE setzt sich stattdessen für den sozialen und ökologischen Umbau der
1477 Industrie in der EU ein. Einen „grünen Kapitalismus“ kann es nicht geben. Wir
1478 brauchen eine Industrie, die den Planeten für unsere Kinder erhält, die
1479 Demokratie und Mitbestimmung im Umbau stärkt und nicht abbaut, und die den Alltag
1480 für alle besser macht. Das erreichen wir mit einer aktiven Industriepolitik, die
1481 gute Arbeit schafft, das Klima schützt und auf sinnvolle und zukunftsfähige
1482 Produktion setzt. Wir wollen eine Industriepolitik, die aufbaut, umbaut und
1483 rückbaut. Und gleichzeitig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärkt.
1484 Eine Wirtschaft, die durch Öffentliches Eigentum und Mitbestimmung geprägt ist, ist

mit der jetzigen EU und dem ihr innewohnenden Kapitalismus nicht vereinbar. Ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels ist die „Demokratisierung“ aller Produktionsmittel, bei denen die materiellen Voraussetzungen dafür gegeben sind, also die Vergesellschaftung hinreichend vorangeschritten ist, dass sie in Volkseigentum überführt werden können. Insbesondere sind alle Rüstungsbetriebe zu verstaatlichen. Wenn es keine profitgierige Kriegsindustrie gibt, gibt es auch nicht deren Kapitalisten und deren Lobbyisten, die unmittelbar am den Krieg verdienen und auf ihn hinarbeiten. Die Produktionsmittel können durch den Staat oder anderweitig durch das Volk geführt werden. Auf europäischer Ebene wollen wir uns diesbezüglich die Europarechtlichen Schranken beseitigen. Hierbei ist die Abschaffung von Teilen der EU-Gründungsverträge, wie dem Art. 106 in Verbindung mit den Art. 101 ff. AEUV besonders wichtig, welche staatliche Monopole grundsätzlich verbietet, und de facto überall, wo öffentliche Unternehmen trotz Konkurrenz zu große Marktanteile haben und preiswerter sind, Privatisierungen vorschreibt. Dies war seit 1957 als Bestandteil des EG-Gründungsvertrags und ab 2009 als Bestandteil des AEUV und ist immer noch die „EU-verfassungsrechtliche“ Maxime für den Verkauf von sämtlichen staatlichen Unternehmen und um die jeweiligen Sektoren dem „Markt zu öffnen“, was stets zu steigenden Preisen bei schlechteren Leistungen führte. Selbst kapitalistisch funktionierendes Gemeineigentum steht, wenn es „zu marktbeherrschend“ ist diesen Normen entgegen, um zu garantieren, dass Gemeineigentum bis aufs letzte privatisiert wird und Kapitalisten aus jedem wirtschaftlichen Sektor Profite pressen können. Die Art. 106, 101 ff. AEUV machen die EU zu einer konstitutionellen Kleptokratie und sind daher in der jetzigen Form zu beseitigen, wobei der Partei Die LINKE bewusst ist, dass die Gesamtheit der Gründungsverträge der EU im Widerspruch zu ihrem Ziel, dem Sozialismus ist. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen und eine Mindeststeuer für

1485 transnationale Konzerne erheben. (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit
1486 und für eine gute Zukunft“) Subventionen und Investitionshilfen für eine CO2-
1487 freie Industrie müssen an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue,
1488 konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten und Standortgarantien geknüpft
1489 werden. Wer Beschäftigungsabbau betreibt, muss Fördergelder zurückzahlen. Es
1490 dürfen keine Unternehmen in Steueroasen außerhalb der EU gefördert werden.
1491 Industrieförderungen müssen an klare soziale, ökologische und arbeitsrechtliche
1492 Kriterien gebunden werden. Dividendenausschüttungen müssen bei der
1493 Inanspruchnahme von staatlichem Rettungsgeld verboten werden.

Begründung

Öffentliches Eigentum und Mitbestimmung sind das Herzstück einer sozialistischen Wirtschaft. Warum die Demokratisierung der Produktionsmittel hierfür wichtig ist, muss ich hier wohl nicht erklären. Es ist zentral für einen Sozialismus und Marx hat dies bewiesen.

Es muss genannt werden, dass die EU-Gründungsverträge in ihrer Gesamtheit einen extrem parasitären Kapitalismus fördern. Die Art. 101 ff. AEUV sind hier nur ein Beispiel, jedoch eines von sehr großer Bedeutung aus den in diesem Antrag genannten Gründen. Dies zeigt, dass die EU-Verträge in allen Bereichen das Interesse des Großkapitals den Interessen der Allgemeinheit vorzieht. Musterhaft für die Auswirkungen dieser Vorschriften ist das Beispiel des staatlichen Energiekonzerns EDF in Frankreich, der ehemals Produktion, Netz und Stromverteilung regelte und das Nachkriegsfrankreich erfolgreich mit Strom versorgte. Auf Drängen der EU-Kommission wurde der Strommarkt zuerst dem Wettbewerb geöffnet. Damit war noch nicht genug, da EDF auch so den Markt beherrschte. So wurden mit der Zeit immer weitere Maßnahmen getroffen, die EDF zwingen Marktanteile abzugeben und den privaten Anbietern günstigen Strom zu verkaufen, den EDF nun für teuer zurückkaufen muss, ohne dass die privaten Anbieter irgendwas machen müssen. Die Strompreise, die

über Jahrzehnte stabil waren, explodierten (und das schon vor der „Krise“). Dies und noch viele weitere Begleiterscheinung mit Nachteilen für Verbraucher und Umwelt sind die Ergebnisse der Art. 101 ff. AEUV. Das alles im Namen der Zerschlagung staatlicher Monopole und des Wettbewerbs!

Diese Maßnahmen sind sogar in einer kapitalistisch-funktionierenden Wirtschaft Irrsinn und haben allein für parasitäre Anleger Nutzen.

Antrag L.01.1512.1: Änderungsantrag zu EWP18

Änderungsantrag zu EWP18

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1512

1494 - Mithilfe von Differenz- und Klimaschutzverträgen (CCfDs) wollen wir
1495 klimafreundliche Technologie bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen
1496 fördern und Beschäftigung schützen: Energieintensive Industriebetriebe erhalten
1497 Finanzhilfen für die Umrüstung auf eine CO2-arme Produktion in Höhe der Differenz
1498 der CO2-Vermeidungskosten und dem CO2-Zertifikatspreis. So bleiben
1499 Industriebetriebe in der Transformation wettbewerbsfähig und Beschäftigung kann
1500 geschützt werden.

1501 - Das Europäische Beihilferecht wird geändert: Der von der EU bereits
1502 verabschiedete, befristete Krisenrahmen Temporary Crisis Framework (TCF) muss
1503 ausgeweitet und verstetigt werden. Verfahren müssen insgesamt beschleunigt
1504 werden.

1505 - Insbesondere die Wettbewerbs- und Beihilferegelungen in Artikel 101 und 107 des
1506 Vertrages der Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) müssen so abgeändert
1507 werden, dass kartellrechtliche und subventionsrechtliche Ausnahmen zugelassen
1508 werden, wenn die Förderung den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung
1509 (Sustainable Development Goals, SDGs) dient und/oder die Beihilfen einen
1510 wesentlichen Beitrag für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft
1511 leisten.

1512 - Die Regeln für öffentliche Aufträge und Vergabe müssen flexibilisiert und so geändert werden, dass die Position der Kommunen und anderer öffentlicher Auftraggeber gestärkt wird.

1513 - Einen innereuropäischen Solidaritätsmechanismus, um die Industrie
1513 finanzschwächerer Mitgliedsländer zu unterstützen, wenn das Beihilferecht
1514 gelockert wird. Der Solidaritätsmechanismus soll verhindern, dass die
1515 wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU noch stärker werden, weil Länder wie
1516 Deutschland oder Frankreich höhere Finanzhilfen organisieren können.

1517 - Die strategischen Förderprojekte der Europäischen Kommission, IPCEIs (Important
1518 Projects of Common European Interests), müssen ausgeweitet und zugleich an
1519 striktere ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden. Neben Halbleitern,
1520 grünem Wasserstoff und Batterien müssen auch für Wind- und Solarkraft neue
1521 Industriekonglomerate und -cluster aufgebaut werden. Die Forschung gerade für
1522 Sprunginnovationen in der Nano- und Klimatechnologie muss eng mit diesen
1523 Standorten verknüpft werden. Ein IPCEI-Projekt sollte auch für ein europäisches
1524 Bahn- und Nahverkehrsnetz sowie für Produktion und Wartung der dafür notwendigen
1525 Bahnen und Busse ausgeschrieben werden.

1526 - Gelder für Forschung und Entwicklung für die Stärkung einer regionalen

1527 Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte
1528 kontrolliert werden, in denen neben der regionalen Regierung und Unternehmen,
1529 auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht
1530 haben.

Begründung

Die Änderung des Vergabewesens zugunsten der öffentlichen Hand ist ein zentraler Baustein für eine post-neoliberale Wirtschaftssteuerung und für die Bewältigung der Transformation. Deshalb sollte das hier nochmal explizit mit aufgeführt werden.

Antrag L.01.1582.1: Änderungsantrag zu EWP19

Änderungsantrag zu EWP19

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1581 - 1582

1581 Wir wollen die Distanz zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen ~~reduzieren-~~
1582 ~~Wo hergestellt wird, soll auch verbraucht werden~~reduzieren. Dadurch werden
Lieferketten
1583 kürzer und ökologischer. Anstatt Industriekomponenten quer durch Europa zu
1584 schicken, um die billigsten Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte
1585 Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale Arbeitsplätze und stärkt die
1586 Regionen abseits der Metropolen. Dabei gilt: Produktion so lokal wie möglich, so
1587 global wie nötig!

Begründung

Das ist als Formel so zu weitgehend. Wir wollen nicht alles dort produzieren, wo es verbraucht wird. Wir wollen Globalisierung nicht komplett zurückdrehen und verkennen nicht, dass Handelsbeziehungen ein Motor von Entwicklung sein können, wenn sie fair und verlässlich sind.

Antrag L.01.1615.1: Änderungsantrag zu EWP19

Änderungsantrag zu EWP19

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1615 - 1617

1613 Der soziale und ökologisch gerechte Umbau unserer Wirtschaft muss anders mit
1614 Rohstoffen umgehen. Die Metallproduktion hat sich seit 2000 weltweit fast
1615 verdreifacht. Mehr als 93,50 Prozent ~~der Primärrohstoffproduktion – also das, was~~
1616 ~~mit Bergbau an Metallen aus der Erde gewonnen wird –~~des weltweit genutzten Metalls
ist Eisen ~~für die~~
, vor allem für die energieintensive Stahlproduktion. Die globale Rohstoffentnahme

wird vor allem durch den Bedarf an Baumineralien und fossilen Energieträgern vorangetrieben. Der Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen

1618 Grenzen.

1619 Auch die Produktion grüner Technologien ist abhängig von vielen Rohstoffen, die
1620 es in der EU nicht in ausreichendem Maße gibt, bzw. die bisher nicht in der EU
1621 gefördert werden. Besonders hoch ist die Importabhängigkeit von seltenen Erden
1622 und Metallen. Bis zum Jahr 2050 wird die EU z.B. das 60-fache an Lithium im
1623 Vergleich zu heute benötigen. Der Verbrauch von Rohstoffen wie Graphit oder
1624 Kobalt könnte bis zum 15-fachen im Jahr 2050 steigen. Es drohen zunehmende
1625 geopolitische Konflikte über die knapper werdenden Ressourcen. Gleichzeitig
1626 braucht es immer mehr Energie, um die Ressourcen abzubauen. Der Bergbau findet
1627 oft unter nicht akzeptablen Bedingungen statt: Menschenrechte werden verletzt,
1628 Wasser verseucht und die Umwelt zerstört. Das ist der Preis für den
1629 Rohstoffhunger. Für den Schutz des Klimas und der natürlichen Grenzen unseres
1630 Ökosystems muss der Rohstoffabbau deshalb reduziert werden.

Begründung

Hier liegt ein Fehler im Text vor. Primärrohstoffe sind sämtliche aus der Natur entnommene Rohstoffe. Der Anteil der Metallförderung an den ca. 70 Mrd. t jährlicher Stoffentnahme ist dabei kleiner als der von Baumineralien und fossilen Energieträgern.

Antrag L.01.1639.1: Änderungsantrag zu EWP19

Änderungsantrag zu EWP19

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1639 - 1640

1631 - Der Verbrauch von Primärrohstoffen in der EU muss bis zum Jahr 2030 um zehn
1632 Prozent sinken.

1633 - Wir denken Klimaschutz und die Reduktion metallischer Rohstoffe zusammen: Wir
1634 treiben die Mobilitätswende voran (Siehe Kapitel 3, „Mehr Mobilität mit weniger
1635 Verkehr“) und bauen eine europäische Kreislaufwirtschaft auf.

1636 - Wir verankern und verstärken Menschenrechte und Umweltstandards in allen EU-
1637 Gesetzen.

1638 - Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten. Die lokale Bevölkerung muss
1639 bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung beteiligt werden.

1640 Wir erwarten von der EU, dass sie ihre Positionierung für ein Moratorium beim Tiefseebergbau („precautionary pause“) offensiv in die Verhandlungen bei der Internationalen Meeresbodenbehörde und bei der UNO einbringt und sich auch im Bereich der Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) für ein weltweites Moratorium engagiert.

- Die Massenproduktion grüner Technologie darf sich nicht auf der Ausbeutung der
1641 Natur und Menschen in den Ländern des globalen Südens stützen. Wir wollen keinen
1642 „grünen Kolonialismus“. Dafür fordern wir ein stärkeres Lieferkettengesetz und
1643 die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in
1644 Handelsabkommen der EU. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik: Kooperation
1645 statt Konkurrenz“)

Begründung

Unsere Forderung nach einem Verbot des Tiefseebergbaus wird auch später im Programm erwähnt, aber an dieser Stelle sollte sie auch rein, weil es hier um Rohstoffstrategien geht. Hier ist auch mal positiv zu vermerken, dass sich die EU hier im globalen Kontext richtig positioniert hat, und darauf zu dringen, dass sie auf dieser Linie auch weitermacht und weiter geht.

Antrag L.01.1645.1: Änderungsantrag zu EWP19

Änderungsantrag zu EWP19

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1645

1631 - Der Verbrauch von Primärrohstoffen in der EU muss bis zum Jahr 2030 um zehn
1632 Prozent sinken.

1633 - Wir denken Klimaschutz und die Reduktion metallischer Rohstoffe zusammen: Wir
1634 treiben die Mobilitätswende voran (Siehe Kapitel 3, „Mehr Mobilität mit weniger
1635 Verkehr“) und bauen eine europäische Kreislaufwirtschaft auf.

1636 - Wir verankern und verstärken Menschenrechte und Umweltstandards in allen EU-
1637 Gesetzen.

1638 - Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten. Die lokale Bevölkerung muss
1639 bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung beteiligt werden.

1640 - Die Massenproduktion grüner Technologie darf sich nicht auf der Ausbeutung der
1641 Natur und Menschen in den Ländern des globalen Südens stützen. Wir wollen keinen
1642 „grünen Kolonialismus“. Dafür fordern wir ein stärkeres Lieferkettengesetz und
1643 die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in

1644 Handelsabkommen der EU. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik: Kooperation
1645 statt Konkurrenz“).

- Wir wollen den Illegalen Holzhandel durch klarere Regeln und international koordinierte Kontrollen und Institutionen weiter eingrenzen.

Begründung

Die Lage der Wälder ist dramatisch. Holz gilt vielen als ein natürliches, umweltfreundliches Produkt. Leider sieht die Realität ganz anders aus. In Möbeldiscountern, Werbeprospekten oder Furnierhölzern findet man allzuoft (laut WWF bis zu 40%) Hölzer, die aus illegalem Einschlag stammen. Ganze Wälder werden in einer ausufernden Papierindustrie zerstört. Statt Aufforstung verlieren wir weiter Waldfläche. Selbst Hölzer, die als heimisch deklariert sind, beinhalten immer wieder Tropenholz. Die Holzmafia macht Milliarden Gewinne in Rumaniens, Brasiliens oder Skandinavischen Urwäldern. Neben der Aufforstung von Gebieten ist es unbedingt notwendig, die vorhandenen Wälder effektiv zu schützen. Dazu gehören effektive Strukturen wie geschulte, europäische Labors, Kriminalämter, Umweltstaatsanwaltschaften und Bußgelder, die den Gewinn aus illegalem Vertrieb auch um ein Vielfaches übersteigen.

Hintergrund u.a. <https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/waldvernichtung/illegaler-holzeinschlag>

Antrag L.01.1686.1: Änderungsantrag zu EWP19

Antragsteller*in: BV Steglitz-Zehlendorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1686

1679 - Wir wollen das Müllaufkommen insgesamt reduzieren: Hierfür fordern wir auch
1680 Abgaben auf Einwegverpackungen für die Verkäufer und ein einheitliches
1681 Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen in der EU.

1682 - Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten.

1683 - Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der

1684 Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. Sie dürfen nicht privatisiert werden.

1685 Ist die Privatisierung bereits erfolgt, kämpft DIE LINKE für Rekommunalisierung.

1686 Nur so kann eine soziale und ökologische Abfallwirtschaft garantiert werden.

- Wir wollen das Recht schaffen nutzbare Abfälle kostenfrei zu verwenden und hierfür Zugangswege zu ermöglichen, z.B. durch Straffreiheit für sogenanntes Containern.

Begründung

An vielen Stellen stehen Eigentumsrechte der Verwendung von noch nutzbaren Abfällen im Wege. Das Eigentum am Abfall ermöglicht es auch weiterhin gebrauchsfähige Güter zu vernichten, anstelle sie denen zur Verfügung zu stellen, die eine Verwendung für die Überproduktion hätten.

Schon in der Weimarer Republik sangen alle auf der Linken recht angesäuert:

Oh, mich zieht 's nach einem fernen Lande,

Wo die schlanke Tropenpalme prangt.

In Brasilien, am Rio Grande,

Werden Kaffeesackschmeißer verlangt.

Es gibt zuviel Kaffee auf der Welt.

Und darum pro Zentner zu wenig Geld.

Drum wird, so will es das Weltgewissen,

Die halbe Ernte ins Wasser geschmissen.

Immere rin, mein Junge!

Das hat 'n Sinn, mein Junge!

Da steckt was hinter, mein Junge!

Das wird ein Winter, mein Junge!

(...)

Und hat der Menschenhai am Rio Grande

An seinen nassen Bohnen profitiert,

Werden wir aus diesem reichen Lande

Gleich nach USA hintransportiert,

dort wächst zuviel Getreide auf dem Feld,

und das bringt pro Tonne zu wenig Geld.

Dort wäscht man die Kartoffeln mit Petroleum rein

Und heizt mit dem Weizen die Maschinen ein.

Immere rin, mein Junge!

Das hat 'n Sinn, mein Junge!

Da steckt was hinter, mein Junge!

Das wird ein Winter, mein Junge!

*Proleten, packt eure Habe!
Die reiche Ernte hat uns die Preise verhunzt!
Brotfrucht ist Teufelsgabe!
Drum rin mit die Schrippen in die Feuerbrunst!
Sie werfen den Weizen ins Feuer!
Sie werfen den Kaffee ins Meer.
Und wann werfen die Säckeschmeißer
Die fetten Räuber hinterher?
Siehst du, das hat 'n Sinn, mein Junge!
Siehst du, das wird ein Winter, mein Junge
Wie er in deinem Leben nie wiederkehrt.*

.... also, für den Zwischenschritt rin mit dem Containern ins Programm.

Antrag L.01.1687.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1687

1687 ~~Für eine sozial-ökologische~~Ökonomisch gerechte Landwirtschaft

Begründung

Teilung in klima-thematisches Unterkapitel „Klimagerechte Landwirtschaft“ und in ökonomisch ausgerichtetes Unterkapitel „Ökonomisch gerechte Landwirtschaft“. Verschiebung des neuen klima-thematisches Unterkapitel „Klimagerechte Landwirtschaft“ auf Position (Zeilen 1372 ff.) [Siehe auch L.01.1384.1](#)

Antrag L.01.1693.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1693 - 1694

1688 Ein Drittel der Mittel der EU werden für Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.
1689 Die Landwirtschaft wurde in der EU und durch die EU liberalisiert. Die Reform der
1690 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist nicht genutzt worden, um den überfälligen
1691 sozial-ökologischen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen im
1692 erforderlichen Maß voranzubringen. Sie sichert vor allem die Profite der
1693 Agrarkonzerne. ~~Die Landwirtschaft ist der Hauptverursacher~~Große Teile der

Landwirtschaft sind für den Verlust der
1694 Artenvielfalt mitverantwortlich. Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und
Export aufgeben.
1695 Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die
1696 umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert werden:

Antrag L.01.1693.2: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1693 - 1694

1688 Ein Drittel der Mittel der EU werden für Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.
1689 Die Landwirtschaft wurde in der EU und durch die EU liberalisiert. Die Reform der
1690 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist nicht genutzt worden, um den überfälligen
1691 sozial-ökologischen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen im
1692 erforderlichen Maß voranzubringen. Sie sichert vor allem die Profite der
1693 Agrarkonzerne. Die ~~Landwirtschaft ist der Hauptverursacher für den Verlust der~~
1694 ~~Artenvielfalt. Die~~ EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben.
1695 Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die
1696 umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert werden:

Begründung

Haben die Autoren des Programmentwurfs die Bauernproteste nicht verstanden? Die Bauern wollen nicht zu Buhmännern der Nation abgestempelt werden. Statt ihre finanziellen Sorgen ernst zu nehmen und z.B. gesetzlich festgelegte Mindesterzeugerpreise zu fordern, werden die Bauern hier pauschal an den Pranger gestellt. Dabei würden sie durchaus naturschonender produzieren wollen, wenn ihnen der Preisdruck der Lebensmittelkonzerne dazu den Spielraum ließe.

Antrag L.01.1696.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1696

1688 Ein Drittel der Mittel der EU werden für Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.
1689 Die Landwirtschaft wurde in der EU und durch die EU liberalisiert. Die Reform der
1690 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist nicht genutzt worden, um den überfälligen
1691 sozial-ökologischen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen im
1692 erforderlichen Maß voranzubringen. Sie sichert vor allem die Profite der
1693 Agrarkonzerne. Die Landwirtschaft ist der Hauptverursacher für den Verlust der
1694 Artenvielfalt. Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben.
1695 Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die

1696 umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert ~~werden:~~werden. Voraussetzung für lebendige ländliche Räume ist die Ausgestaltung lokaler Ernährungsstrategien und regionaler Kreislaufwirtschaft in Kooperation aller Akteur*innen.

Antrag L.01.1699.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in: LAG Umwelt, Energie und Verkehr (Hamburg)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1699 - 1700

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von ~~Landwirtschaft und Ernährung.~~
1700

Landwirtschaft und Ernährung.

- die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Produktion für Agrarkraftstoffe muss beendet und die Produktion von Futter für die Fleischproduktion ist zügig zu reduzieren, ebenso der Import von Futtergetreide.

- Pflanzliche Ernährung muss gefördert werden. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass pflanzliche Ernährung besser für unsere Böden und unser Grundwasser ist, sich positiv auf die Gesundheit auswirkt, Landraub und Brandrodungen in Regenwaldregionen reduziert und vor allem klimaschädliche Treibhausgasemissionen deutlich vermindert.

- Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen

1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.

1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.

1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.

1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.

1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.

1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.

1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.

1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.

1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.

1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.

1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.

1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.

1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.

1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.

1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.

1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.

1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Begründung

Mittlerweile ernähren sich 9mio Menschen in Deutschland vegan oder vegetarisch. Fast die Hälfte der U40-Bevölkerung findet eine überwiegend pflanzliche Ernährung wichtig. Bereits eine 30-prozentige Reduktion des Fleischkonsums in den OECD Staaten würden eine Fläche größer als Deutschland statt für Industrielle Landwirtschaft, wieder für Naturräume freisetzen. Es werden 36 % der weltweiten Getreide- und 70 % der weltweiten Sojaernte, 40 % der Fischfänge und selbst 33 % der Milchprodukte an Tiere verfüttert. 57 % der europäischen Getreideernte wird als Tierfutter verwendet und zusätzlich werden noch 5 Mio. Tonnen importiertes Soja in Deutschland verfüttert. Mehr als dreiviertel der Methan- und Lachgasemissionen Deutschlands stammen aus der Landwirtschaft und davon der überwiegende Großteil aus der Rinder- und Schweinehaltung.

Eine Partei, die sich ehrlich für soziale Gerechtigkeit, für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen will, kommt an der Fleisch- (und Fisch-)Frage nicht vorbei.

Antrag L.01.1703.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1703 - 1704

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.

1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die

1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.

1704 „indem wir die bisherige pauschale Junglandwirt*Innenförderung der GAP in der gesamten EU durch eine nicht flächengebundene Förderung ersetzen.“

- Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen

1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.

1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.

1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.

1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.

1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.

1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.

1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.

1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebtiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug

1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1708.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1708 - 1709

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 ~~machen.~~
1709 machen, welche auch Unternehmensverflechtungen offenlegen.
- Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für

1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.

1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.

1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.

1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.

1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.

1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.

1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1709.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1708 - 1711

- 1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 ~~machen.~~
1709 ~~- Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche~~machen.
- Wir fordern ein EU-Bodengesetz, das eine sozial gerechte Verteilung
landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Bodenfruchtbarkeit sicherstellt. Staatliche
Pachtverträge ~~nach sozialen und~~ müssen nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. ~~Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse-~~
1711 werden. Wir wollen eine Pachtpreis- und Kaufpreisbremse einführen, die den Zugang zu
Land für Akteure ohne oder mit wenig Geld, gemeinwohlorientierten Bodenträger und
landwirtschaftlichen Existenzgründer*innen erleichtert.
- Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das

1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehr und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1711.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1711 - 1712

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.

1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - **Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.**
1712 **Öffentlicher Boden darf nicht weiter privatisiert werden.**
- Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier

1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1712.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1712 - 1716

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 ~~- Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch~~
1713 ~~entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für~~
1714 ~~öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt~~
1715 ~~Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die~~

1716 ~~Klimaschutzziele erreicht werden können.~~
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Leberdientransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir

1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1719.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1719 - 1721

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, und können kostendeckend
produziert
1720 ~~werden und Biodiversität wird gesichert.~~
1721 werden.
- Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen

1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebendtiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1724.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1724 - 1726

- 1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts-~~und~~
1725 Nachhaltigkeits- und
1726 Regionalkennzeichnung ein:
(Sustainable Food System Law).
- Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der

1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebiotransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1728.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1728

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für

1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.

1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.

1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.

1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.

1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.

1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.

1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.

1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.

1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.

1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen

1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Eine Aufteilung in Schutz- und
Schutzgebiete lehnen wir ab. Hierzu sind neben einer Reduktion von
Pflanzenschutzmitteln vielgliedrige Fruchtfolgen erforderlich. Wir setzen uns für das
Grundprinzip des

1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.

1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1734.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1734

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch

1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.

1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.

1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.

1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.

1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.

1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für

1734 Pflanzenschutzmittel. Die Monopol- und Oligopolstrukturen bei Saatgut, Agrochemie
und Düngemittelindustrie sowie bei Lebensmittelherstellung und -handel müssen
zerschlagen werden. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.

1755 - Lebendtiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.

1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.

1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss

1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1739.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1739 - 1740

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und

1725 Regionalkennzeichnung ein.

1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.

1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 Den Umbau hin zu einer Klima-, Umwelt- und tierschutzverträglichen Tierhaltung
wollen wir sozial gerecht gestalten mit Diversifizierungs- und
Entschuldungsprogrammen.

- Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.

1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.

1755 - Lebendtiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.

1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.

1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.

1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.

1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.

1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug

1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1750.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1750 - 1755

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir

1735 fördern.

1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.

1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.

1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.

1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen aus Nahrungsmitteln wie
1751 beispielsweise Mais und Getreide in die EU (und nach
1752 Deutschland) wollen wir verbieten.

1753 Das betrifft nicht den Import von Biokraftstoffen, die beispielsweise aus Resten von
1754 Tabakpflanzen, Kuhdung, Biomüll oder Ähnlichem gewonnen werden.
- Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1755 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1756 Lebensmittelpreise hungern müssen.

1757 - Lebendtiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1758 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.

1759 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1760 Bürgerinitiative 2023.

1761 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1762 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1763 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1764 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1765 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1766 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1767 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.

1768 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1769 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1770 Wertschöpfungskette.

1771 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1772 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.

1773 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1774 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1775 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1776 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1777 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1778 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1779 zerstören.

Begründung

Auch wenn das Ziel eine drastische Reduzierung des Autoverkehrs bleibt, sollten für die Übergangsphase Biokraftstoffe, sofern sie aus nicht anderweitig verwertbaren Stoffen wie beispielsweise Resten der Tabakpflanze gewonnen werden, importiert werden können. Ein

Import von Biokraftstoffen aus vollwertigen Nahrungsmitteln ist angesichts von Hungerkatastrophen nicht sinnvoll und abzulehnen.

Antrag L.01.1753.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1753

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche

1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen ~~in Europa und weltweit~~ und in Europa nicht
wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1762.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1762

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach

1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Leberdientransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab, denn sie gefährden die Biodiversität und sorgen für eine
zunehmende Abhängigkeit der Produzenten von übermächtigen Weltmarktakteuren.
Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1775 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Begründung

Eine Natur, die anhand der meist Profitgetriebenen Interessen von Menschen entwickelt wird, ist nicht in der Lage für die Artenvielfalt zu wirken und lässt uns in einer immer vulnerabler werdenden Welt zurück. Die Probleme dieser Pflanzen, die in der Regel keine direkten Folgen haben, werden zumeist erst nach Jahrzehnten sichtbar. Sie fördern ein Agrarsystem, das auf immer mehr Effizienz ausgerichtet ist. Nicht die Verbesserung der Pflanzen, sondern die der Eigentumsverhältnisse auf den Feldern ist Teil der Lösung. Wir stören uns im Ausgangsentwurf vor allem daran, dass die eigentlich richtige Aussage, dass 80% der Menschen hinter der Ablehnung stehen, populistisch wirkt und kein Argument ist. Sie bedarf daher einer Begründung weshalb die Ablehnung richtig ist.

Antrag L.01.1770.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1770 - 1771

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.
1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach

1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Leberdientransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen
1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker nach ökologischen Kriterien aufforsten – ~~mit ans Klima angepassten~~
~~Baumarten.~~
1771 .
1772 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1773 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1774 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1775 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, genug
1776 Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU zugänglich zu machen, ohne dabei
1777 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
zerstören.

Antrag L.01.1774.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1774 - 1775

1697 - Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach
1698 sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und
1699 für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.
1700 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen
1701 Mindestlöhnen: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für
1702 mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Die
1703 Förderung von jungen Landwirt*innen wollen wir ausweiten.
1704 - Böden dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Wir wollen
1705 Landgrabbing - auch durch intransparente Share Deals - verbieten und die
1706 Ernährungssouveränität sichern.
1707 - Es braucht Transparenz am Bodenmarkt. Dafür wollen wir Grundbücher öffentlich
1708 machen.

1709 - Ackerland in Bauernhand: Wir wollen staatliche Pachtverträge nach sozialen und
1710 ökologischen Kriterien vergeben. Außerdem braucht es eine Pachtpreisbremse.
1711 - Wir fordern einen Bodenfonds, damit der öffentliche Bestand wächst.
1712 - Der nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023 muss noch
1713 entwickelt werden. Wir fordern, dass er nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für
1714 öffentliche Leistungen“ umgesetzt wird und aktive Landwirt*innen statt
1715 Agrarkonzerne fördert. Der Strategieplan muss so ausgerichtet werden, dass die
1716 Klimaschutzziele erreicht werden können.
1717 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben.
1718 Erzeuger*innen, die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn
1719 erhalten. So bleiben Lebensmittel erschwinglich, können kostendeckend produziert
1720 werden und Biodiversität wird gesichert.
1721 - Es müssen rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen
1722 Landwirt*innen und Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen,
1723 Lieferbedingungen und Preise geschaffen werden.
1724 - Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts- und
1725 Regionalkennzeichnung ein.
1726 - Mehr Bienen, mehr Käfer - für eine insektenfreundliche Landwirtschaft: Wir
1727 wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen
1728 Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Wir setzen uns für das Grundprinzip des
1729 integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie
1730 anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln.
1731 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von
1732 der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein
1733 Produktions- und Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für
1734 Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir
1735 fördern.
1736 - Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die landwirtschaftliche
1737 Tierhaltung und setzen uns für ein Käfighaltungsverbot ein. Dafür haben wir mit
1738 der europäischen Bürgerinitiative gegen Käfige erfolgreich gestritten, jetzt muss
1739 es Gesetz werden.
1740 - Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt*innen aus der
1741 Tierhaltung.
1742 - Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das
1743 Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die
1744 Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines
1745 nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
1746 - Wir wollen ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für
1747 Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für
1748 die sozial-ökologische Agrarwende schafft.
1749 - Wir wollen Futtermittelimporte abbauen. Mit Nahrungsmitteln darf nicht
1750 spekuliert werden. Den Import von Biokraftstoffen in die EU (und nach
1751 Deutschland) wollen wir verbieten.
1752 - Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige Reiche reicher machen, müssen
1753 verboten werden, damit die Menschen in Europa und weltweit nicht wegen hoher
1754 Lebensmittelpreise hungern müssen.
1755 - Lebetiertransporte müssen eingeschränkt werden. Tiertransporte über vier
1756 Stunden und in Drittstaaten wollen wir gänzlich verbieten.
1757 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-
1758 Bürgerinitiative 2023.
1759 - 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gentechnik auf dem Teller ab. Anbau von
1760 transgenen Pflanzen in der Landwirtschaft, einschließlich sogenannter Neuer
1761 genomischer Techniken, und Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere und anderes Leben
1762 lehnen wir ab. Die von der EU per Verordnung geplante Aussetzung der generellen

1763 Kennzeichnung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) muss
1764 verhindert werden, auch weil dann die Verbraucher*innen keine Wahl mehr haben.
1765 Das Vorsorgeprinzip muss wieder Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten.
1766 - Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot
1767 für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der
1768 Wertschöpfungskette.
1769 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir
1770 wollen stärker aufforsten - mit ans Klima angepassten Baumarten.
1771 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in
1772 Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass
1773 Bäuer*innen, die das schon heute umsetzen, gute Arbeitsbedingungen und faire
1774 Preise bekommen. Insgesamt muss die Agrarwende darauf ausgerichtet sein, ~~genug~~
1775 ~~Nährstoffe, bezahlbar allen Menschen in der EU~~ allen Menschen in der EU gesunde und
bezahlbare Nahrungsmittel zugänglich zu machen, ohne dabei
1776 die Chancen zukünftiger Generationen oder Menschen in anderen Ländern zu
1777 zerstören.

Antrag L.01.1778.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1778

1778 ~~Digitalisierung~~ Verbraucher*innen schützen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Verbraucher*innen schützen" \(Zeilen 3833 - 3877\)](#)" auf diese Position (Zeilen 1778 ff.)

Antrag L.01.1788.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaftspolitik (Hamburg)
--------------------------	----------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1788 - 1789

1779 Die EU hat Digitalisierung zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht und will mit
1780 Milliarden Euro öffentlicher Gelder die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung
1781 digitaler Technologien auf allen Ebenen fördern. Dabei geht es nicht um
1782 Technologien für eine gerechte Onlinewelt für alle oder für gute soziale und
1783 klimagerechte öffentliche Dienstleistungen. Das Ziel ist, der europäischen IT-
1784 Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu einer führenden Rolle zu verhelfen.
1785 Dazu sollen IT-Forschungszentren und -Unternehmen gefördert werden, ausreichend
1786 Anwendungsgebiete erschlossen und Datenbestände nutzbar gemacht werden, um die

1787 Produktentwicklung zu ermöglichen und Märkte für diese Anwendungen zu schaffen.
1788 ~~Europäische IT-Unternehmen sollen den großen amerikanischen und chinesischen-~~
1789 ~~Zentren Konkurrenz machen können~~ Wir setzen auf die Förderung von OpenSource-
Lösungen, die international allen Menschen zugutekommen. Ungebremst droht eine
zunehmende Überwachung,
1790 stärkere soziale Spaltung, ein Abbau sozialer Rechte und die weitere Aushöhlung
1791 öffentlicher Leistungen - ganz im Sinne der Konzerne. Der hohe Energie- und
1792 Ressourcenverbrauch digitaler Anwendungen droht den Klimakollaps zu
1793 beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung zur Lösung
1794 gesellschaftlicher Probleme beiträgt, statt vor allem auf Profite und Kontrolle
1795 zu zielen.

Begründung

Ein Schritt zur Überwindung kapitalistischer Konkurrenz.

Antrag L.01.1824.1: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1824 - 1825

1823 Die EU will in den nächsten zehn Jahren mit viel Geld die Entwicklung und den
1824 Markt für KI-Anwendungen fördern. In Bereichen wie Krebserkennung, Pharmazie ~~oder~~,
1825 Astronomie, Landwirtschaft, Verkehr oder Klimaforschung kann künstliche Intelligenz
Fortschritte ermöglichen. Viele der in der
1826 Öffentlichkeit bekannten KI-Anwendungen nützen jedoch vor allem dem Profit der
1827 Unternehmen und haben nur geringen gesellschaftlichen Mehrwert; gleichzeitig sind
1828 mit ihnen hohe Risiken verbunden. Verbraucherschutz und ethische Standards können
1829 nur sichergestellt werden, wenn die Algorithmen nachvollziehbar sind - daran
1830 haben die Unternehmen in der Regel kein Interesse. Wir wollen KI-Anwendungen
1831 fördern, die nachweislich einen gesellschaftlichen Nutzen haben. In anderen
1832 Bereichen wollen wir KI-Einsatz beschränken oder verhindern. Denn auch der
1833 Energieverbrauch für KI ist riesig.

Begründung

Die vorgenommene Auswahl von Bereichen klingt verhalten und redet aktuelle Forschungsansätze klein. Eine Erweiterung um Bereiche wie Landwirtschaft, Verkehr und Klimaforschung verdeutlichen die alltägliche sowie politische Bedeutung von KI.

Antrag L.01.1824.2: Änderungsantrag zu EWP20

Änderungsantrag zu EWP20

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1824 - 1833

1823 Die EU will in den nächsten zehn Jahren mit viel Geld die Entwicklung und den
1824 Markt für KI-Anwendungen fördern. In Bereichen wie Krebserkennung, Pharmazie ~~oder,~~
1825 Astronomie, Landwirtschaft, Verkehr oder Klimaforschung kann künstliche Intelligenz
Fortschritte ermöglichen. Viele der in der
1826 Öffentlichkeit bekannten KI-Anwendungen nützen jedoch vor allem dem Profit der
1827 ~~Unternehmen und haben nur geringen gesellschaftlichen Mehrwert;~~ Unternehmen
anstatt dem Ziel eines gesellschaftlichen Mehrwerts zu verfolgen; gleichzeitig sind
1828 mit ihnen, je nach Anwendungsbereich, hohe Risiken verbunden. Verbraucherschutz
und ethische Standards können
1829 nur sichergestellt werden, wenn die Algorithmen nachvollziehbar sind - daran
1830 haben die Unternehmen in der Regel kein Interesse. Wir wollen KI-Anwendungen
1831 ~~fördern, die nachweislich einen gesellschaftlichen~~ fördern, von deren Fertigstellung ein
gesellschaftlicher Nutzen ~~haben~~ zu erwarten ist. In anderen
1832 Bereichen wollen wir KI-Einsatz beschränken oder verhindern. Denn auch der
1833 Energieverbrauch ~~für KI ist riesig~~ und Zeitaufwand für die Entwicklung von KI-Systemen
ist Riesig, ihr flächendeckender Einsatz ist nur selten Energiesparsam möglich.

Begründung

1. Das die vorhandene KI Anwendungen keinen gesellschaftlichen Mehrwert darstellen ist eine sehr umstrittene Behauptung. Vielmehr geht es darum, dass sie dem Ziel eines gesellschaftlichen Mehrwert und nicht des Profits folgen sollen.
2. Die Risiken von KI sind nicht allgemein hoch sondern anwendungsspezifisch hoch.
3. Eine KI bei der Nachweisbar(!) ist, dass sie einen derartigen positiven Nutzen hat, ist schon soweit entwickelt, dass Förderung im eigentlichen Sinn zu spät kommt. Mehr Daten und längere Trainingszeit bedeuten schlichtweg nicht automatisch dass das gesteckte Ziel erfüllt werden kann oder noch besser erfüllt wird.
4. Die Aussage das der Energieverbrauch für KI Riesig ist, trifft nur auf bestimmte (die größten) Modelle zu, und dort wesentlich auf die Trainingsphase. Die neue Formulierung soll den Sachverhalt (Energiebedarf von KI) korrekt darstellen aber weiterhin auf die Problematik hinweisen.

Einladung zur offenen Vorberatung über den Leitantrag

Liebe Delegierte, liebe Antragsteller*innen,

nach der guten Erfahrung der öffentlichen Vorberatung der Änderungsanträge bei den letzten Parteitagungen möchten wir in ähnlicher Weise auch dieses Mal verfahren. Da es viele Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes gibt und wir es beim Parteitag dann nicht schaffen können, über alle diese Anträge in Ruhe zu sprechen, laden wir euch ein zu insgesamt

sechs Vorberatungen über die Änderungsanträge vom 13. bis 15. November 2023.

Ziel der Vorberatungen ist, zwischen der Antragstellerin des L.01., dem Parteivorstand, und Euch, den Änderungsantragsteller*innen, mögliche Kompromisse zu diskutieren und zu entscheiden. Dafür werden vom Parteivorstand Mitglieder teilnehmen, die mit dem Diskussionsstand des PV zu Euren Änderungsanträgen (der PV berät am 11./12.11.) vertraut sind und ein Verhandlungs-/Entscheidungsmandat haben. Es wäre wichtig, dass auch Ihr Antragstellenden ein solches Mandat (die Berechtigung, Kompromissentscheidungen im Sinne der Antragsteller*innen zu treffen) in die Vorberatungen mitbringt.

Die Termine für diese Vorberatungen sind:

13.11.2023, 18 Uhr	Kapitel 3: Klimagerechtigkeit!
13.11.2023, 19 Uhr	Kapitel 1: Umverteilen für soziale Gerechtigkeit
14.11.2023, 18 Uhr	Kapitel 4: Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit
14.11.2023, 19 Uhr	Kapitel 2: Wirtschaft sozial und ökologisch gerecht umbauen
15.11.2023, 19 Uhr	Einleitung
15.11.2023, 19 Uhr	Kapitel 5: Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus

Die Veranstaltungen werden parteiöffentlich in Form von Zoom-Konferenzen durchgeführt, d.h. Antragsteller*innen können sich genauso beteiligen wie alle Delegierten und an der Antragsberatung Interessierten.

Ihr seid alle herzlich eingeladen teilzunehmen, eine **Anmeldung ist nicht erforderlich**. Die **Zugangsdaten** werden auf der Startseite der Webseite des digitalen Parteitages in OpenSlides rechtzeitig vorher veröffentlicht. Antragsteller*innen werden per E-Mail eingeladen.

Die öffentliche Antragsberatung wird ähnlich wie eine Antragsberatung auf dem Parteitag ablaufen, d.h. alle Änderungsanträge, die nicht schon vom Parteivorstand übernommen oder teilübernommen wurden, werden durch die Antragsteller*innen eingebracht. Zu jedem Antrag soll es zunächst eine Contra- und eine Pro-Rede geben. Danach wird geklärt, ob es möglich ist mit dem Parteivorstand und/oder anderen Antragsteller*innen mit einem ähnlichen Anliegen zu einer Einigung zu kommen. Ziel ist es also die Zahl der offenen Anträge auf dem Parteitag zu reduzieren.

Wir hoffen, dass wir durch diese Vorberatungen dazu in der Lage sind die Antragsberatung beim Parteitag für alle Beteiligten gut organisieren zu können. Deshalb bitten wir alle Antragsteller*innen sich auf das Verfahren einzulassen.

Nach der Sitzung des Parteivorstands am 11. November, auf der über die Übernahme von Änderungsanträgen beraten wird, werden diese in OpenSlides veröffentlicht und die jeweiligen und die jeweiligen Abschnitte des Leitantrages werden mit allen übernommenen oder teilübernommenen Änderungsanträgen in digitaler Form zur Verfügung gestellt. Diese Versionen werden unsere Grundlage für die Vorbereitungen sein.

Solidarische Grüße

Sabine Berninger
Sprecherin der Antragskommission

Marc Mulia
Sprecher der Antragskommission

Änderungs- anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt. Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite unter: <https://www.die-linke.de/parteitag> einzeln einsehbar.

Antrag L.01.0170.1: Änderungsantrag zu EWP05

Änderungsantrag zu EWP05

Antragsteller*in: Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 170 - 171

160 Ergebnis dieses Krisen-Kapitalismus: In ganz Europa wächst die Verunsicherung. In
161 vielen Ländern erleben wir ein Erstarken der extremen Rechten, die die Demokratie
162 verächtlich macht und menschenverachtende Hetze betreibt. Auch in der EU ist die
163 Demokratie bereits vielfach unter Druck, in vielen Mitgliedstaaten sind Rechte an
164 der Regierung und reißen Grundlagen der Demokratie ein. Auch Parteien der
165 sogenannten Mitte ordnen Menschenrechte und Demokratie zunehmend autoritären
166 Maßnahmen unter und opfern sie kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Sie
167 kommen den Rechten immer weiter entgegen. Wir zeigen klare Kante gegen rechts und
168 die große Koalition der Abschottung. Als einzige Fraktion im Europaparlament
169 stellen wir uns den Angriffen auf das Asylrecht kompromisslos entgegen. Wir
170 fordern: ~~keine Deals mit Diktatoren, Menschenrechte verteidigen und-~~
171 ~~Fluchtursachen bekämpfen-~~legale Zugangswege, um das Sterben im Mittelmeer zu
beenden; faire Kooperationsabkommen mit Herkunftsländern, mit wirtschaftlicher
Zusammenarbeit und Asyl- oder Zuwanderungsanträgen auch außerhalb Europas;
Ausfinanzierung der Integrationssysteme. Migration ist nicht Geflüchtete nur ein
Problem, sondern auch Teil der Lösung: Für demografische Probleme in Europa und in
den Herkunftsländern, für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand auf beiden Seiten.

Begründung

Das Thema ist zu wichtig, um es in der Einleitung so vage und missverständlich zu belassen. Kooperationsabkommen bemessen sich daran, was drinsteht, nicht am Label „Diktator“ oder „Demokrat“. „Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete“ wird von vielen zu Recht als Codeformel verstanden für „eigentlich wollen wir gar keine Migration“. Stattdessen sollten wir hier das Sterben im Mittelmeer ebenso benennen, wie zentrale Lösungselemente (legale Zugangswege, faire Abkommen) und eine positive Haltung zu Migration an sich.

Antrag L.01.1886.1: Kapitelverschiebung

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt
(Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert
(LV Mecklenburg-Vorpommern)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1886

1886 **3. ~~KLIMAGERECHTIGKEIT!~~ WIRTSCHAFT SOZIAL UND ÖKOLOGISCH GERECHT UMBAUEN (Zeilen 1401 - 1549)**

Begründung

Migration und Flucht sind wesentliche Bestandteile der übergeordneten Politikfelder Frieden und Soziale Gerechtigkeit. Wir sehen den Teil des Wahlprogramms daher dort deutlich passender aufgehoben, als unter der Überschrift „Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus“. Ein zunehmend rassistisches und migrationsfeindliches politisches Umfeld ist weniger ein Ergebnis von Lobbyismus im klassischen Sinn, sondern Folge eines von rechts initiierten und von konservativen bis sozialdemokratischen Parteien übernommenen Diskurses. Hier muss DIE LINKE eine politische Haltung zeigen und das im Zusammenhang mit ihren friedenspolitischen Prinzipien.

Antrag L.01.1886.2: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1886

1886 **36. KLIMAGERECHTIGKEIT! Europa für die Menschen - Demokratie stärken**

Begründung

Anpassung der Nummerierung nach Aufteilung der neuen Kapitel. Wir sollten inhaltlich im Zusammenhang argumentieren, welcher Rolle der Europäischen Union bei der Frage von Menschenrechten idealerweise zukommt. Dazu zählen Aspekte der Verfasstheit der EU wie auch jene im Bereich Menschenrechte und Inklusion. Es ist die Frage: Was für ein Europa wollen wir?

Antrag L.01.1889.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1889

1887 Wir spüren schon jetzt die dramatische Veränderung des Klimas. Waldbrände,
1888 Wassermangel, Dürren und Hitzesommer werden Normalität. Es ist nicht nur die

1889 **Klimakrise: Klimakatastrophe:** Das ökologische System des Planeten droht
zusammenzubrechen. Das

1890 rücksichtslose Wirtschaften überschreitet die natürlichen Grenzen und stellt den
1891 Profit an erste Stelle - und nicht die Bedürfnisse der Menschen und unser
1892 Überleben auf dem Planeten.

Begründung

Wie an den anderen Stellen: Die Klimakrise sollte, wie schon im Wahlprogramm 2021

geschehen, durch Klimakatastrophe ersetzt werden. Krisen sind in der Regel zeitlich begrenzt und danach geht es dann schon irgendwie wieder aufwärts. Das ist in Anbetracht der Klimakatastrophe eher eine Verharmlosung, denn ein zurück zum Vorher wird es nach allen Wahrscheinlichkeiten nicht geben. Das neue Programm wäre ein Rückschritt zum Wahlprogramm 21.

Antrag L.01.1931.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1931 - 1933

1927 Wir wollen die Superreichen stärker in die Verantwortung nehmen. Viele Menschen
1928 fühlen sich von der verfehlten Politik der Regierung in der Energiekrise im Stich
1929 gelassen. Rechte Politiker*innen versuchen damit Stimmung gegen Klimaschutz zu
1930 machen. Aber die Energiepreise sind nicht wegen des Klimaschutzes gestiegen,
1931 sondern ~~weil die Energiekonzerne eine Möglichkeit gesehen haben, im Krieg-~~
1932 ~~Extraprofit einzufahren und der Europäische Strommarkt so gestrickt wurde, dass-~~
1933 ~~die Mitnahme von Extraprofiten begünstigt wird~~ durch die Beteiligung Deutschlands an
den Sanktionen gegenüber Russland und die mutmaßlich durch die USA gesprengten
Nord-Stream-Pipelines. Wir fordern daher das Ende der Sanktionen und die
Wiederinbetriebnahme von Nord Stream. Nur mit öffentlichem Geld konnten
1934 die horrenden Preise der Konzerne abgefedert werden. Dagegen braucht es: mehr
1935 öffentliches Eigentum in der Energieversorgung und mehr Vorgaben bei der
1936 Preisgestaltung. Der Markt wird es nicht richten, wir müssen dem Markt Grenzen
1937 setzen. Wir machen den sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den
Beschäftigten,
1938 stärken die Mitbestimmung und setzen uns für eine verbindliche Arbeitsplatz- und
1939 Einkommensgarantie für Beschäftigte ein. Wir wollen eine regionale und
1940 gemeinwohlorientierte Versorgung: kostenlosen öffentlichem Nahverkehr als
1941 Alternative zum Auto ausbauen. Lokal produzierte, preiswerte regenerative
1942 Energieversorgung; Industrie, die sich darauf konzentriert, ökologisch sinnvolle
1943 Dinge sozial gerecht zu produzieren: Straßenbahnen statt elektrischer SUVs,
1944 Wärmepumpen statt Wasserstoffheizungen. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen
1945 Gewinn an Lebensqualität für alle statt für wenige: Der ökologische Umbau ist ein
1946 sozialer Umbau oder er wird nicht gelingen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.1940.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1940

1927 Wir wollen die Superreichen stärker in die Verantwortung nehmen. Viele Menschen
1928 fühlen sich von der verfehlten Politik der Regierung in der Energiekrise im Stich
1929 gelassen. Rechte Politiker*innen versuchen damit Stimmung gegen Klimaschutz zu
1930 machen. Aber die Energiepreise sind nicht wegen des Klimaschutzes gestiegen,
1931 sondern weil die Energiekonzerne eine Möglichkeit gesehen haben, im Krieg
1932 Extraprofite einzufahren und der Europäische Strommarkt so gestrickt wurde, dass
1933 die Mitnahme von Extraprofiten begünstigt wird. Nur mit öffentlichem Geld konnten
1934 die horrenden Preise der Konzerne abgefedert werden. Dagegen braucht es: mehr
1935 öffentliches Eigentum in der Energieversorgung und mehr Vorgaben bei der
1936 Preisgestaltung. Der Markt wird es nicht richten, wir müssen dem Markt Grenzen
1937 setzen. Wir machen den sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den
Beschäftigten,
1938 stärken die Mitbestimmung und setzen uns für eine verbindliche Arbeitsplatz- und
1939 Einkommensgarantie für Beschäftigte ein. Wir wollen eine regionale und
1940 gemeinwohlorientierte Versorgung: ~~kostenlosen öffentlichem~~ fahrscheinlosen
öffentlichen Nahverkehr als
1941 Alternative zum Auto ausbauen. Lokal produzierte, preiswerte regenerative
1942 Energieversorgung; Industrie, die sich darauf konzentriert, ökologisch sinnvolle
1943 Dinge sozial gerecht zu produzieren: Straßenbahnen statt elektrischer SUVs,
1944 Wärmepumpen statt Wasserstoffheizungen. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen
1945 Gewinn an Lebensqualität für alle statt für wenige: Der ökologische Umbau ist ein
1946 sozialer Umbau oder er wird nicht gelingen.

Begründung

Eine Dienstleistung kann nie kostenlos sein, irgendjemand muss immer für die Kosten aufkommen. Daher soll das Programm an dieser Stelle sprachlich präzisiert werden.

Antrag L.01.1947.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1947

1947 ~~Energie: So geht's gerecht~~ Das Europäische Parlament stärken

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Das Europäische Parlament stärken"](#) (Zeilen 3170 - 3184) auf diese Position (Zeilen 1947 ff.)

Antrag L.01.1951.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1951 - 1952

1948 Die EU hat in den vergangenen vier Jahren die Klimagesetzgebung verschärft. Die
1949 Ziele für Emissionsreduktion und Energieeffizienz wurden verschärft. Die
1950 Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe soll reduziert werden. Doch die
1951 Maßnahmen reichen nicht aus, um das ~~CO2-Budget des 1,5-Grad-Ziels~~ im Pariser
1952 Klimaabkommen einzuhalten, denn sie orientieren sich nicht an dem für die EU
verbliebenen CO2-Restbudget. Ausgerechnet Deutschland mit seinem grünen Energie-
1953 und Wirtschaftsminister blockiert an entscheidenden Stellen. Im deutschen
1954 Klimaschutzgesetz werden die Sektorziele de facto abgeschafft und mit dem
1955 ambitionierten LNG-Ausbau werden neue Gasüberkapazitäten geschaffen - die
1956 Energiewende wird ausgebremst.
1957 Wir wollen die EU bis 2040 klimaneutral machen. Dafür reichen die bisherigen
1958 Pläne der EU nicht aus. Damit der Klimawandel bekämpft wird und die Pariser
1959 Klimaziele umgesetzt werden, müssen die Treibhausgasemissionen schnell sinken.
1960 Sonst übersteigt die Gesamtmenge an CO2-Emissionen das Restbudget, das der EU zur
1961 Verfügung steht. Dafür müssen die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien, die
1962 Reduzierung von Treibhausgasen und die Energieeffizienz für 2030 verschärft
1963 werden.

Antrag L.01.1970.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1970 - 1971

1964 - Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf
1965 mindestens 50 Prozent ansteigen. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU bis
1966 2030 im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent fallen. Die Ziele müssen in
1967 verbindliche nationale Ziele für jeden Mitgliedstaat übertragen werden.
1968 - Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um
1969 mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um
1970 90 bis 95 Prozent. Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese ~~Ziele~~
1971 erreichenGrenze einhalten, soll es verbindliche CO2-Budgets für jeden Mitgliedstaat
geben, womit
1972 die Pfade zur Reduzierung der Emissionen regelmäßig überprüft werden können.
1973 - Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100
1974 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral organisiert
1975 sein. Das ist technisch möglich, wie Studien beweisen. Aber diese Ziele können
1976 nur erreicht werden, wenn sie mit wirksamen ordnungspolitischen Maßnahmen und
1977 einem historischen Investitionsprogramm unterstützt werden. (Siehe Kapitel 1,
1978 „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich“)

Antrag L.01.1973.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1973 - 1974

1964 - Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf
1965 mindestens 50 Prozent ansteigen. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU bis
1966 2030 im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent fallen. Die Ziele müssen in
1967 verbindliche nationale Ziele für jeden Mitgliedstaat übertragen werden.
1968 - Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um
1969 mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um
1970 90 bis 95 Prozent. Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Ziele
1971 erreichen, soll es verbindliche CO2-Budgets für jeden Mitgliedstaat geben, womit
1972 die Pfade zur Reduzierung der Emissionen regelmäßig überprüft werden können.
1973 - Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU ~~zu 100-~~
1974 ~~Prozent~~ **überwiegend** aus erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral
organisiert
1975 sein. Das ist technisch möglich, wie Studien beweisen. Aber diese Ziele können
1976 nur erreicht werden, wenn sie mit wirksamen ordnungspolitischen Maßnahmen und
1977 einem historischen Investitionsprogramm unterstützt werden. (Siehe Kapitel 1,
1978 „Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich“)

Begründung

Mehr als die Hälfte (52,1%) aller bewohnter Wohnungen in Deutschland wird überwiegend mit Gas beheizt. Eine Reduzierung des Gasverbrauchs ist aus Klimaschutzgründen sicherlich notwendig. Aber als Alternativen zum vollständigen Ausstieg aus dem Erdgas wird nichts Greifbares im Programmentwurf angeboten. Am Atomausstieg soll zu Recht festgehalten werden. Das umweltschädliche Fracking-Gas (LNG-Gas) wird ebenfalls abgelehnt - zu Recht. Wasserstoff scheidet auch aus: „Der Import von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien wollen wir auf ein ein unvermeidbares Minimum begrenzen.“ (S. 48) : Die Kohle als Energieträger wird nicht erwähnt, aber sicherlich auch abgelehnt. Die Lösung soll dann sein: „ Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen.“ Das ist eine völlig unrealistische Wunschvorstellung, zumal bei alledem auch eine „preiswerte Energieversorgung“ durchgesetzt werden soll. (S.20)

Antrag L.01.1979.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1979

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Lobbyismus einen Riegel vorschieben"](#) (Zeilen 3185 - 3210) auf diese Position (Zeilen 1979 ff.)

Antrag L.01.1985.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1985 - 1987

1980 Die Klima- und Energiepolitik der EU-Kommission setzt vor allem auf den Markt.
1981 Doch der Markt regelt es nicht: Die Strompreise explodieren, während sich
1982 Konzerne bereichern. Die Energiearmut in der EU steigt. Der Emissionshandel wurde
1983 auf den Verkehr- und Wärmebereich ausgedehnt - das wird die Menschen in der EU
1984 noch stärker belasten. Er geht am Problem vorbei, dass die meisten Emissionen von
1985 Konzernen und Menschen mit viel Geld verursacht werden. ~~DIE LINKE setzt auf klare~~
1986 ~~Vorgaben und will nachhaltige Alternativen stärker fördern: mit öffentlichem~~
1987 ~~Geld, das dann auch zu öffentlichem~~ Wir kämpfen für die Überführung aller Konzerne
im Energiebereich in öffentliches Eigentum und Beteiligungen führt wollen ihre Gewinne
und Ressourcen für eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbarer Energie und
die drastische Absenkung der Preise für die privaten Verbraucher nutzen. Mit
1988 Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte
1989 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der
1990 Hand von Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und
Genossenschaften.
1991 Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral
1992 wie nötig organisieren. Der EU-Energiebinnenmarkt leitet Strom und Gas durch ganz
1993 Europa und vermarktet sie über Börsen. Wir wollen dagegen Strom aus dem
1994 Stadtwerk, den kommunalen Solar- oder Windkraftanlagen.

Antrag L.01.2017.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2017 - 2018

1995 - Preiskontrollen statt Stromabzocke: Für den durchschnittlichen Verbrauch von
1996 elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife
1997 schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial
1998 gerechter gestaltet werden. In Deutschland fordern wir einen Energie-Soli für
1999 Reiche zur Finanzierung sozial gerechter Preise.
2000 - Ziel des Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren

2001 Strom zur Verfügung zu stellen, statt Konzerne reich zu machen. Wenige, teure,
2002 fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt
2003 setzen.
2004 - Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab.
2005 Ein klimagerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne ausschließen.
2006 Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie konsequent
2007 abgeschöpft werden.
2008 - Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure: Wir wollen eine dauerhafte
2009 Mindestbesteuerung der Übergewinne der fossilen Energiekonzerne in Höhe von 90
2010 Prozent einführen. Investitionen in erneuerbare Energien dürfen gegengerechnet
2011 werden. Damit die Gewinne der Mineralölkonzerne auch effektiv besteuert werden
2012 können, wollen wir eine Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.
2013 (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft“)
2014 - Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer
2015 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand
2016 soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große
2017 Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. ~~Das wollen wir~~
2018 ~~nutzen~~ Es braucht massive Investitionen, um Windräder- und Solarfabriken (wieder) in
der EU anzusiedeln.
2019 - Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in den EU-Mitgliedstaaten mithilfe von
2020 Rekommunalisierung in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert
2021 und europäisch koordiniert werden. Kommunen können hierzu auf den
2022 Rekommunalisierungsfonds der EU zurückgreifen.
2023 - DIE LINKE will, dass der EU-Emissionshandel (ETS 1) so reformiert wird, dass
2024 die Menge der Zertifikate auf das CO₂-Restbudget der EU begrenzt wird, um die
2025 Pariser Ziele zu erreichen.
2026 - Die energieintensive Industrie bekommt noch zehn Jahre kostenlose
2027 Emissionsberechtigungen. Das ist zu lange! Das Abschmelzen der Gratiszertifikate
2028 muss schneller gehen - im Gegenzug muss der EU-Grenzausgleichsmechanismus
(CBAM)
2029 entsprechend angepasst werden. Für den klimaneutralen Umbau der Industrie braucht
2030 es eine aktive Industriepolitik statt leistungsloser Extraprofite durch
2031 Gratiszertifikate. (Siehe Kapitel 2, Absatz Die „Industrie umbauen“)

Antrag L.01.2027.1: Änderungsantrag zu EWP21

Änderungsantrag zu EWP21

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2027 - 2028

1995 - Preiskontrollen statt Stromabzocke: Für den durchschnittlichen Verbrauch von
1996 elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife
1997 schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial
1998 gerechter gestaltet werden. In Deutschland fordern wir einen Energie-Soli für
1999 Reiche zur Finanzierung sozial gerechter Preise.
2000 - Ziel des Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren
2001 Strom zur Verfügung zu stellen, statt Konzerne reich zu machen. Wenige, teure,
2002 fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt

2003 setzen.
2004 - Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab.
2005 Ein klimagerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne ausschließen.
2006 Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie konsequent
2007 abgeschöpft werden.
2008 - Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure: Wir wollen eine dauerhafte
2009 Mindestbesteuerung der Übergewinne der fossilen Energiekonzerne in Höhe von 90
2010 Prozent einführen. Investitionen in erneuerbare Energien dürfen gegengerechnet
2011 werden. Damit die Gewinne der Mineralölkonzerne auch effektiv besteuert werden
2012 können, wollen wir eine Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.
2013 (Siehe Kapitel 1, „Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft“)
2014 - Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer
2015 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand
2016 soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große
2017 Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir
2018 nutzen, um Windräder- und Solarfabriken (wieder) in der EU anzusiedeln.
2019 - Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in den EU-Mitgliedstaaten mithilfe von
2020 Rekommunalisierung in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert
2021 und europäisch koordiniert werden. Kommunen können hierzu auf den
2022 Rekommunalisierungsfonds der EU zurückgreifen.
2023 - DIE LINKE will, dass der EU-Emissionshandel (ETS 1) so reformiert wird, dass
2024 die Menge der Zertifikate auf das CO2-Restbudget der EU begrenzt wird, um die
2025 Pariser Ziele zu erreichen.
2026 - Die energieintensive Industrie bekommt noch zehn Jahre kostenlose
2027 Emissionsberechtigungen. Das ist zu lange! ~~Das Abschmelzen der Gratiszertifikate~~
2028 ~~muss schneller gehen~~ Die Gratiszertifikate müssen so schnell wie möglich
abgeschmolzen werden - im Gegenzug muss der EU-Grenzausgleichsmechanismus
(CBAM)
2029 entsprechend angepasst werden. Für den klimaneutralen Umbau der Industrie braucht
2030 es eine aktive Industriepolitik statt leistungsloser Extraprofite durch
2031 Gratiszertifikate. (Siehe Kapitel 2, Absatz Die „Industrie umbauen“)

Antrag L.01.2032.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2032

2032 ~~Kampf gegen Energiearmut~~ Neue Verträge und ~~Energiesperre~~ eine Verfassung für die EU

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Neue Verträge und eine Verfassung für die EU" (Zeilen 3211 - 3252) auf diese Position (Zeilen 2032 ff.)

Antrag L.01.2046.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2046

2046 ~~Wärmewende sozial gerecht~~ Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen"](#)" (Zeilen [3253 - 3268](#)) auf diese Position (Zeilen 2046 ff.)

Antrag L.01.2054.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-
Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen),
weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2054

2053 - Investitionsoffensive: 14 Millionen fossile Heizanlagen müssen allein in

2054 Deutschland bezahlbar durch Wärmepumpen oder Nah- und Fernwärmenetze ersetzt werden.

2055 Hierfür muss die Produktion europaweit hochgefahren werden - gemeinwohlorientiert
2056 nach hohen sozialen, tariflichen und ökologischen Standards.

2057 - ETS-2 macht Gasheizungen zur Kostenfalle für die Verbraucher*innen. Aus
2058 Klimaschutzgründen muss in ganz Europa das Heizen mit Erdgas beendet werden.

2059 Hierfür muss die EU über die Ökodesignrichtlinie verbindliche Vorgaben für den
2060 Gasheizungstausch machen, Planungssicherheit schaffen und ein soziales
2061 Finanzierungsprogramm auflegen.

2062 - Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale
Energieversorger

2063 und genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt
2064 werden.

2065 - Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu
2066 machen, fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis
2067 nicht höher als die tatsächlichen Wärmeherstellungskosten sein.

2068 - Es gibt vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Wärmepumpen für
2069 Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen Räumen. Um
2070 Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Haus für Haus Konzepte zu
2071 entwickeln, braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und
2072 ein massives Förderprogramm! Wasserstoff kann im Wärmebereich keine
2073 flächendeckende Lösung darstellen - Wasserstoff ist in diesem Fall energetisch zu
2074 ineffizient und zu teuer.

Begründung

Auch an diesem Punkt sollte deutlich gemacht werden, dass DIE LINKE für eine sozial gerechte, also eine für den Endverbraucher und die Endverbraucherin bezahlbare Wärmewende, streitet.

Antrag L.01.2057.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2057 - 2061

2053 - Investitionsoffensive: 14 Millionen fossile Heizanlagen müssen allein in
2054 Deutschland durch Wärmepumpen oder Nah- und Fernwärmenetze ersetzt werden.
2055 Hierfür muss die Produktion europaweit hochgefahren werden - gemeinwohlorientiert
2056 nach hohen sozialen, tariflichen und ökologischen Standards.

2057 - ETS-2 macht Gasheizungen zur Kostenfalle für ~~die~~-Verbraucher*innen. Aus
2058 Klimaschutzgründen muss ~~in ganz Europa~~ das Heizen mit ~~Erdgas beendet werden.~~
Gas perspektivisch überwunden werden. In der Übergangszeit sollte auf Einfuhr
russischen Gases zurückgegriffen werden, was im Zuge einer neuen Friedens- und
Entspannungsoffensive nach einem Waffenstillstand mit der Ukraine möglich wäre.
Hierfür muss die EU über die Ökodesignrichtlinie verbindliche Vorgaben für den
2060 Gasheizungstausch machen, Planungssicherheit schaffen und ein soziales
2061 Finanzierungsprogramm auflegen.

2062 - Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale
Energieversorger
2063 und genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt
2064 werden.

2065 - Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu
2066 machen, fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis
2067 nicht höher als die tatsächlichen Wärmeherstellungskosten sein.

2068 - Es gibt vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Wärmepumpen für
2069 Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen Räumen. Um
2070 Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Haus für Haus Konzepte zu
2071 entwickeln, braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und
2072 ein massives Förderprogramm! Wasserstoff kann im Wärmebereich keine
2073 flächendeckende Lösung darstellen - Wasserstoff ist in diesem Fall energetisch zu
2074 ineffizient und zu teuer.

Antrag L.01.2058.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2058

2053 - Investitionsoffensive: 14 Millionen fossile Heizanlagen müssen allein in
2054 Deutschland durch Wärmepumpen oder Nah- und Fernwärmenetze ersetzt werden.
2055 Hierfür muss die Produktion europaweit hochgefahren werden - gemeinwohlorientiert
2056 nach hohen sozialen, tariflichen und ökologischen Standards.
2057 - ETS-2 macht Gasheizungen zur Kostenfalle für die Verbraucher*innen. Aus
2058 Klimaschutzgründen muss in ganz Europa das Heizen mit Erdgas, Kohle, Öl und Torf
beendet werden.
2059 Hierfür muss die EU über die Ökodesignrichtlinie verbindliche Vorgaben für den
2060 Gasheizungstausch machen, Planungssicherheit schaffen und ein soziales
2061 Finanzierungsprogramm auflegen.
2062 - Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale
Energieversorger
2063 und genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt
2064 werden.
2065 - Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu
2066 machen, fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis
2067 nicht höher als die tatsächlichen Wärmeherstellungskosten sein.
2068 - Es gibt vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Wärmepumpen für
2069 Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen Räumen. Um
2070 Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Haus für Haus Konzepte zu
2071 entwickeln, braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und
2072 ein massives Förderprogramm! Wasserstoff kann im Wärmebereich keine
2073 flächendeckende Lösung darstellen - Wasserstoff ist in diesem Fall energetisch zu
2074 ineffizient und zu teuer.

Begründung

Wenn man gegen das Heizen mit Gas ist, dann sollte auch das klimaschädlichere Heizen mit Öl, Kohle und Torf beendet werden. Da es sich um ein Europawahlprogramm handelt, sollte in den Blick genommen werden, dass beispielsweise in Polen mit Kohle und in Irland teilweise mit Torf geheizt wird.

Antrag L.01.2075.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2075

2075 ~~Die Zukunft ist erneuerbar~~ Grund- und Menschenrechte stärken - für alle

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Grund- und Menschenrechte stärken - für alle" (Zeilen 3269 - 3316) auf diese Position (Zeilen 2075 ff.)

Antrag L.01.2081.1: Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2081

2076 Konservative und liberale Parteien versuchen immer wieder - getrieben von der
2077 fossilen Energielobby - sogenannte Technologieneutralität in der Klimapolitik
2078 durchzusetzen. Was sich gut anhört, entpuppt sich schnell als Strategie, um die
2079 Energiewende zu verlangsamen und weitere Profite für fossile Energiekonzerne und
2080 überkommene Geschäftsmodelle zu sichern: Sei es für unterirdische CO2-
2081 Verpressung, ~~E-Fuels~~, neue Gaskraftwerke, die angeblich auf Wasserstoff umrüstbar
2082 sein sollen, oder für Atomkraft.

Begründung

E-Fuels sind zwar derzeit noch teuer und energieintensiv, können aber insbesondere im Schiff- und Luftverkehr zur Klimaneutralität beitragen und sollten deshalb nicht als überkommenes Geschäftsmodell der Fossilkonzerne bezeichnet werden.

Antrag L.01.2081.2: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2081 - 2082

2076 Konservative und liberale Parteien versuchen immer wieder - getrieben von der
2077 fossilen Energielobby - sogenannte Technologieneutralität in der Klimapolitik
2078 durchzusetzen. Was sich gut anhört, entpuppt sich schnell als Strategie, um die
2079 Energiewende zu verlangsamen und weitere Profite für fossile Energiekonzerne und
2080 überkommene Geschäftsmodelle zu sichern: Sei es für unterirdische CO2-
2081 Verpressung, E-Fuels, ~~neue Gaskraftwerke, die angeblich auf Wasserstoff umrüstbar~~
2082 ~~sein sollen~~, oder für Atomkraft.

Begründung

Um die durch den Atom- und Kohleausstieg verlorene Grundlastfähigkeit zu erreichen, werden zusätzliche Gaskraftwerke gebraucht, da nicht zu jeder Zeit genügend erneuerbare Energien verfügbar sein werden. Idealerweise sollten im Sinne der Klimaneutralität diese Gaskraftwerke auf Wasserstoff umrüstbar sein.

Antrag L.01.2100.1: Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: LV Schleswig-Holstein

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2100 - 2101

2085 - Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas (LNG) und Erdgas
2086 darf keine neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir wollen
2087 schwimmende Flüssiggasterminals (Floating Storage and Regasification Units,
2088 FSRUs) auf das begrenzen, was für die Versorgungssicherheit nötig ist. Wir
2089 fordern ein EU-weites Frackingverbot. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde,
2090 darf nicht importiert werden.

2091 - Für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie! Seit über 65 Jahren
2092 fördert und verbreitet die EU mit dem Vertrag über die Europäische
2093 Atomgemeinschaft (EURATOM) die Kernenergie in Europa mit Milliarden an
2094 Steuergeld. Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die im Störfall
2095 todbringend ist und über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet.
2096 EURATOM steht einer europaweiten Energiewende im Weg und muss deshalb aufgelöst
2097 werden.

2098 - Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen
2099 Geldanlagen. Die sogenannte Taxonomie für Atomkraft und Gas wollen wir beenden.

2100 (Siehe Kapitel 1, „EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen“)

2101 Stattdessen sollen öffentliche Investitionen für den Umbau zu einer CO2 neutralen
Produktion gefördert werden (Siehe Kapitel 2 „Die Industrie umbauen“)

- Carbon Capture and Storage (CCS) - also die Entnahme aus der Luft, der
2102 Transport und die Einlagerung von Kohlendioxid - ist keine Lösung für
2103 Klimaschutz. Die Speicherung von CO2 unter der Erde ist mit hohen Risiken
2104 verbunden. Wir wollen CCS deshalb verbieten. Das sogenannte Carbon Capture and
2105 Utilization (CCU) - also die stoffliche Nutzung des entnommenen CO2 - darf nicht
2106 dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und fossile Anwendungen und
2107 Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden.

Antrag L.01.2101.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2101 - 2105

2085 - Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas (LNG) und Erdgas
2086 darf keine neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir wollen
2087 schwimmende Flüssiggasterminals (Floating Storage and Regasification Units,
2088 FSRUs) auf das begrenzen, was für die Versorgungssicherheit nötig ist. Wir
2089 fordern ein EU-weites Frackingverbot. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde,
2090 darf nicht importiert werden.

2091 - Für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie! Seit über 65 Jahren
2092 fördert und verbreitet die EU mit dem Vertrag über die Europäische
2093 Atomgemeinschaft (EURATOM) die Kernenergie in Europa mit Milliarden an

2094 Steuergeld. Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die im Störfall
2095 todbringend ist und über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet.
2096 EURATOM steht einer europaweiten Energiewende im Weg und muss deshalb aufgelöst
2097 werden.
2098 - Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen
2099 Geldanlagen. Die sogenannte Taxonomie für Atomkraft und Gas wollen wir beenden.
2100 (Siehe Kapitel 1, „EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen“)

2101 -- Nach Einschätzung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) werden
auch die ambitioniertesten Klimaschutzpfade nicht mehr ohne den Einsatz von Carbon
2102 Capture and Storage (CCS) - also die Entnahme aus der Luft, der
Transport und die Einlagerung von Kohlendioxid - ist keine Lösung für auskommen,
wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Sie darf aber nur eine Ergänzung, kein
Ersatz für aktiven Klimaschutz sein

2103 . Die Speicherung von CO₂ unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. ~~Wir~~
~~wollen CCS deshalb verbieten. Das sogenannte Carbon Capture and~~ und das
sogenannte Carbon Capture and Utilization (CCU)

2105 - also die stoffliche Nutzung des entnommenen CO₂ - ~~darf nicht dürfen nicht~~
2106 dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und fossile Anwendungen und
2107 Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden.

Begründung

Wenn wir wissenschaftlich gestützte Politik machen wollen, kommen wir an der
Einschätzung des IPCC nicht vorbei. Ein Verbot von CCS ist daher nicht zielführend. Richtig
ist die Ausführung, dass CCS und CCU nur ergänzend wirken können und nicht gegen
aktiven Klimaschutz durch Umbau ausgespielt werden dürfen.

Antrag L.01.2112.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2112 - 2119

2112 - Wasserstoff und dessen Folgeprodukte ~~dürfen~~sollen nur auf Basis von Ökostrom
gewonnen
2113 ~~werden. Sie dürfen~~werden. Sie sollen nur dort eingesetzt werden, wo keine
effizienteren
2114 Alternativen vorhanden sind.
2115 - Wo die Elektrolyseanlagen öffentlich gefördert sind, ~~müssen~~sollen sie mindestens
2116 anteilig öffentlich betrieben werden.
2117 - Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen
2118 Quellen lehnen wir ab. ~~Den Import~~Der Export von Wasserstoff aus erneuerbaren
Energien
2119 ~~wollen wir auf ein unvermeidbares Minimum begrenzen~~kann für Länder des Globalen
Südens eine ökonomische Chance sein. Dafür sind faire Verträge nötig, die
Technologietransfer und langfristige Abnahmegarantien enthalten. (Siehe Kapitel 3,
2120 „Klimagerechtigkeit weltweit“)
2121 - Die Förderung von Technologien wie E-Fuels (mit elektrischer Energie
2122 hergestellte Kraftstoffe) lehnen wir ab. E-Fuels können nur eine Nischenlösung

2123 sein: Sie sind ineffizient und teuer. Und sie führen im globalen Süden zu
2124 Landnutzungskonflikten auf Kosten von Menschen und Natur.
2125 - Erdgasbestandsnetze wollen wir umrüsten und neue Wasserstoffnetze in
2126 öffentlicher Hand ausbauen und betreiben.

Begründung

Es wird sich nicht vermeiden lassen, dass im Hochlauf der Wasserstoffnutzung auch Wasserstoff genutzt wird, der nicht „grün“ ist, weil Produktion und Nutzung von Wasserstoff zeitlich nicht genau aufeinander abgestimmt werden können. Daher ist die Formulierung hier zu strikt. Wasserstoffproduktion kann für Länder des Globalen Südens einen positiven Beitrag zur Entwicklung darstellen, wenn die Bedingungen stimmen. Eine rein nationale oder gar regionale Wasserstoffproduktion wäre unwirtschaftlich.

Antrag L.01.2118.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2118 - 2121

2112 - Wasserstoff und dessen Folgeprodukte dürfen nur auf Basis von Ökostrom gewonnen
2113 werden. Sie dürfen nur dort eingesetzt werden, wo keine effizienteren
2114 Alternativen vorhanden sind.

2115 - Wo die Elektrolyseanlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens
2116 anteilig öffentlich betrieben werden.

2117 - Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen

2118 ~~Quellen lehnen wir ab. Den Import von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien-~~
2119 ~~wollen wir auf ein unvermeidbares Minimum begrenzen. (Siehe Kapitel 3,-~~
2120 ~~„Klimagerechtigkeit weltweit“)~~
2121

- Die Förderung von Technologien wie E-Fuels (mit elektrischer Energie
2122 hergestellte Kraftstoffe) lehnen wir ab. E-Fuels können nur eine Nischenlösung
2123 sein: Sie sind ineffizient und teuer. Und sie führen im globalen Süden zu
2124 Landnutzungskonflikten auf Kosten von Menschen und Natur.
2125 - Erdgasbestandsnetze wollen wir umrüsten und neue Wasserstoffnetze in
2126 öffentlicher Hand ausbauen und betreiben.

Begründung

Die in Z. 2108 beschriebene Transformation der Stahl- und Chemieindustrie wird nur mit in der EU produziertem Wasserstoff kaum möglich sein. Zudem wird Wasserstoff beispielsweise auch im ÖPNV sowie im Flug- und Seeverkehr benötigt werden.

Antrag L.01.2121.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2121 - 2123

2112 - Wasserstoff und dessen Folgeprodukte dürfen nur auf Basis von Ökostrom gewonnen
2113 werden. Sie dürfen nur dort eingesetzt werden, wo keine effizienteren
2114 Alternativen vorhanden sind.

2115 - Wo die Elektrolyseanlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens
2116 anteilig öffentlich betrieben werden.

2117 - Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen
2118 Quellen lehnen wir ab. Den Import von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien
2119 wollen wir auf ein unvermeidbares Minimum begrenzen. (Siehe Kapitel 3,
2120 „Klimagerechtigkeit weltweit“)

2121 ~~-Die Förderung von Technologien wie E-Fuels (mit elektrischer Energie-~~
2122 ~~hergestellte Kraftstoffe) lehnen wir ab.~~ E-Fuels können nur eine Nischenlösung
2123 sein: Sie sind derzeit noch ineffizient und teuer. Und sie führen im globalen Süden zu
2124 Landnutzungskonflikten auf Kosten von Menschen und Natur.

2125 - Erdgasbestandsnetze wollen wir umrüsten und neue Wasserstoffnetze in
2126 öffentlicher Hand ausbauen und betreiben.

Begründung

E-Fuels sind derzeit noch ineffizient und teuer, das ist allerdings eine Momentaufnahme. Sie können, wenn viel erneuerbare Energien überschüssig verfügbar seien werden, durchaus preiswerter und auch effizienter werden. Darüber hinaus können sie einen Beitrag zur Dekarbonisierung des Schiff- und Luftverkehrs beitragen. Zudem sind sie als Technologie für PKW geeignet. Hier gilt es zu bedenken, dass Verbrenner, die heute produziert werden, bis zu 30 Jahre lang gefahren und mehr werden können und E-Fuels bei der klimaneutralen Umrüstung dieser Bestandsflotte einen Beitrag leisten können.

Antrag L.01.2127.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2127

2127 ~~Anpassung an den Klimawandel~~ Kampf gegen rechts

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Kampf gegen rechts" (Zeilen 3487 - 3533) auf diese Position (Zeilen 2127 ff.)

Antrag L.01.2130.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2130 - 2131

2128 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind teurer als Vorbeugung - beides
2129 ist notwendig. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind vielerorts zu spüren:
2130 ~~in~~bei der Flutkatastrophe im Ahrtal, und in vielen Gebieten Europas ~~ist~~, in denen Dürre
bereits zum Alltag
2131 geworden ist. Selbst wenn die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden könnte,
wird
2132 es mehr Starkregen, Hitzetage, längere Trockenzeiten und niedrige
2133 Grundwasserspiegel geben. Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere
Städte
2134 umbauen - die Hitze wird im Sommer unerträglich, und urbane Hitzeinseln sind eine
2135 Gefahr für die Gesundheit und das Leben und es kommt immer häufiger zu
2136 Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre Arbeit im Freien
2137 verrichten, Kinder auf Spielplätzen, alte Menschen.

Begründung

Sprachliche Korrektur. Der Satz hört sich nun besser an.

Antrag L.01.2157.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2157

2138 - Es gibt vielfältige Maßnahmen zur Klimaanpassung: Oberflächen können farblich
2139 aufgehellt werden, Schottergärten gehören verboten. Es müssen mehr
2140 Schattenflächen geschaffen werden, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
2141 Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende
2142 Wirkung haben. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland können
2143 Luftleitbahnen gewährleisten.
2144 - Es werden noch immer mehr Flächen versiegelt als entsiegelt. Kälteschneisen
2145 werden vernichtet, Betonwüsten machen Gegenden um mehrere Grade heißer. Wir
2146 müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte in Europa müssen zu
2147 Schwammstädten werden.
2148 - Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wenn das Wasser
2149 knapp wird: Wollen wir Wasser nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche

2150 Schwimmbäder oder Golfplätze und private Swimmingpools? DIE LINKE steht in diesen
2151 Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen. Es braucht eine europäische
2152 Wasserstrategie unter dem Motto: Gemeinwohl vor Profitinteressen und
2153 Daseinsvorsorge vor Industrie.
2154 - Die EU muss die Städte und Kommunen dabei unterstützen,
2155 Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen - Klimaanpassung wird Teil der
2156 öffentlichen Daseinsvorsorge. Alle Städte und Kommunen sollen Hitzeaktionspläne
2157 (HAP) erstellen. Alle Städte und Kommunen sollen europaweit zu einem kommunalen Starkregenmanagement mit Starkregengefahrenkarten verpflichtet werden.

Begründung

Durch kommunale Starkregengefahrenkarten können, die am stärksten betroffenen Punkte und Stadtviertel bei einem Starkregenereignis ermittelt werden. Benutzt man gleichzeitig soziodemographische Daten wie die Altersstruktur in einem Bereich, ergeben sich neue Erkenntnisse für Evakuierungen im Katastrophenfall.

Antrag L.01.2157.2: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2157

2138 - Es gibt vielfältige Maßnahmen zur Klimaanpassung: Oberflächen können farblich
2139 aufgehellt werden, Schottergärten gehören verboten. Es müssen mehr
2140 Schattenflächen geschaffen werden, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
2141 Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende
2142 Wirkung haben. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland können
2143 Luftleitbahnen gewährleisten.
2144 - Es werden noch immer mehr Flächen versiegelt als entsiegelt. Kälteschneisen
2145 werden vernichtet, Betonwüsten machen Gegenden um mehrere Grade heißer. Wir
2146 müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte in Europa müssen zu
2147 Schwammstädten werden.
2148 - Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wenn das Wasser
2149 knapp wird: Wollen wir Wasser nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche
2150 Schwimmbäder oder Golfplätze und private Swimmingpools? DIE LINKE steht in diesen
2151 Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen. Es braucht eine europäische
2152 Wasserstrategie unter dem Motto: Gemeinwohl vor Profitinteressen und
2153 Daseinsvorsorge vor Industrie.
2154 - Die EU muss die Städte und Kommunen dabei unterstützen,
2155 Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen - Klimaanpassung wird Teil der
2156 öffentlichen Daseinsvorsorge. Alle Städte und Kommunen sollen Hitzeaktionspläne
2157 (HAP) erstellen. Pegelstandmessungen und Hochwassermonitoring sollen europaweit auch kleine Flüsse, Ströme und Bäche umfassen

Begründung

Die Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal und in NRW wurde durch kleine Ströme, die eher an Bäche erinnern wie die Ahr, die Erft oder die Urft, ausgelöst. Diese Erkenntnisse sollten genutzt und das Hochwassermonitoring für solche Flüsse konsequent und europaweit ausgebaut werden.

Antrag L.01.2158.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2158

2158 ~~Klimagerechtigkeit weltweit~~ Gemeinsam lernen: Bildung

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Gemeinsam lernen: Bildung" \(Zeilen 3725 - 3758\)](#) auf diese Position (Zeilen 2158 ff.)

Antrag L.01.2175.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2174 - 2175

2169 - Hochverschuldete Länder im globalen Süden sind weder in der Lage, den Umbau auf
2170 eine klimafreundliche Wirtschaftsweise zu stemmen, noch können sie sich vor den
2171 Folgen der Erderwärmung schützen. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderung der
2172 Kampagne Debt for Climate nach einem globalen Schuldenschnitt für Länder des
2173 globalen Südens. DIE LINKE macht sich auf EU-Ebene dafür stark,

2174 Reparationsforderungen für klimabedingte Schäden anzuerkennen.

2175 - Wir setzen uns für eine schnelle und transparente Umsetzung des auf der COP27
beschlossenen Kompensationsfonds für Klimaschäden ein. Eine gerechte
Lastenverteilung zwischen den Ländern des Nordens und des Südens muss
sichergestellt werden.

- Insbesondere Frauen und Kinder leiden überdurchschnittlich unter den
2176 Umweltschäden und sterben häufiger bei Naturkatastrophen. Ohne
2177 Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Klimagerechtigkeit geben. Bei allen
2178 Klimaschutzmaßnahmen muss das mitgedacht werden und alle Maßnahmen müssen
zur

2179 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. (Siehe Kapitel 5, „Geschlechtergerechtigkeit
2180 europaweit“)

2181 - Für Bevölkerungen, die durch den Klimawandel ihre bisherigen Lebensgebiete

2182 verlieren, soll die EU internationale solidarische Lösungen herbeiführen oder
2183 sich daran beteiligen.
2184 - Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Umwelt- und
2185 Klimaflüchtlinge. Niemand flieht freiwillig! (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der
2186 Demokratie: Keine Festung Europa“)
2187 - Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch zu
2188 verringern und sich für eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und
2189 Ressourcenverbrauch einzusetzen. Wir wollen soziale und ökologische Standards
2190 entlang der Lieferketten auch für erneuerbare Energien (z.B. seltene Erden) und
2191 grünen Wasserstoff. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische Rohstoffwende“)

Antrag L.01.2191.1: Änderungsantrag zu EWP22

Änderungsantrag zu EWP22

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2191

2169 - Hochverschuldete Länder im globalen Süden sind weder in der Lage, den Umbau auf
2170 eine klimafreundliche Wirtschaftsweise zu stemmen, noch können sie sich vor den
2171 Folgen der Erderwärmung schützen. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderung der
2172 Kampagne Debt for Climate nach einem globalen Schuldenschnitt für Länder des
2173 globalen Südens. DIE LINKE macht sich auf EU-Ebene dafür stark,
2174 Reparationsforderungen für klimabedingte Schäden anzuerkennen.
2175 - Insbesondere Frauen und Kinder leiden überdurchschnittlich unter den
2176 Umweltschäden und sterben häufiger bei Naturkatastrophen. Ohne
2177 Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Klimagerechtigkeit geben. Bei allen
2178 Klimaschutzmaßnahmen muss das mitgedacht werden und alle Maßnahmen müssen
zur

2179 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. (Siehe Kapitel 5, „Geschlechtergerechtigkeit
2180 europaweit“)

2181 - Für Bevölkerungen, die durch den Klimawandel ihre bisherigen Lebensgebiete
2182 verlieren, soll die EU internationale solidarische Lösungen herbeiführen oder
2183 sich daran beteiligen.

2184 - Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Umwelt- und
2185 Klimaflüchtlinge. Niemand flieht freiwillig! (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der
2186 Demokratie: Keine Festung Europa“)

2187 - Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch zu
2188 verringern und sich für eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und
2189 Ressourcenverbrauch einzusetzen. Wir wollen soziale und ökologische Standards
2190 entlang der Lieferketten auch für erneuerbare Energien (z.B. seltene Erden) und

2191 grünen Wasserstoff. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische Rohstoffwende“)

- Wenn Länder des Globalen Südens darauf verzichten, ihre Wälder abzuholzen und ihre Meere zu verschmutzen, wie es die Länder des Globalen Nordens jahrhundertlang getan haben, dann müssen sie dafür entschädigt werden. Die EU soll sich für einen globalen Klimafonds einsetzen, aus dem entsprechende Ausgleichszahlungen geleistet werden. Die EU soll verstärkt Forschung und Umsetzungsmaßnahmen fördern, die sich auf die spezifischen Klimaanpassungs-Bedürfnisse im Globalen Süden richten (Küstenschutz, Riffschutz, Maßnahmen gegen Unterspülung etc.)

Begründung

Diese Forderung fehlt bisher im Programm.

Antrag L.01.2192.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2192

2192 ~~Mehr Mobilität mit weniger Verkehr~~ Für unabhängige Medien und das Recht auf Kritik

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Für unabhängige Medien und das Recht auf Kritik](#)" (Zeilen 3759 - 3787) auf diese Position (Zeilen 2192 ff.)

Antrag L.01.2196.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	Ulrich Neef (KV Vogtland)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2196 - 2197

2193 DIE LINKE streitet dafür, dass alle ihre Fahrt- und Reiseziele erreichen können,
2194 die Orte und Dörfer besser vernetzt sind und die Städte lebenswerter werden. Der
2195 öffentliche Nah- und Fernverkehr in der ganzen EU muss ausgebaut werden - das ist

2196 der Schlüssel zur Verkehrswende. ~~Eine gut ausgebaute Bahn~~ Ein europaweit dicht
gewebtes ICE-Schnellfahrts Streckennetz für mindestens 300 km/h, welches in den
Ballungsgebieten durch sehr leistungsfähige S-Bahn-Netze zur Erschließung der Fläche
ergänzt wird, welche auch die Aufgaben der in vielen Großstädten noch im öffentlichen
Verkehrsraum fahrenden Straßenbahnen mit einem integrierten-
2197 ~~Bahnnetz~~ übernehmen (auch für innerstädtische Fahrten bringt die S-Bahn, welche die
Straßenbahn ersetzt, deutliche Geschwindigkeitserhöhungen und
Fahrzeitverkürzungen), kann Europa näher zusammenbringen und wäre eine gute
Alternative zum

2198 Fliegen. Deutschland hat völlig gegen diese Notwendigkeit die Deutsche Bahn in
2199 einen riesigen Investitionsrückstand hineinfahren lassen und die Nachtzüge
2200 eingestellt. Das verschlechtert die Verbindungen in ganz Europa! Wir setzen uns
2201 ein für öffentlichen Verkehr, der uns alle barrierefrei, bequem und preiswert ans
2202 Ziel bringt, am Gemeinwohl und den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Begründung

Nur mit dem massiven Bau weiterer ICE-Schnellfahrts Strecken weit über die bisherigen

Bundesverkehrswegepläne hinaus kann eine leistungsfähige Bahn geschaffen werden, welche hohe Geschwindigkeiten und Transportkapazitäten aufweist, beides sind essentielle Voraussetzungen für eine echte Verkehrswende von der Straße zur Schiene. Nur das Herumdoktern an den Bestandstrecken u. a. Digitalisierung und Elektrifizierung, wie es in vielen EU-Mitgliedsstaaten gehandhabt wird, führt auch mit modernen Zügen zu keinen Geschwindigkeitserhöhungen und Fahrzeitverkürzungen, weil so die die Geschwindigkeit limitierenden Kurven nicht beseitigt werden.

Antrag L.01.2214.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2214

2210 Unsere LINKE Verkehrswende sieht so aus: Wir bauen kollektive und
2211 klimaverträgliche Verkehrsmittel aus und fahren die Produktion von Bussen und
2212 Bahnen hoch. Wir schaffen die Förderung für den klimaschädlichen Flug- und
2213 Autoverkehr ab: In Zukunft sind viel weniger Autos nötig. Wir wollen die
2214 Innenstädte weitestgehend autofrei machen. Den Güterverkehr wollen wir reduzieren
und den Rest
2215 von der Straße auf die Schiene verlagern. Das Luxusspektakel der Reichen beenden
2216 wir: Privatflugzeuge und Megajachten wollen wir in der gesamten EU verbieten.

Begründung

Auch bei einer autofreien Innenstadt sollten Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge, Behinderte und Kranke das Auto in der Innenstadt nutzen können. Damit hier keine Verwirrungen entstehen, sollte an dieser Stelle sprachlich präzisiert werden.

Antrag L.01.2216.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2216

2210 Unsere LINKE Verkehrswende sieht so aus: Wir bauen kollektive und
2211 klimaverträgliche Verkehrsmittel aus und fahren die Produktion von Bussen und
2212 Bahnen hoch. Wir schaffen die Förderung für den klimaschädlichen Flug- und
2213 Autoverkehr ab: In Zukunft sind viel weniger Autos nötig. Wir wollen die
2214 Innenstädte autofrei machen. Den Güterverkehr wollen wir reduzieren und den Rest
2215 von der Straße auf die Schiene verlagern. Das Luxusspektakel der Reichen beenden
2216 wir: Privatflugzeugejets und Megajachten wollen wir in der gesamten EU verbieten.

Begründung

Unter Privatflugzeugen werden auch Segel- und emissionsarme Sportflugzeuge verstanden. Wir sollten uns für ein Verbot der Privatjets offensiv einsetzen und hier sprachlich zwischen Privatflugzeugen und Privatjets differenzieren.

Antrag L.01.2217.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2217

2217 ~~Verkehr vergesellschaften!~~ Geschlechtergerechtigkeit europaweit

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Geschlechtergerechtigkeit europaweit" \(Zeilen 3317 - 3402\)](#) auf diese Position (Zeilen 2217 ff.)

Antrag L.01.2219.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	OV Stuttgart-Bad Cannstatt
--------------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2219 - 2223

2218 Ein sozial und ökologisch gerechter Verkehr muss gegen die Automobilindustrie

2219 durchgesetzt werden.

2220 Deshalb sind die Konzerne der Auto- und Zulieferindustrie in Gemeineigentum zu überführen und demokratisch von gewählten VertreterInnen aus den Belegschaften, Gewerkschaften und weitere Vertreter*Innen aus der Bevölkerung verwaltet und kontrolliert werden. So kann ein Produktionsplan für die Verkehrswende erarbeitet und umgesetzt werden. Die Beschäftigten der Autoindustrie verdienen gute Perspektiven in einer

2221 Industrie mit Zukunft, mit guten Löhnen und tariflich abgesicherten

2222 Arbeitsplätzen. Die Autokonzerne versuchen Verbrenner mit noch größeren E-SUVs zu

2223 ersetzen. Das hat keine Zukunft. Gleichzeitig fehlen auf dem Weltmarkt Schienen,

2224 Waggons, S-Bahnen und Busse.

Begründung

Ohne die Macht der Autokonzerne durch Überführung in Gemeineigentum zu brechen, wird es keine ökologische Verkehrswende geben.

Antrag L.01.2228.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:

LV Niedersachsen, Franziska Junker (LV Niedersachsen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2228 - 2232

2224 - Die Interessen der Beschäftigten müssen im Mittelpunkt des Industrie-Umbaus
2225 stehen! Die Transformation der (Auto-) Industrie bedroht die Beschäftigten
2226 bereits jetzt. Es braucht Konversionsstrategien, einen gerechten Übergang für die
2227 Beschäftigten und Möglichkeiten für Umschulungen und Karrierewechsel.

2228 ~~-Die- Wir benötigen eine europäische Industriepolitik, die den sozialen und
ökologischen Umbau der Automobilindustrie vorantreibt. Sie soll so umgebaut
werden, dass sie sozial-ökologisch-
2229 sinnvolle Produkte produziert: Für die Mobilitätswende werden Tausende neue (E-)
2230 Busse und Schienenfahrzeuge benötigt, Wärmepumpen, Windräder, Fotovoltaik-
Anlagen-
2231 und (Lasten-) Fahrräder.~~

2232 den Aufbau einer europäischen Mobilitätsindustrie für den notwendigen Bau von
Bussen und Schienenfahrzeugen betreiben.

- Der Aufbau von (auch öffentlich betriebenen) Produktionsstätten für E-Busse und
2233 Schienenfahrzeuge muss durch die EU unterstützt werden.

2234 - Durch einen europaweiten Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur entsteht
2235 Sicherheit: Dadurch werden Kapazitäten aufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen.

2236 - Wenn es staatliche Investitionshilfen für die Konzerne gibt, müssen sie genutzt
2237 werden, um öffentliches Eigentum, Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen
zu

2238 erlangen. Wenn Unternehmen mit staatlichem Geld gerettet werden, dürfen keine
2239 Dividenden ausgezahlt werden. Die notwendige Transformation vor Ort muss durch
2240 Transformationsräte unter Beteiligung von Beschäftigten und der Zivilgesellschaft
2241 gestaltet werden. (Siehe Kapitel 2, „Industrie umbauen“)

Begründung

Es ist unstrittig, dass in der Autoindustrie aus ökologischen Gründen und Gründen der Transformation etwas passieren muss. Wir müssen während der Transformation die Arbeitsplätze der Automobilindustrie und der Zulieferer im Blick behalten und dafür sorgen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierbei ist es wichtig, dass die Umstellung von den Arbeitnehmer*innen und Wähler*innen Akzeptanz findet. Niedersachsen ist ein Land der Automobilbranche, umso wichtiger ist es für das Land Niedersachsen die Beschäftigten in die Transformation mit einzubinden. Ich denke die Akzeptanz wird am ehesten gelingen, wenn man den Bau von Bussen und Schienenfahrzeuge einbringt, denn diese sind ähnelt am ehesten mit dem Bau der Autos. Vorschläge, wie den Bau von Wärmepumpen, Windräder, Photovoltaik-Anlagen und (Lasten-)Fahrräder sind wichtig aber in dieser Spalte nicht zielführend. Die Beschäftigten würden es so lesen: „DIE LINKE will, dass wir statt Autos Wärmepumpen, Windräder, Photovoltaik-Anlagen und (Lasten-) Fahrräder bauen sollen!“

Antrag L.01.2230.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:

KV Kreis Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2230

2224 - Die Interessen der Beschäftigten müssen im Mittelpunkt des Industrie-Umbaus
2225 stehen! Die Transformation der (Auto-) Industrie bedroht die Beschäftigten

2226 bereits jetzt. Es braucht Konversionsstrategien, einen gerechten Übergang für die
2227 Beschäftigten und Möglichkeiten für Umschulungen und Karrierewechsel.

2228 - Die Automobilindustrie soll so umgebaut werden, dass sie sozial-ökologisch
2229 sinnvolle Produkte produziert: Für die Mobilitätswende werden Tausende neue (E-)

2230 Busse und Schienenfahrzeuge benötigt, Wärmepumpen, Windräder, **F**Photovoltaik-
Anlagen

2231 und (Lasten-) Fahrräder.

2232 - Der Aufbau von (auch öffentlich betriebenen) Produktionsstätten für E-Busse und
2233 Schienenfahrzeuge muss durch die EU unterstützt werden.

2234 - Durch einen europaweiten Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur entsteht
2235 Sicherheit: Dadurch werden Kapazitäten aufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen.

2236 - Wenn es staatliche Investitionshilfen für die Konzerne gibt, müssen sie genutzt
2237 werden, um öffentliches Eigentum, Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen
zu

2238 erlangen. Wenn Unternehmen mit staatlichem Geld gerettet werden, dürfen keine
2239 Dividenden ausgezahlt werden. Die notwendige Transformation vor Ort muss durch

2240 Transformationsräte unter Beteiligung von Beschäftigten und der Zivilgesellschaft
2241 gestaltet werden. (Siehe Kapitel 2, „Industrie umbauen“)

Begründung

Schreibfehler

Antrag L.01.2242.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2242

2242 ~~Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Stadt~~**Queer, sozial** und ~~Land~~**gerecht**

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Queer, sozial und gerecht" (Zeilen 3403 - 3451) auf diese
Position (Zeilen 2242 ff.)

Antrag L.01.2270.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2270

2270 ~~Gegen Mobilitätsarmut~~ Recht auf Mobilität für Alle - Abhängigkeit vom Auto verringern!

Begründung

Das Wort "Mobilitätsarmut" ist fachlich zwar richtig, aber vielleicht etwas sperrig. "Recht auf Mobilität" ist etwas umfassender.

Antrag L.01.2270.2: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2270

2270 ~~Gegen Mobilitätsarmut - Abhängigkeit vom Auto verringern!~~ Für ein inklusives und soziales Europa

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Für ein inklusives und soziales Europa" (Zeilen 3452 - 3486) auf diese Position (Zeilen 2046 ff.)

Antrag L.01.2271.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2271

2271 Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Autoverkehr bis 2035 ~~halbiert werden.~~ drastisch reduziert werden.

2272 Schlüssel hierfür ist, dass bezahlbare, klimafreundliche Alternativen entstehen

2273 und die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut werden. Das hat für uns Priorität.
2274 Am Verbrenner-Aus zu rütteln, hat keinen Sinn - denn selbst die
2275 Automobilindustrie hat verstanden, dass E-Autos die Antriebstechnologie der
2276 Zukunft sind. E-Autos sind aber nur dann klimaschonender, wenn sie leicht sind
2277 und der Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt.

Begründung

Die Aussage, dass ohne eine Halbierung des Autoverkehrs bis 2035 die Klimaziele nicht mehr erreichbar seien mögen, mag faktisch korrekt sein. Im Kontext des Europawahlprogramms wirkt die Forderung deplatziert, da auch mit den darauffolgenden Maßnahmen für den Ausbau des ÖPNV, die Halbierung des Autoverkehrs in der gesamten EU niemals bis 2035 erreicht werden wird. Planungs- und Genehmigungsverfahren für neue Bahnstrecken ziehen sich derzeit über Jahrzehnte und das nicht nur in Deutschland.

Antrag L.01.2271.2: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2271

2271 Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Autoverkehr ~~bis 2035 halbiert werden.~~
nachhaltig reduziert werden.
2272 Schlüssel hierfür ist, dass bezahlbare, klimafreundliche Alternativen entstehen
2273 und die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut werden. Das hat für uns Priorität.
2274 Am Verbrenner-Aus zu rütteln, hat keinen Sinn - denn selbst die
2275 Automobilindustrie hat verstanden, dass E-Autos die Antriebstechnologie der
2276 Zukunft sind. E-Autos sind aber nur dann klimaschonender, wenn sie leicht sind
2277 und der Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt.

Begründung

Aus Klimaschutzgründen ist es natürlich nachvollziehbar, eine solche Zielsetzung zu formulieren. Problematisch ist allerdings, dass der Satz nicht zwischen E-Autos und solchen mit fossilen Brennstoffen differenziert. Es ist auch alles richtig, was im Programmwurf über mögliche Alternativen zum Individualverkehr aufgezählt wird, Trotzdem ist die beschriebene Zielsetzung völlig unrealistisch und wird dazu führen, dass dieser Satz im Bewusstsein möglicher Wählerinnen und Wähler hängen bleibt, die zur Entlastung der Autofahrenden genannten Alternativen aber vergessen werden, weil dafür so viele finanzielle Mittel umverteilt werden müssten, dass dem Ganzen doch nicht geglaubt wird. Für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, wird DIE LINKE so unwählbar.

Antrag L.01.2292.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: KV Kreis Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2292

2278 - Die meisten Autos sind viel zu groß und schwer: Wir fordern eine Begrenzung des
2279 Autogewichts von Neuwagen auf zwei Tonnen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen
2280 für Familien mit mehreren Kindern oder andere spezifische Bedarfe, wie
2281 Transporter und Campingfahrzeuge.

2282 - Die Automobilkonzerne nutzen die sogenannten Super-Credits, die sie durch den
2283 Verkauf von E-Autos bekommen, um die Flottengrenzwerte einzuhalten: Mit dem
2284 Beschluss des Verbrenner-Aus müssen auch die Super-Credits entfallen!

2285 - Verkehr soll nicht in den Emissionshandel (ETS 2.0) einbezogen werden. Auch
2286 eine pauschale Bepreisung von CO₂ im Individualverkehr lehnen wir ab. Das trifft
2287 diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind und oft keine Alternativen haben,
2288 und ist deshalb sozial ungerecht. Der Klimasozialfonds ist viel zu gering, um das
2289 abzufedern: Das vorhandene Geld sollte vor allem für einkommensärmere Haushalte
2290 benutzt werden, die auf ihr Auto angewiesen sind.

2291 - Wir lehnen den von der EU forcierten Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur für
2292 ~~den~~ den Personen-Individualverkehr und den Erhalt von Tankstellen unter dem
Framing der

2293 Technologieoffenheit ab. Das dient nur den Interessen der fossilen Industrie. Den
2294 Ausbau von öffentlichen E-Ladesäulen lehnen wir nicht ab, aber wichtiger finden
2295 wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

2296 - Langfristig müssen andere Siedlungsstrukturen geschaffen werden: Statt
2297 Supermärkte auf der grünen Wiese wollen wir Ortskerne mit belebten Zentren auch
2298 abseits der Metropolen - so werden Wege reduziert und Gemeinschaften (wieder-)
2299 aufgebaut.

Begründung

Bei Müllfahrzeugen, Lkw etc. kann Wasserstoff sinnvoll sein, Wasserstoff-Pkw nicht.

Antrag L.01.2292.2: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2292

2278 - Die meisten Autos sind viel zu groß und schwer: Wir fordern eine Begrenzung des
2279 Autogewichts von Neuwagen auf zwei Tonnen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen
2280 für Familien mit mehreren Kindern oder andere spezifische Bedarfe, wie
2281 Transporter und Campingfahrzeuge.

2282 - Die Automobilkonzerne nutzen die sogenannten Super-Credits, die sie durch den
2283 Verkauf von E-Autos bekommen, um die Flottengrenzwerte einzuhalten: Mit dem
2284 Beschluss des Verbrenner-Aus müssen auch die Super-Credits entfallen!

2285 - Verkehr soll nicht in den Emissionshandel (ETS 2.0) einbezogen werden. Auch
2286 eine pauschale Bepreisung von CO₂ im Individualverkehr lehnen wir ab. Das trifft
2287 diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind und oft keine Alternativen haben,

2288 und ist deshalb sozial ungerecht. Der Klimasozialfonds ist viel zu gering, um das
2289 abzufedern: Das vorhandene Geld sollte vor allem für einkommensärmere Haushalte
2290 benutzt werden, die auf ihr Auto angewiesen sind.
2291 - Wir lehnen den von der EU forcierten Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur für
2292 ~~den Individualverkehr und den Erhalt von Tankstellen~~ den Individualverkehr unter dem
Framing der
2293 Technologieoffenheit ab. Das dient nur den Interessen der fossilen Industrie. Den
2294 Ausbau von öffentlichen E-Ladesäulen lehnen wir nicht ab, aber wichtiger finden
2295 wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.
2296 - Langfristig müssen andere Siedlungsstrukturen geschaffen werden: Statt
2297 Supermärkte auf der grünen Wiese wollen wir Ortskerne mit belebten Zentren auch
2298 abseits der Metropolen - so werden Wege reduziert und Gemeinschaften (wieder-)
2299 aufgebaut.

Begründung

Wir sollten mit dem Wahlprogramm nicht die Schlagzeile produzieren, dass wir jegliche Tankstellen abschaffen wollen.

Antrag L.01.2300.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2300

~~2300 Vorfahrt: Bahn vor Flugzeug~~

7. Steuern und Finanzmarkt in Europa

2301

Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern

Begründung

Erstellung des Kapitel "7. Steuern und Finanzmarkt in Europa" und Verschiebung des Absatzes "[Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern](#)" ([Zeilen 1172 - 1191](#)) auf diese Position (Zeilen 2300 ff.)

Antrag L.01.2301.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	Christoph Spehr (LV Bremen)
--------------------------	-----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2301 - 2303

2301 ~~Flugzeuge sind enorm klimaschädlich: Deshalb muss das Fliegen drastisch reduziert~~
2302 ~~werden, um die Klimaziele zu erreichen~~Der Flugverkehr trägt erheblich zur
Klimaschädigung bei. Die Klimawirkung des Fliegens ist höher als der reine CO2-
Ausstoß und wird auf knapp 5 Prozent des jährlichen Beitrags zur Erderwärmung
geschätzt. E-Fuels ~~sind~~ reduzieren das, sind aber energie- und kostenintensiv
2303 ~~und keine Alternative zu weniger Fliegen.~~ In einer globalisierten Welt brauchen
Menschen die Möglichkeit, sich schnell über große Strecken bewegen zu können.
Daher muss das Fliegen klimaneutral, aber insgesamt auch reduziert werden.
Inlandsflüge sollen weitgehend durch schnelle Bahnverbindungen ersetzt,
Geschäftsflüge stärker durch Online-Meetings unnötig gemacht und Luxusnutzungen
wie Privatjets abgeschafft werden.

2304 Mit dem Zug ins europäische Ausland zu reisen, ist manchmal eine Herausforderung:
2305 Verschiedene Buchungsportale, keine Fahrgastreue und vieles ist teuer. Es gibt
2306 viel zu wenige Nachtzüge. Wir wollen eine europäische Gesellschaft schaffen, die
2307 für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Bahngesellschaften sorgt,
2308 die bessere Vernetzung im Personen- und Güterverkehr organisiert und
2309 grenzüberschreitende Schienenprojekte voranbringt - unsere Vision sind die United
2310 Railways of Europe! Dann gäbe es eine gemeinsame Buchungsplattform, koordinierte
2311 Fahrpläne und eine massive Ausweitung des grenzüberschreitenden Verkehrs: Mit den
2312 United Railways of Europe kann bis 2035 ein Europatakt eingeführt werden, mit
2313 Verbindungen im Stundentakt zwischen den europäischen Haupt- und Großstädten.
2314 Dann können wir mit dem Nachtzug nach Marseille und umsteigefrei nach Barcelona
2315 fahren - bezahlbar und barrierefrei. Ein erheblicher Teil des Luftverkehrs würde
2316 auf die Schiene verlagert.

Begründung

Hier klingen wir wirklich nach einer Verbotsparlei, die ignoriert, dass Besuche bei der weit entfernten Familie, Fernreisen, Geschäftsreisen etc. nicht mal so eben abgeschafft werden können.

Antrag L.01.2302.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2302 - 2303

2301 Flugzeuge sind enorm klimaschädlich: Deshalb muss das Fliegen drastisch reduziert
2302 werden, um die Klimaziele zu erreichen. E-Fuels sind derzeit noch energie- und
kostenintensiv
2303 ~~und~~ und daher aktuell keine Alternative zu weniger Fliegen.

2304 Mit dem Zug ins europäische Ausland zu reisen, ist manchmal eine Herausforderung:
2305 Verschiedene Buchungsportale, keine Fahrgastreue und vieles ist teuer. Es gibt
2306 viel zu wenige Nachtzüge. Wir wollen eine europäische Gesellschaft schaffen, die
2307 für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Bahngesellschaften sorgt,
2308 die bessere Vernetzung im Personen- und Güterverkehr organisiert und
2309 grenzüberschreitende Schienenprojekte voranbringt - unsere Vision sind die United

2310 Railways of Europe! Dann gäbe es eine gemeinsame Buchungsplattform, koordinierte
2311 Fahrpläne und eine massive Ausweitung des grenzüberschreitenden Verkehrs: Mit den
2312 United Railways of Europe kann bis 2035 ein Europatakt eingeführt werden, mit
2313 Verbindungen im Stundentakt zwischen den europäischen Haupt- und Großstädten.
2314 Dann können wir mit dem Nachtzug nach Marseille und umsteigefrei nach Barcelona
2315 fahren - bezahlbar und barrierefrei. Ein erheblicher Teil des Luftverkehrs würde
2316 auf die Schiene verlagert.

Begründung

E-Fuels sind derzeit noch ineffizient und teuer, das ist allerdings eine Momentaufnahme. Sie können, wenn viel erneuerbare Energien überschüssig verfügbar seien werden, durchaus preiswerter und effizienter werden.

Antrag L.01.2323.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2323

2317 - Kurzstreckenflüge für Zugstrecken unter sechs Stunden sind dann nicht mehr
2318 nötig, wir wollen sie verbieten.
2319 - Klimaschädliche Subventionen des Flugverkehrs wollen wir abschaffen.
2320 Gleichzeitig wollen wir die Bahntickets mit öffentlichen Subventionen
2321 verbilligen.
2322 - Wir setzen dem klimaschädlichen Luxuskonsum der Reichen Grenzen:
2323 **Privatflugzeugejets** wollen wir EU-weit verbieten - Flugtaxis auch! Anstatt pauschal
2324 höhere Preise mit der Einbeziehung von Flügen in das EU-Emissionshandelssystem
2325 einzuführen, erheben wir eine zusätzliche Steuer für First- und Business-Class-
2326 Flüge, denn die sind pro Person besonders CO2-intensiv.
2327 - Statt neuer Autobahnen und Flughäfen brauchen wir einen EU-weiten Plan für den
2328 Umbau und die alternative Nutzung von fossiler Verkehrsinfrastruktur. Die
2329 Förderung für Straßen und Flughäfen im Rahmen der Europäischen Transportnetze
2330 (TEN-T) muss beendet werden - die freiwerdenden Gelder werden für den Ausbau der
2331 Bahn genutzt.
2332 - Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden. Ein Einstieg in
2333 die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung defizitärer
2334 Regionalflughäfen. Um den Rückbau der Flugindustrie und -infrastruktur sozial
2335 gerecht umzusetzen, braucht es wie in der Automobilindustrie Maßnahmen für einen
2336 gerechten Übergang der Beschäftigten unter dem Motto: Vom Flugbegleiter zum
2337 Zugbegleiter.
2338 - Eine attraktive Bahn ist Voraussetzung für die Mobilitätswende: Die gibt es nur
2339 in öffentlicher Hand und ohne Wettbewerb. Mit den United Railways of Europe
2340 arbeiten die Bahnunternehmen Europas zusammen statt gegeneinander - zum
Beispiel
2341 können sie einen gemeinsamen Wagenpool für Nachtzüge aufbauen. Das spart Kosten
2342 und schafft Planungssicherheit. Die EU darf die Trennung von Bahnbetrieb und -

2343 infrastruktur nicht weiter vorantreiben. Direktvergaben an die Bahnunternehmen
2344 sollen mit Vorrang behandelt werden. Beim Wechsel eines Betreibers müssen die
2345 Beschäftigten übernommen werden.
2346 - Für Flächenbahn: Der Ausbau der europäischen Netze darf nicht nur auf den High-
2347 Speed Verbindungen zwischen den Metropolen erfolgen. Das TEN-T Schienennetz, der
2348 europäische Verkehrswegeplan, muss schnell umgesetzt werden - und das mit einem
2349 Fokus auf dem weniger profitablen grenzüberschreitenden Verkehr.

Begründung

Unter Privatflugzeugen werden auch Segel- und Sportflugzeuge verstanden. Wir sollten uns für ein Verbot von Privatjets offensiv einsetzen und hier sprachlich zwischen Privatflugzeugen und Privatjets differenzieren.

Antrag L.01.2332.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in: Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2332 - 2338

2317 - Kurzstreckenflüge für Zugstrecken unter sechs Stunden sind dann nicht mehr
2318 nötig, wir wollen sie verbieten.
2319 - Klimaschädliche Subventionen des Flugverkehrs wollen wir abschaffen.
2320 Gleichzeitig wollen wir die Bahntickets mit öffentlichen Subventionen
2321 verbilligen.
2322 - Wir setzen dem klimaschädlichen Luxuskonsum der Reichen Grenzen:
2323 Privatflugzeuge wollen wir EU-weit verbieten - Flugtaxis auch! Anstatt pauschal
2324 höhere Preise mit der Einbeziehung von Flügen in das EU-Emissionshandelssystem
2325 einzuführen, erheben wir eine zusätzliche Steuer für First- und Business-Class-
2326 Flüge, denn die sind pro Person besonders CO2-intensiv.
2327 - Statt neuer Autobahnen und Flughäfen brauchen wir einen EU-weiten Plan für den
2328 Umbau und die alternative Nutzung von fossiler Verkehrsinfrastruktur. Die
2329 Förderung für Straßen und Flughäfen im Rahmen der Europäischen Transportnetze
2330 (TEN-T) muss beendet werden - die freiwerdenden Gelder werden für den Ausbau der
2331 Bahn genutzt.
2332 ~~-Wir wollen den Ausbau weiterer-~~ Den Ausbau der vorhandenen Flugkapazitäten
2333 ~~sofort beenden. Ein Einstieg in~~
2334 ~~die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung defizitärer~~
2335 ~~Regionalflughäfen. Um den Rückbau der Flugindustrie und -infrastruktur sozial~~
2336 ~~gerecht umzusetzen, braucht es wie in der Automobilindustrie Maßnahmen für einen~~
2337 ~~gerechten Übergang der Beschäftigten unter dem Motto: Vom Flugbegleiter zum-~~
2338 ~~Zugbegleiter.~~
sehen wir kritisch. Das Beihilfeverbot im Bereich des Flugverkehrs hat dazu geführt,
dass alle Flughäfen ihre Passagierzahlen ständig steigern wollen, während gleichzeitig
ein Dumpingwettbewerb um Gebühren stattfindet, der die realen Kosten des
Flughafenbetriebs verschleiert. Wir wollen stattdessen Beihilfen für Flughäfen mit
besonderem verkehrlichen Interesse ermöglichen und daran binden, dass die
Flugzahlen nicht steigen, dass Mindestgebühren erhoben werden und dass die
Flughäfen ihre Emissionen senken.

- Eine attraktive Bahn ist Voraussetzung für die Mobilitätswende: Die gibt es nur
2339 in öffentlicher Hand und ohne Wettbewerb. Mit den United Railways of Europe
2340 arbeiten die Bahnunternehmen Europas zusammen statt gegeneinander - zum
Beispiel
2341 können sie einen gemeinsamen Wagenpool für Nachtzüge aufbauen. Das spart Kosten
2342 und schafft Planungssicherheit. Die EU darf die Trennung von Bahnbetrieb und -
2343 infrastruktur nicht weiter vorantreiben. Direktvergaben an die Bahnunternehmen
2344 sollen mit Vorrang behandelt werden. Beim Wechsel eines Betreibers müssen die
2345 Beschäftigten übernommen werden.
2346 - Für Flächenbahn: Der Ausbau der europäischen Netze darf nicht nur auf den High-
2347 Speed Verbindungen zwischen den Metropolen erfolgen. Das TEN-T Schienennetz, der
2348 europäische Verkehrswegeplan, muss schnell umgesetzt werden - und das mit einem
2349 Fokus auf dem weniger profitablen grenzüberschreitenden Verkehr.

Begründung

Es ist eine Fehleinschätzung, dass der Markt die richtige Entscheidung darüber vorgibt, welche Flughäfen geschlossen werden sollten, weil sie unwirtschaftlich sind. Das Beihilfeverbot der EU wirkt hier genau in die falsche Richtung. Mit der Forderung nach Schließung der Regionalflughäfen in den EU-Wahlkampf ziehen zu wollen, ist keine gute Idee, es ist aber auch mobilitäts- und klimapolitisch die falsche Stoßrichtung.

Antrag L.01.2350.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2350

2350 ~~Güterverkehr~~ Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne](#)" (Zeilen 1192 - 1198) auf diese Position (Zeilen 2350 ff.)

Antrag L.01.2353.1: Änderungsantrag zu EWP23

Änderungsantrag zu EWP23

Antragsteller*in:	Christoph Spehr (LV Bremen)
--------------------------	-----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2353 - 2356

2351 Die internationalen Konzerne spielen die niedrigsten Lohnkosten global
2352 gegeneinander aus und nutzen die niedrigen Transportkosten - dadurch stecken
2353 immer mehr Transportkilometer in den Produkten. ~~Die Absurdität des globalen~~

2354 ~~Güterverkehrs muss beendet werden: Nordseekrabben, die in Marokko gepult und in~~
2355 ~~Polen verpackt werden, um dann an der Nordsee als regionales Produkt verkauft zu~~
2356 ~~werden, sind keine echten Nordseekrabben.~~ Wir wollen den Güterverkehr insgesamt
2357 reduzieren und einen wesentlichen Teil des restlichen Güterverkehrs auf die
2358 Schiene verlagern:

Begründung

Solange es entsprechende Unterschiede im Lohnniveau und im nationalen Reichtum gibt, ist es kein Ausdruck von Solidarität und Gerechtigkeit, Jobs in Marokko oder Polen verbieten zu wollen. Der Krabbe ist es egal, wo sie gepult wird. Den Nationalismus „Nur an der Nordsee von Nordseeanwohner*innen gepulte Nordseekrabben sind echte Nordseekrabben“ sollten wir uns schenken.

Antrag L.01.2385.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2385

2385 ~~Schifffahrt und Seeverkehr~~ Krisengewinne besteuern

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Krisengewinne besteuern"](#) (Zeilen 1199 - 1217) auf diese Position (Zeilen 2385 ff.)

Antrag L.01.2387.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	Christoph Spehr (LV Bremen)
--------------------------	-----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2387 - 2390

2386 Die EU treibt die Dekarbonisierung des Seeverkehrs durch E-Fuels voran. Dazu gibt
2387 es kaum Alternativen. ~~Aber E-Fuels sind teuer und energieintensiv – deshalb muss~~
2388 ~~der Seeverkehr reduziert werden. Hierfür muss die EU verbindliche Ziele vorgeben.~~
2389 ~~Eine Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturen reduziert den globalen Verkehr~~
2390 ~~mit Containerschiffen erheblich.~~ Auch die Emissionen der Kreuzfahrt- und
2391 Containerschiffe sind zu hoch.

Begründung

Der Seeverkehr ist immer noch eine weit CO2-ärmere Transportform als LKW oder gar

Flugzeug. Eine Reduzierung des Seetransports ist so lange unrealistisch, bis Lohn- und Produktionskosten global angeglichen sind.

Antrag L.01.2387.2: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen), Stefan Söhngen (Nordrhein-Westfalen), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2387

2386 Die EU treibt die Dekarbonisierung des Seeverkehrs durch E-Fuels voran. Dazu gibt
2387 es kaum Alternativen. Aber E-Fuels sind derzeit noch teuer und energieintensiv -
deshalb muss
2388 der Seeverkehr reduziert werden. Hierfür muss die EU verbindliche Ziele vorgeben.
2389 Eine Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturen reduziert den globalen Verkehr
2390 mit Containerschiffen erheblich. Auch die Emissionen der Kreuzfahrt- und
2391 Containerschiffe sind zu hoch.

Begründung

E-Fuels sind derzeit noch ineffizient und teuer, das ist allerdings eine Momentaufnahme. Sie können, wenn viel erneuerbare Energien überschüssig verfügbar sein werden, durchaus preisgünstiger und effizienter werden.

Antrag L.01.2392.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2392 - 2394

2392 - Billigflaggen im europäischen Seeverkehr wollen wir verbieten und die nationale
Zuständigkeit konsequent an das Prinzip binden, wem letztlich die Gewinne
zugutekommen („final beneficiary“). Unterstützung
2393 für die Seefahrt muss an soziale und ökologische Bedingungen gekoppelt werden.
2394 Das Umgehen des Abwrackens in lizenzierten Häfen durch vorherigen Verkauf muss
unterbunden werden und Designvorgaben im Schiffsbau entwickelt werden, die von
vorneherein recyclingfreundlich sind. Die Konkurrenz der europäischen Häfen muss
2395 werden.
2396 - Überall, wo es möglich ist, müssen Schiffe mit Strom betrieben werden:
2397 küstennah, in der Binnenschifffahrt und auf Kurzstrecken. Container- und
2398 Kreuzfahrtschiffe müssen in den europäischen Häfen verpflichtend Landstrom
2399 nutzen.
2400 - Private motorisierte Superjachten mit mehr als 60 Metern Länge wollen wir EU-

2401 weit verbieten. Es ist ein Skandal, dass sie als Freizeitboote vom EU-
2402 Emissionshandel ausgenommen werden sollen.
2403 - Die Emissionen von Kreuzfahrtschiffen sind zu hoch - regionaler Tourismus muss
2404 gestärkt und Kreuzfahrten müssen reduziert werden.
2405 - Wir wollen, dass die Tonnagesteuer als spezielle Besteuerungsregelung für
2406 Schifffahrtsunternehmen europaweit abgeschafft wird. Stattdessen sollen diese
2407 Unternehmen der regulären Gewinnbesteuerung unterworfen werden, um eine
2408 gleichberechtigte Behandlung im Steuersystem sicherzustellen.

Begründung

Der Schlüssel im Kampf gegen Billigflaggen ist die Zuordnung der Schiffe nicht nach Registrierungs-Ort, sondern nach dem Sitz dessen, dem die Schiffe gehören bzw. die finalen Gewinne an der Eigentümerschaft zufließen. Dieses Prinzip des "final beneficiary" fließt bereits in internationale Statistiken ein, ist also handhabbar. - Dass die EU sich die Forderungen der Shipbreaking Platform zu eigen gemacht hat und Abwracken in nicht-lizenzierten Billigwerften verbietet, ist gut, wird aber häufig umgangen; hier muss nachgelegt werden.

Antrag L.01.2409.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2409

2409 ~~Weltraum~~Spekulationsgewinne besteuern

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Spekulationsgewinne besteuern" \(Zeilen 1218 - 1232\)](#) auf diese Position (Zeilen 2409 ff.)

Antrag L.01.2410.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2410

2410 Die Erschließung des erdnahen Weltraums hat viele wichtige Funktionen: für Telekommunikation, für die Beobachtung von Klimaveränderungen, für Forschung. Diese Funktionen sollen aber unter öffentlicher Führung erschlossen und genutzt werden.

2411 - Kein Weltraumspaß für die Superreichen auf Kosten unseres Klimas! Wir wollen

2411 private Raumfahrt und Weltraumtourismus vom Boden der EU aus verbieten.

Begründung

Luft- und Raumfahrt ist ein wichtiger Innovationsbereich, der positive Beiträge zur Transformation leisten kann. Wir sollten hier nicht nur als Verbotspartei auftreten, sondern für einen verantwortlichen Umgang mit einem kritischen Gemeingut eintreten.

Antrag L.01.2411.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	Hans-Joachim Wenk (KV Lüneburg)
--------------------------	---------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2411

2410 - Kein Weltraumspaß für die Superreichen auf Kosten unseres Klimas! Wir wollen

2411 private Raumfahrt und Weltraumtourismus vom Boden der EU aus verbieten.

- Keinerlei Hoheitsrechte für Staaten, privaten Unternehmen im Weltall, Mond und anderen Himmelskörpern.

- Keine Ausbeutung von NATurschätzen und wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern.

- Ausschließliche Nutzung des Mondes und anderer Himmelskörper zu friedlichen und wissenschaftlichen Nutzungen. Die Erforschung und Nutzung des Weltraums ist Sache der gesamten Menschheit ("province of all mankind", Art. I WRV)

- Entmilitarisierung des erdnahen Orbit, dem Weltall, Mond und anderen Himmelskörpern mot Konventualen-, Nuklear-, Massenvernichtungs- und Energiewaffen (englisch directed-energy weapons, kurz DEW). Verbot des Abschuss von Objektivten im Weltraum, z. B. Satelliten oder Raketen, von der Erde oder aus der Luft.

- Verbot aller Konventionellen-, Nukelar-, Massenvernichtungs- und Energiewaffen, die von der Erde oder aus der Luft starten sowohl im erdnahen Orbit, dem gesamten Weltall, auf dem Mond und anderen Himmelskörpern.

- Im erdnahen Orbit, dem gesamten Weltall, auf dem Mond und anderen Himmelskörpern dürfen keine militärischen Basen installiert oder militärische Übungen abgehalten werden.

- Verbot der Stationierung von konventionellen (aktiven) Waffen sowie von militärischen Aufklärungs-, Kommunikations- und Navigationsatelliten.

- Verbot der Durchquerung mit konventionellen oder mit Massenvernichtungswaffen bestückte Raketen des Weltraums.

- Unbegrenzte Haftung für alle Körper- und Sachschäden durch Weltraumaktivitäten durch Staaten und Privatunternehmen, die einen Weltraumsgegenstand in den Weltraum starten, starten lassen oder ihr Territorium oder ihre Anlagen für Starts zur Verfügung stellen. (Art. VII WRV)

Diese 9 Punkte sind über das europäische Parlament, den entsprechen UN-Fachgremien zur Entscheidung an die UN- Vollversammlung zu übermitteln.

Begründung

Die erste und grundlegende völkerrechtliche Vereinbarung des Weltraumrechts ist der Weltraumvertrag (WRV) von 1967, dem derzeit 112 Staaten, darunter auch Deutschland, angehören. Er legt Grundsätze fest, die die Weltraumaktivitäten von Staaten regeln. Der Weltraumvertrag – offizieller Langtitel: *Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper* – wurde am 27. Januar 1967 auf Basis der Erklärung der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 1963 zu den Rechtsgrundsätzen hinsichtlich der Tätigkeiten im Weltraum vereinbart. Der Vertrag trat am 10. Oktober 1967 in Kraft, für die Bundesrepublik Deutschland am 10. Februar 1971. Deutschland ist regelmäßig bei den internationalen Konferenzen zur Raumfahrt vertreten: die Bundesregierung nimmt an den Konferenzen der Europäischen Weltraumfahrtorganisation (European Space Agency – ESA) teil und vertritt die deutschen Positionen zum Weltraumrecht auf den Konferenzen der VN-Weltraumausschüsse.

In den USA gibt es mit dem beim Verkehrsministerium angesiedelten *Office of Commercial Space Transportation*, der *National Oceanic and Atmospheric Administration* und der *Federal Communications Commission* gleich drei Agenturen, die mit der Regulierung des kommerziellen Raumfahrtsektors befasst sind.

Es gibt einige Privatpersonen und Unternehmen, die der Auffassung sind, dass der völkerrechtliche Weltraumvertrag nur Staaten und keineswegs private Unternehmen bindet. Die überwiegende Auffassung im Völkerrecht geht dagegen grundsätzlich von einer a-fortiori-Bindung auch für Privatpersonen aus. Es muß darauf hingewirkt werden, dass die UN-Vollversammlung nicht nur Staaten, sondern auch private Unternehmen den Mond und andere Himmelskörper der Ausbeutung nicht preisgegeben wird.

Im Zusammenhang mit der steigenden Bedeutung kommerzieller Raumfahrt und privater Akteure erlangt Art. VI des Weltraumvertrags zunehmend an Bedeutung. Danach sind die Staaten auch für die privaten Raumfahrtaktivitäten verantwortlich, die von ihrem Territorium ausgehen, dies muß dringend und dauerhaft geändert werden. Der Mondvertrag von 1979 mit speziellen Regelungen über die Nutzung des Mondes und der eventuellen Ausbeutung seiner Naturschätze. Diesen Vertrag haben bislang nur 18 Staaten ratifiziert. Die wirtschaftliche Nutzung muß ausgeschlossen werden.

Der Weltraumvertrag beinhaltet Grundsätze für Weltraumaktivitäten. Für den Weltraum wird eine weitergehende Freiheit der Forschung und der wirtschaftlichen Nutzung gewährt, die allerdings nicht schrankenlos gilt, sondern zum Vorteil und im Interesse der gesamten Menschheit an der fortschreitenden Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken“ (Präambel) aus. Der Weltraum, der Mond und andere Himmelskörper werden zum Gemeingut der Menschheit erklärt. Damit ist ihre vollständige oder teilweise Inbesitznahme durch einzelne Staaten ausgeschlossen (Artikel II). Der Vertrag erklärt, dass das Völkerrecht inklusive der UN-Charta auch für den Weltraum, den Mond und andere Himmelskörper gültig ist (Artikel I und III). Alle Länder ungeachtet ihres wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungsstandes sind am wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Denn die Erforschung und Nutzung des Weltraums ist Sache der gesamten Menschheit („province of all mankind“, Art I WRV). Eine wirtschaftliche Nutzung auch für den Weltraum, den Mond und andere Himmelskörper muss deshalb nur möglich sein, wenn sie der gesamten Menschheit dient. Dies sollte durch den Weltraumausschuss der Vereinten Nationen (COPUOS) im Einzelnen geregelt werden.

In Bezug auf Rüstungen enthält der Weltraumvertrag folgende Bestimmungen (Artikel IV): Der Weltraumvertrag begrenzt die militärische Nutzung des Weltraums nur teilweise. Es sollten keinerlei Kernwaffen in den Weltraum verbracht werden (Art. IV) und die Nutzung des Weltraumes nur friedlichen Zwecken unterworfen sein, zivile Raumfahrt und Weltraumforschung werden jedem Staat explizit gestattet, die Ausdehnung auf private Unternehmungen muß ermöglicht werden. Weiterhin dürfen im Weltall sowie auf dem

Mond keine militärischen Basen installiert oder militärische Übungen abgehalten werden. Nach dem Vertrag haften Staaten auch für Schäden, die durch von ihnen in den Weltraum gebrachte Objekte entstehen.

Die friedliche Nutzung des Weltraums (Art. IV WRV) ist nicht gesichert., die für den Mond und die anderen Himmelskörper umfassend gilt (d.h. keine Stützpunkte, keine Waffen, keine militärischen Übungen), für den übrigen Weltraum hingegen nur teilweise (keine Kern- oder Massenvernichtungswaffen). Damit verbietet der Weltraumvertrag nicht den Abschuss von Objekten im Weltraum, z.B. Satelliten oder Raketen, von der Erde oder aus der Luft. Selbst die Detonation von Atomwaffen im Weltraum, die von der Erde oder aus der Luft starten, bleibt erlaubt. Ebenfalls bleibt die Stationierung von konventionellen (aktiven) Waffen sowie von militärischen Aufklärungs-, Kommunikations- und Navigationssatelliten im All erlaubt.

Nicht verboten ist auch, dass mit konventionellen oder mit Massenvernichtungswaffen bestückte Raketen den Weltraum durchqueren. Zu verbieten sind die Stationierungen von Nuklear-, Massenvernichtungs- und Energiewaffen (englisch directed-energy weapons, kurz DEW) wird im Allgemeinen eine neue Generation von Waffensystemen bezeichnet, die mit gebündelter Energie militärische aber auch zivile Ziele außer Funktion setzen, schädigen oder vernichten kann. Eine Entmilitarisierung des Weltraums, des Mondes und aller weiteren Himmelskörper muß umgesetzt werden. Die Partei „Die Linke“ fordert die EU auf, alle militärischen Nutzungen einzustellen, analog des Militarisierung Verbots für den Weltraum, Mond und andere Himmelskörper und dies in der UN Vollversammlung umzusetzen. Grundsätzlich zu verbieten sind „die Errichtung militärischer Stützpunkte Anlagen und Befestigungen, das Erproben von Waffen jeglicher Art und die Durchführung militärischer Übungen auf dem Mond und anderen Himmelskörpern.“ Allerdings haben nur 15 Staaten den „Mondvertrag“ ratifiziert, die Raumfahrtnationen USA, Russland und China sind nicht darunter.

Der Weltraumvertrag legt auch die (vgl. auch Weltraumhaftungsübereinkommen). An einem deutschen besser wäre europäischen Weltraumgesetz, das die innerstaatlichen auch für Privatunternehmen, Kontroll- und Haftungsmaßstäbe konkretisiert, muss zügig umgesetzt werden.

Der Weltraumvertrag enthält auch Bestimmungen zur Vermeidung von schädlichen Verunreinigungen des Weltraums, die allerdings bislang wenig praktische Bedeutung erlangt haben. Die technischen Entwicklung der Raumfahrt und die damit verbundenen Gefahren erforderten die Ausarbeitung von Verträgen zur Ergänzung und Konkretisierung des Weltraumvertrages. Dazu gehören unter anderem: Die erste und grundlegende völkerrechtliche Vereinbarung des Weltraumrechts ist der Weltraumvertrag von 1967. Er legt Grundsätze fest, die die Weltraumaktivitäten von Staaten regeln jedoch nicht von privaten Unternehmen. Mit der Entwicklung des Weltraumrechts reagierte die Staatengemeinschaft in engem zeitlichen Zusammenhang auf den Beginn der Nutzung des Weltraums, die mit den ersten Satellitenstarts der Sowjetunion und der USA 1957/58 begann. Für eine koordinierte und konfliktfreie Nutzung waren grundlegende Fragen zu klären, die vom Rechtsstatus über den Zugang bis hin zu den Nutzungsformen (kein nuklearer Rüstungswettlauf im Weltraum) reichten. Zu diesem Zweck schuf die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) 1959 einen ständigen Ausschuss, der sich auch mit Ausarbeitung einer internationalen Rechtsordnung für den Weltraum befassen sollte. Im Jahr 1997 wurden von den Startplätzen in Florida erstmals mehr kommerzielle von privaten Unternehmen als staatliche Raketenstarts durchgeführt. Das Weltraumtransportgeschäft bedient zuvorderst nationale Regierungen und große kommerzielle Unternehmenssegmente. Die Starts für Regierungsflüge, einschließlich militärischer, wissenschaftlicher und ziviler Satelliten, sind das größte Marktsegment mit annähernd 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Dieses Segment wird von US-Unternehmen dominiert, wie der United Launch Alliance für

US-Regierungsaktivitäten und Ariespace für europäische Satelliten. Das kommerzielle Segment mit unter 3 Milliarden US-Dollar pro Jahr wird von Aranespace dominiert mit über 50% Marktanteil gefolgt von russischen Unternehmen. Mit 3704 aktiven Starlink-Satelliten im Erdorbit (Stand März 2023) ist SpaceX der mit Abstand größte Satellitenbetreiber weltweit. Insgesamt stehen Genehmigungen für den Start von maximal 19.427 Satelliten sowie Anträge von SpaceX für nochmals bis zu 22.488 Satelliten. Die Weltraum-Industrie ist in den vergangenen Jahren verstärkt zu einer Spielwiese für Milliardäre geworden die Firma Blue Origin von Amazon-Gründer Jeff Bezos, die auch Touristen-Flüge ins All anbietet. Tesla-Chef Elon Musk ist erfolgreich mit seiner Raumfahrt-Firma SpaceX, die unter anderem für die Nasa aktiv. (Tagesspiegel 4.4.2023)

Im Oktober 2021 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Space 2030 Agenda: Der Weltraum als Motor der nachhaltigen Entwicklung“ an. Um die Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, ist mit der Space 2030 Agenda ein Programm zur Nutzung von Daten, Technologien, Innovation und anderen Instrumenten der Weltraumforschung zu diesem Zweck geschaffen worden. Die Zusammenarbeit mit Staaten, NGOs und privaten Unternehmen wird vorangetrieben, um Lösungen für die nachhaltige Entwicklung zu finden, die sich aus der Weltraumforschung ergeben. Die wachsende Zahl der Weltraumnutzer unterstreicht die Bedeutung internationaler Kooperation. Die Resolution soll auch garantieren, dass der Nutzen der Weltraumforschung allen Nationen zugutekommt, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand.

Und mit der steigenden Zahl an Raumfahrtmissionen könnte die Gefahr von Kollisionen und weiterer Trümmerbildung nochmals rasant steigen. So platzieren etwa private Betreiber tausende Minisatelliten im Low Earth Orbit, die mit anderen Objekten kollidieren könnten. Die Mission Clear-Space-1, Teil der Clean Space Initiative der ESA, soll in den kommenden Jahren zur wegweisenden Lösung für das Müllproblem werden. Im Erdorbit befinden sich mit rund 20.000 Teilen der meiste Weltraummüll.

In Zusammenarbeit mit dem kommerziellen Konsortium unter der Leitung des Schweizer Startup ClearSpace will die ESA erstmals eine Technologie zur aktiven Müllentsorgung im All testen. Ziel dieses „Abschleppwagens für Weltraumschrott“ ist dabei nicht, alle Trümmer aus den Umlaufbahnen zu beseitigen, sondern vorerst vor allem die großen, kritischen Schrottteile, die bei einer Kollision weitere hunderttausend kleine verursachen würden.

Der Weltraumausschuss trifft seine Entscheidungen nach dem Konsensprinzip. Dies garantiert, dass die Minderheit von raumfahrenden Staaten nicht etwa von einer Mehrheit von Entwicklungsländern überstimmt werden kann. Das Konsensprinzip führt aber auch zu langwierigen Verhandlungen, wenn der politische Druck zur Einigung gering ist. Zu den Themen, die derzeit im Rahmen des RUA diskutiert werden, gehören u.a. die Praxis der Registrierung von Weltraumobjekten durch die Staaten und internationalen Organisationen, die nachhaltige Weltraumnutzung, Weltraummüll sowie Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Weltraumbergbau.

Antrag L.01.2415.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2415

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Banken und Finanzmärkte entmachten](#)" (Zeilen 1233 - 1289) auf diese Position (Zeilen 2415 ff.)

Antrag L.01.2433.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2433 - 2437

2430 - Stoppschild für energiefressende Werbung, Tracking und Datensammelei im Dienst
2431 von Konsum und Meinungsmanipulation.

2432 - Wir wollen den Energieverbrauch digitaler Anwendungen reduzieren: durch

2433 gezielte Forschung dazu, durch Datensparsamkeit und verpflichtende energiesparende
Standardeinstellungen ~~z. B.-~~

2434 ~~bei Videos. Software mit sehr hohem Energieverbrauch, z. B. Blockchains oder~~

2435 ~~künstliche Intelligenz, soll nur entwickelt werden, wenn sozialer Fortschritt~~

2436 ~~damit verbunden ist und es keine sparsameren Alternativen gibt.-~~

2437 . Überflüssige und extrem energieintensive Anwendungen wie das „Mining“ von
Kryptowährungen wollen wir unterbinden.

- Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend nachgenutzt werden, z. B. in

2438 Wärmenetze eingespeist werden. Das muss bei der Standortplanung und der

2439 Kühltechnik (Wasserkühlung) von vornherein berücksichtigt werden.

2440 - Langlebigkeit, leichte Reparierbarkeit, Nachnutzbarkeit durch modulare

2441 Bauweise, Mindestupdatepflichten, gute Ersatzteilverfügbarkeit und weitreichende

2442 Interoperabilität von Soft- und Hardware müssen verbindlich festgeschrieben

2443 werden. Garantiepflichten wollen wir auf mindestens 5 Jahre erhöhen,

2444 Abschreibungsfristen deutlich verlängern und Mindestnutzungsdauer beschaffter

2445 Kommunikationstechnik in öffentlichen Einrichtungen deutlich erhöhen. (Siehe

2446 Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle“)

2447 - Das Lieferkettengesetz muss verschärft werden, Hersteller müssen für die

2448 Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entlang der gesamten

2449 Lieferkette haftbar gemacht werden. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik:

2450 Kooperation statt Konkurrenz“ und Kapitel 1, „Umverteilen für gute Arbeit“)

2451 - Für die Energiewende und Digitalwirtschaft benötigte endliche Rohstoffe und

2452 seltene Erden müssen nach Möglichkeit durch ökologisch weniger bedenkliche

2453 Rohstoffe ersetzt und entsprechende Forschung dazu stark gefördert werden.

2454 Beispiel: Ersatz von Lithium durch Natrium in Akkus.

Begründung

Eine entsprechende Vorgabe für Forschung und Entwicklung zu KI etc. ist total unrealistisch und nicht ersichtlich, wie das umgesetzt werden soll. Hier wäre es auch falsch, Grundlagenforschung zu unterbinden. Tatsächlich verbieten kann man allerdings das Krypto-Mining.

Antrag L.01.2445.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:

BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2445

2430 - Stoppschild für energiefressende Werbung, Tracking und Datensammelei im Dienst
2431 von Konsum und Meinungsmanipulation.

2432 - Wir wollen den Energieverbrauch digitaler Anwendungen reduzieren: durch
2433 Datensparsamkeit und verpflichtende energiesparende Standardeinstellungen z. B.
2434 bei Videos. Software mit sehr hohem Energieverbrauch, z. B. Blockchains oder
2435 künstliche Intelligenz, soll nur entwickelt werden, wenn sozialer Fortschritt
2436 damit verbunden ist und es keine sparsameren Alternativen gibt.

2437 - Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend nachgenutzt werden, z. B. in
2438 Wärmenetze eingespeist werden. Das muss bei der Standortplanung und der
2439 Kühltechnik (Wasserkühlung) von vornherein berücksichtigt werden.

2440 - Langlebigkeit, leichte Reparierbarkeit, Nachnutzbarkeit durch modulare
2441 Bauweise, Mindestupdatepflichten, gute Ersatzteilverfügbarkeit und weitreichende
2442 Interoperabilität von Soft- und Hardware müssen verbindlich festgeschrieben
2443 werden. Garantieplichten wollen wir auf mindestens 5 Jahre erhöhen,
2444 Abschreibungsfristen deutlich verlängern und Mindestnutzungsdauer beschaffter

2445 Kommunikationstechnik in öffentlichen Einrichtungen deutlich erhöhen. (Siehe Zudem sollen Software, Baupläne und notwendige Dokumentation von nicht mehr vom Hersteller unterstützten Produkten gemeinfrei werden (sofern der Hersteller die Rechte dafür hat und er die Komponenten nicht mehr aktiv in aktuellen Produkten verwendet). (Siehe

2446 Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle“)

2447 - Das Lieferkettengesetz muss verschärft werden, Hersteller müssen für die
2448 Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entlang der gesamten
2449 Lieferkette haftbar gemacht werden. (Siehe Kapitel 4, „Gerechte Handelspolitik:
2450 Kooperation statt Konkurrenz“ und Kapitel 1, „Umverteilen für gute Arbeit“)

2451 - Für die Energiewende und Digitalwirtschaft benötigte endliche Rohstoffe und
2452 seltene Erden müssen nach Möglichkeit durch ökologisch weniger bedenkliche
2453 Rohstoffe ersetzt und entsprechende Forschung dazu stark gefördert werden.
2454 Beispiel: Ersatz von Lithium durch Natrium in Akkus.

Begründung

Durch das "End of Support" bei Herstellern werden jährlich tonnenweise funktionsfähige Altgeräte entsorgt, weil sie nicht mehr repariert oder mit einem notwendigen Software-Update versorgt werden. Wir wollen das durch die Offenlegung von Software- und Hardware-Dokumentation ändern. So können Entwickler*innen, Reparaturstellen und Bastler*innen das Leben von Geräten entscheidend verlängern.

Antrag L.01.2455.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2455

2455 ~~Artensterben bekämpfen!~~ Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen" (Zeilen 1303 - 1324) auf diese Position (Zeilen 2455 ff.)

Antrag L.01.2468.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
-------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2468

2460 Zwar sind die Mittel für den Schutz von Biodiversität in der EU erhöht worden.
2461 Doch die selbst gesteckten Naturschutzziele hat die EU deutlich verfehlt. Die
2462 Konservativen und extrem rechten Parteien im EU-Parlament versuchen im Interesse
2463 der Agrarlobby ein wirksames EU-Renaturierungsgesetz zu verhindern, das zerstörte
2464 Ökosysteme und Artenvielfalt wiederherstellen soll.
2465 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme
2466 wiederherstellen: Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine
2467 wachsende biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für
2468 uns Menschen. Wir müssen mehr Wildnis wagen.

Begründung

Da Politik griffige Slogans braucht, schlagen wir vor, die Quintessenz dieses Absatzes in einer griffigen, an einen bekannten Politiker erinnernden Formulierung zusammen zu fassen.

Antrag L.01.2470.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:	Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)
-------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2470

2469 - Wildtiere und ihre Lebensräume müssen besonders geschützt werden.
2470 Internationale Arten- und Naturschutzabkommen ~~müssen~~, insbesondere das aktuelle Kunming-Montreal Abkommen, müssen in der EU konsequent umgesetzt werden.
2471 - Menschenrechte müssen gewahrt werden, es darf keinen Landraub an Indigenen

2472 durch Naturparks geben.

2473 - Die EU muss eine Positivliste zur Haltung von Haustieren entwickeln. Die soll
2474 exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur schützen. Und sie soll
2475 sicherzustellen, dass nur Tiere privat gehalten werden, deren Grundbedürfnisse
2476 auch erfüllt werden können und die keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen
2477 (Krankheiten, Prädatoren).

Antrag L.01.2473.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in:

Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan
(Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2473 - 2477

2469 - Wildtiere und ihre Lebensräume müssen besonders geschützt werden.
2470 Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt
werden.
2471 - Menschenrechte müssen gewahrt werden, es darf keinen Landraub an Indigenen
2472 durch Naturparks geben.
2473 ~~- Die EU muss eine Positivliste zur Haltung von Haustieren entwickeln. Die soll~~
2474 ~~exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur schützen. Und sie soll~~
2475 ~~sicherzustellen, dass nur Tiere privat gehalten werden, deren Grundbedürfnisse~~
2476 ~~auch erfüllt werden können und die keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen~~
2477 ~~(Krankheiten, Prädatoren).~~

Zeile 2490

2481 - Wir wollen das EU-LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für
2482 die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.
2483 - Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und
2484 ihre Tochterrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.
2485 - Die Natur wird oft nur als Objekt von Umweltschutz wahrgenommen. Ein anderes
2486 Verhältnis zur Natur soll sich auch im Recht niederschlagen. DIE LINKE
2487 unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Die Natur hat
2488 dann Rechte, die eingeklagt werden können.
2489 - Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände
2490 in den EU Mitgliedsstaaten.
- Die EU muss eine Positivliste zur Haltung von Haustieren entwickeln. Die soll
exotische Tiere vor der Entnahme aus der Natur schützen. Und sie soll sicherzustellen,
dass nur Tiere privat gehalten werden, deren Grundbedürfnisse auch erfüllt werden
können und die keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen (Krankheiten, Prädatoren).

Begründung

Zeilen 2473 bis 2477 verschieben ans Ende des Abschnitts

Antrag L.01.2481.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2481 - 2485

2481 ~~- Wir wollen das EU-LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für~~
2482 ~~die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.~~

2483 - Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und
2484 ihre Tochtrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

2485 - Die EU-Richtlinien müssen auch eingehalten werden: Es braucht konsequente
Vertragsverletzungsverfahren bei Versäumnissen.

2486 - Wir wollen das EU-LIFE- Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für die
Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.

- Wir unterstützen einen neuen EU Naturschutzfonds, um die Aufgaben (z.B. die
Wiedervernässung von Mooren) aus der Nature Restoration Law zu finanzieren. Die
Finanzierung von Naturschutz durch Ausgleichsmaßnahmen von
Biodiversitätsverlusten oder andere Natur-Finanzmärkte lehnen wir ab.

- Die Natur wird oft nur als Objekt von Umweltschutz wahrgenommen. Ein anderes

2486 Verhältnis zur Natur soll sich auch im Recht niederschlagen. DIE LINKE

2487 unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Die Natur hat

2488 dann Rechte, die eingeklagt werden können.

2489 - Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände

2490 in den EU Mitgliedsstaaten.

Antrag L.01.2487.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in: Lorenz Gösta Beutin (stellvertretender
Parteivorsitzender), Didem Aydurmus (Mitglied des
Parteivorstandes)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2487

2481 - Wir wollen das EU-LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für
2482 die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.

2483 - Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und
2484 ihre Tochtrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

2485 - Die Natur wird oft nur als Objekt von Umweltschutz wahrgenommen. Ein anderes

2486 Verhältnis zur Natur soll sich auch im Recht niederschlagen. DIE LINKE

2487 ~~unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen.~~ -Die Natur hat- und den
Straftatbestand des Ökozids in europäisches und internationales Recht aufzunehmen.
Die Natur hat

2488 dann Rechte, die eingeklagt werden können.

2489 - Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände

2490 in den EU Mitgliedsstaaten.

Begründung

Der Straftatbestand des Ökozids ist in der internationalen Debatte. Es ist Beschlusslage der Partei, sowohl vom Parteivorstand beschlossen als auch vom Bundestag als Teil des Wahlprogramms zur BTW 2021.

Antrag L.01.2490.1: Änderungsantrag zu EWP24

Änderungsantrag zu EWP24

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2490

2481 - Wir wollen das EU-LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für
2482 die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.

2483 - Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und
2484 ihre Tochterrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

2485 - Die Natur wird oft nur als Objekt von Umweltschutz wahrgenommen. Ein anderes
2486 Verhältnis zur Natur soll sich auch im Recht niederschlagen. DIE LINKE

2487 unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Die Natur hat
2488 dann Rechte, die eingeklagt werden können.

2489 - Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände
2490 in den EU Mitgliedsstaaten.

- Die nutzungsfreie Landfläche, soll bis 2050 jährlich um 3% durch Nutzungsaufgabe wachsen. Dabei wird auf europaweite Biotopverbindungen fokussiert.

-Wir wollen dabei die Flächen von sich selbst überlassenen Moorflächen bis 2032 durch Wiedervernässung mindestens verdoppeln.

Begründung

Es geht bei wirksamem Klima und Umweltschutz vor allem darum, auch wieder Wildnis zu wagen, Lebensräume zu schaffen und CO2 Senken zu schaffen. Da sollten wir Ziele setzen. Die gewählte Zahl von 3% wäre eine Verdopplung bis 2050.

Moorflächen sind extrem effizient im Binden von CO2. Aktuell sind ehemalige Moore meist CO2 Produzenten, z.B. auf Tierweiden. Die meßbaren Einspareffekte bei Klimagasen sind auf diesen Flächen extrem groß, insbesondere da sie verhindern, dass CO2 dauerhaft ausgast, während nasse Moore CO2 binden. Mit den anderen im Programm beschriebenen Maßnahmen in der Landwirtschaft schaffen wir uns ausreichend Flächen, um dieses Ziel umzusetzen.

Antrag L.01.2491.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2491

2491 **Die Meere schützen**Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Steueroasen trockenlegen und Finanzkriminalität verfolgen" (Zeilen 1303 - 1324) auf diese Position (Zeilen 2491 ff.)

Antrag L.01.2501.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2501 - 2502

2498 - Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht,
2499 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle
2500 Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der

2501 weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden.

2502 Dabei müssen die Zugangs- und Fangrechte von Kleinfischern gewährleistet sein und ihre Einbindung in das Management der Schutzgebiete garantiert und gefördert werden.

- Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2503 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2504 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen
2505 müssen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.

2506 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: sodass nicht mehr Fische
2507 gefischt werden, als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die
2508 Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in
2509 den Fanggebieten sollen gesichert werden.

2510 - Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die
2511 Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.

2512 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte
2513 müssen verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung
2514 der in der Region ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.

2515 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und
2516 der Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine
2517 Grundlage dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.

2518 - Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die
2519 Massentierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des
2520 Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und
2521 Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.

2522 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten
2523 wie Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.

2524 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

2525 - Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.

2526 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von
2527 Plastik muss drastisch reduziert werden. Die Entstehung von Mikroplastik muss
2528 bestmöglich vermieden werden. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger

Begründung

Beim Meeresschutz müssen wir umwelt- und entwicklungspolitische Aspekte miteinander verbinden – sonst geraten wir in eine Form des Öko-Kolonialismus.

Antrag L.01.2510.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in:	KV Oldenburg/Ammerland
--------------------------	------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2510

2498 - Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht,
2499 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle
2500 Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der
2501 weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden.

2502 - Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2503 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2504 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen
2505 müssen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.

2506 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: sodass nicht mehr Fische
2507 gefischt werden, als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die
2508 Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in
2509 den Fanggebieten sollen gesichert werden.

2510 ~~- Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die -~~ Wir wollen die

2511 Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.

2512 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte
2513 müssen verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung
2514 der in der Region ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.

2515 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und
2516 der Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine
2517 Grundlage dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.

2518 - Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die
2519 Massentierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des
2520 Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und
2521 Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.

2522 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten
2523 wie Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
2524 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

2525 - Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.

2526 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von
2527 Plastik muss drastisch reduziert werden. Die Entstehung von Mikroplastik muss
2528 bestmöglich vermieden werden. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
2529 Abfälle“)

Begründung

Haben die Autoren des Programmentwurfs die Bauernproteste nicht verstanden? Die Bauern wollen nicht zu Buhmännern der Nation abgestempelt werden. Statt ihre finanziellen Sorgen ernst zu nehmen und z.B. gesetzlich festgelegte Mindesterzeugerpreise zu fordern, werden die Bauern hier pauschal an den Pranger gestellt. Dabei würden sie durchaus naturschonender produzieren wollen, wenn ihnen der Preisdruck der Lebensmittelkonzerne dazu den Spielraum ließe.

Antrag L.01.2518.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: LV Schleswig-Holstein

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2518

2498 - Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht,
2499 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle
2500 Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der
2501 weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden.
2502 - Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2503 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2504 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen
2505 müssen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.
2506 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: sodass nicht mehr Fische
2507 gefischt werden, als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die
2508 Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in
2509 den Fanggebieten sollen gesichert werden.
2510 - Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die
2511 Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.
2512 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte
2513 müssen verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung
2514 der in der Region ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.
2515 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und
2516 der Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine
2517 Grundlage dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.
2518 - Munitionslasten in den Meeren der EU stellen eine akute Bedrohung für den
Lebensraum Meer dar. Darüber hinaus haben bestimmte Materialien sowie ihre
Abbauprodukte krebserregende und erbgutschädigende Wirkungen. Sie stellen somit
auch eine Gefahr für den Menschen dar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die
Bergung und Entsorgung der Kampfmittel trotz Kosten- und Zeitintensität angegangen
und vorangetrieben wird. Bestehende Förderprogramme zur Entwicklung neuer
Technologien im Bereich der Aufspürung und Bergung müssen ausgeweitet werden.
- Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die
2519 Massentierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des
2520 Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und
2521 Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.
2522 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten
2523 wie Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
2524 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.
2525 - Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.
2526 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von
2527 Plastik muss drastisch reduziert werden. Die Entstehung von Mikroplastik muss

2528 bestmöglich vermieden werden. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
2529 Abfälle“)

Antrag L.01.2519.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: KV Kreis Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2519

2498 - Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht,
2499 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle
2500 Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der
2501 weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden.

2502 - Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2503 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2504 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen
2505 müssen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.

2506 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: sodass nicht mehr Fische
2507 gefischt werden, als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die
2508 Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in
2509 den Fanggebieten sollen gesichert werden.

2510 - Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die
2511 Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.

2512 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte
2513 müssen verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung
2514 der in der Region ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.

2515 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und
2516 der Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine
2517 Grundlage dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.

2518 - Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die

2519 **Massentierhaltung im Wasser muss sozial, ökologisch und hinsichtlich des**
2520 **Tierschutzes reguliert werden. Hierfür braucht es strenge Richtlinien und**
2521 **Kontrollen, damit fragile Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.**

2522 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten
2523 wie Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
2524 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

2525 - Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.

2526 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von
2527 Plastik muss drastisch reduziert werden. Die Entstehung von Mikroplastik muss
2528 bestmöglich vermieden werden. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
2529 Abfälle“)

Begründung

Wir wollen keine Massentierhaltung. Begriff einfach weglassen. Es geht um Tierhaltung!

Antrag L.01.2530.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2530

2530 ~~Tiere schützen~~ Die Macht der Internet-Riesen (Bigtechs) in die Schranken weisen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Die Macht der Internet-Riesen \(Bigtechs\) in die Schranken weisen"](#) (Zeilen 1372 - 1383) auf diese Position (Zeilen 2530 ff.)

Antrag L.01.2540.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2540

2531 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen
2532 und Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als
2533 Mittel zu Profit. Mehrere erfolgreiche Europäischen Bürgerinitiativen zeigen: Die
2534 europäische Bevölkerung will endlich echten Tierschutz. Tiere sind fühlende
2535 Wesen, und so müssen wir sie auch behandeln. DIE LINKE setzt sich auch auf der
2536 EU-Ebene für konsequenten Tier- und Artenschutz ein. Tierschutz muss unabhängig
2537 von Profitinteressen durchgesetzt werden: Von der Landwirtschaft (Siehe Kapitel
2538 2, Landwirtschaft) bis zum Forschungslabor. Wir wollen, dass Tierschutz EU-
2539 Gemeinschaftsziel wird. Das ist wichtig, damit arme Kommunen Fördergelder
2540 bekommen können. In einer zukünftigen europäischen Verfassung sollen die Rechte von Tieren verankert werden.

Begründung

Um einen "grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren" zu erreichen, müssen wir dies auch in grundlegenden juristischen Texten verankern. Dazu gehört das Festschreiben von Rechten für Tiere in einer zukünftigen europäischen Verfassung. Der ergänzende Satz aus dem Europawahlprogramm 2019 ist also nur die logische Folge unseres eigenen Anspruchs. Das in 2487 bereits benannte Naturrecht wird hier anhand von fühlenden und leidensfähigen Wesen präzisiert.

Antrag L.01.2542.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2542 - 2543

2541 - Wir brauchen höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz in der
2542 Tierindustrie sowie unabhängige Kontrollen ~~und~~ durch entsprechendes Personal.
2543 und Videodokumentation in Schlachthöfen.
- Wir wollen Tierversuche in der EU verbieten und alternative Forschungsmethoden
2544 fördern. Es braucht endlich klare Ausstiegspläne in allen Mitgliedstaaten.
2545 - Der Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden.
2546 Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein
2547 Verbot der Herstellung und ein Importverbot von Pelzen.
2548 - Wir schützen wilde Tiere, in dem wir Biotop miteinander verbinden. Durch
2549 Tierkorridore reduzieren wir Wildunfälle: Hier helfen z. B. Zäune an Autobahnen
2550 und Geschwindigkeitsbegrenzungen.
2551 - Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die
2552 Grundbedürfnisse der jeweiligen Art angepasst werden. Soziale Tiere sollen nur
2553 noch in Ausnahmefällen einzeln gehalten werden dürfen. Wir fordern ein sofortiges
2554 Verbot von Delfinarien, Wildtieren in Zirkussen sowie ein Verbot der Tierhaltung
2555 auf Jahrmärkten und an ähnlichen Orten.
2556 - Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht
2557 artgerecht gehalten werden können oder international unter Schutz stehen. Wild
2558 gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.
2559 - Die Europäischen Naturschutzrichtlinien müssen so reformiert werden, dass die
2560 Freizeitjagd begrenzt wird. Die Jagd auf Hunde und Katzen sowie Prädatoren wie
2561 Füchse wollen wir untersagen.
2562 - Auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene,
2563 Gensequenzen und auf Zuchtverfahren dürfen keine Patente angemeldet werden.

Begründung

Die Schlachtung ist ein Prozess bei dem aufgrund von Profitinteressen häufig Gesetzesverstöße vorkommen. Oft sind die Tiere nicht angemessen betäubt und bluten bei vollem Bewusstsein aus, einzig für den höheren Profit der Schlachtkonzerne. Die Forderung nach Videodokumentation verschärft nicht die Vorschriften, es soll lediglich garantieren, dass bereits beschlossene Tierschutzgesetze umgesetzt werden. Videodokumentation hat, im Gegensatz zu Videoüberwachung den Vorteil, dass ausschließlich der Schlachtvorgang und nicht der umliegende Bereich erfasst wird; damit können auch Bedenken bzgl. Arbeits- und Datenschutzrechten behoben werden. Es ist eine kostengünstige Ergänzung zu mehr Personal. Spanien hat eine verpflichtende Videoüberwachung in Schlachthöfen bereits eingeführt. Wir wollen eine Videodokumentation in Schlachthöfen europaweit.

Antrag L.01.2543.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2543 - 2545

2541 - Wir brauchen höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz in der
2542 Tierindustrie sowie unabhängige Kontrollen und entsprechendes Personal.
2543 ~~-Wir wollen Tierversuche in der EU verbieten-~~ Wir wollen Tierversuche in der EU maximal einschränken und alternative Forschungsmethoden

2544 fördern und rechtlich bevorzugen. Grundlagenforschung darf kein beliebiger Freibrief für Tierversuche sein. Es braucht endlich klare Ausstiegspläne in allen Mitgliedstaaten.

2545 Deutschland muss die EU-Richtlinie zu Tierversuchen konsequent umsetzen.

- Der Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden.

2546 Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein

2547 Verbot der Herstellung und ein Importverbot von Pelzen.

2548 - Wir schützen wilde Tiere, in dem wir Biotop miteinander verbinden. Durch

2549 Tierkorridore reduzieren wir Wildunfälle: Hier helfen z. B. Zäune an Autobahnen

2550 und Geschwindigkeitsbegrenzungen.

2551 - Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die

2552 Grundbedürfnisse der jeweiligen Art angepasst werden. Soziale Tiere sollen nur

2553 noch in Ausnahmefällen einzeln gehalten werden dürfen. Wir fordern ein sofortiges

2554 Verbot von Delfinarien, Wildtieren in Zirkussen sowie ein Verbot der Tierhaltung

2555 auf Jahrmärkten und an ähnlichen Orten.

2556 - Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht

2557 artgerecht gehalten werden können oder international unter Schutz stehen. Wild

2558 gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.

2559 - Die Europäischen Naturschutzrichtlinien müssen so reformiert werden, dass die

2560 Freizeitjagd begrenzt wird. Die Jagd auf Hunde und Katzen sowie Prädatoren wie

2561 Füchse wollen wir untersagen.

2562 - Auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene,

2563 Gensequenzen und auf Zuchtverfahren dürfen keine Patente angemeldet werden.

Begründung

Ein vollständiges Verbot wird nicht gehen. Viel gewonnen wäre, wenn der Stempel „Grundlagenforschung“ nicht mehr als Rechtfertigung reicht, und wenn Deutschland die EU-Richtlinie nicht aufweichen würde.

Antrag L.01.2556.1: Änderungsantrag zu EWP25

Änderungsantrag zu EWP25

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2556 - 2559

2541 - Wir brauchen höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz in der

2542 Tierindustrie sowie unabhängige Kontrollen und entsprechendes Personal.

2543 - Wir wollen Tierversuche in der EU verbieten und alternative Forschungsmethoden

2544 fördern. Es braucht endlich klare Ausstiegspläne in allen Mitgliedstaaten.

2545 - Der Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden.

2546 Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein

2547 Verbot der Herstellung und ein Importverbot von Pelzen.

2548 - Wir schützen wilde Tiere, in dem wir Biotop miteinander verbinden. Durch

2549 Tierkorridore reduzieren wir Wildunfälle: Hier helfen z. B. Zäune an Autobahnen

2550 und Geschwindigkeitsbegrenzungen.

2551 - Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die

2552 Grundbedürfnisse der jeweiligen Art angepasst werden. Soziale Tiere sollen nur

2553 noch in Ausnahmefällen einzeln gehalten werden dürfen. Wir fordern ein sofortiges

2554 Verbot von Delfinarien, Wildtieren in Zirkussen sowie ein Verbot der Tierhaltung

2555 auf Jahrmärkten und an ähnlichen Orten.

2556 - Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die Ausnahmen gelten nur für Tiere, die nachweislich in Zoos und Aquarien ~~nicht~~

2557 ~~artgerecht gehalten werden können oder international unter Schutz stehen.~~ besser geschützt sind, als in der Wildnis. Wild

2558 gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.

2559 “

- Die Europäischen Naturschutzrichtlinien müssen so reformiert werden, dass die Freizeitjagd begrenzt wird. Die Jagd auf Hunde und Katzen sowie Prädatoren wie Füchse wollen wir untersagen.

2562 - Auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene,

2563 Gensequenzen und auf Zuchtverfahren dürfen keine Patente angemeldet werden.

Begründung

Der Begriff "Artgerecht" wird dazu verwendet, Gewalt und Freiheitsberaubung an Tieren zu legitimieren. Das juristische Problem an dem Begriff ist, dass er mit Absicht sehr schwammig ist und weit ausgelegt werden kann. So gilt vieles als artgerecht, was nichts mit den Bedürfnissen der Tiere zu tun hat. Der Massstab ist dabei stets Profitabilität (!) und nicht die tatsächlichen, wissenschaftlich-festgestellten Bedürfnisse. Als Linke sollten wir ohne diese Art von Tierwohlwashing auskommen.

<https://www.lovelybooks.de/autor/Hilal-Sezgin/Artgerecht-ist-nur-die-Freiheit-1179937541-w/>

Der Begriff "Artgerecht" befindet sich deshalb völlig zurecht auch nicht im Bundestagswahlprogramm 2021. Dass er im Europawahlprogramm wieder vorkommt ist ein Rückschritt.

Zoos behaupten von sich aus, dass sie Tiere schützen würden. Durch die Formulierung "nachweislich besser geschützt sind als in der Wildernis" fordern wir die Zoos dazu auf, ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden - nicht mehr und nicht weniger. Wieso sonst sollte es legitim sein, ein Tier aus seinem natürlichen Lebensraum mit Familie zu reißen, fordern wir ja vorher, dass Tiere eben keine Dinge sind.

Antrag L.01.2564.1: Kapitelverschiebung

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt (Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert (LV Mecklenburg-Vorpommern)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2564

2564 ~~4. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT~~ KLIMAGERECHTIGKEIT! (Zeilen 1886 - 2031)

Begründung

Migration und Flucht sind wesentliche Bestandteile der übergeordneten Politikfelder Frieden und Soziale Gerechtigkeit. Wir sehen den Teil des Wahlprogramms daher dort deutlich passender aufgehoben, als unter der Überschrift „Mehr Demokratie, weniger

Lobbyismus“. Ein zunehmend rassistisches und migrationsfeindliches politisches Umfeld ist weniger ein Ergebnis von Lobbyismus im klassischen Sinn, sondern Folge eines von rechts initiierten und von konservativen bis sozialdemokratischen Parteien übernommenen Diskurses. Hier muss DIE LINKE eine politische Haltung zeigen und das im Zusammenhang mit ihren friedenspolitischen Prinzipien.

Antrag L.01.2564.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2564

2564 ~~4. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT~~ EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen" \(Zeilen 1384 - 1400\)](#) auf diese Position (Zeilen 2564 ff.)

Antrag L.01.2565.1: Ersetzungsantrag

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, Ellen Brombacher (Nr. 065),
Friedrich Rabe (Bundesausschuss), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2564

2564 **4. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT**

Zeilen 2565 bis 2692 ersetzen durch:

Zeile 2565 - 2576

~~2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: Eine multipolare Welt braucht internationale~~

2576 ~~Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.~~

Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt spitzt sich zu. Die USA wollen, wie der langjährige US-Präsidentenberater Zbigniew Brzeziński es schon 1997 konzipierte, »Die einzige Weltmacht« bleiben. Bereits Barack Obama orientierte während seiner Präsidentschaft darauf, dass Chinas Aufstieg gestoppt werden müsse. Das von der UNO 1971 beschlossene Prinzip der Ein-China-Politik wird durch den Westen zunehmend ignoriert, ungeachtet der daraus erwachsenden Gefährdungen des Weltfriedens.

2577

Ideologisch verbrämt werden die international stetig weiter wachsenden, äußerst gefährlichen Spannungen mit der Erzählung vom Widerspruch zwischen Demokratien und Autokratien; politische und wirtschaftliche Interessen werden hinter dem Rauchvorhang des Moralisierens verborgen. Zunehmend tobt ein internationaler Wirtschaftskrieg. Die USA sanktionieren jeden missliebigen Staat und verschonen jene, die US-Interessen bedienen, wie diktatorisch diese Länder auch verfasst sein mögen. Die internationalen Handelsbeziehungen werden so immer brüchiger.

Parallel läuft international ein Aufrüstungsprogramm, das nur als Vorbereitung eines atomaren Weltkrieges gesehen werden kann. Beides – Wirtschaftskrieg und extreme Rüstungsausgaben – beschleunigen weltweit Verelendungsprozesse, während vor allem die Rüstungskonzerne unvorstellbare Profite machen. Die Wiederzunahme des Hungers und dass es mit mehr als 110 Millionen Flüchtlingen so viele wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte gibt, sind besonders inhumane Indizien für diese verhängnisvollen Entwicklungen, die untrennbar mit den stattfindenden Kriegen verbunden sind. Sie zeugen davon, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Unsere programmatisch-unveräußerlichen friedenspolitischen Grundsätze bleiben daher antikapitalistisch geprägt.

Zeile 2577

2577 ~~Doch die~~Die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzsichtige
2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen -
2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

Zeile 2632

2632 ~~Gegen den russischen Angriffskrieg – für Frieden in der Ukraine~~

Krieg darf nirgendwo und durch niemanden Mittel der Politik sein

Zeile 2633 - 2640

~~2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen~~
~~2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.~~
~~2635 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand~~
~~2636 leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in~~
~~2637 Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt~~
~~2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen~~
~~2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der~~
~~2640 Selbstverteidigung~~Der völkerrechtswidrige Krieg, den Russland in der Ukraine führt,
beschleunigt Negativ-Prozesse, nicht zuletzt in Europa. Ausgelöst wurden diese extrem
negativen Entwicklungen durch den Ukraine-Krieg nicht. Er muss durch auf einen
Waffenstillstand folgende Verhandlungen beendet werden. Legitime
Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands müssen berücksichtigt werden. Wäre
das in der Vergangenheit geschehen - hätte es also z.B., wie in den Zwei-plus-Vier-
Gesprächen zugesagt, keine NATO-Osterweiterung gegeben - so fände der Krieg in der
Ukraine wohl kaum statt. Bereits am 5. Februar 1997 warnte der wohl bedeutendste US-
amerikanische Russland-Kenner des 20. Jahrhunderts, George F. Kennan, in der New
York Times: »Die Erweiterung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der
amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach Artikel 51 der Charta der UN, dem
Kalten Krieg.« Diese Warnung war vollauf berechtigt.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, denen durch den Ukraine-Krieg unsägliches
Leid zugefügt wird. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht
mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen Logik stark macht. Statt
immer mehr Waffen in einen schon viel zu lange andauernden Abnutzungskrieg zu
liefern und das Risiko einer weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die
nichtmilitärischen Möglichkeiten endlich umfassend genutzt werden. Krieg darf
nirgendwo und durch niemanden Mittel der Politik sein. Waffenlieferungen lehnen wir
ab. Die EU muss den Weg der Diplomatie beschreiten.

Deutschland als bisweilen mit Abstand stärkste EU-Wirtschaftsmacht darf den
Ukraine-Krieg nicht länger unter der Überschrift »Zeitenwende« für Neo-
Weltmachtbestrebungen nutzen. Es werden Unsummen für Rüstung verpulvert, damit
Deutschland größte militärische Macht in Europa wird, und zugleich wird bei sozialen
Aufgaben und Bildungsbelangen der Rotstift angesetzt, statt alles dafür zu tun,
europäische Friedensmacht zu werden. Ein wenig Demut wäre angebracht, in
Anbetracht deutscher Schuld aus zwei Weltkriegen, nicht zuletzt in Anbetracht des
deutsch-faschistischen Vernichtungskrieges in der Sowjetunion, dem 27 Millionen
Menschen zum Opfer fielen. Jede Russophobie ist zu verurteilen. Die Gefahren eines
Weltkrieges und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
heute. Zugleich wehrt sich der globale Süden zunehmend gegen die Reaktionen der
NATO, ihrer Verbündeten und deren Führungsmacht USA auf den Rückgang der
westlichen globalen Dominanz, die von der EU vasallenhaft mitgetragen wird. Eine
multipolare Welt ist das Gebot der Stunde, eine Welt, die internationale
Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik anstrebt
und zu verwirklichen beginnt. Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven
Sicherheitssystems in Europa, aus dem niemand ausgeschlossen ist, auch Russland
nicht, weil es sonst eben keine europäische Sicherheit gibt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.2570.1: Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2570

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 ~~und Staaten sowie~~ andere ~~Militärbündnisse~~ wie China, Indien und Russland rüsten
massiv auf, davon profitieren vor allem ~~die~~
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: Eine multipolare Welt braucht internationale
2576 Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.

Begründung

Nach dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri haben 2021 vor allem einige NATO-Staaten (aber nicht alle) sowie China, Russland und Indien aufgerüstet. Auch ist unklar, welche anderen Militärbündnisse in der Ausgangsformulierungen gemeint sind.

Antrag L.01.2570.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2570 - 2575

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 ~~und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die~~
2571 ~~Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den~~
2572 ~~Regen. Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die~~
2573 ~~Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines~~
2574 ~~Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie~~
2575 ~~heute. Das macht deutlich.~~ Eine multipolare Welt braucht stattdessen internationale
2576 Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.

Zeile 2578 - 2583

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzsichtige
2578 Interessenpolitik. ~~EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,~~
2579 ~~dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die~~
2580 ~~ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“.~~ Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 ~~Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend~~
2582 ~~für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU~~
2583 ~~auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation.~~ Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen -
2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

Zeile 2606 - 2607

2595 Wir setzen dagegen auf Deeskalation, globale Gerechtigkeit und zivile
2596 Konfliktlösung, um der sich zuspitzenden Blockkonfrontation eine friedliche
2597 Alternative entgegenzusetzen. Das meint eine Politik, die nicht der Logik des
2598 Militärischen folgt, die die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von
2599 innen und außen ernst nimmt, aber grenzübergreifend Ausgleich, Abrüstung und
2600 sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist. Eine Entspannungspolitik, die
2601 internationales Recht und den Weg der Diplomatie und Verhandlung stärkt. Die
2602 endlich die Fluchtursachen bekämpft - nicht die Geflüchteten. Die solidarischen
2603 Handel und gemeinsame Entwicklung stärkt, statt Standortkonkurrenz und
2604 neokoloniale Ausbeutung zu verschärfen. Die aktiv jene Menschen, Organisationen,
2605 Gewerkschaften und Bewegungen unterstützt, die für Demokratie und Gerechtigkeit
2606 ~~eintreten, anstatt weiter Deals mit Diktatoren zu machen. Die dafür sorgt, dass~~
2607 ~~die EU nicht ein Treiber des Wettrüstens bleibt, sondern eine Friedensunion wird.~~

Begründung

Der Änderungsantrag streicht die Passagen, die neben der Argumentation stehen, nicht zielführend sind, halb wahr, falsch oder banal sind. Dadurch entsteht ein deutlich überzeugenderer Text.

Natürlich profitieren von Aufrüstung die Rüstungskonzerne, aber der unterstellte Zusammenhang, dass das der einzige Grund für das Aufrüstungsbestreben wäre, ist falsch. "Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich ...": Wir lieben dieses Zitat von Jaures, aber es gehört in einen engen historischen Kontext. Als verallgemeinerte Behauptung, ohne Kapitalismus gäbe es keinen Krieg, ist der Satz offenkundig historisch falsch. Dass reaktionäre Bewegungen auf dem Vormarsch sind, ist richtig, passt aber nicht in den Zusammenhang. Dass die Gefahr eines Atomkriegs seit 70 Jahren noch nie so groß war, ist falsch: Während des Kalten Krieges stand die Welt immer wieder sehr nahe an einem "automatisch" fehlerhaft ausgelösten nuklearen Krieg.

Die Ausführung von der Leyens zur Ära der Rivalitäten entspricht dem, was in der Einführung dieses Textes auch gesagt wird, und taugt daher nicht als Beweis für die aggressive Ausrichtung der EU.

Die Formulierung "Keine Deals mit Diktatoren" steht offenkundig in direktem Widerspruch zu dem Anliegen des Programms, sich für eine Entspannungspolitik einzusetzen, die auch mit Staaten verhandelt, an denen massive Kritik geäußert wird (und das auch umgekehrt zu verlangen). Die EU ist nicht der "Treiber des Wettrüstens", sonst müssten die USA nicht ständig auf die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels drängen. Was eine "Friedensunion" sein soll, wird nicht geklärt; allein die Tatsache, wenig für Rüstung auszugeben, kann dafür nicht ausreichen.

Antrag L.01.2572.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2572 - 2576

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Der auf Profitmaximierung beruhende Kapitalismus, der für wachsende Teile
der Menschheit die Lebensgrundlagen zerstört, zu sozialer Polarisierung führt und
Menschen in Verzweiflungsausbrüche treibt, ist strukturell friedensunfähig.
Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: ~~Eine multipolare Welt braucht internationale~~
2576 Rosa Luxemburgs Satz „Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ wird immer
aktueller. Internationale Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und
Entspannungspolitik können der Menschheit Atempausen verschaffen. Aber wenn
diese Atempausen nicht für den Kampf für die Überwindung des Kapitalismus genutzt
werden, ist der Rückfall in neue schreckliche Kriege vorprogrammiert.“

Begründung

Begründung für beides: Abgesehen von dem richtigen und wichtigen Jaurès-Zitat „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ erweckt der ganze Abschnitt zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit weltweit den Eindruck, stabiler und dauerhafter Frieden sei im Rahmen des Kapitalismus durch politischen Druck erreichbar. Das ist eine gefährliche Illusion.

Antrag L.01.2572.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2572

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Der auf Profitmaximierung beruhende Kapitalismus, der für wachsende Teile
der Menschheit die Lebensgrundlagen zerstört, zu sozialer Polarisierung führt und
Menschen in Verzweiflungsausbrüche treibt, ist strukturell friedensunfähig.
Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: Eine multipolare Welt braucht internationale
2576 Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.

Antrag L.01.2574.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Mettmann

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2574

2565 Wir erleben einen Epochenbruch. Der Konflikt um die Vorherrschaft in der Welt
2566 spitzt sich zu. Eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz feuert Konflikte um Märkte
2567 und Ressourcen überall an. Das langsame Ende der Vormachtstellung der USA und der
2568 Aufstieg Chinas führen überall zu imperialen Spannungen und neuen
2569 Stellvertreterkonflikten. Hinzu kommt das Großmachtstreben Russlands. Die NATO
2570 und andere Militärbündnisse rüsten massiv auf, davon profitieren vor allem die
2571 Rüstungskonzerne. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den
2572 Regen. Reaktionäre Bewegungen sind an vielen Orten auf dem Vormarsch. Die
2573 Bedrohung durch den Autoritarismus ist auch in Europa real. Die Gefahren eines
2574 Weltkriegs und die Angst vor einer atomaren Eskalation waren seit 70 Jahren nicht so
groß wie
2575 heute. Das macht deutlich: Eine multipolare Welt braucht internationale
2576 Verhandlungsformate und eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik.

Begründung

Da es immer weltweite Atomwaffenstützpunkte gab und einzelne Nationen bewusst damit gedroht haben, bestand immer die Gefahr einer atomaren Eskalation. Allerdings suggerierte die politische Lage eine vermeintliche Sicherheit. Durch die Ereignisse der letzten Jahre ist die Bedrohung durch Atomwaffen wieder in den Vordergrund und in das Bewusstsein der Bevölkerung getreten, so dass die Angst vor einer atomaren Eskalation gestiegen ist.

Antrag L.01.2577.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2577

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine ~~kurzsichtig~~imperialistische
 2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
 2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
 2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
 2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
 2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
 2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
 2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
 2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
 2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
 2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
 2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
 2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
 2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
 2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
 2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
 2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen -
 2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

Begründung

1. Sollten wir uns abgewöhnen, den Eindruck zu erwecken, die Herrschenden würden handeln, wie sie handeln, weil sie ihre eigenen Interessen nicht erkennen.
2. Ist es zwar richtig, die russische Politik als imperialistisch zu bezeichnen (Z. 2646). Wenn wir aber gleichzeitig für die eigenen Herrschenden diesen Begriff kein einziges Mal verwenden, ist das eine gefährliche Schiefelage, die der Erkenntnis ins Gesicht schlägt, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht.

Antrag L.01.2577.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2577 - 2578

2577 Doch ~~die EU ist~~ trägt die EU allzu oft ~~Teil von~~zur Eskalation ~~und verfolgt eine~~
~~kurzsichtige~~
 2578 ~~Interessenpolitik~~bei und ist Teil des Machtkampfs großer Mächte, die in verhärteter
Konkurrenz zueinander stehen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat
 erklärt,
 2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
 2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem

2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen -
2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

Begründung

Die Interessenpolitik ist nicht kurzfristig, sondern ist im Teil des Interesses des europäischen Kapitals in einer zunehmend multipolaren Welt eine gewichtige Rolle zu spielen. Das Problem ist also vielmehr, dass die Politik nicht in unserem Interesse ist und nicht, dass sie kurzfristig ist.

Antrag L.01.2587.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2587 - 2589

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzfristige
2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. ~~Der 2017-~~
2588 ~~geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen-~~
2589 ~~Armee.~~ Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt vor allem den europäischen Rüstungskonzernen -
2594 und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.

Begründung

Man kann gegen das eine sein (den jetzt geschaffenen Verteidigungsfonds) und das andere trotzdem wollen (eine Europäische Armee, die nicht automatisch Teil einer EU-Aufrüstungsstrategie sein muss). Nähere Erläuterungen dazu auch in der Begründung zum Ersetzungsantrag Zeile 2745/2746.

Da aber natürlich die Ablehnung des Verteidigungsfonds eine wichtige linke Forderung ist, wird die Ablehnung dessen mit dem Änderungsantrag zu Zeile 2745/2746 an dieser Stelle eingefügt.

Antrag L.01.2593.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2593 - 2594

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzsichtige
2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt ~~vor allem~~ nicht zuletzt den europäischen
Rüstungskonzernen—
2594 ~~und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.~~

Zeile 2595

2595 Hierfür wurden in jüngster Zeit diverse Instrumente ausgebaut oder neu geschaffen: Die Europäische Friedensfazilität ist zum wichtigsten Topf geworden, um Waffenlieferungen der EU-Staaten an die Ukraine zu finanzieren. Ihr Budget wurde von 5,7 Mrd. Euro auf - vorläufig - 12 Mrd. Euro erhöht. Am 24. Juli 2023 trat mit ASAP ein weiteres Instrument in Kraft, über das 500 Mio. Euro zur Ankurbelung der europäischen Munitionsproduktion bereitgestellt werden. Außerdem fördert das im September 2023 vom EU-Parlament beschlossene „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA) nun auch den länderübergreifenden Ankauf von Rüstungsgütern mit vorerst 300 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt. Damit ist die Zivilmacht Europa jetzt einen weiten Weg gegangen: Die Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern, der Einkauf und die Produktion, alles wird inzwischen über den EU-Haushalt mitfinanziert.
2596 Wir setzen dagegen auf Deeskalation, globale Gerechtigkeit und zivile

2596 Konfliktlösung, um der sich zuspitzenden Blockkonfrontation eine friedliche
2597 Alternative entgegenzusetzen. Das meint eine Politik, die nicht der Logik des
2598 Militärischen folgt, die die Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von
2599 innen und außen ernst nimmt, aber grenzübergreifend Ausgleich, Abrüstung und
2600 sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist. Eine Entspannungspolitik, die
2601 internationales Recht und den Weg der Diplomatie und Verhandlung stärkt. Die
2602 endlich die Fluchtursachen bekämpft - nicht die Geflüchteten. Die solidarischen
2603 Handel und gemeinsame Entwicklung stärkt, statt Standortkonkurrenz und
2604 neokoloniale Ausbeutung zu verschärfen. Die aktiv jene Menschen, Organisationen,
2605 Gewerkschaften und Bewegungen unterstützt, die für Demokratie und Gerechtigkeit
2606 eintreten, anstatt weiter Deals mit Diktatoren zu machen. Die dafür sorgt, dass
2607 die EU nicht ein Treiber des Wettrüstens bleibt, sondern eine Friedensunion wird.

Begründung

Wir sollten konkret benennen, wie die EU ihre Militarisierung ausbaut.

Antrag L.01.2593.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf
-------------------	---------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2593 - 2594

2577 Doch die EU ist allzu oft Teil von Eskalation und verfolgt eine kurzsichtige
2578 Interessenpolitik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt,
2579 dass „wir“ eintreten in eine „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die
2580 ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“. Deswegen möchte sie die EU zu einem
2581 Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend
2582 für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU
2583 auf wirtschaftliche wie militärische Konfrontation. Die Handelsstrategien der EU
2584 im Indopazifik und Afrika zeugen von Bestrebungen, wirtschaftliche
2585 Einflussphären und Absatzmärkte zu sichern. Allein in den letzten Jahren wurden
2586 die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden
2587 Euro im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht. Der 2017
2588 geschaffene Europäische Verteidigungsfonds birgt die Gefahr einer europäischen
2589 Armee. Er soll mit Milliarden ausgestattet werden. Mit dem „Strategischen
2590 Kompass“ der auf dem EU-Gipfel im März 2022 verabschiedet wurde, werden
2591 rüstungspolitische Vorgaben gemacht, um die EU als zentralen Akteur in Zeiten
2592 einer „Rückkehr der Machtpolitik“ in Stellung zu bringen. Diese Version einer
2593 „strategischen Autonomie“ nutzt ~~vor allem~~ nicht zuletzt den europäischen
Rüstungskonzernen—
2594 ~~und treibt Europa weiter hinein in Blockkonfrontation und Wettrüsten.~~

Begründung

Die Militarisierung der EU findet nicht in erster Linie im Interesse der Rüstungskonzerne statt, sondern ist im Interesse des Kapitals insgesamt. Es ist aber richtig, dass die Rüstungskonzerne massiv davon profitieren. Außerdem wird die EU nicht in Konfrontation getrieben, sondern ist maßgeblicher Akteur.

Antrag L.01.2608.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Cuba Sí

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2608 - 2610

2608 ~~Das kann gelingen mit einem neuen~~Voraussetzung hierfür ist ein internationalistisches
2609 Grundverständnis. Für uns heißt Internationalismus, der ohne Doppelstandards-
2610 Völkerrecht und Menschenrechte achtet – und überall für Gerechtigkeit,
Kooperation und Demokratie eintritt Solidarität mit den Menschen, Bewegungen,
Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen
Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches
Hegemoniestreben einsetzen. DIE LINKE ist als internationalistische Partei Teil der
weltweiten Bewegung für eine friedliche und gerechte Welt,
gegen Imperialismus und Krieg, gegen Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung,
Unterdrückung, Armut und Umweltzerstörung. Die Grenzen verlaufen zwischen oben
und

2611 unten, unser Kampf für Gerechtigkeit ist universell. Denn es braucht weltweit
2612 soziale Gerechtigkeit, eine klimagerechte Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit,
2613 Menschenrechte und handlungsfähige internationale Strukturen. Wir streiten daher
2614 für eine EU, die weder Spielball noch imperialer Akteur in der neuen
2615 Welt(un)ordnung ist. Für eine EU, die sich strategisch unabhängig vom
2616 Rüstungswettlauf und der Blockkonfrontation zwischen den USA auf der einen und
2617 China und Russland auf der anderen Seite macht. Eine EU, die dem Frieden und der
2618 globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.2625.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2625 - 2626

2619 Wir verstehen uns als aktiver Teil der Friedensbewegung. Wir wollen die
2620 Friedensbewegung stärken und aufbauen. Gemeinsam mit Aktivistinnen, Bewegungen
2621 und Gewerkschafter*innen wollen wir Druck machen für eine Politik, die den
2622 Menschen in den Mittelpunkt stellt. Daher verweigern wir uns der Einteilung der
2623 Welt in die Einflussphären von Großmächten. Deswegen wollen mit der Politik des
2624 militärischen Tunnelblicks in der EU brechen und treten für zivile Alternativen
2625 weltweit ein. Deswegen ~~lehnen wir Waffenexporte und das Geschäft mit~~wir
dafür ein, dass die EU keine Waffen,
2626 ~~Zerstörung und Tod ab~~ in Krisengebiete und Kriegsregionen liefert, es sei denn, sie
dienen der Selbstverteidigung gegen einen direkten Angriffskrieg. Deswegen stellen

wir uns überall gegen Großmachtpolitik

2627 und imperiale Vorherrschaft. Deswegen gehören für uns Sicherheit und soziale
2628 Gerechtigkeit zusammen. Deswegen bilden das Völkerrecht und die Charta der
2629 Vereinten Nationen für uns den Rahmen der internationalen Beziehungen. Deswegen
2630 stehen wir dafür ein, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Deswegen ist
2631 DIE LINKE die Friedenspartei.

Begründung

Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete ab, nicht allgemein. Solange wir die Notwendigkeit einer militärischen Verteidigung bejahen, müssen die Waffen auch irgendwo hergestellt werden. Dass jeder europäische Staat alle Militärgüter selbst herstellen soll, anstatt sie einzukaufen, macht keinen Sinn. Ein Prinzip, wonach jeder Staat seine Militärgüter selbst produzieren muss, bedeutet automatisch, dass ökonomisch schwächere Staaten sich gegen ökonomisch stärkere nicht verteidigen können.

Eine generelle Ablehnung aller Waffenexporte und jeder Rüstungsproduktion kann daher nicht unsere Position sein, sondern nur die im Erfurter Programm verankerte Ablehnung des Exports in Krisen- und Kriegsregionen. Diese braucht allerdings auch die Ausnahme, wenn es um die militärische Selbstverteidigung gegen einen direkten Angriffskrieg geht.

Antrag L.01.2630.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	Cuba Sí
-------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2630

2619 Wir verstehen uns als aktiver Teil der Friedensbewegung. Wir wollen die
2620 Friedensbewegung stärken und aufbauen. Gemeinsam mit Aktivistinnen, Bewegungen
2621 und Gewerkschafter*innen wollen wir Druck machen für eine Politik, die den
2622 Menschen in den Mittelpunkt stellt. Daher verweigern wir uns der Einteilung der
2623 Welt in die Einflussphären von Großmächten. Deswegen wollen wir mit der Politik des
2624 militärischen Tunnelblicks in der EU brechen und treten für zivile Alternativen
2625 weltweit ein. Deswegen lehnen wir Waffenexporte und das Geschäft mit Waffen,
2626 Zerstörung und Tod ab. Deswegen stellen wir uns überall gegen Großmachtpolitik
2627 und imperiale Vorherrschaft. Deswegen gehören für uns Sicherheit und soziale
2628 Gerechtigkeit zusammen. Deswegen bilden das Völkerrecht und die Charta der
2629 Vereinten Nationen für uns den Rahmen der internationalen Beziehungen. Deswegen
2630 stehen wir dafür ein, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Auch unilaterale und völkerrechtswidrige Sanktionen lehnen wir grundsätzlich ab. In diesem Sinne verurteilen wir die umfassende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Republik Kuba. Sie verletzt auf elementare Weise das Recht des kubanischen Volkes auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg und seine Menschenrechte. Deswegen ist

2631 DIE LINKE die Friedenspartei.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.2631.1: Kapitelverschiebung

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt (Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert (LV Mecklenburg-Vorpommern)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2631

2619 Wir verstehen uns als aktiver Teil der Friedensbewegung. Wir wollen die
2620 Friedensbewegung stärken und aufbauen. Gemeinsam mit Aktivistinnen, Bewegungen
2621 und Gewerkschafter*innen wollen wir Druck machen für eine Politik, die den
2622 Menschen in den Mittelpunkt stellt. Daher verweigern wir uns der Einteilung der
2623 Welt in die Einflussphären von Großmächten. Deswegen wollen mit der Politik des
2624 militärischen Tunnelblicks in der EU brechen und treten für zivile Alternativen
2625 weltweit ein. Deswegen lehnen wir Waffenexporte und das Geschäft mit Waffen,
2626 Zerstörung und Tod ab. Deswegen stellen wir uns überall gegen Großmachtspolitik
2627 und imperiale Vorherrschaft. Deswegen gehören für uns Sicherheit und soziale
2628 Gerechtigkeit zusammen. Deswegen bilden das Völkerrecht und die Charta der
2629 Vereinten Nationen für uns den Rahmen der internationalen Beziehungen. Deswegen
2630 stehen wir dafür ein, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Deswegen ist

2631 DIE LINKE die Friedenspartei.

2632

Seit 2014 sind fast 30 000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Diese schreckliche Bilanz europäischer Abschottungspolitik muss zu einer grundlegenden Änderung der EU-Asylpolitik führen. Wir stehen für eine EU, die Menschen auf der Flucht sicheren Schutz bietet, die keine Deals mit Diktator*innen macht, die Krieg als Mittel der Politik ächtet und endlich verhindert, dass Zehntausende im Mittelmeer ertrinken. Flucht ist kein Verbrechen! In ihren Verträgen hat die EU sich verpflichtet, die Genfer Flüchtlingskonvention einzuhalten. Täglich verstößt sie dagegen: Schutzsuchende werden an den EU-Außengrenzen misshandelt und rechtswidrig zurückgeschoben. Im Juni 2023 sind vor Pylos mehr als 500 Menschen infolge eines Abdrängversuchs der griechischen Küstenwache gestorben. Auch hinter dem meterhohen Grenzzaun an der polnisch-belarussischen Grenze sterben regelmäßig Schutzsuchende in Frost und Schlamm, zum Teil nach rechtswidriger Zurückweisung durch Polen. Dennoch leitete die EU-Kommission keine Vertragsverletzungsverfahren wegen rechtswidriger Pushbacks ein. Diese tödliche Kumpanei der Abschottung muss enden! Die Grenzschutzagentur Frontex war zumindest indirekt an Pushbacks beteiligt oder vertuscht sie. Das internationale Seerecht verpflichtet zur Rettung von Menschen in Not auf dem Meer, sie dürfen auch nicht in unsichere Länder wie Libyen zurückgebracht werden.

DIE LINKE steht für eine solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik, die die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und insgesamt die Menschenrechte und die Humanität zum Maßstab ihres Handelns nimmt. Rechte Parteien schüren die Angst, dass Migration den Wohlstand bedroht. Doch Wohlstand und soziale Sicherheit werden bedroht, weil Grenzen für Konzerne und Banken viel durchlässiger sind als für Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen. Gegen die ganz große Koalition der Abschottung derer, die uns mehr Zäune und Mauern als Lösungen verkaufen wollen und faktisch Zehntausende Tote in Kauf

nehmen, zielen wir auf eine Gesellschaft ohne Abschottung.

Die EU hat erst mit der Türkei und jetzt mit Tunesien ein umfassendes Partnerschaftsabkommen geschlossen, das die Abwehr von Geflüchteten vor den EU-Außengrenzen im Gegenzug für Investitionen vorsieht. Vier Monate zuvor hatte das Europäische Parlament die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen in Tunesien kritisiert: Das Parlament war ausgesetzt, Journalist*innen, Richter*innen und Gewerkschafter*innen wurden willkürlich inhaftiert. Jetzt erhält Tunesien von der EU 1,5 Mrd. Euro. Das ist ein Skandal.

In den Lagern an den EU-Außengrenzen herrschen inhumane Zustände. Grenz- und Lagerbewachung werden hochgerüstet. Regelmäßig kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung.

- Eine Vorverlagerung der Grenzabwehr, sei es in Afrika oder sonst wo, lehnen wir ab. Keine Deals mit Diktaturen!

- Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.

- Wir fordern einen effektiven und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

- Seenotrettung ist nicht nur legal, sondern nach dem internationalen Seerecht Pflicht. Es braucht eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission, um das Massensterben auf dem Mittelmeer zu beenden und die Ausschiffung in einen sicheren Hafen in der EU zu gewährleisten

- Da die EU dieser Pflicht nicht nachkommt, versucht die Zivilgesellschaft, diese Lücke zu schließen. Dieses Engagement muss gewürdigt und unterstützt werden, statt es zu kriminalisieren. Zivile Seenotrettung darf nicht unter Strafe gestellt oder systematisch behindert werden.

- Wir benötigen sichere Fluchtwege für Geflüchtete in die EU, humanitäre Visa zur legalen Einreise und/oder die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende. Aufnahmeregelungen für Schutzbedürftige müssen ausgeweitet werden, etwa auch über das Resettlementprogramm des UNHCR.

- Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge müssen verbindliche Flüchtlingsrechte bekommen. Niemand flieht freiwillig!

- Binnengrenzkontrollen in der EU sind grundsätzlich rechtswidrig. Die Ausnahmeregelungen müssen aufgehoben werden.

2633

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) lehnen wir ab. Es ist eine moralische Bankrotterklärung und ein Einknicken vor den rechten Kräften in Europa. Es verschlimmert die Situation an den Außengrenzen, inhaftiert Schutzsuchende und gefährdet Menschenleben. In Schnellverfahren und unter Haftbedingungen sind keine fairen Prüfungen möglich. Mit diesem Beschluss entrechtet die EU-Regierungen schutzbedürftige Menschen und zieht die Mauern der Festung Europa höher. Stacheldraht statt Willkommenskultur ist die Botschaft der EU-Asylreform.

- Wir wollen ein humanes und menschenrechtsbasiertes Aufnahmesystem, das eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit uneingeschränkt gewährleistet.

- Es darf keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer geben.

- Weg von der „Hotspot“-Politik: Wir fordern humane Aufnahmebedingungen statt Lager, in denen Schutzsuchende ohne Perspektive unter unmenschlichen Bedingungen

festgehalten werden.

- Das unfaire Dublin-System muss überwunden und durch eine solidarische Regelung ersetzt werden. Bei der Bestimmung des Aufnahmelandes müssen die berechtigten Interessen von Schutzsuchenden maßgeblich berücksichtigt werden (z. B. Familienbindungen, Sprachkenntnisse). Aufnahmebereite Länder, Städte und Regionen

sollen mit EU-Mitteln finanziell und strukturell besonders unterstützt werden.

- Der Familiennachzug muss uneingeschränkt gewährleistet werden, insbesondere für international Schutzberechtigte und anderen Schutzbedürftige, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

- Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung lehnen wir grundsätzlich ab - im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen im Bundestag und Europaparlament. Wir haben immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.

- Individuelle Bedarfe besonders schutzbedürftiger Gruppen müssen berücksichtigt werden: queere Geflüchtete), unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, traumatisierte Personen und weitere vulnerable Gruppen haben spezifische Schutz- und Hilfebedürfnisse, für die es qualifiziertes Fachpersonal und geeignete Unterkünfte braucht. Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs, die sich für ihre Rechte und Selbstorganisation einsetzen, müssen finanziell unterstützt und gestärkt werden.

- Familien vereinen! Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannte gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.

Wir wollen einen EU-Fonds für Willkommens-Kommunen, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können von ihnen allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden - so gewinnt Solidarität!

- Wir fordern eine soziale Offensive für alle, eine gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge und wollen den Mangel in den Kommunen und vor Ort bekämpfen.

- Wir wollen eine europäische Fluchtumlage zur Verantwortungsteilung, die an die Wünsche und Interessen der Geflüchteten anknüpft und bestehende Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände maßgeblich berücksichtigt.

- Die Zugänge zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete und Migrant*innen, zu internationalen Schulen, und die Anerkennung von Qualifikationen, Berufsabschlüssen und -erfahrungen müssen vereinfacht werden. Es muss niedrigschwellige Angebote für Sprachkurse geben.

- EU-weite Lösungen setzen eine länderübergreifende Zusammenarbeit und gemeinsame Konzepte voraus. Dafür sollen die Interreg-Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern innerhalb der EU zur Verfügung gestellt werden.

2634

Kein Mensch ist illegal! In Europa leben Hunderttausende Menschen ohne Papiere oder ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschen mit und ohne Aufenthaltsrecht oder Arbeitserlaubnis leisten Arbeit, ohne die unser Alltag und unsere Wirtschaft nicht funktionieren würden. Sie arbeiten - oft zu niedrigsten Löhnen - in Privathaushalten und in der Pflege, in der Landwirtschaft, auf dem Bau und im Gastgewerbe. Weil sie oft keine Aufenthaltspapiere oder Arbeitserlaubnis haben, sind sie verstärkt Ausbeutung und Betrug durch Arbeitgeber oder Vermieter ausgesetzt.

- Menschen ohne Aufenthaltsstatus haben oft keine Möglichkeit, eine

Krankenversicherung abzuschließen. Wir wollen, dass sie Zugang zu guter Gesundheitsversorgung haben. Sie sollen nicht befürchten müssen, von Ärzt*innen oder dem Krankenhaus der Polizei oder Ausländerbehörden gemeldet zu werden.
- Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit und ein Recht auf die Wahl ihres Wohnortes.
- Menschen ohne Papiere dürfen nicht kriminalisiert werden! Wir setzen uns für eine EU-weit abgestimmte Legalisierungskampagne ein.

Begründung

Zwei entscheidende Wahlkampfthemen werden voraussichtlich Fragen der sozialen Ungleichheit und der Migration. Daher halten wir es für notwendig unsere Positionen dazu an den Anfang des Wahlprogramms zu stellen. Beide Themen müssen und werden auch Schwerpunkte unseres LINKEN Wahlkampfes werden. Durch die prominenter Positionierung beider Themenblöcke unterstreichen wir ihre Wichtigkeit.

Antrag L.01.2632.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2632

~~2632 Gegen den russischen Angriffskrieg – für Frieden in der Ukraine~~

8. Europaweites Recht auf Wohnraum, Klimagerecht und bezahlbar für alle

2633

Wohnraum für Menschen statt Konzerne

Begründung

Erstellung des Kapitel "Europaweites Recht auf Wohnraum, Klimagerecht und bezahlbar für alle" und Umbenennung des Absatzes "["Unser Zuhause, nicht eure Profite" in "Wohnraum für Menschen statt Konzerne"](#) sowie anschließende Verschiebung des Absatzes "["Wohnraum für Menschen statt Konzerne"](#) (Zeilen 807 - 832) auf diese Position (Zeilen 2632 ff.)

Antrag L.01.2633.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2633

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg ~~Putins~~ [der Russischen Föderation](#)

und die begangenen

2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand
2636 leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in
2637 Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt
2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der
2640 Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN.

Begründung

Den Krieg auf Putin zu reduzieren ist verkürzt. Außerdem entspricht die vorgeschlagene Änderung exakt dem Wortlaut des Parteitagsbeschlusses „Krieg und Abrüstung stoppen...“ vom Juni 2022.

Antrag L.01.2633.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2633 - 2640

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg ~~Putins und die begangenen~~
2634 ~~Kriegsverbrechen und Russlands gegen die Ukraine und~~ setzen uns für
eine unabhängige Untersuchungen aller Kriegsverbrechen und die Bestrafung der
Verantwortlichen ein.
2635 ~~Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die~~ Unsere Solidarität gilt allen,
die unter dem Krieg leiden, ~~Widerstand~~
2636 ~~leisten oder flüchten~~ müssen. ~~Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in~~
2637 ~~Russland, die sich gegen den Krieg stellen, oder~~ desertieren ~~und dafür verfolgt~~
2638 ~~werden; den Menschen.~~ Zugleich betonen wir das Menschenrecht auf
Kriegsdienstverweigerung und das Recht auf Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und
Deserteure. Dies Recht ist unteilbar und gilt für alle Menschen, sei es in Russland,
Belarus oder der Ukraine. Wir fühlen uns verbunden mit allen, die sich weltweit gegen
den Krieg stellen, ~~und die Menschen~~ und Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. ~~Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der~~
2640 ~~Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN.~~

Begründung

Kriegsverbrechen werden von allen Kriegsparteien begangen. Deshalb sind unabhängige Untersuchungen wichtig. Und unsere Solidarität gilt den Menschen in Russland und der Ukraine, die unter dem Krieg leiden und flüchten müssen – vor allem aber unterstützen wir alle Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

Antrag L.01.2633.3: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2636 - 2637

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand
2636 leisten oder flüchten müssen. ~~Unsere~~Und unsere Solidarität gehört ~~ebenso den~~
Menschen in
jenen Menschen in Russland, ~~die sich gegen den Krieg stellen,~~Belarus und der Ukraine,
die sich gegen den Krieg stellen, sich dem Kriegsdienst verweigern oder desertieren
und dafür verfolgt
2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der
2640 Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN.

Begründung

DIE LINKE ist solidarisch mit allen Friedensbewegungen und das Recht auf
Kriegsdienstverweigerung gilt für uns universell und nicht nur für eine Konfliktseite.

Antrag L.01.2635.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf
-------------------	---------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2635

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 Seit 2014 tobt der Krieg in der Ukraine, der auch eine Machtkampf zwischen dem
westlich und dem östlich orientierten Oligarchen ist. Der Krieg ist brutaler Höhepunkt
des Kampfes zwischen Russland und dem Westen um geostrategische Einflusssphären
in Osteuropa. Dieser Machtkampf wurde vom Westen mit der NATO-Osterweiterung
sowie das EU-Assoziierungsabkommen befeuert. Mit der Ausbildung ukrainischer
Soldaten, der Lieferung von Waffen, der Entsendung westlicher Militärberater sowie
der nachrichtendienstlichen Unterstützung für die Ukraine heizt der Westen einen
Krieg an, den er als seinen eigenen Stellvertreterkrieg begreift.
2636 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand
2636 leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in
2637 Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt
2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der
2640 Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN.

Begründung

Um den Konflikt einordnen zu können, sollten wir nicht so tun als ob der Konflikt erst 2022
begonnen hat.

Antrag L.01.2635.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Kreisvorstand Pinneberg, Rainer Beuthel (KV Rendsburg-Eckernförde), Marianne Kolter (Schleswig-Holstein), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2635 - 2640

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 ~~Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die~~ Unsere Solidarität gilt allen,
2636 die unter dem Krieg leiden, Widerstand-
2637 ~~leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in-~~
2638 ~~Russland, die sich gegen den Krieg stellen, oder~~ desertieren und dafür verfolgt
2639 ~~werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen~~
2640 ~~auf der Flucht unterstützen.~~ Wer angegriffen wird, besitzt das Recht ~~der~~ auf
Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN. Zugleich betonen wir das
Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Es ist unteilbar und gilt für alle
Menschen, sei es in Russland oder der Ukraine. Wir fühlen uns verbunden mit allen,
die sich weltweit gegen den Krieg stellen und Menschen auf der Flucht unterstützen.

Begründung

Im Entwurf ist von „Widerstand“ die Rede. Ob es sich dabei um militärischen Widerstand gegen den russischen Überfall handelt oder auch um Widerstand gegen die Teilnahme am Krieg generell, erscheint unklar. Deshalb sollte auf den Begriff hier verzichtet werden. Stattdessen muß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und Desertion für alle vom Krieg Betroffenen betont werden. Das ist zum Beispiel auch die Position von Pro Asyl.

Antrag L.01.2635.3: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2635 - 2640

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.
2635 ~~Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand-~~
2636 ~~leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in-~~
2637 ~~Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt~~
2638 ~~werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen~~
2639 ~~auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der~~
2640 ~~Selbstverteidigung~~ Unsere Solidarität gilt nicht der Selenskij-Regierung, die schon vor
dem Krieg Politik gegen die Masse der Bevölkerung gemacht hat und im Krieg
demokratische Rechte eingeschränkt hat, ohne dass es irgendeine Garantie gibt, dass
sie nach ~~Artikel 51 der Charta der UN.~~ dem Ende des Krieges wiederhergestellt werden.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht unterstützen.

Begründung

Selenskiy erzielte 2019 mit dem Versprechen des Kampfes gegen Korruption und Oligarchen und der Entspannung gegenüber Russland einen Erdrutschsieg. Bald nach seiner Wahl betrieb er die entgegengesetzte Politik. Schon in den Jahren vor dem Ukrainekrieg wurden linke Symbole und regierungskritische Parteien und Medien (als angeblich „pro-russisch“) verboten, die Sprache und Kultur der russischsprachigen Bevölkerungsminderheit zurückgedrängt. Es gab kurz vor dem Krieg brutale Polizeieinsätze gegen streikende Bergarbeiter*innen. Nach Kriegsbeginn wurden die Angriffe auf Arbeiter*innen- und demokratische Rechte verstärkt. Auch wenn die ukrainische Regierung nicht faschistisch ist, hat sie keine Hemmungen, mit Faschist*innen zusammenzuarbeiten.

Das Selbstverteidigungsrecht ist eines der Hauptargumente der Befürworter*innen von Waffenlieferungen. Wir lehnen Waffenexporte ab (S. Z. 2625 f. und Z. 2798-2801) Formell besteht zwischen zwar beiden Aussagen kein Widerspruch. Im Kapitalismus sind Rechte und die materielle Möglichkeit, von Rechten auch wirksam Gebrauch machen zu können, etwas ganz Verschiedenes. Wenn ich z.B. das Recht habe, mir eine Luxusvilla zu kaufen, heißt das nicht, dass irgendjemand die Pflicht hätte, mir dazu das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Aber wir können ein solches Verständnis der Funktionsweise des Kapitalismus nicht voraussetzen. Deshalb ist zu befürchten, dass die Aussage Z. 239 f. als Bekenntnis zu Waffenlieferungen gelesen wird und die dieser Interpretation widersprechenden Aussagen entweder überlesen oder als Widersprüchlichkeit des Programms interpretiert werden.

Antrag L.01.2640.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2640

2633 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Putins und die begangenen
2634 Kriegsverbrechen und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.

2635 Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand
2636 leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in
2637 Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür verfolgt
2638 werden; den Menschen, die sich weltweit gegen den Krieg stellen, und die Menschen
2639 auf der Flucht unterstützen. Wer angegriffen wird, besitzt das Recht der

2640 Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UN. Der gegenwärtige Krieg ist ein Riesengeschäft für die Rüstungsindustrie. Anlagesuchendes Kapital schießt schon jetzt auf zukünftige Profite aus Wiederaufbauprogrammen, die dann von der EU finanziert und privat angeeignet werden sollen.

Begründung

Mindestens an einer Stelle sollte zum Ausdruck kommen, dass die Weiterführung des gegenwärtigen Krieges auch mit Kapital-Interessen zusammenhängt.

Die Forderung nach sofortigem Waffenstillstand ist völlig richtig, es fehlt aber das Wort „ohne Vorbedingungen“. So wie es jetzt im Programmtext steht, könnte auch Selenskyj mit seinem „Friedensplan“ zustimmen, das würde aber nie zu einem Waffenstillstand führen und dem ständigen Sterben auf beiden Seiten ein Ende setzen. Im Programmtext wird der illusorischen Vorstellung nachgegangen, die EU und die Bundesregierung müssten „diplomatischen Druck mit China, Indien und Brasilien auf Russland ausüben“ (S. 59) statt mal darüber nachzudenken, wie durch die Ablehnung weiterer Waffenlieferungen Druck auf die Ukraine ausgeübt werden könnte, von seinen ultimativen Positionen (Rückeroberung aller russisch sprechenden Gebiete einschließlich Krim) abzurücken und kompromissbereiter zu sein.

Antrag L.01.2641.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Grönde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2641 - 2642

2641 ~~Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die~~Zur Beendigung des russischen
Krieges gegen die Ukraine fordern wir den vollständigen Rückzug russischer Truppen
müssen aus
2642 ~~der Ukraine zurückgezogen werden.~~der Ukraine.Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärischen Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

Auch hier wollen wir an der Beschlusslage des Bundesparteitages vom Juni 2022 festhalten: Diese macht viel besser als die Ausgangsformulierung klar, dass Russland durch den Rückzug seiner Truppen den Krieg in der Ukraine beenden muss.

Antrag L.01.2641.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	KV Oldenburg/Ammerland
--------------------------	------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2641 - 2643

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss sofort beendet ~~und die russischen Truppen müssen~~
2642 ~~aus~~
2642 ~~der Ukraine zurückgezogen~~ werden. Die ~~Souveränität der Ukraine muss~~
2643 ~~wiederhergestellt werden~~ Ukraine hat einen Anspruch auf eigene souveräne
Staatlichkeit in gesicherten Grenzen. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Antrag L.01.2641.3: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2641

2641 Dieser Krieg hat eine Vorgeschichte. Dazu gehört der Zusammenbruch der Sowjetunion
und die Entwicklung in Russland von einer bürokratischen
Zentralverwaltungswirtschaft zu einem imperialistischen Staat. Dazu gehört auch der
Bürgerkrieg in der Ostukraine seit 2014, die NATO-Osterweiterung und die Pläne zur
Aufnahme der Ukraine in die NATO. Er ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen
Russland und der NATO. Dieser Krieg ist schon lange in einen Abnutzungskrieg
übergegangen, der immer mehr Menschenleben fordert und die Umwelt zerstört.

2642 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten

2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

DIE LINKE muss sagen was ist. Die Vorgeschichte des Krieges muss erwähnt und berücksichtigt werden.

Antrag L.01.2641.4: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	Antikapitalistische LINKE
-------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2641 - 2647

2641 Dieser Krieg hat eine Vorgeschichte. Dazu gehört der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Entwicklung in Russland von einer bürokratischen Zentralverwaltungswirtschaft zu einem imperialistischen Staat. Dazu gehört auch der Bürgerkrieg in der Ostukraine seit 2014, die NATO-Osterweiterung und die Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die NATO. Er ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO. Dieser Krieg ist schon lange in einen Abnutzungskrieg übergegangen, der immer mehr Menschenleben fordert und die Umwelt zerstört. Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. ~~Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer-~~
2646 ~~Russland muss~~ Es gibt inzwischen viele Vorschläge für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Es geht nun darum, die Kriegsparteien unter dem Dach der UN an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische-
2647 ~~Aggression muss aufgehalten werden~~ zu bewegen. Die USA und die NATO-Mitglieder müssen auf Diplomatie und Verhandlungen drängen. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

DIE LINKE muss sagen was ist. Die Vorgeschichte des Krieges muss erwähnt und berücksichtigt werden.

Und es geht nicht nur darum, Russland an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Ukraine stellt ebenso Vorbedingungen. Beide Kriegsparteien müssen endlich zu Verhandlungen bereit sein. Die USA und die NATO dürfen nicht länger mit Waffenlieferungen den Krieg verlängern, sondern müssen sich für Diplomatische Lösungen einsetzen.

Antrag L.01.2641.5: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2641 - 2647

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und ~~die russischen~~alle Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. ~~Angreifer-~~
2646 ~~Russland muss~~Alle Kriegsparteien müssen an den Verhandlungstisch gezwungen
werden. ~~Putins imperialistische-~~
2647 ~~Aggression~~Die Kriegslogik muss aufgehoben werden. Gleichzeitig darf der Westen auf
den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

Für eine Friedenslogik müssen alle verhandeln.

Antrag L.01.2642.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2642

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die territoriale Integrität und die Souveränität der
Ukraine ~~muss~~müssen
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehoben werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen

2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

Die Programmformulierung kann so verstanden werden, dass die LINKE nicht weiter an der Forderung, dass Russland die besetzten Gebiete an die Ukraine zurückgibt, festhält. Dies wurde aber auf dem Parteitag im Juni 2022 explizit beschlossen, indem auf die territoriale Integrität der Ukraine hingewiesen wurde.

Antrag L.01.2645.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2645 - 2646

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. **Angreifer-**
2646 **Russland muss** Wir setzen uns für die Stärkung der Antikriegsbewegung in Russland
und der Ukraine, in Deutschland und weltweit ein, um Russland und die Ukraine an
den Verhandlungstisch ~~gezwungen werden~~ zu bringen. Die Bundesregierung und der EU
wollen wir unter Druck setzen, Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu unterstützen.
Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden.

Begründung

Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand und alle Beteiligten müssen an den Verhandlungstisch. Derzeit gibt es von beiden Seiten Äußerungen, dass Verhandlungen abgelehnt werden. Hier braucht es internationalen Druck, um zu Friedensverhandlungen zu kommen. Leider gibt es bislang weder aus Deutschland noch von der EU eine einzige Initiative für ernsthafte Friedensverhandlungen.

Antrag L.01.2651.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2651

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 **Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen,**
2652 **der den Weg zu**
2652 **ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen**
2653 **schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer**
2654 **weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten**
2655 **endlich umfassend genutzt werden.**

Antrag L.01.2655.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2655

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 **Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu**
2652 **ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen**
2653 **schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer**
2654 **weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten**
2655 **endlich umfassend genutzt werden. Da dies für die umfassenden**
Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland zutrifft, lehnt DIE LINKE
diese ab und fordert ihre Aufhebung.

Begründung

Das ist eine notwendige Konkretisierung des Satzes davor: „Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.“

Antrag L.01.2656.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2656 - 2658

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, ~~um~~ auch gegen den Willen der USA - mit Ländern und Initiativen zahlreicher Länder wie China, Indien und Brasilien

2658 aufgreifen und diplomatischen Druck auf Russland auszuüben die Russland ebenso wie auf die Ukraine ausüben, ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen.
Waffenstillstandsverhandlungen auf

2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.

2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.

2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!

2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.

2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.

2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.

2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.

2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.

Antrag L.01.2658.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2658 - 2672

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch

2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien

2658 ~~diplomatischen Druck auf Russland auszuüben~~ diplomatische Initiativen entwickeln,
die auf politische Lösungen und die Beendigung des Krieges abzielen.

Waffenstillstandsverhandlungen auf

2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen

2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.

2661 ~~- Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und~~

2662 ~~den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur~~

2663 ~~Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,~~

2664 ~~wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung~~

2665 ~~richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.~~

2666 ~~- Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von~~

2667 ~~Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen~~

2668 ~~nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,~~

2669 ~~ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,~~

2670 ~~wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht~~

2671 ~~es Linke hat Sanktionen, die die Bevölkerung treffen oder zur Verarmung des globalen~~

Südens beitragen, immer abgelehnt und sie hat recht behalten. Sowohl gezielte

Sanktionen gegen Putins Machtapparat als auch die insgesamt elf Sanktionspakete der

EU haben diesen Krieg nicht beendet. Sie werden diesen Krieg auch nicht beenden.

Inzwischen räumte dies selbst die Außenministerin Baerbock ein ~~zentrales,~~

transparentes Immobilienregister.

2672 . Stattdessen haben die Sanktionspakete zu Spekulationen und massiven

Preissteigerungen geführt und die Bevölkerung hier und weltweit getroffen.

- Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!

2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl

2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach

2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die

2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock

2678 muss gestoppt werden.

2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen

2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte

2681 gegen Putin.

2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht

2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen

2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem

2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss

2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.

2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Es ist mittlerweile offensichtlich, dass die bisherigen Sanktionen gescheitert sind. DIE LINKE hat Sanktionen, die die Bevölkerung treffen immer abgelehnt und sie hat recht behalten. Wir sollten das hervorheben und deutlich machen, dass Sanktionen nicht im Interesse der Bevölkerungen weltweit sind, sondern Teil eines Machtkampfs, der auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird.

Antrag L.01.2661.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2661 - 2664

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.

2661 ~~- Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und~~
2662 ~~den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur~~
2663 ~~Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,~~
2664 ~~wenn diese erfüllt sind.- Sanktionen dürfen nur in Übereinstimmung mit dem~~
Völkerrecht durch UN-Beschluss verhängt werden.

Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung

2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.

2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte

2681 gegen Putin.

2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Wir verstehen uns als Partei des Völkerrechts und sollten deshalb die Sanktionspolitik der westlichen imperialistischen Staaten, die nur eigenen Interessen dienen, nicht unterstützen. Die von der USA und der EU gegen Russland verhängten Sanktionen schaden der Bevölkerung in Russland, der EU und vor allem im globalen Süden.

Antrag L.01.2665.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2665 - 2666

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch

2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.

2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung

2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.

2666 [Wir setzen uns für die Aufhebung solcher Sanktionen ein.](#)

- Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!

2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die

2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.
2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Sanktionen sind kein hypothetischer Fall. Es sind bereits Sanktionen in Kraft. DIE LINKE muss sich zu diesen Sanktionen im Sinne ihrer Beschlusslage positionieren und Sanktionen, die ihr nicht entsprechen, offensiv ablehnen. Im letzten Jahr mussten wir erleben, dass Parteivertreter*innen, die ganz im Sinne der Beschlusslage der Partei die bestehenden Sanktionen angriffen, innerparteilich heftig verbal attackiert wurden, während Parteivertreter*innen, die im Gegensatz zur Beschlusslage Waffenexporte für die Ukraine forderten, kaum innerparteilichen Gegenwind erlebten. Das muss korrigiert werden.

Antrag L.01.2671.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2671 - 2672

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,

2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

2672 - Die LINKE setzt sich für Sanktionen gegen den russischen Atomsektor ein.

- Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!

2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.

2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.

2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.

2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.

2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.

2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Noch immer werden Brennelemente, die in europäischen Atomkraftwerken eingesetzt werden, mit Uran aus Russland bestückt. Auch darüber verdient der russische Staat. Eine solche Forderung schließt an die. Bisherigen Sanktionen im Energiesektor an und erfüllt die grundlegenden Anforderungen an linke Sanktionspolitik: Sie richten sich gegen die militärisch-industriellen Komplex und treffen nicht in erster Linie die Bevölkerung.

Antrag L.01.2672.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	Kreisvorstand Pinneberg, Rainer Beuthel (KV Rendsburg-Eckernförde), Marianne Kolter (Schleswig-Holstein), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2672 - 2682

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch

2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.

2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur

2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.

2672 ~~- Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!~~
- Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen beider Kriegsparteien müssen
das Recht auf Asyl

2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.

2675

- Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.

2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen überall progressive
Kräfte

2681 ~~gegen Putin.~~

2682 in ihrem politischen Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur.

- Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Der Begriff „Widerstand“ wird im Entwurf auch hier auf zweifelhafte Weise verwendet, als gäbe es Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen nur auf russischer Seite, was falsch ist. Deshalb sollte auch hier das „Recht auf Asyl“ für Menschen auf beiden Seiten des Krieges genannt werden. Die Formulierung „unterstützen überall progressive Kräfte in ihrem politischen Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur“ macht klar, daß wir keinerlei Sympathie mit dem autoritären politischen System Russlands hegen.

Antrag L.01.2672.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2672 - 2682

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 - Unterstützung ~~für den Widerstand gegen Putins~~ des Widerstandes in Russland gegen
Krieg und Diktatur!
2673
Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 ~~gegen Putin.~~
2682 in Russland.
- Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Es ist nicht nur Putins Krieg und Diktatur. Wie es unten richtig heißt, ist Russland mehr als Putin. Es geht nicht nur um und gegen Putin, sondern auch um den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Russland.

Antrag L.01.2672.3: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2671 - 2672

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 ~~- Unterstützung für den~~
- Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur! Militarismus und Nationalismus überall!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.
2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Wir unterstützen den Widerstand nicht nur, sondern sind Akteur und Teil dieses Widerstands und das nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern überall.

Antrag L.01.2682.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2681 - 2687

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 ~~gegen Putin.~~
2682 ~~- Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht~~
2683 ~~haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden.~~gegen Putin.
- Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle ~~diese~~ Länder erhaltausbauen, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. ~~Ein perspektivischer EU-Beitritt muss~~
2686 ~~mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.~~
2687 und um so den Kampf um soziale und politische Grundrechte gemeinsam zu stärken.
- Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Es braucht die Perspektive einer Vernetzung von unten zwischen allen Ländern um dem ansteigenden Nationalismus entgegenzutreten.

Antrag L.01.2685.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2685

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.
2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Ein perspektivischer EU-Beitritt ~~muss~~
der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten muss
2686 mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Die LINKE sollte grundsätzlich eine Beitrittsperspektive für die Ukraine unterstützen. Da die Ukraine diesen Beitritt anstrebt, stellt sich diese Frage auch. Dieser müsste aber an die gleichen Kriterien wie bei allen anderen Beitrittskandidaten auch gekoppelt sein und ist erst nach dem Ende des Krieges realistisch.

Antrag L.01.2685.2: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:

KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2685 - 2686

2656 - Bundesregierung und EU müssen endlich alle Anstrengungen unternehmen, um -
auch
2657 gegen den Willen der USA - mit Ländern wie China, Indien und Brasilien
2658 diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Waffenstillstandsverhandlungen auf
2659 Einladung der UN und die Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen
2660 sind nötig, selbst wenn diese noch nicht hinreichend sind.
2661 - Gezielte Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat, die Oligarchen und
2662 den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur
2663 Kriegsführung richten. Sanktionen müssen klar definierte Ziele haben und enden,
2664 wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung
2665 richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
2666 - Bundesregierung und EU müssen ihrer Verantwortung für die Enteignung von
2667 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
2668 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert,
2669 ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters,
2670 wie von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht
2671 es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
2672 - Unterstützung für den Widerstand gegen Putins Krieg und Diktatur!
2673 Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen das Recht auf Asyl
2674 erhalten und unbürokratisch anerkannt werden.
2675 - Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine, um einen Wiederaufbau nach
2676 dem Krieg zu ermöglichen. Der Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne und die
2677 Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen und Finanzinvestoren wie Blackrock
2678 muss gestoppt werden.
2679 - Russland ist mehr als Putin! Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ*innen
2680 und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte
2681 gegen Putin.
2682 - Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht
2683 haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Wir wollen
2684 zivilgesellschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns dem
2685 wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. ~~Ein perspektivischer EU-Beitritt muss~~
2686 ~~mit der Gewährleistung von sozialen und politischen Grundrechten verbunden sein.~~
2687 - Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft schneller und unbürokratischer
2688 aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den
2689 Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.
2690 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Geflüchteten soll das
2691 Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden.
2692 (Siehe Kapitel 5, „Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa“)

Begründung

Die Aufnahme weiterer Länder in die EU sollte nicht in dem Kapitel über die Ukraine behandelt werden, weil es sich hier um ein allgemeines Problem handelt, das mehrere

Staaten betrifft.

Antrag L.01.2693.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2693 - 2694

2693 ~~Kollektive Sicherheit in Europa statt Aufrüstungsspirale~~ Mieten und
~~Blockkonfrontation~~ bezahlbarer Wohnraum

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Mieten und bezahlbarer Wohnraum" \(Zeilen 885 - 870\)](#) auf diese Position (Zeilen 2693 ff.)

Antrag L.01.2715.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2715

2715 Denn fast alle Staaten auf der Welt rüsten auf - ~~und ein~~ das muss ein schnelles Ende ist-
nicht in Sicht. haben!

2716 Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Ampelregierung mit den
2717 Stimmen der CDU und der AfD-Opposition ein Sondervermögen zum Bundeshaushalt
von
2718 über 100 Milliarden Euro beschlossen. Damit will die Bundesrepublik über Nacht
2719 das Ziel der NATO übererfüllen, zwei Prozent des Bruttoninlandsproduktes für
2720 Militär und Rüstung auszugeben. Aufrüstung bekommt - gegen das Friedensgebot des
2721 Grundgesetzes - Verfassungsrang. Weit höhere Zuwächse des Rüstungshaushaltes sind
2722 im Gespräch. Dazu kommen die Aufrüstung und Militarisierung der EU. Insgesamt
2723 sind in ihrem aktuellen Finanzrahmen bis zu 46 Milliarden Euro öffentliche
2724 Investitionen für Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte
2725 vorgesehen. Die von EU-Kommission und Bundesregierung verfolgte Version einer
2726 „strategischen Autonomie“ soll der EU vor allem die Möglichkeit geben,
2727 militärisch global zu agieren. Die „Zeitenwende“ hin zu einem neuen
2728 Rüstungswettlauf bedeutet, dass Ressourcen vom Kampf für Klimaschutz, bessere
2729 Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und soziale Sicherheit verschoben werden zu
2730 (noch) mehr Militär. Diese Politik treibt eine Aufrüstungsspirale an, die
2731 keinesfalls mehr Sicherheit in Europa schafft. Denn das Militär in der EU ist
2732 nicht unterfinanziert. Die Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten sind bereits
2733 viermal so hoch wie z. B. die Rüstungsausgaben Russlands.

Begründung

Wir wollen raus aus dieser Spirale - und setzen auf unsere Wirksamkeit.

Antrag L.01.2733.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2733

2715 Denn fast alle Staaten auf der Welt rüsten auf - und ein Ende ist nicht in Sicht.
2716 Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Ampelregierung mit den
2717 Stimmen der CDU und der AfD-Opposition ein Sondervermögen zum Bundeshaushalt
von
2718 über 100 Milliarden Euro beschlossen. Damit will die Bundesrepublik über Nacht
2719 das Ziel der NATO übererfüllen, zwei Prozent des Bruttoninlandsproduktes für
2720 Militär und Rüstung auszugeben. Aufrüstung bekommt - gegen das Friedensgebot des
2721 Grundgesetzes - Verfassungsrang. Weit höhere Zuwächse des Rüstungshaushaltes sind
2722 im Gespräch. Dazu kommen die Aufrüstung und Militarisierung der EU. Insgesamt
2723 sind in ihrem aktuellen Finanzrahmen bis zu 46 Milliarden Euro öffentliche
2724 Investitionen für Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte
2725 vorgesehen. Die von EU-Kommission und Bundesregierung verfolgte Version einer
2726 „strategischen Autonomie“ soll der EU vor allem die Möglichkeit geben,
2727 militärisch global zu agieren. Die „Zeitenwende“ hin zu einem neuen
2728 Rüstungswettlauf bedeutet, dass Ressourcen vom Kampf für Klimaschutz, bessere
2729 Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und soziale Sicherheit verschoben werden zu
2730 (noch) mehr Militär. Diese Politik treibt eine Aufrüstungsspirale an, die
2731 keinesfalls mehr Sicherheit in Europa schafft. Denn das Militär in der EU ist
2732 nicht unterfinanziert. Die Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten sind bereits
2733 viermal so hoch wie z. B. die Rüstungsausgaben Russlands, die allerdings stärker
wachsen und einen deutlich höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt aufweisen.“

Begründung

Der wiederholte Hinweis auf die absolute Höhe der Rüstungsausgaben ist stark verzerrend, insbesondere dann, wenn er ausgerechnet die stark wachsenden russischen Militärausgaben unter den Tisch fallen lässt.

Antrag L.01.2740.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2740 - 2745

2740 - Stopp der Aufrüstung und keine militärischen Auslandseinsätze, ~~stattdessen~~

2741 ~~gegenseitige Sicherheit, Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und den~~
2742 ~~Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die riesigen~~
2743 ~~Schlupflöcher in den EU-Rüstungsexportrichtlinien müssen geschlossen und~~
2744 ~~Sanktionen für Verstöße geschaffen werden.~~
2745 . Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz
im Inneren jenseits notwendiger Katastrophenhilfe ist strikt zu untersagen, die
Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und
ermöglichen, sind aufzuheben

- Stopp der Militarisierung der EU! Keine EU-Armee und Auflösung der EU-Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ der EU. Die geplanten
- 2746 Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für „Militärische Mobilität“ und
- 2747 Pesco wollen wir in Investitionen für sozial-ökologischen Umbau und
- 2748 Energieunabhängigkeit umwidmen.
- 2749
- Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht aufgeweicht werden, über Einsätze
- 2750 der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.
- 2751
- Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer
- 2752 weiteren Militarisierung der EU umfassen.
- 2753
- Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für
- 2754 die Mitgliedsstaaten schreibt Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss
- 2755 überwunden werden.
- 2756
- Wir wollen die Streitkräfte in Europa abrüsten. Es braucht eine konventionelle
- 2757 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster
- 2758 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).
- 2759
- Die EU darf nicht Teil von Konfrontation und Eskalation sein! Daher müssen
- 2760 unnötige Provokationen wie das Großmanöver „Air Defender“ oder eine dauerhafte
- 2761 Stationierung von deutschen Kampftruppen an der russischen Grenze unterbleiben.
- 2762
- Auch wenn es aufgrund des russischen Angriffskrieges gerade schwer vorstellbar
- 2763 ist: Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven Sicherheitssystems
- 2764 in Europa. Wir wollen dafür eine Wiederbelebung der OSZE und ihre
- 2765 Weiterentwicklung als OSZE 2.0 zur zentralen Struktur für eine nachhaltige
- 2766 Friedens- und Sicherheitsordnung.
- 2767
- Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
- 2768 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
- 2769 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
- 2770 einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung
- 2771 taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss
- 2772 die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
- 2773
- Wir wollen die US-Militärbasen in der EU schließen, da diese Aufmarschorte der
- 2774 Blockkonfrontation sind und für völkerrechtswidrige Kriege, gezielte Tötungen
- 2775 durch Drohnenangriffe, extralegale Inhaftierungen, die Stationierung und Lagerung
- 2776 von Atomwaffen und geheimdienstliche Überwachung weltweit benutzt werden.
- 2777
- Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit! Keine Fake-News-Kampagne und keine
- 2778 „Trollfabrik“ hat so viel zur Destabilisierung der EU beigetragen wie die
- 2779 jahrelange, von verschiedenen Bundesregierungen vorangetriebene Kürzungspolitik.
- 2780
- Statt einer Neuauflage der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive
- 2781 öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten
- 2782 Umbau.
- 2783
- Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen
- 2784 Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen
- 2785 zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für
- 2786 internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Zivil-militärische Kooperationen
- 2787 lehnen wir ab - zivile Hilfe darf nicht an militärischen Maßnahmen geknüpft
- 2788 werden.
- 2789

Begründung

So steht es wörtlich im Erfurter Programm auf Seite 70. Dahinter darf es kein Zurück geben.

Antrag L.01.2741.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2741 - 2742

- 2740 - Stopp der Aufrüstung und keine militärischen Auslandseinsätze, stattdessen
- 2741 gegenseitige Sicherheit, Abrüstung, ~~strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und den~~
- 2742 ~~Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale~~ und den Abbau der
Streitkräfte bis hin zu ihrer Auflösung. Die riesigen
- 2743 Schlupflöcher in den EU-Rüstungsexportrichtlinien müssen geschlossen und
- 2744 Sanktionen für Verstöße geschaffen werden.
- 2745 - Stopp der Militarisierung der EU! Keine EU-Armee und Auflösung der EU-
- 2746 Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ der EU. Die geplanten
- 2747 Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für „Militärische Mobilität“ und
- 2748 Pesco wollen wir in Investitionen für sozial-ökologischen Umbau und
- 2749 Energieunabhängigkeit umwidmen.
- 2750 - Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht aufgeweicht werden, über Einsätze
- 2751 der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.
- 2752 - Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer
- 2753 weiteren Militarisierung der EU umfassen.
- 2754 - Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für
- 2755 die Mitgliedsstaaten schreibt Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss
- 2756 überwunden werden.
- 2757 - Wir wollen die Streitkräfte in Europa abrüsten. Es braucht eine konventionelle
- 2758 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster
- 2759 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).
- 2760 - Die EU darf nicht Teil von Konfrontation und Eskalation sein! Daher müssen
- 2761 unnötige Provokationen wie das Großmanöver „Air Defender“ oder eine dauerhafte
- 2762 Stationierung von deutschen Kampftruppen an der russischen Grenze unterbleiben.
- 2763 - Auch wenn es aufgrund des russischen Angriffskrieges gerade schwer vorstellbar
- 2764 ist: Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven Sicherheitssystems
- 2765 in Europa. Wir wollen dafür eine Wiederbelebung der OSZE und ihre
- 2766 Weiterentwicklung als OSZE 2.0 zur zentralen Struktur für eine nachhaltige
- 2767 Friedens- und Sicherheitsordnung.
- 2768 - Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
- 2769 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
- 2770 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
- 2771 einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung
- 2772 taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss
- 2773 die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
- 2774 - Wir wollen die US-Militärbasen in der EU schließen, da diese Aufmarschorte der
- 2775 Blockkonfrontation sind und für völkerrechtswidrige Kriege, gezielte Tötungen
- 2776 durch Drohnenangriffe, extralegale Inhaftierungen, die Stationierung und Lagerung
- 2777 von Atomwaffen und geheimdienstliche Überwachung weltweit benutzt werden.
- 2778 - Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit! Keine Fake-News-Kampagne und keine

2779 „Trollfabrik“ hat so viel zur Destabilisierung der EU beigetragen wie die
2780 jahrelange, von verschiedenen Bundesregierungen vorangetriebene Kürzungspolitik.
2781 Statt einer Neuauflage der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive
2782 öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten
2783 Umbau.

2784 - Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen
2785 Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen
2786 zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für
2787 internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Zivil-militärische Kooperationen
2788 lehnen wir ab - zivile Hilfe darf nicht an militärischen Maßnahmen geknüpft
2789 werden.

Begründung

Jede Waffe findet ihren Krieg und jede Armee ihren Konflikt. Wir haben das langfristige Ziel der Auflösung der Armee im Erfurter Parteiprogramm gefasst, davon wollen wir nicht abrücken.

Antrag L.01.2745.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2745 - 2746

2740 - Stopp der Aufrüstung und keine militärischen Auslandseinsätze, stattdessen
2741 gegenseitige Sicherheit, Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und den
2742 Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die riesigen
2743 Schlupflöcher in den EU-Rüstungsexportrichtlinien müssen geschlossen und
2744 Sanktionen für Verstöße geschaffen werden.

2745 ~~-Stopp der Militarisierung der EU! Keine EU-Armee und~~ Stopp der Militarisierung der
EU! Auflösung der ~~EU-~~
Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ ~~der EU~~ und des Verteidigungsfonds der
EU Die geplanten

2747 Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für „Militärische Mobilität“ und
2748 Pesco wollen wir in Investitionen für sozial-ökologischen Umbau und
2749 Energieunabhängigkeit umwidmen.

2750 - Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht aufgeweicht werden, über Einsätze
2751 der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.

2752 - Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer
2753 weiteren Militarisierung der EU umfassen.

2754 - Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für
2755 die Mitgliedsstaaten schreibt Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss
2756 überwunden werden.

2757 - Wir wollen die Streitkräfte in Europa abrüsten. Es braucht eine konventionelle
2758 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster
2759 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).

2760 - Die EU darf nicht Teil von Konfrontation und Eskalation sein! Daher müssen
2761 unnötige Provokationen wie das Großmanöver „Air Defender“ oder eine dauerhafte

2762 Stationierung von deutschen Kampftruppen an der russischen Grenze unterbleiben.
2763 - Auch wenn es aufgrund des russischen Angriffskrieges gerade schwer vorstellbar
2764 ist: Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven Sicherheitssystems
2765 in Europa. Wir wollen dafür eine Wiederbelebung der OSZE und ihre
2766 Weiterentwicklung als OSZE 2.0 zur zentralen Struktur für eine nachhaltige
2767 Friedens- und Sicherheitsordnung.
2768 - Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
2769 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
2770 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
2771 einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung
2772 taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss
2773 die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
2774 - Wir wollen die US-Militärbasen in der EU schließen, da diese Aufmarschorte der
2775 Blockkonfrontation sind und für völkerrechtswidrige Kriege, gezielte Tötungen
2776 durch Drohnenangriffe, extralegale Inhaftierungen, die Stationierung und Lagerung
2777 von Atomwaffen und geheimdienstliche Überwachung weltweit benutzt werden.
2778 - Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit! Keine Fake-News-Kampagne und keine
2779 „Trollfabrik“ hat so viel zur Destabilisierung der EU beigetragen wie die
2780 jahrelange, von verschiedenen Bundesregierungen vorangetriebene Kürzungspolitik.
2781 Statt einer Neuaufgabe der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive
2782 öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten
2783 Umbau.
2784 - Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen
2785 Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen
2786 zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für
2787 internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Zivil-militärische Kooperationen
2788 lehnen wir ab - zivile Hilfe darf nicht an militärischen Maßnahmen geknüpft
2789 werden.

Begründung

Die Antragssteller*innen wenden sich, genau wie der Grundtenor im Entwurf des Europawahlprogramms grundsätzlich gegen die Aufrüstung in der EU und die Einrichtung des vertragswidrigen EU-Verteidigungsfonds und seiner Ausgestaltung als Instrument der Aufrüstung. Die Debatte über die Einrichtung einer europäischen Armee mit ausschließlicher Verteidigungsfunktion und Parlamentsvorbehalt, bei gleichzeitiger Abschaffung von nationalen militärischen Ressourcen (wie sie im Anstrich in der Zeile 2757 „Abrüstung europäischer Streitkräfte“ gefordert sind), haben wir bisher in der LINKEN noch kaum geführt. Ganz klar muss eine europäische Armee unter den genannten Bedingungen in eine dringend nötige europäische Abrüstungsstrategie eingebunden sein. Eine europäische Verteidigungsarmee mit Parlamentsvorbehalt könnte de facto auch als eine Abrüstungsmaßnahme politisch ausgestaltet sein. Wir lehnen die 5000-Personen starke Eingreiftruppe der EU ebenso ab (siehe 2745/2746), aber wir halten es für sinnvoll, auch gemeinsame militärische Verteidigungskapazitäten in einer europäischen Abrüstungsstrategie als politischen Vorschlag denkbar zu machen anstelle der nationalen Aufrüstungsstrategien in den Mitgliedsstaaten. Unter einer solchen Option, der europäischen Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik wäre das 100 Mrd. Euro Sondervermögen Deutschlands nicht möglich gewesen. Andererseits hätte das Europaparlament endlich ein Mitentscheidungsrecht in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, während derzeit alle Berichte ausschließlich empfehlenden Charakter haben und die EU-Kommission sowie die militärischen Kapazitäten der EU nur schwer öffentlich kontrollierbar sind.

Eine Europäische Armee kann und muss also auch als Teil einer EU-Abrüstungsstrategie

konzipiert werden, die die Existenz nationalstaatlicher Rüstungsressourcen bei einer vergemeinschafteten EU-Außen- und Sicherheitspolitik damit ersetzen sollte. Europäische Streitkräfte mit klarem Verteidigungsauftrag und unter Parlamentsvorbehalt wären gegenüber der heutigen Aufrüstungsstrategie vorbei an der Mitentscheidung des Parlaments eine denkbare Alternative. Da dies nicht in den nächsten 5 Jahren denkbar ist, gehört diese Forderung jedoch nicht in ein aktuelles Europawahlprogramm, sondern in eine ausgewogene programmatische Debatte einer linken erweiterten Europäischen Sicherheitspolitik, die der Abrüstung verpflichtet ist und zugleich Klimapolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit und demokratischen Fortschritt in internationalen Beziehungen einbezieht.

Die Antragssteller*innen sind nicht alle Verfechter*innen einer europäischen Verteidigungsarmee, aber wir wollen diese noch nicht geführte Debatte in der LINKEN abkoppeln von unserer gemeinsamen Überzeugung, keiner Aufrüstungsstrategie der EU zuzustimmen und daher all diese Bezüge zur europäischen Armee derzeit streichen, statt sie undiskutiert als Teil einer Aufrüstungsstrategie zu verstehen.

Antrag L.01.2778.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2778 - 2780

2740 - Stopp der Aufrüstung und keine militärischen Auslandseinsätze, stattdessen
2741 gegenseitige Sicherheit, Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und den
2742 Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die riesigen
2743 Schlupflöcher in den EU-Rüstungsexportrichtlinien müssen geschlossen und
2744 Sanktionen für Verstöße geschaffen werden.
2745 - Stopp der Militarisierung der EU! Keine EU-Armee und Auflösung der EU-
2746 Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ der EU. Die geplanten
2747 Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für „Militärische Mobilität“ und
2748 Pesco wollen wir in Investitionen für sozial-ökologischen Umbau und
2749 Energieunabhängigkeit umwidmen.
2750 - Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht aufgeweicht werden, über Einsätze
2751 der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.
2752 - Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer
2753 weiteren Militarisierung der EU umfassen.
2754 - Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für
2755 die Mitgliedsstaaten schreibt Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss
2756 überwunden werden.
2757 - Wir wollen die Streitkräfte in Europa abrüsten. Es braucht eine konventionelle
2758 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster
2759 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).
2760 - Die EU darf nicht Teil von Konfrontation und Eskalation sein! Daher müssen
2761 unnötige Provokationen wie das Großmanöver „Air Defender“ oder eine dauerhafte
2762 Stationierung von deutschen Kampftruppen an der russischen Grenze unterbleiben.
2763 - Auch wenn es aufgrund des russischen Angriffskrieges gerade schwer vorstellbar
2764 ist: Langfristig braucht es die Perspektive eines kollektiven Sicherheitssystems
2765 in Europa. Wir wollen dafür eine Wiederbelebung der OSZE und ihre
2766 Weiterentwicklung als OSZE 2.0 zur zentralen Struktur für eine nachhaltige

2767 Friedens- und Sicherheitsordnung.
2768 - Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
2769 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
2770 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
2771 einsetzen. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung
2772 taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten. Ziel muss
2773 die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
2774 - Wir wollen die US-Militärbasen in der EU schließen, da diese Aufmarschorte der
2775 Blockkonfrontation sind und für völkerrechtswidrige Kriege, gezielte Tötungen
2776 durch Drohnenangriffe, extralegale Inhaftierungen, die Stationierung und Lagerung
2777 von Atomwaffen und geheimdienstliche Überwachung weltweit benutzt werden.
2778 - Keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit! ~~Keine Fake-News-Kampagne und keine~~
2779 ~~„Trollfabrik“ hat so viel zur Destabilisierung der EU beigetragen wie die~~
2780 ~~jahrelange, von verschiedenen Bundesregierungen vorangetriebene Kürzungspolitik.~~
2781 Statt einer Neuauflage der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive
2782 öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten
2783 Umbau.
2784 - Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen
2785 Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen
2786 zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für
2787 internationalen Katastrophenschutz aufbauen. Zivil-militärische Kooperationen
2788 lehnen wir ab - zivile Hilfe darf nicht an militärischen Maßnahmen geknüpft
2789 werden.

Begründung

Dieser Satz ist total verunglückt und missverständlich. Fake-News-Kampagnen sind ein erhebliches Problem in der modernen Demokratie und sollten nicht so runtergehängt werden. Der richtige Hinweis auf die unsoziale Politik der Bundesregierung finden sich an deren Stellen im Programmentwurf wieder.

Antrag L.01.2790.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2790

2790 ~~Kein Geschäft mit Tod und Zerstörung! Rüstungsexporte stoppen~~ Wohnraum schaffen gegen Obdachlosigkeit

Begründung

Verschiebung des Absatzes ["Wohnraum schaffen gegen Obdachlosigkeit" \(Zeilen 871 - 889\)](#) auf diese Position (Zeilen 2790 ff.)

Antrag L.01.2794.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2794

2791 Kriege werden mit Waffen geführt und verursachen millionenfaches Leid, aber viele
2792 Rüstungskonzerne und ihre Anteilseigner verdienen damit ein Vermögen. Sie haben
2793 ein Interesse an wachsenden Profiten und kein Interesse an einem schnellen Ende
2794 der Gewalt. Um glaubhaft europäische Großmachtansprüche geltend machen zu
können, setzt die EU auf starke einheimische Rüstungsindustrien in den EU-Staaten.
Ohne umfassende Rüstungsexporte ist dies allerdings nicht möglich. Eine Gesellschaft,
in der das Geschäft mit dem Tod wächst, ist nicht
2795 friedlich. Wir stehen dagegen für eine andere Perspektive: Statt immer mehr
2796 Waffen, wollen wir eine Wirtschaft, die nützliche Güter für die Menschen
2797 herstellt und ihre Ressourcen zur Lösung gemeinsamer Herausforderungen nutzt.

Begründung

Wir sollten deutlich machen, dass hinter dem Aufbau der Rüstungsindustrie und den vielen Rüstungsexporten Großmachtansprüche der EU stecken.

Antrag L.01.2801.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in:

OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2801 - 2804

2798 - Das Geschäft mit dem Tod lehnen wir ab. Wir wollen keine Waffen und
2799 Rüstungsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefern, denn jede Waffe findet ihren
2800 Krieg, manche sogar mehrere. Die Linke fordert daher ein gesetzliches Verbot von

2801 Rüstungsexporten.

2802 ~~- Rüstungsexporte~~ Bis das erreicht ist, dürfen Rüstungsexporte nicht mehr mit
Steuergeldern und Hermesbürgschaften unterstützt werden. ~~Wir~~

2803 ~~fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften auf Rüstungsgeschäfte!~~

2804

- Wir wollen den militärisch-industriellen Komplex in Europa nicht weiter aus-,
2805 sondern zurückbauen.

2806 - Rüstungskonversion ist machbar: Gemeinsam mit gesellschaftlichen Partner*innen
2807 aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen wollen wir
Konversionsprogramme

2808 für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue,
2809 zivile Arbeitsplätze zu schaffen.

2810 - Wir treten für die Ächtung der Entwicklung, Produktion und Verwendung
2811 vollautonomer Waffen ein. Die Bundesregierung muss dafür eine internationale
2812 Initiative starten.

2813 - Wir lehnen die Entwicklung einer bewaffneten Eurodrohne ab, ebenso wie „Future
2814 Combat Air System“ und ähnliche gemeinsame Rüstungsprojekte. Die EU muss einen
2815 ersten Schritt tun und sich international für eine völkerrechtlich bindende

2816 Ächtung von bewaffneten Drohnen einsetzen.
2817 - Wir fordern ein EU-weites Exportverbot von biologischen bzw. chemischen Dual-
2818 Use-Gütern an Staaten, die die jeweilige Konvention zum Verbot biologischer bzw.
2819 chemischer Waffen nicht unterzeichnet und ratifiziert haben.
2820 - Investitionen in die Zukunft statt Profite für Rüstungskonzerne! Große Aufgaben
2821 liegen beim CO₂-neutralen Umbau unserer Wirtschaft vor uns. Dafür wollen wir die
2822 nötigen Investitionen mobilisieren und Rüstungsausgaben umwidmen.

Begründung

Wir sind gegen Rüstungsexporte. In unseren Forderungen dürfen wir uns nicht selbst widersprechen.

Antrag L.01.2805.1: Änderungsantrag zu EWP27

Änderungsantrag zu EWP27

Antragsteller*in: OV Stuttgart-Bad Cannstatt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2805 - 2807

2798 - Das Geschäft mit dem Tod lehnen wir ab. Wir wollen keine Waffen und
2799 Rüstungsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefern, denn jede Waffe findet ihren
2800 Krieg, manche sogar mehrere. Die Linke fordert daher ein gesetzliches Verbot von
2801 Rüstungsexporten.
2802 - Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir
2803 fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften auf Rüstungsgeschäfte!
2804 - Wir wollen den militärisch-industriellen Komplex in Europa nicht weiter aus-,
2805 sondern zurückbauen.
2806 Dafür ist die Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum und die
Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion notwendig.
- Rüstungskonversion ist machbar: Gemeinsam mit gesellschaftlichen Partner*innen
2807 aus Gewerkschaften, Friedensbewegung ~~und Kirchen~~ wollen wir
Konversionsprogramme
2808 für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue,
2809 zivile Arbeitsplätze zu schaffen.
2810 - Wir treten für die Ächtung der Entwicklung, Produktion und Verwendung
2811 vollautonomer Waffen ein. Die Bundesregierung muss dafür eine internationale
2812 Initiative starten.
2813 - Wir lehnen die Entwicklung einer bewaffneten Eurodrohne ab, ebenso wie „Future
2814 Combat Air System“ und ähnliche gemeinsame Rüstungsprojekte. Die EU muss einen
2815 ersten Schritt tun und sich international für eine völkerrechtlich bindende
2816 Ächtung von bewaffneten Drohnen einsetzen.
2817 - Wir fordern ein EU-weites Exportverbot von biologischen bzw. chemischen Dual-
2818 Use-Gütern an Staaten, die die jeweilige Konvention zum Verbot biologischer bzw.
2819 chemischer Waffen nicht unterzeichnet und ratifiziert haben.
2820 - Investitionen in die Zukunft statt Profite für Rüstungskonzerne! Große Aufgaben
2821 liegen beim CO₂-neutralen Umbau unserer Wirtschaft vor uns. Dafür wollen wir die
2822 nötigen Investitionen mobilisieren und Rüstungsausgaben umwidmen.

Antrag L.01.2823.1: Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2823 - 2824

2823 **Gute Nachbarschaft: Menschenrechte verteidigen - keine inhumanen oder völkerrechtswidrigen Deals mit Diktatoren!**

Begründung

Die schmutzigen Deals selbst sind das Problem und gehen meist von den kolonialistischen Ländern aus.

Antrag L.01.2823.2: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2823 - 2824

2823 ~~Gute Nachbarschaft: Menschenrechte verteidigen - keine Deals mit Diktatoren!~~ Sozial gerechte ökologische Modernisierung

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Sozial gerechte ökologische Modernisierung" (Zeilen 890 - 946) auf diese Position (Zeilen 2823 ff.)

Antrag L.01.2825.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2825

2825 Die Nachbarschafts- und die Erweiterungspolitik werden von der EU-Kommission oftmals auf drängende energie- und migrationspolitische Konfliktlösungen verkürzt, obwohl eine friedliche, kooperative und umfassende Nachbarschaftspolitik auf Augenhöhe, die eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rechtsstaatsdiskurse und Kulturaustausch einschließen, Teil des erklärten

Selbstverständnisses der EU-Politik ist. Die Realität sieht anders aus. Staaten in der EU-Nachbarschaft, wie die Türkei, Libyen und Tunesien, sollen Migrant*innen auf dem Weg in die EU stoppen. Überdies ist damit oft auch eine militärische Zusammenarbeit (Mali, Niger) verbunden, die weder zu mehr Sicherheit nicht zu nachhaltigen Lösungen in der Migrationspolitik führen. DIE LINKE steht für eine Nachbarschaftspolitik, die Kooperation, wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, den Schutz der Menschenrechte, Interkulturellen Dialog und demokratische Entwicklungen fördert.

2826 Während Bundesregierung und EU-Kommission gern von Menschenrechten und
2826 feministischer Außenpolitik reden, ist die Realität leider eine völlig andere.
2827 Militär- und Polizei verschmelzen zunehmend, insbesondere an den von Frontex
2828 bewachten Außengrenzen der EU. Die Militarisierung der EU-Außengrenzen und die
2829 militärische „Unterstützung“ von Drittstaaten zur Vorverlagerung der europäischen
2830 Grenzen zum Zweck der Migrationsabwehr ist brutal, inhuman und verletzt massiv
2831 die Charta der Grundrechte. Sie destabilisiert die Gesellschaften. Die
2832 Kooperation mit autoritären Staaten zur Abschottung der EU gegen Geflüchtete
2833 schafft selbst neue Unsicherheiten. Das schadet auch der Demokratie in Europa -
2834 in einer Festung kann sich keine Demokratie entwickeln. Abschottung ist
2835 inzwischen selbst zu einem großen Geschäftszweig geworden, mit Überwachung und
2836 „Sicherheitstechnik“ werden riesige Profite erzielt. Auch die Abhängigkeit der
2837 europäischen Energieversorgung von fossilen Diktaturen (früher Russland, heute
2838 Katar) schadet dem weltweiten Klima, unserer Demokratie hier und den Menschen vor
2839 Ort. Bisher exportiert die EU über Beitritts- und Assoziierungsabkommen sowie
2840 ihre Handelspolitik zudem häufig Kürzungs- und Privatisierungspolitik in ihre
2841 Nachbarschaft. Das muss sich ändern.

Begründung

Nachbarschaftspolitik ist wesentlich mehr als EU-Außenpolitik im sicherheitspolitischen Sinne und mit militärischen und polizeilichen Mitteln, wie dieser Abschnitt vorrangig suggeriert. Sie ist schon jetzt Teil Europäischer Energiepolitik, wenn auch in fragwürdiger Form. als auch - dies ist schon z. T. erwähnt - Teil einer inhumanen Migrationspolitik. Überdies gilt aber auch in der Nachbarschaftspolitik ein weitreichendes Kooperationspektrum von der Unterstützung demokratischer Prozesse bis zum Kulturaustausch (Tunesien nimmt zum Beispiel seit vielen Jahren am Programm Kreatives Europa teil, die Türkei ist ihrerseits dort auf eigenes Betreiben ausgestiegen)

Antrag L.01.2832.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2832

2825 Während Bundesregierung und EU-Kommission gern von Menschenrechten und
2826 feministischer Außenpolitik reden, ist die Realität leider eine völlig andere.
2827 Militär- und Polizei verschmelzen zunehmend, insbesondere an den von Frontex
2828 bewachten Außengrenzen der EU. Die Militarisierung der EU-Außengrenzen und die
2829 militärische „Unterstützung“ von Drittstaaten zur Vorverlagerung der europäischen
2830 Grenzen zum Zweck der Migrationsabwehr ist brutal, inhuman und verletzt massiv

2831 die Charta der Grundrechte. Sie destabilisiert die Gesellschaften. Die
2832 ~~Kooperation mit autoritären Staaten zur~~ autoritäre Abschottung der EU gegen
Geflüchtete
2833 schafft selbst neue Unsicherheiten. Das schadet auch der Demokratie in Europa -
2834 in einer Festung kann sich keine Demokratie entwickeln. Abschottung ist
2835 inzwischen selbst zu einem großen Geschäftszweig geworden, mit Überwachung und
2836 „Sicherheitstechnik“ werden riesige Profite erzielt. Auch die Abhängigkeit der
2837 europäischen Energieversorgung von fossilen Diktaturen (früher Russland, heute
2838 Katar) schadet dem weltweiten Klima, unserer Demokratie hier und den Menschen vor
2839 Ort. Bisher exportiert die EU über Beitritts- und Assoziierungsabkommen sowie
2840 ihre Handelspolitik zudem häufig Kürzungs- und Privatisierungspolitik in ihre
2841 Nachbarschaft. Das muss sich ändern.

Begründung

Wer ist hier autoritär?

Antrag L.01.2837.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2837 - 2839

2825 Während Bundesregierung und EU-Kommission gern von Menschenrechten und
2826 feministischer Außenpolitik reden, ist die Realität leider eine völlig andere.
2827 Militär- und Polizei verschmelzen zunehmend, insbesondere an den von Frontex
2828 bewachten Außengrenzen der EU. Die Militarisierung der EU-Außengrenzen und die
2829 militärische „Unterstützung“ von Drittstaaten zur Vorverlagerung der europäischen
2830 Grenzen zum Zweck der Migrationsabwehr ist brutal, inhuman und verletzt massiv
2831 die Charta der Grundrechte. Sie destabilisiert die Gesellschaften. Die
2832 ~~Kooperation mit autoritären Staaten zur~~ teuren, ~~Abschottung der EU gegen~~ fossilen ~~Geflüchtete~~
2833 ~~schafft selbst neue Unsicherheiten. Das schadet auch der Demokratie in Europa -~~
2834 ~~in einer Festung kann sich keine Demokratie entwickeln. Abschottung ist~~
2835 ~~inzwischen selbst zu einem großen Geschäftszweig geworden, mit Überwachung und~~
2836 ~~„Sicherheitstechnik“ werden riesige Profite erzielt. Auch die Abhängigkeit der~~
2837 ~~europäischen Energieversorgung von~~ teuren, ~~fossilen~~ Diktaturen (früher Russland,
heute-
2838 Katar) Energieträgern ~~schadet dem weltweiten Klima,~~ ~~unserer Demokratie hier~~ ~~und den~~
 ~~Menschen~~ ~~vor-~~
2839 ~~Ort.~~ Bisher exportiert die EU über Beitritts- und Assoziierungsabkommen sowie
2840 ihre Handelspolitik zudem häufig Kürzungs- und Privatisierungspolitik in ihre
2841 Nachbarschaft. Das muss sich ändern.

Begründung

Hier Demokratie - dort Diktatur klappt auch hier nicht. Die Menschheit muss aus der klimaschädigenden Energieversorgung aussteigen.

Antrag L.01.2853.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:

Christoph Spehr (LV Bremen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2853 - 2856

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!

2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur

2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:

2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,

2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen

2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.

2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und

2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung

2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,

2852 dienen.

2853 ~~-Die- Wir lehnen es ab, dass autoritäre Regierungen oppositionelle Bewegungen und Organisationen kriminalisieren und dass die EU aus opportunistischen Gründen diese~~

2854 ~~Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und~~

2855 ~~Behörden in der EU wollen wir beenden. Die~~ nachvollzieht. Dazu gehört auch, dass die

2856 ~~PKK muss~~ endlich von der „Terrorliste“

2855 der EU gestrichen ~~werden.~~

2856 wird.

- Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und

2857 Söldnerfirmen in der EU.

2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den

2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre

2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.

2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und

2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir

2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan

2864 bis in die Westsahara.

2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein

2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische

2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung

2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.

2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-

2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort

2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die

2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und

2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden.

Begründung

Es geht nicht darum, dass wir die Kriminalisierung von Bewegungen und Organisationen ablehnen, weil wir sie für fortschrittlich halten. Sondern dass die EU ihre Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit nicht über Bord werfen darf, nur weil andere Staaten Druck machen, an denen die EU außenpolitisch, militärisch oder wirtschaftlich Interesse hat.

Antrag L.01.2855.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2855 - 2856

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!
2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur
2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:
2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,
2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen
2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.

2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.

2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“

2855 ~~der EU gestrichen werden.~~

2856 der EU gestrichen werden.

2857 - Wir sind unverbrüchlich solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und fordern die Beendigung der 60 Jahre andauernden völkerrechtswidrigen Blockade, die massive ökonomische Schäden anrichtet. Kuba ist ein Beweis dafür, dass internationale Solidarität, Emanzipation und Menschenwürde verwirklicht werden können. Die Sanktionen gegenüber Kuba müssen sofort aufgehoben werden und die EU muss sich gegenüber den USA dafür einsetzen, dass Kuba von der Liste der Staatsförderer des Terrorismus gestrichen wird.

- Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.

2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.

2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.

2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.

2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-
2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort
2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die
2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und
2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden.

Begründung

Solidarität mit Kuba ist Parteilassung und muss auch im Europa-Wahlprogramm sichtbar werden.

Antrag L.01.2869.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2868 - 2873

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!
2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur
2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:
2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,
2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen
2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.

2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.

2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“
2855 der EU gestrichen werden.

2856 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.

2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.

2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.

2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.

2869 ~~-EU-~~

EU-Erweiterungspolitik ohne Doppelstandards

Seit dem Ukraine-Krieg stehen die östliche Nachbarschaft der EU, einschließlich der
eröffneten Beitrittsverfahren mit der Ukraine und Moldau und die verschleppten
Beitrittsperspektiven der Balkanländer wieder auf dem Prüfstand.

Erweiterung ~~an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-~~
2870 ~~Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort~~
2871 ~~gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die~~
2872 ~~geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und~~
2873 ~~Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden.~~ muss auch Vertiefung bedeuten und in
Zukunft klären, wann Mehrheitsentscheidungen und wann Einstimmigkeit einer
größeren EU sie solidarisch und friedlich voranbringen und vor allem kleineren
Mitgliedsstaaten eine gleichberechtigte Mitentscheidung sichern.

Die EU hat in der Erweiterungspolitik den Kompass, sich der gesellschaftliche Gesamtentwicklung, insbesondere der Förderung rechtsstaatlicher Prozesse in den Kandidatenländern, dem Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Teilhabe, längst verloren. Stattdessen wird ein politisch instrumentelles, rein ökonomisches Interesse an der Zusammenarbeit mit diesen Nachbarstaaten der EU zu verfolgt. Regime wie Aserbaidshan dürfen nicht länger unterstützt werden, so lange sie eine ganze Region destabilisieren und der eigenen wie der armenischen Bevölkerung gegenüber repressiv und völkerrechtswidrig auftreten. Zudem muss die EU sich in diesem Zusammenhang zur Rolle der Türkei in Aserbaidshan verhalten.

- Die LINKE fordert die EU auf, ihr Verhältnis zum NATO-Mitglied und EU-Premium-Partner Türkei zu klären. Der Beitrittsprozess wird von Präsident Erdoğan nicht mehr verfolgt. Die EU bindet sich jedoch weiterhin durch den Flüchtlingsdeal des Europäischen Rates an das AKP-Regime und schaut bei den innen- und außenpolitischen Repressionen der türkischen Regierung sowie ihrem geopolitischen Eingreifen im Südkaukasus regelmäßig weg.
- DIE LINKE wird sich gegen eine ausschließlich ökonomisch intendierte, interessengeleitete Erweiterungspolitik einsetzen, die letztlich den europäischen Binnenmarkt abschottet.
- Demokratisierung und Rechtsstaatsdiskurse sollten von den NGO und Zivilgesellschaften, von der kritischen Opposition in den Kandidatenländern mitbestimmt werden.
- Medienfreiheit, Bildung, Teilhabe an europäischer Öffentlichkeit aus der Perspektive der Nachbarstaaten und Beitrittskandidaten sind umfassend durch europäische Förderprogramme zu fördern.

Begründung

Der kurze Abschnitt, in dem die Erweiterungspolitik bisher - innerhalb der EU-Nachbarschaftspolitik - Erwähnung fand, nachdem die Nachbarschaftspolitik beinahe ausschließlich sicherheitspolitisch behandelt wurde, ist redundant, nichts Neues hinzufügend und extrem allgemein. Daher gibt es bisher in unserem Wahlprogramm weder Aussagen zu den Beitrittsperspektiven des Balkan noch zur Ukraine und Moldau oder zum stagnierenden Beitrittsprozess der Türkei. Dies wird im Wahlkampf aber nicht nur viele Podien bestimmen. Es interessiert auch Wählerinnen und Wähler, was DIE LINKE hier für konkrete Positionen vertritt, weshalb diese in einem Extraabschnitt Platz finden müssen.

Antrag L.01.2870.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:

KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2870 - 2873

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!

2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur

2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:

2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,

2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen

2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.

2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdienstesätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.
2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“
2855 der EU gestrichen werden.
2856 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.
2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.
2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.
2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.
2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-
2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort-
2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die-
2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA Indikatoren, an wirtschaftliche
Stabilität und an wirksame Korruptionsbekämpfung gebunden sein, noch an Kürzungs-
und
2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden. Die Türkei und die Ukraine erfüllen diese
Voraussetzungen derzeit nicht.

Begründung

'Ich glaube, dass Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert' - mit diesen Worten warb EU-Kommissionschefin von der Leyen bei ihrer Rede vor dem EU-Parlament für eine Aufnahme der Ukraine, Georgiens und weiterer Staaten in die EU. Soll eine sozial und politisch so tief gesplante EU, die schon jetzt mit vielen Problemen völlig überfordert ist, ein Land aufnehmen, das abgesehen von den bestehenden Demokratie-Defiziten zu den korruptesten Europas gehört und das bereits vor dem Krieg nicht einmal eine halb so hohe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hatte wie das wirtschaftlich schwächste EU-Land?

Antrag L.01.2873.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
-------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2873

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!
2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur
2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:
2845 legale Fluchtwege)

2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,
2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen
2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.
2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.
2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“
2855 der EU gestrichen werden.
2856 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.
2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.
2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.
2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.
2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-
2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort
2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die
2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und
2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden. Eine Aufnahme der Ukraine und weiterer
Staaten Osteuropas in die EU kommt daher aus Sicht der LINKEN auf absehbare Zeit
nicht in Frage und muss zurückgewiesen werden. Diese Länder sind von einer Erfüllung
der ökonomischen, sozialen und politischen Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft weit
entfernt. Ihre Aufnahme würde nur zu einer weiteren ökonomischen, sozialen und
politischen Zerrüttung der Verhältnisse und einer Stärkung antisozialer und rechter
nationalistischer Kräfte in der EU beitragen

Begründung

Das ist eine notwendige Konkretisierung der zuvor genannten Kriterien für die aktuell bzw. absehbar anstehenden Fragen. Hinzu kommt, dass eine Osterweiterung der EU im Zusammenhang mit Osterweiterung der NATO und als Element einer Politik der Konfrontation gegenüber Russland zu sehen ist.

Antrag L.01.2874.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2874

9. Präventive europäische Gesundheitspolitik

2875

Gute Gesundheit und Pflege

Begründung

Erstellung des Kapitel "9. Präventive europäische Gesundheitspolitik" und Verschiebung des Absatzes "[Gute Gesundheit und Pflege](#)" (Zeilen 947 - 996) auf diese Position (Zeilen 2874 ff.)

Antrag L.01.2881.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2881 - 2882

2880 - Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür müssen die internationale

2881 Gerichtsbarkeit gestärkt und Doppelstandards überwunden werden. Auch ~~westliche~~
2882 ~~Staaten wie die USA~~ [Staaten wie die USA und Russland](#) müssen sich verantworten.

2883 - Völker- und menschenrechtliche Konventionen gelten auch für die EU und ihre
2884 Verbündeten! Der Debatte über eine Lieferung von geächteten Waffen in
2885 Ausnahmefällen (wie z. B. Streumunition) erteilen wir eine klare Absage. Kein
2886 Zweck heiligt die Mittel!

2887 - Die EU muss sich überall aktiv für die Freilassung politischer Gefangener
2888 einsetzen. Wir sind solidarisch mit verfolgten Whistleblowern wie Edward Snowden
2889 und Journalisten wie Julian Assange, die Kriegsverbrechen und rechtswidrige
2890 Überwachung der USA öffentlich gemacht haben.

2891 - Wir fordern ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten.
2892 - Die EU muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen, wie die Einbindung von
2893 Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile
2894 Vermittler, richten. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten
2895 Mittel müssen systematisch erhöht werden.

2896 - International bereits bewährte Instrumente wie unbewaffnetes ziviles
2897 Peacekeeping müssen gefördert werden.

Begründung

Bis auf die USA haben alle westlichen Staaten das Abkommen über den internationalen Strafgerichtshof ratifiziert. Russland hat dies ebenfalls nicht getan.

Antrag L-01.2893.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2893

2880 - Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür müssen die internationale
2881 Gerichtsbarkeit gestärkt und Doppelstandards überwunden werden. Auch westliche
2882 Staaten wie die USA müssen sich verantworten.

2883 - Völker- und menschenrechtliche Konventionen gelten auch für die EU und ihre
2884 Verbündeten! Der Debatte über eine Lieferung von geächteten Waffen in
2885 Ausnahmefällen (wie z. B. Streumunition) erteilen wir eine klare Absage. Kein
2886 Zweck heiligt die Mittel!

2887 - Die EU muss sich überall aktiv für die Freilassung politischer Gefangener
2888 einsetzen. Wir sind solidarisch mit verfolgten Whistleblowern wie Edward Snowden
2889 und Journalisten wie Julian Assange, die Kriegsverbrechen und rechtswidrige
2890 Überwachung der USA öffentlich gemacht haben.

2891 - Wir fordern ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten.

2892 - Die EU muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen, wie die Einbindung von

2893 Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, ~~Abgabe~~Einsammeln von Schusswaffen und
zivile

2894 Vermittler, richten. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten
2895 Mittel müssen systematisch erhöht werden.

2896 - International bereits bewährte Instrumente wie unbewaffnetes ziviles

2897 Peacekeeping müssen gefördert werden.

Begründung

missverständlich

(Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE Kreis Soest 26.10.2023)

Antrag L.01.2898.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2898

2898 ~~Sicherheit geht anders: Vereinte Nationen stärken ...~~Aus der Pandemie lernen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Aus der Pandemie lernen" \(Zeilen 997 - 1028\)](#)" auf diese
Position (Zeilen 2898 ff.)

Antrag L.01.2907.1: Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2907 - 2908

2904 Am Ende der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Pakt hätte es die
2905 Möglichkeit gegeben, den Weg freizumachen für ein kollektives Sicherheitsbündnis,
2906 das nicht zu Unsicherheit für andere führt. Diese Gelegenheit ist verpasst
2907 ~~worden. Die Entwicklung seitdem zeigt nicht, dass dieser Weg unmöglich~~worden. Nach
dem Ende des kalten Krieges war,
2908 ~~sondern dass er notwendig gewesen wäre~~ Russland versprochen worden, dass sich die
NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen würde. Mit der Aufnahme verschiedenen
osteuropäischer Staaten in die NATO und der geplanten Aufnahme der Ukraine wurde
jedoch Ängste in Russland erzeugt, woraus Russland das Recht abgeleitet hatte im
vermeintlichen Interesse der eigenen Sicherheit die Ukraine anzugreifen. Es bleibt die
Herausforderung, eine
2909 globale Friedensordnung zu schaffen, die möglichst alle Staaten umfasst. Auch
2910 deshalb bedarf es eines Endes der russischen Aggression und eines gerechten
2911 Friedens in der Ukraine.

Antrag L.01.2911.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2911

2904 Am Ende der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Pakt hätte es die
2905 Möglichkeit gegeben, den Weg freizumachen für ein kollektives Sicherheitsbündnis,
2906 das nicht zu Unsicherheit für andere führt. Diese Gelegenheit ist verpasst
2907 worden. Die Entwicklung seitdem zeigt nicht, dass dieser Weg unmöglich war,
2908 sondern dass er notwendig gewesen wäre. Es bleibt die Herausforderung, eine
2909 globale Friedensordnung zu schaffen, die möglichst alle Staaten umfasst. Auch
2910 deshalb bedarf es eines Endes der russischen Aggression und eines gerechten
2911 Friedens in der Ukraine.

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und
ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands,
das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den
Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation
dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des
Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO
entzogen wird. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr.

Begründung

Diese Aussagen des Erfurter Parteiprogramms der LINKEN sind weiterhin richtig und

richtungsweisend.

Antrag L.01.2922.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: Cuba Sí

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2922

2917 Für DIE LINKE stellen die UN den Ansatzpunkt für die Staaten der EU dar, eine
2918 gemeinsame zivile Außenpolitik praktisch zu organisieren und global Sicherheit zu
2919 schaffen. Wir reduzieren Sicherheit nicht auf Militär und Gewalt, sondern nehmen
2920 die tieferliegenden Ursachen von Unsicherheit in den Blick: Fehlende soziale
2921 Sicherheit resultiert oft aus ökonomischen Interessen. Die Macht zwischen
2922 globalem Norden und Süden ist auch im System der UN ungleich verteilt. Dennoch
sind
2923 die Institutionen und Unterorganisationen der UN inklusiver und transparenter als
2924 alle informellen Zusammenschlüsse mächtiger Staaten wie die G20 oder die G7. Bis
2925 heute spielen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die
2926 Weltbank eine wichtige Rolle bei der Entwicklung globaler Wirtschafts- und
2927 Handelspolitik. Jahrzehntelang agierten sie als Hebel für Privatisierungen und
2928 Kürzungen. Wir wollen dagegen die UN und ihre entsprechenden internationalen
2929 Institutionen stärken und sie zu Foren für soziale Entwicklung machen.

Begründung

Korrektur

Antrag L.01.2922.2: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2922

2917 Für DIE LINKE stellen die UN den Ansatzpunkt für die Staaten der EU dar, eine
2918 gemeinsame zivile Außenpolitik praktisch zu organisieren und global Sicherheit zu
2919 schaffen. Wir reduzieren Sicherheit nicht auf Militär und Gewalt, sondern nehmen
2920 die tieferliegenden Ursachen von Unsicherheit in den Blick: Fehlende soziale
2921 Sicherheit resultiert oft aus ökonomischen Interessen. Die Macht zwischen
2922 globalem Norden und Süden ist auch im System der UN ungleich verteilt. Dennoch
sind
2923 die Institutionen und Unterorganisationen der UN inklusiver und transparenter als
2924 alle informellen Zusammenschlüsse mächtiger Staaten wie die G20 oder die G7. Bis
2925 heute spielen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die
2926 Weltbank eine wichtige Rolle bei der Entwicklung globaler Wirtschafts- und
2927 Handelspolitik. Jahrzehntelang agierten sie als Hebel für Privatisierungen und
2928 Kürzungen. Wir wollen dagegen die UN und ihre entsprechenden internationalen

2929 Institutionen stärken und sie zu Foren für soziale Entwicklung machen.

Begründung

redaktioneller Fehler vermutlich?

Antrag L.01.2932.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Kreis Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2932 - 2933

2930 - Wir wollen die UN aufwerten und zu dem internationalen Ort machen, an dem
2931 verfeindete Staaten niederschwellig in Dialog treten. Entspannungspolitik kann es

2932 nur unter jenen geben, die miteinander ~~Konflikte haben.~~

2933 reden.

- Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der
2934 für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.

2935 - Wir wollen einen Ausgleich ökonomischer Interessen im Nord-Süd-Verhältnis
2936 erreichen. Die Unterorganisationen der UN haben erhebliches Wissen, das für die
2937 Entwicklung einer gerechten Welthandelspolitik genutzt werden muss.

2938 - Wir wollen Fragen des Welthandels verstärkt in die UN holen. So können sie
2939 angemessen mit sozialen, entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen verknüpft
2940 werden - und die UN-Nachhaltigkeitsziele mit Leben gefüllt werden.

2941 - Wir fordern eine vierte Konferenz für Entwicklungsfinanzierung unter
2942 Federführung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN (ECOSOC), um strukturelle
2943 Probleme der Wirtschaftspolitik in Finanzregulierung, Schulden, Steuern, Handel
2944 und Technologie anzugehen.

Begründung

Die ursprüngliche Aussage erschließt sich uns nicht.

(Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE Kreis Soest 26.10.2023)

Antrag L.01.2945.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2945

2945 ~~...~~ Gute und demokratisieren! bezahlbare Pflege für alle in Europa mit fairen Arbeitsbedingungen

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Gute und bezahlbare Pflege für alle in Europa mit fairen Arbeitsbedingungen](#)" (Zeilen 1029 -1063) auf diese Position (Zeilen 2823 ff.)

Antrag L.01.2954.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2954

2954 - Die UN-Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden ~~und~~
und das Recht erhalten, mit qualifizierter Mehrheit ein Veto eines
Sicherheitsratsmitgliedes zu überstimmen.

2955 Die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir
2956 ab.

2957 - Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungssache! Immer wieder wird der UN-
2958 Sicherheitsrat durch die Einzelinteressen der Großmächte blockiert, selbst in
2959 humanitären Fragen. Das zeigt sich z. B. in Syrien und hat fatale Auswirkungen
2960 für viele Menschen. Wir wollen eine von einzelnen Mitgliedstaaten unabhängige UN-
2961 Instanz schaffen, die Hilfslieferungen in Konfliktregionen ermöglicht, ohne die
2962 Zustimmung des Sicherheitsrates zu benötigen.

2963 - Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
2964 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
2965 oder das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht
2966 in der Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer
2967 müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die
2968 Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es nur um einen Bruchteil
2969 der deutschen Rüstungsausgaben.

Begründung

Die Forderung nach Stärkung der Generalversammlung ist richtig, aber viel zu unkonkret.

Antrag L.01.2955.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: KV Mettmann

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2955

2954 - Die UN-Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden.

2955 Das VETO-Recht im UN-Sicherheitsrat muss abgeschafft werden. Die Forderung nach
einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir

2956 ab.

2957 - Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungssache! Immer wieder wird der UN-
2958 Sicherheitsrat durch die Einzelinteressen der Großmächte blockiert, selbst in
2959 humanitären Fragen. Das zeigt sich z. B. in Syrien und hat fatale Auswirkungen

2960 für viele Menschen. Wir wollen eine von einzelnen Mitgliedstaaten unabhängige UN-
2961 Instanz schaffen, die Hilfslieferungen in Konfliktregionen ermöglicht, ohne die
2962 Zustimmung des Sicherheitsrates zu benötigen.

2963 - Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
2964 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
2965 oder das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht
2966 in der Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer
2967 müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die
2968 Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es nur um einen Bruchteil
2969 der deutschen Rüstungsausgaben.

Begründung

Die sechs ständigen Mitglieder nehmen im System der UN zugleich eine derart privilegierte Rolle ein, dass sie die Charta der UN de facto immer wieder brechen können. Dabei sind demokratische Entscheidungen das Ergebnis eines Prozesses mit Diskussionen, Verhandlungen und Kompromissen. Ein VETO-Recht blockiert demokratische Entscheidungen, da ein Land Entscheidungen blockieren kann und somit keine faire Verhandlung und eine demokratische Ergebnisfindung auf Augenhöhe möglich ist.

Antrag L.01.2956.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	Cuba Sí
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2956 - 2957

2954 - Die UN-Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden.
2955 Die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir
2956 ab.

2957 - Den Ländern des globalen Südens müssen mehr Mitspracherechte eingeräumt und eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung der drängendsten Probleme der Welt zugestanden werden.

- Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungssache! Immer wieder wird der UN-Sicherheitsrat durch die Einzelinteressen der Großmächte blockiert, selbst in humanitären Fragen. Das zeigt sich z. B. in Syrien und hat fatale Auswirkungen für viele Menschen. Wir wollen eine von einzelnen Mitgliedstaaten unabhängige UN-Instanz schaffen, die Hilfslieferungen in Konfliktregionen ermöglicht, ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates zu benötigen.

2963 - Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
2964 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
2965 oder das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht
2966 in der Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer
2967 müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die
2968 Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es nur um einen Bruchteil
2969 der deutschen Rüstungsausgaben.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.2956.2: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2956 - 2957

2954 - Die UN-Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden.

2955 Die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir

2956 ab.

2957 - Wir unterstützen den Vorschlag der BRICS-Staaten, Süd-Afrika, Brasilien und Indien als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat aufzunehmen, um der Tatsache einer multipolaren Welt und den Interessen des globalen Südens stärker Rechnung zu tragen.

- Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungssache! Immer wieder wird der UN-Sicherheitsrat durch die Einzelinteressen der Großmächte blockiert, selbst in humanitären Fragen. Das zeigt sich z. B. in Syrien und hat fatale Auswirkungen für viele Menschen. Wir wollen eine von einzelnen Mitgliedstaaten unabhängige UN-Instanz schaffen, die Hilfslieferungen in Konfliktregionen ermöglicht, ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates zu benötigen.

2958 - Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es nur um einen Bruchteil der deutschen Rüstungsausgaben.

Begründung

Wir wollen eine tatsächliche Reform der UNO, deshalb muss der globale Süden stärkere Rechte erhalten.

Antrag L.01.2972.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2972

2972 ~~Sozial gerecht weltweit~~ Kostenlose und qualifizierte Psychotherapie

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Kostenlose und qualifizierte Psychotherapie" (Zeilen 1064

[-1080](#)) auf diese Position (Zeilen 2972 ff.)

Antrag L.01.2974.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in: BV Hamburg-Wandsbek, AG Welthandel und Entwicklung

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2974

2973 Immer noch profitieren der Westen und die EU-Länder von ungerechten

2974 Handelsbeziehungen, die auf Jahrhunderten des Kolonialismus aufbauen. Oft sind Die Industrieländer erhalten günstig Rohstoffe und liefern industriell hergestellte Waren. Außerdem nutzen sie das niedrige Lohnniveau der Länder des globalen Südens für eigene Zwecke aus. Für diese Länder bedeutet dies eine Zementierung der Armut. Sie sollten stattdessen in die Lage versetzt werden, Rohstoffe selbst zu verarbeiten und mit Hilfe protektiver Handelspolitik den wirtschaftlichen Aufbau ihrer Länder zu schützen. Oft sind

2975 die Arbeitsbedingungen am Ende der europäischen Lieferketten brutal. Das hat
2976 fatale Effekte für Milliarden Menschen: Die weltweite Hungerkrise, ausgelöst
2977 durch die Folgen des Klimawandels, Ausbeutung und ungleiche Verteilung von
2978 Ressourcen, bedroht weltweit Millionen Menschen. Um Ressourcen, wie seltene
2979 Erden, die für die Digitalisierung und den klimagerechten Umbau entscheidend
2980 sind, ist längst ein weltweiter Konkurrenzkampf entbrannt. Bei der Suche nach
2981 Energiealternativen droht für Staaten des globalen Südens ein „grüner
2982 Kolonialismus“. Der Streit um ukrainische Getreideexporte hat gezeigt, wie fragil
2983 die Ernährungsversorgung in weiten Teilen der Welt ist. Wichtige Entscheidungen
2984 der globalen Wirtschaftspolitik werden von exklusiven Gruppen wie Paris Group, G7
2985 oder G20 getroffen. Mit dem „Splitting“, also dass Freihandelsabkommen ohne
2986 Zustimmung der Mitgliedsländer und ihrer Parlamente durchgesetzt werden, werden
2987 demokratische Mehrheiten ausgehebelt. Entwicklungsprogramme des globalen
Nordens,

2988 wie die Afrika-Strategie der EU, dienen eher den ökonomischen Interessen und dem
2989 Einfluss seiner Eliten und großer Konzerne. Oft legitimieren sie bestehenden
2990 Ungleichheiten, ohne für eine spürbare Verbesserung der Situation in den Ländern
2991 des Südens zu sorgen. Es ist daher kein Wunder, dass die Kritik an der Politik
2992 von EU und USA inzwischen weltweit wächst. Dagegen würde eine EU, die in unserer
2993 multipolaren Welt inklusive Lösungen verhandelt, auch an diplomatischem Gewicht
2994 gewinnen. Ein multilateraler Ausgleich von Interessen umfasst dabei auch Fragen
2995 von Ökonomie und Entwicklung.

Zeile 3018 - 3066

~~3018 –Wir wollen ein effektives europäisches Lieferkettengesetz, das wirksam gegen
3019 Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden vorgeht
3020 und klare Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt. Der Finanzsektor darf
3021 von diesem Gesetz nicht ausgeschlossen bleiben. Der EU-Rat muss den Weg für die
3022 Lieferkettenrichtlinie des Europaparlamentes freimachen. (Siehe Kapitel 2, „Für
3023 die sozial-ökologische Rohstoffwende“)
3024 –Europäische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) setzen auf Ausbeutung von
3025 Rohstoffen und Migrationsabwehr, das lehnen wir ab. Wir wollen sie durch
3026 Kooperations- und Investitionsabkommen ersetzen, die systematisch darauf~~

3027 ausgerichtet sind, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.
3028 ~~- DIE LINKE setzt sich gegen die Freihandelsideologie und für faire~~
3029 ~~Kooperationsabkommen ein, die die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben, im~~
3030 ~~Einklang mit Klimaschutzzielen, Menschenrechten, Entwicklungszusammenarbeit und~~
3031 ~~Rechten von Beschäftigten stehen und die Bekämpfung von Armut, anstelle von~~
3032 ~~Profitstreben zum Ziel hat.~~
3033 ~~- Zentrale Bestandteile fairer Abkommen sind eine Ablehnung des Handels mit~~
3034 ~~landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für deren Produktion Wälder abgeholzt werden~~
3035 ~~oder die biologische Vielfalt gefährdet wird, eine Rohstoffwende, die~~
3036 ~~Kreislaufwirtschaft stärkt (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger~~
3037 ~~Abfälle“) und der Transfer von Technologie und Wissen.~~
3038 ~~- Demokratische Beteiligung und Transparenz müssen bei Verhandlungen~~
3039 ~~gewährleistet sein! Wir wollen die volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft,~~
3040 ~~einschließlich kleinbäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken, indigener Gruppen~~
3041 ~~usw. und eine starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlungen. Es braucht~~
3042 ~~hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards für Produkte und Dienstleistungen~~
3043 ~~sowie klare Regeln beim Datenschutz. Sonderklagerechte von Konzernen müssen~~
3044 ~~abgeschafft werden.~~
3045 ~~- Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche~~
3046 ~~Betriebe und Landarbeiter*innen weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen,~~
3047 ~~Landwirtschaft nicht vorrangig für den Export zu betreiben. Es muss Schluss damit~~
3048 ~~sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit Lebensmitteln – wie durch in der EU~~
3049 ~~subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden. Wir wollen die ökologische~~
3050 ~~Produktion weltweit fördern und dafür internationale Systeme vereinbaren, die vor~~
3051 ~~Preisverfall schützen.~~
3052 ~~- Wir lehnen das Mercosur-Abkommen, wie es aktuell verhandelt wird, ab. Damit~~
3053 ~~bleibt Lateinamerika reiner Rohstofflieferant, mit negativen Folgen für Klima,~~
3054 ~~Artenschutz und Menschenrechten. Das Abkommen dient vor allem Konzernen und~~
3055 ~~missachtet Bedürfnisse von Mensch und Natur. Stattdessen wollen wir Beziehungen~~
3056 ~~zwischen der EU und Lateinamerika auf Augenhöhe durch einen~~
3057 ~~Partnerschaftsvertrag, der Arbeitnehmerrechte und Umwelt in allen beteiligten~~
3058 ~~Staaten schützt und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung voranbringt.~~
3059 ~~- Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt,~~
3060 ~~die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten~~
3061 ~~dadurch die Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte~~
3062 ~~einklagen zu können.~~
3063 ~~- Wir wollen ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den~~
3064 ~~Mitgliedsstaaten aus Umwelt- und Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das~~
3065 ~~Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss Grundlage der EU-Handelspolitik~~
3066 ~~sein. (Siehe Kapitel 2, Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft)~~

- Wir wollen ein effektives europäisches Lieferkettengesetz, das wirksam gegen Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden vorgeht und klare Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt. Der Finanzsektor darf von diesem Gesetz nicht ausgeschlossen bleiben. Der EU-Rat muss den Weg für die Lieferkettenrichtlinie des Europaparlamentes freimachen. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische Rohstoffwende“)

3067

- Europäische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) sind häufig unter starkem Druck der EU zustande gekommen und überwiegend von den wirtschaftlichen Interessen der EU bestimmt. Sie sehen einen weitgehenden Freihandel vor. Dies führt dazu, dass diese Länder mit billigen, industriell hergestellten Waren überschwemmt werden und die einheimischen Handwerksbetriebe in großem Umfang zugrunde gehen. Die EU muss die EPAs durch

Kooperations- und Investitionsabkommen ersetzen, die systematisch darauf ausgerichtet sind, die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, die im Einklang mit Klimaschutzziele, Menschenrechten und Rechten von abhängig Beschäftigten stehen und die die Bekämpfung von Armut anstelle von Profitstreben zum Ziel haben.

- Zentrale Bestandteile fairer Abkommen sind eine Ablehnung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für deren Produktion Wälder abgeholzt werden oder die biologische Vielfalt gefährdet wird, eine Rohstoffwende, die Kreislaufwirtschaft stärkt (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle“) und der Transfer von Technologie und Wissen.

- Demokratische Beteiligung und Transparenz müssen bei Verhandlungen gewährleistet sein! Wir wollen die volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft, einschließlich kleinbäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken, indigener Gruppen usw. und eine starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlungen. Es braucht hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards für Produkte und Dienstleistungen sowie klare Regeln beim Datenschutz. Sonderklagerechte von Konzernen müssen abgeschafft werden.

- Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche Betriebe und Landarbeiter*innen weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen, Landwirtschaft nicht vorrangig für den Export zu betreiben. Es muss Schluss damit sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit Lebensmitteln – wie durch in der EU subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden. Wir wollen die ökologische Produktion weltweit fördern und dafür internationale Systeme vereinbaren, die vor Preisverfall schützen-

- Die EU sollte kommerzielle landwirtschaftliche Großprojekte ("Grüne Revolution"), die oft die Versorgung der lokalen Bevölkerung missachten, nicht mehr unterstützen. Eine Förderung von Landwirtschaft mit Hybridsaatgut, starker künstlicher Düngung und Pestiziden, die die bäuerlichen Betriebe abhängig von Chemiekonzernen machen, lehnen wir ab. Dasselbe gilt für Projekte, bei denen die einheimische Bevölkerung wegen fehlender Eigentumsnachweise von angestammten Bewirtschaftungsflächen vertrieben wird. Stattdessen setzen wir auf Programme, die lokales Wissen sowie neue Technologien kombinieren, um die soziale Lage und die Ernährungssouveränität der einheimischen Bevölkerung zu sichern.

3068

- Außerdem ist es erforderlich, das Monitoring und die Evaluation bestehender Projekte im Blick auf Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung, zu verbessern.

- Die EU hat mit fast allen westafrikanischen Staaten Fischereiabkommen geschlossen, die europäischen Flotten in großem Umfang den Fang vor ihren Küsten erlauben. Seither klagen die afrikanischen Fischer über starken Rückgang der Bestände. Die EU muss dafür sorgen, dass die Fischerei dort und in anderen Teilen der Welt nicht durch den europäischen Fischfang eingeschränkt wird. Die Versorgung der lokalen Bevölkerung durch die einheimische Fischerei hat Vorrang gegenüber internationalen Wirtschaftsinteressen.

3069

- Wir lehnen das Mercosur-Abkommen, wie es aktuell verhandelt wird, ab. Damit bleibt Lateinamerika reiner Rohstofflieferant, mit negativen Folgen für Klima, Artenschutz und Menschenrechten. Das Abkommen dient vor allem Konzernen und missachtet Bedürfnisse von Mensch und Natur. Stattdessen wollen wir Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika auf Augenhöhe durch einen Partnerschaftsvertrag, der Arbeitnehmerrechte und Umwelt in allen beteiligten Staaten schützt und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung voranbringt.

- Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt,

die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten dadurch die Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte einklagen zu können.

- Wir wollen ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den Mitgliedsstaaten aus Umwelt- und Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss Grundlage der EU-Handelspolitik sein. (Siehe Kapitel 2, Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft)

Zeile 3113 - 3114

3102 Viele Länder des globalen Südens drohen an ihren Schulden zu ersticken. Die
3103 Überschuldung hat dramatische Folgen, da durch Tilgung von Zinsen kaum Geld für
3104 die Bekämpfung von Armut, für Bildung und Gesundheit bleibt. Statt eines
3105 Schuldenschnitts finanziert die EU-Entwicklungshilfe, etwa mit
3106 Infrastrukturmaßnahmen über die Initiative „Global Gateway“. Aber damit will sie
3107 vor allem Anreize für private Geldgeber schaffen. So wird einer Senkung von
3108 Standards, Deregulierung von Märkten und der Privatisierung von Infrastruktur Tür
3109 und Tor geöffnet. Die Initiative wird vor allem aufgrund geostrategischer
3110 Erwägungen, als Gegenmodell zur chinesischen Seidenstraßeninitiative, entwickelt
3111 und nicht primär zur Armutsbekämpfung. Doch ein globales Finanzierungsprogramm
3112 muss die Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort zum Ziel haben.

3113 - Wir fordern einen Schuldenschnitt und ~~eine nachhaltige Entschuldungsinitiative.~~
3114 die Schaffung eines multilateralen, rechtlich verbindlichen Staatsinsolvenzverfahrens unter dem Dach der Vereinten Nationen.

- Wir wollen eine gezielte Ausrichtung der Global-Gateway-Initiative auf sozial-
3115 ökologischen Umbau, transparente Verwendung der Mittel in partnerschaftlichen
3116 Übereinkommen und klare menschenrechtliche Standards für Unternehmen.
3117 Die Koppelung von Entwicklungshilfegeldern an Abschottungsmaßnahmen und
3118 Grenzkontrollen lehnen wir ab. Eine Vergabe von Geldern darf nicht an der
3119 Zusammenarbeit zur Migrationsabwehr gekoppelt werden. (Siehe Kapitel 5, Menschen
3120 retten: legale Fluchtwege)

Begründung

Wenn es um Migration geht, wird oft betont, man müsste die Fluchtursachen bekämpfen. Doch unsere Regierung und die Europäische Union tun das Gegenteil. Die EU hat gegenüber vielen Ländern des globalen Südens zu deren Nachteil Freihandelsabkommen durchgesetzt. Sie hat in Westafrika und anderen Gebieten Fischereiabkommen geschlossen, die zur Schädigung der einheimischen Fischerei führen. Sie unterstützt den Rohstoffexport und behindert den Aufbau einer verarbeitenden Industrie in vielen dieser Länder.

Im bisherigen Text wird auf die ungerechte Handels- und Wirtschaftspolitik hingewiesen, aber in zu allgemeinen Formulierungen. Wir wollen einige wichtige Probleme konkreter benennen und dazu Forderungen aufstellen.

Wir haben in den vergangenen Monaten Kontakt mit verschiedenen NGOs aufgenommen und ihre Mitteilungen ausgewertet. An unserer Beratung im Oktober hat auch Bernd Schneider (Mitarbeiter des Linken-Europaabgeordneten Helmut Scholz) teilgenommen.

Kern unseres Änderungsantrags sind die Abschnitte der Zeilen 3018-3066, die konkrete Problembeschreibungen und Forderungen enthalten.

* Zu den Zeilen 1-4 im Abschnitt der Zeilen 2972-2995 (alte Zählung): Die Ergänzung erscheint uns sinnvoll, um die vorher genannten „ungerechten Handelsbeziehungen“ genauer zu beschreiben.

* Zu den Zeilen 3018-3066: Der bisherige Text ist oft zu allgemein.

Erste Streichung (Zeile 3024-3025 alter Zählung):

- „Ausbeutung von Rohstoffen“: ist so zu ungenau .
- „Migrationsabwehr“ : ist weiter oben im Abschnitt („Gute Nachbarschaft...“) bereits erwähnt und passt hier thematisch nicht.

Zweite Streichung (Zeile 3028-3029 alter Zählung):

- „Freihandelsideologie“: Zu schwach formuliert – es geht nicht nur um Ideologie.
- „faire Kooperationsabkommen“: Wiederholung (vgl. bisherigen Text, Zeilen 3026-3027 alter Zählung)

* Zu den nach Zeile 3051 alter Zählung eingefügten Abschnitten: Hier könnte man noch sehr viel mehr Probleme, Fehlentwicklungen und Forderungen nennen. Wir haben uns auf einige besonders wichtige beschränkt.

Zum Abschnitt der Zeilen 3102-31020 alter Zählung:

* Zu Zeile 3113 alter Zählung: War bisher zu schwach formuliert. Unser Formulierungsvorschlag gründet auf Kommunikation mit dem Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin.

Antrag L.01.2995.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in:

LV Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2995

2973 Immer noch profitieren der Westen und die EU-Länder von ungerechten
2974 Handelsbeziehungen, die auf Jahrhunderten des Kolonialismus aufbauen. Oft sind
2975 die Arbeitsbedingungen am Ende der europäischen Lieferketten brutal. Das hat
2976 fatale Effekte für Milliarden Menschen: Die weltweite Hungerkrise, ausgelöst
2977 durch die Folgen des Klimawandels, Ausbeutung und ungleiche Verteilung von
2978 Ressourcen, bedroht weltweit Millionen Menschen. Um Ressourcen, wie seltene
2979 Erden, die für die Digitalisierung und den klimagerechten Umbau entscheidend
2980 sind, ist längst ein weltweiter Konkurrenzkampf entbrannt. Bei der Suche nach
2981 Energiealternativen droht für Staaten des globalen Südens ein „grüner
2982 Kolonialismus“. Der Streit um ukrainische Getreideexporte hat gezeigt, wie fragil
2983 die Ernährungsversorgung in weiten Teilen der Welt ist. Wichtige Entscheidungen
2984 der globalen Wirtschaftspolitik werden von exklusiven Gruppen wie Paris Group, G7
2985 oder G20 getroffen. Mit dem „Splitting“, also dass Freihandelsabkommen ohne
2986 Zustimmung der Mitgliedsländer und ihrer Parlamente durchgesetzt werden, werden
2987 demokratische Mehrheiten ausgehebelt. Entwicklungsprogramme des globalen
Nordens,
2988 wie die Afrika-Strategie der EU, dienen eher den ökonomischen Interessen und dem
2989 Einfluss seiner Eliten und großer Konzerne. Oft legitimieren sie bestehenden
2990 Ungleichheiten, ohne für eine spürbare Verbesserung der Situation in den Ländern
2991 des Südens zu sorgen. Es ist daher kein Wunder, dass die Kritik an der Politik
2992 von EU und USA inzwischen weltweit wächst. Dagegen würde eine EU, die in unserer
2993 multipolaren Welt inklusive Lösungen verhandelt, auch an diplomatischem Gewicht
2994 gewinnen. Ein multilateraler Ausgleich von Interessen
2995 umfasst dabei auch Fragen von Ökonomie und Entwicklung. Die Stabilisierung der

wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und der EU sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die EU muss ihren Einfluss nutzen, um auf die Beendigung der US-Blockade Kubas und der durch sie verursachte Verletzung von Menschenrechten hinzuwirken.

Antrag L.01.2999.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Stephan Jegielka (Berlin), Melanie Rott (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2999

2996 Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens
2997 muss fair, ökologisch gerecht und auf der Grundlage demokratischer Prinzipien
2998 gestaltet werden. Globale Ungleichheiten müssen endlich durch inklusive Foren
2999 angegangen werden. Wir begrüßen deshalb Initiativen der BRICS-Staaten und
3000 innerhalb der UN, die allen
3001 betroffenen Ländern eine Stimme geben, wie das Forum „UN Financing for
3002 Development“ und die Vorschläge für eine neue globale Steuerkonvention. Die
3003 Nachhaltigkeitsziele der UN (Agenda 2030) haben die Weltgemeinschaft auf Ziele
3004 verpflichtet, die zentraler Bestandteil einer auf Kooperation setzenden Politik
3005 mit den Ländern des globalen Südens sein müssen. Aktuell ist das Erreichen der
3006 Agenda-2030-Ziele hochgradig gefährdet. Auch ein Überschreiten des 1,5-Grad-
3007 Zieles des Pariser Klimaabkommens wird für die Länder des globalen Südens
3008 katastrophale Folgen haben. Das Konzept der „geteilten, aber unterschiedlichen
3009 Verantwortlichkeit“ (shared, but differentiated responsibilities) aus den
3010 globalen Klimaverhandlungen muss daher auch auf anderen Politikfelder angewendet
3011 werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.01.3001.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in:	Cuba Sí
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3001

2996 Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens
2997 muss fair, ökologisch gerecht und auf der Grundlage demokratischer Prinzipien
2998 gestaltet werden. Globale Ungleichheiten müssen endlich durch inklusive Foren
2999 angegangen werden. Wir begrüßen deshalb Initiativen innerhalb der UN, die allen
3000 betroffenen Ländern eine Stimme geben, wie das Forum „UN Financing for
3001 Development“ und die Vorschläge für eine neue globale Steuerkonvention. ~~Die~~ Auch

die Gipfeltreffen der G77-Staaten sind in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Kuba spielte als Gastgeber der Konferenz im September 2023 dabei eine herausragende Rolle und knüpft an die Traditionen der Bewegung der Blockfreien Staaten an. Die

3002 Nachhaltigkeitsziele der UN (Agenda 2030) haben die Weltgemeinschaft auf Ziele
3003 verpflichtet, die zentraler Bestandteil einer auf Kooperation setzenden Politik
3004 mit den Ländern des globalen Südens sein müssen. Aktuell ist das Erreichen der
3005 Agenda-2030-Ziele hochgradig gefährdet. Auch ein Überschreiten des 1,5-Grad-
3006 Zieles des Pariser Klimaabkommens wird für die Länder des globalen Südens
3007 katastrophale Folgen haben. Das Konzept der „geteilten, aber unterschiedlichen
3008 Verantwortlichkeit“ (shared, but differentiated responsibilities) aus den
3009 globalen Klimaverhandlungen muss daher auch auf anderen Politikfelder angewendet
3010 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.3011.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3011

3011 ~~Gerechte Handelspolitik: Kooperation statt Konkurrenz~~ Sichere und kostengünstige
Arzneimittelversorgung

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Sichere und kostengünstige Arzneimittelversorgung](#)" (Zeilen [1081 - 1103](#)) auf diese Position (Zeilen 2823 ff.)

Antrag L.01.3059.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in:	Cuba Sí
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3059

3018 - Wir wollen ein effektives europäisches Lieferkettengesetz, das wirksam gegen
3019 Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden vorgeht
3020 und klare Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt. Der Finanzsektor darf
3021 von diesem Gesetz nicht ausgeschlossen bleiben. Der EU-Rat muss den Weg für die
3022 Lieferkettenrichtlinie des Europaparlamentes freimachen. (Siehe Kapitel 2, „Für
3023 die sozial-ökologische Rohstoffwende“)
3024 - Europäische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) setzen auf Ausbeutung von

3025 Rohstoffen und Migrationsabwehr, das lehnen wir ab. Wir wollen sie durch
3026 Kooperations- und Investitionsabkommen ersetzen, die systematisch darauf
3027 ausgerichtet sind, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

3028 - DIE LINKE setzt sich gegen die Freihandelsideologie und für faire
3029 Kooperationsabkommen ein, die die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben, im
3030 Einklang mit Klimaschutzzielen, Menschenrechten, Entwicklungszusammenarbeit und
3031 Rechten von Beschäftigten stehen und die Bekämpfung von Armut, anstelle von
3032 Profitstreben zum Ziel hat.

3033 - Zentrale Bestandteile fairer Abkommen sind eine Ablehnung des Handels mit
3034 landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für deren Produktion Wälder abgeholzt werden
3035 oder die biologische Vielfalt gefährdet wird, eine Rohstoffwende, die
3036 Kreislaufwirtschaft stärkt (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
3037 Abfälle“) und der Transfer von Technologie und Wissen.

3038 - Demokratische Beteiligung und Transparenz müssen bei Verhandlungen
3039 gewährleistet sein! Wir wollen die volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft,
3040 einschließlich kleinbäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken, indigener Gruppen
3041 usw. und eine starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlungen. Es braucht
3042 hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards für Produkte und Dienstleistungen
3043 sowie klare Regeln beim Datenschutz. Sonderklagerechte von Konzernen müssen
3044 abgeschafft werden.

3045 - Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche
3046 Betriebe und Landarbeiter*innen weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen,
3047 Landwirtschaft nicht vorrangig für den Export zu betreiben. Es muss Schluss damit
3048 sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit Lebensmitteln - wie durch in der EU
3049 subventionierte Lebensmittel - überschwemmt werden. Wir wollen die ökologische
3050 Produktion weltweit fördern und dafür internationale Systeme vereinbaren, die vor
3051 Preisverfall schützen.

3052 - Wir lehnen das Mercosur-Abkommen, wie es aktuell verhandelt wird, ab. Damit
3053 bleibt Lateinamerika reiner Rohstofflieferant, mit negativen Folgen für Klima,
3054 Artenschutz und Menschenrechten. Das Abkommen dient vor allem Konzernen und
3055 missachtet Bedürfnisse von Mensch und Natur. Stattdessen wollen wir Beziehungen
3056 zwischen der EU und Lateinamerika auf Augenhöhe durch einen
3057 Partnerschaftsvertrag, der Arbeitnehmerrechte und Umwelt in allen beteiligten
3058 Staaten schützt und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung voranbringt.

3059 - [Angesichts der Verschärfung der US-Blockade gegen Kuba und der neuerlichen Aufnahme Kuba in die US-Liste „terrorunterstützender Staaten“ kommt dem „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ der Europäischen Union mit Kuba aus dem Jahr 2016 eine besondere Bedeutung zu. Um dieses Abkommen wirkungsvoll umzusetzen und mit Leben zu füllen, ist es erforderlich, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Abkommen unterzeichnen. Litauen hat dies als einziger EU-Mitgliedstaat noch nicht getan. Wir als LINKE weisen alle Versuche der rechten Kräfte im EU-Parlament zurück, dieses Abkommen in Frage zu stellen, und fordern seine vollständige Ratifizierung.](#)

- Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt,
3060 die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten
3061 dadurch die Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte
3062 einklagen zu können.

3063 - Wir wollen ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den
3064 Mitgliedsstaaten aus Umwelt- und Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das
3065 Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss Grundlage der EU-Handelspolitik
3066 sein. (Siehe Kapitel 2, Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft)

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.3067.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in: Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3067

~~3067 Klimafolgen ausgleichen – Verursacher zur Kasse~~

Zeile 3068 - 3077

~~3068 Die ökonomischen wie politischen Verheerungen der Klimakatastrophe überfordern
3069 viele Länder, das treibt Gewalt und Kriege an. Zugleich ist Krieg der größte
3070 Klimakiller. Die EU will den Ländern des globalen Südens nach vielen
3071 Jahrhunderten ungebremster Zerstörung von Natur und Klima durch den globalen
3072 Norden nun mit erhobenem Zeigefinger Vorschriften beim Klimaschutz machen. Doch
3073 die Mehrheit der EU-Klimamittel an den Süden besteht aus Krediten, die die Länder
3074 weiter in die Schuldenfalle treiben. Mit der Digitalisierung haben zudem neue,
3075 geografisch ungleich verteilte Rohstoffe eine neue Bedeutung erlangt. Auch von
3076 dieser neuen Geoökonomie gehen neue Herausforderungen für gerechten Handel und
3077 die Bewahrung von Frieden aus. Es braucht Klimagerechtigkeit!~~

Zeile 3078 - 3100

~~3078 – Wir setzen uns für eine schnelle und transparente Umsetzung des auf der COP27
3079 beschlossenen Kompensationsfonds für Klimaschäden ein. Eine gerechte
3080 Lastenverteilung zwischen den Ländern des Nordens und des Südens muss
3081 sichergestellt werden.
3082 – Ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder ist auch aus Gründen des
3083 Klimaschutzes unerlässlich. (Siehe Kapitel 3, „Klimagerechtigkeit weltweit“)
3084 – Internationale Konzerne dürfen sich nicht mehr von Klimaschutzmaßnahmen
3085 freikaufen, nein zu Greenwashing und Ablasshandel! (Siehe Kapitel 3, „Energie, so
3086 geht’s gerecht“)
3087 – Es braucht schnellen Technologietransfer, damit Photovoltaik- und
3088 Windkraftanlagen oder Batterien für die Mobilität auch in den Ländern des
3089 globalen Südens selbst produziert werden können.
3090 – Die Elektrifizierung der Mobilität darf nicht auf Kosten der Umwelt in anderen
3091 Regionen der Welt erfolgen, in denen die Rohstoffe für E-Mobilität wie Lithium,
3092 Kupfer oder Bauxit entrissen werden.
3093 – Wir müssen unseren Rohstoffbedarf verringern und die Kreislaufwirtschaft
3094 fördern, um die globale Ausbeutung von Ressourcen zu verringern. Wir unterstützen
3095 ein Recht auf Reparatur, dass Hersteller verpflichtet zu fairen Preise
3096 Ersatzteile bereitzuhalten. (Siehe Kapitel 2, „Mehr Kreislaufwirtschaft weniger
3097 Abfälle“)
3098 – Unternehmen müssen verpflichtet werden, Umweltschutz und Menschenrechte beim
3099 Abbau von Rohstoffen einzuhalten. (Siehe Kapitel 2, „Für die sozial-ökologische
3100 Rohstoffwende“)~~

Begründung

Streichen, da Dopplung mit KG-Kapitel. Einzelne Forderungen im KG Teil übernehmen

Antrag L.01.3067.2: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3067

3067 ~~Klimafolgen ausgleichen – Verursacher zur Kasse~~ Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS)

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Europäischer Gesundheitsdatenraum \(EHDS\)" \(Zeilen 1104 - 1129\)](#) auf diese Position (Zeilen 3067 ff.)

Antrag L.01.3101.1: Änderungsantrag zu EWP29

Änderungsantrag zu EWP29

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3101

3101 ~~Global gerecht: Schulden streichen und Entwicklung finanzieren~~ Drogen entkriminalisieren

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Drogen entkriminalisieren" \(Zeilen 1130 - 1144\)](#) auf diese Position (Zeilen 3101 ff.)

Antrag L.01.3121.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3121

3121 ~~5. MEHR DEMOKRATIE, WENIGER LOBBYISMUS~~

Legalisierung jetzt!

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Legalisierung jetzt!" \(Zeilen 3708 - 3724\)](#) auf diese Position (Zeilen 3121 ff.)

Antrag L.01.3122.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3122 - 3129

3122 Wir streiten für eine EU, in der Demokratie jeden Tag ~~erlebbare~~gelebt wird. Wir wollen
3123 die Rechte der Menschen stärken - für mehr Teilhabe und Mitbestimmung, gegen
3124 Überwachung und Ausbeutung. Wir wollen das Europäische Parlament stärken und den
3125 Einfluss der mächtigen Lobbyverbände in Brüssel ~~begrenzen~~zurückdrängen. Die
Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere im Finanzsektor, die Stärkung
des Öffentlichen und einer demokratischen Öffentlichkeit sind unsere Alternativen zu
neoliberaler Privatisierung und einem autoritären Sicherheitsstaat. Demokratie muss
mehr
3126 bedeuten, als alle paar Jahre seine Stimme abzugeben. Demokratie bedeutet ~~mehr~~
gemeinsames Engagement der Vielen, in Gewerkschaften, Selbstverwaltungen,
Betrieben und im Büro, in Schulen und Hochschulen, in Vereinen und Bewegungen, für
Gleichheit: beim Zugang zumVerfügung über den gesellschaftlichen Reichtum, ~~bei den~~
über die Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern in Europa und in
Deutschland, ~~bei~~
3129 ~~den~~über die Entscheidungen, die das Leben aller in Europa betreffen. Die öffentlichen
3130 Leistungen, die soziale Vorsorge dürfen nicht durch Profitstreben, Spekulation
3131 und Markt kaputt gemacht werden.

Begründung

Demokratie ist gemeinsames, verantwortliches Handeln zur Entwicklung der Gesellschaft,
(auch)
außerhalb des Parlaments – und kein Freizeitpark.

Antrag L.01.3151.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3151 - 3152

3142 Seit die sozialen Grundlagen der Demokratien in Europa ausgehöhlt werden, werden
3143 die Rechten stärker. Die rechten Regierungen machen mobil gegen Sozialstaat und
3144 Demokratie, gegen die Rechte der Menschen und gegen Arbeitsschutzgesetze,

3145 Frauenrechte, Queers und Geflüchtete. Sie befeuern Rassismus und
3146 Menschenfeindlichkeit. DIE LINKE steht gegen die rechtsextremen Bewegungen und
3147 Parteien überall in Europa. Wir wehren uns gegen den Abbau von Demokratie und
3148 Grundrechten. Wir kämpfen überall gegen Rassismus und Diskriminierung. Wir wollen
3149 den Rechten den Treibstoff entziehen: Das Gefühl so vieler Menschen, dass es
3150 nicht gerecht zugeht ist richtig, aber die Antworten der Rechten sind falsch und
3151 schädlich. ~~Sie befördern Ungerechtigkeit und Unrecht und stärken die Macht der~~
3152 ~~Mächtigen im Namen der Ohnmächtigen~~ Wenn die Rechten von Alternativen und
Lösungen sprechen, meinen sie Krieg mit Aufrüstung und Militarisierung nach innen
und außen. Sie spielen Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für
Frieden und soziale Verbesserung zu verhindern. Da gibt es nur eins: Wir nehmen
zusammen unsere Geschicke in die Hand für Frieden, soziale
Progression und internationale Solidarität.

Begründung

Die Demagogie der extrem Rechten müssen wir schon aufspießen, um sie zu entlarven und selber vielmehr Perspektiv- und Bezugspunkt für den gesellschaftlichen Unmut zu sein, damit daraus aktive, antifaschistische Gegenwehr wird.

Antrag L.01.3162.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3162

3160 In den vergangenen Jahren haben Tausende europäische Bürger*innen,
3161 Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Gewerkschaften im Rahmen der
3162 Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) Ideen zur Weiterentwicklung der EU und für
Reformen der EU-Institutionen
3163 entwickelt. Der Zukunftskonvent organisierte zum ersten Mal einen transnationalen
3164 demokratischen Prozess. 2022 wurden 49 Vorschläge als Ergebnis vorgelegt. Diese
3165 Vorschläge spiegeln die Erwartungen der europäischen Bürger*innen: Sie wünschen
3166 sich eine stärkere öffentliche Daseinsvorsorge, höhere Steuern für
3167 Großunternehmen, kostenfreie Bildungs- und Erziehungsangebote. DIE LINKE war Teil
3168 des Zukunftskonvents, wir unterstützen die Forderungen - und treten an, um sie in
3169 der EU zu verwirklichen.

Begründung

Es wurden nicht nur Reformen der EU-Institutionen diskutiert, sondern auch, wie man die EU grundsätzlich weiterentwickeln kann. Beispielsweise im Bereich einer gemeinschaftlichen Klima- und Umweltpolitik oder auch einer gemeinschaftlichen Gesundheitspolitik.

Antrag L.01.3163.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3163 - 3164

3160 In den vergangenen Jahren haben Tausende europäische Bürger*innen,
3161 Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Gewerkschaften im Rahmen der
3162 Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) Ideen für Reformen der EU-Institutionen
3163 ~~entwickelt. Der Zukunftskonvent organisierte~~ entwickelt. Die Konferenz zur Zukunft
Europas hat zum ersten Mal einen transnationalen
3164 demokratischen Prozess geboten, der aber noch ausbaufähig ist, da bspw. die
erarbeiteten Vorschläge nicht verbindlich in Politikgestaltung eingeflossen sind. 2022
wurden ~~49 Vorschläge~~ als Ergebnis 49 Vorschläge mit zahlreichen konkreten
Handlungsempfehlungen zu Themen wie Klimaschutz, Energie, Migration, Außen- und
Sicherheitspolitik, Mobilität, Soziales, Gesundheit und Pflege oder auch Jugend und
Bildung vorgelegt. EU-Politik soll gemeinschaftlich entwickelt werden, um die EU mit
Blick auf die Bekämpfung der grenzübergreifenden multiplen Krisen zukunftsfähiger
und resilienter zu machen. Diese
3165 Vorschläge spiegeln die Erwartungen der europäischen Bürger*innen: Sie wünschen
3166 sich eine stärkere öffentliche Daseinsvorsorge, höhere Steuern für
3167 Großunternehmen, kostenfreie Bildungs- und Erziehungsangebote. DIE LINKE war Teil
3168 des Zukunftskonvents, wir unterstützen die Forderungen - und treten an, um sie in
3169 der EU zu verwirklichen.

Begründung

Wir sollten beim Begriff Konferenz zur Zukunft Europas bleiben, da diese nicht einem Konvent gleichzusetzen ist. Die Einsetzung eines Konvents wird an anderer Stelle in diesem Kapitel gefordert (bspw. Zeile 3218).

Da nur wenige Menschen mitbekommen haben, dass die Konferenz stattgefunden hat, ist es hilfreich, wenn hier etwas näher ausgeführt wird, zu welchen Oberthemen die beteiligten Bürger*innen Handlungsempfehlungen erarbeitet haben und dass diese mit der Forderung nach gemeinschaftlicher EU-Politik einhergehen. Zugleich muss unsere Kritik am Verfahren sich konkret darauf beziehen, dass die Vorschläge nicht in politisches Handeln geflossen sind. Somit wird deutlich, dass wir Beteiligung und Mitbestimmung ernst nehmen und ausbauen wollen.

Antrag L.01.3168.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:

KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3168 - 3169

3160 In den vergangenen Jahren haben Tausende europäische Bürger*innen,
3161 Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Gewerkschaften im Rahmen der
3162 Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) Ideen für Reformen der EU-Institutionen

3163 entwickelt. Der Zukunftskonvent organisierte zum ersten Mal einen transnationalen
3164 demokratischen Prozess. 2022 wurden 49 Vorschläge als Ergebnis vorgelegt. Diese
3165 Vorschläge spiegeln die Erwartungen der europäischen Bürger*innen: Sie wünschen
3166 sich eine stärkere öffentliche Daseinsvorsorge, höhere Steuern für
3167 Großunternehmen, kostenfreie Bildungs- und Erziehungsangebote. DIE LINKE war Teil
3168 ~~des Zukunftskonvents, wir unterstützen die~~ der Konferenz zur Zukunft Europas, wir
teilen viele der Forderungen ~~- und treten an, um sie in-~~
3169 der EU und setzen uns weiterhin dafür ein, diese zu verwirklichen. Dafür wollen wir die
Bürger*innenbeteiligung weiter ausbauen und auch das Instrument der Digitalen
Plattform der Zukunftskonferenz als Mechanismus der partizipativen Demokratie
wiederbeleben.

Begründung

Auch hier wie in Zeile 3163: Wir sollten beim Begriff Konferenz zur Zukunft Europas bleiben, da diese nicht einem Konvent gleichzusetzen ist. Die Einsetzung eines Konvents wird an anderer Stelle in diesem Kapitel gefordert (bspw. Zeile 3218).

Hier muss deutlich werden, dass wir uns für die Umsetzung der Forderungen einsetzen und dass wir die Digitale Plattform, die im Rahmen der Zukunftskonferenz zur Einbringung von Ideen eingerichtet war und rege genutzt wurde, wiederbelebt werden muss.

Antrag L.01.3170.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3170

3170 ~~Das Europäische~~ EU-Institutionen demokratisieren - Europäisches Parlament stärken

Begründung

Da es in diesem Abschnitt um mehr geht, als nur die Stärkung des Europäischen Parlaments, soll der Titel ersetzt werden.

Antrag L.01.3170.2: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 0 - 3170

0

Das ~~Europäische Parlament stärken~~ Internet von den Konzernen befreien

Begründung

Erstellung des Kapitel "10. Technologischer Fortschritt für die Menschen" und Verschiebung des Absatzes "Das Internet von den Konzernen befreien" (Zeilen 1796 - 1821) auf diese Position (Zeilen 3170 ff.)

Antrag L.01.3171.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3171 - 3172

- 3171 Wir wollen ~~das Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament~~ die Dauerblockaden innerhalb der EU - insbesondere durch den Europäischen Rat - durch einen europäischen Staatenverbund mit einer echten parlamentarischen Demokratie und einer
- 3172 ~~starken, demokratischen Vertretung der Bevölkerung machen~~ stärkeren Mitbestimmung der Regionen überwinden. Derzeit liegt das
- 3173 Initiativrecht für EU-Gesetze allein bei der EU-Kommission. Gerade bei der
- 3174 Kommission gibt es einen starken, institutionalisierten Einfluss von
- 3175 Lobbygruppen. Wir fordern deshalb:

Begründung

Die Rolle des Rates kommt im Wahlprogramm zu kurz. Dabei ist es der Rat, der derzeit progressive politische Entscheidungen erschwert, bzw. sogar blockiert. Wenn wir über Reformen der Institutionen sprechen, muss deutlich werden, dass wir diese Dauerblockaden überwinden wollen, was nur möglich ist, wenn wir die EU zu einem europäischen Staatenverbund mit einer echten parlamentarischen Demokratie weiterentwickeln und zugleich die Mitbestimmung der Regionen stärken. Jegliche Entscheidungen auf EU-Ebene wirken sich ganz konkret auf den Alltag der Menschen in den Regionen aus.

Antrag L.01.3176.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3176

- 3176 - Die EU-Kommission soll in eine echte Ministerialebene und der Rat in eine zweite Kammer umgewandelt werden.

3177 - Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen,
3177 damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann.
3178 - Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Parlament
3179 gleichberechtigt mit Rat und Eurogruppe entscheiden können.
3180 - Nur das Europäische Parlament soll die Kommission und die Präsident*in der
3181 Kommission vorschlagen, wählen und abwählen können.
3182 - Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges
3183 Haushaltsrecht bekommen. Es soll auch die EZB demokratisch kontrollieren (Siehe
3184 Kapitel 1, „Europäische Geldpolitik“)

Begründung

Um die Blockaden im Rat zu überwinden und die EU gemeinschaftlich weiterentwickeln zu können, muss der Rat in eine zweite Kammer umgewandelt werden. Dies ergänzt die bereits im Wahlprogramm enthaltenen Forderungen bzgl. der Reformen der EU-Institutionen.

Antrag L.01.3176.2: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3176 - 3184

3176 - Die EU-Kommission soll in eine echte Ministerialebene und der Rat in eine zweite Kammer umgewandelt werden.

3177 - Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen,
3178 damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann.

3179 - Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Parlament

3180 gleichberechtigt mit Rat und Eurogruppe entscheiden können.

3181 - Nur das Europäische Parlament soll die Kommission und die Präsident*in der

3182 Kommission vorschlagen, wählen und abwählen können.

3183 - Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges

3184 Haushaltsrecht bekommen. Es soll auch die EZB demokratisch kontrollieren (Siehe

3185 Kapitel 1, „Europäische Geldpolitik“)

- Zugleich fordern wir die Stärkung des Ausschusses der Regionen durch seine Einbeziehung in die Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen, damit die Regionen zukünftig effektiv an der Politikgestaltung beteiligt sind. Das bedeutet, dass der Ausschuss der Regionen zukünftig nicht mehr nur Stellungnahmen mit empfehlendem Charakter formuliert, sondern über Gesetzesinitiativen des Parlaments mitbestimmen bzw. selbst welche einbringen darf.

Begründung

Derzeit hat der Ausschuss der Regionen nur die Möglichkeit, Stellungnahmen zu verfassen. Dies verhindert eine ernsthafte Beteiligung der Regionen, die jedoch jegliche Entscheidungen der EU-Ebene umsetzen müssen. Um jedoch die Belange der Regionen aktiv einzubeziehen, muss ihnen ermöglicht werden, sich nicht nur beratend, sondern mit eigenen Gesetzesinitiativen einzubringen.

Antrag L.01.3185.1: Änderungsantrag zu EWP30

Änderungsantrag zu EWP30

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3185

3185 ~~Lobbyismus einen Riegel vorschieben~~ Künstliche Intelligenz, die allen nützt

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Künstliche Intelligenz, die allen nützt"](#) (Zeilen 1822 - 1847) auf diese Position (Zeilen 3185 ff.)

Antrag L.01.3211.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz),
Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3211

3211 ~~Neue Verträge und eine Verfassung für die EU~~ Unsere Daten für ein besseres Leben nutzen statt für Profite

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Unsere Daten für ein besseres Leben nutzen statt für Profite"](#) (Zeilen 1848 - 1885) auf diese Position (Zeilen 3211 ff.)

Antrag L.01.3217.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in: Bewegungslinke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3217

3212 DIE LINKE will die Demokratieblockade der Europäischen Union lösen. Die Verträge
3213 von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU
3214 eingeschrieben. Wir brauchen eine friedliche, soziale und demokratische EU mit
3215 veränderten vertraglichen Grundlagen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Eine
3216 neue Verfassung kann nur von und mit den Menschen, Gewerkschaften, sozialen

3217 Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa entwickelt werden. Mit ihrem Manifest zur Demokratisierung der EU haben Thomas Piketty und andere Wissenschaftler:innen einen Vorschlag unterbreitet, den wir in die Debatte um eine neue Verfassung einbringen wollen. Es sieht die Schaffung einer zweiten Europäischen Kammer, einer Europäischen Versammlung vor, die anteilig aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments bestehen. Um die Einstimmigkeitsklausel zu umgehen, soll die Europäische Versammlung von willigen Staaten einberufen werden.

Antrag L.01.3219.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3219

3218 - Deshalb treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreter*innen aus
3219 den EU-Staaten ~~einen~~ unter Teilhabe der Bürger*innen sowie Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Gewerkschafteneinen Entwurf für eine Verfassung diskutieren.
3220 - Die Ergebnisse der Europäischen Zukunftskonferenz von 2022 sind eine gute
3221 Grundlage. Der Prozess der Zukunftskonferenz kann ein Vorbild für den
3222 Beteiligungsprozess eines solchen Verfassungskonventes sein.

Begründung

Hier sollten wir konkret ausführen, wen wir konkret an solch einem Verfassungskonvent beteiligen wollen (wird auch in Zeile 3161 in Zusammenhang mit der Zukunftskonferenz, an der diese teilgenommen haben, benannt). Nichtregierungsorganisationen, Verbände und auch Gewerkschaften sind hierbei unerlässliche Partner, wenn es um die Frage der zukünftigen Weiterentwicklung der EU geht. Schon jetzt arbeitet die Linksfraktion im Europäischen Parlament eng mit ihnen zusammen. Dies wollen wir fortsetzen.

Antrag L.01.3243.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in: KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3243 - 3248

~~3243 Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalt
3244 zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Die aktuelle Regierung der Türkei
3245 muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen,
3246 Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung der demokratischen
3247 Opposition beenden sowie alle inhaftierten Parlamentarier*innen und~~

3248 ~~Bürgermeister*innen der oppositionellen kurdischen Partei HDP freilassen.~~

Begründung

Thematik ist im Kapitel 4 enthalten. Der Zusammenhang hier an dieser Stelle ist nicht erkennbar.

Antrag L.01.3253.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3253

3253 ~~Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen~~
Bürger*innenbeteiligung und mehr direkte Demokratie

Begründung

Da es in diesem Abschnitt um mehr geht als nur die Bürgerinitiative, wird der Titel ersetzt.

Antrag L.01.3253.2: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3253

3253 ~~Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürgerinitiativen~~ Nachhaltige Digitalisierung

Begründung

Umbenennung des Absatzes "Digitalisierung" in "[Nachhaltige Digitalisierung & Verschiebung des Absatzes "Nachhaltige Digitalisierung" \(Zeilen 1778 - 1795\)](#)" auf diese Position (Zeilen 3253 ff.)

Antrag L.01.3259.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3259

3259 - Wir fordern, dass die 49 Vorschläge der Konferenz die Arbeitsgrundlage der nächsten Kommission werden, inklusive der Vorschläge, die Vertragsveränderungen bedürfen. Wir fordern die Kandidat*innen zur Kommissionspräsidentschaft auf, sich vor dem Wahlkampf dazu öffentlich zu positionieren.

3260 - Die Konferenz zur Zukunft der EU soll in Form von regelmäßig stattfindenden losbasierten Bürger*innenräten zu thematischen Schwerpunkten und zum jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission verstetigt werden, sodass Bürger*innen und insbesondere die Jugend bei zukünftigen EU-Gesetzesvorhaben ihre Ideen im Vorfeld einbringen können.

- Bürger*innen in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbegehren EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.

3261 - Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-

3262 Bürgergesetzgebung ausgebaut werden: Die Initiator*innen sollen das Recht

3263 bekommen, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-weite Volksabstimmung

3264 anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.

3265 - Eine EU-Beteiligungsinfrastruktur braucht einen zentralen Onlinezugang für alle

3266 Beteiligungsinstrumente. Auf dem Zugang müssen alle Beteiligungsinstrumente

3267 erreichbar sein, erklärt werden und die Bürger*innen müssen sich darüber

3268 vernetzen können.

Begründung

Diese Ergänzung soll deutlich machen, dass wir das aktuelle Verfahren kritisieren, bei dem die Europäische Kommission derzeit hinter verschlossenen Türen darüber entscheidet, wie mit einer erfolgreichen Bürgerinitiative verfahren wird. Diesen Umweg über die Kommission wollen wir verhindern und den direkten und transparenten Weg über das Parlament gehen.

Die 49 erarbeiteten Vorschläge dürfen nicht in der Schublade verschwinden, sondern müssen von der Kommission aufgegriffen werden, um eine verbindliche Umsetzung zu gewährleisten. Indem die Forderungen Teil der Arbeitsgrundlage werden, ist die tatsächliche Umsetzung transparent überprüfbar.

Um Bürger*innen zukünftig über mehrere Wege an Politikgestaltung zu beteiligen, sind Bürger*innenräte ein weiteres partizipatives Mittel. Eine strukturelle Verankerung dieser kann über die Beteiligung an der Erarbeitung des jährlichen Arbeitsprogrammes der Kommission ermöglicht werden.

Antrag L.01.3269.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3268

3259 - Bürger*innen in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbegehren EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.

3261 - Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-

3262 Bürgergesetzgebung ausgebaut werden: Die Initiator*innen sollen das Recht

3263 bekommen, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-weite
Volksabstimmung
3264 anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.
3265 - Eine EU-Beteiligungsinfrastruktur braucht einen zentralen Onlinezugang für alle
3266 Beteiligungsinstrumente. Auf dem Zugang müssen alle Beteiligungsinstrumente
3267 erreichbar sein, erklärt werden und die Bürger*innen müssen sich darüber
3268 vernetzen können.

Für mehr Bürger*innenräte zur Stärkung der Demokratie!

Zur Stärkung und Verbesserung von Mitsprache und Teilhabe der Bürger*innen bei europapolitischen Themen und Angelegenheiten fordern wir die europaweite Einrichtung von Bürger*innenräten oder Bürger*innenforen. Diese sollen die Möglichkeit bekommen, bei verschiedenen Entscheidungen und europapolitischen Angelegenheiten Stellungnahmen abzugeben. Die Teilnehmer*innen der Bürger*innenräten oder -foren werden zufällig aus der Bevölkerung gelost, die so entstandene Diversität ist einzigartig. Ein Bürger*innenrat bietet so die Möglichkeit, Menschen aktiv in die politische Willensbildung einzubinden. Ein Beispiel dieser Form der Bürger*innenbeteiligung ist der Citizens Assembly in Irland, welcher die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in dem Land maßgeblich beeinflusst hat.

Antrag L.01.3269.2: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3269

3269 ~~Grund- und Menschenrechte stärken – für alle~~Sicherheit statt Überwachungsstaat - Polizei im Rechtsstaat

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[Sicherheit statt Überwachungsstaat - Polizei im Rechtsstaat](#)" (Zeilen 3533 - 3587) auf diese Position (Zeilen 3269 ff.)

Antrag L.01.3294.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3294 - 3296

3274 - Soziale Grundrechte müssen - entsprechend der revidierten Europäischen
3275 Sozialcharta des Europarates - von einzelnen Personen auch beim Europäischen
3276 Gerichtshof einklagbar sein.

3277 - Sozialleistungen in einem Staat dürfen für Bürger*innen anderer EU-Staaten
3278 nicht eingeschränkt werden, wie es beim Kindergeld immer wieder von rechts
3279 gefordert wird. Das menschenwürdige Existenzminimum muss unabhängig vom
3280 Aufenthaltsstatus jederzeit gewährleistet werden.

3281 - Wir fordern, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft,
3282 wozu sie seit 2010 verpflichtet ist.

3283 - Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung. Die Erhebung, Verarbeitung und das
3284 Teilen von personenbezogenen Daten in und zwischen europäischen und nationalen
3285 Behörden muss auf ein Minimum beschränkt sein.

3286 - Um eine Verletzung der Grundrechte zu verhindern und den Schutz der
3287 Privatsphäre aller Personen zu gewährleisten, fordern wir ein europaweites Verbot
3288 der Verwendung von Gesichtserkennungstechnologien im öffentlichen Raum. Studien
3289 belegen: Entsprechende Software ist anfällig für Ungenauigkeiten, rassistische
3290 Diskriminierung und Identitätsbetrug.

3291 - Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten
3292 in der EU regelmäßig länderspezifisch evaluiert wird und Verstöße durch den
3293 Europäischen Gerichtshof (EuGH) sanktioniert werden.

3294 - Rechtsstaatsmechanismen verbessern: ~~EU-Mittel sollen nur an Mitgliedsstaaten~~
3295 ~~vergeben werden, die~~ Sofern Mitgliedstaaten die EU-Grundwerte nicht achten-
3296 , soll zuerst der Sanktionsmechanismus der Aussetzung des Stimmrechts im Rat
greifen. Ein Stopp der Zahlung von Fördermitteln muss zukünftig zielgenauer geregelt
werden. Es dürfen keine Maßnahmen bspw. im Bereich der Infrastruktur oder auch
Projekte im sozialen Bereich gefährdet werden, Integrations- oder Bildungsprojekte
sollen weiterhin gefördert werden.

- Millionen Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und arbeiten, dürfen nicht
3297 politisch mitbestimmen, nur weil sie den falschen Pass haben. Wir fordern ein
3298 gemeinsames EU-Wahlrecht mit einem aktiven und passiven Wahlrecht für alle
3299 Menschen, die dauerhaft in der EU leben.

3300 - Auch Jugendliche müssen stärker politisch teilhaben können. Bislang dürfen
3301 16- und 17-Jährige nur in vier EU-Mitgliedsstaaten zur Wahl des Europaparlaments
3302 gehen. Wir wollen, dass das aktive Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16
3303 Jahre gesenkt wird.

3304 - Das Europäische Parlament hat sich verschiedentlich gegen Rassismus und
3305 Diskriminierung ausgesprochen - auch auf Initiative der LINKEN. Den Worten müssen
3306 Taten folgen:

3307 - Wir wollen, dass die EU kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa
3308 verlässlich fördert.

3309 - Die Kopenhagener Kriterien zum Schutz der Rechte von Minderheiten, denen sich
3310 2004 alle Beitrittskandidaten unterworfen haben, müssen von allen Mitgliedstaaten
3311 eingehalten werden.

3312 - Die EU soll sich für die europaweite Anerkennung der Jenischen als Minderheit
3313 einsetzen.

3314 - Sinti*innen und Rom*nja haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen überall in
3315 der EU in Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen müssen
3316 abgeschafft werden.

Begründung

Der Zahlungsstopp von Fördermitteln hat zur Folge, dass wichtige Projekte im Bereich der Infrastruktur, im sozialen Bereich oder auch Integrations- und Bildungsprojekte vor dem Aus stehen und somit die Menschen vor Ort belastet werden, während sich eine rechtsstaatliche Prinzipien brechende Regierungspolitik dadurch nicht ändert, im Gegenteil noch mit Rückenwind ihre Ablehnung gemeinschaftlicher Standards politisch

nutzen wird.

Der Stopp der Zahlungen führt beispielsweise aktuell in Ungarn dazu, dass 18.000 Student*innen von Erasmus plus ausgeschlossen wurden.

Antrag L.01.3300.1: Änderungsantrag zu EWP31

Änderungsantrag zu EWP31

Antragsteller*in: BAG Senior*innenpolitik (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3299 - 3304

3274 - Soziale Grundrechte müssen - entsprechend der revidierten Europäischen
3275 Sozialcharta des Europarates - von einzelnen Personen auch beim Europäischen
3276 Gerichtshof einklagbar sein.

3277 - Sozialleistungen in einem Staat dürfen für Bürger*innen anderer EU-Staaten
3278 nicht eingeschränkt werden, wie es beim Kindergeld immer wieder von rechts
3279 gefordert wird. Das menschenwürdige Existenzminimum muss unabhängig vom
3280 Aufenthaltsstatus jederzeit gewährleistet werden.

3281 - Wir fordern, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft,
3282 wozu sie seit 2010 verpflichtet ist.

3283 - Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung. Die Erhebung, Verarbeitung und das
3284 Teilen von personenbezogenen Daten in und zwischen europäischen und nationalen
3285 Behörden muss auf ein Minimum beschränkt sein.

3286 - Um eine Verletzung der Grundrechte zu verhindern und den Schutz der
3287 Privatsphäre aller Personen zu gewährleisten, fordern wir ein europaweites Verbot
3288 der Verwendung von Gesichtserkennungstechnologien im öffentlichen Raum. Studien
3289 belegen: Entsprechende Software ist anfällig für Ungenauigkeiten, rassistische
3290 Diskriminierung und Identitätsbetrug.

3291 - Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten
3292 in der EU regelmäßig länderspezifisch evaluiert wird und Verstöße durch den
3293 Europäischen Gerichtshof (EuGH) sanktioniert werden.

3294 - Rechtsstaatsmechanismen verbessern: EU-Mittel sollen nur an Mitgliedsstaaten
3295 vergeben werden, die die EU-Grundwerte achten.

3296 - Millionen Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und arbeiten, dürfen nicht
3297 politisch mitbestimmen, nur weil sie den falschen Pass haben. Wir fordern ein
3298 gemeinsames EU-Wahlrecht mit einem aktiven und passiven Wahlrecht für alle

3299 Menschen, die dauerhaft in der EU leben.

3300 - Auch Jugendliche müssen stärker politisch teilhaben können. Bislang dürfen
3301 16- und 17-Jährige nur in vier EU-Mitgliedsstaaten zur Wahl des Europaparlaments
3302 gehen. Wir wollen, dass das aktive Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16
3303 Jahre gesenkt wird.

3304

- DIE LINKE fordert von der EU-Kommission dafür zu sorgen das die Antidiskriminierungsrichtlinie in allen Mitgliedsländern angewandt wird. Die EU muss per Gesetz sicherstellen, dass in allen Mitgliedsländern keine Altersdiskriminierung stattfindet. Ältere Menschen sind bei der Vergabe von Ämtern, Vergabe von Krediten usw. und in ihrer Stellung in der Gesellschaft nicht zu benachteiligen. Wir fordern, dass die Antidiskriminierungsrichtlinie von der EU-Kommission id eine verbindliche Verordnung umgewandelt wird. Die von der EU-Kommission in Aussicht gestellte zwangsweise Überprüfung der Fahrtauglichkeit lehnen wir ab.

- Das Europäische Parlament hat sich verschiedentlich gegen Rassismus und
3305 Diskriminierung ausgesprochen - auch auf Initiative der LINKEN. Den Worten müssen
3306 Taten folgen:
3307 - Wir wollen, dass die EU kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa
3308 verlässlich fördert.
3309 - Die Kopenhagener Kriterien zum Schutz der Rechte von Minderheiten, denen sich
3310 2004 alle Beitrittskandidaten unterworfen haben, müssen von allen Mitgliedstaaten
3311 eingehalten werden.
3312 - Die EU soll sich für die europaweite Anerkennung der Jenischen als Minderheit
3313 einsetzen.
3314 - Sinti*zze und Rom*nja haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen überall in
3315 der EU in Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen müssen
3316 abgeschafft werden.

Begründung

In vielen Ländern der EU, wie auch in der Bundesrepublik Deutschland sind ältere Menschen in der Wahrnehmung von Funktionen benachteiligt oder ausgeschlossen. (Altersbegrenzung bei der Benennung von Schöffen, Vergabe von Krediten. usw.) Ferner in ihrer Stellung in der Gesellschaft benachteiligt. Dieses muss beseitigt werden.

Antrag L.01.3317.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3317

3317 ~~Eine Union der Gleichberechtigung~~Datenschutz und Schutz vor staatlicher Überwachung

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Datenschutz und Schutz vor staatlicher Überwachung"](#) (Zeilen [3878 - 3953](#)) auf diese Position (Zeilen 3317 ff.)

Antrag L.01.3318.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3318

3318 ~~Geschlechtergerechtigkeit europaweit~~IT- und Datensicherheit

Begründung

Verschiebung des Absatzes "[IT- und Datensicherheit](#)" (Zeilen 3954 - 3979) auf diese Position (Zeilen 3318 ff.)

Antrag L.01.3326.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3326

3319 In ganz Europa verdienen Frauen weniger als Männer, leisten mehr Sorgearbeit in
3320 der Familie und bekommen weniger Rente im Alter. Ärmere Frauen vorwiegend aus
3321 Osteuropa versorgen pflegebedürftige Menschen in Ländern wie Deutschland zu
3322 unwürdigen Bedingungen. Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen wird größer: Die
3323 einen machen Karriere, die anderen putzen ihre Wohnungen. Jeden dritten Tag wird
3324 allein in Deutschland eine Frau getötet (Femizid). Für Hunderttausende Frauen in
3325 Europa gehört Gewalt durch den Partner zur alltäglichen Erfahrung. DIE LINKE
3326 kämpft gegen Verhältnisse, in denen ~~Frauen, trans und andere queere Menschen-~~
Menschen
3327 unterdrückt und benachteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, die
3328 Lebensbedingungen aller Frauen zu verbessern und sie konsequent vor Gewalt zu
3329 schützen. Gleichberechtigung auf allen Ebenen voranzubringen, steht für uns in
3330 Verbindung mit Kämpfen für gute Arbeit und gute Löhne, für eine andere Verteilung
3331 des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftlichen (Sorge-)Arbeit, für
3332 sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, gegen Ausbeutung und Ausgrenzung,
3333 und gegen Antifeminismus, Homo- und Transfeindlichkeit. Für diese Ziele fordern
3334 wir auf EU-Ebene:

Begründung

„...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ (MEW 1: 385).

Antrag L.01.3398.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in: BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3398 - 3400

3335 - Gute Arbeit und soziale Absicherung für alle Frauen. Frauen arbeiten häufig in
3336 prekären, nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen sie in
3337 reguläre Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen überführen. Für Branchen,
3338 deren Geschäftsmodell auf unfreiwilliger Teilzeitarbeit besteht (z. B. im
3339 Einzelhandel) fordern wir das Recht auf eine Vollzeitstelle.

3340 - Lohndiskriminierung europaweit beenden - gleicher Lohn für gleichwertige
3341 Arbeit. Wir setzen uns für kürzere Arbeitszeiten in ganz Europa ein, damit mehr
3342 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern entsteht. Wir schlagen dafür eine
3343 Verkürzung auf etwa 30 Std. pro Woche (4-Tage-Woche) vor: bei vollem Lohn- und
3344 Personalausgleich und für die Beschäftigten flexibel über die Berufsbiographie zu
3345 wählen. Dann können mehr Männer unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. (Siehe
Kapitel
3346 1, „Umverteilen für gute Arbeit“)

3347 - Antidiskriminierungsgesetze in allen EU-Staaten mit Verbandsklagerechten.
3348 - Sexismus bekämpfen und Rechte von Frauen stärken. Verbindliche
3349 Antisexismusregelungen im öffentlichen und privaten Sektor.
3350 - Bessere Bezahlung und mehr Personal in „Frauenberufen“ (Pflege, Sozial- und
3351 Erziehungsdienste, Einzelhandel). Wir unterstützen Streiks der dort Beschäftigten
3352 und ihrer Gewerkschaften.
3353 - Sorgearbeit finanziell und sozial aufwerten: Mit besserer Bezahlung und guten
3354 Arbeitsbedingungen werden Sorgeberufe (z. B. Pflege und Erziehung) attraktiver
3355 (etwa für Männer, die ihren Job in der Industrie verlieren). Das ist auch eine
3356 Antwort auf den Fachkräftemangel. (Siehe Kapitel 1, „Umverteilen für gute
3357 Arbeit“)

3358 - Informelle Arbeit in Privathaushalten zur 24-Stunden-Betreuung von
3359 pflegebedürftigen Menschen („Live-in-Care“) wollen wir in reguläre
3360 Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherung, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und
3361 Mindestlohn umwandeln.
3362 - Bedingungen für pflegende Angehörige müssen verbessert werden. (Siehe Kapitel
3363 1, „Gute Gesundheit und Pflege“)

3364 - Wir streiten für flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder und alte
3365 Menschen in ganz Europa.
3366 - Die Istanbul-Konvention gegen Gewalt gegen Frauen muss in allen Mitgliedstaaten
3367 vorbehaltlos umgesetzt werden.
3368 - Flächendeckende Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen mit Schutzräumen,
3369 Beratungsangeboten und psychologischer Begleitung. Auch digitale Gewalt gegen
3370 Frauen muss bekämpft werden.
3371 - Verbindliche Mindeststandards für eine wohnortnahe medizinische Versorgung
3372 (ambulant und stationär) bei Krankheit und Schwangerschaft (mit jeweils
3373 notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen) (Siehe Kapitel 1, „Gute Gesundheit und
3374 Pflege“)

3375 - Unabhängige Frauengesundheitseinrichtungen und -initiativen sowie
3376 frauenspezifische Gesundheitsforschung stärker finanziell fördern.
3377 - Gewalt gegen Frauen, trans und queere Personen und ihre Verfolgung als
3378 Asylgrund europaweit anerkennen.
3379 - Spezifische Unterstützung und psychologische Begleitung für die Opfer von
3380 sexueller Gewalt in Kriegsgebieten und menschenverachtenden Regimes
3381 - Bedarfs- und bedürfnisgerechte Unterbringung und Schutzräume für geflüchtete
3382 Frauen und ihre Kinder sowie für trans und queere Menschen. Sozialpädagogisches
3383 Fachpersonal mit gender- und queer-sensibler Schulung in den Unterkünften.
3384 - Finanzielle Förderung von Initiativen für die Selbstorganisation und
3385 Interessenvertretung von geflüchteten Frauen und queeren Menschen.
3386 - Reproduktive Rechte in ganz Europa stärken. Abschaffung aller Einschränkungen
3387 des Abtreibungsrechts in den Strafgesetzbüchern der EU-Mitgliedsländer.
3388 Finanzielle Unterstützung von Bündnissen für sexuelle und körperliche
3389 Selbstbestimmung sowie von Medizinstudierenden und Ärzt*innen, die sich für die
3390 Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen.
3391 - Kostenfreie Empfängnisverhütung (inklusive „Pille danach“) für alle. Es müssen
3392 Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel bereitgestellt werden,

3393 besonders für Männer.

3394 - Sicherer und kostenloser Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen überall in Europa.

3395 - EU-weites Förderprogramm für schulische und außerschulische Bildungsarbeit

3396 gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit, das Betroffeneninitiativen einbezieht.

3398 ~~- Rechte von Sexarbeiter*innen stärken und~~ Rechte von Sexarbeiter*innen stärken,
ihre Gesundheitsversorgung mit

3399 niedrigschwelligen Angeboten verbessern.-

3400 und ihre Selbstorganisation unterstützen, sichere Arbeitsorte ermöglichen sowie
Stigmatisierung, Repression und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen und
Kund*innen verhindern.

- Opfer von Menschenhandel - auch „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung“ -

3401 wollen wir besser schützen (Aufenthaltsrecht, psychische Betreuung,

3402 Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen).

Begründung

Sexarbeiter*innen sehen sich mit einer komplizierten Gemengelage von Ausgrenzung und Repression konfrontiert. Die vorgeschlagene Formulierung ist präziser und näher an den Forderungen vieler aktiver Sexarbeiter*innen. Das Ziel muss auch in der Sexarbeit selbstbestimmte und sichere Arbeit sein. Angesichts der aktuellen Beschlüsse des EU-Parlaments ist eine genaue Positionierung der LINKEN notwendig.

Antrag L.01.3403.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3403

3403 ~~Queer, sozial und gerecht~~ Digitale Teilhabe für alle sichern

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Digitale Teilhabe für alle sichern" \(Zeilen 3980 - 4006\)](#) auf diese Position (Zeilen 3403 ff.)

Antrag L.01.3413.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	BAG DIE LINKE.queer (Bundesarbeitsgemeinschaft)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3413

3404 DIE LINKE will ein Europa, in dem lesbische, schwule, bi, trans, inter und

3405 nichtbinäre (= queere) Menschen angstfrei, selbstbestimmt und sozial abgesichert

3406 leben können. Dieses Ziel ist in keinem Mitgliedsland der EU erreicht, auch wenn

3407 sich in einigen Ländern die rechtlichen Bedingungen für queere Menschen
3408 verbessert haben. Zugleich haben sie sich in anderen Ländern verschlechtert.
3409 Überall in der EU sind queere Menschen überdurchschnittlich von Armut und
3410 Ausgrenzung betroffen. Das zeigt sich besonders in der Arbeitswelt, im
3411 Bildungsbereich und der Gesundheitsversorgung. Auch die (Selbstbestimmungs-)
3412 Rechte von trans, inter und nichtbinären Personen werden noch nicht in allen EU-
3413 Mitgliedsstaaten anerkannt. Die LGBTIQ*-Gleichstellungsstrategie der EU-Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber auf Grundlage der u.a. von der EU-Grundrechteagentur erhobenen Daten endlich an sozialen Kernfragen wie Wohnungslosigkeit oder umfassender Gesundheitsversorgung orientiert werden.

Zeile 3415 - 3451

~~3415 - Mehr finanzielle Mittel für die Selbstorganisation und Interessenvertretung von
3416 queeren Menschen. Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen
3417 Initiativen und NGOs, die sich für ihre Rechte und Anliegen einsetzen, muss
3418 europaweit ausgebaut und verstetigt werden.
3419 - Nationale Aktionspläne gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung
3420 queerer Menschen in allen Mitgliedsstaaten, die um soziale Aspekte erweitert
3421 werden, damit auch sozioökonomisch schlechter gestellte Queers von den—
3422 Programmen profitieren.
3423 - Projekte, mit denen queere Jugendliche und ältere queere Menschen vor
3424 Obdachlosigkeit geschützt werden. Housing-First-Angebote für diese Gruppen.
3425 - Hassgewalt insbesondere gegen trans, inter und nichtbinäre Menschen
3426 konsequenter zu verfolgen und zu bestrafen. Ihre statistische Erfassung muss
3427 genauer und regelmäßig veröffentlicht werden.
3428 - Die Prävention von trans- und queerfeindlicher Gewalt in allen
3429 gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Insbesondere im Bildungsbereich, der
3430 Kinder- und Jugendhilfe, der Verwaltung und in der Arbeitswelt sind Aufklärungs-
3431 und Sensibilisierungsmaßnahmen erforderlich.
3432 - Unternehmen sollen die Selbstorganisation ihrer queeren Beschäftigten fördern
3433 und Strategien gegen ihre Diskriminierung am Arbeitsplatz entwickeln.
3434 - Ein Selbstbestimmungsgesetz für trans Menschen in allen EU-Mitgliedsstaaten.
3435 - Mehr Beratungs- und Gesundheitszentren für queere und insbesondere für trans
3436 und inter Menschen.
3437 - Die EU muss sich gegenüber Menschenrechtsverletzungen an queeren Menschen—
3438 auch außerhalb der EU eindeutig positionieren und dagegen protestieren.
3439 - Derzeit werden die Rechte der Eltern von zwei Millionen Kindern in der EU in
3440 einem anderen Mitgliedstaat nicht vollständig anerkannt. Wir wollen, dass
3441 Regenbogenfamilien europaweit gleichgestellt werden. Die EU-Kommission hat dazu
3442 einen Verordnungsvorschlag beschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der
3443 Europäische Rat diesen Vorschlag annimmt.
3444 - Wir wollen die Reform des Abstammungsrechts, damit Kinder in Regenbogenfamilien
3445 gleiche Rechte haben. Kinder lesbischer, bisexueller, trans, inter und
3446 nichtbinärer Elternteile sind noch immer auf die Stiefkindadoption angewiesen, um
3447 einen zweiten rechtlichen Elternteil zu bekommen.
3448 - Unabhängig von Ehe muss es möglich sein, Familienverantwortung zu übernehmen.
3449 Auch Regenbogenfamilien, in denen die Elternschaft nicht an die Paarkonstellation
3450 gebunden ist, brauchen rechtliche Anerkennung.
3451 - Wir wollen das Sorge- und Besuchsrecht am Kindeswohl ausrichten.~~

- Mehr finanzielle Mittel für die Selbstorganisation und Interessenvertretung von queeren Menschen. Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und NGOs, die sich für ihre Rechte und Anliegen einsetzen, muss europaweit

ausgebaut und verstetigt werden.

- Nationale Aktionspläne gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung queerer Menschen in allen Mitgliedsstaaten, die um soziale Aspekte erweitert werden, damit auch sozioökonomisch schlechter gestellte Queers von den Programmen profitieren.

- Projekte, mit denen queere Jugendliche und ältere queere Menschen vor Obdachlosigkeit geschützt werden. Für diese Gruppen braucht es unterschiedliche Angebote aus der Praxis der Wohnungslosenhilfe, darunter vor allem Housing First.

3452

- Dass die Erkenntnisgrundlagen zur sozialen Lebensrealität queerer Menschen in der EU weiter verbessert werden. Die EU soll Forschungsaufträge zu diesem Zweck vergeben.

- Hassgewalt insbesondere gegen trans, inter und nichtbinäre Menschen konsequenter zu verfolgen und zu bestrafen. Die statistische Erfassung von Hasskriminalität muss genauer und regelmäßig veröffentlicht werden, Diskriminierung durch staatliche Behörden wie die Polizei muss wirksam bekämpft werden.

- Die Prävention von trans- und queerfeindlicher Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Insbesondere im Bildungsbereich, der Kinder- und Jugendhilfe, der Verwaltung und in der Arbeitswelt sind Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen erforderlich.

- Aktives Werben für betriebliche Selbstorganisation queerer Beschäftigter und wirksamen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

- Ein Selbstbestimmungsgesetz für trans, inter und nicht-binäre Menschen in allen EU-Mitgliedsstaaten und einheitliche Regelungen bezüglich des selbstbestimmten Geschlechtseintrags in offiziellen Dokumenten.

- Mehr Beratungs- und Gesundheitszentren für queere und insbesondere für trans und inter Menschen und eine umfassende und kostenfreie Gesundheitsversorgung, die niedrigschwellig und diskriminierungssensibel ist.

- Keine Nachsicht oder Hinterzimmerdeals bei Diskriminierung queerer Communities durch einzelne Mitgliedsstaaten. Die EU-Kommission muss hier konsequent von Vertragsverletzungsverfahren Gebrauch machen. Deutschland sollte sich in diesen Fällen grundsätzlich als Streithelferin beteiligen.

- Die EU muss sich gegenüber Menschenrechtsverletzungen an queeren Menschen auch außerhalb der EU eindeutig positionieren und dagegen protestieren. Humanitäre Visa für queere Geflüchtete!

- Die europaweite Gleichstellung von Regenbogenfamilien. Derzeit werden die Rechte der Eltern von zwei Millionen Kindern in der EU in einem anderen Mitgliedstaat nicht vollständig anerkannt. Die EU-Kommission hat dazu einen Verordnungsvorschlag beschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Europäische Rat diesen Vorschlag annimmt.

- Die Reform des Abstammungsrechts, damit Kinder in Regenbogenfamilien gleiche Rechte haben. Kinder lesbischer, bisexueller, trans, inter und nichtbinärer Elternteile sind noch immer auf die Stiefkindadoption angewiesen, um einen zweiten rechtlichen Elternteil zu bekommen.

- Dass die Übernahme von Familienverantwortung unabhängig von der Ehe ermöglicht wird. Auch Regenbogenfamilien, in denen die Elternschaft nicht an die Paarkonstellation gebunden ist, und Mehrelternschaften brauchen rechtliche Anerkennung.

- Dass das Sorge- und Besuchsrecht am Kindeswohl ausgerichtet wird.

Begründung

Der Antrag umfasst einige sprachliche Anpassung sowie inhaltliche Ergänzungen.

Dazu einige Anmerkungen:

Im einleitenden Teil sollte unbedingt auf die aktuelle LGBTIQ*-Gleichstellungsstrategie der EU-Kommission Bezug genommen werden. Diese Initiative ist sinnvoll, muss aber dringend verbessert bzw. ausgebaut werden.

In Deutschland genauso wie in der EU wissen wir noch zu wenig über die soziale Lebensrealität queerer Menschen. Hier braucht es weitere Forschungsarbeit, um darauf aufbauend weitere politische Initiativen zu entwickeln.

Die ursprüngliche Formulierung zur statistischen Hasskriminalität kann so verstanden werden, dass wir queere Menschen statistisch erfassen wollen. Das ist natürlich nicht der Fall und sollte präzisiert werden. Darüber hinaus wird uns von queeren Menschen aus Mitgliedsstaaten der EU (aber auch Deutschland) gespiegelt, dass es erhebliche Diskriminierungserfahrungen mit staatlichen Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei gibt. Eine Ergänzung macht hier also Sinn.

Die ursprüngliche Formulierung zur betrieblichen Selbstorganisation finden wir falsch. Wir wollen in diesem Fall keine Unternehmensförderung und wir wollen auch nicht, dass die Betriebe ihre queeren Mitarbeiter*innen "organisieren", indem sie sie zu irgendwelchen Pinkwashing-Projekten verdonnern. Wir unterstützen es, wenn queere Arbeitnehmer*innen sich aus eigenem Antrieb untereinander organisieren - und wollen aktiv dafür werben.

EU-weit erreichen uns immer wieder Berichte über unzureichende Gesundheitsversorgung queerer Menschen, eine Missachtung ihrer gesundheitlichen Bedarfe oder von Diskriminierung durch Ärzt*innen. Hier braucht es eine Präzisierung.

Vor allem von queeren Menschen in Osteuropa wird die EU als wichtige Partnerin im Kampf gegen Queerfeindlichkeit wahrgenommen. Oftmals fordern Vertreter*innen der dortige Communities, dass die EU stärker gegen Diskriminierung queerer Communities in einzelnen Mitgliedsstaaten vorgeht - auch durch Vertragsverletzungsverfahren. Die EU erschien in der Vergangenheit oftmals zu nachsichtig oder machte die Rechte queerer Menschen zur Verhandlungsmasse in anderen Sachfragen. Das muss ein Ende haben.

Nicht zuletzt auch die deutsche Bundesregierung fährt einen restriktiven Kurs bei der Vergabe humanitärer Visa für queere Menschen aus Staaten wie Russland, Uganda oder Afghanistan. Die EU muss hier tätig werden und einen entsprechenden Rechtsrahmen schaffen.

Der Begriff der Mehrelternschaft sollte zuletzt nochmal ausdrücklich Erwähnung finden, um inhaltlich nicht etwa hinter der Politik der Bundesregierung zurückzufallen.

Antrag L.01.3452.1: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3452

~~3452 Für ein inklusives und soziales~~ Ein sozial gerechtes Europa muss inklusiv sein

Zeile 3453 - 3463

~~3453 DIE LINKE kämpft für ein Europa, in dem Menschen mit Behinderungen und
3454 chronischen Erkrankungen nicht benachteiligt und ausgegrenzt werden. Von diesem
3455 Ziel sind alle Mitgliedsstaaten der EU noch weit entfernt, auch wenn einige~~

~~3456 Länder mehr Fortschritte in Richtung Inklusion gemacht haben als andere. Ein
3457 einheitlicher Stand und weitere Verbesserungen werden dadurch blockiert, dass
3458 einige Länder die Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie auf EU-Ebene
3459 verhindern. Dazu zählt auch Deutschland. Menschen mit Behinderungen sind
3460 überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit und Armut bedroht. Viele Menschen mit
3461 Behinderungen müssen gegen ihren Wunsch in stationären Einrichtungen leben. Das
3462 verstößt gegen ihr Selbstbestimmungsrecht. Für ein inklusives und soziales Europa
3463 fordern wir:~~

DIE LINKE tritt für die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, ob sie nun eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen, egal, welche sexuelle Orientierung oder welche geschlechtliche Identität sie haben, ob sie alt oder jung sind oder eine Behinderung haben.

3464

Dabei erkennen wir an, dass die 80 Millionen Menschen in Europa, die mit einer Behinderung leben, mit besonderen strukturellen Barrieren kämpfen müssen. Für sie ist die Grundlage für Teilhabe und Selbstbestimmung die UN-Behindertenrechtskonvention, die von Deutschland, allen anderen Staaten der Europäischen Union sowie der EU selbst ratifiziert wurde.

Ende August wurde Deutschland vom Fachausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf hinsichtlich des Standes der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass Deutschland seiner menschenrechtlichen Verpflichtung nicht ausreichend gerecht wird, sondern dass Menschen mit Behinderungen immer noch auf das stark ausgebaute System von Sonderstrukturen verwiesen werden – sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen.

Doch nur eine inklusive Gesellschaft ist demokratisch und sozial gerecht. Es geht um Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit. Um ein inklusives Europa für alle Menschen unter dem Motto „nichts ohne uns über uns“ Wirklichkeit werden zu lassen, fordert DIE LINKE:

Zeile 3464 - 3486

~~3464 –Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung gegenüber der 5. EU-
3465 Gleichstellungsrichtlinie beenden und ihre- den verstärkten Kampf um Gleichheit und
Nichtdiskriminierung als grundlegendes und allgemeines Prinzip für den Schutz der
Menschenrechte sowie die Beendigung der Blockade Deutschlands hinsichtlich der
Umsetzung auf EU-Ebene vorantreiben.-~~
~~3466 –Alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen müssen
3467 überall in der EU aufgehoben werden. Das betrifft besonders psychiatrische
3468 Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse.
3469 –Barrierefreiheit muss im öffentlichen Bereich und in den privaten
3470 Wirtschaftssektoren europaweit umfassend umgesetzt werden.-
3471 –Mehr ambulante, inklusive und barrierefreie Wohnangebote und Sozialräume. Als
3472 europaweite Richtschnur muss gelten: so viel ambulante Versorgung wie möglich, so
3473 wenig stationäre Einrichtungen wie nötig.-
3474 –Unabhängige Beratungsstellender 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie;
- die konsequente Abschaffung aller Sondereinrichtungen für Menschen mit
Behinderungen - vor allem hinsichtlich des Lernens, Arbeitens und Wohnens;
- die Gewährleistung lebenslangen Lernens und eines inklusiven Bildungssystems auf
allen Ebenen - von der Kinderkrippe bis zur Uni und darüber hinaus (Artikel 24 der UN-
BRK;~~

- 3475 - die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes und die Partizipation am gesetzlichen
- 3476 Mindestlohn für alle Bereiche, in denen Menschen mit Behinderungen ~~und~~
~~chronischen Erkrankungen als „Expert*innen in eigener Sache“ angenommen werden.~~
- 3477 ~~Entsprechende Initiativen, Maßnahmen und Informationskampagnen müssen finanziell~~
~~unterstützt und gefördert werden.~~
- 3478 ~~- Wir wollen einen EU-Schwerbehindertenausweis. Der von der EU-Kommission~~
- 3479 ~~angekündigte Entwurf einer European Disability Card (Europäischer~~
- 3480 ~~Behindertenausweis) muss umgesetzt werden.~~
- 3481 - Diearbeiten (z. B. in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen);
- die Sicherung des Wunsch- und Wahlrechtes behinderter Menschen, selbst
bestimmen zu dürfen, wie, wo und mit wem sie wohnen und leben wollen;
- die Durchsetzung des Rechtes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne
Diskriminierung ~~von Menschen mit Behinderungen und chronischen~~
Erkrankungen am Arbeitsplatz muss verhindert werden!
- 3483 ~~- Wir fordern eine europaweite Beschäftigungspflicht: Arbeitgeber müssen~~
- 3484 ~~verpflichtet werden, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in~~
- 3485 ~~privaten Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen zu beschäftigen. Dafür müssen~~
- 3486 ~~verbindliche Quoten festgelegt werden.~~ aufgrund einer Behinderung (Artikel 25 der UN-
BRK):
- den besonderen Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern mit Behinderungen auf
Grundlage der Europäischen Aufnahme richtlinie für besonders schutzbedürftige
Personen im Asylverfahren;
- die Auflegung von Programmen für die Gleichstellung von Frauen, Mädchen sowie
Angehörige der LGBTQ+-Community mit Behinderungen, die in allen Lebensbereichen
mit Mehrfachdiskriminierungen konfrontiert sind;
- die Schaffung von Barrierefreiheit in den Kommunen einschließlich der gesamten
öffentlichen Infrastruktur (öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Bahnhöfe, Haltestellen
und Ticketbuchungssysteme sowie Flugverkehr) als eine entscheidende Voraussetzung
für eine umfassende diskriminierungsfreie Teilhabe am Leben in der Gesellschaft;
- verpflichtende Barrierefreiheit auch in der Privatwirtschaft einschließlich dem
Online-handel;
- barrierefreie Kommunikation inklusive digitaler Barrierefreiheit für alle Menschen
mit Behinderungen entsprechend ihrer individuellen Bedarfe (blinde und
sehbehinderte Menschen, gehörlose und hörbehinderte Menschen, Menschen mit
Lernschwierigkeiten usw.);
- die zügige Einführung eines Europäischen Behindertenausweises, der Menschen mit
Behinderungen den Zugang zu Sonderkonditionen in allen Mitgliedstaaten sichert;
- die Gewährleistung der uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit
Behinderungen und ihrer Selbstvertretungsorganisationen an demokratischen
Prozessen durch die Schaffung von inklusiven, barrierefreien Strukturen;
- die Ergreifung von Maßnahmen zur Maximierung der Zugänglichkeit des gesamten
Wahlprozesses (Verfahren, Einrichtungen, Materialien und Informationen) und zur
Ermöglichung der freien Wahl bei der unabhängigen und geheimen Stimmabgabe
durch angemessene Vorkehrungen (z. B. Bereitstellung alternativer Wahlmittel,
Vorabwahl, taktile Schablonen, QR-Codes oder Anleitungen in leicht lesbarer Sprache,
Gebärdensprache oder Blindenschrift, ggf. Assistenz)
- die Sicherung des Zugangs zu einer fairen und gleichberechtigten Justiz in Europa - in
Zusammenhang mit der Forderung nach Aufhebung aller rechtlichen
Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen in der EU, vor allem hinsichtlich
psychiatrischer Sondergesetze und ärztlicher oder betreuungsrechtlicher
Zwangsbefugnisse.

Begründung

Der vorliegende Änderungsantrag soll den bisherigen Absatz zur Inklusion vollständig ersetzen, weil DIE LINKE – anders als im Entwurf formuliert - von einem weiten Inklusionsverständnis ausgeht, der alle Menschen einbezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen werden, und sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen beschränkt. Das hat DIE LINKE bereits 2019 bei der Novellierung ihres Teilhabekonzeptes beschlossen.

Darüber hinaus wurden die konkreten Forderungen noch einmal geschärft und erweitert – auf Grundlage der Ende August durchgeführten Staatenprüfung Deutschlands vom Fachausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Deutschland wurde dort hinsichtlich des Standes der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter die Lupe genommen. Dabei wurde festgestellt, dass Deutschland seiner menschenrechtlichen Verpflichtung nicht ausreichend gerecht wird, sondern dass Menschen mit Behinderungen immer noch auf das stark ausgebaute System von Sonderstrukturen verwiesen werden – sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen. Das soll im Europawahlprogramm deutlicher seinen Niederschlag finden.

Antrag L.01.3452.2: Änderungsantrag zu EWP32

Änderungsantrag zu EWP32

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3452

3452 ~~Für ein inklusives und soziales Europa~~ Beschäftigte schützen in der Digitalisierung

Begründung

Verschiebung des Absatzes "["Beschäftigte schützen in der Digitalisierung"](#) (Zeilen 380 - 421) auf diese Position (Zeilen 3452 ff.)

Antrag L.01.3487.1: Änderungsantrag zu EWP33

Änderungsantrag zu EWP33

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3487

3487 ~~Kampf gegen rechts~~

11. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT WELTWEIT

Begründung

Verschiebung des Kapitels "[4. FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT](#)" (Zeilen 2564 - 3120) auf diese Position (Zeilen 3487 ff.) und Anpassung der Nummerierung auf 11.

Antrag L.01.3492.1: Änderungsantrag zu EWP33

Änderungsantrag zu EWP33

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Ellen Brombacher (Nr. 065), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3491 - 3493

3488 Europa erlebt einen gefährlichen Rechtsruck. Nach Jahrzehnten des neoliberalen
3489 Abbaus von sozialen Rechten, der Abschottung gegen Geflüchtete und einer Politik
3490 der in Kauf genommenen Verarmung bestimmter Regionen und Länder sind in vielen

3491 Ländern Parteien der extremen Rechten auf dem Vormarsch.
Zum Teil regieren sie

3492 sogar bereits mit. Zu oft übernehmen die In Anbetracht der sich immer weiter
zuspitzenden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit greifen die Mechanismen der
bürgerlichen Parteien Demokratie vielerorts in Europa nicht mehr wie gewohnt. Die
Bedingungen für das Verbreiten faschistoider Ideologie und damit für den Zulauf zu
faschistoiden und auch faschistischen Parteien und ähnlichen extrem rechten
Strukturen werden zunehmend günstiger. Faschistoide Politik ist in jedem Falle
völkisch, rassistisch, nationalistisch und chauvinistisch. Und der Chauvinismus ist
untrennbar verbunden mit der Militarisierung der Gesellschaft. So soll, wie schon
einmal in der Geschichte, davon abgelenkt werden, dass die Interessen der
Arbeiterklasse international sind und die von unterdrückten und diskriminierten
Minderheiten unbedingt einschließen. Die weitere Spaltung der Unterdrückten wäre
die entscheidende Voraussetzung dafür, dass der US-amerikanische Milliardär Warren
Buffett mit seiner Aussage Recht behält: »Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist
meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.« Solidarität
ist die wichtigste Waffe derer, die sich gegen jede Art von Ausbeutung und
Unterdrückung zur Wehr setzen. Die Entlarvung der völkischen Demagogie im
antifaschistischen Kampf ist unabdingbare Voraussetzung für solidarisches Handeln.
Zumal bürgerliche Parteien immer häufiger Sprache und

3493 Forderungen der extremen Rechten und übernehmen, verbunden mit der Illusion, so
könnten sie deren Einfluss zurückdrängen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie stärken sie
dadurch zusätzlich. Der Effekt

3494 ist eine Erosion von Demokratie, Menschenrechten und Humanität, die sich auch auf
3495 europäischer Ebene zeigt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L.01.3499.1: Änderungsantrag zu EWP33

Änderungsantrag zu EWP33

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
--------------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3499

3496 DIE LINKE stellt sich der extremen Rechten entgegen. Wir stehen überall auf gegen
3497 Nationalismus und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus,
3498 gegen Antisemitismus und Homophobie, gegen alle Formen der
Menschenfeindlichkeit.

3499 Die extreme Rechte steht für die Zuspitzung der Konkurrenz nach außen und nach innen. Das Völkische soll der ideologische Kitt für eine Diktatur des Marktes sein: Wer nicht brav und leistungsfähig ist, wird aussortiert, bis zur Vernichtung. DIE LINKE steht und kämpft für die Gleichheit aller Menschen: Die Würde des Menschen ist unantastbar - die Verwirklichung der uneingelösten Konsequenzen aus der Befreiung vom Faschismus für das Nie wieder! sind uns Antrieb und Auftrag. Wir gehen in ganz Europa mit Antifaschist*innen auf die Straße und stellen uns

3500 den Neonazis in den Weg, wir verteidigen den öffentlichen Raum gegen die Versuche
3501 der Rechten, dort Angst zu verbreiten. Die Rechte will Grund- und Bürgerrechte
3502 abbauen und demokratische Institutionen schwächen. Dagegen setzt DIE LINKE auf
3503 mehr Demokratie und mehr soziale Rechte.

Begründung

„Die extreme Rechte unternimmt in ihren Programmen, Heimat und Nation mit radikalem Markt und ungehindertem Wettbewerb zu verbinden. Die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates soll durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft ersetzt werden. Faschistische Gemeinschaftsideologie – wenngleich stark geläutert und sprachlich modernisiert – dient also dazu, die materielle Sicherheit durch überhöhte Geborgenheitsgefühle ersetzen zu wollen“ (Herbert Schui, „Wollt ihr den totalen Markt?“, 1997; S.16)

Antrag L.01.3532.1: Änderungsantrag zu EWP33

Änderungsantrag zu EWP33

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
-------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3532

3517 - DIE LINKE fordert, dass europaweite Programme finanziell gestärkt werden, die
3518 langfristig und dauerhaft Mittel für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und
3519 andere Formen der Diskriminierung bereitstellen. Sie sollen Bestandteil einer
3520 europäischen Präventionsarchitektur gegen alle Formen des Rassismus und
3521 Neofaschismus werden.

3522 - Die extreme Rechte ist europaweit vernetzt. Deshalb müssen länderübergreifende
3523 Monitoringprojekte geschaffen und unterstützt werden. Die Erkenntnisse zu
3524 länderübergreifenden Verbindungen im Rechtsterrorismus müssen gebündelt und
3525 ausgewertet werden.

3526 - Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt in der EU, um der auf
3527 Vertreibung gerichteten Intention der Täter*innen entgegenzutreten. Wir
3528 verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder
3529 symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den

3530 Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind solidarisch mit Opfern
3531 rechter Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen langfristig besser unterstützt
3532 werden.

- DIE LINKE kämpft dafür, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen, in den Ländern, bundesweit und in der EU, um die noch unverwirklichten antifaschistischen Schlussfolgerungen einer Welt ohne Faschismus, Monopolmacht und Militarismus heute zu verwirklichen.

Begründung

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Esther Bejarano in einem offenen Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen, erstellt am 26. Januar 2020.

Antrag L.01.3533.1: Änderungsantrag zu EWP33

Änderungsantrag zu EWP33

Antragsteller*in:	KV Flensburg, KV Altenkirchen (Rheinland-Pfalz), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3533

3533 ~~Sicherheit statt Überwachungsstaat – Polizei im Rechtsstaat~~
Europäische Erinnerungspolitik

Begründung

Verschiebung des Absatzes "Europäische Erinnerungspolitik" (Zeilen 3811 - 3832) auf diese Position (Zeilen 3533 ff.)

Antrag L.01.3588.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:	KV Ludwigslust-Parchim, Jacqueline Bernhardt (Mecklenburg-Vorpommern · Nr. 015), Dr. Felix Baumert (LV Mecklenburg-Vorpommern)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3588

Zeilen 2588 bis 3615 verschieben und in Zeile 2632 vor dem Abschnitt „Gegen den russischen Angriffskrieg - für Frieden in der Ukraine“ einfügen

Begründung

Zwei entscheidende Wahlkampfthemen werden voraussichtlich Fragen der sozialen Ungleichheit und der Migration. Daher halten wir es für notwendig unsere Positionen dazu an den Anfang des Wahlprogramms zu stellen. Beide Themen müssen und werden auch Schwerpunkte unseres LINKEN Wahlkampfes werden. Durch die prominenter Positionierung beider Themenblöcke unterstreichen wir ihre Wichtigkeit.

Antrag L.01.3641.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:	KV Oldenburg/Ammerland
-------------------	------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3641 - 3645

3624 In den Lagern an den EU-Außengrenzen herrschen inhumane Zustände. Grenz- und
3625 Lagerbewachung werden hochgerüstet. Regelmäßig kommt es zu
3626 Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung.

3627 - Eine Vorverlagerung der Grenzabwehr, sei es in Afrika oder sonst wo, lehnen wir
3628 ab. Keine Deals mit Diktaturen!

3629 - Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss umgewandelt werden in eine
3630 europäische Rettungsmission.

3631 - Wir fordern einen effektiven und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen
3632 Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

3633 - Seenotrettung ist nicht nur legal, sondern nach dem internationalen Seerecht
3634 Pflicht. Es braucht eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission, um das
3635 Massensterben auf dem Mittelmeer zu beenden und die Ausschiffung in einen
3636 sicheren Hafen in der EU zu gewährleisten

3637 - Da die EU dieser Pflicht nicht nachkommt, versucht die Zivilgesellschaft, diese
3638 Lücke zu schließen. Dieses Engagement muss gewürdigt und unterstützt werden,
3639 statt es zu kriminalisieren. Zivile Seenotrettung darf nicht unter Strafe
3640 gestellt oder systematisch behindert werden.

3641 - Wir benötigen sichere Fluchtwege für Geflüchtete in die EU, humanitäre und Visa zur-
3642 legalen für die Einreise und/oder die Aufhebung des Visumszwangs für
Schutzsuchende.

3643 Aufnahmeregelungen für Schutzbedürftige müssen ausgeweitet werden, etwa in die EU,
die nicht allein aus arbeitsmarktpolitischen sondern auch über-

3644 das Resettlementprogramm des UNHCR.

3645 aus humanitären Gründen erteilt werden sollen. Arbeitsmigration muss reguliert sein.

3646 - Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge müssen verbindliche Flüchtlingsrechte
3646 bekommen. Niemand flieht freiwillig!

3647 - Binnengrenzkontrollen in der EU sind grundsätzlich rechtswidrig. Die

3648 Ausnahmeregelungen müssen aufgehoben werden.

Antrag L.01.3647.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3647

3624 In den Lagern an den EU-Außengrenzen herrschen inhumane Zustände. Grenz- und
3625 Lagerbewachung werden hochgerüstet. Regelmäßig kommt es zu
3626 Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung.

3627 - Eine Vorverlagerung der Grenzabwehr, sei es in Afrika oder sonst wo, lehnen wir
3628 ab. Keine Deals mit Diktaturen!

3629 - Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss umgewandelt werden in eine
3630 europäische Rettungsmission.

3631 - Wir fordern einen effektiven und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen
3632 Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

3633 - Seenotrettung ist nicht nur legal, sondern nach dem internationalen Seerecht

3634 Pflicht. Es braucht eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission, um das

3635 Massensterben auf dem Mittelmeer zu beenden und die Ausschiffung in einen
3636 sicheren Hafen in der EU zu gewährleisten

3637 - Da die EU dieser Pflicht nicht nachkommt, versucht die Zivilgesellschaft, diese
3638 Lücke zu schließen. Dieses Engagement muss gewürdigt und unterstützt werden,

3639 statt es zu kriminalisieren. Zivile Seenotrettung darf nicht unter Strafe

3640 gestellt oder systematisch behindert werden.

3641 - Wir benötigen sichere Fluchtwege für Geflüchtete in die EU, humanitäre Visa zur
3642 legalen Einreise und/oder die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.

3643 Aufnahmeregelungen für Schutzbedürftige müssen ausgeweitet werden, etwa auch
über

3644 das Resettlementprogramm des UNHCR.

3645 - Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge müssen verbindliche Flüchtlingsrechte

3646 bekommen. Niemand flieht freiwillig!

3647 ~~- Binnengrenzkontrollen in der EU sind grundsätzlich rechtswidrig. Die -~~
Binnengrenzen offenlassen!

Mit Schrecken stellen wir fest, dass Grenzkontrollen im Schengenraum und jetzt auch in Deutschland wieder eingeführt werden. Diese sogenannten stationären Grenzkontrollen, welche an den EU-Innengrenzen zu Tschechien und Polen stattfinden, sollen zur Unterbindung der sogenannten Schleuserkriminalität dienen. Dies ist auf vielen Ebenen falsch und problematisch. Die Bewegungsfreiheit im Schengenraum ist seit 1995 einer der großen Fortschritte der EU, hinter welchen wir nicht zurückfallen wollen. Die faktische Schließung der Binnengrenzen erzeugt darüber hinaus einen nicht abzusehenden wirtschaftlichen und persönlichen Schaden. Die Mehrkosten durch den Einsatz der Bundespolizei und die Verzögerungen des Pendler- und Handelsverkehrs werden massive Kosten verursachen. Des Weiteren haben Menschen jederzeit das Recht, in dem Land in welchem sie sich befinden, Asyl zu beantragen. Diese Asylsuchenden dürfen nicht zurückgewiesen werden. Zurückweisungen sind nur dann zulässig, wenn die temporäre Schließung der Binnengrenzen bei der EU-Kommission notifiziert wurde. Für uns steht fest, dass wir allen Menschen ein Recht auf das Beantragen von Asyl gewährleisten wollen. Stationäre Grenzkontrollen sind aus wirtschaftlicher und asylrechtlicher Sicht unsinnig, und erschweren nur das Leben der Pendler*innen und des Handelsverkehrs. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen,

dass die EU-Binnengrenzen offenbleiben. Die

3648 Ausnahmeregelungen müssen aufgehoben werden.

Begründung

Schließung Binnengrenzen nur als kleiner Nebensatz, wir wollen aber eigenständigen Absatz da aktuell!

Antrag L.01.3679.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:	KV Kreis Soest
-------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3679

3658 - Wir wollen ein humanes und menschenrechtsbasiertes Aufnahmesystem, das eine
3659 menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit
3660 uneingeschränkt gewährleistet.

3661 - Es darf keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer geben.

3662 - Weg von der „Hotspot“-Politik: Wir fordern humane Aufnahmebedingungen statt

3663 Lager, in denen Schutzsuchende ohne Perspektive unter unmenschlichen Bedingungen
3664 festgehalten werden.

3665 - Das unfaire Dublin-System muss überwunden und durch eine solidarische Regelung
3666 ersetzt werden. Bei der Bestimmung des Aufnahmelandes müssen die berechtigten
3667 Interessen von Schutzsuchenden maßgeblich berücksichtigt werden (z. B.

3668 Familienbindungen, Sprachkenntnisse). Aufnahmebereite Länder, Städte und Regionen
3669 sollen mit EU-Mitteln finanziell und strukturell besonders unterstützt werden.

3670 - Der Familiennachzug muss uneingeschränkt gewährleistet werden, insbesondere für
3671 international Schutzberechtigte und anderen Schutzbedürftige, die nicht in ihr
3672 Herkunftsland zurückkehren können.

3673 - Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der

3674 Doppelbestrafung lehnen wir grundsätzlich ab - im Gegensatz zu allen anderen

3675 Fraktionen im Bundestag und Europaparlament. Wir haben immer dagegen gestimmt
3676 und werden das auch in Zukunft tun.

3677 - Individuelle Bedarfe besonders schutzbedürftiger Gruppen müssen berücksichtigt
3678 werden: queere Geflüchtete), unbegleitete minderjährige Flüchtlinge,

3679 traumatisierte Personen und weitere **vulnerablerletzlich**e Gruppen haben spezifische
Schutz-

3680 und Hilfebedürfnisse, für die es qualifiziertes Fachpersonal und geeignete

3681 Unterkünfte braucht. Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs, die sich für

3682 ihre Rechte und Selbstorganisation einsetzen, müssen finanziell unterstützt und
3683 gestärkt werden.

3684 - Familien vereinen! Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den

3685 Herkunftsländern nicht anerkannte gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und

3686 auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.

Begründung

Verständliche Sprache!

(Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE Kreis Soest 26.10.2023)

Antrag L.01.3700.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:

KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3700

3694 - Wir fordern eine soziale Offensive für alle, eine gut ausgestattete öffentliche
3695 Daseinsvorsorge und wollen den Mangel in den Kommunen und vor Ort bekämpfen.
3696 - Wir wollen eine europäische Fluchtumlage zur Verantwortungsteilung, die an die
3697 Wünsche und Interessen der Geflüchteten anknüpft und bestehende
3698 Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände maßgeblich
3699 berücksichtigt.

3700 - Die Zugänge ~~zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete und Migrant*innen~~, zu
3701 internationalen Schulen, und die Anerkennung von Qualifikationen,
3702 Berufsabschlüssen und -erfahrungen müssen vereinfacht werden. Es muss
3703 niedrigschwellige Angebote für Sprachkurse geben.

3704 - EU-weite Lösungen setzen eine länderübergreifende Zusammenarbeit und
3705 gemeinsame Konzepte voraus. Dafür sollen die Interreg-Mittel des Europäischen
3706 Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zusammenarbeit zwischen Regionen
3707 und Ländern innerhalb der EU zur Verfügung gestellt werden.

Antrag L.01.3721.1: Änderungsantrag zu EWP34

Änderungsantrag zu EWP34

Antragsteller*in:

KV Oldenburg/Ammerland

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3721 - 3723

3709 Kein Mensch ist illegal! In Europa leben Hunderttausende Menschen ohne Papiere
3710 oder ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschen mit und ohne Aufenthaltsrecht oder
3711 Arbeitserlaubnis leisten Arbeit, ohne die unser Alltag und unsere Wirtschaft
3712 nicht funktionieren würden. Sie arbeiten - oft zu niedrigsten Löhnen - in
3713 Privathaushalten und in der Pflege, in der Landwirtschaft, auf dem Bau und im
3714 Gastgewerbe. Weil sie oft keine Aufenthaltspapiere oder Arbeitserlaubnis haben,
3715 sind sie verstärkt Ausbeutung und Betrug durch Arbeitgeber oder Vermieter
3716 ausgesetzt.

3717 - Menschen ohne Aufenthaltsstatus haben oft keine Möglichkeit, eine
3718 Krankenversicherung abzuschließen. Wir wollen, dass sie Zugang zu guter
3719 Gesundheitsversorgung haben. Sie sollen nicht befürchten müssen, von Ärzt*innen
3720 oder dem Krankenhaus der Polizei oder Ausländerbehörden gemeldet zu werden.

3721 ~~- Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit und ein Recht auf die Wahl ihres~~
3722 ~~Wohnortes.~~

3723 - Die verbindliche Regelung im 4. Zusatzprotokoll der Europ.
Menschenrechtskonvention „Jede Person, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines
Staates aufhält, hat das Recht, sich dort frei zu bewegen und ihren Wohnsitz frei zu
wählen.“ muss endlich umgesetzt werden.

3724 - Menschen ohne Papiere dürfen nicht kriminalisiert werden! Wir setzen uns für
3724 eine EU-weit abgestimmte Legalisierungskampagne ein.

Begründung

Betrifft verschiedene Änderungsanträge unter diesem Punkt:

Die zitierten Forderungen sind nur andere Formulierungen für „offene Grenzen für alle“, was auch schon Im EU-Wahlprogramm 2019 so ähnlich stand. Natürlich muss Flüchtlingen geholfen und Schutz gewährt werden, aber was sind neben Flüchtlingen „Schutzsuchende“?

Ist das eine Rückkehr zu der früher in der Programmatik verwendeten Begrifflichkeit der „offenen Grenzen für Menschen in Not“? Oder sind subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 Asylgesetz gemeint? Wie verhält es sich mit ArbeitsmigrantInnen, die in ihrem Heimatland nicht in Not leben, aber nach Europa kommen wollen, um hier mehr Geld zu verdienen? Kann denen völlig undifferenziert die Einreise ohne Visum erlaubt werden, wenn sie sich selbst zu “Schutzsuchenden“ erklären?

Arbeitsmigration kann soziale Probleme verstärken, vor allem für hier lebende Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten oder für Menschen, die bezahlbare Wohnungen suchen. Ein freier Zugang zum Arbeitsmarkt würde die Zahl der Flüchtlinge drastisch erhöhen. Diesen Problemen muss man sich mit differenzierten Lösungen stellen und ihnen nicht mit abstrakt moralisch motivierten Erklärungen ausweichen. Die weltweiten Unterschiede zwischen armen und reichen Ländern können nicht durch eine große Völkerwanderung behoben werden sondern nur durch eine schrittweise herbeigeführte neue gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

Antrag L.01.3732.1: Änderungsantrag zu EWP35

Änderungsantrag zu EWP35

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
-------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3732 - 3734

3726 Bildung muss bedarfsgerecht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die
3727 Mittel für Bildungsprogramme in der EU sind angewachsen: Erasmus+, das
3728 Flaggschiff der EU-Bildungsprogramme, und COSME, ein Programm u. a. für
3729 Weiterbildungen und Beschäftigung junger Menschen bekamen im letzten Haushalt
3730 doppelt so viel Geld. Die Orientierung auf „Wettbewerbsfähigkeit“ ist geblieben.
3731 Durch den gemeinsamen Europäischen Bildungsraum (European Education Area - EEA)

3732 sollten die Bildungszugänge für alle leichter Bildungsabschlüsse „vergleichbar“, sprich zueinander in Konkurrenz gesetzt und auf Marktcomptabilität ausgerichtet werden.

Doch es muss mehr ganz anderes passieren, um Ungleichheiten in der Bildung zu beseitigen - das zeigt auch der

3734 Zwischenbericht 20222022: Es braucht sozial offene, kritische und emanzipatorische Bildung und entsprechend demokratische, bedarfsgemäß finanzierte Einrichtungen hin auf die selbst-bewusste Persönlichkeitsentwicklung. In der Pandemie haben sich die Ungleichheiten weiter

3735 verschärft. Bis zu 32 Prozent aller Lernenden waren im Frühjahr 2020 zeitweilig
3736 von den Bildungsprozessen abgeschnitten. DIE LINKE hat sich im Europäischen
3737 Parlament besonders starkgemacht für mehr Zugang für sozial Benachteiligte und

3738 mehr Programmangebote auch für Lehrende. Wir streiten für ein Bildungssystem, das
3739 überall in Europa und von der Kita bis zur Promotion ohne Gebühren, öffentlich
3740 bedarfsgerecht finanziert und sozial durchlässig organisiert ist.

Begründung

An der Bologna-Reform wird die marktkonforme, neoliberale Absicht des „Europäischen Bildungsraum“ und dessen Scheitern deutlich: die Verkürzung der Regelstudienzeit, die Ausrichtung auf Creditpoints und Markt, die Wissenshäppchen in Modulen, die verschärfte Konkurrenz und enormer Leistungsdruck haben die Studierenden und die Gesellschaft nicht klüger, sondern vor allem kränker gemacht. Es braucht eine Umkehr!

Antrag L.01.3880.1: Änderungsantrag zu EWP36

Änderungsantrag zu EWP36

Antragsteller*in:	BAG Netzpolitik
-------------------	-----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3880 - 3892

3879 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, der Massendatenspeicherung
3880 bei staatlichen und privaten Akteuren entgegenwirkt und die Kommerzialisierung des
digitalen Lebens verhindert. Die europäische
3881 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurde vor der letzten Europawahl beschlossen.
Die DSGVO hat die Kommerzialisierung personenbezogener Daten im Interesse des
Datenkapitalismus zwar nie in Frage gestellt, ihr aber immerhin Grenzen gesetzt.
3882 Seitdem wird sieselbst dieses Schutzniveau aber unterhöhlt, indem geschlossene
Datenräume geschaffen werden, wie
3883 etwa beim europäischen Raum für Gesundheitsdaten (European Health Data Space -
3884 EHDS). Dieser Tendenz in der EU-Kommission wollen wir entgegentreten. Wir setzen
3885 uns einerseits für die konsequente Umsetzung der DSGVO ein, besonders wenn es
um große
3886 Konzerne wie Facebook geht. DIE LINKE hat sich für ein komplettes Verbot von
3887 Tracking und personalisierter Werbung eingesetzt, um die skrupellosen
3888 Geschäftspraktiken zu beenden. Im Gesetz für digitale Dienste konnte DIE LINKE
3889 ein Verbot von personalisierter Werbung für Minderjährige und besseren Schutz von
3890 persönlichen Daten durchsetzen. Das Sammeln hochsensibler Daten zu Gesundheit
3891 oder sexueller und politischer Orientierung für Werbezwecke ist zukünftig
3892 untersagt. Andererseits zeigt sich im europäischen Datenverarbeitungsrecht, auch in
der DSGVO, dass die kommerzielle und profitgetriebene Datennutzung das
bestimmende Ziel ist. Sowohl bei der DSGVO als auch in den datenrechtlichen
Vorhaben der EU wollen wir uns dafür einsetzen, Daten für das Gemeinwohl zu nutzen
statt für den Profit weniger.

Begründung

Das Hauptproblem (die Kommerzialisierung von personenbezogenen Daten) muss hier explizit zur Sprache kommen. Es zeigt die Grenzen von DSGVO und unsere Vorstellung von einem richtigen Datenschutz im digitalen Kapitalismus.

Antrag L.01.3906.1: Änderungsantrag zu EWP36

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3906 - 3921

3893 - Die EU muss Druck auf Irland machen, damit Milliardenstrafen gegen Facebook
3894 wegen der Datenschutzverstöße verhängt werden.

3895 - Aus den Enthüllungen von Edward Snowden vor zehn Jahren wurden keine Lehren
3896 gezogen: Der Datenaustausch mit den USA verstößt gegen den europäischen
3897 Datenschutz und muss beendet werden.

3898 - Wir fordern die seit Langem geplanten E-Privacy-Verordnung. Private
3899 elektronische Kommunikation muss stärker geschützt werden. Massenhaftes Scannen
3900 privater Kommunikation lehnen wir ab, ebenso wie Chatkontrolle.

3901 - Das Auslesen von Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation auf den Endgeräten
3902 durch Spähsoftware oder Staatstrojaner (Quellentelekommunikationsüberwachung,
3903 Onlinedurchsuchung) lehnen wir generell ab. Es ist ein Sicherheitsrisiko, da
3904 dafür Schwachstellen in der Software gezielt offengehalten werden - was auch
3905 Kriminelle nutzen können.

3906 - Die digitale ID muss hinsichtlich ihrer Einsatzbereiche klar und eng begrenzt werden,
um Überidentifizierung zu verhindern und eine möglichst anonyme Nutzung digitaler
Dienste zu ermöglichen. Sie muss an eine physische Chipkarte gebunden bleiben, um

3907 ausreichend Sicherheit zu gewährleisten. Das EU-Vorhaben für die digitale
3908 Brieftasche (eIDAS) sehen wir deshalb aus Datenschutzsicht sehr kritisch.

3909 - Die Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden. Die EU
3910 muss sich zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei,
3911 Geheimdiensten und Militär bekennen und das verteidigen.

3912 - Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden muss auf eine rechtsstaatliche
3913 Basis gestellt und die Rechte der Betroffenen müssen gestärkt werden. Daten
3914 dürfen nur bei echten grenzüberschreitenden Ermittlungen ausgetauscht werden.

3915 - Wir stellen uns gegen pauschalisierte Überwachungsmaßnahmen und gegen
3916 pauschalisierten Datenaustausch. Illegal erworbene Daten dürfen in Deutschland
3917 und der EU nicht in Gerichtsverfahren verwendet werden.

3918 - Die zahlreichen Urteile des EUGH zum Verbot der Vorratsdatenspeicherung müssen
3919 endlich umgesetzt werden.

3920 - Die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten und das neue Ein- und
3921 Ausreisensystem für visumfrei Reisende muss abgeschafft werden.

- Die Nutzung personenbezogener Daten muss dem Gemeinwohl dienen, nicht dem
Profitstreben der Datenökonomie. Wir setzen bei der DSGVO und sektorbezogener
Datenregulierung dafür ein, dass die weitere Kommerzialisierung von Daten verhindert
wird.

Antrag L.01.3996.1: Änderungsantrag zu EWP36

Änderungsantrag zu EWP36

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3996

3987 - Die durch Konzerne ohnehin verbundenen Telekommunikationsnetze wollen wir in
3988 eine öffentliche, europäische Telekommunikationsinfrastruktureinrichtung
3989 überführen, vergleichbar den früheren nationalen Postbehörden. Die dadurch
3990 erzielten Effizienzgewinne wollen wir für den Ausbau der Gigabitinfrastruktur
3991 nutzen.

3992 - Lange Garanzzeiten technischer Geräte erleichtern Menschen mit weniger Geld
3993 eine sichere Nutzung digitaler Angebote. Die Kosten für digitale Geräte,
3994 Anschluss und Datenvolumen müssen in den Regelsätzen der Grundsicherung
3995 berücksichtigt werden.

3996 - Die Einführung einer europäischen ID-Wallet darf nicht dazu führen, dass hoheitliche Aufgaben mit Betriebssystemen von privaten Unternehmen entwickelt, betrieben und kontrolliert werden. Es muss außerdem verhindert werden, dass private Unternehmen die Nutzung der europäischen ID-Wallet für ihre Dienste vorschreiben können. Für eine inklusive, soziale Digitalisierung setzen wir uns stattdessen für den Ausbau der Anwendungsmöglichkeiten des elektronischen Personalausweises auch auf EU-Ebene ein und befürworten dabei das Konzept des „Zero-Knowledge proof.“

- Für Barrierefreiheit müssen flächendeckend Unterstützungsangebote für
3997 Internetzugang finanziert werden. D. h. nicht nur Geräte, sondern auch Personen,
3998 die dabei helfen, Formulare im Internet auszufüllen und ähnliches. (Siehe Kapitel
3999 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken“)
4000 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten
4001 und finanziert werden.

4002 - Es muss stets auch möglich sein, nicht-digital Anträge beim Amt abzugeben,
4003 Anfragen beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das
4004 Kino zu bekommen - ohne zusätzliche Gebühren. Menschen müssen insbesondere bei
4005 Ämtern, Ärzt*innen u. ä. unkompliziert die Möglichkeit haben, ihre Anliegen mit
4006 einem Menschen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

Begründung

Mit der aktuell in Verabschiedung begriffenen EU-Verordnung der eIDAS-Novelle wird eine European Identity Wallet (europäische ID-Wallet) eingeführt, die als digitale Brieftasche auf dem Smartphone quasi der Ausweis für alles werden soll. Anders formuliert, gesellschaftliche Teilhabe soll in der EU künftig zentral von dieser Wallet abhängen. Das ist in höchstem Maße bedenklich. Denn im Trend liegt derzeit das Streben nach „digital-only“ mit starkem Fokus auf die Wallet. Wer Probleme mit dem Smartphone hat oder die Wallet aus anderen Gründen nicht nutzen kann oder möchte, wird potentiell benachteiligt und ausgegrenzt. Zudem besteht die Gefahr einer Überidentifikation mittels der Wallet, sodass eine barrierearme, datensparsame Teilhabe am Internet und auch das Recht auf anonyme Internetnutzung in Gefahr gerät. Hinzu kommen IT-Sicherheitsbedenken. Und schließlich weckt eine ID-Wallet Begehrlichkeiten der Digitalwirtschaft, um Menschen zur Preisgabe möglichst vieler Inhalte ihrer digitalen Brieftasche zu verleiten. All diese Probleme gäbe es nicht, wenn die elektronischen Funktionen des Personalausweises erweitert und besser anwendbar gemacht würden, um im Internet digitale Nachweise zu erbringen. Hier funktioniert auch der geforderte Zero-Knowledge-proof bereits (z.B. Altersnachweis: Anbieter fragt an „Volljährig?“ Antwort vom Perso: Ja/Nein (ohne Herausgabe des Geburtsdatums)).

Antrag L.01.4001.1: Änderungsantrag zu EWP36

Änderungsantrag zu EWP36

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4001 - 4006

3987 - Die durch Konzerne ohnehin verbundenen Telekommunikationsnetze wollen wir in
3988 eine öffentliche, europäische Telekommunikationsinfrastruktureinrichtung
3989 überführen, vergleichbar den früheren nationalen Postbehörden. Die dadurch
3990 erzielten Effizienzgewinne wollen wir für den Ausbau der Gigabitinfrastruktur
3991 nutzen.

3992 - Lange Garantiezeiten technischer Geräte erleichtern Menschen mit weniger Geld
3993 eine sichere Nutzung digitaler Angebote. Die Kosten für digitale Geräte,
3994 Anschluss und Datenvolumen müssen in den Regelsätzen der Grundsicherung
3995 berücksichtigt werden.

3996 - Für Barrierefreiheit müssen flächendeckend Unterstützungsangebote für
3997 Internetzugang finanziert werden. D. h. nicht nur Geräte, sondern auch Personen,
3998 die dabei helfen, Formulare im Internet auszufüllen und ähnliches. (Siehe Kapitel
3999 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken“)

4000 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten

4001 ~~und finanziert werden.~~

4002 ~~-und finanziert werden.~~

- Jedoch setzen wir uns auch für ein Recht auf analoges Leben ein. Es muss stets auch
möglich sein, nicht-digital Anträge beim Amt abzugeben,

4003 Anfragen beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das
4004 Kino zu bekommen - ohne zusätzliche Gebühren. Menschen müssen insbesondere bei
4005 Ämtern, Ärzt*innen u. ä. unkompliziert die Möglichkeit haben, ihre Anliegen mit
4006 einem Menschen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

Technologischer Fortschritt kann für uns nur bei flächendeckender Teilhabe Aller auch
als gesellschaftlicher Fortschritt betrachtet werden und auch nur so im Sinne des
Gemeinwohls sein Potential in den Bereichen Kommunikation, Bildung, Gesundheit
und Verwaltung voll entfalten.

Begründung

Der Abschnitt (und das Wahlprogramm) endet abrupt an dieser Stelle nach einigen
kritischen Bemerkungen zum Thema Digitalisierung. Mit diesem Satz wollen wir, erstens,
dem Kapitel (sowie dem Wahlprogramm) einen stilistisch besseren Abschluss verleihen.
Und zweitens, unsere kritische Haltung im richtigen Zusammenhang setzen - nicht als
Ablehnung von Digitalisierung, sondern als Ruf nach einer Digitalisierung, die tatsächlich
Teilhabe fördert und keine*n ausschließt.

Antrag L.01.4001.2: Änderungsantrag zu EWP36

Änderungsantrag zu EWP36

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4001 - 4002

3987 - Die durch Konzerne ohnehin verbundenen Telekommunikationsnetze wollen wir in

3988 eine öffentliche, europäische Telekommunikationsinfrastruktureinrichtung
3989 überführen, vergleichbar den früheren nationalen Postbehörden. Die dadurch
3990 erzielten Effizienzgewinne wollen wir für den Ausbau der Gigabitinfrastruktur
3991 nutzen.
3992 - Lange Garantiezeiten technischer Geräte erleichtern Menschen mit weniger Geld
3993 eine sichere Nutzung digitaler Angebote. Die Kosten für digitale Geräte,
3994 Anschluss und Datenvolumen müssen in den Regelsätzen der Grundsicherung
3995 berücksichtigt werden.
3996 - Für Barrierefreiheit müssen flächendeckend Unterstützungsangebote für
3997 Internetzugang finanziert werden. D. h. nicht nur Geräte, sondern auch Personen,
3998 die dabei helfen, Formulare im Internet auszufüllen und ähnliches. (Siehe Kapitel
3999 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken“)
4000 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten
4001 ~~und finanziert werden.~~
4002 -und finanziert werden.
- Jedoch setzen wir uns auch für ein Recht auf analoges Leben ein. Es muss stets auch
möglich sein, nicht-digital Anträge beim Amt abzugeben,
4003 Anfragen beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das
4004 Kino zu bekommen - ohne zusätzliche Gebühren. Menschen müssen insbesondere bei
4005 Ämtern, Ärzt*innen u. ä. unkompliziert die Möglichkeit haben, ihre Anliegen mit
4006 einem Menschen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

Antrag L.01.4006.1: Änderungsantrag zu EWP36

Änderungsantrag zu EWP36

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte
--------------------------	------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4006

3987 - Die durch Konzerne ohnehin verbundenen Telekommunikationsnetze wollen wir in
3988 eine öffentliche, europäische Telekommunikationsinfrastruktureinrichtung
3989 überführen, vergleichbar den früheren nationalen Postbehörden. Die dadurch
3990 erzielten Effizienzgewinne wollen wir für den Ausbau der Gigabitinfrastruktur
3991 nutzen.
3992 - Lange Garantiezeiten technischer Geräte erleichtern Menschen mit weniger Geld
3993 eine sichere Nutzung digitaler Angebote. Die Kosten für digitale Geräte,
3994 Anschluss und Datenvolumen müssen in den Regelsätzen der Grundsicherung
3995 berücksichtigt werden.
3996 - Für Barrierefreiheit müssen flächendeckend Unterstützungsangebote für
3997 Internetzugang finanziert werden. D. h. nicht nur Geräte, sondern auch Personen,
3998 die dabei helfen, Formulare im Internet auszufüllen und ähnliches. (Siehe Kapitel
3999 2, „Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken“)
4000 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung müssen flächendeckend angeboten
4001 und finanziert werden.
4002 - Es muss stets auch möglich sein, nicht-digital Anträge beim Amt abzugeben,
4003 Anfragen beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das
4004 Kino zu bekommen - ohne zusätzliche Gebühren. Menschen müssen insbesondere bei
4005 Ämtern, Ärzt*innen u. ä. unkompliziert die Möglichkeit haben, ihre Anliegen mit
4006 einem Menschen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

Zu guter Letzt

In unserem Wahlprogramm haben wir umfassende Veränderungserfordernisse für ein Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne formuliert. Keine einzelne der genannten Maßnahmen wird das System der Marktformigkeit zum Wanken bringen und doch wäre jede eine Verbesserung. Die Gesamtheit jedoch ist innerhalb des bestehenden Kapitalismus nicht umsetzbar, sie erfordert einen Systemwechsel. Wir werden im europäischen Parlament für jede der genannten Forderungen und Ziele eintreten, um jede mögliche Verbesserung kämpfen.

Ein anderes, ein demokratisches, auf Frieden und sozialer Gleichheit basierendes Europa - die Überwindung von Profitlogik und Kriegspolitik - können wir nicht im Parlament beantragen, dafür braucht es das Engagement jedes Einzelnen. Nur gemeinsam können wir es erstreiten - gehen wir es an!

Denn es ist möglich - hier, in Europa und darüber hinaus.

Begründung

Das Wahlprogramm darf nicht im Klein-klein enden, es braucht einen Ausblick auf etwas größeres. Wer sich im Verlagswesen ein wenig auskennt, weiß, dass die erste und die letzte Seite eines Buches die wichtigsten sind. Wir haben hier ein ganzes Buch formuliert, kleinteilig und detailreich, geben wir ihm einen kraftvollen und perspektivreichen Abschluss.

Weitere Anträge

Antrag GO.01: Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Punkt II. 6) der Geschäftsordnung wird wie folgt ergänzt:

„Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarte oder bei knappen Abstimmungen, bei denen eine Auszählung erforderlich ist, über die Konferenzsoftware.“

Begründung

Offene Abstimmung mit Stimmkarten sind Teil der offenen, demokratischen Auseinandersetzung auf dem Parteitag. Die Abstimmung über die Konferenzsoftware kommt nur bei knappen Abstimmungen, wenn ausgezählt werden muss, zum Einsatz. So sollte es auch in der Geschäftsordnung geregelt sein.

Antrag GO.02: Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte

Der Parteitag möge beschließen:

Unter Punkt IV. 16) der Geschäftsordnung wird ein weiterer Unterpunkt ergänzt:

"e) Für die nachvollziehbare und transparente Behandlung von Änderungsanträgen, insbesondere zu Leitanträgen, erstellt die Antragskommission Abstimmungshefte, in denen Änderungsanträge, Übernahmen, Teilübernahmen und Rückzüge übersichtlich gekennzeichnet sind."

Begründung

Abstimmungshefte für nachvollziehbare Diskussionen und Abstimmungen zu Änderungsanträgen sind eine tradierte, gut erprobte und sinnvolle Praxis auf Parteitag. Durch Abstimmungshefte wird das Verfahren transparenter und demokratischer als über OpenSlides, da Delegierte besser eingreifen und die Diskussion um die Änderungen verstehen können. Die gefassten Beschlüsse sind so auch tragfähiger.

Antrag GO.03: Verfahrensantrag zur Behandlung des P.01

Antragsteller*in: OV Marzahn NOW

Der Parteitag möge beschließen:

Der Antrag P.01. wird auf dem Parteitag nicht behandelt und zu einer Überarbeitung in den Bundesausschuss überwiesen sowie nach einer breiten parteiöffentlichen Diskussion und Abstimmung mit den Schiedskommissionen auf dem nächsten Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Der Parteivorstand hat entsprechend der Beschlusslage des Antrages P.13 auf dem Erfurter

Parteitag 2022 mit dem Titel „Den Grundkonsens erneuern. Für eine Feministische Linke“ den zur Abstimmung vorgelegten „Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der Linken“ ausgearbeitet. Er enthält viele fundierte Orientierungen für den Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt.

Dem „roten Faden“ ist durchaus zuzustimmen. Richtig ist auch, den Betroffenen Brücken zu bauen, sich zu öffnen und sich an Vertrauenspersonen oder Vertrauensgruppen zu wenden. Richtig ist auch, dass „Grenzverletzungen subjektiv sind“ (Zeile 484).

Problematisch ist aber schon der nächste Satz 485: „**In der Regel** kann es nicht darum gehen, die „Objektivität“ eines subjektiv geschilderten Tatzusammenhangs zu ermitteln, sondern zu erkennen, was der Kontext des grenzverletzenden Handelns und ein möglicher Ansatz der (versuchten) Wiedergutmachung ist.“ Das bezweckte Anliegen ist nachvollziehbar. Dennoch bedarf die Beurteilung eines Sachverhalts zunächst, dass er „wahr“ ist. Ohne eine gewisse Sicherheit an Wahrheitsgehalt davon, ob ein relevanter Vorgang im Sinne des Leitfadens vorliegt, lässt sich ein fairer Umgang mit der betroffenen Person einerseits und der „grenzverletzenden Person“, „gewaltausübenden Person“, „beschuldigten Person“ andererseits nicht erreichen.

Allein die exemplarische Aufzählung Zeile 298 ff zeigt, welche unterschiedlichen Ebenen hier eine Rolle spielen können/könnten. So ist fraglich, ob es sich um „Sexismus und sexistische Gewalt“ handelt, wenn „ein verdienter Genosse sich viel Redezeit nimmt, die Debatte dominiert und nie das Protokoll schreibt“. Die Autorin/der Autor dieser Zeile hat mit Sicherheit einen relevanten Sachverhalt vor Augen. Als exemplarisches Beispiel für „sexistische Gewalt“ ist es ungeeignet.

Hinzu kommt, dass der „Beschuldigte“ von sich aus vermutlich oft den Rat annehmen wird, der Empfehlung der Vertrauensperson/der Vertrauensgruppe zu folgen.

Er muss es aber nicht. Er kann sich an die zuständige Schiedskommission wenden, wenn er meint, „ungerecht“ behandelt worden zu sein. Diese steht dann vor dem Problem, wie damit „erneut“ umzugehen ist. Ist auch sie an den Leitfaden gebunden? Hat sie das Recht, die Wahrheit „zu ermitteln“?

Insofern ist aus heutiger Sicht eine Abstimmung mit den Schiedskommissionen unabdingbar.

Abschließend ist festzustellen, dass der Parteitag auch nicht das Gremium ist, in dem eine Vielzahl von begrifflicher Unklarheit und fehlender Stringenz zeilengenau ausgeräumt werden sollte.

An diesen Beispielen soll nur verdeutlicht werden, dass der Antrag nicht entscheidungsreif ist.

Aus den vorstehenden Gründen wird der Parteitag gebeten, unserem Antrag zuzustimmen.

Berlin, Oktober 2023

Antrag : Zurückweisung des Leitantrags

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag weist den Leitantrag mit dem Entwurf des Parteivorstandes zum
- 2 Wahlprogramm zur Europawahl 2024 zurück. Er erfüllt nicht die Aufgaben, die ein
- 3 Wahlprogramm der LINKEN in dieser Zeit aufgreifen müsste.
- 4 Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, zeitnah einen neuen Entwurf
- 5 auszuarbeiten, der folgende Punkte in den Mittelpunkt stellt
- 6 1. Eine umfassende Kritik an der Europäischen Union, ihren Vertragsgrundlagen,
- 7 ihrem Funktionieren und ihrer aktuellen Politik, die die Nicht-Reformierbarkeit
- 8 dieser EU belegt.
- 9 2. Insbesondere eine ausführliche Kritik an der Militarisierung der EU, ihre
- 10 falsche Politik im Ukraine-Krieg und ihre menschenverachtende Politik gegenüber
- 11 Geflüchteten.
- 12 3. Die Perspektiven eines anderen "Europa von Unten", ausgehend von den
- 13 Widerstandsaktionen, Streiks und sozialen Bewegungen in den europäischen Ländern.
- 14 4. Eine Ablehnung des rechten und rechtssozialdemokratischen Alternativmodells
- 15 "Europa der Nationalstaaten".
- 16 5. Die Perspektive einer gemeinsamen Partei der europäischen Sozialist:innen und
- 17 des Kampfes für unsere Alternative eines demokratischen Sozialismus.

Begründung

Die LINKE hat bereits dreimal an Europawahlen mit einem Programm teilgenommen, in der wichtigsten Frage, die bei solchen Wahlen ansteht, nicht oder nur widersprüchlich Position bezogen wurde. In allen drei Versuchen hat die LINKE ein überdurchschnittlich schlechtes Wahlergebnis erzielt, verglichen mit den zeitgleichen Bundestagswahlen und den Umfragewerten. Die Wählerinnen und Wähler der LINKEN wurden nicht mobilisiert und blieben zuhause.

Es besteht kein Anlass, einen vierten Versuch dieser Art zu starten. Im Gegenteil, die aktuelle Krise der EU, ihre rasante Militarisierung im Zuge des Ukraine-Krieges und ihre skandalöse Politik gegenüber Geflüchteten verlangen ausdrücklich eine umfassendere Kritik an der EU und ein anderes Programm für unsere sozialistische Alternative. Die LINKE kann sich in ihrer gegenwärtigen Verfassung auch kein weiteres schlechtes Ergebnis bei einer Europawahl leisten.

*[Der vorliegende Antrag wurde fristgerecht eingereicht, aber nicht in Antragsheft 2 veröffentlicht, da er formal nicht zulässig ist. Im Ergebnis ihrer Verständigung zu allen eingereichten Anträgen war die Antragskommission einstimmig der Auffassung, dass dieser Antrag nicht zulässig ist. Anträge, die abgelehnt werden, sind nach Auffassung der Antragskommission grundsätzlich nicht zulässig. Die Antragsteller*innen haben die Möglichkeit, in der Debatte gegen den Antrag des Parteivorstands zu sprechen und gegebenenfalls Verfahrensvorschläge zu machen. Zudem hatten sie die Möglichkeit, Änderungsanträge zu stellen. Das satzungsgemäße Recht des Ursprungsantragstellers zur Einbringung und Behandlung eines Antrags auf dem Parteitag kann hingegen nicht durch einen Gegenantrag ausgehebelt werden.]*

